DIE ZEIT

PREIS DEUTSCHLAND 4,00 € WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR 14. April 2011 DIE ZEIT N° 16

Was Journalisten anrichten

Falsche Prognosen, Meinungsmache, Hysterie: Im Kritisieren sind Medien gut – Selbstkritik fällt dagegen schwer. Zeit für die Frage: Was machen wir da eigentlich?

ZEIT-MAGAZIN

Titel: Florian Kolmer für DIE ZEIT; Mauritius; Composing: Smetek für DZ

Macht endlich Frieden!

Ein Appell an die religiösen und politischen Führer der Welt von Helmut Schmidt

Glauben & Zweifeln S. 58

Unterricht in Demut

Fukushima, Tschernobyl, BP – können Menschen aus Katastrophen lernen?

Wissen Seite 33–35

Kiffen in Bestlage

Nach 40 Jahren will der dänische Staat die Hippie-Kolonie Christiania verkaufen

Reisen Seite 59

Im nassen Grab

Viele Mittelmeerflüchtlinge bedrohen Krieg und der Tod. Wer sie aufnimmt, gibt nicht nur ihnen eine Chance VON HEINRICH WEFING

Über 600 Menschen sind seit Januar bei dem Versuch ertrunken, aus Nordafrika nach Europa zu gelangen. Seit 1988 haben nach Angaben der Organisation Fortress Europe mindestens 10 000 Flüchtlinge den Tod gefunden. Das sind Opferzahlen wie in einem mittleren Krieg. Immer mal wieder ziehen Fischer aus ihren Netzen die Leichen der Ertrunkenen. Manche tragen noch Nike-Turnschuhe. Das Mittelmeer ist ein nasses Grab.

Man muss an diese Bilanz erinnern, wenn wir über Migration nach Europa streiten. Denn wir neigen dazu, über technische Details zu diskutieren, über Flüchtlingsquoten, Grenzzäune, Rückführungsverträge. Das alles ist wichtig. Aber zuerst geht es, so gefühlig das klingen mag, um Menschen. Um Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um vor Krieg und Not zu fliehen. Oder weil sie arbeiten, ihr Glück machen wollen im sagenhaft reichen Europa. Und die uns damit zwingen, uns die unangenehme Frage zu stellen, mit welchem Recht wir eigentlich einem tunesischen Vater verbieten wollen, das Beste für seine Kinder zu erstreben – und sei es in Europa? Wer wollen wir sein?

Man muss auch an die Zahl der Ertrunkenen erinnern, wie wir es auf Seite 9 tun, um die obszöne Wendung von Silvio Berlusconi einzuordnen, auf Europa rolle ein »menschlicher Tsunami« zu. Es ist eine ziemlich widerliche Verdrehung von Bedrohung und Risiko. Nicht den Küsten und deren Bewohnern droht existenzielle Gefahr, sondern den Menschen auf hoher See.

Nein, es brandet keine »Flutwelle« von Migranten gegen Europas Strände. Die arabische Revolution hat uns noch nicht erreicht. Im Gegenteil, angesichts der ungeheuren Umwälzungen in der arabischen Welt sind es eher wenige Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben. Zum Vergleich: Das kleine Tunesien – Einwohnerzahl zehn Millionen – hat fast 400 000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Libyen aufgenommen – und seine Grenzen dennoch nicht dichtgemacht. Da soll das 500 Millionen Menschen zählende, mächtige Europa nicht mit 20 000 Flüchtlingen auf Lampedusa fertig werden?

Ja, das mächtige Europa als Ganzes. Denn die Migration auf diesen Kontinent geht alle Mitgliedsstaaten der EU etwas an. Schon richtig, es gibt eine Arbeitsteilung. Das Land, in dem die Flüchtlinge ankommen, ist für sie zuständig, prüft ihre Asylanträge und sorgt für ihre Rückkehr in die Heimat, notfalls zwangsweise. Und wenn ein Staat damit überfordert ist, wie Malta aktuell und wie im Grunde auch Griechenland, dann springt ihm die Gemeinschaft bei.

Das ist die europäische Solidarität, auf die sich Silvio Berlusconi gerade beruft. Nur ist der italienische Ministerpräsident der Letzte, der sich darauf berufen darf. Wer seine Partner auszutricksen versucht wie Berlusconi, der hat keine Solidarität verdient. Und nichts anderes als eine Trickserei zulasten Dritter wäre es, den Flüchtlingen auf Lampedusa Touristenvisa auszustellen, damit sie möglichst rasch aus Italien verschwinden – nach Frankreich oder Österreich.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat recht, wenn er dagegenhält. Aber auch er hat, auf ganz andere Weise als Berlusconi, den Gedanken der europäischen Solidarität missverstanden, wenn er in der Manier eines CSU-Generalsekretärs mehr Grenzkontrollen fordert; soll Italien doch sehen, wie es mit den Flüchtlingen fertig wird. Das ist ein Irrtum. Was auf Lampedusa geschieht, ist ein europäisches Problem.

Kurzfristig, weil die Zahl der Flüchtlinge durchaus noch so sehr steigen könnte, dass eine Lastenteilung zwischen allen EU-Mitgliedern notwendig wird. Mittelfristig, weil diejenigen, die heute als Migranten kommen, bereits in wenigen Jahren umworbene Arbeitskräfte sein könnten, die dem altersschrumpfenden Europa seinen Wohlstand sichern. Vor allem aber stellt der Umgang mit den Flüchtlingen Europa vor die Frage, ob die arabischen Revolutionen auch unser Denken in Bewegung setzen. Ob wir auf das enorme Neue mit den eingespielten Reflexen reagieren wollen. Oder ob wir der Freiheit, die sich von Syrien bis Tunesien Bahn zu brechen beginnt, ein Angebot machen. Europa braucht eine bessere Zuwanderungspolitik. Oder überhaupt eine Zuwanderungspolitik.

Ja, mit der Angst vor massenhafter Migration machen Rechtspopulisten überall in Europa Stimmung, mit Erfolg. Die Furcht vor einer »Überfremdung«, einer muslimisch geprägten zumal, sitzt tief. Aber gerade deshalb darf man das Thema nicht den Rechten überlassen. Europa muss seine Interessen definieren, und es muss diese Interessen den Europäern erklären. Das dürfte alles andere als aussichtslos sein. Nach dem neuen Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Integration und Migration ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Förderung qualifizierter Zuwanderung.

Das ist, neben langfristigen Investitionen in die Herkunftsländer, der beste Weg, für Europa – und für die Migranten: geregelte Zuwanderung von Fachkräften, Stipendien für Studenten und befristete Quoten für einfache Arbeiter, für die also, die jetzt illegal kommen – und von der europäischen Wirtschaft gern beschäftigt werden. Dann wird das Mittelmeer, was es historisch immer war: ein Handelsplatz. Kein Friedhof.

www.zeit.de/audio

Die nächste Ausgabe

der ZEIT erscheint wegen der Osterfeiertage schon am

MITTWOCH, DEM 20. APRIL 2011

Pokern in Peking

Chinas Führung stellt deutsche Kulturmacher bloß. Noch bleibt ihnen Zeit, endlich Mut zu zeigen VON MORITZ MÜLLER-WIRTH

Wer am Platz des Himmlischen Friedens in Peking zur Wiedereröffnung des chinesischen Nationalmuseums eine Ausstellung mit dem Titel *Die Kunst der Aufklärung* plant, der weiß, dass er pokert – verdammt hoch pokert. Ist eine größere Spannung vorstellbar als jene zwischen dem durch brutale Unterdrückung kontaminierten Ort und den hehren Idealen einer Fesseln sprengenden Epoche? Dass sie pokern würden, wussten die drei Ausstellungsmacher der staatlichen Museen zu Dresden, München und Berlin ebenso wie die Kultur- und Außenpolitiker aus Deutschland. Gut zwei Wochen nach der Eröffnung scheint klar zu sein: Sie haben sich verzockt.

Hätte man sich ein maximales Desaster ausdenken wollen zu Ausstellungsbeginn, es hätte genau so ausgesehen: Zunächst wird Tilman Spengler, einem Mitglied der Delegation des deutschen Außenministers, ohne Begründung die Einreise zur Eröffnungsfeier verweigert. Spengler hatte zuvor eine Laudatio auf den der chinesischen Staatsmacht verhassten Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo gehalten. Dann wird ein deutscher Journalist, als er kritische Nachfragen zum Fall Spengler stellt, auf einer Podiumsdiskussion von Vertretern der deutschen Wirtschaft lautstark ausgebuht. Als perfide Pointe lassen sodann die chinesischen Gastgeber – der Händedruck zum Abschied der deutschen Gäste war kaum gelöst – mit Ai Weiwei den prominentesten regimekritischen Künstler spurlos verschwinden.

Als schließlich die Ausstellungsmacher aufgrund ihrer zunächst kaum wahrnehmbaren Reaktion in der Heimat zunehmend in die Kritik geraten, verfassen sie – eine Woche nach den Ereignissen! – eine gemeinsame Erklärung, in der sie das Geschehene wortreich verurteilen. Zu allem Unglück hatte sich zuvor auch ein eigentlich kluger Kopf wie der Dresdner Museumsdirektor Martin Roth zu grob missverständlichen Äußerungen hinreißen lassen. Zuletzt dokumentiert der Großarchitekt Meinhard von Gerkan, dessen Büro den Pekinger Museumsneubau verantwortet, im Gespräch mit dem *Spiegel* im Stile eines Großinvestors, wie viel Respekt er vor seinen Auftraggebern hat – und wie wenig vor den von ihnen drangsalierten Künstlern. Jeder, der ein solches Szenario vorher fantasiert hätte, wäre für verrückt erklärt worden. Nun ist es Realität geworden. Eine größere Brüskierung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik ist kaum vorstellbar.

Folgenlos darf dieses Verhalten der Chinesen nicht bleiben. In der sich nun beschleunigenden Empörungsspirale steht jetzt sogar der Abbruch der Ausstellung im Raum. Kann man ernsthaft fordern, die Ausstellung und damit den Kulturaustausch mit China auf unabsehbare Zeit abzubrechen? Kann man, sollte man aber nicht!

Zu viel steht auf dem Spiel – und zwar für jene, in deren Namen man dies vermutlich täte – für die um jeden Millimeter Aufklärung kämpfenden Chinesen. Sie strömen in die Ausstellung und in »Salons«, veranstaltet von der Mercator-Stiftung. Bei diesen Zusammenkünften, beteuert ihr Geschäftsführer Bernhard Lorentz, lasse man sich von niemandem Themen oder Gäste vorschreiben. Man sollte ihn beim Wort nehmen: So werden die Salons als »offene Diskursräume« nun zum Ernsthaftigkeitstest für die deutschen Kulturmacher und die Kulturpolitik.

Durch die Vorgänge ist die auswärtige Kulturpolitik ins Zwielicht geraten

Es ist eine über die Jahrzehnte praktizierte Tradition dieser Politik, gemäß dem großen Wort von Willy Brandt, den »Wandel durch Annäherung« zu befördern, also: zu pokern. Ein großer Vorzug der Kulturexporte im Ringen zwischen Wandel und Annäherung, zwischen Subversion und Repression war stets ihre vergleichsweise große Unabhängigkeit. Das Interesse gilt zunächst den Gedanken, nicht den Geschäften. Nicht die Steigerung des Profits ist, selbst bei Sponsoren, das erste Ziel, sondern die Schärfung des Profils. Das unterscheidet die Kulturpräsentationen von den diplomatisch vernebelten Interessen der Politik ebenso wie ganz und gar unvernebelten Gewinn-Interessen der Wirtschaft. Nur deshalb kann die auswärtige Kulturpolitik sich noch heute auf die Brandtsche Doktrin berufen: Weil sie sich nicht unterwerfen muss, ist sie frei. Wenn sie sich doch unterwirft, ist sie blamiert.

Durch die Vorgänge um die Eröffnung in Peking ist die deutsche Kulturpolitik ins Zwielicht geraten. Noch ist jedoch kein irreversibler Schaden entstanden. Die Ausstellung dauert ein Jahr. Da bleibt genügend Zeit zu angemessener Profilierung. Dass dies, spätestens seit der Festnahme Ai Weiweis, unter besonderer Beobachtung geschieht, sollten die Kulturmanager als Ermunterung zur besonnenen Provokation verstehen.

Das Kapital des Kulturmanagers sind seine Ideen. Es ist ein ungeheures Kapital. Ideen kann man die Einreise nicht verweigern, nicht festsetzen, verschwinden lassen kann man sie schon gar nicht, denn wenn man ihre Urheber festsetzt, verbreiten sich die Ideen im günstigen Fall umso rascher. Deshalb werden sie von den Gegnern der Aufklärung so gefürchtet. Wäre es da nicht zum Beispiel eine gute Idee, in die Ausstellung an prominenter Stelle ein Werk des verschleppten Ai Weiwei zu integrieren – so lange, bis er wieder frei ist? Auf Anregung von Martin Roth, so ist zu hören, haben die Museumsdirektoren das erörtert. Sollten sie sich dazu entschließen, würde schnell klar: Auch Chinas Staatsmacht hat beim Poker um die Aufklärung viel zu verlieren.

Siehe auch **Politik S. 8** und **Feuilleton S. 45**

www.zeit.de/audio

ZEIT ONLINE

Reform oder weiter so? Über den FDP-Kurs streiten Martin Lindner und Johannes Vogel

Weitere Informationen im Internet: **www.zeit.de/streitgespraech-fdp**

PROMINENT IGNORIERT

Václav Klaus ist es!

Heiterkeit erregt ein Video auf YouTube, das den tschechischen Präsidenten Václav Klaus auf Besuch in Chile zeigt, wie er, während der Rede des Amtskollegen Piñera, einen Kugelschreiber vom Tisch nimmt und stiekum in seiner Jacke verschwinden lässt. Für jeden, der schreiben kann, gibt es kein größeres Rätsel als das Verschwinden aller Kugelschreiber. Dass es nun gelöst ist, gehört zu den guten Nachrichten der Woche. GRN.

Kleine Fotos v.o.n.u.: Konrad R. Müller/Agentur Focus aus dem Buch »Licht-Gestalten« (Aufn.: von 1988); ABC TV/dpa; Reunion Images/Masterfile; Internet

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 0180 - 52 52 909*,
Fax 0180 - 52 52 908*,
E-Mail: abo@zeit.de
**) 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 0,42 €/Min. aus dem deutschen Mobilfunknetz

PREISE IM AUSLAND:
DKR 43,00/NOR 60,00/FIN 6,70/E 5,20/ Kanaren 5,40/F 5,20/NL 4,50/A 4,10/ CHF 7.30/I 5,20/GR 5,70/B 4,50/P 5,20/ L 4,50/HUF 1605,00

AUSGABE:

16

66. JAHRGANG
C 7451 C

4 190745 104005 16

Worte der Woche

»Das ist kein italienisches Problem, sondern ein europäisches.«

Silvio Berlusconi, italienischer Regierungsschef, zum Umgang mit den Flüchtlingen aus dem Maghreb

»Italien muss sein Problem selbst regeln.«

Hans-Peter Friedrich, Bundesinnenminister (CSU), zum selben Thema

»Für diesen Konflikt gibt es keine militärische Lösung.«

Anders Fogh Rasmussen, Nato-Generalsekretär, zur Intervention in Libyen

»Es reicht nicht.«

Alain Juppé, französischer Außenminister, zum Vorgehen der Nato in Libyen

»Es gibt Konsequenzen für alle, die sich an die Macht klammern.«

Hillary Clinton, US-Außenministerin, zur Verhaftung des ehemaligen ivorischen Staatschefs Laurent Gbagbo

»Wer sich selbst zum Würstchen macht, darf sich nicht wundern, dass er als solches verspeist wird.«

Philipp Rösler, designierter FDP-Vorsitzender, zur Neuausrichtung der Liberalen

»Das widerspricht allen Regeln eines ordentlichen Verfahrens.«

Alexander Graf von Kalckreuth, Anwalt von Karl-Theodor zu Guttenberg, zu den Plänen der Universität Bayreuth, ein Gutachten zur Plagiatsaffäre zu veröffentlichen

»Das konnte man sich nicht länger antun.«

Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern, zum Rausschmiss von Trainer Louis van Gaal «

ZEITSPIEGEL

Aufsehen in Amerika

Handys sind »Ortungswanzen«. Anhand der von ihnen gesendeten Daten lassen sich präzise Bewegungsprofile erstellen. Deshalb ist die Speicherung dieser Informationen auf Vorrat hierzulande umstritten. Der Grünen-Politiker Malte Spitz hatte *ZEIT ONLINE* im Februar die Vorratsdaten überlassen, die sein Mobilfunkanbieter im Laufe eines halben Jahres gespeichert hatte – insgesamt 35 000 Informationen. Auf dieser Basis entstand eine interaktive Grafik, die in Europa und nun auch in Amerika für Aufsehen gesorgt hat. Nachdem die *New York Times* und das Magazin *Forbes* über die Karte berichtet hatten, diskutieren auch die Vereinigten Staaten, auf welche Daten staatliche Stellen Zugriff haben. Zwei Kongressabgeordnete, der Demokrat Ed Markey und der Republikaner Joe Barton, wollen es genau wissen. Sie forderten Auskunft von den vier großen amerikanischen Telefonunternehmen darüber, nach welcher Speicherpraxis mit Daten amerikanischer Bürger umgegangen wird. Die Grafik finden Sie (deutsch und englisch) unter www.zeit.de/vorratsdaten KAI

Neuer Feuilleton-Chef

Moritz Müller-Wirth wird zum 1. Mai 2011 Feuilleton-Chef der *ZEIT*. Die Funktion des stellvertretenden Chefredakteurs wird er zusätzlich weiter ausfüllen. Er folgt auf Florian Illies, der die Redaktion auf eigenen Wunsch verlassen hat. Weiterer Ressortleiter bleibt, wie bisher, Jens Jessen. Zum 15. April wird außerdem Adam Soboczynski stellvertretender Ressortleiter des Feuilletons. DZ

Ausgezeichnet

Für sein Dossier *Der Kinderknast von Lesbos (ZEIT* Nr. 6/10) wird *ZEIT*-Redakteur Roland Kirbach mit dem Medienpreis des Deutschen Roten Kreuzes ausgezeichnet. Der Autor beschreibt in seinem Text, wie minderjährige Flüchtlinge, meist aus Afghanistan, von der griechischen Küstenwache gejagt und in ein heruntergekommenes Gefängnis gesteckt werden. Der Preis wird im Rahmen einer Feierstunde am 16. Mai vergeben. DZ

Korrektur

Die Autorin des Artikels *Hilfe für die Wehrlosen (ZEIT* Nr. 15/11) heißt nicht Anne Slaughter, sondern Anne-Marie Slaughter. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Einer gegen Tepco

Mit Gummistiefeln und Geigerzähler: Ein Kommunalpolitiker fordert in Japan Staat und Nuklearindustrie heraus VON GEORG BLUME

Iwaki/Tokyo

Im Gedränge ist der Ratsherr kaum zu erkennen. Auch, weil er vollkommen vermummt ist: doppelter Mundschutz, kompletter Regenanzug, Gummistiefel. Es ist neun Uhr morgens im Bezirksbüro Onahama der Stadt Iwaki. Iwaki ist mit 340 000 Einwohnern die größte Stadt in der Nähe der Atomkraftwerke von Fukushima. Von hier sind es noch 45 Kilometer bis zu den Radioaktivität leckenden Atommeilern. Im Bezirksbüro, wo wir den Ratsherrn Kazuyoshi Sato treffen, herrscht bereits hektisches Treiben. Das Erdgeschoss ist überfüllt von Leuten, die Wiederaufbauhilfe, Entschädigung oder auch nur Jodtabletten verlangen.

Draußen wartet eine Gruppe von Freiwilligen, zehn junge Männer in zwei Kleinbussen – Atomkraftgegner, zwei von ihnen sind Outdoor-Überlebenstrainer, die die Busse ihrer Firma zur Verfügung gestellt haben. Sie werden von Keisuke Miyazawa geführt, der mit Sato befreundet ist. »Hätten wir auf Sato gehört, dann gäbe es heute keinen Atomunfall in Fukushima. Deswegen sind wir gekommen, ihm zu helfen«, sagt Miyazawa. Der Ratsherr ist ein Kritiker der Nuklearindustrie in einem seit Langem auf Atomkraft setzenden Land. Ist sein Kampf leichter, erfolgversprechender geworden seit der Katastrophe? Schlägt jetzt die Stunde des Außenseiters?

Miyazawa trägt Pullover, Jeans mit Löchern und pinkfarbene Turnschuhe. Sato rät ihm, sich Regenzeug und Gummistiefel anzuziehen. Miyazawa und seine Jungs haben die Nacht auf der Straße verbracht. Ihr Einsatz soll sofort losgehen. Sato stellt zwei Gruppen auf: Die eine soll Tsunami-Opfern helfen, die andere Radioaktivität in der Evakuierungszone rund um die Atomkraftwerke messen. Für die erste Gruppe holt Sato Schaufeln aus einem Schuppen im Hinterhof des Bezirksbüros. An die andere Gruppe verteilt er Geigerzähler. Sato fährt vorweg in seinem Mini-Jeep. Die Strecke führt durchs Hafengelände von Onahama: Große Schiffe liegen quer auf den Kaimauern, ein Auto hockt wie ein Riesenvogel auf einer Baumkrone, ganze Wohnviertel hat der Tsunami dem Erdboden gleichgemacht. Von Normalität keine Spur.

Im Haus der Opfer von Hiroshima und Nagasaki

Drei Tage zuvor war Sato in Tokyo Hauptredner der ersten Veranstaltung der japanischen Atomkraftgegner nach der Katastrophe. Sie fand im Sohyo Kaikan statt, dem bei Nuklearkritikern in aller Welt bekannten Gewerkschaftshaus, in dem auch der Verband der Bombenopfer von Hiroshima und Nagasaki seine Büros hat. Bis in die achtziger Jahre fanden hier regelmäßig Konferenzen mit den Opfern von radioaktiver Strahlung aus aller Welt statt. Dann wurde es ruhig um den Verband. Die prominenten Opfer aus Hiroshima und Nagasaki verstarben. Ihren Leitsatz – »Atomtechnik und die Menschheit können nicht koexistieren« – wollte in Japan bald niemand mehr hören. Ist das heute unter dem Eindruck der Ereignisse in Fukushima anders?

Sato spricht an diesem Abend vor einem nahezu vollen Haus. Knapp 300 Zuhörer sind gekommen, unter ihnen wenig junge Leute, dafür umso mehr mit grauen Haaren – Angehörige jener Generation, die einst, wie in Deutschland die Achtundsechziger, im Streit gegen Konventionen und den Vietnamkrieg zusammenfand. Man erkennt sie in Japan daran, dass sie sich die Haare nicht färben. Zu ihnen zählt auch Sato, wenngleich er mit 57 Jahren noch relativ jung ist und seine Haare färbt.

Schon Ende der sechziger Jahre nahm er als Teenager mit seinen politisch aktiven Eltern an Aktionen der Friedensbewegung teil. Der Vater war Eisenbahner und in der damals mächtigen Eisenbahngewerkschaft, die Mutter Lehrerin und in der streng atomkritischen Lehrergewerkschaft engagiert. Gemeinsam lebte die Familie in dem Dorf Nahara, acht Kilometer vom zweiten AKW-Standort in Fukushima, Dai-ni, entfernt. In den sechziger Jahren begann der Energiekonzern Tepco, zeitgleich Dai-ni und den fünfzehn Kilometer weiter nördlich gelegenen Standort Dai-ichi aufzubauen, der heute Schauplatz der Atomkatastrophe ist. Die Fischer von Nahara sollten ihre Fischereirechte an Tepco abtreten, die Bauern ihr Land. Einige taten das freiwillig, andere pokerten und ergatterten viel Geld, wieder andere wehrten sich mit allen Kräften gegen den Entzug ihrer Lebensgrundlage. »Schon damals war ich wütend auf Tepco, weil das Unternehmen die AKW-Gegner in unserem Dorf spaltete und am Ende jeden einzeln kaufte«, sagt Sato. 2004 und 2008 ließ er sich dann als parteiloser Anti-AKW-Kandidat in den Stadtrat von Iwaki wählen.

Sato trägt bei seinem Auftritt in Tokyo Arbeitskleidung mit breiten Brusttaschen, wie die Tepco-Manager, die man im Fernsehen sieht. Während seines zweistündigen Vortrags bewahrt er kerzengerade Haltung und setzt sich nur in der Pause. Das ist die seriöse japanische Form. Sein Auftritt ist zugleich eloquent, er bringt die Leute zum Lachen, erhält vielfach Applaus. Der Stadtrat aus Iwaki entpuppt sich zur Überraschung mancher Zuhörer als echter Politiker. »Mit dem Atomunfall in Fukushima hat sich das Leben verändert. Wir sind in die Welt der Strahlenopfer eingetreten. Wir leben jetzt in einer verstrahlten Welt«, sagt Sato. Nicht laut, eher beiläufig. Aber er benutzt für das Wort Strahlenopfer die alte Bezeichnung *hibakusha,* die man in Japan bislang fast ausschließlich für die Atombombenopfer von Hiroshima und Nagasaki verwendet hat. Das wirkt. Wir sind alle *hibakushas.*

Drei Tage später, auf seiner Fahrt mit den Freiwilligen entlang der zerstörten Küste von Iwaki, macht Sato halt beim Fischhändler Nakata. Dessen großes, altes Holzhaus in einer Bucht von Iwaki ist von dem Tsunami halb zerstört worden. Holzständer und Dach des Hauses stehen schief, die Wände sind fortgerissen. Sato und Nakata besprechen, ob der Fischhändler Totalschaden melden und das Haus abreißen lassen soll oder besser Reparaturen vornimmt. Dann schweigen sich Ratsherr und Fischhändler eine Weile an. »Mach dir keine Sorgen. Niemand liest hier eine deutsche Zeitung«, sagt Sato schließlich. Nun erst wendet der Fischhändler sich dem Reporter zu. In der Frühlingssonne trägt Nakata gleich zwei dicke Anoraks. Er ist 58, sein Geschäft schon hundert Jahre alt. »Na gut«, sagt Nakata langsam. »Sato ist ein Freund. Aber ich habe seiner Anti-AKW-Bewegung nie Bedeutung beigemessen. Doch jetzt denke ich, Sato hat recht gehabt. Und ich sage, 80 Prozent der Leute hier denken heute wie ich. Unsere Häuser können wir wieder aufbauen. Aber die Radioaktivität bleibt für immer.«

Der Fischhändler hat eine Rede gehalten. Erschöpft blickt er zu Boden. Sato verabschiedet sich. Er will Nakata nicht länger zur Last fallen. Der Ratsherr weiß, wie schwer es gerade für Fischer, Bauern und Händler in Iwaki ist, sich die eigene Zukunft mit der radioaktiven Strahlung vorzustellen. Noch ist mit den Reparaturarbeiten an den Reaktoren nicht einmal begonnen worden, weil der Zugang für Ingenieure und Arbeiter zu gefährlich ist. Also kontaminieren die Anlagen weiter Luft, Wasser und Boden. Jeder in Iwaki weiß das. Besonders ältere Japaner wie Nakata sind sich dabei des Schicksals der Strahlungsopfer von Hiroshima und Nagasaki sehr bewusst. Die Halbwertszeiten der radioaktiven Stoffe, ihre erst nach vielen Jahren verursachten Krebserkrankungen – das gehörte in Japan schon in der Nachkriegszeit zum Lehrstoff an jeder Schule. Nakata weiß genau, dass sein Fisch auf lange Zeit unverkäuflich sein könnte. Nur sprechen will er darüber nicht.

In Tokyo, wo er im Gewerkschaftshaus so erfolgreich war, hat Sato auch versucht, beim Premierminister vorgelassen zu werden. Am Ende sitzt er in einem schmucklosen, fensterlosen Empfangszimmer eine Stunde lang vor ein paar Beamten der Atomsicherheitsbehörde. Er trägt sieben Punkte vor, auch im Namen anderer Lokalpolitiker seiner Region: bessere Kühlung der Reaktoren. Klare Festlegung der Evakuierungszone. Ausbau von Radioaktivitäts-Messungen. Vorläufige Schließung der Schulen. Entschädigung für Bauern und Fischer. Endgültige Abschaltung aller Atomkraftwerke in der Präfektur Fukushima. Neuausrichtung der Energiepolitik. Sato ist damit der erste japanische Politiker, der Forderungen vorträgt, wie sie etwa Greenpeace vertritt. Im Westen würde diese Position zum Mainstream jeder Atomdebatte gehören. Doch in Japan ist das anders. Die Beamten lassen ihn abblitzen. Und als er danach eine Pressekonferenz gibt, hören ihm nur drei freie Journalisten zu, die ihn schon den ganzen Tag lang begleiten. Kein Interesse bei den großen Zeitungen und beim staatlichen Fernsehen.

Auch in Iwaki hat es Sato nie leicht gehabt. »Iwaki ist wie eine alte Königsstadt, in der das Schloss Tepco gehört«, erzählt er. Die meisten Bürger seiner Stadt hätten sich vor langer Zeit entschlossen, mit dem Konzern zu leben und zu gedeihen. Doch er nehme es ihnen nicht übel. »Sie hatten bisher keine andere Wahl.« Der Atomunfall könnte das ändern. Sato spürt das. Aber er hütet sich vor Besserwisserei. Stattdessen hält er sich an konkrete Forderungen: Er verlangt mehr Messungen der Radioaktivität, vor allem an den 120 Schulen seiner Stadt.

Die Beamten haben mehr zu sagen als die Politiker

»Sinnloses Zeug, was Sato da will«, sagt Eigi Suzuki, der 59-jährige Vize-Bürgermeister von Iwaki. Suzuki, auch er in Arbeitsjacke ohne Krawatte, empfängt in einem provisorischen Stabsquartier, weil das Rathausgebäude durch das Erdbeben stark beschädigt wurde. Er ist kein gewählter Politiker, sondern der höchste Beamte seiner Stadt – Satos mächtigster Gegner. Die Beamten haben in alter konfuzianischer Tradition oft mehr zu sagen als die Politiker.

Suzuki weiß, dass er heute nicht mehr so reden kann wie vor dem Atomunfall. »Wir müssen Wirtschaftsweise und Lebensstil hinterfragen, die in so großem Maße auf Elektrizitätsverbrauch beruhen«, erklärt er. Aber er umgeht damit alle konkreten Fragen, ob etwa auch die vermeintlich wenig beschädigten Atomkraftwerke am Standort Dai-ni wieder ans Netz sollen. Oder ob die Stadt Iwaki nicht eigene, unabhängige Messungen der Radioaktivität vornehmen sollte, statt sich auf die Messergebnisse der Präfekturbehörden zu verlassen. Und sobald die Sprache auf den atomkritischen Ratsherrn kommt, reagiert Suzuki ungehalten: »Satos Logik, an hundert Stellen zu messen, ist nicht logisch für mich. Das ist unwissenschaftlich.«

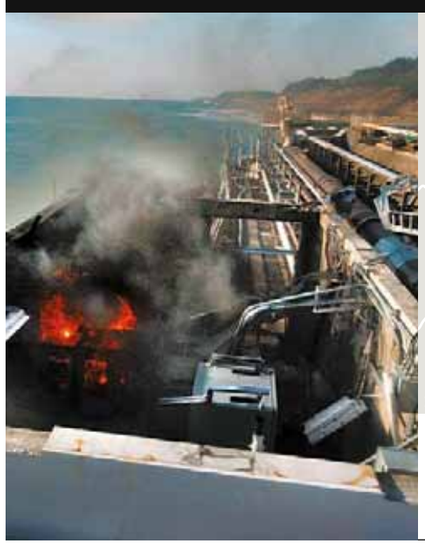
Ein paar Gehaltsstufen unter Suzuki reden die Beamten heute anders. »Alle in Iwaki kennen Sato. Wir sind jetzt alle gegen Atomkraft. Vor einem Monat hat jeder von uns noch anders gedacht«, sagt einer, der in der Abteilung für Bürgerangelegenheiten arbeitet. Er ist ein älterer, vom Naturell her konservativer Typ, der sich Gedanken darüber macht, wie man eine neue Panik verhindern kann. Er lässt sich nichts mehr vormachen. »Meine Frau kauft kein Gemüse mehr«, flüstert er. Für den kleinen Beamten ist das, als verrate er ein Geheimnis.

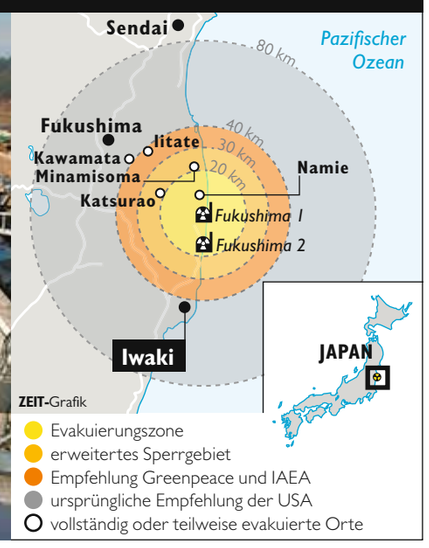
Die Regierenden von Iwaki spüren die neue Widerspenstigkeit ihrer Bürger und sind entschlossen, dagegen vorzugehen. »Die Leute haben Angst. Wir müssen ihnen zeigen, wie sie ihr Leben wieder in den Griff bekommen«, sagt Shigeru Nemoto, Fraktionschef der regierenden Liberaldemokraten im Stadtrat. Der 59-jährige Nemoto ist ein kantiger Unternehmertyp, er leitet eine Fabrik für Badezimmereinrichtungen unweit der Atommeiler, die er wegen der Radioaktivitätsgefahr schließen musste: »Mir geht es nicht anders als den Bauern und Fischern. Ich habe keine Arbeit mehr.«

Doch er will zurück zu den Zuständen vor dem 11. März. Er spricht die Schlosssprache des Tepco-Regimes: »Japan ist keine Südseeinsel, auf der wir uns in die Hängematte legen können. Wir haben die Atomkraft akzeptiert, weil sie ein Segen für Japans Entwicklung ist. Wir können sie jetzt nicht einfach aufgeben.« Von seinem Stadtratskollegen Sato will er nichts wissen: »Sato macht den Leuten nur Angst. Er ist gegen alles. Selbst wenn wir Windräder bauen würden, wäre Sato dagegen, weil er sich um die Vögel sorgen würde, die sich in den Windrädern verfangen.« Auf harte Typen wie Nemoto und geschmeidigere wie den Vize-Bürgermeister kann Tepco auch in Zukunft bauen.

Wie nahe Sato alles geht, lässt er nur einmal kurz durchscheinen, als er über seine beiden erwachsenen Kinder spricht. Sie leben in Tokyo und teilen die Atomkritik ihres Vaters. Auch deshalb baten sie ihre Eltern, jetzt zu ihnen in die Hauptstadt zu ziehen. Doch als sie die Eltern vor wenigen Tagen in Iwaki besuchten und sahen, wie der Vater sich einsetzt, wiederholten sie ihre Bitte nicht. »Sie sagten mir: ›Mach weiter so!‹ «, erzählt Sato merklich gerührt. Er wird nicht aufgeben.

Der Ratsherr und Atomkritiker Kazuyoshi Sato (oben), Brand nahe dem Reaktor 4 in Fukushima (unten links)





Wie Tschernobyl?

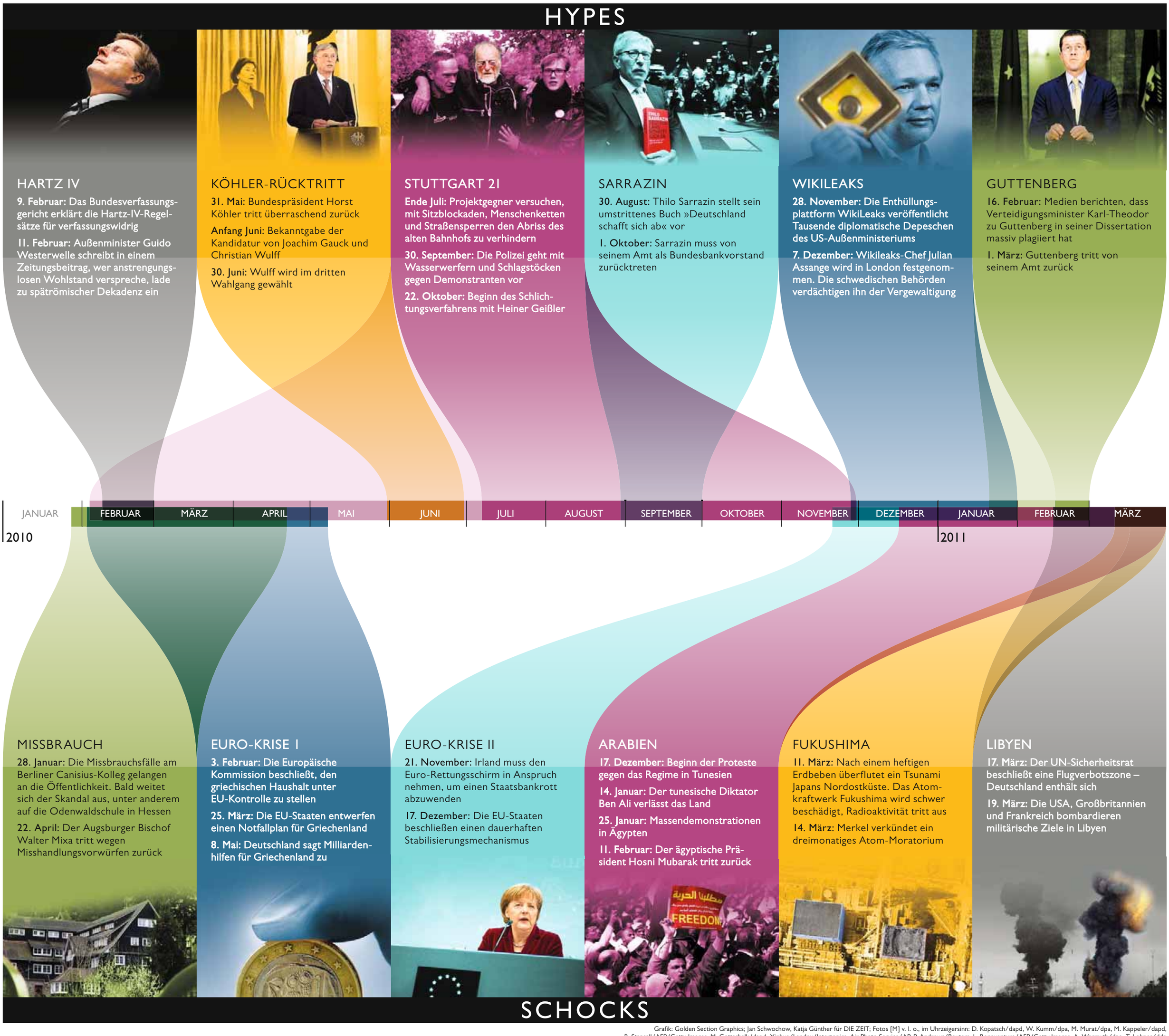
Die japanische Atomaufsichtsbehörde hat die Reaktorunfälle von Fukushima als »katastrophalen Unfall« eingestuft. Das Unglück steht damit auf der höchsten, der 7. Stufe der Skala der Internationalen Atomenergie-Organisation: viele radioaktive Partikel in der Umwelt, mögliche Auswirkungen auf Gesundheit und Natur im weiten Umkreis. Bisher kam es zu einer solchen Einstufung ein einziges Mal: im Fall Tschernobyl. Seit dem 18. März hatte für Fukushima Stufe 5 gegolten: »ernster Unfall«. Nun stellt man größere Strahlenkonzentrationen in Luft, Gemüse, Leitungs- und Meerwasser fest. Anders als in Tschernobyl haben die Explosionen indes keine Radionuklide in große Höhen katapultiert; es wurde nur ein Zehntel der Menge radioaktiver Teilchen freigesetzt wie damals. Was heißt Stufe 7 für die Menschen nahe Fukushima? 80 000 mussten schon im 20-Kilometer-Umkreis ihre Häuser verlassen. Die Atomaufsicht empfiehlt eine Ausweitung, nach der sich die Regierung nun wohl richten wird. SKA

Japan: Reportagen und Analysen zur Katastrophe: **www.zeit.de/japan**

Fotos (Ausschnitte): Hitoshi Katanoda/Polaris/laif für DIE ZEIT (o.); Kyodo/AP/ddp (u.)

Schlag auf Schlag

Sechs Schocks und sechs Hypes in fünfzehn Monaten – unter dem Druck der Ereignisse ändert sich die Natur der Politik VON BERND ULRICH


HYPES
HARTZ IV
9. Februar: Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Hartz-IV-Regelsätze für verfassungswidrig
11. Februar: Außenminister Guido Westerwelle schreibt in einem Zeitungsbeitrag, wer anstrengungslosen Wohlstand verspreche, lade zu spätrömischer Dekadenz ein
KÖHLER-RÜCKTRITT
31. Mai: Bundespräsident Horst Köhler tritt überraschend zurück
Anfang Juni: Bekanntgabe der Kandidatur von Joachim Gauck und Christian Wulff
30. Juni: Wulff wird im dritten Wahlgang gewählt
STUTTGART 21
Ende Juli: Projektgegner versuchen, mit Sitzblockaden, Menschenketten und Straßensperren den Abriss des alten Bahnhofs zu verhindern
30. September: Die Polizei geht mit Wasserwerfern und Schlagstöcken gegen Demonstranten vor
22. Oktober: Beginn des Schlichtungsverfahrens mit Heiner Geißler
SARRAZIN
30. August: Thilo Sarrazin stellt sein umstrittenes Buch »Deutschland schafft sich ab« vor
1. Oktober: Sarrazin muss von seinem Amt als Bundesbankvorstand zurücktreten
WIKILEAKS
28. November: Die Enthüllungsplattform WikiLeaks veröffentlicht Tausende diplomatische Depeschen des US-Außenministeriums
7. Dezember: Wikileaks-Chef Julian Assange wird in London festgenommen. Die schwedischen Behörden verdächtigen ihn der Vergewaltigung
GUTTENBERG
16. Februar: Medien berichten, dass Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in seiner Dissertation massiv plagiiert hat
1. März: Guttenberg tritt von seinem Amt zurück
JANUAR FEBRUAR MÄRZ APRIL MAI JUNI JULI AUGUST SEPTEMBER OKTOBER NOVEMBER DEZEMBER JANUAR FEBRUAR MÄRZ
2010
2011
MISSBRAUCH
28. Januar: Die Missbrauchsfälle am Berliner Canisius-Kolleg gelangen an die Öffentlichkeit. Bald weitet sich der Skandal aus, unter anderem auf die Odenwaldschule in Hessen
22. April: Der Augsburger Bischof Walter Mixa tritt wegen Misshandlungsvorwürfen zurück
EURO-KRISE I
3. Februar: Die Europäische Kommission beschließt, den griechischen Haushalt unter EU-Kontrolle zu stellen
25. März: Die EU-Staaten entwerfen einen Notfallplan für Griechenland
8. Mai: Deutschland sagt Milliardenhilfen für Griechenland zu
EURO-KRISE II
21. November: Irland muss den Euro-Rettungsschirm in Anspruch nehmen, um einen Staatsbankrott abzuwenden
17. Dezember: Die EU-Staaten beschließen einen dauerhaften Stabilisierungsmechanismus
ARABIEN
17. Dezember: Beginn der Proteste gegen das Regime in Tunesien
14. Januar: Der tunesische Diktator Ben Ali verlässt das Land
25. Januar: Massendemonstrationen in Ägypten
11. Februar: Der ägyptische Präsident Hosni Mubarak tritt zurück
FREEDOM
FUKUSHIMA
11. März: Nach einem heftigen Erdbeben überflutet ein Tsunami Japans Nordostküste. Das Atomkraftwerk Fukushima wird schwer beschädigt, Radioaktivität tritt aus
14. März: Merkel verkündet ein dreimonatiges Atom-Moratorium
LIBYEN
17. März: Der UN-Sicherheitsrat beschließt eine Flugverbotszone – Deutschland enthält sich
19. März: Die USA, Großbritannien und Frankreich bombardieren militärische Ziele in Libyen
SCHOCKS

Grafik: Golden Section Graphics; Jan Schwochow, Katja Günther für DIE ZEIT; Fotos [M] v. l. o., im Uhrzeigersinn: D. Kopatsch/dapd, W. Kumm/dpa, M. Murat/dpa, M. Kappeler/dapd, B. Stansall/AFP/Getty Images, M. Gottschalk/dapd, Xinhua/Landov/Intertopics, Air Photo Service/AP, P. Andrews/Reuters, L. Bonaventure/AFP/Getty Images, A. Warmuth/dpa, T. Lohnes/ddp

Würde man die Politik nicht bloß nach Systemen und Parteien beurteilen, sondern auch nach Stilen wie in der Malerei oder der Musik, so könnte man sagen: Die Politik tritt jetzt in ihre Schostakowitsch-Phase ein.

Dmitrij Schostakowitsch, geboren 1906, gestorben 1975, sprengte die klassische Musik. Explodierende Klangformen, enorme Lautstärke, stürmisches Tempo, ständige Einbeziehung des gesamten Orchesters, Ergänzung der Töne durch Geräusche. Der russische Komponist nannte seine ebenso anarchischen wie aufregenden Stücke noch Sinfonien, doch waren es keine mehr.

Wir Bürger und Journalisten nennen heute die Politik immer noch Politik, die Parteien Parteien, wir wünschen uns Programmatik und lesen wachsam Koalitionsverträge, wir rufen nach Führung und Profil, wir verlangen nach Versprechen und warten auf ihren Bruch, wir wollen Diskretion und ertragen kein Geheimnis, kurzum, wir kritisieren die Musik Schostakowitschs nach den Kriterien von Barock und Klassik. Wobei: Unser Mozart heißt Brandt, unser Händel Kennedy, unser Beethoven Helmut Schmidt.

Nun ändert sich etwas, grundlegend. In den letzten 15 Monaten hat die Politik eine Ereignisdichte erlebt wie wohl noch nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Schock – Hype – Schock, Schock – Schock – Hype, Hype – Schock – Hype, das ist der neue Rhythmus der Politik. Wobei als Schocks schwere Erschütterungen gelten, als Hypes künstlich befeuerte Erregungen. Was für die Politik aber letztlich egal ist, weil die Wucht, mit der die Schocks und die Hypes bei ihr ankommen, ähnlich groß ist.

Konservativ geschätzt, hat die deutsche Politik (und nicht nur die deutsche) in diesen 15 Monaten sechs große Schocks und sechs Hypes erlebt. Was aber keineswegs bedeutet, dass es mal drei Monate lang ruhig gewesen wäre, meist gab es mehrere Dramen zugleich, zuletzt, im ersten Quartal dieses Jahres, mit Euro-Krise, Fukushima und Libyenkrieg, Westerwelle- und Guttenberg-Rücktritt, Atomwende und Grün-Rot im Südwesten so viele, dass es für Bürger wie Politiker und Medien kaum mehr zu verarbeiten war.

Nur wer abenteuerliche Schwenks vollziehen kann, hat noch eine Chance

Das zugrunde liegende Prinzip ist bekannt: Die Frequenz der Ereignisse oder der als Ereignis empfundenen Erregungen kommt daher, dass heute immer mehr Menschen öfter und wirkungsvoller ihre Stimme erheben, dass es immer mehr Konsumenten und User gibt, dass die Überbevölkerung und die ökologischen Probleme die Erde eng machen. Das alles wird nicht wieder verschwinden, keine Erholung in Sicht, die Politik muss sich daran gewöhnen. Und wir Bürger müssen es auch.

Wer sich die obige Schock-&-Hype-Liste genauer ansieht, stellt fest, dass darunter nur ein Ereignis ist (Westerwelles Hartz-IV-Debatte), das die Politik willentlich gesetzt hat (und das ging auch noch nach hinten los). Der Rest sind mediale Hypes und externe Schocks. Daraus lässt sich schon eine erste Mutmaßung über die neue Natur des Politischen ableiten: Wichtiger als Programme oder Koalitionsverträge wird die Krisenreaktionskraft von Politikern, Parteien und Koalitionen. Belohnt wird auch, wie im Falle der grünen Energiepolitik, eine Tiefenorientierung, die mehr ist als nur papierne Programmatik und die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit immer wieder aktuell wird, weil sie auf der Welttagesordnung bleibt.

Häufig zwingen die Ereignisse führende Politiker zu abenteuerlichen Schwenks. In einem ganz banalen Sinne musste etwa die griechische Regierung binnen Tagen von einer exzessiv schuldengetriebenen zu radikaler Sparpolitik umsteuern. Nicolas Sarkozy hat bis zum Tag vor dem Beginn der arabischen Revolution die Despoten unterstützt, um dann innerhalb weniger Wochen zu ihrem größten Feind zu werden. Und die Bundeskanzlerin kehrt seit Fukushima ihre eigene Atompolitik um. Im Vorteil ist in der neuen Phase von Politik dann wohl der Geschmeidige und der mit dem richtigen inneren Kompass.

Auffällig an der Liste sind auch die drei Enthüllungen: Missbrauch, Guttenberg und WikiLeaks. Man muss also davon ausgehen, dass die Unterwelt von Politik und Gesellschaft immer öfter ans Licht kommt. Und dass Politiker, die von dorther etwas zu befürchten haben, schnell wieder aus der Politik verschwinden können. Das verschärft noch den Politikerschwund, der durch den neuen Ereignisstress und den Anpassungsdruck ohnehin grassiert und der zuletzt so viele Politiker auch ohne Enthüllungen die Flucht antreten ließ.

Gegen die Emotionen der Bürger lässt sich nicht mehr regieren

Genauso wie mit der Unterwelt verhält es sich auch mit der Außenwelt, die, wie die Stichwörter Fukushima, Arabien, Libyen, Griechenland, Irland und Portugal zeigen, jederzeit zur Innenwelt werden kann. Außen- und Innenpolitik verschmelzen, daheim gestresste Regierungschefs können sich auf Auslandsreisen auch nicht mehr erholen. Stattdessen addieren, ja potenzieren sich Innen und Außen.

Erheblich zum Ereignisstress tragen offenbar auch die Wahrscheinlichkeitsspiele bei. Dazu gehören sowohl die Spekulationen am Kapitalmarkt wie auch der Betrieb von AKWs oder das Spekulieren darauf, dass es mit dem Klima nicht so bald so schlimm kommt. Die Folgen dieser Wahrscheinlichkeitsspiele sind Katastrophen, wie wir sie jetzt so häufig erleben und auf die zu reagieren der Politik so schwerfällt. Stets versucht sie, aus der Not eine Tugend zu machen, aus dem verheerenden Unfall eine grundlegende Reform wie bei der Finanzkrise, dem Euro-Problem und dem Atomunfall. Doch dann passiert schon das Nächste.

Nicht zuletzt zeigt unsere Schock-&-Hype-Liste, dass heutzutage jeder Versuch aussichtslos ist, die Emotionen der Bürger zu unterdrücken oder totzuschweigen. Weder Wut wie bei Stuttgart 21 und bei Sarrazin noch Sehnsucht wie bei Joachim Gauck oder Karl-Theodor zu Guttenberg lassen sich auf Dauer kanalisieren.

All das hier ist nur ein erster, rascher Aufriss des Neuen. Fest steht jedoch schon, dass dieses Land nicht bloß einen Strukturwandel der Politik erlebt, sondern etwa auch der politischen Wissenschaften, die ihrer wachsenden Nachträglichkeit gewahr werden müssen. Erneuern wird sich zudem der politische Journalismus. Wir beurteilen Politik nach bewährten Kriterien, wir haben eine Vorstellung davon, wie ein amerikanischer Präsident zu sein hat oder ein deutscher Kanzler, wie ein Parlament funktioniert und wie eine Partei. Nun müssen wir die Politik kritisieren, während sich unsere Kriterien selbst mit verändern. Eine neue Kunst.

Schostakowitsch, das ist grandiose Musik, nur ein bisschen anstrengend.

Mitarbeit: LUISA SEELING

Wacht auf, Verdammte!

Ein trauriger Bericht aus dem Inneren einer vormals großen Partei

VON SUSANNE GASCHKE

Husum

Die Frühlingssonne strahlt aus einem wolkenlosen Himmel herab. In der Husumer Messehalle aber haben sich rund 250 Menschen versammelt, um Licht, Luft und Sonne für zwei Tage zu entsagen: die Delegierten des SPD-Landesparteitages und etliche Gäste. Die Abgesandten der Kreisverbände haben packende Anträge zu beraten (»Masterplan Ganztagsschule«, »Verkehrsanbindung des Kreises Dithmarschen«, »geschlechterparitätische Besetzung von Wahllisten«), vor allem aber müssen sie eine Personalfrage klären, die die Sozialdemokratische Partei in Schleswig-Holstein zu zerreißen droht.

Entsprechend gespannt ist die Stimmung. Ein längliches Referat des SPD-Bundesfraktionsvorsitzenden, Frank-Walter Steinmeier, wird eher ertragen als verfolgt. Überall stehen Grüppchen zusammen, streng nach Lagern getrennt. »Zu welcher Fraktion gehörst du – töricht oder schädlich?«, fragen einige Jusos jeden Neuankömmling. Die einen finden das überhaupt nicht lustig. Die anderen (darunter ich) bekennen fröhlich: »Ich bin beides!« Dann gibt es lautes Gelächter. Was zum Teufel ist hier los?

Seit 2007 führt der Multifunktionsträger Ralf Stegner die Partei: nach innen in einem recht kompromisslosen »Wer nicht für mich ist, ist gegen mich«-Stil, nach außen scharf und konfrontativ. Letzteres kommt intern immer gut an, führte aber auch zum Bruch der Großen Koalition in Kiel, vorgezogenen Neuwahlen 2009 und einem katastrophalen Wahlergebnis von 25,7 Prozent (2005: 38,7 Prozent). Nun gibt es wieder einmal Neuwahlen, weil das Verfassungsgericht des Landes das Wahlgesetz kassierte. Stegner wollte trotz allem auch bei dieser Wahl Spitzenkandidat bleiben.

Als dann die 20 000 schleswig-holsteinischen SPD-Mitglieder im vergangenen Februar durch die Kampfkandidatur des Kieler Oberbürgermeisters Torsten Albig gegen Stegner die Chance bekamen, in einem Mitgliederentscheid für einen personellen Neuanfang zu stimmen, taten sie das mit einer begeisterten Zweidrittelmehrheit. Stegner kam bei vier Kandidaten nur noch auf 32 Prozent. Jetzt, da der verbindliche Albig Spitzenkandidat sei, könne die SPD wieder Wahlen gewinnen – so hörte man es als Sozialdemokratin sogar von CDU-Anhängern. Stegners Tage als Partei- und Fraktionsvorsitzender schienen gezählt.

Doch dann tat der neu gewählte Spitzenkandidat Albig etwas, das seine Unterstützer bis heute nicht verstehen: Er kündigte an, Stegner bei der Wiederwahl zum Landesvorsitzenden zu unterstützen. Seither treten die beiden auf, als seien sie ein Herz und eine Seele. Sogar eine gemeinsame E-Mail-Adresse haben sie eingerichtet. Das Stegner-Lager jubelte. Das Eben-noch-Albig-Lager schimpfte. »Töricht« nannte daraufhin Albig seine ehemaligen Freunde und insinuierte, sie »beschädigten« ihr Spitzenpersonal. Darauf zielen die ironischen »Töricht«- und »Schädlich«-Rufe der jungen Leute in Husum.

Sie sind die Minderheit. Die Mehrheit klatscht, als Ralf Stegner, bekannt für seinen souveränen Umgang mit dem Medium Twitter, seinen Gegnern vorhält, sie trügen Konflikte zum Schaden der Partei in den Medien aus. Die Mehrheit klatscht, als fünf oder sechs Pro-Stegner-Redner in Folge »Geschlossenheit« einfordern und Diskussionen für schädlich erklären. Die Mehrheit klatscht, als ein sehr ehemaliger Bundestagsabgeordneter die Medien unter Generalverdacht stellt und einen anwesenden Journalisten namentlich angreift, Tenor: Die Presse ist schuld daran, dass die Menschen nichts von der großartigen Politik der SPD erfahren, sondern nur von ihrem ewigen Streit. Die Mehrheit zischt oder stöhnt, wenn die (wenigen) Stegner-Kritiker das Wort ergreifen. Die Mehrheit hat nichts dagegen, wenn Delegierte erklären, ihre Basis habe sich zwar mit großer Mehrheit gegen Stegner ausgesprochen, sie würden ihn aber trotzdem wählen.

Wo, wenn nicht hier drinnen, ist man souverän, ganz bei sich und kann absehen von der Welt da draußen, von den eigenwilligen Mitgliedern, von den unberechenbaren Wählern, von den bösen Medien? Der Gegenkandidat bleibt chancenlos, der Parteitag wählt Stegner, und ein »Tandem« soll 2012 die Wahl für die SPD gewinnen. Ich muss jetzt wirklich dringend mal raus hier, in die Sonne.

Die Autorin ist Mitglied der SPD Schleswig-Holstein

Parteienlandschaft, neu gemalt

Deutschland nach dem politischen Umbruch: Der Trend ist grün und schwarz. Und Wutbürger gehen wählen VON MATTHIAS GEIS

Im Jahr 2010 dominierten Wut und Protest die politische Szenerie der Republik. Entfremdung zwischen Bürgern und etablierter Politik, das schien der einzig stabile Trend. Er resultierte aus so unterschiedlichen Protestbewegungen wie dem Widerstand gegen den Bahnhofsneubau in Stuttgart, dem Volksbegehren gegen die Hamburger Schulreform oder der Sarrazin-Debatte. Wie man mit der Wut der Bürger umgehen sollte, noch dazu mit so unterschiedlicher Wut, die sich auf der einen Seite gegen unliebsame Großprojekte, auf der anderen gegen angeblich integrationsresistente Minderheiten richtete, darauf hatte die politische Elite der Republik keine Antwort. Nur eines schien im Herbst 2010 gewiss: Die Parteien würden es schwer haben, mit den Bürgern wieder ins Gespräch zu kommen. Auf die Stabilität des politischen Systems hätte man seinerzeit nicht wetten wollen.

Nach der wichtigsten Wahl dieser Legislaturperiode fällt die Diagnose freundlicher aus. Eine deutlich höhere Wahlbeteiligung (nicht nur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, sondern auch in Sachsen-Anhalt) signalisiert, dass selbst ein reizbares Wahlvolk noch immer die Zuversicht aufbringt, dass seine Interessen und Bedürfnisse von den Parteien aufgegriffen werden. So besteht also die Zäsur dieses Wahl-Frühjahrs nicht in der Erosion der institutionellen Politik, sondern in der Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien. Die allerdings ist drastisch ausgefallen. Nach Baden-Württemberg wird die politische Landkarte der Republik neu vermessen.

Dabei ist es auf den ersten Blick nicht überraschend, dass aus einer Wahl, die aus dem Protest heraus befeuert wurde, die Grünen als Sieger hervorgehen. Sie stehen thematisch wie kulturell dem Protest am nächsten. Sicherlich wären die Grünen ohne die Atomkatastrophe in Fukushima kaum in die Lage gekommen, künftig die Regierung im prosperierenden Südwesten der Republik anzuführen. Und dennoch ist es schlüssig. Es ist der Lohn dafür, dass die Partei über drei Jahrzehnte lang stur und über alle Konjunkturen hinweg an ihren ökologischen Impulsen festgehalten hat.

Doch es sind nicht nur die grünen Themen, die in die Zeit passen, der Aufwärtstrend der Partei ist kulturell unterfüttert. Die Grünen sind die einzige Partei, die besonders dann profitiert, wenn die Parteiendemokratie selbst um ihre Legitimation zu kämpfen hat. Sie sind aus der Opposition gegen das etablierte Parteiensystem entstanden, und etwas von dieser Gründungskonstellation haben sie sich bis heute bewahrt. Sie sind Teil des Systems, ohne restlos in ihm aufzugehen. Die prinzipielle Opposition, die die Grünen anfangs noch pflegten, hat sich in eine skeptische Haltung verwandelt, die sich bestens mit der Unzufriedenheit verträgt, die das deutsche Bürgertum in letzter Zeit befällt. Das gibt dem grünen Aufwärtstrend seine Stabilität. Fukushima hat der Partei, die vor einer solchen Katastrophe immer gewarnt hat, nur noch einen weiteren Schub verpasst.

> Was tun, als Sozi, gegen die grüne Gefahr? Ist Industriepolitik eine Antwort auf die Ökologie? Hilft es, billigen Strom für Arme zu fordern?

Die Grünen sind nicht einfach Profiteure des angespannten Verhältnisses zwischen Bürgern und etablierter Politik. Sie geben auch etwas zurück: Indem sie für diejenigen attraktiv bleiben, deren Vertrauen in die Institutionen schwindet, bilden die Grünen eine Brücke zwischen den auseinanderdriftenden Sphären, zwischen außerparlamentarischer Opposition und etablierter Politik.

Dennoch ist leicht zu sehen, dass die Grünen nur den bildungsbürgerlichen Teil des Protests abholen. Für den männlichen Wutbürger mit schwacher Bildung und leeren Taschen, der sich gegen »Überfremdung« oder »Islamisierung« wendet, sind sie keine Alternative, eher eine zusätzliche Provokation. Man darf vermuten, dass sich dieser Teil des Wutpotenzials umso weiter radikalisiert, je grüner sich die Republik entwickelt. Doch mit der abschwellenden Sarrazin-Debatte ist das Problem erst einmal aus dem Blick geraten.

Die Grünen stehen jetzt vor neuen Herausforderungen. Es ist schon etwas anderes, in einem Land wie Baden-Württemberg dreißig Jahre lang solide Opposition zu betreiben, als es künftig hauptverantwortlich zu regieren. So wie die Attraktivität der grünen Partei bei ihren oppositionell gestimmten Anhängern leidet, wenn sie mitregiert, so wird es ihr nun noch schwerer fallen, an der Spitze einer Regierung und zugleich auf der Straße präsent zu bleiben. Die Grünen werden künftig nicht mehr nur der korrigierende, Impulse gebende Koalitionspartner sein, sondern bisweilen auch die führende, gestaltende, hauptverantwortliche Kraft einer Regierung. Es wird nicht mehr darum gehen, ob das Land hier und da etwas grüner werden soll. Die Frage lautet: Wie grün will Deutschland werden? Was dieser Perspektivwechsel, aus der Nische ins Zentrum, für Personal und Programm der Partei bedeutet, darauf gibt es natürlich noch keine Antwort. Im Gegenteil. Während sich, in einer Mischung aus Respekt und Verwunderung, nun alle Augen auf die Partei der Stunde richten, bleiben die Grünen seltsam unsichtbar und sprachlos. Als stünden nicht ihre politischen Konkurrenten, sondern sie selbst unter dem Schock ihres Erfolges.

Von jetzt an müssen sie sich darauf einstellen, von allen Seiten als Gegner ernst genommen und attackiert zu werden. Die »Dagegen«-Kampagne der schwarz-gelben Koalition, die im vergangenen Herbst unter prominenter Führung der Bundeskanzlerin gestartet wurde, war nur ein Vorgeschmack. Aber sie reichte ja schon, den Grünen ihre Verwundbarkeit vor Augen zu führen. Denn bevor sich mit dem japanischen Unglück alles noch einmal zu ihren Gunsten drehte, war die Partei bereits im Sinkflug begriffen. Die Kampagne verfing, die Grünen als prinzipienlose Opposition zu brandmarken, die selbst solche Projekte bekämpft, die ihren eigenen ökologischen Forderungen entsprechen: Stromtrassen, Bahnlinien, Speicherwerke.

Kleine Parteien können in gesellschaftlichen Großkonflikten klar Stellung beziehen, Volksparteien müssen der Austragungsort solcher Auseinandersetzungen sein. Sie müssen diese Konflikte aufnehmen, bearbeiten und entscheiden. Und sie müssen den Stress und die Widersprüche aushalten, die das mit sich bringt. Auch die Grünen haben das schon einmal, in der Pazifismusfrage, durchgestanden. Es hätte sie damals fast zerrissen. Konflikte dieser Intensität werden mit der neuen Rolle häufiger auf sie zukommen.

Für die SPD ist der grüne Erfolg auch deshalb besonders schwer zu ertragen, weil sie nicht sicher sein kann, ob es sich um eine vorübergehende oder eine dauerhafte Verschiebung handelt. Im hessischen Darmstadt, wo die SPD seit 60 Jahren den Bürgermeister gestellt hat, ist gerade ein Grüner gewählt worden. Mit über 60 Prozent! Die SPD gewinnt zwar durch die Stärke der Grünen neue Koalitionsoptionen und kann damit von den eigenen gravierenden Verlusten ablenken. Doch der nüchterne Blick zeigt, dass sich an der deprimierenden Lage seit der letzten Bundestagswahl nichts Wesentliches verändert hat. Bis auf den Hamburger Ausreißer nach oben, bleibt die SPD eine Volkspartei im Existenzkampf.

Dass es die Grünen sind, die nun reüssieren, mag für die Genossen besser zu verkraften sein, als wenn sich die Linken auf ihre Kosten profilierten. Aber dass der drastische Rückschlag, den die Linkspartei jetzt im Westen erlitten hat, den Sozialdemokraten in keiner Weise zugutekommt, bedeutet für sie eine weitere frustrierende Neuigkeit. Wer weiß, wie lange man in der SPD auf die Grünen herabgeblickt hat, der ahnt, wie schwer es ihr nun fällt, die Rolle des kleineren Koalitionspartners anzunehmen.

> Die Konservativen in der Union haben verloren, Angela Merkel kann aufatmen. Wo aber kommt der hässliche, fremdenfeindliche Politverächter unter?

Der SPD und ihrem gewitzten Vorsitzenden Sigmar Gabriel ist in den letzten anderthalb Jahren weder eine zündende Strategie gegen den Niedergang noch gegen die grüne Konkurrenz eingefallen. Der Bedrohung von links glaubte die SPD beizukommen, indem sie in der Opposition selbst wieder ein wenig nach links rückte. Aber was sind die Abgrenzungsthemen gegen die Grünen?

Industriepolitik versus Ökologie, wie jüngste Äußerungen von Gabriel andeuten? Oder doch das Soziale gegen das Ökologische in Stellung bringen und zusammen mit den Stromkonzernen vor den Kosten des beschleunigten Atomausstiegs warnen? Es ist sicher für die SPD naheliegend, die soziale Seite der Energiewende in den Blick zu nehmen. Und doch zeigt sich darin nur wieder das Dilemma der Partei, die wie keine andere an der Spannung ihrer sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüche laboriert. Die SPD ist immer öfter von allem etwas. Vielleicht lässt sich damit sogar recht passabel regieren. Nur aus dem Tief, in das die Partei mit dem Ende ihrer Regierungszeit gestürzt ist, hilft es ihr nicht heraus. Die SPD hat nichts Originäres, mit dem sie Überzeugungskraft gewinnen könnte. Nicht einmal die schwarz-gelbe Koalition ist so unsozial, dass sich die SPD als Gegenmacht aufdrängen würde. Auch dass die Partei ihre internen Konflikte aus der Regierungszeit still gestellt hat, bringt keinen Zulauf. Und selbst der desaströse Auftritt der Regierungskoalition verschafft der SPD nicht die Spur eines Auftriebs.

Immerhin kann die Partei ihre schweren Niederlagen durch Machtbeteiligung aufhübschen. Die Lage der CDU ist gerade umgekehrt: Der historische Machtverlust in Baden-Württemberg verdeckt, dass die Union auch unter extrem widrigen Bedingungen (unpopulärer Kandidat, deprimierende Koalition im Bund, Atomkatastrophe) recht nah an die 40-Prozent-Marke herangekommen ist. Selbst die Union in der Krise bleibt eine ziemlich robuste Partei.

Natürlich geht nun die Angst um, der Machtverlust in ihrem wichtigsten Bundesland bedeute für die CDU nur das Menetekel künftiger Schicksalsschläge. Und doch ist für die Parteivorsitzende Angela Merkel Baden-Württemberg nicht nur die schwerste Niederlage ihrer elfjährigen Amtszeit, sondern zugleich eine Befreiung. Mit Stefan Mappus ist der letzte Exponent eines Konservatismus abgetreten, der nach Roland Koch noch einmal versucht hat, die CDU ein Stück nach rechts zu verschieben. Hätte er sich behauptet, würde die Union nun wieder über ein schärferes konservatives Profil debattieren, ohne genauere Angaben, was das wohl sein könnte. Hartes Durchgreifen gegen Protestierer? Markiger Gestus? Längere Laufzeiten?

Angela Merkel hat alles getan, Mappus an der Macht zu halten. Mehr sogar, als ihrer Glaubwürdigkeit gutgetan hat. Sie hat sich im vergangenen Herbst auf Atomkurs begeben und Schwarz-Grün zum Hirngespinst erklärt. Nun vollführt sie unter dem Eindruck der japanischen Katastrophe die Wende rückwärts. Die ist energiepolitisch sinnvoll und stimmungspolitisch geboten. Und doch lässt die rasante Korrektur zusammen mit dem Slalom in der Libyen-Politik die Union desorientiert erscheinen. Sie wirft derzeit nicht nur Positionen über Bord, die für die ganze Partei oder für starke Strömungen lange als unverzichtbar galten; sie gefährdet auch ihren Nimbus als seriöse Regierungskraft. Gerade weil vor ein paar Monaten der »Herbst der Entscheidungen« als große Zäsur zelebriert wurde, fällt es nun umso schwerer, den Wendefrühling als Ausdruck glaubwürdiger Regierungskunst zu verkaufen. Sicher, Merkel ist heute in ihrer Partei unangreifbarer als vor der Niederlage. Zugleich ist ihre Glaubwürdigkeit als Regierungschefin so angeschlagen wie nie zuvor.

Ihr bleibt nun kaum etwas anderes übrig, als ihre Partei auf einen neuen energiepolitischen Kurs einzuschwören. So wie im vergangenen Herbst die Laufzeitverlängerung einen Bruch mit ihrem Kurs der vorsichtigen Modernisierung bedeutete, könnte sie nun mit der Energiewende daran anknüpfen. Der Widerstand gegen einen schnelleren Atomausstieg, der in der Partei bereits wieder an Stärke gewinnt, erinnert allerdings daran, dass Merkel auch jetzt nur zwischen riskanten Optionen zu wählen hat. Forciert sie die Energiewende, treibt sie einen Teil ihrer Partei in die Opposition. Lässt sie sich von dieser Aussicht beeindrucken, droht sie die politische Chance ein zweites Mal zu verspielen.

Eindrucksvoll kann die Kanzlerin in ihrer jetzigen Lage kaum auftreten. Nicht in dieser Koalition. Auch nicht mit dieser Partei, die zwischen der Sehnsucht nach alten Gewissheiten und neuen (schwarz-grünen) Perspektiven hin- und herpendelt. In dieser Lage wäre eine Kanzlerin hilfreich, die ein wenig Orientierung geben könnte. Doch keiner Erwartung entzieht sich Angela Merkel konsequenter.

Nimmt man die Zwischenbilanz ihrer bisherigen Kanzlerjahre, könnte sich Angela Merkel in ihrem überzeugungslos fröhlichen Pragmatismus sogar bestärkt fühlen. Fast schon spektakulär erfolgreich ist das Land unter ihrer Art Führung durch die großen Krisen gekommen. So erfolgreich, dass ein Teil des gesellschaftlichen Protests sogar den Weg ins System zurückfindet. So prosperierend, dass Grün zur Farbe des Jahres wird. Nur der hässlichere Teil des Wutbürgertums hat seinen Ort noch nicht gefunden.

Nur außen gelb

Vietnamesische Medien bejubeln den neuen FDP-Chef Philipp Rösler – wegen seiner Herkunft. Eine Presseschau VON KHUÊ PHAM UND LIÊN VŨ

Als Deutschland vor acht Monaten seinen ersten Bundesminister mit Migrationshintergrund bekam, stellte ihm die *Bild*-Zeitung die wichtige Frage: »Kränkt es Sie, wenn man Sie Fidschi nennt, Herr Minister?« Fidschi ist ein Schimpfwort für Vietnamesen, und Philipp Rösler ist zwar Deutscher, aber in Vietnam geboren. Er spricht kein Vietnamesisch und kennt seine leiblichen Eltern nicht; mit neun Monaten wurde er von einem Ehepaar aus Niedersachsen adoptiert. Was an ihm vietnamesisch sei? »Ein schmaleres Augenpaar, eine flachere Nase, schwarze Haare«, antwortete Rösler damals. Die Botschaft war: Ich bin außen gelb, aber innen weiß. Ich bin einer von euch.

In Vietnam denken sie: Er ist einer von uns. Fieberhaft verfolgen die dortigen Medien Röslers Karriere seit seinem Eintritt ins Bundeskabinett. Beim vietnamesischen Dienst von Google News gibt es über 10 000 Einträge zu ihm. Auf YouTube läuft ein Clip unter dem Titel *Vietnamese Pride,* die einflussreiche, regierungsnahe Jugendzeitung *Tuoi Tre* himmelt ihn als »aufsteigenden Stern« an. Die vietnamesische Presse liebt Erfolgsgeschichten, und so vereinnahmt sie ihren neuen Liebling mit patriotischem Kollektivismus – denn »durch diese Wunderkinder wird Vietnam bekannt« (das Nachrichtenportal 24h.com.vn).

Was wäre wohl in Vietnam aus dem Waisenkind geworden? »Egal, welchen Intellekt, welches akademische Potenzial er mitbringen würde, ein Ministeramt würde ein Traum bleiben. Er gehörte nicht zur ›besonderen Klasse‹, deren Kinder später eine Position im vietnamesischen Ministerium bekommen können«, schreibt ein renommierter Kommentator in dem Zweimonatsmagazin *Van hoa Nghe An.* Vietnam ist zwar offiziell sozialistisch, aber gesellschaftlich von starkem Klassendenken geprägt: Der Parteifunktionär steht über dem Angestellten, der Mann über der Frau, der Ältere über dem Jüngeren. »In Vietnam«, schreibt der Autor weiter, »wird keiner mit 36 Minister.«

Im Online-Forum der Auslandsvietnamesen *Dat Viet* schaltet sich Bui Tin ein, ein ehemaliger kommunistischer Oberst, der nun im französischen Exil lebt: »Es gibt mir sehr zu denken, dass wahres Talent und Potenzial nur in einer wahren Demokratie aufblühen können.« Bui, der nach dem Vietnamkrieg in den achtziger Jahren in der Chefredaktion der Parteizeitung saß, hat sich, enttäuscht von der Entwicklung der revolutionären nordvietnamesischen Regierung zur Einparteiendiktatur, nach seiner Auswanderung als Dissident einen Namen gemacht. »In Vietnam würde Philipp Rösler Berufsverbot erhalten und von einem Gericht verurteilt werden«, schreibt ein anderer Forenteilnehmer aus Deutschland. »Als Anhänger einer liberalen Partei beteiligt er sich an der Propaganda gegen das kommunistische Regime.«

In der größten vietnamesischen Online-Community in Deutschland, Old Friends, wurde Röslers Wechsel an die FDP-Spitze sofort per Rundmail bekannt gemacht. Ein Community-Teilnehmer gratuliert ganz herzlich auf Vietnamesisch – mit der Anrede *cháu Philipp,* »Neffe Philipp«. So nennen ältere Herren jüngere Männer. Ein anderer allerdings wandte ein: »Es ist ein Irrtum, wenn wir Vietnamesen auf ihn stolz sind. Philipp Rösler hat nichts mit Vietnam zu tun, das einzig Vietnamesische ist sein Aussehen.«

Der viel Gelobte wird von diesen Diskussionen kaum etwas mitbekommen. Verstehen könnte er sie ohnehin nicht.

www.zeit.de/audio

Freiheit für die FDP

Liberal sein heißt, den Bürgern Selbstentfaltung zu ermöglichen. Das haben die Freidemokraten vergessen VON ROBERT LEICHT

Brauchen wir noch die FDP? Brauchen wir noch den Liberalismus? Dies sind zwei deutlich voneinander zu unterscheidende Fragen. Die eine richtet sich an die Zukunft einer real existierenden Partei. Die andere gilt einer politischen Idee. Aber keineswegs hatte die FDP und hatten ihre Vorgängerorganisationen immer konsequent und in voller Breite die Ideen des Liberalismus hochgehalten; man muss dazu nur beispielsweise an ihre deutschnationalen Traditionsbestände in der frühen Bundesrepublik erinnern, wenn man nicht noch weiter in die Parteiengeschichte zurückgreifen will, etwa ins Jahr 1930, als sich die vorgeblich obrigkeitskritische ausgerechnet in die »Deutsche Staatspartei« verwandelte; auch Theodor Heuss gehörte ihr an.

Die vorläufige Antwort auf die einleitende Doppelfrage lautet deshalb: Gewiss brauchen wir auch heute einen vitalen Liberalismus. Die FDP aber brauchen wir nur noch, wenn sie diesen vitalen Liberalismus endlich wieder glaubwürdig vertritt – »wieder«, weil die FDP tatsächlich einmal nahe an den Charakter einer wirklich liberalen Partei herangekommen war. Diese Phase begann Mitte der sechziger Jahre in Nordrhein-Westfalen mit dem Aufstand der »Jungtürken« um Wolfgang Döring, Willy Weyer und Walter Scheel gegen den deutschnationalen Bodensatz im eigenen Lager, mündete 1969 in die sozialliberale Koalition, nach heftigen Kämpfen mit dem rechten Flügel, und verfiel mit dem Verfall just dieser Koalition.

Eine rein parteipolitische Spekulation auf eine mögliche Zukunft der FDP griffe also zu kurz. Auf dieser Ebene könnte man leichthin sagen, dass heute alle Parteien mehr oder weniger »liberal« sind und damit die Mission der organisierten Liberalen erledigt ist. Richtig daran ist, dass die Christdemokraten ihre konfessionellen Traditionsbestände so weit abgeschliffen haben, dass die FDP nur als »bürgerliche Partei minus Klerikalismus« nicht mehr benötigt wird; außerdem haben die Sozialdemokraten ihre ideologischen Traditionsbestände ebenfalls nivelliert und treten nicht mehr als dezidiert antibürgerliche Partei auf. Man kann denselben Sachverhalt auch so ausdrücken: Die weltanschaulich oder soziologisch abgesicherten alten Hochburgen zur Rechten wie zur Linken sind längst geschleift – um sie zu erobern, braucht man keine FDP mehr. Überdies sieht der Staat in den Händen von numerisch und ideologisch geschwächten Volksparteien mit allerlei wechselnden Koalitionen bis hin zu den Grünen, die inzwischen das Unkonventionelle für sich gepachtet haben, für die meisten Bürger nicht mehr wie der weiland böse Leviathan aus, sondern vielmehr wie der zum fürsorglichen und pünktlichen Unterhalt verpflichtete »Vater Staat«.

Im Übrigen ist es – wie bereits angedeutet – eine Mär, dass die Vorläuferorganisationen der FDP sich durch besondere Staatsferne auszeichneten. Man muss nur daran erinnern, dass im Bismarck-Reich, dem ersten deutschen Nationalstaat, die Liberalen mehrheitlich ihre liberaldemokratischen Ideen 1866 auf dem Altar der militärisch erzwungenen nationalen Einheit opferten, an der Seite der reaktionären Konservativen. Erst gegen Ende des Kaiserreichs fanden Zentrum, Sozialdemokratie und Linksliberale zu einer Zusammenarbeit, die als »Weimarer Koalition« die ersten Jahre der Republik bestimmte.

Aber wenn eine in diesem Sinne gar nicht wirklich so liberale FDP sich verbraucht haben sollte, ist damit noch lange nicht bewiesen, dass die eigentliche politische Idee des Liberalismus uns heute nichts mehr zu sagen hätte –und dass sie auch keines organisierten Trägers mehr bedürfte. Die Frage ist aber, ob die FDP wieder zu einer wirklich dem Liberalismus ideell und real verpflichteten Partei wird. An zwei Beispielen aus der Ideengeschichte des Liberalismus lässt sich zeigen, wie das aussehen könnte.

Die FDP hat es in ihrer Selbstdarstellung fatalerweise zugelassen, dass sie fast nur noch als Partei des Besitzbürgertums wahrgenommen wird. Das wäre ihr gewiss nicht unterlaufen, wenn sie sich gelegentlich an ihren Ur- und Erzvater John Locke (1632 bis 1704) erinnert hätte. Der hatte nämlich als das natürliche Recht eines jeden die Befugnis betrachtet, *to preserve his property – that is, his life, liberty, and estate* – zu Deutsch: sein Eigentum zu verteidigen, das heißt sein Leben, seine Freiheit und sein Hab und Gut. Mit *property* ist eben von Anfang an sehr viel mehr gemeint als nur Besitz, nämlich alles, was einem Menschen zu eigen ist, sein Leben, seine Freiheit, seine Begabung und Fähigkeit, eben: sein gesamtes Vermögen im weitesten Sinne, nicht nur sein Haben, sondern auch sein Sein und Können. Dieses umfassende Verständnis des menschlichen Vermögens und Strebens ist dann ziemlich direkt eingeflossen in die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776, wo die Rede ist von unveräußerlichen Rechten wie *»Life, Liberty and the Pursuit of Happiness«.* Was immer der Einzelne mit seinem Streben nach Glückseligkeit verbindet – ein sogenannter Liberalismus, der dieses Streben zu einer bloß materiellen Bereicherung (»Mehr Netto vom Brutto«) verkrüppelt, beraubt sich seiner geistigen Wurzeln und seiner politischen Berechtigung.

> **Das Vermögen**
>
> eines Menschen, lehrte der Liberale John Locke, ist mehr als sein Besitz. Es ist alles, was ihn ausmacht. Und all das ist schützenswert

Es gibt bei John Locke eine interessante Erklärung für die einseitige und ungerechte Vermögensverteilung in seiner Zeit. Ursprünglich hätten die Menschen sich von der Natur nur die zum Lebensunterhalt wirklich nötigen Produkte aneignen können – alles, was über den Bedarf hinausging, sei ja schnell verdorben. Erst als man die Geldwirtschaft einführte, »seitdem Gold und Silber, die ziemlich unnütz sind für das Leben des Menschen, soweit es um seine Nahrung, Kleidung und seine Fortbewegung geht«, als unverderbliche Aufbewahrungsmittel für Güter und Leistungen eingeführt wurden, konnte sich eine von jedem realen Bedürfnis unabhängige, ungleiche Vermögensverteilung durchsetzen. Auch wenn sich die ökonomische Theorie längst viel weiter entwickelt hat, könnte sich gerade der Liberalismus – besonders in Zeiten der Spekulationskrisen – gerne daran erinnern lassen, dass an seinen Anfängen eine durchaus kritische Beurteilung des nackten Besitzstrebens und der daraus folgenden Machtballung stand. Und von ebendiesen Anfängen führt ein langer Weg zu den wirklichen Neoliberalen, den Ordoliberalen der Freiburger Schule, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den staatlich geforderten und geförderten Wettbewerb als einziges und wirksames Mittel betrachteten, wirtschaftliche Machtkonzentration zu unterlaufen. Im Übrigen könnte in der Einsicht, dass Menschen sich ohne Not aus der Natur mehr aneignen, als für ihr Leben wirklich erforderlich ist, eine frühe Wurzel des ökologischen Denkens in den Kategorien der Nachhaltigkeit aufgesucht werden.

Aus einem historisch gesättigten Verständnis dessen, was jeder Person »zu eigen« ist, ergibt sich zwangsläufig, dass der Liberalismus ein sehr starkes Gewicht auf die Bildungspolitik legen muss, weil nur eine frühe Förderung aller Begabungen, unabhängig von der sozialen Herkunft, eine vielversprechende Grundlage für einen selbstbestimmten *pursuit of happiness* bietet. Und diese Begabungen müssen keineswegs nur auf das Akademische gerichtet sein. Wann immer die FDP interessant war, war sie auch bildungspolitisch profiliert – man denke nur noch einmal an Personen wie Hildegard Hamm-Brücher und Ralf Dahrendorf mit ihrer Parole: »Bildung als Bürgerrecht« – und nicht nur als Anspruch der »gebildeten Stände«.

Sodann ein Rückblick auf John Stuart Mill (1806 bis 1873), auch er einer der Stammväter und Wegbereiter des politischen Liberalismus: In seinem Traktat *Über die Freiheit* hat er eindringlich dargetan, dass selbst bei einer noch so wohlgeordneten Staatsverfassung immer noch die Diktatur des gesellschaftlichen Konformismus droht, *»the tyranny of opinion«,* also eine Herrschaft des Mainstreams oder, wie Mill es ausdrückte, die »kollektive Mittelmäßigkeit«. Gegen sie kommt man nur an, wenn man entschieden auf die Förderung des Individualismus und der eigenwilligen Persönlichkeit setzt – wiederum eine Herausforderung für eine Bildungspolitik, die Gleichheit nicht nur als Niveau-Nivellierung in einer kollektiven Lerngemeinschaft anstrebt: »Das Ausmaß der Exzentrizität in einer Gesellschaft stand immer im genauen Verhältnis zu dem Potenzial an Genie, Geisteskraft und moralischem Mut, den sie enthielt«, so Mill.

Was für die Gesellschaft insgesamt gilt – und ihren heutzutage so oft ermüdenden »Diskurs« in den Bahnen der politischen Korrektheit –, müsste wenigstens in einer liberalen Partei anschaulich gemacht werden: Wo, wenn nicht in einer liberalen Partei, könnte vorgelebt werden, dass ernster und fairer Streit politisch produktiv und für Bürger als Wähler überzeugend sein kann, vor allem im Kontrast zu all den sterilen Geschlossenheitsappellen? Auch dafür standen in der »guten« Zeit der FDP kantige, geistvolle, ja witzige Persönlichkeiten. Es ist übrigens kein Wunder, dass viele der prägenden Gestalten aus der »guten« Zeit der FDP aus der DDR geflohen waren: Flach, Genscher, Mischnick, Baum, Hirsch – sie alle hatten noch am eigenen Leib erlebt, was Unfreiheit ist.

Die FDP, wenn sie überleben will, muss heraus ins Offene, heraus aus dem Schatten des Klientelismus, aus der Enge des Einkommensmaterialismus. Als eine Partei, die weder klerikal noch ideologisch gebunden noch einer bestimmten Schicht schon per Definition verpflichtet war, hätte sie immer noch und immer wieder die große Chance, ein sozusagen allgemeingültiges, nicht nur interessengebundenes Programm vorzulegen, von dem eigentlich jeder Bürger irgendwie sagen könnte: »Klingt vernünftig!« – auch wenn er anders wählt. Eine Partei aber, die sich aus schierer Existenzangst an die restlichen fünf Prozent eines bloß egoistischen Besitzbürgertums klammerte, hätte wahrlich keine Existenzberechtigung mehr.

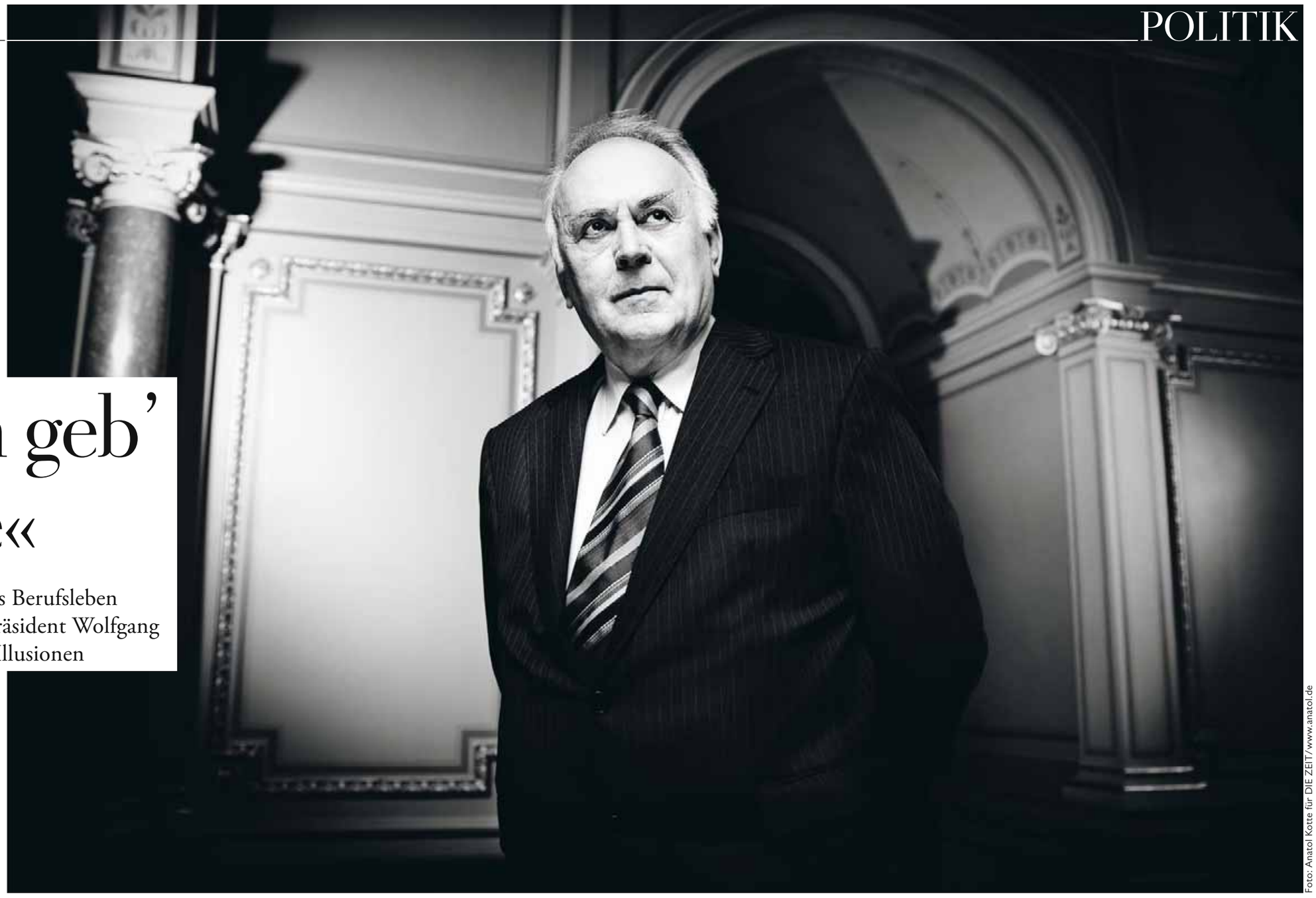


Foto: Anatol Kotte für DIE ZEIT/www.anatol.de

Wolfgang Böhmer (CDU) wird jetzt Privatmann – mit 75 Jahren

»Cool? Ich geb' mir Mühe«

Ein Politiker blickt auf ein bewegtes Berufsleben zurück: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer über Macht, Respekt und Illusionen

Am kommenden Dienstag beginnt sein drittes Leben. Dann wählt der Landtag von Sachsen-Anhalt einen neuen Ministerpräsidenten – und aus Wolfgang Böhmer, dem ehemaligen Frauenarzt und Nochpolitiker, wird Wolfgang Böhmer, der Neuprivatier. Zur letzten Wahl war er nicht mehr angetreten. Neun Jahre lang stand der 75-Jährige an der Spitze des Landes, davor leitete er fast 30 Jahre lang eine Klinik in Wittenberg, verhalf 30 000 Babys auf die Welt. Als Arzt habe er 90 Prozent der Zeit benötigt, ein Problem zu lösen, und zehn Prozent, die Lösung zu erklären – in der Politik sei es genau umgekehrt, sagte er einmal. Seinen besonderen Blick auf Politik hat er sich bis heute bewahrt. Böhmer stammt aus der Oberlausitz, seine Eltern waren Bauern, er machte als Erster in der Familie Abitur. Dass er bundespolitisch niemals die große Rolle spielte, lag nicht nur an seinem Bundesland, sondern auch an ihm: Er gilt als knorrig, unbequem und ein wenig kauzig. Es soll vorgekommen sein, dass Journalisten bei Interviews mit ihm die Fragen ausgingen – denn Böhmer antwortet kurz, und, wenn er nicht will, gar nicht. Wir treffen ihn in Magdeburg im Palais am Fürstenwall, in seinem Dienstsitz. Das prachtvolle, vor 120 Jahren erbaute Gebäude war einst Gästehaus der kaiserlichen Familie für Aufenthalte in der Stadt.

DIE ZEIT: Woran erkennt man mächtige Menschen, Herr Böhmer?
Wolfgang Böhmer: Jedenfalls nicht am Äußeren. Ich habe Menschen kennengelernt, die ganz bescheiden und zurückhaltend aufgetreten sind, obwohl sie sicherlich eine große Macht hatten. Und dann gibt es den Gestus der Macht, das Gehabe der Macht.
ZEIT: Zum Beispiel?
Böhmer: Zum Beispiel, dass man sich das Vortragsmanuskript am Pult zureichen lässt oder Ähnliches. Das sind so Kleinigkeiten, die sollen bedeuten, dass man sich um solche Sachen nicht kümmern muss. Auch wer wem ins Wort fällt in Gesprächsrunden ist ein Symptom dafür, wer wem mehr oder weniger Respekt entgegenbringt.
ZEIT: Hat sich am Ende noch jemand getraut, Ihnen ins Wort zu fallen?
Böhmer: Ja.
ZEIT: Im Kabinett?
Böhmer: Selten.
ZEIT: Hätten Sie es gerne gehabt, dass Ihnen öfter jemand ins Wort gefallen wäre?
Böhmer: Nein, ich habe es lieber, wenn ich ausreden kann, auch wenn die anderen der Meinung sind, dass ich Unfug erzähle.
ZEIT: Das CDU-Präsidium ist ein Zirkel, in dem viele einflussreiche Leute versammelt sind. Wenn man dort hineinkommt: Wie merkt man, wann man etwas sagen kann und wann nicht?
Böhmer: Man kann etwas sagen, wenn man sich gemeldet hat und das Wort erteilt bekommt. Da reden nicht alle gleichzeitig, wenigstens normalerweise nicht. Natürlich bin ich nicht beim ersten Mal gleich aufgetreten als jemand, der den anderen erzählt wo es langgeht. Das macht man doch nicht, das ist auch eine Frage der Höflichkeit. Da hört man sich erst mal in das Klima hinein. Das sind aber keine Dinge, die bedeutsam sind. Mich ärgert viel mehr, wenn wir uns gegenseitig versichern, dass etwas nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sei, und hinterher kann man es in der Zeitung lesen. Bei den Gesprächen zum Hartz-IV-Kompromiss Mitte Februar sind wir Ministerpräsidenten vor die Presse getreten und haben gesagt, dass wir über Kompromisslinien gesprochen hätten, die wir erst intern besprechen wollten. Trotzdem stand am nächsten Tag ziemlich viel davon in der Zeitung. Das finde ich ausgesprochen ärgerlich.
ZEIT: Sie verhandelten gemeinsam mit Kurt Beck und Horst Seehofer. Wer hat geplaudert?
Böhmer: Das kann ich Ihnen nicht sagen.
ZEIT: Liegt es an der Politik, dass Verschwiegenheit nicht möglich ist, oder an den Politikern?
Böhmer: Die Sache selber redet nicht, also liegt es wohl an den Politikern. Ich habe Politiker auf der Männertoilette angetroffen, die ziemlich lange und ausführlich telefoniert haben, angeblich mit ihrer Frau zu Hause. Dummerweise las ich in einer Zeitung am nächsten Morgen ziemlich genau die Sätze, die ich mithören musste. Da macht man sich schon so seine Gedanken.
ZEIT: Sie haben erst mit 54 Jahren mit der Politik angefangen und hören jetzt mit 75 Jahren auf. Der neue FDP-Vorsitzende Philipp Rösler ist gerade mal 38 und will mit 45 Jahren wieder aufhören. Sagen Sie: Der hat es begriffen? Oder: So sollte man gar nicht erst anfangen?
Böhmer: Weder noch. Wichtig ist, dass man jederzeit aufhören könnte, weil man auch anderes gelernt hat und nicht in ein Loch fällt.
ZEIT: Woran haben Sie selbst gemerkt, dass Sie anders auf Politik schauen?
Böhmer: Ich habe gelegentlich registriert, dass mich andere als ziemliches – na, sagen wir mal – Kuriosum betrachten. Ach Gott, damit habe ich mich abgefunden.
ZEIT: Kuriosum? Was haben Sie gemacht?
Böhmer: Ich finde an der Politik befremdlich, dass der subjektive Wahrheitsgehalt – und nur davon reden wir – letztlich von der Parteizugehörigkeit abhängt. Was jemand sagt, wird unterschiedlich bewertet, je nachdem, ob er zur eigenen Feldpostnummer gehört oder zu einer anderen. Ich nenne ein Beispiel. Als die USA den Krieg im Irak begannen und Deutschland nicht mitmachte, wurde darüber zu Recht diskutiert. Ich habe mich nicht an der öffentlichen Diskussion beteiligt, aber ich habe mich gewundert, wie sehr die CDU das als Verrat an der gemeinsamen Sache des Westens bezeichnet hat. Ich habe die Bedenken des damaligen Bundeskanzlers Schröder verstanden. Jetzt haben wir eine sehr ähnliche Situation. Nun hat die CDU Regierungsverantwortung und sagt: Wir lassen uns in Libyen nicht in den Konflikt hineinziehen, denn es wird nicht bloß bei der Sperrung des Luftraums bleiben. Da gibt es nun die gleiche Kritik, aber von der anderen Seite.
ZEIT: Wer ist glaubwürdig oder unglaubwürdig?
Böhmer: In beiden Fällen ist für mich derjenige glaubwürdiger, der sagt: Bedenkt die Folgen, lasst euch nicht verführen. Wenn Sie so eine Sache anfangen, müssen Sie sie zu Ende bringen. Sonst haben Sie bloß Schaden angerichtet.
ZEIT: In den Präsidiumssitzungen der CDU haben die Kollegen oft nicht gewusst, ob Sie schlafen oder irgendetwas ausklügeln. Haben Sie die Kunst des Sekundenschlafs geübt oder Konzepte entworfen?
Böhmer: Kann schon sein, dass ich möglicherweise mal vor mich hin gedöst habe, oder ich habe gelangweilt Zeitung gelesen oder die Augen zugemacht, weil ich gedacht habe, hoffentlich hört der bald wieder auf zu reden.
ZEIT: Sind Sie cool?
Böhmer: Ich gebe mir Mühe.
ZEIT: *Lieber die unbarmherzige Wahrheit als eine barmherzige Lüge* heißt ein Buch von Ihnen. Waren Sie als Arzt unbarmherzig?
Böhmer: Wenn ich einer Patientin beibringen musste, dass sie sterben wird, habe ich das natürlich schonend versucht und beobachtet, wie sie reagiert. Es gibt Leute, die zerbrechen darunter, wenn man ihnen knallhart die Wahrheit ins Gesicht sagt. Ich habe aber auch Patientinnen erlebt, die mir gesagt haben: Herr Doktor, ganz ehrlich, wie viel Zeit habe ich noch? Ich habe Familie, ich muss einiges ordnen, ich möchte meine Zeit noch nutzen. Da war ich schon beeindruckt.
ZEIT: Wie viel Wahrheit vertragen die Wähler?
Böhmer: Mehr, als manche meiner Kollegen glauben. Ich habe oft gestaunt, wie viel Rücksicht bei Entscheidungen auf vermeintliche Stimmungen im Volk genommen wurde. Das Volk – das ist doch eine Menge von 80 Millionen höchst unterschiedlicher Typen und Meinungen und vielen, vielen Besserwissern. Sie können es niemals allen recht machen. Die Wähler registrieren doch sehr genau, ob man einen Standpunkt hat oder nicht. Deswegen tun Politiker gut daran, ihre Überzeugungen zu haben und gleichzeitig offen die Grenzen der eigenen Möglichkeiten zu nennen. Ich bin damit immer gut gefahren.
ZEIT: Was macht Ihnen an Politik Angst?
Böhmer: Die Tatsache, dass ich relativ viele Menschen kennengelernt habe, deren Ehrgeiz größer ist als die Fähigkeiten.
ZEIT: Wie Karl-Theodor zu Guttenberg?
Böhmer: Nein. Der konnte was.
ZEIT: Jetzt werden Sie Privatmann. Wie schwer fällt Ihnen das?
Böhmer: Ich gehe davon aus, dass ich Entzugssymptome bekommen werde, das ist normal. Ich muss versuchen, damit zurechtzukommen. Die letzten neun Jahre war ich dran gewöhnt, dass früh ein Auto vor der Tür steht, und los geht es. Es könnte sein, dass ich bald zum Fenster rausgucke und feststelle, es ist gar kein Auto da. Dann denke ich vielleicht einen Moment: Was ist denn los?
ZEIT: Blicken Sie heute anders auf Politik als damals, als Sie anfingen?
Böhmer: Ja, nachsichtiger.
ZEIT: Warum nachsichtiger?
Böhmer: Ich hatte die Illusion, dass man die Welt verbessern könnte.
ZEIT: Warum ist das in der Politik nicht möglich?
Böhmer: Ich sage umgekehrt: Gott sei Dank ist das nicht möglich. Das haben schon viele versucht, und da kann ich Ihnen nur aus Hölderlins *Hyperion* zitieren, dass diejenigen die Erde zur Hölle gemacht haben, die vorgaben, aus ihr ein Paradies machen zu wollen.
ZEIT: Aber wenn das Ziel nicht mehr sein kann, die Welt zu verbessern, was ist es denn dann?
Böhmer: Das Zusammenleben der Menschen zu ordnen. Das ist doch schon allerhand.

Das Gespräch führten MARC BROST und TINA HILDEBRANDT

Das ausführliche Interview im Internet: **www.zeit.de/wolfang-boehmer**

Seit dem 10. März versuchen wir im Politikteil der ZEIT, Politik von einer anderen Seite und auf andere Art wahrzunehmen. Elf Lyrikerinnen und Lyriker verfassen eigens für die ZEIT Gedichte, sie zeigen uns ihre Sicht auf die Politik. Mal schreiben sie unabhängig von den Ereignissen, mal gehen sie direkt auf politische Erlebnisse ein. Das heutige Gedicht verfasste Uljana Wolf während Guttenbergs Plagiatsaffäre.

Bislang sind neun Gedichte erschienen. **Jan Wagner** schrieb über das rebellische Unkraut »Giersch«, **Marion Poschmann** über die »zwei Körper der Kanzlerin«, **Monika Rinck** ließ die Lyrikerinnen die Streitkräfte übernehmen. Kurz nach dem Beginn der Intervention in Libyen erschien von ihr auch die »Runde Welt«. **Hendrik Rost** reagierte auf den Reaktorunfall in Japan mit einer »Notiz an das Neugeborene«. **Michael Lentz** und **Herbert Hindringer** besuchten und schrieben über den Bundestag, **Nora Bossong** begleitete Christian Lindner kurz vor dem Westerwelle-Sturz und dichtete darüber. DZ

POESIE N°: 6

wolken, weisen

i love originality so much i keep copying it. charles bernstein

diese zeile habe ich schon einmal wo gelesen. eine zweite

siehe, seite, so. anders schon gelesen. eine zweite, ziehn

zweige ans fenster schlugen, was eine art gemeinwesen

wo zweige ans fenster, »fenster« eine art gemeint zu sein

von der cloud her, denken, quellen, morphende formen

men, von den wolken her, wellen und formen als waisen

wunden, diese spannung zwischen anhängern eines closed

oder innere, die anhängende spannung zwischen losen

oder offen vorgestellte textverbände, nehmen seit jahren

en bereitgestellter text, verbands, und nahm seit jahren

zu. dies schrieb meine hand, geführt vom eignen druck

auf. und meine hand, vom eignen früher sanft gedrückt

Foto: Katja Zimmermann

ULJANA WOLF Die Lyrikerin und Übersetzerin lebt in Berlin und Brooklyn. Sie veröffentlichte die Gedichtbände »kochanie ich habe brot gekauft« (kookbooks 2005) und »falsche freunde« (kookbooks 2009). Sie wurde u. a. mit dem Peter-Huchel-Preis und dem Dresdner Lyrikpreis ausgezeichnet. Wolf übersetzt aus osteuropäischen Sprachen und aus dem Englischen

Die finnischsten Finnen

Eine neue populistische Partei will Schluss machen mit Hilfen für EU-Partner – und könnte damit die Wahl gewinnen VON JOCHEN BITTNER

Helsinki

Angesichts der Sondersitzung des Kabinetts, aus der Alexander Stubb gerade kommt, nimmt er recht gefasst in seinem Dienstwagen Platz. Der finnische Außenminister, 43 Jahre alt, drahtig, regelmäßiger Teilnehmer an Ironman-Wettkämpfen, legt sein iPad beiseite. Nein, wimmelt er ab, über konkrete Summen für Portugal sei nicht gesprochen worden, dafür sei es zu früh. Für den größten EU-Fan Finnlands stehe bloß fest, »dass wir die europäische Wirtschaft retten müssen«.

Finnland steckt im Wahlkampf, und dass nach Griechenland und Irland jetzt mit Portugal ein drittes Land unter den Euro-Rettungsschirm schlüpft, verpasst dem Rennen um die Regierung einen heißen Endspurt. Ausnahmsweise nämlich ist diese finnische Parlamentswahl am 17. April damit einmal spannend. Sie wird beherrscht von einer europäischen Grundsatzfrage: Wie viel Solidarität kann sich der Euro-Bund leisten?

Gar keine mehr!, fordert eine aufstrebende, bekennend populistische Partei am anderen Ende des politischen Spektrums. Die sogenannten Basisfinnen rufen dazu auf, die Wahlen zu einem Referendum gegen Stützungskredite für pleitegehende Euro-Staaten zu machen. In Umfragen liegen die aus der Finnischen Bauernpartei hervorgegangenen Protestler mittlerweile zwischen 15 und 18 Prozent, emporgeschnellt von 4 Prozent bei den Wahlen 2007. Neben weniger EU fordern die wahrlich finnischen Finnen unter anderem weniger Einwanderung, mehr Christentum und einen Stopp öffentlicher Fördergelder für moderne Kunst.

Trotz offenkundiger Appelle an den rechten bis rassistischen Gesellschaftsrand ist der Chef der Partei, Timo Soini, zum populärsten Politiker des Landes aufgestiegen. Der 49-Jährige stammt aus demselben bürgerlichen Wahlkreis wie der Außenminister – nur dass Soini seinen Erfolg darauf stützt, sich als das genaue Gegenteil des adretten Stubb in Szene zu setzen. Er bekennt eine Schwäche für Bier und Wurst und bricht die komplizierte EU-Politik in einfachen Hauptsätzen auf Wohnzimmerniveau herunter. In einem der letzten TV-Duelle vor der Wahl erklärte Soini, die Bail-out-Zahlungen wüchsen der EU über den Kopf. »Wir werden das alle auf unserer Stromrechnung sehen.«

Basisfinne Timo Soini mag Bier und Wurst, EU-Hilfszahlungen nicht

Foto (Ausschnitt): Heikki Saukkomaa/AFP/Getty Images

Vermeintliche Alternativen zu vermeintlicher Alternativlosigkeit zu präsentieren ist ein Grund für die Beliebtheit der Basisfinnen. Ein anderer ist schlicht der Spaßfaktor. Sie erhalten vor allem Zuspruch aus dem Pool der bisher politisch Desinteressierten. In Finnland ist diese Gruppe groß. Ein Drittel aller Finnen konnte in einer aktuellen Umfrage nicht sagen, welche Parteien gerade die Regierung stellen. Die Basisfinnen stechen aus der Eintönigkeit heraus – auch mit ihren Kandidaten. Etwa mit Pertti Virtanen, Songwriter mit Baskenmütze und Dalí-Bart, der als Psychotrainer das finnische Skispringerteam betreute, bevor er ins Parlament einzog. Oder dem früheren Kandidaten Tony Halme, einem Profi-Wrestler, der mit rassistischen Anwandlungen empörte, bis er vergangenes Jahr an den Folgen einer selbst zugefügten Schussverletzung starb. Und mit Timo Soini, dem Parteichef selbst. Sogar Soinis Gegner sagen, er sei kein Rassist, sondern ein ausgesprochen netter Kerl. »Er zieht natürlich rechte Wählergruppen an«, sagt der ehemalige Außenminister Erkki Tuomioja von den oppositionellen Sozialdemokraten, während er im Nieselregen in der Helsinkier Haupteinkaufsstraße versucht, Wähler zu werben, »aber man kann ihn nicht als finnischen Le Pen dämonisieren. Das ist er nicht.«

Ein Dienstagabend in Vantaa, nördlich von Helsinki. Etwa 150 Menschen drängeln sich in einen Hörsaal im Hereuka-Wissenschaftspark. Sie wollen Timo Soini hören. Alle Altersschichten sind vertreten, das Garderobenspektrum reicht vom Jogginganzug bis zum Dreiteiler. Der durchschnittliche Basisfinnen-Wähler, sagen Untersuchungen, verdient zwischen 50 000 und 70 000 Euro jährlich, fährt am liebsten Mercedes und ärgert sich über steigende Steuern. Betont lässig schlurft ein schlecht rasierter Soini ins Foyer. Wer versucht, klare Antworten von Soini zu bekommen, dem wird seine Schwäche schnell deutlich. Der Mann ist wesentlich besser darin, zu sagen, was er nicht will, als darin, zu sagen, was er will.

Herr Soini, was machen Sie, wenn Sie in der Regierung sind? Die Kreditzahlungen zurücknehmen? »Der EU-Vertrag verbietet, dass Euro-Länder einander helfen«, antwortet er.

Die anderen Parteien sagen aber, sie werden Sie nur in der Regierung akzeptieren, wenn Sie dem Euro-Reformpaket zustimmen.

»Ja, aber wenn wir ein gutes Resultat bekommen, ändern sich die politischen Muster. In Deutschland gibt es auch immer größere Zweifel und sogar Verfassungsklagen gegen die Hilfe.«

Zweifel darf man aber vor allem daran haben, ob die Rigorosität von Soini und seinen Basisfinnen eine Regierungsbeteiligung überlebt. Wahrscheinlich, sagen Beobachter, werde es zu einem Kompromiss kommen, wie ihn die finnischen Grünen in der Atomfrage eingegangen seien: Offiziell sind sie für einen Ausstieg. Gleichwohl gehören sie einer Regierung an, die einen Ausbau der Atomenergie beschlossen hat. So könnten es auch die Basisfinnen halten: Im Programm Nein sagen zu EU-Hilfen, in der Praxis Ja.

Außenminister Stubb schließt deshalb keineswegs aus, eine Koalition mit den Basisfinnen zu bilden. »Timo Soini und ich sind gute Freunde«, sagt er, »wir haben großen Respekt voreinander.« Auch mit den Basisfinnen im Kabinett, versichert Stubb, werde sich Finnland »auf keinen Fall« in eine nordische Slowakei verwandeln, die die Rettungszahlungen für Euro-Partner verweigere. »Das Schöne ist doch: Regierungsbeteiligung schafft Verantwortung. Verantwortung schafft rationales Denken. Und rationales Denken schafft gute Ergebnisse.« Im Falle der griechischen Hilfsdarlehen hießen die, dass Finnland bisher schon zehn Millionen Euro Zinszahlungen aus Athen bekommen habe. »Wir haben also gar nichts verloren!« Sei dieser Gedanke, fragt Stubb mit leichter Besorgnis, eigentlich so schon in Deutschland angekommen?

Mail aus: MANAMA

Von: Michael.Thumann@zeit.de
Betreff: Erstickte Stimmen

Bei jedem meiner Besuche in Bahrain schaue ich bei Mansur al-Dschamri vorbei, dem Chefredakteur der unabhängigen Zeitung *al-Wasat.* Das Verlagsgebäude liegt an einer staubigen Ausfallstraße in Richtung saudisches Festland. In den klimatisierten Räumen gab es bei al-Dschamri stets einen schön wärmenden Tee. Und haufenweise Informationen, Hintergründe, Einschätzungen.

Mansur al-Dschamri ist nicht nur Journalist. Er ist zugleich der Sohn eines einflussreichen schiitischen Geistlichen, des Scheichs Abdul Amir al-Dschamri. In den neunziger Jahren, als in Bahrain die Schiiten niedergehalten wurden, lebte er im Exil. 2001 kam er wieder, als der sunnitische König Hamad Bahrain die Unterdrückung beendete, eine neue Verfassung verabschiedete und das Land für demokratische Experimente öffnete. Al-Dschamri gründete damals die *al-Wasat.* Sie wurde zur Stimme der Öffnung.

Jetzt lebt Bahrain im Ausnahmezustand. Panzerwagen kontrollieren die Straßen. Golftruppen sichern Häfen und Ölanlagen. Der demokratische Aufstand von Schiiten und liberalen Sunniten vom Februar ist blutig niedergeschlagen worden, die *al-Wasat* verboten. Für kurze Zeit. Anfang dieser Woche erschien die Zeitung wieder – mit einem neuen, pflegeleichteren Chefredakteur. Die Stimme Mansur al-Dschamris ist erstickt worden.

Mail aus: MOSKAU

Von: johannes.voswinkel@zeit.de
Betreff: Schneehacker

Wenn die Zeit der Schneehacker anbricht, wissen die Moskauer: Der Vorvorfrühling beginnt. Auf den Straßen ist der Schnee fast vollständig weggetaut. Aber er liegt noch in fast mannshohen Haufen in den Vorgärten und auf Rasenflächen. Diese Hinterlassenschaft des Winters ist zu Eis verkrustet und hat längst ihr unschuldiges Weiß eingebüßt. Moskaus Schneereste changieren zwischen Asphaltgrau und Schlackenschwarz. Deshalb treten Brigaden zum Kleinhacken der Schneehaufen an. Arbeiter zertrümmern mit Metallstangen die vereisten Schollen und werfen die Klumpen auf die Fahrbahn, damit die Autos den Schneeresten beschleunigt ein Ende setzen. Das Schmelzwasser steht überall in großen Pfützen und fließt nur langsam ab. Nasse Füße in den Halbschuhen künden den Vorfrühling an. Dann, wenn der Schnee weggetaut ist und den Abfall eines halben Jahres freigibt, kommen die Putzkolonnen.

Später, bis Anfang Mai, folgen die Anstreicherkollektive und malen fast alles dick mit Ölfarbe bunt, was sich nicht bewegt: Parkbänke, Kinderspielgerüste, Zäune, Gitter. Wer sich seine Hose mit rosafarbenen Streifen oder seinen Mantel mit hellgrünen Flecken ruiniert, darf sich freuen: Der Frühling ist nun ganz nah.

Mail aus: TEL AVIV

Von: Gisela.Dachs@zeit.de
Betreff: Einwegtelefone

Der Erfinderreichtum der Israelis ist längst legendär. Seit Jahrzehnten bewährt haben sich weltweit etwa die Tröpfchen-Bewässerungsmethode, Solar-Wasserheizer auf dem Dach und das Gesellschaftsspiel Rummikub. Neueren Datums sind Pillen-Kameras, mit deren Hilfe Bilder aus dem Verdauungstrakt gewonnen werden können, und die praktischen USB-Sticks zur Datenübertragung.

Möglich scheint alles. Warum also nicht auch wegwerfbare Mobiltelefone aus umweltfreundlichem Material! Die Firma Safesky Software hat nun genau das ihren Investoren angeboten. Für den unglaublichen Stückpreis von neun Shekel, also umgerechnet knapp zwei Euro. Klingt das nicht toll? Die handlichen Apparate müssten außerdem nicht versichert werden und seien prepaid, also konzipiert für Menschen »unterwegs, für Touristen, und sparsame Konsumenten, die ihre monatlichen Telefonrechnungen niedrig halten wollen«. Nokia habe bereits in das Projekt investiert, verkündeten die beiden Firmenchefs stolz. Die ganze Sache hat nur einen Haken, wie sich jetzt herausstellte: Am Dienstag dieser Woche wurden diese Erfindergenies nämlich von der Tel Aviver Polizei verhaftet, weil ihr Produkt gar nicht existiert. Ebenso wenig wie ihre vorherige Erfindung, ein Pflaster, das angeblich auf unmittelbar bevorstehende Herzinfarkte hinweisen sollte.

Kunst und Kotau

Die Verhaftung des Künstlers Ai Weiwei zeigt, dass Chinas Führung immer härter und rigoroser vorgeht – und nervöser VON ANGELA KÖCKRITZ

PEKING

Man hört den Satz in China sehr oft, aus ganz unterschiedlichen Mündern. »Momentan ist alles sehr sensibel.« Einige, die das sagen, arbeiten im System, andere wollen mit ihm nichts zu tun haben.

Es ist der Satz, mit dem Gesprächspartner andeuten, dass sie bestimmte Themen nicht zu Hause besprechen wollen. Sie sagen dann, »lass uns besser in ein Café gehen« oder »beim Spazieren reden«. Beim Telefonieren hallt es jetzt häufiger, ein Zeichen, das jeder versteht: Der Staat hört mit. Der eine berichtet, sein Arbeitgeber habe ihn dazu drängen wollen, sich von seiner Freundin zu trennen, »sie wird gerade von der Sicherheit untersucht«. Die andere wurde gefeuert, weil sie öffentlich eine unerwünschte Meinung äußerte. Ein Künstler erzählt, er habe am Wochenende Dutzende seiner Freunde im ganzen Land angerufen, »bei zehn von ihnen antwortete jemand ganz anderes und sagte: Rufen Sie nicht mehr unter dieser Nummer an«. Es ist schwer zu sagen, wie viele Menschen in den vergangenen Tagen in China festgenommen wurden. Sicher ist: Zensur und Nervosität haben sich verstärkt. Fast alle sagen, sie hätten seit Jahren nicht mehr eine derartige Härte erlebt. Es ist eine regelrechte Kampagne, die sich nicht nur auf ein paar Orte beschränkt.

Ihr vorläufiger Höhepunkt ist die Festnahme des bekannten Künstlers Ai Weiwei. Welche Botschaft die Regierung damit aber sendet, ist alles andere als eindeutig.

Da war zunächst das lange Schweigen, das seiner Verhaftung am 3. April folgte. Einmal tauchte eine wortkarge Meldung der staatlichen Agentur Xinhua auf, die behauptete, Ai habe »Wirtschaftsverbrechen« begangen, doch wurde sie kurz darauf wieder gelöscht. Am Mittwoch vergangener Woche erschien in der parteinahen Zeitung *Global Times* ein Leitartikel unter dem preisverdächtigen Titel »Das Gesetz wird nicht vor einem Außenseiter weichen«, in dem Ai vorgeworfen wurde, er habe eine »rote Linie« überschritten. Am Tag darauf erklärten die Behörden, man ermittle gegen Ai wegen »vermuteter Wirtschaftsverbrechen«. Am Freitag rechtfertigte die *Global Times* die Festnahme, schloss gleichzeitig aber mit dem kryptischen Satz: »Sollte Ai nicht schuldig sein, sollte sein Freispruch die Politik transzendieren. Doch sollten die Behörden lernen, vorsichtiger zu sein, und genug Beweise finden, bevor sie das nächste Mal Personen des öffentlichen Lebens festnehmen.« Am Samstag legte schließlich die Agentur Xinhua mit einem Artikel nach, Ai habe Ideen anderer geklaut.

Wissen all diese chinesischen Kollegen, was sie tun? Seit Jahren beobachten die Behörden den Künstler, schon 2009 prüften sie sein Konto auf Schwarzgeld, ohne etwas finden zu können. Es wäre sehr dumm und daher kaum vorstellbar, dass er angesichts der Dauerbeobachtung nicht penibel auf seine Abrechnungen geachtet hätte, weiß doch jeder, dass Schwarzgeldbesitz und Steuerhinterziehung beliebte Verdächtigungen sind, um politisch Unliebsame loszuwerden.

Es gibt kaum einen Chinesen, der im Ausland so bekannt wäre wie Ai. Der Dissident Liu Xiaobo etwa war vor der Verleihung des Friedensnobelpreises vielen im Ausland kein Begriff. Wenn die Behörden aber Ai schon so lange beobachten, warum haben sie seine Festnahme dann nicht akribisch vorbereitet, um eine so offensichtlich politisch motivierte Aktion nicht wenigstens ein bisschen weniger willkürlich erscheinen zu lassen?

Mehrere Schlüsse drängen sich auf. Zum einen scheint die Führung so sehr in Angst zu sein, dass ihr die Nebenwirkungen ihres Handelns offenbar längst egal sind. Kritik aus dem Ausland? Zweifel am selbst doch so oft gepriesenen Rechtsstaat? Geschenkt. Die Ereignisse in den arabischen Staaten haben die chinesische Regierung tiefer verunsichert als angenommen. Die Aufrufe zu einer chinesischen Variante der Jasminrevolution verliefen sich schnell. Die chinesische Gesellschaft, darauf wies die Regierung selbst am liebsten hin, sei ganz anders als jene in den meisten arabischen Staaten. Das Land befinde sich im Aufschwung, die meisten Menschen könnten trotz der Probleme eines täglich sich wandelnden Staates ihre eigene Lebensqualität verbessern. Eine Volkserhebung wie dort sei hier nicht denkbar. Die Vorgehensweise der Regierung allerdings legt nahe: Sie glaubt sich selbst am allerwenigsten. Sie bekommt die Inflation nicht in den Griff, und das, so sagte kürzlich erst der stellvertretende Zentralbankchef, liege vor allem an der Dollarbindung der Währung. Nichts, was man also ohne Schmerzen so einfach ändern könnte, denn die Exportwirtschaft verdankt ihren Erfolg unter anderem der niedrig gehaltenen Währung. Schon bei den Demonstrationen von 1989, die mit dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz endeten, war die Inflation einer der Hauptgründe, die die Menschen auf die Straße trieben.

Und dennoch ist die Angst der Regierung angesichts des hohen Wirtschaftswachstums und der ausbleibenden Proteste schwer nachvollziehbar. Sie gab sich stets als pragmatische, ganz von der Vernunft geleitete Macht, den Mainstream der chinesischen Gesellschaft repräsentierend. Eine Riege der Technokraten, eine Partei, die den Wahngebilden der Kulturrevolution entwuchs, um fortan einen kühlen Kopf zu bewahren. Nun erscheint sie selbst von Panik ergriffen.

Dem Unbehagen folgt die Verwirrung: Wer hat denn hier eigentlich die Macht? Versuche, das Innenleben der Kommunistischen Partei Chinas zu erforschen, waren schon immer heikel. Man nennt diese der Astrologie verwandte Wissenschaft, nach dem Namen des Regierungssitzes Zhongnanhai, Zhongnanhaiologie. Zurzeit liegen die Dinge eher noch komplizierter. Im nächsten Jahr wird die neue Führungsriege antreten – wer aber hat in dieser Übergangsphase das Sagen? Wer bestimmt die oft beschworene kollektive Führung? Sind diejenigen, die vor den Mikrofonen stehen, wirklich auch diejenigen, die entscheiden? Premierminister Wen Jiabaos wiederholte Aufrufe zu einer politischen Reform jedenfalls scheint die politische Elite elegant zu überhören. Das Außenministerium, da sind sich fast alle einig, hat die Macht verloren, inzwischen verfolgen eine Vielzahl an Behörden ihre eigene Außenpolitik, mal marschiert das Land in die eine, mal in die andere Richtung. Seit dem Beginn der Reformpolitik ist China ein Land der Gleichzeitigkeiten, das macht seinen großen Reiz aus und manchmal auch seinen Grusel. Mal öffnet sich hier ein Freiraum, gleichzeitig schließt sich dort ein anderer, in vieler Hinsicht prescht das Land voran, in anderer bewegt es sich im Schneckentempo.

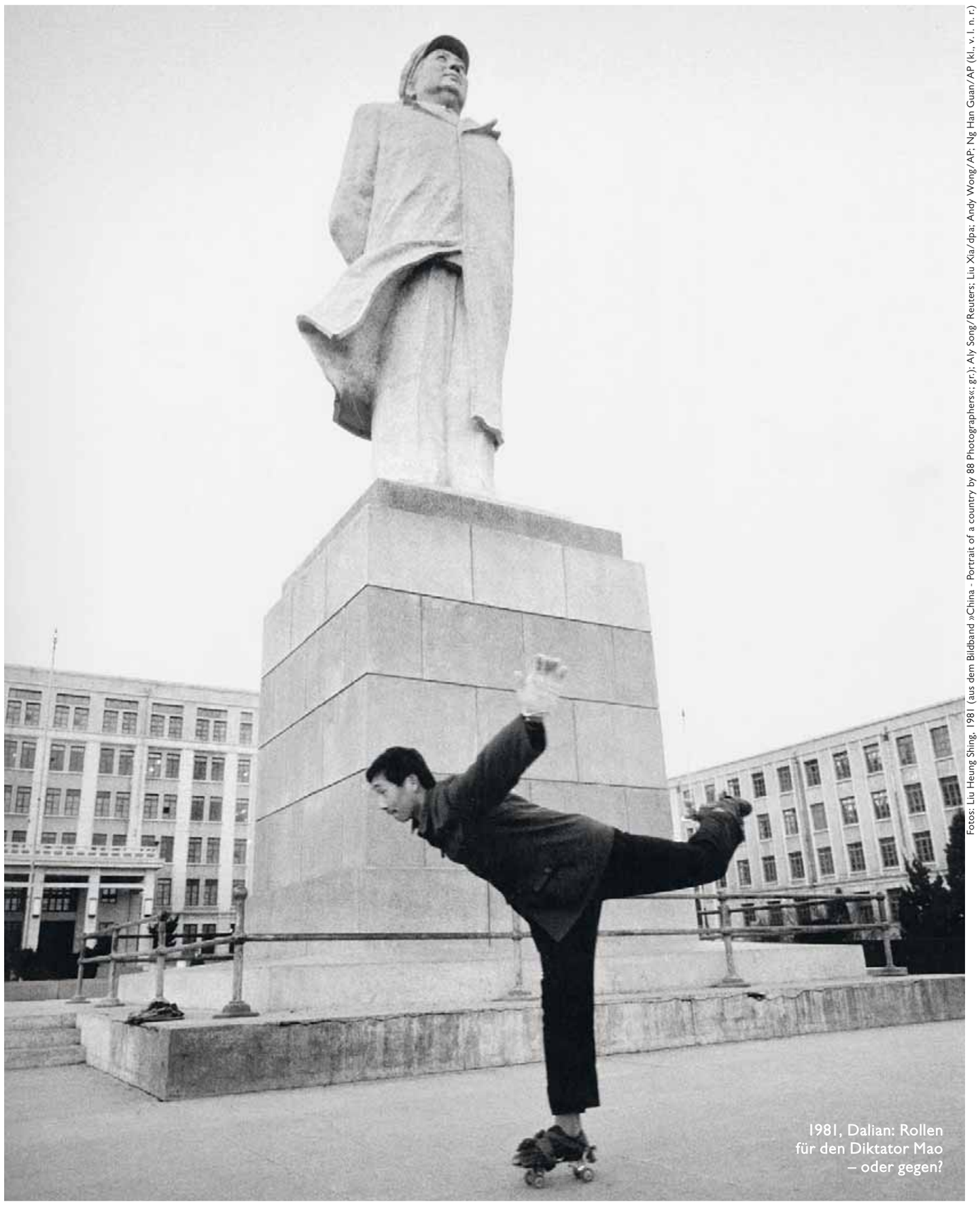
Dieses Durcheinander geht einher mit einem unglaublich gestiegenen Selbstbewusstsein. Die chinesische Regierung, stets auf die Wahrung ihres Gesichts bedacht, hat längst kein Problem mehr damit, dass andere Länder ihr Gesicht verlieren. So war es, als es zwischen China und Japan im vergangenen Jahr zum Streit über die Diaoyu-/Senkaku-Inseln kam und China vom Nachbarn den Kotau verlangte, so war es vor knapp zwei Wochen: Der deutsche Außenminister war gerade ins Flugzeug gestiegen, nachdem er die Ausstellung zur Kunst der Aufklärung im Pekinger Nationalmuseum eröffnet hatte, da wurde Ai Weiwei schon festgenommen. Kurz zuvor hatte man den Deutschen auch noch einen unerwünschten Teilnehmer von der Delegationsliste gestrichen. Man mag sich kaum vorstellen, welchen Eklat es gegeben hätte, wenn die Deutschen Ähnliches bei den Chinesen versucht hätten. Wir lassen uns nichts mehr sagen, lautet die Botschaft. Artikel, in denen die »Menschenrechte« durchweg in Anführungszeichen geschrieben werden, weil sie doch nichts als ein reines Kampfmittel des Westens seien, erscheinen in China schon länger. An Montag veröffentlichte die *China Daily* nun ein zweiseitiges Pamphlet, in dem den USA vorgeworfen wird, im Jahr 2010 eine Unzahl an Menschenrechtsverstößen begangen zu haben. Zuvor hatte das US-Außenministerium China in seinem Jahresreport für Menschenrechtsverstöße kritisiert.

Übrigens wurde nun auch Ais Frau Lu Qing zum Verhör in die Pekinger Finanzbehörde einbestellt. Sie war aufgefordert worden, Steuerunterlagen ihres Mannes mitzubringen. Das konnte sie allerdings nicht, weil die Behörde bereits alle Dokumente konfisziert hatte.

Siehe auch **Feuilleton Seite 45**

www.zeit.de/audio

China: Entwicklungsland oder Industriestaat?
www.zeit.de/china



1981, Dalian: Rollen für den Diktator Mao – oder gegen?

Fotos: Liu Heung Shing, 1981 (aus dem Bildband »China - Portrait of a country by 88 Photographers«; gr.); Aly Song/Reuters; Liu Xia/dpa; Andy Wong/AP; Ng Han Guan/AP (kl., v. l. n. r.)

Gesichter der Unterdrückten

Sicherheitskräfte führen in Shanghai einen Mann ab, der an einer Demonstration der chinesischen Jasminrevolution teilnahm

Der Bürgerrechtler Liu Xiaobo wurde zu elf Jahren Haft verurteilt. Im Oktober 2010 erhielt er den Friedensnobelpreis

Zu Hause geächtet, in der Welt gefeiert: Der Künstler Ai Weiwei wurde Anfang April bei der Ausreise in Peking festgenommen

Lu Qing, die Ehefrau Ai Weiweis, gerät nun ebenfalls ins Visier der chinesischen Sicherheitsbehörden

Trauer, Hass und Politik

Wie in Polen der Gedenktag für die Opfer des Flugzeugabsturzes von Smolensk entgleist VON ALICE BOTA

Foto: Tomasz Gzell/epa/picture-alliance/dpa

Jarosław Kaczyński vor dem abgeriegelten Präsidentenpalast in Warschau

Warschau

Wo vor einem Jahr ein Meer aus Grablichtern leuchtete, steht ein Absperrzaun aus Metall. Wo Pfadfinder Blumen ordneten, wacht ein junger Polizist in schwarzer Uniform, einer von vielen. Wo Zehntausende Menschen spontan zusammenkamen, sich umarmten und weinten, weil ihr Präsident und 96 andere Polen bei einem Flugzeugabsturz im russischen Smolensk gestorben waren, stehen wütende Demonstranten, blicken auf den leeren Platz vor den Präsidentenpalast, an den sie nicht herankommen, und schreien. Es ist Sonntag, 10. April, 8.30 Uhr, in elf Minuten beginnt im ganzen Land eine Schweigeminute.

8.41 Uhr. Der Moment, an dem vor einem Jahr die Präsidentenmaschine aufschlug.

Der Platz vor dem Präsidentenpalast ist gesperrt und gesichert. Menschen werden an die Metallzäune gedrückt. Sie halten Holzkreuze hoch, polnische Fahnen, einen Nachbau des Flugzeugwracks, Plakate mit Zeichnungen von Putin und Stalin. »Angst haben die vor uns. So viel Angst, dass sie einen Zaun brauchen!«, »Wie Tiere im Zoo!«, »Mit uns nicht!«, »Wir sind keine Nation, die stillhält!«, »Heute muss man Mut haben, um nur Grablichter anzuzünden!«, »Alles Agenten, Kaczyński ist der Einzige, der sie jagt!«, »Hier ist Polen!«

Die Trauer ist im ersten Jahr nach der polnischen Tragödie gekippt: Aus Trauer ist Wut geworden, aus Wut Hass, der an diesem Tag von Tausenden auf die Straße getragen wird.

Noch acht Minuten, aber vor dem Präsidentenpalast schweigt niemand. Als noch mehr Polizisten geschickt werden, um die Absperrung zu sichern, treten die Demonstranten gegen den Metallzaun, ein blechernes Scheppern legt sich auf alles, Pfiffe ertönen, dann erhebt sich ein Chor, rhythmisch singend: »Gestapo, Gestapo!« Die Polizisten setzen ihre weißen Helme auf, der junge Polizist steht da, unbeholfen, das Visier noch hochgeklappt. Er hat feine Gesichtszüge. Die Uniform wirkt an ihm wie eine Verkleidung. Seine Kollegen stehen unbewegt da, die Beleidigungen prallen an ihren Schutzschilden ab – durch die innere Schutzschicht des jungen Polizisten dringen sie durch. Seine Augen färben sich rot, er kämpft dagegen an. Er blickt nach unten, blickt nach oben, blickt geradeaus in die Menschenmasse. Dann wischt er mit der Hand über seine Wange.

Abgeordnete springen über den Metallzaun, Polizisten zerren an ihnen

Zur gleichen Stunde gibt es eine Trauerfeier auf dem Warschauer Powązki-Friedhof. Der Präsident, der Premier, Politiker und Angehörige legen Kränze nieder. Jarosław Kaczyński, der seinen Zwillingsbruder verloren hat, ist trotz Einladung nicht da. Seine Parteifreunde auch nicht. Erst am Nachmittag werden sie zu dem Militärfriedhof fahren, wenn niemand aus der Regierung mehr da ist. Jetzt, in dieser Stunde, steht Kaczyński vor dem Präsidentenpalast und darf als einer der wenigen hinter die Absperrung, um Blumen niederzulegen.

Plötzlich versuchen Abgeordnete von Kaczyńskis Partei, über den Metallzaun zu springen, Polizisten stürmen auf den Zaun zu, zerren an den Abgeordneten, die Abgeordneten laufen weiter, einer nach dem anderen. Sie sammeln die Blumen und Grablichter der Leute ein, die hinter der Absperrung stehen. Sie laufen zwischen den Polizisten hin und her, legen die Blumen auf den Platz vor dem Präsidentenpalast ab, bis die Betonplatten langsam von Blumen bedeckt sind, wie im vergangenen Jahr. Eine schöne Geste, wäre nicht der Triumph in ihren Gesichtern, ganz so, als wäre dies ein Spiel, ein Wettkampf, 1 : 0 für sie. Eine Abgeordnete steht neben dem jungen Polizisten und sagt, los, springt über den Zaun, traut ihr euch nicht?

Später, am Nachmittag, werden diese Abgeordneten frenetisch Jarosław Kaczyński beklatschen. Er steht auf der Bühne und braucht drei Sätze, um im Warschauer Kulturpalast zum Thema seines Lebens zu kommen: dem Flugzeugabsturz. »Die, die nach Katyń geflogen sind, sind verraten worden.« Man habe die Pflicht zu erinnern. An diesem Nachmittag ruft Jarosław Kaczyński mit seinen Parteistrategen eine neue Bewegung ins Leben. »Gesellschaftliche Bewegung im Namen Lech Kaczyńskis« heißt sie, mit einem eigenen Manifest. Es erinnert vor allem daran, wie wertvoll es ist, Pole zu sein.

Aus Trauer ist Wut geworden, aus Wut Hass, aus Hass Politik.

Später Nachmittag, Jarosław Kaczyński zieht mit seinen Anhängern wieder vor den Präsidentenpalast, ein Zug aus rot-weißen Fahnen und wütenden Parolen. Kaczyński will seine nächste Rede halten. Er spricht viel an diesem Tag. Drei Mal steht er auf der Bühne. Kein Wort der Versöhnung kommt ihm über die Lippen.

Die Geretteten und die Toten

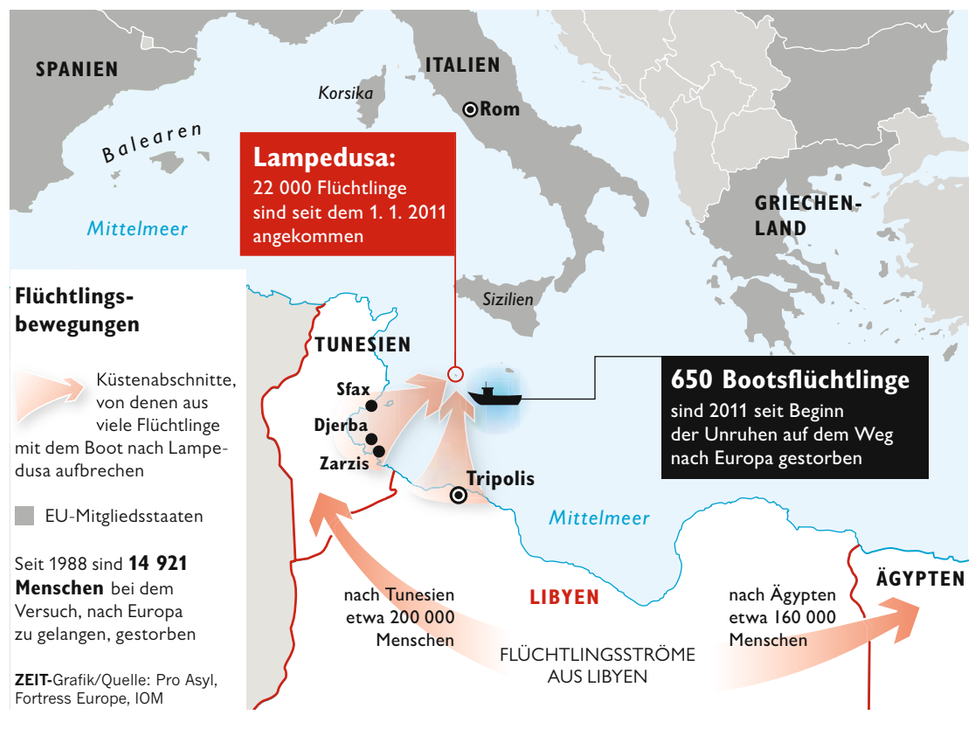
Europa fürchtet sich vor den Flüchtlingen aus der arabischen Welt. Aber viele erreichen ihr Ziel nie VON ULRICH LADURNER

Mit der Freiheit kommt auch die Flucht – das zeigt ein Blick auf die nordafrikanischen Länder, die seit Beginn des Jahres Revolutionen, Aufstände und Krieg erleben. Doch Flucht ist nicht gleich Flucht. Menschen fliehen aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlichen Motiven. Für manche ist es nur eine Ausweichbewegung auf Zeit. Wenn die Lage in ihrem Land sich beruhigt hat, werden sie zurückkehren wollen. Das gilt zum Beispiel ziemlich sicher für die 140 000 Ägypter, die seit Beginn des Krieges aus Libyen in ihr Heimatland geflohen sind. Das gilt gewiss auch für die 10 000 Chinesen, die bei Beginn der Kämpfe das Land verlassen haben. Ihre Rückkehr in die Heimat ist von ihren Betrieben oder der chinesischen Regierung organisiert worden. Insgesamt haben in Libyen vor dem Krieg etwa 2,5 Millionen Ausländer gearbeitet. Ein großer Teil befindet sich immer noch im Land, die meisten wohl, weil sie nicht weg können. Diese 2,5 Millionen Menschen haben dazu beigetragen, Libyen auf Platz 53 des von den UN errechneten Human Development Index – eine Art Wohlstandsindikator – zu rücken. An die Spitze aller afrikanischen Staaten.

Am schwierigsten ist die Lage in Libyen derzeit für Schwarzafrikaner, die drittgrößte Ausländergemeinde. Deren Heimatstaaten haben oft gar nicht die Mittel, ihre Staatsbürger im Ausland zu schützen. Viele Schwarzafrikaner sind in den Verdacht geraten, Söldner im Dienste des libyschen Diktators Muammar al-Gadhafi zu sein. Es gibt Berichte, wonach die Rebellen in Libyen einige deswegen eingesperrt und misshandelt hätten.

Die zweite Fluchtbewegung, die wir seit Beginn der arabischen Revolutionen beobachten können, hat wirtschaftliche Motive. Ihr Ziel ist Europa, vor allem die italienische Insel Lampedusa. Sie liegt nur 130 Kilometer von der tunesischen Küste entfernt. Lampedusa ist so etwas wie ein Sprungbrett nach Europa. Dort hoffen die Flüchtlinge, Arbeit und Lohn zu finden. Seit dem Umsturz in Tunesien gibt es kaum mehr nennenswerte Grenzkontrollen, sodass Migranten weitgehend ungehindert von Menschenschmugglern in Boote verfrachtet werden. Der tunesische Autokrat Ben Ali diente Europa auch als Wächter vor unerwünschten Flüchtlingen. Der libysche Diktator Gadhafi ist sich einer ähnlichen Rolle sehr bewusst. Als die Nato sich entschloss, in Libyen einzugreifen, erklärte Gadhafi auch, er werde Europa nicht mehr vor Flüchtlingen »schützen«, ganz so, als handle es sich dabei um Terroristen.

Seit dem 1. Januar 2011 sind an die 22 000 Flüchtlinge, vor allem aus Tunesien und Libyen, allein auf Lampedusa angekommen – etwa 650 Menschen aber sind auf dem Weg dorthin ertrunken. Das Mittelmeer ist über die Jahre zum Massengrab geworden. Fast 15 000 Menschen hat es seit 1988 verschluckt.



Castro der Zweite

Ein Parteitag und ein alter Revolutionär sollen Kubas Sozialismus vor dem Zusammenbruch retten VON CHRISTIAN SCHMIDT-HÄUER

Fotos: Jose Goitia/The New York Times/laif (gr.); Sven Creutzmann/Getty Images (kl.)

Havanna

Wir saßen um den Mittagstisch hoch über Havanna. Das Telefon unterbrach die Debatte über Kubas kommenden Parteitag. Reynaldo Escobar, Schriftsteller und Gastgeber, griff zum Hörer. Aus dem Gefängnis von Ciego de Ávila inmitten der karibischen Insel meldete sich Pedro Argüelles, Journalist, seit acht Jahren in Haft. »Er kommt morgen frei!«, berichtete Escobar in die Runde.

Argüelles war eines der letzten Opfer des propagandistischen Fernduells zwischen George W. Bush und Fidel Castro, das 2003 zum »schwarzen Frühjahr« auf Kuba geführt hatte. Damals ließ der despotische Altrevolutionär Haftstrafen bis zu 25 Jahren über 75 Oppositionelle verhängen. Sie waren zuvor ständige Gäste der US-Interessenvertretung an Havannas Uferstraße gewesen. Das dortige Internet-Café stand ihnen offen; die meisten erhielten Geschenke, manche auch Honorare, für Nachrichten, die sie den exilkubanischen Medien übermittelten. Vom Sommer 2010 an entließ Fidel Castros Bruder Raúl Castro die Mehrheit dieser Gefangenen ins spanische Exil. Zehn der Dissidenten – unter ihnen Pedro Argüelles – zogen eine fortdauernde Haft ihrer Abschiebung vor. In den vergangenen Wochen sind auch sie auf freien Fuß im eigenen Land gekommen. Argüelles war einer der Letzten. Die Freiheit kam in Etappen. Lange vor seiner Freilassung hatte er von der Zelle aus einen eigenen Blog einrichten können. So kam der Häftling zu *Revista voces,* dem Kreis der 40 berühmtesten Blogger Kubas. Ihm gehört neben Yoani Sánchez, der bekannten Autorin des ersten unzensierten Blogs aus Kuba namens *Generación Y,* auch der Blog *Pedimos la palabra* (»Wir bitten ums Wort«) an, der sich mit dem bevorstehenden Parteitag auseinandersetzt.

Episoden wie diese waren über Jahrzehnte unter Fidel Castro undenkbar. Doch seit dem Sommer 2006 lebt Kuba ohne Fidels allgegenwärtigen Einfluss. Der fünf Jahre jüngere Raúl, der die Führung übernahm, als sein Bruder dem Tode nahe war, hat nie zum revolutionären Weltbeglücker getaugt. Er hat sich vom martialischen Ordnungshüter zum autoritären Pragmatiker entwickelt. An der alten Mannschaft seines Bruders vorbei versucht er, den ideologischen Ballast über Bord zu werfen, um die kaum noch zu steuernde schwankende Nussschale des Sozialismus zu retten. Castro II. ließ keine Dissidenten mehr verhaften, aufmüpfige Studenten nicht relegieren, zum Tode verurteilte Kriminelle begnadigen, hohe Funktionäre öffentlich kritisieren und die Privatwirtschaft einführen. Wie manövrierunfähig der »Fidelismus« das Land zuvor gemacht hatte, zeigt die Tatsache, dass der jetzige VI. Parteitag der erste seit 1997 ist. Dabei müsste dieses Gremium laut Statut der Kommunistischen Partei (PCC) alle fünf Jahre tagen.

Wer vor dem Parteitag durch Kuba fährt, reibt sich verwundert die Augen. Verschwunden sind fast alle Tafeln und Transparente, die Fidel Castro, Che Guevara und anti-imperialistische Dauerwerbung zeigen. Jetzt klingen die neuen Parolen eher defensiv: »Heimat ist Menschlichkeit!«, »Mit harter Arbeit werden wir siegen! «Die Parolen geben auch die wirtschaftspolitischen Richtlinien für den Parteitag wieder. Im September 2010 hatte Kubas Zentralgewerkschaft angekündigt, dass 500 000 Arbeitsstellen im Staatsapparat von sofort an bis zum März 2011 gestrichen würden. Für die Kubaner war das ein Schock. Der Staat hat bisher 85 Prozent der Erwerbstätigen unter den 11 Millionen Bewohnern bezahlt – doch seine Kassen sind leer. Innerhalb von drei Jahren sollen weitere 800 000 Stellen gekürzt werden.

Die Regierung bemühte sich um eine gewisse soziale Abfederung für die Entlassenen. Wer seine Stelle verliert, wird für je zehn Arbeitsjahre einen Monatslohn erhalten. Spätestens dann soll er »auf eigene Rechnung« *(cuenta propia)* ein Gewerbe betreiben und Kleinunternehmen gründen können, deren Angestellte nicht mehr ausschließlich Angehörige sein müssen. Um mehr Familien im Lande zu halten – Kuba verliert jährlich rund 33 000 vor allem junge, gut ausgebildete Bürger – verheißt Artikel 278 der Richtlinien, was unter Fidel Castro streng verpönt war: »Tausch, Kauf, Verkauf und Verpachtung von Wohnungen nach flexiblen Methoden«. Rechtliche Grundlagen dafür aber fehlen noch weitgehend.

Auf den ersten Blick hat die »Arbeit auf eigene Rechnung« Havannas Ruinen rund um die von der Unesco restaurierte Altstadt jetzt bunter und einladender gemacht. Aus verwitterten Gebäudenischen leuchten Sonnenschirme über Fruchtsäften und Pizzas. In offenen, abgeblätterten Hausfluren rasieren und polieren Barbiere ihren Kunden die Köpfe. In der Touristen-Meile Obispo hat ein Hundesalon aufgemacht. Vom Lande melden Genossenschaften, dass sich seit Monaten Leute mit anspruchsvolleren Berufen bewerben, darunter ein Nuklearforscher, der Melker geworden ist. Die Arbeit auf eigene Rechnung aber kann auch schnell auf Kosten anderer gehen. In manchen Provinzorten haben die Kunden beim Bäcker schon kein Brot mehr erhalten, weil neue Kleinunternehmer bereits am Morgen alles für ihr Sandwich-Angebot aufkauften.

Für 178 Arten von Kleingewerbe kann man jetzt eine Lizenz beantragen, knapp 100 000 Kubaner haben sie bisher erhalten. Als Gebäudereiniger, Übersetzer, Pizzabäcker, Taxifahrer, Obstschäler, Friseur, Tänzer – und selbst als *gestor de viajeros,* als Reisebegleiter(in). So wird das horizontale Gewerbe umschrieben. Was aber wird aus den Kubanern, die es nicht »auf eigene Rechnung« schaffen? Sie sollen nur noch für zwei Monate Arbeitslosengeld erhalten – mehr will der finanziell marode Staat nicht länger aufbringen. Selbst wer auf eigene Rechnung lebt, sieht sich erheblichen Schwierigkeiten gegenüber. Wie zum Beispiel soll sich das Kleingewerbe die notwendigen Geräte und Zutaten besorgen, wenn der private Großhandel nicht erlaubt ist und die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln auch im vergangenen Jahr weiter gesunken ist?

Kuba muss 85 Prozent seiner Lebensmittel importieren

Genossenschaften können von nun an mehr Land bei ihren Gemeindeverwaltungen beantragen. Rund 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen sind seit Jahren unbebaut, ganze Landstriche liegen brach – die Folge einer kollektiven Agrarwirtschaft, bei der die Regierung bestimmte, was angebaut wurde, und die Erzeugnisse für Niedrigstlöhne eintrieb. Raúl Castro, der gerade die Landwirtschaft für seine Reformen einspannen will, ließ schon vor drei Jahren Parzellen aus staatlichen Ländereien an Privatbauern verpachten. Der Erfolg blieb aus: Die Böden sind verbuscht, für die angehenden Landwirte gab es weder Macheten noch Saatgut zu kaufen. So bleibt es vorerst dabei: Kuba muss 85 Prozent der Lebensmittel einführen, 42 Prozent davon allein aus den USA.

Schon einmal hatte Raúl Castro versucht, Kuba mithilfe der Landwirtschaft zu reformieren. Damals musste sie das Überleben des Regimes garantieren – nachdem das Imperium des sowjetischen Zahlmeisters 1991 zusammengebrochen war. Der am längsten amtierende Verteidigungsminister der Welt schickte seine Soldaten auf die Felder, ließ wieder Bauernmärkte und Kleingewerbe zu. Wie sein Vorbild Deng Xiaoping einst aus dem Schatten Maos trat, so nahm der kleinwüchsige, nuschelnde Bruder dem großen Volkstribun Fidel Castro zum ersten Mal die Initiative ab. Mit seinen Militärs nutzte er die Notlage als Manövergelände für eine staatskapitalistische Modernisierung. Seither haben Raúls Divisionen immer mehr Produktions- und Dienstleistungszweige erobert und kontrollieren heute über 60 Prozent der Wirtschaftskraft. Der olivgrüne Kapitalismus ist im Gegensatz zur Partei nicht mehr von ideologischen Berührungsängsten gehemmt. Aus der revolutionären Armee ist eine nationale Institution geworden, die populärste im Lande.

Zwei Frauen vor ihrem Café (o). Sie dürfen nach Raúl Castros (u.) Plänen selbstständig arbeiten

Diesen Machtgewinn Raúls konnte Fidel nicht aufhalten. Doch die Entwicklung von Bauernmärkten und Kleingewerbe drosselte Fidel wieder, sobald er in Venezuelas Hugo Chávez einen neuen Öllieferanten und Mäzen gefunden hatte. Der ältere Bruder, der permanent den Aufbruch aus der kolonialen Vorzeit in eine egalitäre Gesellschaft versprach, fürchtete stets, dass Kuba wieder zu einem Kasino der USA werden könnte wie vor seinem legendären Aufstand 1959. Fidel hingegen wollte den ersten Sozialstaat des Kontinents schaffen. Aus dem Blickwinkel Lateinamerikas gelang das sogar. Trotz aller Armut ist die Lebenserwartung heute mit fast 80 Jahren höher als in den USA, die Säuglingssterblichkeit geringer. Praktisch alle Kinder beenden das 9. Schuljahr. Nirgendwo in Lateinamerika gibt es so wenige Morde und Gewaltverbrechen.

Fidel Castro will nicht als Despot in die Geschichtsbücher eingehen

Doch Fidels Traum hat seine Schattenseiten. In Bildung und Gesundheit wurde alles investiert, in die Infrastruktur nahezu nichts. In Havanna stürzen laut Statistik täglich eineinhalb Häuser ein. Vom größten Teil der Industriebetriebe sind nur Skelette geblieben. Trotz Fidels endloser Bergpredigten ist Kuba arm geblieben wie eine Kirchenmaus: Aberwitzige Experimente mit der Planwirtschaft konnten den Mangel an Ressourcen und Energiequellen nie beheben. 52 Jahre ist die Revolution alt, 49 Jahre ihre jüngere Schwester, die Lebensmittelkarte. Der Parteitag soll nun »die geordnete Aufhebung der Lebensmittelkarte in Angriff nehmen«, empfiehlt Richtlinie 162. Mehr wird nicht gesagt. Das ängstigt Alte, Afrokubaner und Familien, die keine Verbindungen zum Tourismus oder zu Exilkubanern haben – und damit kein Zusatzeinkommen in konvertiblen Pesos. Durch solche Ungereimtheiten fühlen sich dogmatische Genossen bestätigt. Ihr Widerstand zeigt Wirkung. So sind vor dem Parteitag Reformen zurückgestellt und nur 100 000 statt 500 000 Kubaner aus dem Staatsdienst entlassen worden. Raúl Castro hat zwar die Macht konsolidiert, seine Militärs und Verwandten nehmen Schlüsselstellungen im Staats- und Sicherheitsapparat ein. Bruder Fidel interveniert nicht mehr und webt an einem historischen Flickenteppich für die Nachwelt. Er will nicht als gescheiterter Despot in die Geschichtsbücher eingehen. Doch auch ohne Herausforderer möchte Raúl Castro die alte Parteigarde immer wieder einbinden, die Eliten nicht spalten. Nur bleibt er mit dieser Vorsicht hinter der eigenen Zeitrechnung zurück.

Im November hat er erklärt, dass der VI. Parteitag aus »biologischen Gründen« der letzte der verbliebenen Revolutionäre sein werde. Fidel wird im August 85 Jahre alt, Raúl wird im Juni 80. Er hat schon seinen Grabstein auf dem Heldenfriedhof Segundo Frente, zu Deutsch »Zweite Front«, aufstellen lassen. Raúl hatte 1958 die zweite Front gegen die Soldaten des Diktators Fulgencio Batista befehligt. Seine letzte Ruhestätte ist ein mannshoher Findling. »Raúl« steht da zu lesen. Im Findling steht die Urne seiner verstorbenen Frau. Ein roter Teppich ist ausgelegt. Raúl also ist auf seinen Tod bestens vorbereitet. Wer aber soll ihm noch folgen?

Kandidaten, die sich in den neunziger Jahren profiliert hatten, sind wieder abserviert worden. Raúl, Präsident und Oberkommandierender, soll jetzt von den Genossen auch noch zum Parteichef gekrönt werden. Als Stellvertreter wird er vermutlich einen Mann der alten Garde präsentieren. Ruhe unter den Kadern ist ihm der wichtigste Garant für seine Reformen. Die aber vertragen keine Ruhe mehr. Niemand hat das drastischer formuliert als er selbst: »Entweder wir korrigieren die Fehler«, so kündigte er im November den Parteitag an, »oder die Zeit geht zu Ende, in der wir weiter am Abgrund stehen. Wie werden untergehen ... und mit uns die Mühen ganzer Generationen.« Kubas Untergang im Chaos aber wünschen heute weder die USA noch die auf der Insel verbliebenen Dissidenten. Nicht einmal Pedro Argüelles tut dies, der jetzt befreite Häftling des Gewissens.

ZEITGEIST

D als Barockgarten

JOSEF JOFFE: Die Linkswende der FDP schafft ein einig deutsches Vaterland

Der Ab-nach-links-Schwenk der FDP hinterlässt endlich eine geordnete Landschaft, auf welche die Deutschen so stolz sein können wie die Franzosen auf ihre Barockgärten, die im 18. Jahrhundert zum kontinentaleuropäischen Modell wurden. Da wuchert nichts, da bekriegt keine Pflanze die andere; das geometrische Gleichmaß ist starr und statisch.

Wie nunmehr die politische Landschaft in Deutschland, nachdem die FDP ihr letztes liberales Saatgut verbrannt hat. Die Steuerlast bleibt, die Atomkraft geht, die Freiheitsrechte treten auf der Stelle. In der Außenpolitik zeigen sich Reflexe, die vor gar nicht so langer Zeit bei Rot und Grün überwogen: national, neutralistisch, nicht-mit-uns. Rechts von der Union, die seit Merkel in der linken Hälfte arrondiert, wächst im Brachland nur noch NPD- und REP-Unkraut.

Jetzt sind alle Parteien irgendwie links – nicht umstürzlerisch und vorwärtsstürmend wie anno dazumal, sondern bremsend und bewahrend, also konservativ mit schwarz-rot-grün-gelber Färbung. »Keine Experimente« – Adenauers Parole, die ihm 1957 die absolute Mehrheit verschaffte – passt heute zu allen fünfen. Sie müsste nur leicht abgewandelt werden in »keine Risiken«. Oder, um mit Karl Marx zu sprechen: Der Streit über die Ziele wird ersetzt durch die Verwaltung der Mittel.

Oder mit Hegel, der das »Ende der Geschichte« heraufziehen sah (obwohl er es so nicht gesagt hat). Alle Widersprüche der Gesellschaft würden sich in der großen »Synthese« aufheben. Diesen wohlgeordneten Garten haben die Deutschen nun beschritten. Denn die FDP – der letzte »Widerspruch« – hat ihre ideologischen Wurzeln gekappt, um sich auf der anderen Seite einzupflanzen – dort wo CDU/CSU, SPD, Grüne und ganz Rote schon um Wasser und Sonne konkurrieren.

Das konfliktscheue Herz muss sich an dieser Familienzusammenführung laben. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich Kommunisten und Christdemokraten wie im ersten Bundestag erbitterte Redeschlachten lieferten. Oder die SPD und die Union bis in die Siebziger (über Wiederbewaffnung, Westbindung und Ostpolitik). Oder die Grünen mit allen anderen, als die Partei noch jung war. Nun sind sie sich endlich alle einig, inklusive der Liberalen, die sich in ihrer Geschichte ohnehin nie entscheiden konnte, ob sie ins nationale, freiheitliche oder Privilegierten-Lager gehörten.

Sie wollen alle den mächtigen Staat, der mit hohen Steuern einhergeht, Ergebnis- eher denn Chancengleichheit, eingehegtes Wachstum wie im Schlosspark zu Versailles, billige und zuverlässig fließende Energie ohne Ruß und Risiko, einen harten Euro mit minimalem deutschen Deckungsbeitrag, eine Außenpolitik, die fremde Händel ebenso fernhält wie deren flüchtende Opfer – kurzum: Berechenbarkeit und Beschaulichkeit.

Unser Dank gilt der FDP, dem letzten kleinen Maulhelden, der uns reumütig die perfekte Gartenordnung geschenkt hat. Was sprießt, muss passen; was unbändig wuchert, wird auf Normalmaß zurückgeschnitten; was ganz neu erblüht, kommt erst in die Quarantäne, weil es genmanipuliert sein könnte. Zum letzten Glück fehlt nur eine Kleinigkeit: dass der Rest der Welt das deutsche Modell so eifrig kopiert wie einst das französische.

Foto: Matthias Bothor/photoselection

Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

Foto: Reuters

HEUTE: 11. 4. 2011

Mörder

Sein Kampf ist aus. Müdigkeit zeichnet das Gesicht von Laurent Gbagbo, matt trocknet der selbst ernannte Präsident der Elfenbeinküste seine Glieder. Mit einem Handtuch, das einer weißen Fahne gleicht. Im Feinripp im Hauptquartier des Feindes, kann es eine größere Demütigung geben? Monatelang hatte sich Gbagbo, der Geschichtslehrer, der Geschichte widersetzt und dem gewählten Nachfolger das Amt verweigert. Zuletzt harrte er über Tage im Bunker seiner Präsidentenvilla in Abidjan aus, die Getreuen um sich geschart. Im Fernsehen ließ sein Rivale *Der Untergang* zeigen, Hitlers letzte Tage unter der Berliner Erde. »Der Feind operiert jetzt am nördlichen Stadtrand« – auch Gbagbo wird solche Funksprüche nun kennen. In seinem letzten Fight blieb er unverletzt. Seine Schergen mordeten derweil auf Abidjans Straßen wohl Hunderte von Menschen. CD

Den Diktatoren aus dem Sessel helfen

Libyen, Syrien, Jemen: Die Revolution stockt. Jetzt ist Zeit für Vermittler VON MICHAEL THUMANN

So sieht das revolutionäre Patt aus: Gadhafis Milizen erobern Misrata und werden wieder verjagt. Der Diktator ist dem Sieg fern, ganz wie die Rebellen in Bengasi. Oder so: Im Jemen erklärt die Opposition den Präsidenten für politisch tot – dennoch fällt Ali Salih seit Wochen nicht aus dem Sessel. Die Herrscher halten durch, selbst eine Nato-Intervention führt keine Entscheidung herbei, die Revolutionen drohen stecken zu bleiben.

Das ist ein völlig anderes Bild als in Tunesien und Ägypten. Diese Länder haben zu Beginn dieses Jahres ein Revolutionstempo vorgeführt, das sich so schnell nicht wiederholen lässt. Innerhalb weniger Wochen stürzten ihre Herrscher. Das konnte nur gelingen, weil die Revolutionäre etwas hatten, was andere Araber entbehren: eine Armee, die zum Volk hielt. Einen alternden Herrscher, der sich dem Druck der Armee ergab. Fehlen diese Voraussetzungen, dann kommt es im Laufe der Revolution zum Patt. Mitunter drohen Blutbäder. Hilfe von außen, auch aus Europa, ist dringend gefragt, und zwar die von Vermittlern. Wann ist der richtige Zeitpunkt für Verhandlungen? Was sollen sie erreichen?

Beispiel Jemen: Der Aufstand gegen den Präsidenten begann schon vor zwei Monaten. Der seit 1978 herrschende Ali Salih hat fest versprochen, sein Büro zu räumen, findet aber die Tür nicht. Längst sind wichtige Stämme und mächtige Armeekommandeure abtrünnig geworden. Die Streitkräfte sind gespalten wie die Herrscherfamilie. Die Revolution droht im blutigen Stammeskrieg zu enden. Verhandlungen sind überfällig. Deshalb versuchen nun Emissäre aus den Golfstaaten, Salih mit Geld und Garantien persönlicher Sicherheit aus dem Amt zu locken. Ein Versuch mit ungewissem Ausgang.

Verhandlungen können scheitern, wenn man sie falsch anpackt. Ein Beispiel lieferte die Afrikanische Union mit ihrem Vermittlungsversuch in Libyen Anfang dieser Woche. Der Zeitpunkt war trefflich, der Ansatz falsch. Er funktionierte nicht, weil die Afrikaner die Macht von Muammar al-Gadhafi und seiner Familie retten wollten. Aber über das Ziel der Revolution, den Herrschersturz, lässt sich nicht verhandeln. Nur über die Bedingungen. Nun stecken die Milizen von Oberst Gadhafi weiter im Westen fest, im Osten die abtrünnigen Teile der Armee. Wenn nicht die Nato wäre, hätte Gadhafi schon gesiegt. Das ist der erste große Erfolg der internationalen Intervention. Aber wie kommt man aus dem Patt heraus? Briten und Franzosen drängen auf mehr direkte Angriffe gegen Gadhafis Truppen. Derweil planen die Türken eine neue Vermittlungsmission. Vielleicht gelingt es mit kombiniertem militärischem und diplomatischem Druck, Gadhafi zu stürzen.

Nicht bei jeder Vermittlung muss es um den Kopf des Herrschers gehen. Manchmal gilt es, den Erfolg einer friedlichen Revolution abzusichern. Beispiel Ägypten: Die Demonstranten sind zurück auf dem Tahrir-Platz und fordern den Abtritt des Armeechefs Mohammed Tantawi. Das prekäre Bündnis zwischen Protestjugend und Armee bekommt Risse. Schon fragen die ersten jungen Revolutionsführer, ob nicht ausländische Vermittler die Armee zur Einrichtung einer Übergangspräsidentschaft aus Zivilisten und Militärs bewegen können. Auf einen solchen Ruf sollte man in Europa vorbereitet sein.

Verrät man nicht mit Verhandlungen die Revolution? Nein. Sie sind der Versuch, das Patt aufzulösen, den Herrschaftswechsel mit anderen Mitteln voranzutreiben. Sie sind nicht der Ersatz für Interventionen wie in Libyen, sondern Variationen. Auch um Menschen zu schützen. Beispiel Syrien: Dort richtet sich der Aufstand bisher gegen das Geheimdienstregime, weniger gegen den Herrscher. Die Polizisten schießen scharf auf Demonstranten. Hier könnte es vielleicht der Türkei gelingen, dem Präsidenten Baschar al-Assad Zugeständnisse abzuringen und noch mehr Tote zu verhindern.

Assad und Salih und auch die ägyptische Armee haben alle Mittel, jeden Aufstand sofort niederzuschlagen. Die alten Herrscher daran zu hindern, sich mit Gewalt zu retten – das ist die Aufgabe von Vermittlern. In den osteuropäischen Revolutionen von 1989 ist Ähnliches geschehen. An runden Tischen wurden alte Kader weich geklopft, Regime geöffnet, Freiheiten ausgehandelt.

Meist drängt dabei die Zeit, wie sich gerade in Bahrain zeigt. Dort ist das Patt zwischen Königshaus und Demonstranten in einen Krieg gegen die Bevölkerung abgerutscht. Die Polizei walzte den Protest nieder, die Golfstaaten schickten nicht Vermittler, sondern Truppen, die Amerikaner schwiegen oder flüsterten – auf ihrer Militärbasis. Seither verschwinden Oppositionelle, sterben politische Gefangene in der Haft. Bahrain ist zur Insel der Angst geworden – und zeigt, was passiert, wenn sich Vermittler einfach raushalten.

BERLINER BÜHNE

Schnupperkurs Leben

Wann und wo Politik wirklich auf Wirklichkeit trifft

Wenn Politik auf Wirklichkeit zu treffen meint, geht sie in ein Fernsehstudio, versammelt sich hinter einem halbrunden Tisch, lässt sich von Einspielfilmchen provozieren und von einem Moderator über den Mund fahren. Es ist jene Wirklichkeit, in der die Politik auf Karteikärtchen trifft.

Auf die wirkliche Wirklichkeit trifft die Politik am Wahltag, und danach findet sich immer wieder mindestens einer, der fordert, seine Partei müsse sich wieder mehr an der Wirklichkeit orientieren – und zwar an der »Lebenswirklichkeit der Menschen«, um genau zu sein. Im Herbst vergangenen Jahres, nach ihrem Absturz bei der Bundestagswahl, traf es die SPD. Jetzt verlangt es FDPler nach Wirklichem. Nur: Was ist das überhaupt, die Lebenswirklichkeit – und wie kommt Politik dahin?

Die Sozialdemokraten versuchen es mit »Praxistagen«, mit Schnupperkursen im wahren Leben. Echte Menschen müssen sich darauf einstellen, dass SPD-Promis das Willy-Brandt-Haus-Habitat verlassen, einen ganzen Tag lang ihre Wirklichkeit bestaunen und danach jede Wirklichkeit negieren. Denn wie kann die Wirklichkeit wirklich sein, wenn die einst so stolze deutsche Sozialdemokratie darin nur noch als Hilfskellner für den grünen Starkoch gebraucht wird? Die FDP hat es da einfacher. Sie muss sich gar nicht erst an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren. Den Liberalen reicht ein Blick auf die Umfragen – und sie können sich einreden: In unserer Wirklichkeit sieht alles anders aus, als es wirklich ist. Wenn Politik auf Autosuggestion trifft. PETER DAUSEND

ZEIT ONLINE

DURCHSCHAUEN SIE JEDEN TAG. www.zeit.de

POLITIK WIRTSCHAFT MEINUNG GESELLSCHAFT KULTUR WISSEN DIGITAL STUDIUM KARRIERE LEBENSART REISEN AUTO SPORT

Foto: Peter Kneffel/dpa

SOZIALES

Wie gerecht ist Deutschland?

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Wer unten ist, kommt schwer nach oben – und wer oben ist, stürzt schneller ab. Aber stimmt das wirklich? *ZEIT ONLINE* beschreibt in einer Serie, wie gerecht es in Deutschland wirklich zugeht

www.zeit.de/wirtschaft

Foto: re:publica 2011/Flickr

INTERNET

Blick in die Zukunft

Einst war die re:publica ein kleines Bloggertreffen. Inzwischen ist das Treffen zu einer der wichtigsten Konferenzen zu Blogs, sozialen Medien und digitaler Gesellschaft geworden. Zum 11. Mal wird in Berlin die Zukunft des Internet diskutiert

www.zeit.de/digital

Foto: Salome Kegler/dpa

SPIELSUCHT

Die Leere in mir

Mehr als die Hälfte der Spielsüchtigen in Deutschland hat ausländische Wurzeln. Die Älteren spielen in der Teestube, die Jüngeren ziehen Spielhöllen mit Automaten oder Sportwettbüros vor. Cigdem Akyol reportiert

www.zeit.de/gesellschaft

Foto: Michael Trippel/Herder Verlag

PARTNERSCHAFT

Ferne Liebe

Dorit Kowitz beschreibt in ihrem Buch »Kommst du Freitag«, wie die Liebe eine Fernbeziehung übersteht. Mit *ZEIT ONLINE* spricht sie darüber, wie viel Freiheit Beziehungen vertragen, und über die Kunst der Kommunikation

www.zeit.de/lebensart

Der Lauf der Welt
Wie eine gute Außenpolitik aussehen müsste: Jörg Lau bloggt über die Revolution in Arabien, Meinungsfreiheit in China und deutsche Herausforderungen
www.zeit.de/lau-blog

Schulabschluss – und nun?
Den richtigen Beruf zu finden ist schwer: Was interessiert mich, was lässt mein Schulabschluss zu? ZEIT für die Schule hilft bei der Entscheidungsfindung
www.zeit.de/schule

***ZEIT ONLINE* auf Facebook**
Werden Sie einer von mehr als 56.000 Fans von *ZEIT ONLINE* auf Facebook und diskutieren Sie aktuelle Themen mit uns
www.facebook.com/zeitonline

***ZEIT ONLINE* twittert**
Folgen Sie *ZEIT ONLINE* auf twitter.com, so wie schon mehr als 67.000 Follower. Sie erhalten ausgewählte Hinweise aus dem Netz
www.twitter.com/zeitonline

DAMALS: 15. 4. 1993

Gärtner

Grauer Pullover, grauer Hut, graue Gardinen, graue Wände. Und nur ein mickrig grünes Topfbäumchen, ganz rechts außen. Aber das Wasser sprudelt. Im Frühling begießt ein Rentner hier sein letztes Glück. Den weißen Hemdärmel hochgeschoben, die Bügelfalte akkurat, den Schlauch filigran in beiden Händen: Beinah putzig wirkt Erich Honecker in seinem Exil in Santiago de Chile, im Haus 8978 im Villenviertel La Reina. Kann so ein Pflanzenpfleger wirklich Diktator gewesen sein?

Wie im Rausch, so geht die Legende, hat »Honey«, als er noch in Wandlitz residierte, in den Achtzigern einmal fünf Hirsche an einem Abend erlegt. Seinen Grenzern befahl der Biedermann, als er noch jagte und nicht gärtnerte, auf »Republikflüchtlinge« scharf zu schießen. Und den Schlauch soll seine Frau noch in Chile zum Verjagen von Journalisten genutzt haben. CD

Fotos: David Olsson/action press; Michael Hanschke/picture-alliance/dpa (u.)

Wachstum der Grenzen

Auf dem Weg in die ökologische Moderne: Wohlstand ist möglich, ohne dass wir unsere Lebensgrundlagen weiter zerstören VON RALF FÜCKS

Bald 40 Jahre nach der berühmten Studie des Club of Rome zu den *Grenzen des Wachstums* ist das Unbehagen am Wirtschaftswachstum neu erwacht. Auch das atomare Desaster in Japan hat die Frage aufgeworfen, ob die Selbstgefährdung der Industriegesellschaft eine radikale Umkehr erzwingt. Keine Frage: Das gegenwärtige Wachstumsmodell ist nicht zukunftsfähig. Es überlastet die Ökosysteme, von denen die Menschen abhängig sind. Zur Debatte steht die Schlussfolgerung aus diesem Befund: Geht es um Abschied vom Wachstum oder den großen Sprung in eine ökologische Moderne, in der wirtschaftliches Wachstum und Naturverbrauch voneinander entkoppelt sind? Heißt die ökologische Vision Wohlstand ohne Wachstum oder Wachsen mit der Natur?

Schauen wir den Tatsachen ins Auge: Ein Ende des Wachstums ist reine Fiktion. Vielmehr befinden wir uns mitten in einem beispiellosen Wachstumszyklus, der sich noch über die nächsten Jahrzehnte erstrecken wird. Er speist sich aus zwei mächtigen Quellen: dem Anstieg der Weltbevölkerung von heute knapp sieben Milliarden auf etwa neun Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050 sowie den Bedürfnissen der großen Mehrheit der Erdbewohner. Ihre Träume von einem besseren Leben – komfortable Wohnungen, reichhaltigere Nahrung, Computer und Telefon, modische Kleidung, Unterhaltung, individuelle Mobilität und Reisen in fremde Länder – werden sie sich nicht abspenstig machen lassen. Die Frage wird einzig sein, ob dieser gewaltige Schub neuer Güter und Dienstleistungen einen ökologischen Kollaps verursacht oder in nachhaltige Bahnen gelenkt werden kann.

Ende des 18. Jahrhunderts, als die Industrialisierung ihren Anfang nahm, prophezeite der englische Ökonom Robert Malthus, dass die Agrarproduktion nicht mit der rasch anwachsenden Bevölkerung Schritt halten könne. Steigende Lebensmittelpreise und Hungersnöte seien unausweichlich. Für mehr als eine Milliarde Menschen – in etwa die damalige Bevölkerungszahl – biete die Erde keine Lebensgrundlage. Malthus' Gesetz hatte nur einen kleinen Fehler: Es verlängerte den Status quo in die Zukunft. Wie hätte er auch die bahnbrechenden Entdeckungen des Gießener Lebensmittelchemikers Justus Liebig und seines Zeitgenossen, des Genetikforschers Gregor Mendel, voraussehen können? Die Kombination von Agrochemie und systematischer Pflanzenzucht revolutionierte die Landwirtschaft und vervielfachte die Erträge. Seither wuchs die Weltbevölkerung auf das Siebenfache, Hand in Hand mit einem steigenden Kalorienverbrauch pro Kopf: ein klassisches Beispiel für das »Wachstum der Grenzen«. Parallel stieg der Energieverbrauch um das Vierzigfache und die Weltwirtschaft um das Fünfzigfache. Welche Kriterien man auch immer anlegt, ob Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, Bildungsniveau, gesundheitliche Versorgung, Frauenrechte oder demokratische Freiheiten – der wachsende materielle Reichtum ging einher mit gesellschaftlichem Fortschritt. Auch für bald neun Milliarden Menschen wird es genügend zu essen geben, wenn die nötigen Agrarreformen rechtzeitig eingeleitet werden, die Produktivität der kleinen Farmer steigt, der Überkonsum von Fleisch in den wohlhabenden Ländern sinkt und die Produktion von Biotreibstoffen nicht auf Kosten der Welternährung betrieben wird.

Keine Frage, es gibt ökologische Grenzen des Wachstums, die nur bei Strafe schwerer Umweltkrisen überschritten werden können. Sie liegen vor allem in der Absorptionsfähigkeit der Ökosysteme für die von Menschen verursachten Emissionen. So ist der hausgemachte Klimawandel ein Fiebersymptom für das Überschreiten der Belastungsgrenzen der Atmosphäre. Allerdings können die biophysikalischen Grenzen des Wachstums durch zwei Operationen hinausgeschoben werden, nämlich mittels Steigerung der Ressourceneffizienz (aus weniger mehr machen) sowie mittels der Substitution endlicher Rohstoffe durch regenerative Energien und nachwachsende Werkstoffe, also durch potenziell unendliche Quellen des Reichtums.

Bisher zehrte die Industriegesellschaft von den gespeicherten Energievorräten der Erde: von Wäldern, Kohle, Öl und Gas. Jetzt zeigt sich, dass die Auflösung der Kohlenstoffreserven des Planeten einen lange vernachlässigten Effekt hat, er destabilisiert das Erdklima. Das fossile Zeitalter stößt tatsächlich an seine Grenzen. Das heutige Energiesystem ist so wenig globalisierbar wie unser auf billigem Öl aufgebautes Verkehrssystem. Künftig muss die Menschheit ihren Energiebedarf aus erneuerbaren Energiequellen decken. Gleichzeitig erzwingt die absehbare Erschöpfung vieler Industrie-Rohstoffe den Übergang zu einer Bio-Ökonomie, deren stoffliche Basis aus organischem Material besteht. Letztlich geht es auch hier um Sonnenlicht als primäre Quelle aller Produktion und Konsumtion.

Die Brücke zur solaren Zukunft führt über die Steigerung der Ressourcenproduktivität. Es geht darum, mehr Wohlstand aus einem bestimmten Quantum von Rohstoffen und Energie zu erwirtschaften. Das verlängert die Frist, in der knappe Ressourcen zu Verfügung stehen und schafft Zeit für Innovationen, mit denen sie substituiert werden können. Für Ernst Ulrich von Weizsäcker, der die Formel »Faktor 5« geprägt hat, ist die Steigerung der Ressourcenproduktivität die »Melodie des neuen technischen Fortschritts, der einen neuen großen Wachstumszyklus trägt«. Im Unterschied zu früheren langen Wellen technischer Innovation geht es diesmal darum, dass »der Naturverbrauch vermindert, aber der Wohlstand vermehrt wird«. Werden Effizienzgewinne aber nicht regelmäßig durch steigenden Konsum aufgefressen? Das muss nicht sein. Ein zentraler Lenkungsfaktor für den Naturverbrauch ist der Preis knapper Güter. Wenn die Ressourceneffizienz steigt, müssen Rohstoffe und Energie teurer werden, um keinen Anreiz zum Mehrverbrauch zu liefern. Dafür muss die Politik sorgen, indem sie den Ressourcenverbrauch besteuert.

Ernst Bloch hat in seinem Hauptwerk *Das Prinzip Hoffnung* Überlegungen zu einem kooperativen Mensch-Natur-Verhältnis formuliert, die vorwegnehmen, worum es bei der grünen industriellen Revolution geht. Die bisherige Technik operiere in der Natur »wie eine Armee in Feindesland«. Dagegen geht es einer künftigen »Allianz-Technik« um die Entbindung der im Schoß der Natur schlummernden Produktivkräfte. So zielt die Bionik darauf ab, biologische Prozesse in Technik zu übersetzen und von den fantastischen Lösungen zu lernen, die von der Evolution über lange Zeiträume entwickelt wurden. Auch das Prinzip geschlossener Stoffkreisläufe, in der jedes Endprodukt zum Ausgangspunkt neuer Prozesse wird, ist der Natur abgeschaut.

Wahr ist: Wenn wir keine schweren Krisen riskieren wollen, kann die Weltwirtschaft künftig nur noch innerhalb ökologischer Leitplanken wachsen, die von den Belastungsgrenzen der Ökosysteme abzuleiten sind. Das ist Aufgabe der Politik. Zentral ist die Festlegung sinkender Obergrenzen für CO_2-Emissionen auf europäischer und internationaler Ebene. Gleichzeitig brauchen wir eine ökologische Dynamik von unten, die von Hightechfirmen und Ökobauern, von Erfindern und Investoren, Verbänden und Konsumenten vorangetrieben wird. »Weniger ist mehr« mag für den Einzelnen der Weg zum Glück sein. Zeitsouveränität, soziale Beziehungen und befriedigende Arbeit definieren Lebensqualität nicht minder als materielle Güter. Aber es spricht wenig dafür, dass eine neue Kultur der Innerlichkeit und Kargheit die expansive Dynamik der Moderne außer Kraft setzen wird.

Die entscheidende Herausforderung liegt darin, ökonomisches Wachstum und Naturverbrauch zu entkoppeln. Europa sollte seinen Ehrgeiz darauf verwenden, Vorreiter der ökologischen Moderne zu werden, statt sich in der Umverteilung des Weniger einzurichten.

RALF FÜCKS

ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Er beschäftigt sich mit nachhaltiger Entwicklung, grüner Ökonomie, Migration und internationaler Politik

WIDERSPRUCH

Die Kohle muss weg

Der schnelle Atomausstieg ist nicht der beste VON NIKOLAUS SCHULZ

In seinem Leitartikel *Am Ende reich (ZEIT* Nr. 15/11) beschreibt Marc Brost die Chancen eines schnellen Atomausstiegs und entkräftet die damit verbundenen vermeintlichen Risiken (teurer Atomstromimport, Energiepreisexplosion, Wachstumseinbruch). So weit, so richtig. Das Bild, das Brost zeichnet, ist aber nicht ganz komplett. Wenn es jetzt heißt: »Schaltet die Dinger ab!«, wird allzu oft ein schwerwiegendes (Umwelt-)Problem übersehen, welches gegen einen schnellen Atomausstieg spricht: Kohlekraftwerke. Durch sie werden in Deutschland 42 Prozent des Stroms erzeugt. Dabei wird aber so viel Kohlendioxid wie bei keiner anderen Energiequelle freigesetzt, im Vergleich zur Kernenergie bis zu 36-mal mehr. Dieses Treibhausgas belastet die Atmosphäre und beschleunigt den Klimawandel.

Der deutsche Sonderweg – also nichts als Tartüfferie? Nein, es wäre falsch, die Atomkraft- als Klimaschutzgegner zu diskreditieren. Es könnte indes nur nicht ganz so clever sein, möglichst schnell aus der Atomkraft auszusteigen. Wenn man den 23-prozentigen Anteil der Kernenergie in Deutschland besser früher als später ersetzen will, wird es ziemlich schwierig, den Kohleanteil in naher Zukunft zu reduzieren. Schaut man nach China, wo Kohle einen Anteil von 78 Prozent an der Stromerzeugung hat, erlangt das Problem eindeutige Evidenz.

Es muss also nicht nur der Atomausstieg, sondern der doppelte, fossilnukleare Ausstieg organisiert werden. Der Schaden von Kohle- und Atomstromerzeugung ist, langfristig gesehen, gleich groß, weil letztlich umweltzerstörerisch. Das Bewusstsein hierfür scheint jedoch wenig ausgeprägt, es fehlt der *iconic turn:* Die Bilder von zerstörten Atomkraftwerken, die nach Fukushima im Fernsehen zu sehen waren und vor allem die Deutschen bewegt haben, wird es bei Kohlekraftwerken nicht geben. Deren Gefahr ist mittelbar und von latenter Art: Man bemerkt sie erst, wenn es zu spät ist.

Nikolaus Schulz, 20, studiert Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Jede Woche erscheint an dieser Stelle ein »Widerspruch« gegen einen Artikel aus dem politischen Ressort der ZEIT, verfasst von einem Redakteur, einem Politiker – oder einem ZEIT-Leser. Wer widersprechen will, schickt seine Replik (maximal 2000 Zeichen) an widerspruch@zeit.de. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor

Foto: Stefan Thomas Kröger für DIE ZEIT

ZEIT nah

»Wie Hans im Glück«

»Bitte, greifen Sie zu«, lud der frühere Chef des Handelskonzerns Arcandor, Thomas Middelhoff, seine Besucher Wolfgang Gehrmann (links) und Götz Hamann (rechts) ein. Im Salon seines Bielefelder Anwesens war der Acryltisch mit westfälischen Kanapees gedeckt. Den ZEIT-Autoren berichtete er von seiner Not, 40 Millionen Euro anlegen zu müssen – und über seine Chancen vor Gericht: Der Insolvenzverwalter von Arcandor hat ihn auf Schadensersatz in Höhe von 175 Millionen Euro verklagt WIRTSCHAFT S. 26

Foto: Hitoshi Katanoda/Polaris/laif für DIE ZEIT

Einer gegen Tepco

VON GEORG BLUME

Kazuyoshi Sato ist Kommunalpolitiker in der Stadt Iwaki – und führt schon seit Jahren einen einsamen Kampf gegen die Atomkraftwerke von Fukushima. »Wir sind in die Welt der Strahlenopfer eingetreten«, erklärt er POLITIK SEITE 2

Foto: Michel & Christine Denis-Huot/Biosphoto

Primatenpolitik

Politiker benähmen sich wie auf dem Pavianhügel, behauptete der FDP-Generalsekretär Christian Lindner vergangene Woche. Hier wie dort kontrollieren Alphamännchen alle Rangniederen, soviel stimmt. Und sonst? Vergleichen Sie einfach mal WISSEN SEITE 37

POLITIK

2 **Japan** Ein Kommunalpolitiker kämpft gegen die Atomkraft

3 **Schocks und Hypes** Wie Politik unter dem Druck der Ereignisse noch funktionieren kann VON BERND ULRICH

4 **Nach den Wahlen** Versuch, die politische Landschaft zu vermessen VON MATTHIAS GEIS

SPD Selbstzerfleischung in Schleswig-Holstein VON S. GASCHKE

5 **FDP** Was heißt heute liberal? VON ROBERT LEICHT

Warum Vietnam Philipp Rösler liebt VON KHUÊ PHAM UND LIÊN VU

6 **Karrieren** Gespräch mit dem scheidenden Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts, Wolfgang Böhmer

7 **Politische Lyrik** »wolken, weisen« VON ULJANA WOLF

Finnland Die »Basisfinnen« vor der Wahl VON JOCHEN BITTNER

8 **China** Nach Ai Weiweis Verhaftung: Die Regierung ist verunsichert VON ANGELA KÖCKRITZ

9 **Lampedusa** Die Flüchtlinge der Revolution VON U. LADURNER

Polen Warschau ein Jahr nach der Tragödie von Smolensk VON ALICE BOTA

10 **Kuba** Wie Raúl Castro versucht, den Sozialismus zu retten VON CHRISTIAN SCHMIDT-HÄUER

12 **Zeitgeist** VON JOSEF JOFFE

Arabien Ohne Vermittlung droht die Revolution stecken zu bleiben VON MICHAEL THUMANN

13 **Ökologie** Nachhaltiges Wachstum bedeutet nicht Verzicht VON RALF FÜCKS

Widerspruch Der schnelle Atomausstieg ist nicht der beste VON NIKOLAUS SCHULZ

DOSSIER

15 **Libyen** Mit Rebellen auf einem Hafenschlepper ins belagerte Misrata VON WOLFGANG BAUER

18 WOCHENSCHAU
Öl Usedom wird Bohrinsel VON VERA GASEROW

WM Der Bundespräsident beim Frauenfußballtraining

GESCHICHTE

19 **USA** Die Amerikaner gedenken des Bürgerkriegs VON R. D. GERSTE

Zeitmaschine VON H. BRELOER

20 **Atompolitik** Ein GAU pro Jahr schadet nicht VON MANFRED KRIENER

WIRTSCHAFT

21 **Indien** Wo immer noch Kinder verhungern VON GEORG BLUME

Banken Für den Staat endet die Rettung doch mit einem Minus

23 **Staatsschulden** Braut sich da eine neue Krise zusammen? VON MARK SCHIERITZ

24 **Rating-Agenturen** Wo vermuten sie die nächsten Bomben? VON ARNE STORN

25 **Spanien** Das Krisenland beschwört seine Stärke/Fliehen Fachkräfte jetzt nach Deutschland? VON KARIN FINKENZELLER

26 **Thomas Middelhoff** Der umstrittene Manager im Gespräch

28 **Atomkraft** So geht es in anderen Ländern weiter

Energiewende Meint die Bundesregierung es ernst? VON FRITZ VORHOLZ

30 **Leitzinsen** Die Erhöhung wird für Bankkunden teuer VON NADINE OBERHUBER

Finanzkolumne

31 **Ist der Bahnstreik richtig?** Ein Pro und Contra VON GUNHILD LÜTGE UND KERSTIN BUND

Dieselsteuer Viel Wind um die Erhöhungspläne VON DIETMAR H. LAMPARTER

Kohle Evonik sollte schnell an die Börse gehen VON JUTTA HOFFRITZ

32 **Was bewegt …** US-Staranwalt Kenneth Feinberg? VON H. BUCHTER

WISSEN

33 **Physik** Wenn ein Teilchen Werbung macht VON MAX RAUNER

Katastrophen Können wir aus ihnen lernen? VON ULRICH SCHNABEL

34 Ein Gespräch über die seelischen Folgen von Katastrophen

35 Ein Besuch im Golf von Mexiko ein Jahr nach »Deepwater Horizon« VON MARTIN KLINGST

36 **Wissenschaft** Ein Leitfaden für mehr Qualität in der Forschung

37 **Grafik** Die Politik in einer Pavianhorde

38 **Amoklauf** Wie sich Massaker verhindern lassen VON S. DONNER

41 KINDERZEIT
Japan Wie das normale Leben dort aussieht VON MELANIE SELLERING

42 **Kinder- und Jugendbuch** Der LUCHS des Monats April

FEUILLETON

43 **Gesellschaft** Ein Plädoyer für den Multikulturalismus VON IJOMA MANGOLD

Technik Die männliche Sexualität und die Atomkraft

44 **Kino** Nachruf auf den Regisseur Sidney Lumet VON K. NICODEMUS

45 **China** Das Bob-Dylan-Konzert in Peking

Der Dissident Yang Licai über die Aufklärungsausstellung

46 **Presseskandal** Wie ein englisches Klatschblatt Prominente abhörte VON REINER LUYKEN

47 **Roman** Zsuzsa Bánk »Die hellen Tage« VON ANDREAS ISENSCHMID

48 Oksana Sabuschko »Museum der vergessenen Geheimnisse« VON STEFANIE FLAMM

Sachbuch Andreas Weber »Mehr Matsch!« VON SABINE SÜTTERLIN

49 **Politisches Buch** Sönke Neitzel/Harald Welzer »Soldaten« VON WOLFRAM WETTE

50 **Literatur** Über die NS-Verstrickung Gottfried Benns VON DURS GRÜNBEIN

51 **Aktivismus** Neue Formen des politischen Protests im Internet VON JÜRGEN ZIEMER

Nachruf Der Interviewkünstler André Müller VON ULRICH GREINER

52 **Kunstmarkt** Die Auktion von Kafka-Briefen VON S. KOLDEHOFF

Ausstellung Der wundersame Künstler Carlfriedrich Claus VON ALEXANDER CAMMANN

53 **Uraufführung** Karlheinz Stockhausens »Sonntag« VON CLAUS SPAHN

56 **Pop** Die archaische Welt der Sängerin Alison Krauss VON THOMAS GROSS

57 **Theater** Neue Stücke von Laura de Weck und Roland Schimmelpfennig VON PETER KÜMMEL

Kino »Der Dieb des Lichts« VON MAXIMILIAN PROBST

58 GLAUBEN & ZWEIFELN
Eine Welt Macht endlich Frieden! Ein Appell an unsere religiösen und politischen Führer VON HELMUT SCHMIDT

REISEN

59 **Dänemark** Der Staat will die Hippiekolonie und Sehenswürdigkeit Christiania verkaufen VON KARIN CEBALLOS BETANCUR

60 **Interview** Was Landwirten im Urlaub wichtig ist

61 **Frühlingswald** Eine Reise zu Veilchen, Bärlauch, Schachblume und Waldmeister VON SUSANNE WIBORG

62 **Magnet** Im Wallis erkämpfen die Kühe die neue Hackordnung

63 **New York** Little Italy ohne Italiener VON CLAUDIA STEINBERG

CHANCEN

65 **Islamstudien** Bundesministerin Annette Schavan und der Islamwissenschaftler Bülent Uçar im Gespräch

67 **Duale Karrieren** Verheiratete Professoren am selben Institut – geht das? VON INGE KUTTER

68 **Abi-Serie 2011** Nie war die Konkurrenz um Studienplätze so groß wie in diesem Jahr

70 **Interview** Was sich für Doktoranden durch die Guttenberg-Affäre ändert

71 **Promotion** Der Erfolg der Graduiertenschulen VON C. HEINRICH

88 ZEIT DER LESER

RUBRIKEN

2 Worte der Woche

22 Macher und Märkte

36 Stimmt's?/Erforscht & erfunden

44 Vermischtes

47 Gedicht/Wir raten zu

48 Taschenbuch/Impressum

57 Wörterbericht/Finis

87 LESERBRIEFE

AUSGABE:
16
14. APRIL 2011

ZEIT MAGAZIN

Foto: Stanley Patzold

»Auf der Straße habe ich gelernt, wie man ein Publikum unterhält«: Die Sängerin Zaz über ihre Anfänge als Musikerin

»Ich schlage ›Stresstest‹ als Wort des Jahres vor«: Harald Martenstein über optimierte Seelen, Betriebe und Atomkraftwerke

Sturm, Hochwasser, Hagel: Eine Deutschlandkarte der Naturkatastrophen

ZEIT ONLINE

Foto: EMI

Das Musikvideo lebt
MTV ist nun ein Bezahlsender, aber das Musikvideo lebt im Netz weiter, entwickelt dort aufregende neue Darstellungsformen und etabliert sich als Kunstform. »The Art of Pop Video« in Text und Film

www.zeit.de/musikvideo

Die so gekennzeichneten Artikel finden Sie als Audiodatei im »Premiumbereich« von ZEIT ONLINE **unter www.zeit.de/audio**

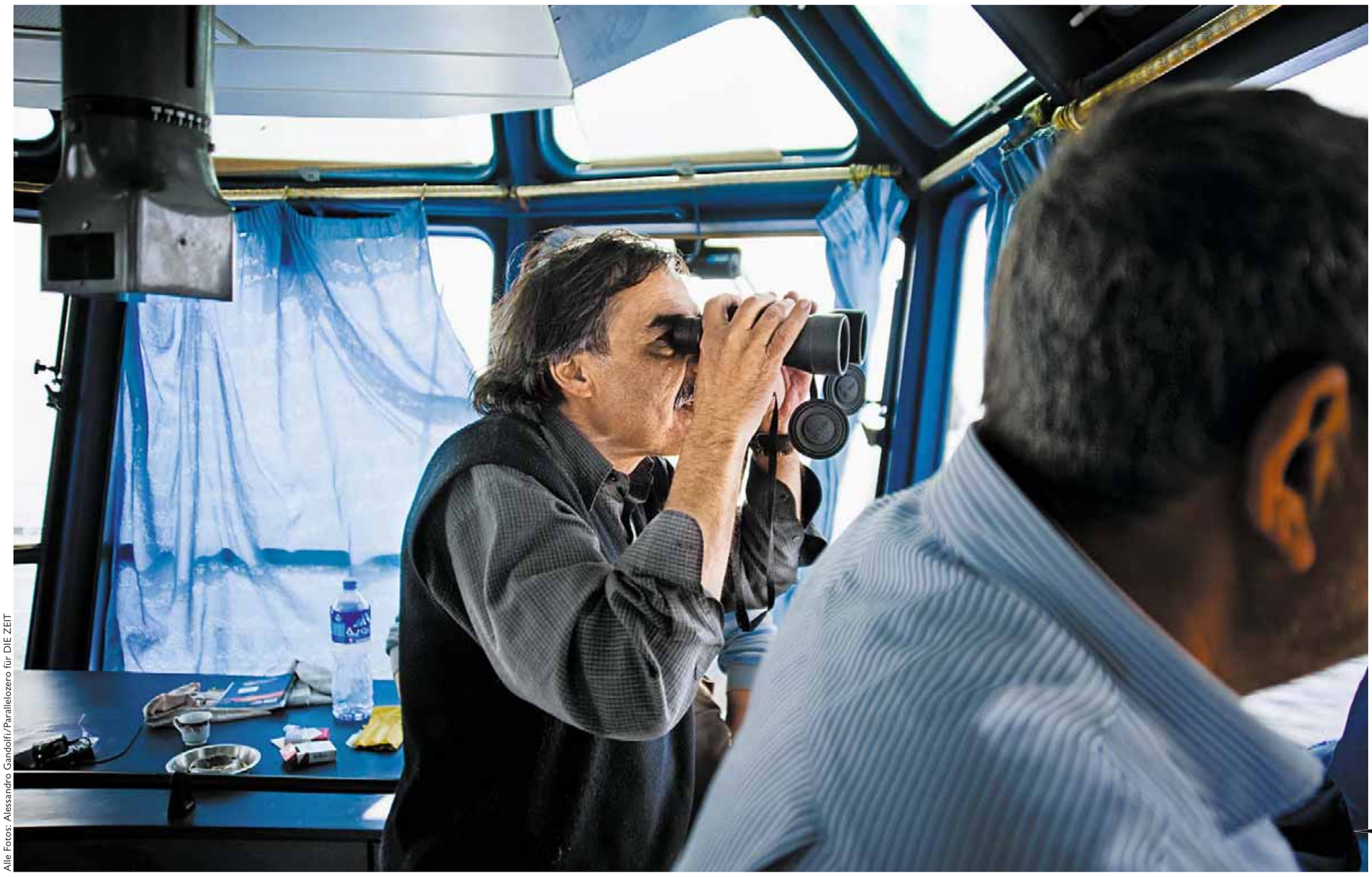
Anzeigen in dieser Ausgabe
Link-Tipps (Seite 24), Spielpläne (Seite 39), Museen und Galerien (Seite 53), Bildungsangebote und Stellenmarkt (ab Seite 69)

Früher informiert!
Die aktuellen Themen der ZEIT schon am Mittwoch im ZEIT-Brief, dem kostenlosen Newsletter www.zeit.de/brief

»EINE STUNDE ZEIT«
Das Wochenmagazin von radioeins und der ZEIT, präsentiert von Katrin Bauerfeind und Anja Goerz: Am Freitag 18–19 Uhr auf radioeins vom rbb (in Berlin auf 95,8 MHz) und www.radioeins.de

GESCHICHTE
Atomkatastrophen: Ein GAU pro Jahr schadet nicht **S. 20**

WOCHENSCHAU
Öl: Usedom wird Bohrinsel **Seite 18**



Alle Fotos: Alessandro Gandolfi/Parallelozero für DIE ZEIT

In geheimer Mission: Ali Tarhouni, Ölminister der Übergangsregierung im libyschen Bengasi, fährt auf einem Schiff voller Waffen in Richtung Misrata

»Sollen sie doch schießen«

Auf einem Schlepper fuhr WOLFGANG BAUER mit libyschen Rebellen in die Stadt Misrata und erlebte, wie dort Gadhafis Truppen wüten

Das Schiff, das den einen das Leben bringt und den anderen das Verderben, legt ab. Kurz kratzt sie am Kai entlang, die *Ezzarouk,* ein in Holland gebauter Hafenschlepper, dann löst sie sich und fährt hinaus auf die offene See. Die Männer an Deck heben die Hände. Sie rufen Gott an, nicht so euphorisch wie sonst, verhaltener. Die Reise der *Ezzarouk* ist geheim, wenige in der libyschen Hafenstadt Bengasi wissen von ihr. Dr. Sulaiman Fortia, 57, in Anzug und gebügeltem Herrenhemd, umklammert die Reling. Der Mann, der die Überfahrt organisiert hat, kämpft mit der Übelkeit, noch mehr mit seiner Angst. »Heute wird es keine Probleme geben«, sagt er und versucht ein befreiendes Lachen, was ihm misslingt. 25 junge Männer begleiten ihn, sie schlagen den Koran auf, flüstern Suren und bereiten sich vor auf ein Leben, das dem Tode folgt.

Die Reise soll 24 Stunden dauern und nach 240 Seemeilen in Misrata enden, der drittgrößten Stadt Libyens. Deren Einwohner haben sich am 20. Februar gegen den Despoten Muammar al-Gadhafi erhoben, mit Massendemonstrationen und Kundgebungen wie in anderen Orten. Doch nirgendwo reagierte das Regime so brutal wie in Misrata. Seit fünf Wochen wird die Stadt von Regierungstruppen belagert. Eine halbe Million Menschen leben eingeschlossen auf wenigen Quadratkilometern, sämtliche Ausfallstraßen sind von Gadhafis Panzern blockiert. Scharfschützen haben Teile des Zentrums besetzt und zielen auf alles, was sich bewegt. Wahllos feuert schwere Artillerie in die Stadt hinein. Der Name Misrata, den im Ausland zuvor kaum jemand kannte, steht für das bisher größte Drama des Bürgerkriegs. Das Leningrad Libyens. »Wenn wir das Schiff nicht durchbringen«, sagt Sulaiman Fortia auf der *Ezzarouk,* »wird die Stadt in den nächsten drei Tagen fallen.«

Diese Fahrt ist auch eine ins vermutlich nächste Einsatzgebiet der Bundesmarine. Deutschland hat sich bisher nicht an der UN-Intervention gegen Gadhafi beteiligt, doch die Bundesregierung kann es sich nicht leisten, die Tragödie dieser Stadt zu ignorieren. Die Europäische Union erwägt eine Rettungsaktion, die Gremien tagen – viel Zeit bleibt ihnen nicht (siehe *Deutsche Soldaten nach Libyen?* auf Seite 16).

Ich habe im Hafen von Bengasi gezögert, an Bord zu gehen, den Schritt ins Unwägbare zu tun. »Was ist jetzt? Entscheiden Sie sich!«, rief Fortia ungehalten. Ich warf das Gepäck aufs Deck und fand nur schwer einen Platz in den Mannschaftsräumen. Der 26 Meter lange Schlepper ist voller Waffen und Munition. Gewehre unterschiedlichster Typen, in graue Decken eingewickelt, liegen auf dem Boden der Kajüten. Auch unter den Tischen der kleinen Messe stapeln sich Gewehre, die Waschküche ist angefüllt mit Panzerfäusten. Patronengurte hängen aus den Deckenverkleidungen wie anderswo Isolierwolle. Das Schiff ist eine schwimmende Bombe. Es gibt keine andere Möglichkeit, die belagerte Stadt zu versorgen, als den Weg übers Meer. Seit Wochen pendeln kleine Fischerboote zwischen Bengasi und Misrata, unregelmäßig, wetteranfällig. Drei Tage brauchen die Nussschalen für die einfache Strecke. Die *Ezzarouk* ist der Riese unter den Zwergen, das bislang größte Schiff, mit dem die Rebellen Gadhafis Blockade zu durchbrechen hoffen.

Der Schlepper, kurz und hoch, eigentlich nur für die Hafenarbeit ausgelegt, taucht ins aufgewühlte Mittelmeer. Der Bordmechaniker verteilt schwarze Plastiktüten, in die sich die Freiheitskämpfer erbrechen. Die Kajüten teilen sich bärtige Feldarbeiter aus dem Hinterland, Studenten unterschiedlicher Fächer und Exil-Libyer aus dem Ausland – unter ihnen der neue Öl- und Wirtschaftsminister der Übergangsregierung, Ali Tarhouni, der vor einem Monat aus Seattle kam. Nervös sieht der bisherige Wirtschaftsprofessor auf den Bordradar und raucht Kette. Der 60-Jährige ist seit Wochen übernächtigt, seine Haare stehen wirr vom Kopf ab.

Er hat drei Holzkisten mit Bargeld auf den Schlepper verladen lassen, weil die Belagerten nichts mehr haben. Mehrere Millionäre senken auf der *Ezzarouk* ihre Köpfe in die schwarzen Tüten. In Misrata erhoben sich nicht nur Jugendliche und Rechtsanwälte wie in Bengasi, sondern auch Unternehmer. Sulaiman Fortia ist Leiter eines internationalen Ingenieurbüros, sein Vater starb unter Gadhafi im Gefängnis, sein jüngster Bruder bei den Demonstrationen vor fünf Wochen. Die Schiffsreise hat er gemeinsam mit Mohamed el-Muntasser geplant, dem Vorsitzenden der Deutsch-Libyschen Wirtschaftskammer, einem der wichtigsten Unternehmer des Landes. Die beiden Männer, Mitglieder der Übergangsregierung, sind vor drei Tagen nach Bengasi gekommen, um Waffen zu kaufen. 650 Gewehre, erzählt el-Muntasser, hätten sie auf dem Schwarzmarkt erstanden. »Wenn wir es nach Misrata

Fortsetzung auf S. 16

Allah, sei bei uns: Einer der Rebellen an Bord des Schleppers betet auf hoher See

Fortsetzung von S. 15

schaffen, verdreifachen wir die Zahl der Waffen.« Gegen zehn Bataillone hat sich die Stadt bislang mit 250 Gewehren und einem Dutzend Flugabwehrgeschützen verteidigt.

Hinter der *Ezzarouk* kämpfen zwei weitere Schiffe gegen die Wellen an, alte Fischtrawler, die ebenfalls Waffen in sich tragen. El-Muntasser hat sie aus eigener Tasche bezahlt. Er sagt: »Wir bekommen in Bengasi nichts geschenkt. Die sagen, sie brauchen die Sachen an ihrer eigenen Front.«

Der Koch bereitet Reis mit Hühnchen, der Mechaniker klärt im Maschinenraum einen falschen Feueralarm, und Sulaiman Fortia, Doktor der Ingenieurwissenschaften, hat sich meinen Notizblock ausgeliehen, um den jungen Kämpfern an Bord einen Schlachtplan für Misrata aufzumalen, eine verwirrende Skizze mit Kreisen und Pfeilen – da meldet sich zum ersten Mal die Nato. »Was transportieren Sie, Kapitän?«, funkt eine italienische Fregatte die Brücke an. »Milch, Gemüse und Waffen für die Revolution«, antwortet Abdullah, der Kapitän.

Damit beginnen die Probleme.

Täglich nehmen die Spannungen zwischen den Rebellen und der Nato zu, Luftschläge treffen Aufständische statt Regierungstruppen. Die Flugzeuge des Militärbündnisses können die Opposition immer weniger schützen, weil sich Gadhafis Anhänger in Zivilfahrzeugen und Zivilkleidern bewegen, ihre schweren Waffen verstecken. Am nächsten Morgen entern acht italienische Marinesoldaten die *Ezzarouk,* ein Helikopter kreist über dem Schlepper. Die Soldaten zwingen die Besatzung in die Bugspitze. »Ich bin völlig verwirrt!«, ruft der Ölminister, der als Einziger auf der Brücke bleiben durfte, ins Satellitentelefon. Zum Abschied hatte ihm der französische Botschafter in Bengasi eine gute Reise gewünscht, auch der britische Gesandte, doch jetzt meldet ihm die Nato-Zentrale, sie wisse von nichts. Die Fregatte nähert sich dem Waffenschmuggler auf wenige Meter, auf allen Plattformen stehen Marinesoldaten und fotografieren mit ihren Handykameras.

Fünf Stunden sind vergangen, der Konvoi droht zu scheitern, 40 Meilen vor Misrata. Die Männer in der Bugspitze werden unruhig. Einer, der zum Kämpfen aus Schottland kam, beginnt zu weinen. »Seid ihr nun für oder gegen uns?«, schreit er schluchzend einen Soldaten an. Der Minister wählt die Nummern von Botschaftern und Nato-Verbindungsoffizieren. Besorgt schaut er über seine Brillengläser hinweg zum Schiffsbug hinunter, wo die Kämpfer zu streiten beginnen. Einige wollen auf die Italiener losgehen. Die Beschützten drohen sich gegen jene zu wenden, die sie beschützen sollen. Der Minister ruft von der Brücke, er habe jetzt den italienischen Verteidigungsminister am Telefon. Der rettet die Situation und gibt das Okay zur Weiterfahrt.

Als wenig später eine griechische Korvette den Konvoi erneut stoppen will, weil die Nato sich noch immer nicht abgestimmt hat, brüllt der Minister dem Verbindungsoffizier des Bündnisses durchs Telefon entgegen: »Ich habe im Namen der libyschen Regierung die Anweisung gegeben, diese Schiffe nach Misrata zu bringen! Wenn die Nato auf uns schießen und einen internationalen Zwischenfall provozieren will, soll sie es doch tun. Wir werden weiterfahren!«

Druckwellen von Explosionen laufen über das Meer, Donner hallen herüber

Noch am selben Nachmittag kommen in Brüssel die Spitzen der Bündnisbürokratie zusammen und beschließen, die Waffenkonvois künftig nicht mehr zu behelligen. Als Tarhouni davon erfährt, tanzt er auf der Schlepperbrücke.

Die wichtigste Fracht der *Ezzarouk* ist eine neue Waffe im Kampf gegen Gadhafis Panzer. Das Milan-Raketensystem, eine deutsch-französische Entwicklung, die sich die Rebellen aus dem Ausland besorgt haben. Zwei Männer an Bord – im Zivilleben angeblich Kommunikations-Studenten – sollen die Verteidiger Misratas daran schulen. »Wir werden das Blatt wenden«, sagt der Unternehmer Mohamed el-Muntasser euphorisch. Doch zunächst muss es das Schiff in den Hafen schaffen, der immer wieder Ziel ist von Artillerieangriffen, das Nadelöhr, der gefährlichste Moment der Reise.

Am frühen Abend, nach zwei Tagen auf See, erscheint die Stadt am Horizont, hell erleuchtet. Die Türme des Stahlwerkes. Der Hafenspeicher. Druckwellen von Explosionen laufen über das Meer. Schübe von Luft, die immer wieder unvermittelt über die Haut streichen. Mit einem Mal ist es still auf der *Ezzarouk,* alle haben sich vorne an der Reling aufgereiht, schauen auf Misrata. Vom Land hallt Donnern herüber, als habe sich ein entsetzliches Gewitter am Horizont festgefressen. Kapitän Abdullah drosselt die Geschwindigkeit, vorsichtig läuft das Schiff auf die Küstenlinie zu, die Donnerschläge werden lauter, mit jeder Seemeile. Noch weit vor dem Hafen lässt der Kapitän den Anker werfen. »Wir müssen die Dunkelheit abwarten«, sagt er. »Wir wissen nicht, warum, aber nach neun Uhr hören sie meistens auf zu schießen.«

Dem Sterben der Stadt sehen wir aus sicherer Entfernung zu, der Koch macht wieder Hühnchen. Sulaiman Fortia versucht, mit dem Satellitentelefon die Männer im Hafen zu erreichen, die das Boot in Empfang nehmen sollen. Er kommt nicht durch. Er knetet seine Hände. Ein verdächtiger Punkt auf dem Radar, der kurz die Aufregung steigert, ist bloß ein Fischerboot. Die Nato hat drei Küstenwachschiffe Gadhafis versenkt, die in den ersten Wochen der Belagerung den Hafen blockierten, doch bleibt die Angst vor plötzlichen Schlauchboot-Angriffen. Die Freiheitskämpfer reichen sich Fernstecher und starren auf den Horizont.

»Der Mensch«, sagt Tarhouni, der Ölminister, als er zu mir an die Reling tritt, »ist ein Irrtum der Evolution. Sogar dann, wenn du etwas Gutes machst, verursachst du viel Schlechtes. Wie soll man da nicht an sich selbst verzweifeln?«

Eine Stunde nach der letzten Explosion setzt sich die *Ezzarouk* wieder in Bewegung. Ganz sachte führt der Kapitän das Schiff an die Stadt heran. Das Licht auf der Brücke ist gedämpft, die Rebellen halten die glimmenden Zigaretten in der hohlen Hand. Die Gesichter sind angespannt, jeder ist mit sich allein, als das Boot leise an den hohen Kaimauern von Misrata vorübergleitet.

Dann kann es gar nicht schnell genug gehen. Das Anlegen, das Löschen der Ladung, das Warten auf den Abfertigungstrupp, der zunächst nicht da ist. »Wo bleiben die?«, fragt Fortia bang in die Nacht. Lange stehen die Blockadebrecher alleine auf dem Kai, jederzeit in Gefahr, beschossen zu werden. Kirchturmhohe Containerbrücken umgeben sie, endlose beleuchtete und verlassene Kaianlagen. In der Ferne blenden die Frontlichter zweier Autos auf, Fortia atmet durch, seine Leute, sie hatten in einem anderen Teil des Hafens gewartet. Sie rasen auf die *Ezzarouk* zu, steigen aus. Die Männer umarmen sich, lachen erleichtert, klopfen einander auf den Rücken. Im Licht der Autoscheinwerfer sehe ich zum ersten Mal die Gesichter der Eingeschlossenen von Misrata, stressgegerbt, graue Bartstoppeln, ausgezehrte Menschen, die fahrig sind in allen Bewegungen, sich immer wieder über die Schultern schauen, die Augen aufreißen wie gejagtes Wild. Die Männer gehören zum Übergangsrat von Misrata, Akademiker, Rechtsanwälte, Ingenieure. »Wir sind froh«, sagt einer von ihnen, »dass ihr gekommen seid.«

Die Ratsversammlung von Misrata ist in diesen Tagen ein Rat der Angst

Gadhafi hat seine Truppen vor der Stadt an diesem Tag um 30 neue T-72-Panzer verstärkt. Der in Russland gebaute T-72 ist die gefürchtetste Waffe im Arsenal des Diktators, der Tyrannosaurus seiner Truppen. Alle Panzerfäuste prallen an seinem Stahl ab, alle Benzinbomben, die sie in Misrata in ihren Wohnungen bauen. Der T-72 macht Gadhafi fast unverwundbar – bislang.

Feuer brennen in der Nacht, durch die ich im Wagen eines Rechtsanwaltes fahre, viel zu schnell rast er über Straßen, auf denen Tausende Menschen kampieren. Zum Hafen hin drängten in den vergangenen Wochen lange Kolonnen ägyptischer Gastarbeiter, jetzt gibt es von dort kein Weiterkommen. Die Gruppe an Autos, die sich an der Liegestelle der *Ezzarouk* bildete, hat sich so rasch aufgelöst, wie sie zusammengekommen war. »Wir müssen von hier weg«, hat der Anwalt gesagt, »bevor sich die Nachricht von der Ankunft des Schiffes herumgesprochen hat.« Auch hinter den Kampflinien wird entführt und getötet, sickern Scharfschützen von außen ein. Deshalb die Hast, nur minutenlange Aufenthalte an einem Ort, Ankommen und Aufbrechen im selben Moment – der Takt des Überlebens.

Die Stadt Misrata war Libyens Tor zur Welt, die Wirtschaftsmetropole des Landes, durch ihren Hafen liefen die meisten Waren. Misrata ist die Heimat der Millionäre. Die wenige Industrie, die Gadhafi in den 42 Jahren seiner Herrschaft aufkommen ließ, konzentriert sich hier. Im Stahlwerk arbeiten 6000 Menschen, es gibt Textilfabriken, Druckereien, Transportgewerbe, eine Freihandelszone. Von Misrata aus wollte Gadhafi, der hier zur Schule ging, in den nächsten Jahren eine Schnellzugverbindung nach Bengasi bauen. Nicht Armutsviertel prägen den Ort, sondern Villen. »Wir hatten die Stadt bei der Revolution nicht auf der Rechnung«, sagt Minister Tarhouni, der im Exil über Jahrzehnte die Opposition organisierte. »Bengasi«, sagt er, »das war schon immer Unruheherd, auch Zawia im Westen, aber Misrata?«

Zwei Stunden nach Mitternacht schart sich der Rat der Stadt um den Minister, der als erstes Mitglied der Übergangsregierung aus Bengasi hierhergekommen ist. Eine private Versammlungshalle, Männer hocken auf dem Teppichboden, draußen die Explosionen von Artilleriegeschossen, mal ferner, mal näher. »Gadhafi hat in den letzten Tagen Geländegewinne erzielen können«, berichtet der Ratsvorsitzende Khalifa Abdelah, ein Richter. Die Amerikaner, die den libyschen Diktator von U-Booten aus mit Tomahawk-Raketen angriffen, konnten den Vormarsch stoppen. Jetzt aber haben die Kanadier übernommen. »Die sind zu vorsichtig«, klagt der Ratsvorsitzende. Gadhafis Panzer, die entlang einer Zentralachse, der Tripolis-Straße, bis in die Innenstadt vorrückten, versteckten sich unter Bäumen, im Schutz ziviler Gebäude, parkten in den Erdgeschossen von Häusern, deren Zwischenwände sie zuvor niedergerissen hatten. »Seit drei Tagen sind die Panzerfahrer wieder mutiger, sie fürchten den Himmel nicht mehr.« Fällt die Verteidigung der Rebellen, das wissen die Männer hier im Saal, wird Gadhafi keine Gnade kennen. Sie werden sterben. Der Rat der Stadt ist in diesen Tagen ein Rat der Angst.

In den nächsten Stunden, die wir in einer aufgegebenen Ferienanlage verbringen, versuchen Regierungssoldaten, die Straße zum 15 Kilometer entfernten Hafen zu erobern und Misrata von seiner letzten Nachschublinie abzuschneiden: dem Meer.

Das Blut der Nacht bedeckt am Morgen den Parkplatz, auf dem viel zu wenige Ärzte viel zu viele Verletzte operieren. Zwischen den Markierungslinien stehen Notfallbetten, darüber ist ein Partyzelt gespannt. Misrata hat in der tiefsten Not kein funktionierendes Krankenhaus. Das alte wird seit Jahren renoviert, das Ausweichspital haben Gadhafis Truppen in Brand geschossen. Den Ärzten bleiben nur drei kleine Privatkliniken, bessere Gemeinschaftspraxen, in denen früher Zahnärzte und Orthopäden untergebracht waren. Eine dieser Kliniken wird gerade in Richtung Meer verlegt, weil die Front ihr zu nahe kommt.

Fortsetzung auf S. 17

Deutsche Soldaten nach Libyen?

Schickt die Bundesregierung doch noch Soldaten nach Libyen? Im Prinzip hat Außenminister Guido Westerwelle eine Militäraktion nicht abgelehnt, sondern ihr zugestimmt, schon am 21. März: Damals beschlossen die EU-Außenminister »Planungen für eine militärische Unterstützungsoperation von humanitären Hilfsmaßnahmen«. EU-Soldaten könnten Flüchtlinge und Verletzte aus Libyen herausholen und Hilfsgüter hineinbringen.

Voraussetzung für den Start der Mission ist eine Anfrage der Vereinten Nationen. Sollte es dazu kommen, wäre es wahrscheinlich, dass europäische Soldaten den Hafen der belagerten Stadt Misrata als Anlaufpunkt nutzen. Im Bundesministerium der Verteidigung gibt es angeblich keine Pläne dafür, spekuliert wird aber darüber, dass die Bundeswehr Sanitäter, Logistiker und IT-Spezialisten schicken werde.

Deutschland stellt derzeit zusammen mit österreichischen, finnischen, litauischen und niederländischen Soldaten eine von zwei »Battlegroups« der EU. Diese je knapp 1000 Mann starken Verbände sind für Konflikte wie in Libyen aufgestellt worden. Möglich, dass die Marine auch Schiffe entsendet, um Verwundete aufzunehmen.

Am Ende könnte genau das eintreten, was die Bundesregierung noch vor der Wahl in Baden-Württemberg kategorisch ausschloss: dass Deutschland zur Konfliktpartei in Libyen wird. »In dem Moment, in dem wir an einer humanitären Operation teilnehmen würden und der Operationsplan vorsehen würde, dass man auch in Libyen an Land mit den Kräften operiert, wäre auch klar, dass man dann den Fuß auf libyschen Boden setzen müsste«, sagt der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Christian Dienst.

War es also Wählertäuschung? Nein, sagt Regierungssprecher Steffen Seibert: »Unsere Haltung war immer, dass Deutschland sich in Libyen nicht an militärischen Kampfeinsätzen beteiligen wird.« Die Unterscheidung zwischen einer Flugverbotszone (kämpferisch durchgesetzt) und einem humanitären Korridor (passiv schützend) mag ins deutsche Wunschbild passen. In Wirklichkeit würden Europas Soldaten in Misrata auf die Belagerungstruppen des Diktators Gadhafi treffen. JOCHEN BITTNER

Berichtigung

Im *ZEIT*-Dossier vom 24. März 2011 *(Der Poker um 17 Atommeiler)* berichteten wir, dass der jetzige Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium, Gerald Hennenhöfer, zuvor u. a. als Rechtsanwalt für die Bonner Kanzlei Redeker tätig war. Anders als im Artikel behauptet, erhielt damals nicht Hennenhöfer, sondern die Kanzlei fast 500 000 Euro Honorar für die Beratung des Helmholtz-Zentrums, Betreiber des Atomlagers Asse II.

Alle Fotos: Alessandro Gandolfi/Parallelozero für DIE ZEIT

Hektik in der Nacht: Im Hafen der Stadt Misrata (linkes Foto) könnten Scharfschützen lauern; ein Rebell bespricht die Route mit einem Fahrer (rechts)

Fortsetzung von S. 16

Auf dem Parkplatz laufen verängstigte Krankenschwestern von den Philippinen und erschöpfte Chirurgen durcheinander, mit glasigen Augen, sich überschlagenden Stimmen. »Ich bitte dich«, sagt einer der Ärzte und packt mich am Arm, »bete für uns.« Er behandelt einen 28-Jährigen, den sie eben aus einem Vorort brachten, vor seinem Haus von einer Granate getroffen, wie die Sanitäter erzählen, bevor sie wieder vom Parkplatz hasten. Der Unterleib ist ein klaffendes Loch, aus dem der Dickdarm ragt. »Es wird wehtun«, sagt der Arzt zu ihm, als er dem Mann einen Plastikschlauch durch die blutverkrustete Nase zwängt. Ein anderer, mit Kopfbinden verhüllt, bebt am ganzen Körper. Ein Bombensplitter ist ihm durchs linke Auge in den Schädel gedrungen.

Es sind komplette Familien, die hierher gebracht werden, Familien, die in der Stadt mit dem Auto unterwegs waren, als sie eine Granate traf, die in der Wohnung saßen, Kinder, die im Garten spielten. Unterschiedslos wie Hagelkörner gehen die Metallklingen über den Häusern nieder. Sie bedecken den Boden der Straßen, 15 Zentimeter lang manchmal, wild gezackt. Eine leichte Berührung genügt, um sich an ihnen zu schneiden. Die Mediziner operieren Tag und Nacht. Sie beugen sich über Wunden, die auch sie bisher nicht kannten, Verletzungen, wie sie nur großkalibrige Artillerie anrichtet. Ein Anästhesist steht am Bett eines Kindes, eine halbe Stunde lang, in der Hand eine Spritze, reglos, unansprechbar.

Die Kämpfe um die Straße zum Hafen werden im Laufe des Tages heftiger. Über den Häusern ballen sich Rauchwolken. Ich sitze im Wagen von Ahmed, einem gemütlichen Mann mit feisten Wangen. Er arbeitet im Medienzentrum der Rebellen und ist meist der Einzige, der die Welt mit Nachrichten aus Misrata versorgt. Ahmed, eigentlich Personalleiter der Molkerei, ist Reuters, CNN und BBC. Er zeigt mir die Stadt, über deren Straßen frische Aufschüttungen laufen, hohe Sandwälle, auf denen die Fahne des neuen Libyen weht. Alle 150 Meter haben die Rebellen Kontrollpunkte eingerichtet, Container dienen als Unterstände. Auf der Straße stecken Stahlnägel im Sand, um Reifen platzen zu lassen. So geht es stoßweise durch den Verkehr, in einem Zustand kontrollierter Panik.

Wozu die Axt auf dem Armaturenbrett, frage ich Ahmed. Willst du damit jemanden erschlagen? Genau das, sagt er. Vor zwei Wochen habe er damit im Stau auf einen Wagen eingehackt. »Die hatten mich verfolgt. Ich muss mich schützen.« Schusswaffen sind Mangelware in Misrata.

Die drei Kinder von Nadira Hiba drängen sich an ihre Mutter, eine Zahnärztin, die jetzt mit anderen Ausgebombten in einem Klassenzimmer eines Gymnasiums lebt. »Das Schulkomitee kocht für uns«, sagt die 38 Jahre alte Frau, »wir haben genug zu essen und zu trinken. Aber diese Angst. Ich habe solche Angst um meine Kinder.« Der Fünfjährige komme mit den ständigen Explosionen noch am besten zurecht, sagt die Mutter: »Er glaubt, es ist ein Spiel.« Sein Bruder, acht Jahre alt, weine viel und uriniere nachts in die Decken. Die größte Sorge der Mutter aber gilt der 17-jährigen Tochter. »Meine Liebe!«, sagt sie und umarmt das Mädchen. Es gebe keinen sicheren Ort mehr in dieser Stadt, die Wucht der Explosionen reiße immer wieder die Fenster des Gymnasiums auf. »Kommt denn kein Schiff«, fragt sie mich, »um uns hier rauszuholen?« Ahmed, der Mann aus dem Medienzentrum, mahnt zum Gehen. Zu lange seien wir schon hier, überall gebe es Spione.

Die Front ist in Misrata heillos zerfasert, sie metastasiert in alle Richtungen. Keilförmig sind Gadhafis Truppen in die Stadt vorgestoßen. Die beiden größten Straßen sind inzwischen ihre Operationsbasen, von hier aus rasseln Panzer in die Stadtviertel und ziehen sich dann wieder zurück. Sie werden gesichert von Scharfschützen in den umliegenden Gebäuden. So deckten sie sich gegenseitig, erklärt Ahmed. Der Tod ist hinter vielen Fensterhöhlen. Die Hochhäuser der Stadt sind jetzt ihr Fluch. Drei gibt es noch von ihnen, wie weiße Schneidezähne ragen sie aus dem Häusermeer, das vierte ist am Vortag von einer Nato-Rakete dem Erdboden gleichgemacht worden.

Ahmed will mir die Zerstörungen im Zentrum zeigen, aus sicherer Entfernung, biegt dorthin ab, wo sich der Verkehr ausdünnt. Die Straßen sind mit Teppichbahnen bedeckt, getränkt mit Benzin. Bei Panzerangriffen stecken die Rebellen sie in Brand. »Ahmed«, sage ich, »kehr um.« – »Noch nicht«, sagt er. Die nächste Feuerlinie sei weit weg. »Ahmed«, setze ich wieder an, als wir in eine weitere schwarz ausgebrannte Gasse biegen, da setzt Gewehrfeuer ein, von irgendwoher, nach irgendwohin, nah auf jeden Fall, viel zu nah. »Zurück!«, schreie ich, schreit der Fotograf. Endlich hält Ahmed den Wagen an, legt den Rückwärtsgang ein. Seine Augen sind starr, die Stirn ist verschwitzt, wie im Wahn wirkt plötzlich der sonst so bedächtige Mann.

Die Imame auf den Minaretten der Stadt beschwören durch Megafone den Allmächtigen und singen gegen den Lärm der Explosionen an. Der Radiosender »Freies Libyen« spielt Marschmusik. Vier Mal musste die kleine Mannschaft von Rebellenreportern schon innerhalb der Stadt umziehen, die Granaten Gadhafis treiben sie vor sich her. Zwei Tage zuvor landeten Spezialeinheiten mit einem Schlauchboot hinter den Linien und sprengten am Antennenmast des Radiosenders eine Haftmine. Der Turm knickte ein, fiel aber nicht. In gefährlicher Schieflage hängt er seither über der Stadt.

Zum Abschied hält Minister Tarhouni in einem Sportlerheim eine Rede an die Ratsmitglieder. Sie sitzen in tiefen pfirsichfarbenen Sesseln. Er spricht von Misrata als Krone der Revolution. Dann muss er los. Ein Mitarbeiter in Bengasi hat ihm übers Satellitentelefon berichtet, dass die Ölquellen im Süden in Brand gesteckt worden seien. Es ist wieder der Hafenschlepper *Ezzarouk,* der auf ihn wartet.

Am Kai bleibt Sulaiman Fortia zurück und winkt. Er wird am nächsten Tag ein Fischerboot nehmen und seine zwei Söhne aus der Stadt schaffen. El-Muntasser, der Millionär, reist mit uns auf der *Ezzarouk* zurück, um in Bengasi weitere Waffen zu besorgen. Der Seegang ist schwer, Kapitän Abdullah ist auf der Brücke meist allein. Aus dem Funk dringen die Durchhalteparolen des Senders in Misrata, laut und durchdringend, schließlich schwächer. Es knackt und kratzt, bis nur noch einzelne Silben zu uns hinausreichen.

Dann ist es im Funk wieder stumm.

Ein historisches Reiseverbot

Soeben erreicht uns die Nachricht, dass China alle Zeitreisen verboten hat. Während Mond-, Mars- und andere Expeditionen ausdrücklich befürwortet werden, ist die klassische Zeitreise in Ungnade gefallen. Filme und Serien über Zeitreisen sollten nicht länger produziert werden, erklärte das Fernsehdirektorenkomitee Anfang April. Seit dem Ende des Jahres boomen Filme und Serien über Zeitreisen – sehr zum Missfallen der Behörden: »Zeitreisedramen werden zum beliebten Stoff für Film und Fernsehen. Aber ihr Inhalt und ihre übertriebene Darstellung sind fragwürdig. Viele Geschichten sind total erfunden und nur gemacht, den Hunger nach Neuem zu befriedigen. Produzenten und Drehbuchautoren behandeln die Geschichte auf eine frivole Weise, die auf keinen Fall länger ermutigt werden sollte.« Natürlich hat das Fernsehdirektorenkomitee völlig recht. Die Medien sollten nur noch die Wahrheit zeigen. Die ganze dröge Realität, in Echtzeit. Stundenlange Schweigepausen, Bad Hair Days und schlechte Zähne. Vor allem aber die ungeschönte Wahrheit aus der Welt der Komitees. Schluss mit dem Eskapismus. Fernsehen ist kein Opium fürs Volk!

Usedom wird Ölbohrinsel

Schwarzes Gold unter Deutschlands Ostsee-Idyll: Von Mai an läuft die Erkundung Tag und Nacht. Die Einheimischen bangen um den Tourismus VON VERA GASEROW

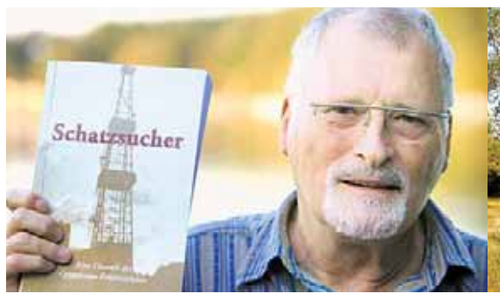
Am Himmel zieht der Seeadler majestätische Kreise, am Ufer macht sich der Fischotter zum Streifzug bereit, auf dem Wasser funkelt das Licht kilometerweit – der Achterwasserdeich beim Dörfchen Pudagla gilt als Geheimtipp auf Deutschlands östlichster Insel. »Hier hörste selbst noch den Fuchs trampeln«, erzählen die Bauern. Und die Urlauber seufzen. So still ist es und so friedlich. Da muss schon allerhand geschehen, dass einem hier der Name Gadhafi in den Sinn kommt. Nicht dass der Despot aus Libyen auf Usedom gesichtet worden wäre, doch die Kämpfe um sein ölreiches Land umrahmen von Ferne dieses Idyll, in dem nun nach Öl gebohrt werden soll.

nur ein paar Kilometer vom Strand entfernt, im ruhigen Hinterland, mitten im Naturpark Insel Usedom.

»Da hinten beginnt die Vogelschutzzone. Und da vorn, wo gebohrt werden soll, ist Überschwemmungsgebiet. Wo landet das Öl, wenn hier Land unter ist?«, fragt Fred Fischer, schaut vom Achterwasserdeich über den Bohrplatz und rauft sich den ergrauten Bart. Fischer ist der Bürgermeister der 400-Seelen-Gemeinde Pudagla. Er macht das nach Feierabend, seit 17 Jahren. Was hier jetzt geschieht, ist ihm zu viel. »Der Achterwasserdeich ist der Hauptrad- und Wanderweg in die Seebäder. Das ist unser Filetstück. Und jetzt stellen die uns einen Bohrturm auf den Präsentierteller«, schimpft er.

Chance« – auch Horst Berthold musste die alte Lektion aus dem Ruhrgebiet lernen. In seinem Einfamilienhaus in Lütow wuchtet der pensionierte Bauingenieur zwei Aktenordner auf den Tisch. Im Juli, sobald die Probebohrungen in Pudagla abgeschlossen sind, soll der Bohrturm hierher versetzt werden, wieder direkt an den Deich, pünktlich zum Start der Hochsaison. Als Vorsitzender des Gemeindebauausschusses bekam Berthold den Genehmigungsantrag auf den Tisch. Innerhalb von 14 Tagen sollte die Gemeinde eine Stellungnahme schicken – falls nicht, gehe man davon aus, dass keine Bedenken gegen die Ölbohrung bestünden, beschied das Bergamt Stralsund, »mit freundlichem Gruß und Glückauf«.

So ein Turm misst 53 Meter und macht viel Lärm. Nachts steht er im Flutlicht



Schatzsucher Jacobus Bouwman (links), Naturlandschaft am Achterwasser, Bohrungsgegner Fred Fischer

Die Wiese hinter dem Deich ist schon zum fußballfeldgroßen Bohrplatz hergerichtet worden. Baucontainer in grellem Orange stehen bereit. Mitte Mai soll der 53 Meter hohe Bohrturm verankert werden. Über den Sommer hinweg wird man bis in 2000 Meter Tiefe fräsen und dann mit Stahlarmen tausend Meter seitwärts unter den Usedomer Bodden fassen. Wo ist die Ölblase? Sie zu finden gilt es. Die deutsch-kanadische Ölfirma Central European Petroleum (CEP) will Tag und Nacht nach ihr bohren, bei Flutlicht und mit der Lautstärke startender Flugzeuge.

Ölförderung auf einer Urlaubsinsel? Kein Problem, findet Jacobus Bouwman, der Vizechef von CEP: »Das passt doch seit Jahren.« Tatsächlich wurde man schon zu DDR-Zeiten unter dem Usedomer Bodden fündig. Staatschef Walter Ulbricht reiste 1967 an, um den raren Schatz zu würdigen. Inzwischen tröpfelt das Öl nur noch aus vier trägen Pumpenfossilien bei Lütow auf der abgeschiedenen Halbinsel Gnitz. Ab und an fährt ein Tankwagen durch die Wiesen, um die oberirdischen Stahltanks zu entleeren, die wie Fremdkörper in der Landschaft stehen – Zeugen einer Zeit, da im Arbeiter-und-Bauern-Staat Industrie und Natur kein Widerspruch zu sein hatten und etliche Familien im Ölgeschäft tätig waren. Heute mögen Ruhe suchende Urlauber und Zuzügler bei Usedom allenfalls an Sonnenöl denken.

Im Jahre 2011 lassen der hohe Ölpreis und moderne Bohrtechnik eine Neuerkundung lukrativ erscheinen. 20 Millionen Barrel Erdöl, so schätzt CEP, könnten noch unter Mecklenburg-Vorpommern schlummern – so viel, wie Deutschland in neun Tagen verbraucht. Ein Teil der Vorräte lagert unter der Insel Usedom, bei Pudagla,

Nein, er hat nichts gegen Ölförderung. Er selbst fährt im breitreifigen Spritschlucker über die Feldwege. Die meisten Usedom-Urlauber reisen mit dem Auto an, und es sind so viele, dass der Verkehr schon eine Diskussion über einen Bettenstopp ausgelöst hat. »Aber wir können doch nicht als Sonneninsel mit Ruhe und Erholung werben und dann in der unberührten Natur nach Öl bohren lassen«, wettert der Bürgermeister. »Wenn die das auf Sylt machten, ginge ein Riesenaufschrei durchs Land.«

Nun ist Usedom nicht Sylt, will es auch nicht sein. Gut, als in den nahen Kaiserbädern nach Erdgas gebohrt werden sollte, verhinderte geballter Protest den Plan. Aber hier im Hinterland regt sich nichts. Die Tourismuslobby – an der Strandpromenade mit internen Querelen beschäftigt. Die Umweltverbände – überforderte Ein-Mann-Gruppen. Die Nachbardörfer – jedes für sich und froh, dass »der Schiet« nicht einen selbst trifft. Und auch in Fred Fischers Gemeinde zucken viele nur die Achseln und reiben zur Erklärung Daumen und Zeigefinger gegeneinander.

»Gegen die Bohrung ausrichten können wir nix«, gibt Fischer zu, »wir können nur einen Zwergenaufstand machen.«

Dass Usedom zur Bohrinsel werden könnte, haben sie in Pudagla aus der Zeitung erfahren. Als man die Gemeinde dann der Form halber um ihre Meinung fragte, waren die Bauvorbereitungen längst im Gange. Dass im Gemeinderat alle dagegen stimmten, war unerheblich, denn der Bodenschatz gehört nicht der Gemeinde. Er untersteht einem höheren Gesetz: dem Bergrecht.

»Bundesrecht bricht Landesrecht, und Bergrecht bricht alles. Dagegen haben Sie keine

Berthold hat sehr wohl Bedenken: Was, wenn der Bohrturm umkippt und den Deich beschädigt? Was ist mit den Vögeln im nahen Schutzgebiet? Wie soll man in den umliegenden Dörfern bei »konstanter Dauerbeschallung« Schlaf finden? Und wie viele Feriengäste werden flüchten, wenn sie bei Flutlicht nachts senkrecht im Bett sitzen? Aber auch Berthold hat wenig Hoffnung. »Das Bergamt und CEP sind zu mächtig. Wir können die nur ein bisschen ärgern.« David gegen Goliath, Natur gegen Ölmulti.

Ölmulti? Jacobus Bouwman passt nicht ins Bild des fiesen *Dallas*-Magnaten vom Schlage eines J. R. Ewing. Der »Executive Vice-President« von CEP, vormals deutscher Honorarkonsul in Kanada, ist ein umgänglicher Mann. Besucher empfängt er in Jeans und Wollpulli. Auch die wenigen Büroräume und die Kapitaldecke seines Unternehmens in Berlin-Mitte sind bescheiden. Gerade mal 15 Mitarbeiter zählt die Firma nach eigenen Angaben. Man kann das sympathisch finden oder beängstigend bei einem Vorhaben dieser Größenordnung.

Jede der beiden Erkundungsbohrungen am Usedomer Achterwasser soll zehn Millionen Euro kosten. Da muss man schon sehr sicher sein, auch etwas zu finden. Bouwman ist es. »Wenn alles nach Plan läuft, könnte schon 2013 das Öl auf Usedom sprudeln.« Irgendwann werde sich der Preis für »das Zeug« auf 200 Dollar das Barrel verdoppeln, kalkuliert der CEP-Chef. »Das ist dann auch für Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.«

Als »finanziell sehr interessant für unser Land« verteidigt auch Martin Froben die Bohrpläne gegen alle Bedenken. Froben ist Leiter des Bergamtes Stralsund und also der Herr über die Bodenschätze Mecklenburg-Vorpommerns. Von jedem Liter Öl, der hier aus dem Boden gepumpt wird, fließen zehn Prozent des Marktpreises in die Staatskasse von Bund und Ländern. Die Gemeinden sehen davon nichts. Auch bei den Arbeitsplätzen gehen sie leer aus, denn die Ölförderung schafft Jobs eher für Maschinen. Nur einer in den Dörfern verdient an der Schatzsuche: der Grundbesitzer, der dem Ölunternehmen sein Land als Bohrplatz verpachtet hat.

Wie steht der Bergamtsleiter Froben zur Frage des bedrohten Idylls? Er findet »die Auswirkungen auf die Natur nicht dramatisch«. Auch die Umwelt- und Naturschutzbehörden von Land und Kreis hatten keine gravierenden Einwände gegen die Pläne – zumindest keine, die einer Klage hätten standhalten können, und so haben sie die Erkundung mit einigen Auflagen genehmigt. Die Eingriffe in die Natur seien ja nicht von Dauer. Der Bohrturm solle nach der Erkundung wieder verschwinden.

»Aber was ist, wenn die tatsächlich was finden?«, fragt Bürgermeister Fischer. Dann wären zur Förderung zig weitere Bohrungen fällig, und irgendwann hätte er die Ölpumpen zwischen den Urlaubern, bis zu zwanzig Jahre lang.

»Von den Pumpen sehen Sie später so gut wie nichts«, sagt sein Kontrahent Bouwman. Fred Fischer insistiert: »Und wo soll all das Öl dann hinfließen?« Der CEP-Chef spricht vage vom »Abtransport durch Lkw« oder »durch eine Pipeline«. Dann lägen irgendwann auch noch Tankschiffe im malerischen Achterwasser.

»Und wenn etwas schiefgeht?«, fragt Horst Berthold. Zum Havariemanagement hat er in seinen Aktenordnern nichts gefunden, »im Golf von Mexiko ist es auch tausendmal gut gegangen, und dann hat es einmal gekracht«.

Fotos: CEP; Paul Hahn/laif; Vera Gaserow; Volker Stephan (v.l.n.r.); Alex Grimm/Bongarts/Getty Images (u.)

Synchronsitzen auf der Tribüne

Der Bundespräsident besucht die Fußballerinnen der deutschen Nationalmannschaft VON CHRISTINA RIETZ

Wenn ein Polizist auf einer leeren Kreuzung steht, um Verkehr zu regeln, den es nicht gibt, dann muss es sich um eine besondere Vorschrift handeln, die der Polizist befolgt, sonst würde er ja dort nicht stehen.

Die Vorschrift muss wohl in etwa besagen: Wann immer der schwarze Mercedes mit der Standarte am rechten Kotflügel samt Kolonne aus weiteren schwarzen Mercedes irgendwo durchfährt, muss sichergestellt sein, dass er an allen Kreuzungen Vorfahrt hat. Man stelle sich vor, der Bundespräsident müsste die Vorfahrt achten!

Das geht nicht, so wie es auch nicht geht, dass der Bundespräsident geht. Man fährt ihn nahezu auf den Rasen. Der Rasen befindet sich am Rande von Bitburg in der Eifel, auf dem Rasen bewegen sich an diesem Montagnachmittag die Fußballerinnen der deutschen Nationalmannschaft. Sie absolvieren ihr Techniktraining in Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft Ende Juni. Der Bundespräsident möchte zuschauen, er hat seine Frau Bettina mitgebracht, was ja nicht schaden kann.

Der Präsident betritt den Rasen. Was er mit den Spielerinnen auf dem Platz bespricht, lässt sich von ferne nicht verstehen, vielleicht ist es besser so. Theo Zwanziger, der Präsident des DFB, und Karl Peter Bruch, der Innenminister von Rheinland-Pfalz, sind freundlicherweise ebenfalls gekommen, erhalten anders als die Wulffs aber keine Trikots mit ihren Namen darauf.

Dann machen 700 Fotografen acht Millionen Fotos von den hohen Herrschaften und den Fußballerinnen. Niemand, nicht der Polizist an der Kreuzung, nicht die Wulffs mit den Leibchen, nicht der Innenminister mit den Koalitionsverhandlungen, hat gerade etwas Besseres zu tun, als hier zu sein.

Der Präsident betritt die Tribüne. Achtzig Zuschauer scharen sich um ihn. Er setzt sich zwischen sie. Der Präsident redet mit den Kindern. Die Fotografen scheuchen die Kinder weg. Unten spielen die Damen, aber die Tribüne ist mit dem Präsidenten beschäftigt und die Presse mit der Tribüne. Zwanziger, Bruch und Wulff stützen sich jeweils mit dem linken Ellenbogen auf dem linken Bein ab, Synchronsitzen, hat das was zu bedeuten? Haben sie das abgesprochen? Und alle tragen eine Uhr am linken Handgelenk!

Aber der Bundespräsident muss das machen, er ist der Schirmherr der Damen-WM. Und Frauenfußball scheint ihm auch am Herzen zu liegen. Wenn es einen aufrechten Fan der weiblichen Nationalmannschaft gibt, dann ist es Christian Wulff. Er kennt alle DFB-Pokal-Paarungen und die der Champions League, er kennt Turbine Potsdam, den FCR Duisburg. Sein Wunsch, sagt er, sei ein zweites Sommermärchen, er möchte diese Sportlerinnen mit Medaillen behängen.

Plötzlich nähert sich laut tuckernd ein gelbes Sportflugzeug, senkt die Nase, sinkt rasant, steuert die Tribüne an – sollte so was nicht abgeschossen werden? Verwundertes Aufatmen, als das Ding auf dem benachbarten Flugplatz landet. »Warum darf das überhaupt fliegen?«, fragt ein Fotograf. Tja, warum steht der Polizist an der Kreuzung, wenn hier augenscheinlich ganz andere Gefahren gebannt werden müssen?

Die Fußballerinnen üben jetzt das Kurzpassspiel. Leider spielt der Präsident nicht mit. Hätte er sich auf dem Platz nicht viel besser vom Trainingszustand der Mannschaft überzeugen können? Oder wenigstens seine Frau? Aber sie hat von sich gesagt, dass sie bei ihrer Größe eher zum Basketball tauge.

Wulff, Wulff! Damentrikots für das Präsidentenpaar

Derweil klappt ein Journalist unter freiem Himmel eine strandzeltartige Plane aus, in der er samt Laptop verschwindet. Die Sonne steht tief, das Licht blendet, der Fotograf muss seine Bilder in die Welt senden. Der Zwangszusammenhang gebietet es: Bundespräsident muss schirmherrschen, DFB muss dabei sein, Presse muss berichten, Leser muss lesen – darüber, dass etwas stattgefunden hat, von dem jeder der Beteiligten jetzt sagen kann, dass es stattgefunden hat.

Sicherlich wird in der Nachbetrachtung dieses medialen Spezialereignisses ein Wort über die Kleidung des präsidialen Paares verloren werden müssen, die Vokabeln »leger«, »Jeans« und »ohne Krawatte« sollten fallen. Wie immer bei solchen Anlässen wäre auch das Gegenteil eine Nachricht gewesen: »Wulff im Smoking im Elfmeterraum«.

Der Bundespräsident verbringt mehr als eine Stunde auf der Tribüne. Ob ihm der Eifelbesuch gefällt? Zeit nimmt er sich. Er wird abends noch mit den Damen essen, dann geht es weiter zum nächsten Goldenen Buch, vielleicht muss er auch bald schon wieder eine Fähre taufen.

Wie viele GAUs dürfen sein?
Eine kleine Geschichte
des Strahlenschutzes **S. 20**

Einkehr vor der Schlacht: Geschichtsfans spielen Gettysburg nach

Fotos: Paul Fusco/Magnum Photos/Agentur Focus (o.); Koehler/photothek.net (u.)

Erinnern, nicht feiern

Die USA gedenken ihres grausigen Bürgerkriegs, der vor 150 Jahren begann

VON RONALD D. GERSTE

Salutschüsse hallen über den Platz vor dem ehrwürdigen Kapitol in Montgomery, der Hauptstadt von Alabama. Markige Reden, die Kapelle spielt Dixie-Musik. Höhepunkt des historischen Spektakels ist die »Vereidigung des Präsidenten«. Doch der Mann, der hier schwört, Jefferson Davis, ist nicht der Präsident der USA, sondern der eines neuen Landes: der Südstaaten – der Konföderierten Staaten von Amerika.

Die Amerikaner lieben solche *reenactments,* solch historisches Freilichttheater. Und zurzeit erlebt dieses eine besondere Hausse. Bald jede Woche wird irgendwo in den USA ein Staatsakt nachgespielt oder ein berühmtes Gefecht, wie die legendäre Schlacht von Gettysburg. Denn vor 150 Jahren begann der Amerikanische Bürgerkrieg: Am 12. April 1861 eröffneten auf Befehl ebenjenes Jefferson Davis hin Geschütze der Miliz von South Carolina – die nun Teil der Armee der Konföderierten wurde – das Feuer. Es galt der Festung Sumter, am Hafen von Charleston gelegen, die von loyalen Truppen der Union gehalten wurde. Das Bombardement dauerte einen Tag und eine Nacht; als Todesopfer war allerdings nur ein Pferd zu beklagen. Doch so glimpflich ging es wahrlich nicht weiter. Als der mörderische Bruderkrieg im Frühjahr 1865 mit der Kapitulation der Konföderierten zu Ende ging, hatte er 620 000 Menschenleben gefordert.

Insofern erscheint es dem Außenstehenden schon etwas seltsam, dass man jetzt in Alabama ausgerechnet Jefferson Davis feiert, den Mann, mit dessen Bestimmung zum »Präsidenten« durch die abtrünnigen Südstaaten die Elendszeit begann. Aber die Organisatoren des Historienspiels, ein Verein namens Sons of Confederate Veterans, begannen das Jahr bereits mit einem »Konföderiertenball« in Charleston – eine Veranstaltung, bei der Gentlemen in eleganten Gehröcken und Ladys in rauschenden Roben à la Scarlett O'Hara den alten Süden wiederauferstehen ließen. Nur die Sklaven, welche die Basis dieser Bälle, dieser Kultur, dieser ganzen Gesellschaft bildeten, wollte offensichtlich niemand spielen.

So viel historische Unschuld war nie. Das Thema Sklaverei versuchen die »Söhne der Konföderierten« ebenso gezielt auszublenden wie andere Enthusiasten der Südstaaten, darunter republikanische Gouverneure wie Haley Barbour (Mississippi) und Bob McDonnell (Virginia). Sie alle versuchen mal wieder, die Geschichte des Bürgerkrieges ein wenig umzudeuten. So habe der Süden nur seine Unabhängigkeit wahren wollen und sich gegen die Anmaßung des Nordens wehren müssen. Der Krieg sei gar kein Bürgerkrieg, sondern ein Unabhängigkeitskrieg des Südens gewesen, ein *»War of Southern Independence«,* ja ein *»War against Northern Aggression«.*

Im Internet gibt es eine Liste mit den Namen von 250 000 Rekruten

Dass es sich bei flotten Thesen dieser Art um eine Verdrehung der Kausalitäten handelt, zeigt schon ein Blick auf die simpelsten Fakten: Es war die Wahl Abraham Lincolns zum 16. Präsidenten der USA im November 1860, welche die Sklaverei-Staaten zum Ausscheren aus der Union brachte. (Und fast meint man heute, diese Verweigerungshaltung der Verlierer wiederzuerkennen, gibt es doch nach den Worten eines führenden republikanischen Kongressabgeordneten kein wichtigeres Ziel für 2012, als Obamas Wiederwahl mit einer totalen legislativen Blockade zu verhindern.) Es waren Offiziere aus dem Süden, die ihren Eid auf die Verfassung der USA brachen, die ihre Uniformen schnell und bedenkenlos wechselten. Und es waren die Kanonen des Südens, die den blutigen Bruderkrieg eröffneten. Erst danach rief Präsident Lincoln 75 000 Freiwillige zu den Waffen, zu einem – wie man in Washington hoffte – allenfalls 90 Tage währenden Feldzug gegen die Rebellen.

Für die USA bleibt dieser Krieg ein tiefer Einschnitt in ihrer Geschichte. Das Programm zum 150. Jahrestag ist nur noch schwer zu überblicken. Ungezählte Ausstellungen, darunter die große Schau in den National Archives in Washington, Fernsehdokumentationen und Bücher, wie das auch bereits auf Deutsch erschienene des britischen Militärhistorikers John Keegan, bieten reichlich Material, um ein differenziertes Bild des Bruderkampfes zu entwickeln. Jenseits der üblichen Klischees, der abstrusen nostalgischen Verklärung und der pseudoprovokanten Volten zeigt sich die Realität weniger im heroischen oder infernalischen Glanz denn in allen Stufen des Graus.

Der Bestseller bei Amazon zum Thema ist indes das Werk des »Sklavenbefreiers«: Die sieben Bände der Schriften Abraham Lincolns sind als Download das meistverkaufte Bürgerkriegswerk des Internetbuchhändlers. Über das Netz kann man auch nach Kriegsteilnehmern unter den eigenen Ahnen forschen. Das Nationalarchiv und ancestry. com haben die Einberufungsdaten von 250 000 Soldaten digitalisiert. Es ist eine Liste, die Überraschungen birgt: So musste der Filmemacher Ken Burns, dem in den neunziger Jahren eine grandiose Dokumentation über den Krieg gelungen war, bereits leicht pikiert feststellen, dass ein Ahnherr jene Jahre wenig heroisch in einem Militärknast verbrachte.

Die Hauptstadt Washington hat einen Weg eingerichtet, der an Orten des Krieges und der Bürgerrechtsbewegung entlangführt. Der National Park Service wiederum, der USA-weit 75 Schauplätze des Krieges verwaltet und ein neues Handbuch, *The Civil War Remembered,* anbietet, verfährt bei seinen Präsentationen nach der Devise: *Commemoration, not Celebration* – erinnern und nicht feiern. Und wem die *reenactments* der Schlachten zu karnevalesk sind, kann den Schrecken dieses Krieges an zwei besonderen Schauplätzen nachgehen. Im National Museum of Civil War Medicine in Frederick, Maryland, werden die Qualen der Verwundeten zum Thema. Ebenfalls unter die Haut geht der Besuch des ehemaligen Gefangenenlagers Andersonville in Georgia. Die Dokumente, die hier ausgestellt sind, zeigen das ganze Ausmaß des Elends.

Das gelingt nicht zuletzt deshalb so eindrucksvoll, da der Bürgerkrieg zu den ersten Kriegen gehört, in denen fotografiert wurde. So zeigt die Library of Congress in Washington rund 700 Daguerrotypien aus dem Besitz der Sammlerfamilie Liljenquist. Es sind junge Gesichter, die wir da sehen – kaum eines von ihnen lächelt. Eine drückende Ungewissheit scheint in den Blicken zu liegen, bei den Männern in blauer Uniform ebenso wie bei jenen aus dem Süden.

Erst die Bürgerrechtsbewegung vollendete die Sklavenbefreiung

Tatsächlich bestand ja auch die Masse der konföderierten Armee nicht aus Peitschen schwingenden Sklavenschindern, sondern überwiegend aus Bauernsöhnen oder Handwerkerburschen, die nie einen Sklaven besessen hatten und ihre Heimat ehrlich liebten. Auch diese 258 000 Toten in grauer Uniform waren Opfer des Krieges. Und der Norden verkörperte ganz gewiss nicht den idealen Staat der Freiheit. Die Bedingungen, unter denen die Arbeiter in den Fabriken der Union arbeiteten, waren oft ähnlich inhuman wie jene auf den Baumwollfeldern in Dixie.

Vor allem aber wird in der Diskussion um den Bürgerkrieg deutlich, dass er kaum der Abschluss der großen Emanzipation war, sondern nur der Anfang. Dem Ende der Sklaverei folgte mehr als ein Jahrhundert der Rassentrennung und Diskriminierung. Diese zu überwinden gelang erst der Bürgerrechtsbewegung, zu deren Pionieren jene Rosa Parks gehörte, die 1955 den Busboykott von Montgomery auslöste und der heute im Herzen der Hauptstadt Alabamas ein sehenswertes Museum gewidmet ist. Es liegt übrigens nur einen kurzen Spaziergang entfernt von jener Stelle, an der 1861 Jefferson Davis vereidigt wurde.

Zeitmaschine

Ein Ausflug in die Vergangenheit – diese Woche mit HEINRICH BRELOER

»Was ist das?« – »Ein Dokudrama!« Thomas Manns Tochter Elisabeth blickt ratlos. Eben noch hat sie von James Camerons Film *Titanic* geschwärmt: Eine alte Dame erzählt eingangs vom Untergang des Dampfers, und das Publikum beginnt, mit ihr hinab in die Geschichte zu tauchen. »Und was hat das mit deinem Film über meinen Vater zu tun?« – »Du erzählst mir die Geschichte deiner Familie. Du bist diese alte Dame.« – »Und mein Vater?« – »Er ist das Wrack!« (Solche Scherze konnten sie sehr amüsieren.) »Ich frage dich, wie es war, wir tauchen gemeinsam in die Vergangenheit. Du bist wie eine Kamera, die mir zeigt, was sie sieht.«

So war die Verabredung für meine Filme: die Menschen zurück in ihr Leben begleiten. Wiedergefundene Erinnerungen sind die schönsten Zeitreisen. Und wie gerne hätte ich eine solche Reise auch mit Elisabeths Mutter Katia unternommen. Denn es gibt einen Moment in ihrem Leben und dem Thomas Manns, über den ich gern mehr wüsste.

München, in den zwanziger Jahren: Der aufstrebende Autor der *Buddenbrooks,* dessen Herz bisher mehr für die junge männliche Schönheit geschlagen hat, verliebt sich ausgerechnet in das schönste und reichste Mädchen der Stadt – eine Studentin, intellektuell, herzlich dazu und sportlich. »Ein Judenmädchen«, schreibt er, »Augen schwarz wie Teer.« Katia Pringsheims Vater ist Millionär, ihre Mutter, eine ehemalige Sängerin und Tochter einer bekannten Frauenrechtlerin, führt im Pringsheimschen Stadtpalais einen Salon. Für die einzige Tochter stehen viele Bewerber an. Eine aussichtslose Angelegenheit also für diesen eher unspektakulären, bald dreißigjährigen Anwärter, den man bei den Pringsheims »Pimperling« und »leberleidenden Rittmeister« nennt. In den bedrängenden Gesprächen schaut sie »wie ein gehetztes Reh« – sie will das alles nicht! Aber dann gibt es Stunden der Aussprache in der Pringsheimschen Bibliothek, da kann er die 19-Jährige für sich gewinnen.

Wie aber war das, als sie ihren Kopf einwilligend an seine Wange lehnte? Wann und wie hat Katia sein Lebensgeheimnis entdeckt, verstanden, akzeptiert? Wusste sie es von allem Anfang an? Hat er vor ihr gekniet, geweint?

Doch ach! Alles Fragen hilft nicht. Es gibt keine Zeitreise ohne Gegenüber. Es gibt keinen mehr, der mich auf den Grund dieser Geschichte führen könnte; niemanden, der eine Kamera ist, durch die ich blicken kann mit jener professionellen Indiskretion, die keinem weniger fremd war als Thomas Mann selbst. Direkt nach der Hochzeit hat er die Brautzeit verzaubert in einen Roman, *Königliche Hoheit.* Die Wende zum Glück steht auf Seite 285.

Der Autor ist Regisseur; 2008 verfilmte er den Roman »Buddenbrooks« von Thomas Mann

SS-Mann Felix Gaerte

Keine einstweilige Verfügung gegen »Das Amt«

Am 8. April hat das Landgericht in Hamburg getagt, die Parteien kamen zum Vergleich. Der Versuch des ehemaligen Diplomaten der Bundesrepublik in Bombay und Melbourne, Felix Otto Gaerte, eine einstweilige Verfügung gegen das Buch *Das Amt* zu erwirken *(ZEIT* Nr. 10/11), ist erledigt. Es besteht – was der 92-jährige Gaerte bestritten hat – kein Zweifel daran, dass er seit 1937 Mitglied der SS war und seit 1944 im Rang eines Untersturmführers in den Akten der SS geführt wurde. Auch besteht kein Zweifel daran, dass er unter Angabe falscher Personalien 1951 im Auswärtigen Amt eingestellt worden war. Damit darf die Darstellung über die Geschichte des AA in der NS-Zeit und den Nachkriegsjahren der Bundesrepublik weiterhin ungehindert und von »Einlegern« unbeschwert erscheinen. Allerdings werden Autoren und Verlag der entsprechenden Passage in weiteren Auflagen des Buches eine Fußnote zur Fußnote 157 beifügen: »Felix Gaerte weist darauf hin, dass er durchgehend bis Kriegsende Leutnant der Luftwaffe war.«

Damit endet auch der juristische Streit um das Buch da, wo der medial aufgeblasene wissenschaftliche Streit schon seit geraumer Zeit angelangt ist: in den Fußnoten. BENEDIKT ERENZ

ZEITLÄUFTE

Die Weltgemeinschaft zerfällt, gar keine Frage. Die einigenden Bande zwischen den Menschen, Nationen und Kulturen werden dünn und dünner. Da dürfen wir uns über jede echte Gemeinsamkeit freuen, welche die Welt noch zusammenhält, wie zum Beispiel der unerschütterliche Glauben an die Atomkraft.

Es ist wunderbar, selbst Menschenkinder, die tödlich verfeindet sind, die in einander fremden und fernen Parallelgesellschaften leben, haben wenigstens dies noch gemeinsam: die Hoffnung auf grenzenlose Energie, auf das gute Atom und vor allem darauf, dass gerade sie vom nächsten GAU verschont bleiben. Ob Steinzeitkommunisten oder Turbokapitalisten, amerikanische Konservative oder persische Mullahs, spanische Faschisten oder tschechische Sozialisten, weißrussische Despoten oder deutsche Liberale – sie alle beteten und beten vereint auf den Kniebänken von St. Nuklearius für eine strahlende Zukunft. Wer möchte da den Aufklärer spielen? B.E.

Ein GAU pro Jahr schadet nicht

Wie gefährlich ist radioaktive Strahlung wirklich? Darüber gehen die Meinungen seit Röntgens Entdeckung heftig auseinander VON MANFRED KRIENER

Frau Röntgen ist verstimmt. Sie hat bereits dreimal nach ihrem Mann geschickt, um ihn zum Abendessen zu holen. Erst kommt er gar nicht, dann sitzt er schweigend am Tisch, isst nur ein paar Bissen – und verschwindet auch schon wieder im Labor. In jenen Novembertagen 1895 arbeitet der Würzburger Physiker Wilhelm Conrad Röntgen wie besessen an »einer interessanten Entdeckung«. Am 28. Dezember macht er sie mit seiner Studie *Über eine neue Art von Strahlen* öffentlich, und einen Monat später berichtet er in einer Vorlesung erstmals über die geheimnisvollen »X-Strahlen«. Er belässt es aber nicht bei Worten, sondern holt den Schweizer Anatomie-Professor Rudolf Albert von Kölliker aus dem Auditorium nach vorn. Kölliker muss seine Hand auf eine Belichtungsplatte legen, dann jagt Röntgen Strom durch eine seltsam geschwärzte Röhre. Anschließend hält er den gebannten Zuhörern die belichtete Aufnahme vor die Nase. Sie zeigt deutlich erkennbar die Handknochen des Kollegen.

Röntgens Entdeckung ist ebenso spektakulär wie leicht verständlich. Der Blick durch die äußere Materie ins Innenleben von Menschen und Dingen löst einen Taumel der Begeisterung aus und revolutioniert die Medizin in rasendem Tempo. Die *New York Sun* spricht von einem »Triumph der Wissenschaft«: Röntgen habe »ein Licht entdeckt, das Holz und Fleisch durchdringt«.

Mit primitiven, oft von Ärzten selbst zusammengebastelten Apparaten werden die X-Strahlen zur Diagnose eingesetzt. Die größte Sorge der keuschen Zeitgenossen gilt anfangs der bedrohten Intimität, eine findige Londoner Textilfirma entwirft röntgensichere Unterwäsche. Dann aber zeigen sich Folgen ernsterer Art. Herbert Hawks, ein technikbegeisterter Student der Columbia-Universität, durchleuchtet in New Yorker Warenhäusern vor staunendem Publikum immer wieder den eigenen Körper. Bald fallen ihm die Haare aus, die Augen sind blutunterlaufen, und seine Brust brennt wie Feuer.

Er ist nicht das einzige Opfer der Wunderröhre. Ende 1896 dokumentieren Fachblätter 23 Fälle schwerer Strahlenschäden. Manche Patienten würden »auf dem Behandlungstisch regelrecht hingerichtet«, schreibt James Ewing, ein Pionier der Radiologie, über die ersten Jahre der Anwendung. Auch die Ärzte sind ungeschützt den Strahlen ausgesetzt, viele verlieren ihr Leben.

Der Streit um die Risiken beginnt. Bleiabschirmungen werden entwickelt, aber viele Ärzte finden sie zu teuer und umständlich. Man solle die Gesundheitsschäden nicht dramatisieren, fordert der armenische Röntgenspezialist Mihran Kassabian, einer der führenden Radiologen, der 1910 selbst an den Strahlenfolgen stirbt. Kassabian fürchtet um den Fortschritt, wenn die Gefahren des Röntgens allzu plastisch beschrieben werden.

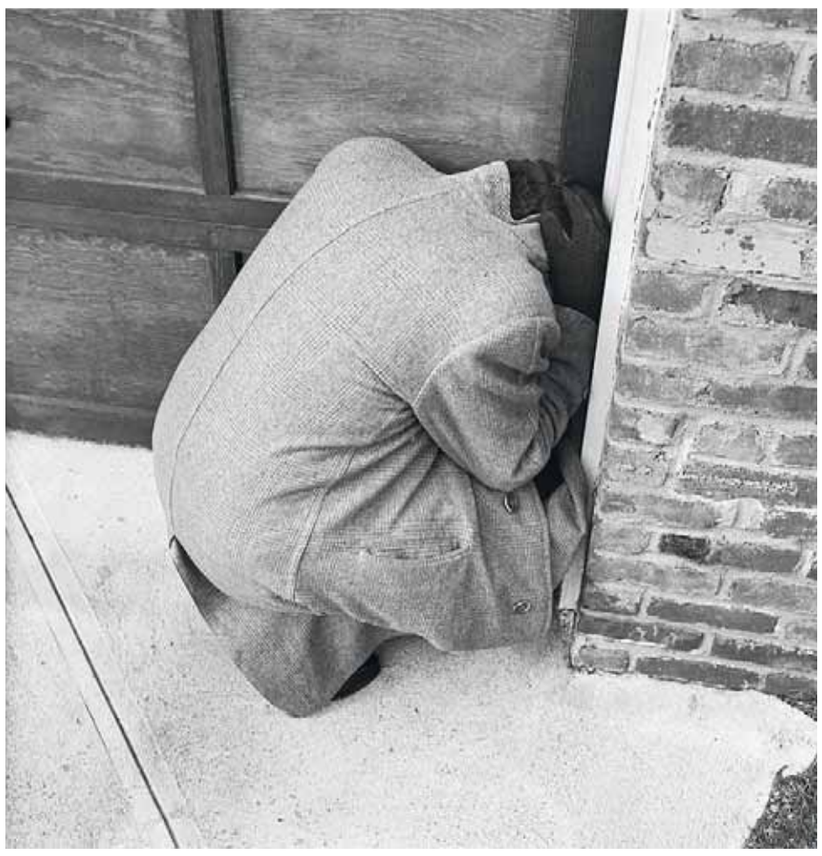
Durch radioaktiv optimiertes Futter legen die Hühner hartgekochte Eier

Im Ersten Weltkrieg setzt sich die neue Technik endgültig durch. Tausende von Kriegsopfern werden durchleuchtet, um Geschosse zu lokalisieren und gebrochene Glieder zu richten. Die Strahlen werden vorsichtiger dosiert, und in den zwanziger Jahren entwickeln die Ärzte einen ersten »Grenzwert«. Der besteht in der rötlichen Färbung der Epidermis: Wenn die Haut zu glühen beginnt, ist es genug.

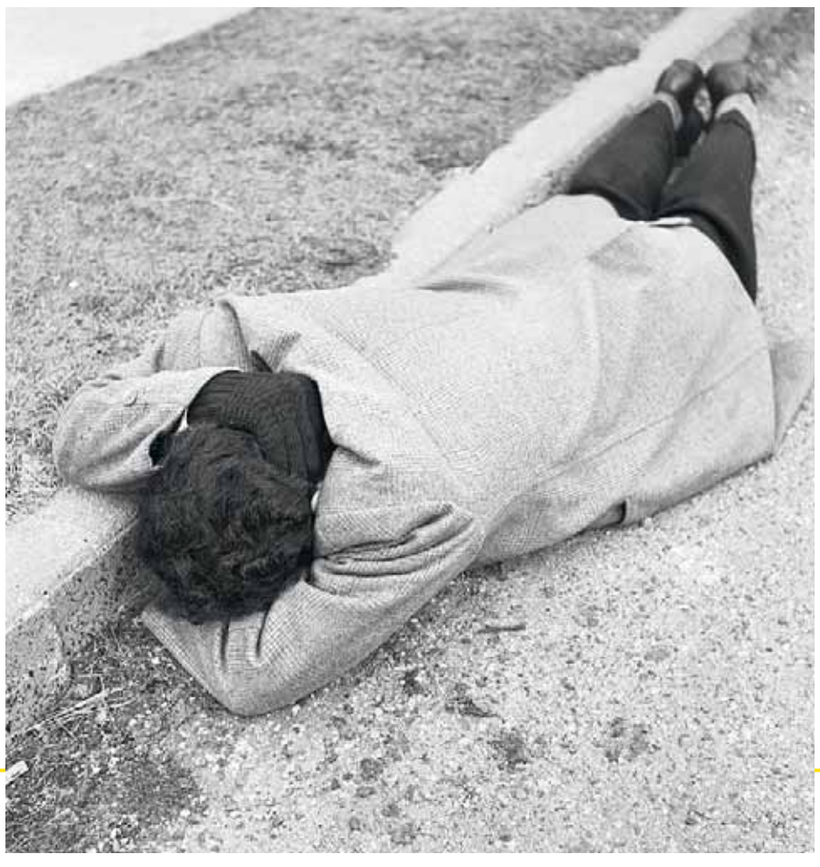
Angeregt von Röntgens X-Strahlen, experimentieren auch andere Wissenschaftler mit Stoffen, die Licht abgeben. Der französische Physiker Henri Becquerel entdeckt im Februar 1896, dass kleine Uranbrocken Strahlen aussenden, die Materie durchdringen. Die polnische Physikerin Marie Skłodowska Curie, die zum Studium nach Paris gegangen und dort geblieben ist, prägt für die Strahlung den Begriff »radioaktiv«. Im Dezember 1898 identifiziert sie in einer Uranerzprobe aus dem Erzgebirge ein neues Element: Radium. Ohne die Gefahren zu ahnen, versuchen sie und ihr Mann, größere Mengen der stark radioaktiven Substanz zu isolieren und zu messen. 1934 stirbt die berühmte, zwei Mal mit dem Nobelpreis geehrte Forscherin 67-jährig und fast blind an Leukämie. Auch ihre Tochter wird tödlich verstrahlt.

1903 kommt Ernest Rutherford dem Phänomen der Radioaktivität genauer auf die Spur. Der aus Neuseeland stammende, in Montreal und später im englischen Cambridge arbeitende Chemiker unterscheidet die verschiedenen Typen der Alpha-, Beta- und Gammastrahlung. Sie alle haben eines gemeinsam: Man schmeckt, riecht und sieht sie nicht. Aber wenn die strahlenden Partikel auf biologische Zellen treffen, geben sie einen Teil ihrer Energie ab. Es sind winzige Kernexplosionen, welche die Zellen attackieren. Ein einziger Strahlentreffer kann einen irreparablen Schaden im Zellgewebe anrichten.

Von dieser Gefahr wissen Ärzte und Patienten noch nichts, als die ersten Experimente mit Radium beginnen. Der britische Erfinder und Taubstummenlehrer Alexander Graham Bell erkennt 1907 das Potenzial für die Krebstherapie. Es gebe keinen Grund, warum man nicht »ein kleines Stückchen Radium [...] mitten in einen Krebsherd« platzieren sollte. Radium ist mit 120 000 Dollar je Gramm im Jahr 1920 extrem teuer und wird auch gegen Herzbeschwerden und Impotenz eingesetzt. Die verrückten Anwendungsideen reichen, wie die US-Journalistin Catherine Caufield in ihrem Buch *Das strahlende Zeitalter* 1989 dokumentiert, bis zu dem Vorschlag, kleine Radiummengen ins Hühnerfutter zu mischen, »damit die Hennen hartgekochte Eier legen«. Weil die Bilder so schön leuchten, mischt man Radiumpartikel sogar in Ölfarben, Radiumwasser wird als »flüssiger Sonnenschein« verkauft.



Keine Panik bei einer Atomexplosion. Der Zivilschutz in den USA hatte, wie diese Schulungsfotos aus den Fünfzigern zeigen, eine klare Empfehlung: »Duck and cover« – wegducken und vor allem den Kopf bedecken!



Fotos: Three Lions/Getty Images

Der Strahlenschutz hingegen kommt nur mühsam voran. Bis das dramatische Schicksal der Ziffernblatt-Malerinnen aus der Firma Radium Corporation im US-Staat New Jersey der Wissenschaft eine harte Lektion erteilt. In dem Betrieb werden in den zwanziger Jahren Millionen von Armbanduhren hergestellt, deren Zeiger und Indizes dank einer dünnen Radiumschicht fröhlich leuchten. Doch unter den jungen Arbeiterinnen häufen sich die Todesfälle. Untersuchungen kommen in Gang und enthüllen schaurige Arbeitsbedingungen. Haare, Gesichter und Kleider der Frauen leuchten im Dunkeln wie ein Weihnachtsbaum. Und sie haben alarmierende Blutbilder, klagen über Menstruationsbeschwerden, Müdigkeit und Depressionen. Schließlich ziehen einige der Schwerkranken vor Gericht. Manche sind zu schwach, um noch den Eid zu leisten. Am Ende erhält jede Arbeiterin 10 000 Dollar Entschädigung. Erst im Februar 1941 werden Grenzwerte für die Arbeit mit Radium festgelegt.

Die »Mutter« des Radiums, das Uran-Atom, fasziniert indes nach wie vor die Forschung. Kann man die Urkraft, die seinen Kern zusammenhält, überlisten, kann man den Tiger aus dem Käfig lassen? Der amerikanische Physiker Enrico Fermi beschießt 1934 Uran-Atome mit Neutronen. Aber erst Lise Meitner und Otto Hahn vom Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin gelingt es, die Kernspaltung nachzuweisen – ein neues Zeitalter beginnt.

Bei der Spaltung setzt das Uran-Atom Energie frei, zugleich werden weitere Neutronen aus dem Atomgerüst herausgeschlagen, die wieder andere Kerne spalten. Dies kann eine Kettenreaktion auslösen, die eine gewaltige Kraft entfesselt – idealer Stoff für eine Superbombe! Im Oktober 1941, wenige Wochen vor dem Angriff der Japaner auf die USA und der Kriegserklärung von Nazi-Deutschland, gibt US-Präsident Franklin D. Roosevelt den Auftrag, die »Atombombe« zu bauen. Es beginnt, unter der Leitung des Physikers J. Robert Oppenheimer, das zweieinhalb Milliarden Dollar teure Manhattan Project, das bis dahin größte Industrie- und Wissenschaftsprojekt der Welt.

Am 16. Juli 1945 explodiert in der Wüste des Bundesstaats New Mexico die erste Atombombe, und kurz darauf kommen die ersten dieser Bomben zum Einsatz: Als Japan sich weigert, zu kapitulieren, werfen amerikanische Piloten am 6. und 9. August 1945 jeweils eine Bombe auf Hiroshima und Nagasaki. 200 000 Menschen sterben im atomaren Feuer, weitere 100 000 in den Folgejahren. Bis zum Verbot der oberirdischen Atomtests, das erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg, am 10. Oktober 1963, in Kraft tritt, zünden die Atommächte 500 nukleare Bomben. Ihr Höllenfeuer wird zum Dauer-Atomunfall, der die Erde mit einem gewaltigen Fallout verseucht, darunter allein 27 Milliarden Curie Jod-131 und 34 Milliarden Curie Cäsium-137.

Die Menschheit begreift nur langsam, dass diese Bombe »anders« ist. Die Überlebenden in Hiroshima waren bestürzt, schreibt die kanadische Strahlenforscherin Rosalie Bertell 1985 in ihrem Buch *Keine akute Gefahr?*. »Menschen, die nicht sichtbar verletzt worden sind, sterben plötzlich. Zuvor gehen ihnen büschelweise die Haare aus, schwarze Flecken übersäen die Haut, Äderchen platzen, Muskeln ziehen sich zusammen und deformieren die Hände.«

Doch die verheerenden Folgen werden in den USA hartnäckig bestritten. Für Präsident Harry S. Truman ist die Atombombe nur eine »andere Waffe der Artillerie«, die durch Hitze und Druckwellen tötet. »Wir haben uns die Urkraft des Universums dienstbar gemacht«, zitiert ihn *Time* am 13. August 1945. Dagegen warnt der Wissenschaftler Harold Jacobson von der Columbia-Universität, der selbst am Manhattan Project mitgearbeitet hat, schon zwei Tage nach der Bombardierung Hiroshimas vor der tödlichen Radioaktivität: Die Stadt werde »ein Vierteljahrhundert lang verwüstetes Gebiet« sein.

Schon gleich nachdem Radio Tokyo über mysteriöse Todesfälle in Hiroshima und Nagasaki berichtete, schicken die US-Militärs – Japan hat inzwischen kapituliert – am 19. September 1945 ein Untersuchungsteam los, um den Gerüchten ein Ende zu machen. »Unsere Mission bestand darin, nachzuweisen, dass es keine Radioaktivität gab«, beschrieb General Thomas Farrell seinen Job. Die Berichte der Atomic Bomb Casualty Commission (ABCC) bleiben bis April 1952 unter Verschluss. Als im selben Jahr der Arzt Fumio Shingeto auf einem Kongress japanischer Hämatologen über eine auffällige Häufung von Leukämien als mögliche Folge der Atombombe spricht, wird er von der ABCC scharf kritisiert. Aber auch andere japanische Ärzte und Wissenschaftler sammeln trotz Verbots Daten und klinische Verläufe. Sie dokumentieren – bis heute – die Folgen und Spätfolgen der Bombenabwürfe: all die Zigtausenden Krebsfälle, vielgestaltigen Krankheitsbilder, mit Missbildungen und genetischen Schäden bei nachfolgenden Generationen.

In der Wüste von Nevada gehen die Tests unterdessen weiter. Hunderttausende Soldaten sollen Erfahrungen mit dem Fallout machen und ihre Kampfbereitschaft für einen Atomkrieg erproben. Oft stehen sie ungeschützt nur wenige Meilen vom Explosionsort *ground zero* entfernt und müssen den Hals recken, um den aufsteigenden Atompilz zu beobachten. 6000 Veteranen verklagen die USA später wegen schwerer Strahlenschäden. 5956 Fälle werden abgewiesen.

Ganz andere Menschenversuche unternimmt in Los Alamos der spätere Präsident der Health Physics Society, Wright H. Langham. Zwischen 1945 und 1947 injiziert er todkranken Patienten, auch Kindern, kleine Dosen eines neuen radioaktiven Spaltprodukts: Plutonium. Langham will herausfinden, wie sich das in der Natur unbekannte Radionuklid im Organismus verteilt. Plutonium entsteht bei der nuklearen Kernspaltung und ist extrem krebserregend. Bei Versuchstieren reicht die kleinste überhaupt messbare eingeatmete Menge, um Lungenkrebs auszulösen. Plutonium ist zugleich ein heiß begehrter bombentauglicher Rohstoff – und eine weitere radioaktive Substanz, deren Gefahrenpotenzial über Jahrzehnte dramatisch unterschätzt wird.

Für den Strahlenschutz ist inzwischen eine Organisation zuständig, die bis heute als die wichtigste Autorität auf diesem Feld gilt: die International Commission on Radiological Protection (ICRP) in Ottawa. Traditionell stellen Physiker, Radiologen und Atomforscher die 13 Mitglieder des Gremiums – ein »gewisses Maß an Inzest« sei unvermeidlich, erklärte das britische ICRP-Mitglied John Dunster Ende der fünfziger Jahre. Unnötig, zu erwähnen, dass in der Kommission ausschließlich Männer sitzen. Die von der ICRP verabschiedeten Grenzwerte und Toleranzdosen für Atomarbeiter und die Bevölkerung werden umstandslos von den Regierungen der Welt in nationale Gesetze gegossen.

Die ICRP gibt es seit 1928. Sie hieß zunächst Internationales Komitee zum Schutz vor Röntgenstrahlung und Radium. Schon in der Frühzeit dominierten moderate Empfehlungen, die den Radiologen die Arbeit erleichterten. 1950 nimmt die ICRP ihre Arbeit unter neuem Namen auf und gewinnt schnell an Einfluss. Der aufstrebenden Atomwirtschaft, die ihre ersten Kernkraftwerke baut, spendet sie ihren wissenschaftlichen Segen und versorgt sie mit großzügigen Grenzwerten. Sie hat weder eine demokratische Legitimation, noch ist sie Bestandteil der UN oder anderer Organisationen.

Den Leitwolf gibt über viele Jahre Lauriston Taylor aus Brooklyn, der zunächst Röntgenlabore entwickelt hat. Seine Philosophie als ICRP-Chef: Wissenschaftliche Unsicherheit dürfe aufstrebende Industrien nicht behindern. »Wir akzeptieren, dass es Opfer bedarf, um unsichere Betriebsbedingungen zu erkennen. Das scheint nicht fair, aber es gibt keine Alternative. [...] Ich denke, dass man von einem Nuklearbeiter erwarten darf, dass er seinen Anteil am Risiko akzeptiert.«

Auch auf der Berliner Pfaueninsel soll ein AKW entstehen

Natürlich dämmert auch den ICRP-Mitgliedern, dass es keinen ungefährlichen Schwellen- oder Grenzwert für Strahlung gibt, weil jeder noch so kleine Strahlenbeschuss zu Schäden führen kann. Ihr Job ist es, »Grenzwerte und Standards danach auszuwählen, was die Industrie mit vertretbarem Aufwand erreichen kann. Die wissenschaftlichen Beweise für die Gefahren waren gegen die Erfordernisse der jungen Nuklearindustrie abzuwägen«, sagt der ICRP-kritische Münsteraner Strahlenbiologe und frühere Chef der Deutschen Gesellschaft für Strahlenschutz, Wolfgang Köhnlein. Bei strengen Grenzwerten wären der Betrieb von AKWs oder Wiederaufarbeitungsanlagen und vor allem der Uranabbau im Bergwerk unmöglich gewesen. Also werden Atomarbeitern höhere Belastungen zugemutet als der Allgemeinbevölkerung, und für Störfälle gelten Ausnahmeregeln.

Die Kritik an dem allzu lässigen Umgang mit den Risiken nimmt allerdings zu. John Gofman, Karl Morgan, Ernest Sternglass, Irwin Bross, Alice Stewart, allesamt angesehene Fachleute, führen die Riege der Gegner an. Morgans Wort hat besonderes Gewicht, weil er Kernkraftwerke befürwortet und 14 Jahre lang Vorsitzender im ICRP-Ausschuss für inkorporierte Strahlung gewesen ist. Und doch weist man ihre Warnungen ab. Morgan sei »durchgedreht«, erklären ICRP-Mitglieder Mitte der siebziger Jahre und verweigern sich seiner Forderung, Grenzwerte und Toleranzdosen zu halbieren. Andere Kritiker werden als »wissenschaftliche Landstreicher«, als »Spinner« und »Werkzeuge der Atomgegner« verhöhnt.

Als immer mehr Meiler ans Netz gehen, nimmt die Sicherheitsdebatte eine Wende. Jetzt rückt die Unfallwahrscheinlichkeit in den Mittelpunkt der Diskussion. Schon in den sechziger Jahren geistert der größte anzunehmende Unfall (GAU) durch die Fachgremien. Doch noch bis 1965 glaubt man, dass zumindest eine teilweise Kernschmelze toleriert werden kann. Der GAU war damals eher eine »bürokratische Fiktion«, schrieb der Bielefelder Historiker Joachim Radkau 1983, richtig ernst nahm man das nicht. Allerdings: »Großstadtnahe Kernkraftwerke«, die will man nun auch wieder nicht. Als in West-Berlin, auf der Pfaueninsel in der Havel, ein Kernkraftwerk gebaut werden soll, lehnt die Bundesregierung dies Anfang 1962 ab.

Die Sicherheitsphilosophie der Industrie aber blieb zumindest nach außen hin weiter der Hybris treu, dass Kernkraftwerke sicher und verantwortbar sind und die Wahrscheinlichkeit von Unfällen gering ist. In den sechziger Jahren wurde in der Bundesrepublik sogar ernsthaft erwogen, beim Bau auf die äußere Schutzhülle für den Reaktorkern zu verzichten. Der Geschäftsführer des bayerischen Kernkraftwerks Gundremmingen erklärte dies 1966 zum »erstrebenswerten Ziel«, so »ketzerisch und utopisch« der Gedanke klinge.

Auch *mit* Berstschutz erteilte die Wirklichkeit den großen Experten vier erschütternde Lektionen: Die GAUs und Super-GAUs in Windscale/Sellafield 1957, Harrisburg 1979, Tschernobyl 1986 und Fukushima verwandelten alle Wahrscheinlichkeitsberechnungen und Risikostudien in Schutt und radioaktive Asche. Doch selbst das wird die Atomgemeinde nicht beeindrucken. Wie sagte der ehemalige Präsident der Wiener Atompropagandaorganisation IAEA, Hans Blix: »Angesichts der Wichtigkeit der Kernenergie könnte die Welt einen Unfall vom Ausmaß Tschernobyl pro Jahr ertragen.«

Der Autor ist Journalist und einer der beiden Chefredakteure des Umweltmagazins »zeozwei«

Staatsschulden:
Schlittern wir gerade
in die nächste Krise? **S. 23**

Foto: Lynsey Addario/VII Network

Die zweijährige Jogdiya in einem Krankenhaus im Bundesstaat Madhya Pradesh

Indiens sterbende Kinder

Warum das reiche Schwellenland sein Hungerproblem nicht löst VON GEORG BLUME

Romatas Kleider liegen auf einem Haufen roter Sandsteine: ein schwarzes Hemd, eine grüne Mütze und Unterwäsche. Mehr Kleider besaß das zwölf Monate alte Mädchen nicht. Sie schmücken jetzt ihr Grab. Darüber steht Romatas Vater und schluchzt. Vor Stunden noch hielt er seine Tochter lebend in den Armen. »Ich hatte keine Ahnung, dass sie sterben würde«, sagt Chunbad Mawabi, ein 25-jähriger Landarbeiter im Dorf Patni im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh.

Keine Ahnung? Romata hatte dünne Arme, einen dicken Bauch und bräunliche Haare – die Zeichen von Hunger und Unterernährung. Wusste der Vater wirklich nicht, dass seine Tochter in Lebensgefahr schwebte? Wollte er Romatas Elend nicht wahrhaben? So wie die indische Regierung und die ganze Welt das Elend des Landes nicht wahrhaben wollen?

»Den Hunger haben wir fast überall in Indien besiegt«, sagte der indische Innenminister Palaniappan Chidambaram. Der Satz wurde im Fernsehen übertragen, genau an dem Tag, an dem Romata gestorben war. So oder ähnlich antworten Regierungspolitiker meist, wenn sie nach der Hungersnot im Land gefragt werden. Aber der Satz ist eine Lüge. Eine, die oft erzählt und oft geglaubt wird.

Kürzlich erst hat die Weltbank verkündet, dass Indien im kommenden Jahr die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft der Welt sein wird. Spätestens seit der westlichen Finanzkrise gilt Indien als demokratisches, marktwirtschaftliches Erfolgsmodell. Neun Prozent Wachstum prophezeit die Regierung in Neu-Delhi auch für das kommende, im April beginnende Berichtsjahr. Lauter Erfolgsnachrichten. Nur verhungern deshalb nicht weniger Kinder in Indien.

Jeden Tag sind es nach Angaben von Unicef 4657 Kinder, die wie Romata still und unbemerkt ihr Leben aushauchen. Man kann sie überall im Land sterben sehen mit ihren winzigen aufgeblähten Bäuchlein und ihren fingerdünnen Gliedmaßen. In der Statistik schlägt sich ihr Schicksal in der Kindersterblichkeit nieder, dem sichersten Indikator von Hungersnot. Auf 1000 Geburten gerechnet, sterben in Indien 66 Kinder, bevor sie fünf Jahre alt werden – in Deutschland sind es weniger als vier. Bei knapp 27 Millionen Geburten zählt Indien also 1,7 Millionen tote Kinder im Jahr. Rund 90 Prozent davon sterben an Hunger, schätzen Entwicklungsexperten. Ökonomen und auch Organisationen wie Unicef und die Weltbank gehen von einem deutlich niedrigeren Anteil aus, weil sie Erkältungen, Durchfall, Masern oder Ähnliches als eigenständige Todesursache gelten lassen. Dabei enden solche Krankheiten oft bloß deswegen tödlich, weil die Kinder zuvor drastisch unterernährt waren. In Indien sterben sogar zahlreiche Jugendliche und Erwachsene an den Folgen von Hunger und Mangelernährung. Nur lässt sich ihre Zahl aufgrund der vielfältigeren Todesursachen im höheren Alter nicht genau ermitteln.

Es ist eine alte Geschichte, aber das macht sie nicht weniger dramatisch. Schon vor 20 Jahren, zu Beginn der marktwirtschaftlichen Reformen, starben in Indien im Jahr drei Millionen Kinder. Insofern hat sich die Lage im Vergleich zu damals verbessert. Doch das ändert nichts daran, dass das indische Massensterben weitergeht. Durchschnittlich über zwei Millionen Kinderopfer pro Jahr in den vergangenen zwei Jahrzehnten, das sind mindestens 40 Millionen seit Beginn der Wirtschaftsreformen im Jahr 1991. Das sind Opferzahlen wie im Weltkrieg, mehr als je unter Mao Tse-tung beim berüchtigten »Großen Sprung nach vorn« verhungert sind. Es ist einer der größten Menschenrechtsskandale der Welt. Indien ist heute ein reiches Land, das alle Mittel hat, seinen Nachwuchs anständig zu ernähren. Es ist so reich, dass es Entwicklungshilfe aus den meisten Industrieländern ablehnt und schon nach dem großen Tsunami im Jahr 2005 auf alle Hilfe aus dem Ausland verzichtete. Ebendas aber verleitet zur Verharmlosung – vor allem unter Ökonomen. Viele von ihnen glauben blind, das hohe Wachstum werde die Probleme schon irgendwie lösen. Jagdish Bhagwati, ein Wirtschaftsprofessor an der Columbia-Universität in New York, dessen Indien-Expertise weltweit hoch geschätzt wird, spricht für viele in seiner Zunft, wenn er sagt: »Indiens Wachstum kommt allen zugute.«

Doch vor Ort in Madhya Pradesh herrscht eine andere, bittere Wirklichkeit. Nirgendwo auf der ganzen Welt ist die Kindersterblichkeit – und damit die Hungersnot – größer als dort. Vergleichbar ist die Lage allenfalls mit der in Äthiopien oder im Tschad. Doch anders als Äthiopien ist das Hungerleiden in Madhya Pradesh in der weltweiten Öffentlichkeit nahezu unbekannt. Hier wird der Hunger gut verborgen. Man kann jenseits der pulsierenden Provinzhauptstadt Bhopal tagelang auf neuen Straßen durch seit Jahrtausenden kultivierte Landschaften brausen. Man kann einen der fünf berühmten Tiger-Safariparks von Madhya Pradesh besuchen und sich auf den Spuren von Rudyard Kipling wähnen, der hier das *Dschungelbuch* schrieb. Unterwegs sieht man in dieser Jahreszeit

Fortsetzung auf S. 22

BANKENRETTUNG

Wofür das alles?

Der Staat bleibt auf einem Minus sitzen. Ausgerichtet hat er wenig

Der Staat, die Banken und das Geld – ein Drama. Gut 31 Milliarden Euro Kapital hat der Bund für Banken in der Krise bereitgestellt, mit weiteren 18 Milliarden Euro haben einige Bundesländer ihre Landesbanken gestützt. Zudem hat der Staat Garantien für die Refinanzierung oder künftige Verluste von Banken übernommen – im Gegenzug für die Garantien zahlen die Banken hohe Gebühren an den Staat. Die Gesamtrechnung ist komplex. Jede Zwischenbilanz bleibt vorläufig.

Die Commerzbank hat jetzt mit der Rückzahlung ihrer Bankenhilfen begonnen. Trotzdem bleibt der Staat dort noch mit 6,65 Milliarden Euro im Risiko. En gros, so viel scheint sicher, wird der Staat nur Teile jener 49 Milliarden Euro wiedersehen, die er insgesamt für die Bankenrettung ausgegeben hat. Bei der Hypo Real Estate, ihrer »Bad Bank« sowie der WestLB kann er froh sein, wenn es beim Verlust der Kapitalspritzen bleibt. Bei der BayernLB ist unklar, wie sie dem Freistaat je Geld zurückzahlen will. Allein bei diesen Instituten droht ein Verlust von 23 Milliarden Euro.

Die USA erwarten ein Plus von 24 Milliarden Dollar. Hat der deutsche Staat also Fehler gemacht? Schwer zu sagen. Eingreifen musste er, und die Probleme hierzulande sind andere. Klar ist aber, dass der Staat gemessen an seinen Hilfsleistungen viel zu wenig erreicht hat. Akut gerettet hat er die Banken – und dann auf Einfluss verzichtet, siehe Commerzbank, oder Strukturen konserviert, siehe die Landesbanken. Bei den Letzteren ziehen sich die Miteigentümer, die Sparkassen, vielerorts aus der Verantwortung zurück. Sie überlassen es den Ländern, die Kapitalpolster aufzubessern – sprich den Steuerzahlern. Und die fragen mit Recht: Wofür das alles? ARNE STORN

30 SEKUNDEN FÜR

Bescheidwisser

Gut, dass Franz Kafka nie bei Renault gearbeitet hat. Er hätte sich wohl geängstigt, dort geht es nämlich noch schräger zu als in der Fantasie des Erzählers. Man weiß das, weil im Büro des Chefjuristen ein internes Verhör protokolliert wurde, am 3. Januar. Der Vorwurf: Spionage für die Chinesen. »Nimm Platz, Mathieu. Wir wissen Bescheid. – Was wisst ihr? – Wir wissen Bescheid. – Ich weiß nicht, was ihr wisst. – Du weißt, was ich weiß. – Nein, ich weiß nicht, was ihr wisst. – Du weißt, was ich weiß, also ... – Nein! – Matthieu! – Nein! – Ganz normal, dein Reflex, alles zu leugnen. – Das ist doch kein Reflex!«

Mathieu war unschuldig. Das wissen sie heute bei Renault. Aber sie wissen auch: Der Feind kann überall sein. Patrick Pélata, die Nummer zwei von Renault, wurde von seiner Pflicht entbunden. Vermutlich muss auch der Chefjurist gehen. Konzernchef Carlos Ghosn bleibt. Aber er weiß, dass sie grob werden, wenn sie etwas zu wissen glauben: »Nimm Platz, Carlos. Du wusstest Bescheid. – Was wusste ich? – Bescheid«. GERO VON RANDOW

MACHER UND MÄRKTE

Ungleiche Inflation

Die Inflation steigt – und am härtesten trifft es die Geringverdiener. Das zeigt eine Analyse der Bank **Unicredit.** Danach geben Bundesbürger mit einem niedrigen Einkommen einen besonders großen Teil ihres Geldes für Energie und Lebensmittel aus. So wenden Haushalte mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 900 Euro im Monat fast 36 Prozent davon für diese beiden Ausgabeposten auf. Haushalten am oberen Ende der Einkommensskala (über 3600 Euro) reicht dafür nur etwa ein halb so hoher Anteil. Da aber gerade die Preise für diese Güter stark gestiegen sind, bekommen vor allem Geringverdiener die Inflation zu spüren. Gas kostet laut Statistischem Bundesamt heute 3,6 Prozent mehr als vor einem Jahr, Strom 7,6 Prozent, Benzin 11 Prozent und Heizöl sogar 33 Prozent. Deutlich teurer sind auch Lebensmittel wie Butter (+28,4 Prozent), Obst (+9,8 Prozent) oder Kaffee (+14,7 Prozent). Diese Werte liegen über der Inflationsrate (2,1 Prozent), die nur einen Durchschnitt für die Preissteigerung aller Güter und Dienstleistungen angibt. RUD

Benzin, Heizöl, Gas: Energie wird besonders teuer

Elektro-Allianz

Elektromotoren werden in den nächsten Jahrzehnten sukzessive Benziner und Diesel ersetzen. Die Frage für die Autohersteller ist, ob sie diese E-Aggregate selber bauen oder sie Zulieferern überlassen sollen. Daimler-Chef **Dieter Zetsche** hat für seine rein elektrisch angetriebenen Mercedes- und Smart-Modelle eine erste Antwort gefunden. Mit Bosch-Chef **Franz Fehrenbach** hat er sich verständigt, dass die beiden schwäbischen Konzerne ein 50 : 50-Joint Venture gründen, das von 2012 an die E-Motoren liefern soll. Später sollen daraus auch andere Autobauer beliefert werden. Bosch fertigt bereits die E-Antriebe für die Hybridversionen von Porsche Cayenne/VW Touareg sowie »den ersten Dieselhybrid« Peugeot 3008. BMW-Chef **Norbert Reithofer** hingegen will den E-Antrieb für sein Stadtauto i3 im eigenen Hause behalten. DHL

Daimler-Chef Dieter Zetsche setzt auf Bosch

Fotos: Meeta Ahlawat für DIE ZEIT (2.r.); Bildmaschine (l.o.); Sascha Schuermann/ddp (l.u.)

Fortsetzung von S. 21

gut stehenden Weizen und gelb blühende Senffelder. Ein Hungerland, denkt der flüchtige Besucher, sieht anders aus.

Doch sobald man die asphaltierte Überlandstraße mit ihren prosperierenden Städtchen und Marktflecken verlässt, über Feldwege schaukelt und in einem Dorf wie Patni Station macht, eröffnet sich eine andere, vergessene Welt. In ihr lebt die Mehrheit der indischen Bevölkerung in größter Armut, Besitzlosigkeit und Kastendiskriminierung. In ihr hat Vater Mawabi mit seiner kleinen Tochter Romata gewohnt: in einer Lehmhütte mit zwei größeren Geschwistern. Gemeinsam mit seinem Bruder hat Mawabi einen Hektar Land zu bewirtschaften. Nicht genug für die beiden Familien. Dem Bruder verhungerten bereits zwei Kinder. Jetzt traf es Romata. Mawabi führt in seine Hütte. Er läuft barfuß, trägt graue Hosen, ein zerrissenes Hemd. Drinnen gibt es nur ein Zimmer und außer zwei Bambusliegen keine Möbel. Über der Kochstelle aus Lehm zieht Rauch durch das verrußte Strohdach ab. Mawabi nimmt in die eine Hand einen kleinen Sack Reis, in die andere einen etwas größeren Sack Weizen. »Das ist alles, was wir zum Essen haben«, sagt er. »Keine Linsen, keine Bohnen.«

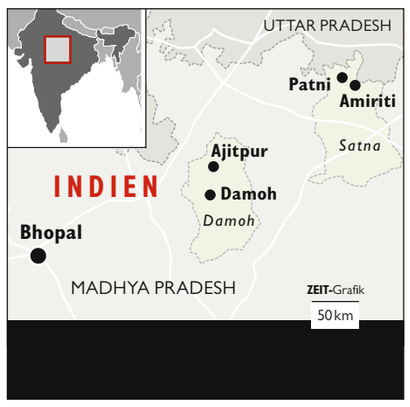
Doch der Landwirtschaftsökonom Prateek Kumar will es von Mawabi genau wissen: »Was hat Romata vor ihrem Tod gegessen?« Kumar ist der einzige Akademiker weit und breit: ein junger, fröhlicher Idealist selbst inmitten dieses Elends. Er leitet eine Zwei-Mann-NGO für Kinderrechte im Kreis Satna im Osten von Madhya Pradesh. Er führt Listen über verhungerte und vom Hunger bedrohte Kinder, die er an die verantwortlichen Regierungsstellen schickt, er macht das regelmäßig seit Anfang 2008. Antwort erhielt er bisher nur einmal von einem Beamten in Bhopal, der Hilfe versprach, die nie kam. Auch die lokalen Medien nehmen von seinen Opfermeldungen kaum Notiz, sie berichten lieber über Mord und Diebstahl. Allein in den letzten drei Monaten aber zählte Kumar in den drei Dutzend Dörfern, die er betreut, 28 Kinder unter fünf Jahren, die unter seinen Augen verhungerten. Patni kennt er besonders gut: Hier verhungerten laut seiner Liste in den vergangenen zwei Jahren 24 Kinder. Doch bevor er Romata dazuzählt, will er sicher sein, dass sie wirklich an Hunger starb: Wie viel staatlich vergünstigte Lebensmittelrationen die Familie zuletzt erhielt, fragt er Mawabi. Wie viel von der staatlichen Nahrungshilfe für Kinder. Ob Romata geimpft wurde. Wann sie zuletzt im Anganwadi war, dem staatlichen Kindergesundheitszentrum von Patni.

Mawabis Antworten erzählen vom Scheitern der traditionellen indischen Hungerbekämpfung. Er bekam im Januar 20 Kilo Weizen und Reis zum staatlich verbilligten Preis für Arme. Nach dem Gesetz stehen ihm 35 Kilo zu. Im Anganwadi, dem dörflichen Kindergesundheitszentrum, bekam er im Monat eine 750-Gramm-Tüte mit gehaltvoller Proteinnahrung für seine Kinder ausgehändigt. Allein für Romata hätte ihm jede Woche eine solche Tüte zugestanden. Das staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramm half ihm auch nicht: Zuletzt arbeitete er dafür 20 Tage im vergangenen Juni – und bekam nur für 15 Tage Lohn ausgezahlt. Der ist längst verbraucht, und andere Einnahmen hat Mawabi in Patni nicht.

Prateek Kumar (links) untersucht einen Kindstod

Die staatliche Lebensmittelvergabe an die Armen läuft schon seit den fünfziger Jahren. In den Siebzigern wurden eine Million Anganwadis errichtet, eines für jedes indische Dorf. Sie sollen speziell auf die Kinderernährung und auf Impfungen achten. Seit 2005 gibt es ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm für alle Armen, das ihnen 100 Tage öffentliche Beschäftigung im Jahr zu einem stabilen Mindestlohn garantiert. Würde auch nur eines dieser drei Programme leidlich funktionieren, müsste in Indien heute vielleicht niemand mehr hungern. Doch sie funktionieren nicht.

Wo aber sind all die staatlichen Hilfsmittel geblieben? Darüber diskutiert im Nachbardorf Amiriti der Dorfrat – öffentlich unter einem alten Affenbrotbaum. Ein solches Treffen gibt es nur dreimal im Jahr. Viele Landarbeiter der Umgebung sind gekommen. Sie tragen zerschlissene Kleider und sitzen auf der blanken Erde. In ihrer Mitte steht aufrecht ein Mann in schwarzweißem Bügelhemd und Anzughose. Arun Pandey ist 29 Jahre alt und arbeitet als Grafiker in der Kreisstadt Satna. Er besucht heute seine Familie in Amiriti, um das Wort gegen die Dorfratsvorsitzende und ihren Ehemann zu führen.



»Das Leben in Amiriti ist voller Entbehrungen. Aber was immer die Regierung an Leistungen verspricht: Niemand im Dorfrat fühlt sich dafür verantwortlich. Alles fällt der Korruption zum Opfer«, ruft Pandey. Laut Gesetz bekomme der Dorfrat staatliche Mittel für Pensionen, Straßen, die Schule und Kinderernährung. »Wer von uns hat je von Maßnahmen des Dorfrats profitiert?«, fragt Pandey. Die Landarbeiter applaudieren.

Die öffentliche Sitzung des Rats zählt zu den jüngsten Reformen im Kampf gegen den Hunger. Früher verwalteten Beamte der Provinzregierung alle auf Dorfebene zugeteilten Mittel. Heute kann der Dorfrat vieles selbst entscheiden. Das sollte die Mittelvergabe effizienter und transparenter machen. In Amiriti hat das nicht geklappt. »Der Dorfrat ist heute reicher und korrupter denn je«, diese Botschaft nimmt NGO-Mann Kumar von der Sitzung unter dem Affenbrotbaum mit.

Das Scheitern der staatlichen Hilfe enttäuscht auch diejenigen, die sie in der Hauptstadt Delhi entwickelt haben. Zu ihnen zählt der indische Ökonom Jean Drèze von der Delhi School of Economics. Er entwickelte zu Beginn des Jahrhunderts das ländliche Arbeitsbeschaffungsprogramm. Gemeinsam mit Amartya Sen, dem indischen Nobelpreisträger für Wirtschaft, schrieb Drèze zuvor viele Bücher über die Bekämpfung von Hunger und Armut. Zum Teil lebten diese Schriften noch von Sens optimistischer These, die ihm 1998 den Nobelpreis einbrachte und derzufolge Demokratien keine Hungersnöte zulassen. Drèze aber ist heute desillusioniert: Er macht nun gerade die demokratische Elite in Delhi für das Hungerleiden verantwortlich. Hunger und Unterernährung seien für die Führung unter Premierminister Manmohan Singh nur noch »peinlich«, sagt Drèze, und »absolut nicht prioritär«. Die Regierung habe jeden Glauben in ihre eigenen Sozialprogramme verloren und betrachte sie als Geldverschwendung. »Es gibt keinen Glauben mehr an öffentliche Programme, keinen an die öffentliche Schule und auch keinen an die öffentliche Gesundheitsversorgung«, sagt Drèze. Zugleich ist er der festen Überzeugung, dass nur eine bessere öffentliche Schulerziehung und Gesundheitsversorgung den Hungertod in Indien beenden können.

Von einer politischen Prioritätensetzung für die Armen ist auch in Madhya Pradesh nichts zu spüren. »Wer vom Hunger spricht, gilt als altmodisch oder sozialistisch«, sagt der Sozialaktivist Sachin Jain in Bhopal. Jain hat ein kleines Büro und treue Bewunderer im ganzen Land. Er leitet seit den neunziger Jahren eine in seiner Provinz ebenso einsame wie konkurrenzlose Kampagne für den Artikel 3 der allgemeinen Menschenrechtserklärung: das Recht auf Leben. Jain erzählt, wie die Regierungen in Bhopal ständig die Kaloriensätze für eine vernünftige Ernährung senkten, um den Hunger statistisch zu kaschieren. Er berichtet von der Rekordernte des Jahres 2010 in Madhya Pradesh, die für die Hungernden nichts bedeute, weil sie arm und besitzlos seien. Jain arbeitet in einem Klima der Ignoranz.

Dabei geht es in Madhya Pradesh nicht einmal um ein Minderheits-, sondern um ein Mehrheitsproblem. 60 Prozent aller Menschen in der Provinz sind unterernährt. Das schürt überall Existenzängste. Eltern aber sehen in ihren Kindern ihre zukünftigen Versorger. Umso mehr Kinder werden geboren. Bei 3,1 Kindern pro Frau liegt die Fruchtbarkeitsrate in Madhya Pradesh. So ist die Bevölkerung des Bundesstaats allein im letzten Jahrzehnt von 60 auf 70 Millionen gestiegen. Reicht das, um zu erklären, warum die Neugeborenen nicht richtig versorgt werden?

Landarbeiter Santosh Ahirwar mit Frau

Bei Mahender Hardia klingt es wie eine schlechte Ausrede, wenn der Gesundheitsminister von Madhya Pradesh klagt: »Alle zehn Jahre wird unsere Bevölkerung wiedergeboren.« Er ist für die höchste Kindersterblichkeit der Welt politisch verantwortlich. Hardia müsste gegen die Hungersnot kämpfen. Doch Hardia ist keine Kämpfernatur und weiß selbst nicht, warum ausgerechnet er vor einem Jahr in Bhopal Gesundheitsminister wurde. »Das hat der Chef entschieden«, sagt er.

Der Gesundheitsminister empfängt in Bhopal, in einer prachtvollen Kolonialvilla mit Seeblick. Er trägt eine goldene Uhr und zwei rosa Diamanten in einem goldenen Ring. Immerhin leugnet er das Problem nicht, ganz im Gegensatz zum Innenminister in Delhi. »Es gibt den Hunger noch«, sagt Hardia. Doch er tut nichts dagegen. Er muss sich erst eine Broschüre geben lassen und aus ihr vorlesen, um etwas über die Lebensmittelvergabe an unterernährte Kinder sagen zu können.

Der Landarbeiter Santosh Ahirwar weiß es aus eigener Erfahrung. »Ich esse weniger, damit es meinen Kindern besser geht«, sagt der Vater von vier Söhnen. Er macht das nicht nur aus Altruismus: »Wenn sich meine Söhne später nicht um mich kümmern, werde ich vor Hunger sterben.« Es ist ein Teufelskreis. Denn Vater Ahirwar – er selbst ein großer, hagerer Mann – weiß wohl, wie es um seine Söhne steht. »Schau ihn dir an!«, ruft er seinen Jüngsten herbei. Bald steht ein spindeldürrer Dreijähriger neben ihm. Er heißt Ajay. »Glaubst du, dass er genug zu essen hat?«, fragt Ahirwar.

Die Familie lebt im Dorf Ajitpur im landwirtschaftlich geprägten Kreis Damoh in Madhya Pradesh. Zu Essen gibt es nur Weizenbrot, obwohl ringsherum relativer Wohlstand herrscht. Es ist die beste Jahreszeit, noch mangelt es nicht an Brunnenwasser für die Felder. Es gibt viel Gemüse. Das zahlreiche Vieh in Ajitpur – Kühe und Wasserbüffel – ist gut ernährt. Die meisten Kinder im Dorf sind es nicht. Tiere, Felder und Gemüse gehören den 50 Brahmanen- und Yadavfamilien von Ajitpur. Sie bilden die höheren Kasten. Die meisten Kinder aber gehören zur untersten Kaste, zu den 100 Familien der Unberührbaren im Dorf. Sie müssen inmitten des Wohlstands hungern.

In Ajitpur lassen sich zwei Gründe für das fortwährende Elend festmachen: die unvollständige Landreform und das Kastensystem. Zwar musste in Ajitpur vor Jahren der Großgrundbesitzer gehen. Aber bei der anschließenden Landverteilung gingen die Unberührbaren – die Mehrheit im Dorf – leer aus. Zudem blieb auch das Stigma erhalten, das auf der niedrigsten Kaste lastet. So muss Avadhrani, die Frau Ahirwars, am Dorfbrunnen lange warten, bevor sie Wasser schöpfen darf. Erst wenn kein Mitglied einer höheren Kaste mehr am Brunnen ist, darf sie ran. Die anderen Frauen würden sonst denken, dass sie das Wasser verschmutze.

Kaum anders ergeht es Ahirwar bei der staatlichen Lebensmittelvergabe. Jedes Mal bedient man ihn zuletzt. Nie erhält er genug. Aus seiner Hütte holt er eine fast leere Lebensmitteltüte vom Anganwadi, dem Kinderzentrum. Sofort reißen ihm seine beiden jüngsten Söhne die Tüte aus der Hand und streiten um die letzten Krümel darin. Ahirwar aber erzählt, dass man die Tüten im nahen Städtchen als Viehfutter verkaufe, statt sie den Unberührbaren auszuhändigen. Er selbst bekomme nur eine im Monat, obwohl ihm zwei pro Woche zustünden.

Es sind solche Erfahrungen, die die Unberührbaren davon abhalten, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Von ihren knapp 300 Kindern besuchen an diesem Tag nur drei die Dorfschule. »Sie werden dort nur als Unberührbare behandelt, in die letzte Reihe gesetzt und verprügelt«, sagt Ahirwar. Ohne Schule kein Ausweg aus der Hungersnot in Madhya Pradesh.

Das ist nicht überall in Indien so. Bundesstaaten wie Kerala und Tamil Nadu im Süden, Himachal Pradesh im Norden und selbst das Madhya Pradesh benachbarte Chhattisgarh haben durch viel sozial- und bildungspolitische Eigeninitiative bewiesen, dass den Ärmsten geholfen werden kann, und zwar gerade auch den Unberührbaren. So zeigen die Studien des Ökonomen Amartya Lahiri von der University of British Columbia in Vancouver, dass die Unberührbaren in Indien landesweit seit 1983 bedeutende Fortschritte gemacht haben: Sie sind sozial mobiler geworden, verdienen in den Städten annähernd gleiche Löhne und haben eine bessere Schulbildung. Aber das gilt eben nur sehr eingeschränkt für bevölkerungsreiche Armutsprovinzen wie Madhya Pradesh, Uttar Pradesh und Bihar. Lahiri macht dafür die Korruption verantwortlich: »Sie wäre nicht teuer«, sagt Lahiri über die nötige Hungerhilfe. »Aber die Korruption tötet uns.«

In Madhya Pradesh kommt noch das Phänomen der Deindustrialisierung der Landwirtschaft hinzu. Früher gehörte die Region zum großen Baumwollgürtel Indiens. Doch mit dem Niedergang der indischen Textilindustrie und dem Ersatz von Baumwolle durch Kunststoffe stellten die Bauern hier auf Senf für die Ölherstellung um. »Dadurch wurden Millionen Arbeitskräfte auf dem Land freigesetzt«, bilanziert der emeritierte Wirtschaftsprofessor Valabhdas Mehta in Bhopal. Der 80-Jährige hat sich viel mit Indiens Unterentwicklung beschäftigt. »Für mich sind Wachstum und Entwicklung kein systematischer Prozess«, sagt er.

Ebendas aber bestreitet der indische Mainstream: Ökonomen, Politiker und Unternehmer verweisen stolz auf die Wachstumsraten des Landes, die letztlich auch den Ärmsten Nahrung bescheren sollen. Die Ökonomin Pallavi Mali glaubt nicht daran. Seit 1995 hat sie vier Berichte über die humanitäre Entwicklung in Madhya Pradesh verfasst, im Auftrag der Vereinten Nationen und der Regierung von Madhya Pradesh. »Wir sehen in unserem Bundesstaat trotz steigendem Wirtschaftswachstum seit Jahren keinen Rückgang der Kindersterblichkeit«, sagt die Ökonomin.

Es ist ein großer Streit mit Millionen von Opfern. Der international bekannte indische Schriftsteller Pankaj Mishra hat dazu bemerkt, dass die »Intensität der Entbehrungen in Madhya Pradesh nur mit denen im kriegszerstörten Kongo zu vergleichen sind«. Postwendend schalt Professor Bhagwati den Schriftsteller einen »Reform-Neinsager«, der das indische Wirtschaftswunder diskreditiere. Darauf reagierte Nobelpreisträger Amartya Sen. »Warum ist die Unterernährung in Indien so hartnäckig?«, fragte er und warnte, dass das Land »versäume, in einer Zeit steigender Lebensmittelpreise seine Bevölkerung zu ernähren«.

Im Grunde erkennt man die Lage auch in Deutschland. »Es gibt ein großes Problem mit der angemessenen Ernährung der Bevölkerung«, sagte der ehemalige Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, als er im Februar Delhi besuchte. Mehr wollte er zur Hungersnot im Land seiner Gastgeber allerdings nicht sagen. Er war gekommen, um den Indern den Eurofighter zu verkaufen.

Das aber ist Teil des Problems. Länder wie China werden vom Westen politisch bedrängt, die Menschenrechte inmitten des Wachstumserfolges nicht zu vergessen. In Indien ist das anders, weil Romata und die vielen Millionen anderen toten Kinder keine lokale, keine nationale und erst recht keine internationale Trauergemeinde haben.

Romatas notdürftiges Sandsteingrab am Waldrand von Patni wird bald verweht sein. Nichts wird dann mehr an sie erinnern.

Auf der Kippe

Erstmals seit Jahrzehnten sind Staatspleiten wieder wahrscheinlich – eine neue Gefahr für die Weltwirtschaft

VON MARK SCHIERITZ

Illustration: Daniel Stolle für DIE ZEIT/www.d-stolle.de

Carlo Cottarelli hat in seinem Berufsleben schon viele Papiere verfasst: Berichte über den britischen Staatshaushalt, Analysen der russischen Wirtschaft, Stellungnahmen zur türkischen Finanzlage. Im September des vergangenen Jahres veröffentlichte Cottarelli, der als Leiter der Abteilung für Finanzpolitik beim Internationalen Währungsfonds (IWF) arbeitet, eine kleine Studie. Sie machte in Fachkreisen schnell die Runde. Titel: »Zahlungsausfälle in entwickelten Volkswirtschaften – Unnötig, unerwünscht und unwahrscheinlich«. These: Die Angst vor Staatspleiten ist unbegründet.

So kann man sich irren. Kein halbes Jahr später bereitet sich Europa auf einen Bankrott Griechenlands vor – und Börsianer spekulieren bereits darüber, wer als Nächstes an der Reihe sein könnte. Portugal? Spanien? Großbritannien? Japan? Die USA? Kenneth Rogoff, Professor für Volkswirtschaft an der Harvard-Universität und Krisenexperte, hält ein ganzes »Bündel« von Staatspleiten für wahrscheinlich. Anleger flüchten aus Angst vor dem großen Crash in Gold und Silber.

Als die führenden Wirtschaftsnationen der G 20 im Herbst 2008 beschlossen, die Weltmärkte mit milliardenschweren kreditfinanzierten Rettungspaketen zu stützen, waren sie davon überzeugt, dass sich die Schulden schnell wieder abtragen lassen. Am Freitag kommt die G 20 wieder zusammen – und von der alten Zuversicht ist wenig übrig.

Für die globale Konjunktur, die sich gerade aus der Krise kämpft, bedeutet das Alarmstufe Rot. Die Welt hat kaum Erfahrungen mit Staatspleiten. Sie galten in der westlichen Hemisphäre als praktisch ausgerottet. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Industriestaaten ihre Schulden immer pünktlich bedient, nur einige Schwellen- und Entwicklungsländer gerieten in Zahlungsnöte.

Jean-Claude Trichet tut alles, damit das auch so bleibt. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) war in den achtziger Jahren für das französische Finanzministerium selbst an einer Reihe von Umschuldungen in der Dritten Welt beteiligt. Er fürchtet, dass ein Bankrott in Europa für Chaos an den Märkten sorgt: dass Banken und Versicherungen zusammenbrechen, die den Staaten das Geld geliehen haben, dass Investoren in Panik geraten und ihr Geld aus ganz Europa abziehen, dass Anleger einen Teil ihres Ersparten verlieren.

Seit Wochen blockt Trichet alle Umschuldungspläne hartnäckig ab. Selbst über die maroden Banken halten die Notenbanker ihre schützende Hand. Auf Drängen der EZB verzichtete die irische Regierung weitgehend darauf, private Gläubiger an der Sanierung der Geldhäuser zu beteiligen. Für die Währungshüter ist klar: Nicht der Offenbarungseid, sondern eisernes Sparen führt aus der Schuldenspirale.

Doch sosehr die Krisenländer auch kürzen, die Schulden steigen weiter. Beispiel Griechenland. Bis ins Detail ist geregelt, wo das Land den Rotstift ansetzen muss. Eine »umfassende Rentenreform« müssen die Griechen umsetzen, die Löhne im öffentlichen Dienst kürzen, die Steuern anheben und Staatsunternehmen privatisieren. Alle drei Monate reist ein Inspektionsteam nach Athen und überprüft die Fortschritte. Die Regierung müht sich, trotzdem verfehlt sie die Vorgaben. Ende Februar lagen die Steuereinnahmen schon eine knappe Milliarde Euro unter Plan. Mit ähnlichen Problemen haben Irland und Portugal zu kämpfen. Die jüngste Zinserhöhung der EZB macht den Krisenstaaten zusätzlich zu schaffen.

Aber auch den mächtigen USA entgleitet die Kontrolle über ihre Staatsfinanzen. Die Lage ist so ernst, dass der Weltwährungsfonds Alarm schlägt. Die Schuldenquote werde sich in den kommenden Jahren »nicht stabilisieren« und bis zum Jahr 2016 von derzeit 90 auf über 110 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen, warnt der Fonds in seinem aktuellen Weltwirtschaftsausblick. So alarmiert klingen die IWF-Ökonomen normalerweise, wenn sie über die Schuldenprobleme von Schwellenländern schreiben.

An Geld mangelt es den Amerikanern nicht einmal. Die Wirtschaft insgesamt kommt wieder in Fahrt, und die Profite der Unternehmen steigen. Nur die Einrichtungen des Staates sind chronisch unterfinanziert. Die Einnahmen aus Steuern und Abgaben reichten schon vor der großen Krise nicht aus, um die Staatsausgaben zu decken – jetzt tun sie es noch weniger.

Wenn das Missverhältnis nicht beseitigt wird, ist die Pleite nur eine Frage der Zeit. Die Lösungswege sind bekannt. Entweder der Staat wird geschrumpft, oder die Steuern werden angehoben. Gegen höhere Steuern jedoch wehren sich die Republikaner, gegen niedrigere Ausgaben die Demokraten. Noch gilt ein Staatsbankrott in den USA als unwahrscheinlich. Ausgeschlossen werden könne er nicht, sagt Krisenexperte Rogoff.

Am vergangenen Freitag wurde es bereits knapp. In letzter Minute gelang es den beiden Lagern, sich auf einen Haushalt für das laufende Jahr zu einigen und damit die Zahlungsunfähigkeit der Regierung abzuwenden. Ansonsten hätte Barack Obama eine knappe Million Staatsbedienstete in den Zwangsurlaub schicken müssen, Museen wären geschlossen worden, die Soldaten hätten keinen Sold erhalten. Doch das Problem ist nur aufgeschoben. In wenigen Wochen erreichen die USA die gesetzliche Obergrenze für die Gesamtschulden, dann muss wieder verhandelt werden.

Der Fall Griechenland zeigt, wie schnell das Vertrauen verschwinden kann. Noch vor zwei Jahren liehen die Investoren den Griechen bereitwillig frisches Geld. Jetzt ist das Land vom Kapitalmarkt abgeschnitten – und das womöglich länger als geplant. Eigentlich sollten die Griechen schon im kommenden Jahr 26,7 Milliarden Euro bei privaten Investoren aufnehmen. Doch daran glaubt niemand mehr. Es sei »höchst unwahrscheinlich«, dass das Land 2012 Marktzugang haben werde, heißt es in Kreisen der EU-Regierungen. Wenn die Griechen bis dahin keine neuen Hilfskredite bekommen, müssen sie Bankrott anmelden.

Den Deutschen wird es schwer zu vermitteln sein, noch mehr Steuergeld in den Süden zu schicken, genau wie den Schwellenländern, die über den IWF an der Hilfe beteiligt sind. Selbst der Appetit in Athen dürfte sich in Grenzen halten. Derzeit ist die Regierung auf die Zahlungen angewiesen, um den Staatsbetrieb zu finanzieren. Im kommenden Jahr aber kann sie ihre Ausgaben für Gehälter, Soziales, die Infrastruktur wohl wieder selbst decken.

Das Land braucht zusätzliches Geld, um auslaufende Staatsanleihen abzulösen und Zinsen zu bezahlen. Doch ein großer Teil dieses Geldes würde ins Ausland abfließen, weil ausländische Banken viele Staatsanleihen halten. Gut möglich, dass Athen lieber die Banken leer ausgehen lässt, als sich immer neue Kredite aufzuhalsen und immer mehr nationale Souveränität an Brüssel abzugeben. Bereits jetzt wächst in der griechischen Bevölkerung der Widerstand gegen die Auflagen der EU.

hält. Allein die chinesische Regierung hat sich mit 1154 Milliarden eingedeckt.

Eine griechische Insolvenz dagegen gilt inzwischen als verkraftbar. Die Währungsunion ist besser gegen Pleiten gerüstet als noch vor einem Jahr. Es gibt einen Rettungsschirm, der ausgeklappt werden kann, wenn sich andere Länder anzustecken drohen. Und die Banken sind widerstandsfähiger. Viele Geldhäuser – in Deutschland zuletzt die Commerzbank – konnten ihre Kapitalpolster auffüllen. »Ein Zahlungsausfall in Griechenland wirft das Finanzsystem nicht um«, sagt der Vorstand eines großen deutschen Instituts.

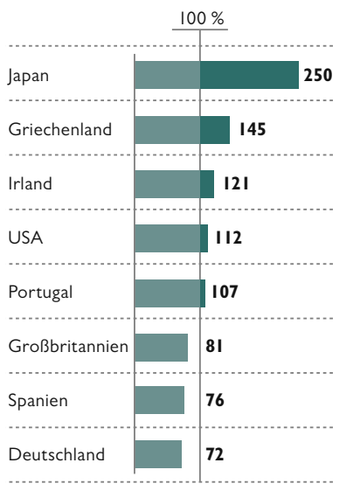
Obwohl eine Umschuldung für die EU offiziell noch kein Thema ist, kursieren bereits erste Pläne. Die Rede ist von einer Verlängerung der Laufzeiten oder einem freiwilligen Verzicht auf Forderungen. Interne Schätzungen legen weiter gehende Schritte nahe. Demnach müssten 40 bis 50 Prozent der Verbindlichkeiten gestrichen werden, damit das Land wieder auf die Füße kommt. Rating-Agenturen tippen auf bis zu 70 Prozent (siehe Interview Seite 24). Deutschland hätte dann die größten Lasten zu tragen. Die enormen Ersparnisse der Bundesbürger wurden auch in Griechenland angelegt, der deutsche Staat trägt die Hauptlast der Hilfskredite, die im Fall einer Pleite wohl ebenfalls nicht mehr komplett zurückgezahlt würden, und Deutschland ist der größte Anteilseigner der Europäischen Zentralbank, die Griechen-Bonds im Wert von geschätzt 40 Milliarden Euro aufgekauft hat.

Am Ende könnte eine Pleite der Griechen teurer werden als ihre Rettung.

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/finanzkrise

Schieflagen

Staatsschulden in Prozent vom jährlichen Bruttoinlandsprodukt*



ZEIT-Grafik/Quelle: IWF; *Projektion 2016

»Bis zu 70 Prozent«

Kommt eine Umschuldung Griechenlands? Der Rating-Profi Moritz Kraemer wird konkret

DIE ZEIT: Herr Kraemer, die Märkte und viele Politiker erwarten, dass Griechenland bald umschulden muss. Wann ist es so weit?

Moritz Kraemer: Die Gerüchte verdichten sich zwar, das ist unübersehbar. Griechenland hat seine Ziele für Einsparungen und Steuereinnahmen 2010 verfehlt, was für 2011 wenig Gutes verheißt. Die Kapitalmärkte gehen beharrlich davon aus, dass dies keine Übergangsprobleme sind, sondern strukturelle Probleme, die eine Umschuldung unumgänglich machen.

ZEIT: Sie sehen das anders?

Kraemer: Was Griechenland betrifft, haben die Märkte früher kaum Unterschiede zu Ländern mit bester Bonität gemacht. Inzwischen haben sie aber umso schneller und heftiger reagiert. Heute hält der Markt Griechenlands Kreditwürdigkeit für deutlich niedriger als wir bei Standard & Poor's und die Wahrscheinlichkeit einer Umschuldung für deutlich höher als wir.

ZEIT: Geht es etwas genauer?

Kraemer: Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist gestiegen. In unseren Augen beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass Griechenland umschulden muss, fast ein Drittel. Dies entspricht dem historischen Wert für die spekulative Kategorie, in die wir Athen seit einiger Zeit einordnen.

ZEIT: Mit welchen Einschnitten rechnen Sie?

Kraemer: Wenn es zu einer Umschuldung der Verbindlichkeiten Athens kommt, erwarten wir je nach Modalitäten einen Schnitt um 50 bis 70 Prozent des aktuellen Werts.

ZEIT: Das würde massive Verluste für die Gläubiger bedeuten – vor allem für die Banken!

Kraemer: Zwar fehlt es in Europa an Erfahrungswerten, aber die Geschichte legt solche Größenordnungen nahe. Es ist denkbar, dass Europas Politik im Ernstfall zunächst moderate Schritte erwägt, etwa eine Streckung von Laufzeiten oder eine Reduzierung von Zinszahlungen. Wir aber halten es für wenig sinnvoll – und daher auch für wenig wahrscheinlich –, die enormen Folgen eines solchen Schrittes für den Marktzugang und die Finanzierungskosten eines Landes in Kauf zu nehmen, wenn man die Schuldenlast zugleich nur von aktuell 160 Prozent auf 130 Prozent senkt. Dieser Schritt lohnt sich nur, wenn man die Schulden tatsächlich nachhaltig reduziert.

ZEIT: Jüngster Anwärter für Hilfen Europas ist Portugal. Wie schwierig wird dessen Rettung?

Kraemer: Die Lage Portugals ist prekär, aber längst nicht so dramatisch wie die Griechenlands. Portugals Ausgangssituation ist deutlich besser. In der Vergangenheit waren bereits Erfolge in der Haushaltskonsolidierung festzustellen.

ZEIT: Portugal braucht binnen Wochen viele Milliarden, Europa will aber nur helfen, wenn Lissabon zuvor harte Sparmaßnahmen zusagt. Es gibt jedoch Wahlen, die neue Regierung und das neue Parlament werden erst Ende Juni stehen.

Kraemer: Wir sehen in dieser Frage keine großen Unterschiede zwischen den Parteien und daher keine Gefahr. Alle wissen, dass es keine Alternative gibt. Ein Scheitern der Gespräche über internationale Hilfen ist ein Szenario, das sich weder Portugiesen noch Europäer ausmalen wollen, und daher wenig wahrscheinlich.

> »Für uns bei Standard & Poor's beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass Griechenland umschulden muss, fast ein Drittel«

ZEIT: Ist Spanien der Nächste?

Kraemer: Wir haben in den vergangenen Monaten gesehen, dass die Märkte inzwischen stärker zwischen den Ländern differenzieren. Spanien hat noch Probleme, zum Beispiel seine Sparkassen, aber schließlich das dritthöchste Rating, das wir vergeben. Wir sind zuversichtlich, dass es nicht das nächste Land ist, das bei der EU um Hilfe bitten muss.

ZEIT: Wird Irland noch mehr Geld brauchen? Von dort kommen ständig Hiobsbotschaften.

Kraemer: Wir bewerten Irland besser, als die Märkte es tun. Unser Rating-Ausblick ist stabil. Wir halten also dort die Talsohle, den Wendepunkt für erreicht. Eine Umschuldung halten wir für außerordentlich unwahrscheinlich.

ZEIT: Wird die Rettung dieser Staaten weit langwieriger, als die Politiker uns bisher glauben machen wollen? Standard & Poor's sieht Griechenland, Irland und Portugal als Kunden des 2013 startenden permanenten Sicherheitsfonds ESM. Nach vorübergehender Hilfe klingt das nicht.

Kraemer: Als vergangenes Jahr der aktuelle, provisorische Rettungsfonds aus der Taufe gehoben wurde, hieß es auch, er werde die Märkte abschrecken und nie genutzt. Inzwischen haben Irland und Portugal Hilfen daraus beantragt. Wir gehen davon aus, dass der ESM ebenfalls genutzt werden wird. Das gilt insbesondere für Griechenland, das einer Rückkehr an den Markt in den vergangenen 12 Monaten nicht wesentlich näher gekommen ist. Es ist sehr optimistisch, zu glauben, dass sich bis Mitte 2013 alles beruhigt hat und die Märkte den Krisenländern wieder Geld geben, ohne mit der Wimper zu zucken.

ZEIT: Entscheidend sind dafür auch die Noten der Rating-Agenturen. Der Internationale Währungsfonds forderte daher jüngst, dass öffentliche Institutionen und private Investoren diesen Noten künftig weniger Gewicht beimessen.

Kraemer: Wir haben uns nie dafür starkgemacht, dass Ratings für regulatorische Zwecke genutzt werden, und halten es für sinnvoll, wenn dies geändert wird. Wenn die EZB oder andere staatliche Akteure unsere Ratings als Maßstab für Entscheidungen vorschreiben, geben sie ihnen eine offizielle Bedeutung, um die wir nie gebeten haben. Das ist eine Verantwortung, die uns nicht behagt und die wir nicht tragen wollen.

ZEIT: Das klingt nun aber sehr demütig. Es ist doch ein Ausdruck enormer Macht, wenn Europa wie jüngst beschließt, den aktuellen Rettungsfonds massiv aufzubessern, nur damit dieser auch ja den Anforderungen für die beste Rating-Kategorie genügt. Dieser Einfluss gefällt Ihnen doch sicher und nützt dem Geschäft.

Kraemer: Ich halte das eher für einen Ausdruck hoher Glaubwürdigkeit. Ich würde statt von Macht lieber von Relevanz unserer Ratings sprechen. Wir waren noch gar nicht angesprochen worden, da hatten schon etliche europäische Regierungschefs öffentlich die Höchstnote für den Rettungsfonds gefordert. Die Politik hat das gewollt und sich selbst in Zugzwang gebracht, unsere Kriterien zu erfüllen. Die gelten für Rettungsfonds genauso wie für Staaten und Firmen.

Die Fragen stellte ARNE STORN

Foto: Bernd Roselieb/Visum

Stille Macht

Als Europas Regierungen Ende März beschlossen, den Rettungsfonds der Euro-Zone aufzubessern, hieß einer der Gründe **Moritz Kraemer** von der Rating-Agentur **Standard & Poor's** (S&P). Im Rettungsfonds stecken zwar 440 Milliarden Euro, davon kann er aktuell aber nur rund 250 Milliarden Euro vergeben. Andernfalls würde er bei den Rating-Agenturen seine Bestnote verlieren – die gibt es nur bei ausreichenden Sicherheiten. Kraemer leitet bei S&P die **Bewertung von Staaten in Europa, Nahost und Afrika** – und damit auch die Bewertung des Rettungsfonds.

S&P, Moody's, Fitch: Diese drei Privatfirmen benoten Staaten, Unternehmen und Finanzprodukte. Je schlechter die Note, für desto größer halten sie die Gefahr, dass Gläubiger ihr **Geld nicht wiedersehen.** Da viele Noten im Boom zu gut ausfielen, geben Kritiker den Agenturen eine Mitschuld an der Finanzkrise. Viele Investoren und staatliche Institutionen orientieren sich aber bis heute an ihnen. STO

Wir packen das

Spaniens Premierminister beschwört die nationale Stärke

Abendstimmung in der Nähe von Sevilla

Auf so einen Auftritt hat der Regierungschef lange warten müssen. »Za-pa-te-ro, Za-pa-te-ro«, schallt es ihm im Stakkato von den Zuschauerrängen der Stadthalle von Alcalá de Henares entgegen. José Luis Rodríguez Zapatero muss die Menge erst einmal beruhigen, um zu Wort zu kommen. »Erinnert ihr euch«, sagt er dann, »dass noch vor ein paar Monaten alle gesagt haben: Wenn Portugal fällt, dann ist Spanien als Nächstes dran?« Kurze Pause: »Sie haben sich geirrt. Spanien wird aus eigener Kraft aus der Krise gelangen!« Donnernder Applaus. Das wollen die Leute hören.

Doch hat Zapatero recht? Haben all die anderen recht, die Wirtschaftsministerin, die Ökonomen, der Chef des Internationalen Währungsfonds, der EU-Währungskommissar? All jene, die seit Portugals Hilferuf beim EU-Rettungsfonds unablässig betonen, Spanien werde nicht dem Dominoeffekt zum Opfer fallen? Von weiteren Sparmaßnahmen und Einschnitten in das Sozialsystem spricht der Regierungschef an diesem Tag nicht. Doch genau die werden nötig sein, wenn die Optimisten recht behalten wollen. Spanien ist noch nicht über den Berg.

»Was sollen die denn anderes erzählen«, sagt tags darauf Fernando Fernández von der Madrider Wirtschaftshochschule IE Business School. »Wenn die ankündigen würden, dass nach Portugal demnächst auch Spanien unter den Rettungsschirm schlüpfen wird, bricht doch Panik aus, und Spanien bekommt keinen Cent mehr an den Finanzmärkten.«

Spanien ist nicht Portugal. Dieser Satz, der nun wie ein Mantra wiederholt wird, stimmt in mancherlei Hinsicht. Vor allem aber geht die Furcht um, dass die viertgrößte Wirtschaftsmacht unter den Euro-Ländern eben nicht wie der kleine Nachbarstaat Portugal vor der drohenden Pleite gerettet werden könnte.

Nach Ansicht von Pimco gibt es wenig Grund zur Sorge. Die Fondsgesellschaft, die den weltweit größten Anleihenfonds verwaltet, ging kürzlich sogar raus aus US-Anleihen und schichtete stattdessen in spanische Papiere um. Die Rendite für spanische Anleihen ist mit 5,2 Prozent deutlich höher, das Ausfallrisiko allerdings auch. Doch der Zinsunterschied sei höher als die reale Gefahr, glauben die Pimco-Analysten. Mit der Verringerung des Haushaltsdefizits von elf auf neun Prozent im vergangenen Jahr und seinen Wirtschaftsreformen habe Spanien wichtige Schritte zum Schutz vor Ansteckung unternommen, sagt Andrew Bosomworth, Leiter des deutschen Portfoliomanagements in München. Seine Einschätzung wird von einer Analyse der Allianz gestützt, die wiederum die Muttergesellschaft von Pimco ist. Der Bericht erkennt vor allem die Einhaltung der Sparziele und die Verbesserung der Produktivität der Unternehmen an.

Die Zinsen für spanische Staatsanleihen sind seit Dezember deutlich gesunken

Das lange Zögern Portugals, Hilfe in Anspruch zu nehmen, habe Spaniens Regierung tatsächlich genutzt, um Reformen anzustoßen und die Investoren zu überzeugen, ist auch IE-Professor Fernández überzeugt. Deshalb sei die Ansteckungsgefahr nun geringer als noch im Dezember. Beweis dafür sei, dass Spanien am Tag des portugiesischen Hilferufs problemlos Staatsanleihen im Wert von 4,1 Milliarden Euro am Markt platzieren konnte. Der Zinssatz für zehnjährige Papiere betrug 5,2 Prozent. Im November waren es noch 5,67 Prozent. Alles hänge nun davon ab, dass die begonnenen Reformen auch zu Ende gebracht würden, warnt Fernández. Damit ist insbesondere die Sanierung der Sparkassen gemeint. Die vergaben zu Zeiten des Immobilienbooms oft leichtfertig Kredite und müssen nun laut der Zentralbank Banco de España um die Rückzahlung von Darlehen im Wert von 110 Milliarden Euro bangen. Angesichts einer Arbeitslosenquote von 22 Prozent können Tausende Häuslebauer ihre Kredite nicht mehr bedienen.

Die Banco de España und das spanische Wirtschaftsministerium erwarten, dass der Staat mit 15 Milliarden Euro bei den Sparkassen und einigen kleineren Banken einspringen muss. Andere wie die Rating-Agentur Moody's rechnen mit mindestens 50 Milliarden Euro. Die Immobilien, die von säumigen Schuldnern zurückgenommen wurden, stehen meist noch mit unrealistisch hohen Preisen in den Büchern. »Je länger es dauert, bis wir über den tatsächlichen Bedarf Gewissheit haben, desto wahrscheinlicher ist, dass mit dieser Zahl erneut spekuliert wird und Spanien den Preis dafür bezahlen wird«, sagt Fernández.

Bald ist Wahl – und die Opposition soll weitere Sparpakete mittragen

Das nächste Problem ist: Bald werden sich die Parteien für die Parlamentswahl 2012 vorbereiten, und es rächt sich, dass Zapatero eine Minderheitsregierung anführt und für seine Sparprogramme – ebenso wie der glücklose Kollege José Sócrates in Portugal – auf Unterstützung der Opposition angewiesen ist. Warum sollte diese ihre Lage verschlechtern, indem sie ihrer Klientel weitere Opfer abverlangt? Zumal bei so sensiblen Themen wie Einsparungen im Bildungs- und Gesundheitswesen oder bei der Reform des Tarifrechts. Wenn in Spanien Gewerkschaften und Arbeitgeber über Lohnerhöhungen verhandeln, gilt noch immer die Maxime »Inflationsrate plus x«. Im März betrug die Rate 3,6 Prozent im Jahresvergleich.

Um Preissteigerungen im Euro-Raum einzudämmen, erhöhte die Europäische Zentralbank vorige Woche dann auch noch den Leitzins auf nun 1,25 Prozent. Die kleine Anhebung verteuert spanische Kredite noch nicht dramatisch. Doch wenn der Zins bis Jahresende wie von vielen erwartet auf 1,75 oder sogar 2 Prozent steigt, wird das für Spanien zum Problem. Immobiliendarlehen werden dort fast ausschließlich zu variablen Zinssätzen abgeschlossen, sie würden noch teurer als ohnehin schon.

Beim Münchner ifo Institut geht man davon aus, dass eine plötzliche Zinserhöhung um einen Prozentpunkt mit einer Verringerung des Wirtschaftswachstums um 0,5 bis 1 Prozentpunkte einhergeht. »Die Europäische Zentralbank befindet sich in einem Dilemma«, sagt ifo-Forscher Nikolay Hristov. Während Deutschlands boomende Wirtschaft derzeit einen Leitzins von drei Prozent vertragen könnte, brauchte die schwächelnde spanische Konjunktur theoretisch minus drei Prozent. Spaniens Wirtschaftsministerin Elena Salgado reduzierte ihre Wachstumsprognosen für 2012 und 2013 in der vergangenen Woche schon mal um zwei beziehungsweise drei Zehntel auf 2,3 und 2,4 Prozent. Für dieses Jahr hielt sie an der Erwartung von 1,3 Prozent Wachstum fest. Das sei zu optimistisch, warnt selbst die Banco de España. Die Rating-Agentur Fitch rechnet mit gerade mal 0,5 Prozent.

Das Wirtschaftsministerium knüpft seine Prognosen an einen Exportboom, der den schwachen Inlandskonsum abfedern soll. Man habe wohl vergessen, dass Spanien Teil einer globalen Ökonomie sei, in der die USA, Europa und Asien insgesamt ihre Wachstumsprognosen zurücknehmen, kommentierte Steen Jakobsen, Chefökonom der dänischen Saxo Bank. Mit den harten Sparmaßnahmen, die auf Portugal zukommen, dürfte auch der bisher viertgrößte Importeur für spanische Waren seine Einfuhren reduzieren.

Spaniens Schicksal ist also noch mit vielen Fragezeichen verknüpft. Der Ruf nach Rettung sei nicht das wahrscheinlichste Szenario, glaubt IE-Ökonom Fernández. »Ausschließen kann man ihn aber nicht. Das zweite Halbjahr 2011 wird hart für Spanien.« KARIN FINZENZELLER

Sie haben gepackt

Facharbeiter aus Spanien und Portugal wollen ihre Heimat verlassen VON KARIN FINKENZELLER

Fotos: Frances Stephane/Hemispheres Images/laif

Alfonso Mirat büffelt Reflexivpronomen und die Vergangenheitsformen unregelmäßiger Verben. Mich, dich, sich ..., ich ging, du gingst, er ging ... »Ich habe so viel vergessen«, sagt Mirat und hebt verzagt die Schultern, denen man das jahrelange Rugby-Training ansieht.

An der Schule hatte Mirat etwa drei Jahre lang Deutschunterricht. Aber das ist mehr als 15 Jahre her, Englisch schien wichtiger, und Deutsch, das war schwer, also flogen die Lehrbücher in die Ecke. Jetzt ist Mirat 32, und mit einem Mal gilt Deutsch als eine Art Sesam-öffne-dich für eine strahlende Zukunft.

Zumindest wenn man jung und gut ausgebildet ist, aber arbeitslos wie Mirat, der Luftfahrtingenieur. Die Nachricht vom Fachkräftemangel in Deutschland hat sich in Spanien und auch im benachbarten Portugal schnell verbreitet. Auf der Iberischen Halbinsel dagegen ist Krise, hier liegt die Erwerbslosenquote teils oberhalb von 20 Prozent. Tausende würden lieber heute als morgen aufbrechen, um die Misere in der Heimat möglichst schnell hinter sich zu lassen.

Seit Wochen bestürmen Leute wie Mirat Botschaften, Konsulate, Handelskammern und Arbeitsämter mit Anfragen. In Zeitungen und im Fernsehen wird an die sechziger Jahre erinnert, als *trabajadores invitados* schon einmal Spanien in Richtung Wirtschaftswunderland verließen. Wobei es heute Ingenieure sind, die wandern.

Qualifizierte Kräfte haben es schwer mit der Jobsuche in Spanien. 44 Prozent der Akademiker zwischen 25 und 29 arbeiten unterhalb ihrer Qualifikation.

Allein in Barcelona zählt der Vizedirektor des Goethe-Instituts, Marc Borneis, 21 Prozent mehr Einschreibungen für Sprachkurse als im Februar 2010. Drei zusätzliche Lehrkräfte wurden eingestellt, andere Lehrer haben ihr Pensum aufgestockt.

Franz Piesche-Blumtritt von der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit bremst die Euphorie ein wenig: Zwar gelte für Spanier und Portugiesen die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU. Anders als in ihren Heimatländern, wo wichtige Firmen meist in den Metropolen angesiedelt seien, säßen in Deutschland aber zahlreiche potenzielle Arbeitgeber im ländlichen Raum. »In Schwäbisch Hall haben wir zum Beispiel 14 mittelständische Weltmarktführer. Ob Bewerber aus Spanien und Portugal bereit sind, sich dort niederzulassen, ist noch nicht erwiesen.«

»Eine Flucht des Humankapitals, das wir brauchen«

Auch hätten Mittelständler, die der Fachkräftemangel viel stärker betreffe als große Aktiengesellschaften, oft sehr hohe Erwartungen an die »Passgenauigkeit der Bewerber«. Im März wollen Berater nun erst einmal die gesammelten Bewerberprofile und Stellenangebote vergleichen. »Das ist dann die Stunde der Wahrheit«, sagt Piesche-Blumtritt.

Das klingt eher nach mühsamer Bürokratie als nach einer schnellen Einreise nach Deutschland. Auch bei den deutschen Arbeitgeberverbänden gibt es anscheinend keine konkreten Pläne für die Anwerbung südländischer Fachkräfte. In Portugal und Spanien wiederum regt sich Widerstand aus der Politik. Maria João Rodrigues zum Beispiel, Ex-Arbeitsministerin in Portugal und Beraterin des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso, hat Deutschland kürzlich kräftig kritisiert. Es könne ja wohl nicht sein, dass Portugal zur Sanierung seines überschuldeten Haushalts dazu gezwungen werde, Gehälter und Sozialstandards zu senken, und außerdem seine Arbeitskräfte ins Ausland gelockt würden, schimpfte sie.

Auch Manuel Acero, Präsident des spanischen Ingenieurverbands, beschwört eine »Flucht des Humankapitals, das wir brauchen, um wettbewerbsfähig zu sein«, herauf. José Luis González Vallvé, der Vorsitzende des Verbandes Tecniberia, fürchtet einen »Braindrain«.

Jordi aus Barcelona und João aus Porto haben, wie sie sagen, zurzeit ganz gute Jobs. Dass sie dennoch emigrieren wollen, liege an den mangelnden Perspektiven zu Hause – und der schlechten Bezahlung. Als gelernter Maschinenbauer verdient João gerade einmal rund 1100 Euro brutto, und so viel billiger als in Deutschland ist das Leben auch in portugiesischen Großstädten heute nicht mehr.

»Ich verdiene hier viel mehr, als ich in Spanien verdienen könnte. Ich kann mir vorstellen, sehr lange zu bleiben«, sagt auch Julián Cocero. Der 28-jährige SAP-Spezialist aus Cuenca südlich von Madrid arbeitet seit dem Sommer 2010 für einen großen Konzern in München. Den Job hat er über das Internet gefunden. Die berufliche Anerkennung, die schöne Wohnung in Schwabing und die Wochenendausflüge trösten über die Entfernung von Familie und Freunden hinweg.

Dafür gibt es ja nun Skype, das Telefonieren übers Internet. Die Generation von spanischen Gastarbeitern, die vor einem halben Jahrhundert nach Deutschland kam, konnte von diesem Kontakt zur Heimat nur träumen.

Thomas Middelhoff auf seinem Anwesen ...

Der Manager **Thomas Middelhoff** (57) war Vorstandschef des Medienkonzerns Bertelsmann, bevor er im Jahr **2004** zum Handelskonzern KarstadtQuelle kam. Er folgte einer Bitte der Großaktionärin Madeleine Schickedanz. Middelhoff wurde erst Aufsichtsratschef, dann **2005** Vorstandschef. Da stand der Konzern vor dem Aus. In der Folgezeit sanierte der Manager, verkaufte, baute um und erfand den Namen Arcandor. In der Finanzkrise **2008** verschlechterte sich die Lage wieder so sehr, dass Middelhoff gehen musste. Im Sommer **2009** war Arcandor dann pleite

»Wie Hans im Glück«

Ein Gespräch mit Thomas Middelhoff, der als Manager reich wurde und Millionen anlegen konnte. Genau das brachte ihm jetzt eine Klage über 175 Millionen Euro ein. Der Prozess hat diese Woche begonnen

DIE ZEIT: Herr Middelhoff, der Arcandor-Insolvenzverwalter verlangt 175 Millionen Euro Schadensersatz von Ihnen. Gibt Ihr Vermögen das her?

Thomas Middelhoff: Ich habe den Eindruck, dass er das selber nicht ernst meint. Diese Klage ist ohne Substanz und damit verbunden auch die Kampagne, die ich zwei Jahre über mich ergehen lassen musste. Was das Vermögen angeht – so nett ich Ihre Frage finde, ich werde sie Ihnen nicht beantworten.

ZEIT: Nun ist der Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg nicht irgendwer, sondern ein außerordentlich renommierter Mann. Womit erklären Sie sich die Härte seines Vorgehens, auf das Sie wiederum mit einer Strafanzeige antworten?

Middelhoff: Herr Görg hat eine Theorie, die jeden Wirklichkeitsbezug vermissen lässt. Sie besteht darin, dass ich mit dem Bauunternehmer und Vermögensverwalter Josef Esch sowie mit der Bank Sal. Oppenheim zum Nachteil von Karstadt zusammengearbeitet haben soll – und zwar aus Eigennutz.

ZEIT: Was verspricht sich Herr Görg?

Middelhoff: Er möchte an die Manager-Haftpflichtversicherung, die Arcandor damals für mich abgeschlossen hat und die 175 Millionen Euro deckt – genau die Klagesumme.

ZEIT: Vermutlich wünschen sich viele Frauen aus dem Quelle-Versand, die durch die Pleite von Arcandor ihren Arbeitsplatz verloren haben, dass Sie verurteilt werden.

Middelhoff: Mir tut es um jeden dieser Arbeitsplätze leid, aber als ich ging, war eine Insolvenz kein Thema. Ich habe mir nichts zuschulden kommen lassen. Das werden die Prozesse zeigen.

ZEIT: Nehmen wir an, Sie würden doch verurteilt. Dann hieße das, Sie hätten pflichtwidrig gehandelt. Zahlt dann die Versicherung?

Middelhoff: Sie zahlt, wenn ein Manager fahrlässig gehandelt hat. Sollte Görg aber darauf zielen, dass ich vorsätzlich gehandelt habe, dann zieht keine Manager-Haftpflichtversicherung, dann würde sich die Frage wirklich so stellen, wie Sie sie gestellt haben: Hat der Herr Middelhoff überhaupt so viel Geld?

ZEIT: Ein gutes Stichwort. Sie haben Ihr privates Vermögen von Josef Esch verwalten lassen, und der hat Ihr Geld in Karstadt-Immobilien angelegt, bevor Sie dort Chef wurden. Halten Sie das im Nachhinein für eine gute Idee?

Middelhoff: Der Grund, warum ich Herrn Esch kennengelernt habe, lag fatalerweise in einer Prämie, die ich vom Medienkonzern Bertelsmann zugesprochen bekommen habe, dessen Chef ich war. Wenn man so will, fingen damit meine Probleme an. Ohne die Prämie ginge es mir vielleicht besser.

> »Das erste Treffen mit Josef Esch war bei uns zu Hause. Nach drei Minuten war klar, wer das Sagen hat, und auf Kölsch ging es dann rauf und runter«

ZEIT: Sie waren in der Notlage, plötzlich 40 Millionen unterbringen zu müssen?

Middelhoff: Ich hatte noch nie so viel Geld gehabt.

ZEIT: Wie kamen Sie dann an Herrn Esch?

Middelhoff: Ich wollte keine Ortsgröße, sondern die beste Adresse. Also habe ich Rolf Breuer gefragt, der damals Chef der Deutschen Bank war und im Aufsichtsrat von Bertelsmann saß. Der riet mir: »Kommen Sie zu uns, und wenn Sie das nicht wollen, empfehle ich Sal. Oppenheim.« Und weil ich nicht wollte, dass Rolf Breuer weiß, was ich so mache und habe, habe ich Alfi von Oppenheim angerufen. Der meinte, er schicke jemanden vorbei, aber da müsse ich Vertrauen haben. Der sehe etwas gewöhnungsbedürftig aus, aber er ordne und verwalte sehr große Vermögen.

ZEIT: Interessante Einführung.

Middelhoff: Das erste Treffen mit Josef Esch war bei uns zu Hause, ich glaube, an einem Donnerstag, abends gegen 22 Uhr. Vorher hatte man bei Bertelsmann nie Zeit. Er saß also hier und hatte noch zwei Partner von Sal. Oppenheim dabei. Nach drei Minuten war klar, wer das Sagen hat, und auf Kölsch ging das rauf und runter. Dann hat er mir die Dinge erklärt, die ich, offen gestanden, nicht sofort verstanden habe. Und er hat gesagt, er mache rundum Gesamtvermögensverwaltung.

ZEIT: Er hat dann empfohlen, das Geld in Immobilien anzulegen. Er war ja Bauunternehmer.

Middelhoff: Das Konzept war relativ einfach: Aus steueroptimierenden Gründen floss das Geld in geschlossene Immobilienfonds.

ZEIT: Dafür haben Sie auch Kredite aufgenommen. Vermögensbildung auf Pump, ist das solide?

Middelhoff: Es war ja schon ein beträchtliches Vermögen vorhanden, und die Anlagevorgabe für Herrn Esch war: konservativ und ohne Risiken. Das, was sonst negativ ist an geschlossenen Immobilienfonds, dass man nicht genau weiß, mit wem man sich einlässt, schien in diesem Fall kein Problem, weil immer die Bank Sal. Oppenheim mit investiert hat. Außerdem waren die Eigentümer der Bank mit privatem Vermögen dabei, also die Ullmanns, die Krockows, die Oppenheims. Und andere große Vermögen: der Schuhhändler Heinz-Horst Deichmann, die Quelle-Erbin Madeleine Schickedanz und so weiter. Diese Personen, wie auch andere bekannte Familien, hatten ihre Gesamtvermögensverwaltung bei Herrn Esch. Ich habe hier gesessen und gesagt, wo ist das Problem, ich bin ja wie Hans im Glück. Die Nachsteuerrendite betrug fünf Prozent.

ZEIT: Das waren nicht mal Wahnsinnsrenditen.

Middelhoff: Genau. Dann haben wir das noch mal diskutiert, meine Frau und ich. Meine Frau hatte gewisse Vorbehalte gegen die Person Esch. Aber dann haben wir gesagt, wir machen das. Na ja.

ZEIT: Hat er dann wirklich alles erledigt?

Middelhoff: Alles, die Gesamtvermögensverwaltung durch Herrn Esch unter dem Dach der Oppenheim-Esch-Holding. 50 Prozent der Anteile lagen bei der Bank Sal. Oppenheim, 50 Prozent bei Herrn Esch. Da werden Sie ja fast schon lebensuntüchtig, die regeln alles. Wenn beispielsweise unsere Tochter ein Auto brauchte, übernahm Josef Esch das: Auto kaufen mit Rabatt, Auto abholen, Auto anmelden und so weiter.

ZEIT: Sie haben sich abhängig gemacht. War das für Sie kein Punkt?

Middelhoff: Für mich war es eine gewünschte Entlastung. Sie haben ja wirklich keine Zeit für Privates, wenn Sie bei Bertelsmann tätig sind oder bei Investcorp. Ich habe es mit Esch immer so gehandhabt, dass ich meine Vermögensplanung der nächsten fünf Jahre mit ihm schriftlich vereinbart habe. Da war erst das Bertelsmann-Geld, dann kam das Geld von Investcorp.

ZEIT: Das war die Investmentfirma in London, bei der Sie nach Ihrer Zeit bei Bertelsmann waren.

Middelhoff: Ich war da nicht schlecht dotiert, das war ein Vielfaches dessen, was ich bei Bertelsmann oder später bei Karstadt verdiente, und es gab auch noch hohe Ausschüttungen, als ich schon bei Investcorp ausgeschieden war. Das war immer Faktor 3 oder 4 von meinem Karstadt-Einkommen. Das habe ich Esch immer vorher gegeben, und er hat danach ausgerechnet, wie viele Fonds ich zeichnen müsste, damit es steueroptimal für mich ausgeht.

ZEIT: Sind Sie weiterhin mit ihm verbunden?

Middelhoff: Ja, über acht Oppenheim-Esch-Fonds, in die ich investiert habe, bin ich weiter mit ihm verbunden. Er macht aber nicht mehr die Gesamtvermögensverwaltung, seit Ende vergangenen Jahres nicht mehr. Aber in diesen Objekten bin ich drin. Und da hat es ja auch Wirkung gegeben. Das ist klar, wenn Sie wie bei den vier Karstadt-Fonds die Miete halbieren, kann das kein tolles Investment mehr sein.

ZEIT: Deshalb haben wir besorgt nach Ihrem Vermögen gefragt.

Middelhoff: *(lacht)* Da könnte man sagen: vor und nach Esch.

ZEIT: Stimmt es, dass Sie Schadensersatzforderungen gegen ihn prüfen?

Der Prozess

Was dem Manager Middelhoff vorgeworfen wird VON WOLFGANG GEHRMANN

Gleich zweier Zivilklagen muss sich Thomas Middelhoff, der einstige Vorstandsvorsitzende des Handelskonzerns Arcandor, erwehren. Beide hat Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg angestrengt. Im ersten Verfahren fordert er 175 Millionen Euro Schadensersatz. Auch zehn weitere ehemalige Aufsichtsräte und Vorstände hat Görg auf Schadensersatz zwischen 100 000 und 175 Millionen Euro verklagt. Der Prozess hat am Mittwoch dieser Woche vor dem Landgericht Essen begonnen.

Im Kern geht es um fünf Karstadt-Warenhäuser, die zwischen 2001 und 2003 an die Oppenheim-Esch-Gruppe verkauft wurden. Letztere gehört dem Bauunternehmer Josef Esch und der Bank Sal. Oppenheim. Über fünf geschlossene Immobilienfonds war dann die Modernisierung der Karstadt-Häuser finanziert worden. Anschließend hatte der Konzern sie zurückgemietet. Insolvenzverwalter Görg ist nun der Auffassung, dass dieses Geschäft unvorteilhaft war, weil die Verkaufspreise zu niedrig und die späteren Mieten zu hoch angesetzt gewesen seien. Middelhoff hätte diese Verträge anfechten oder zumindest seine Vorgänger zur Verantwortung ziehen sollen.

Pikant an der Angelegenheit ist, dass Esch zugleich Verwalter von Thomas Middelhoffs beträchtlichem Privatvermögen war. Middelhoff selbst und seine Ehefrau hatten sich an den Oppenheim-Esch-Fonds, welche die fünf Karstadt-Häuser finanzierten, beteiligt. Von den hohen Mieten, die Karstadt-Quelle, später Arcandor, zahlen musste, profitierte also mittelbar auch Middelhoff.

Middelhoff beruft sich darauf, dass er sich an den Fonds beteiligt habe, lange bevor er im Mai 2004 in den Aufsichtsrat von KarstadtQuelle und ein Jahr später an die Spitze des Vorstands berufen worden sei. Er habe sein Engagement in den Fonds stets offenbart. Eine Anfechtung der Verträge zwischen dem Konzern und Oppenheim-Esch sei nicht möglich gewesen. Dies hätten sowohl externe Rechtsgutachten wie auch Untersuchungen der Arcandor-Rechtsabteilung ergeben. Man habe versucht, mit Esch nachzuverhandeln, der aber habe auf Gültigkeit der ursprünglichen Verträge bestanden. Selbst wenn es eine rechtliche Handhabe gegen die Verträge gegeben hätte, wäre es wirtschaftlich inopportun gewesen, das Geschäft anzufechten. Die dringend nötige Sanierung der Warenhäuser wäre dadurch gefährdet worden. Eine Aufgabe der Standorte hätte überdies einen Bruch des Solidarpaktes mit der Gewerkschaft ver.di bedeutet, der voraussichtlich zu Streiks und einer weiteren wirtschaftlichen Schädigung des Konzerns geführt hätte.

Bei schlichter Verteidigung vor Gericht lässt Middelhoff es nicht bewenden. Er ist in die Offensive gegangen und hat seine Anwälte Strafanzeige gegen Görg wegen versuchten Prozessbetrugs stellen lassen. Der Insolvenzverwalter habe in seiner Zivilklage falsche Sachverhalte vorgetragen, machen die Anwälte geltend. Er sitze auf dem Aktenmaterial, das er nicht ordentlich aufarbeite.

In der zweiten Zivilklage verlangt Görg noch einmal elf Millionen Euro Schadensersatz von Middelhoff. In dem noch nicht eröffneten Verfahren geht es um angeblich ungerechtfertigte Boni und viele Charterflüge von Middelhoff.

Zugleich ermitteln noch die Staatsanwälte in Köln und Bochum wegen des Verdachts auf Untreue gegen Middelhoff. Laut Middelhoffs Anwalt Sven Thomas stützen sich die Staatsanwälte bei ihren Ermittlungen »zu 80 Prozent« auf die Vorarbeit des Insolvenzverwalters Görg. Thomas auf einer Pressekonferenz vor wenigen Wochen: »Sie werden ziemlich dumm dastehen, wenn die Zivilklage von Görg zusammenbricht.«

... in dem Bielefelder Vorort Windelsbleiche

Fotos: Stefan Thomas Kröger für DIE ZEIT/www.nophoto.de

Middelhoff: Hierzu möchte ich mich nicht öffentlich äußern, aber wie viele andere Oppenheim-Esch-Kunden analysiere ich zurzeit sehr genau und prüfe meine Optionen, auch in Richtung der Oppenheim-Esch-Holding.

ZEIT: Haben Sie eigentlich angesichts der Dinge, die Sie in den vergangenen zwei Jahren erlebt haben, Solidaritätsbezeugungen von anderen Managern Ihres Kalibers bekommen?

Middelhoff: Nein. Dabei ist doch erstaunlich, wie stark die Zahl derjenigen zunimmt, die mit Durchsuchungsbeschlüssen traktiert werden, mit Schadensersatzforderungen und so weiter. Nur, im angelsächsischen Raum haben Sie eine Kultur, die umgehen kann mit diesen Verfahren, in denen strittige Fragen vor Gericht geklärt werden. Es hat mich jedenfalls erstaunt, dass die Berufsgruppe der Manager und Führungskräfte im Unterschied zu allen anderen zu gar keiner Solidarisierung findet. Andere Berufsgruppen würden sagen, das lassen wir uns nicht gefallen. Hier muss man mal einen Punkt setzen, so geht das nicht weiter.

ZEIT: Das klingt so, als würde es nicht mehr lange dauern, bis Sie eine Manager-Gewerkschaft ins Leben rufen.

Middelhoff: Dafür bin ich nicht der Richtige.

ZEIT: Könnte die Tatsache, dass Sie keinen Zuspruch erfahren haben, mit Ihrer speziellen Persönlichkeit zu tun haben?

Middelhoff: Ja, das glaube ich. Es hat mit dem von mir veröffentlichten Bild zu tun. Nach der Devise, dem geschieht es recht. Vielleicht bin ich auch aus eigenem Antrieb zu häufig präsent gewesen in der Öffentlichkeit.

ZEIT: Was kann ein Mann tun, dessen Ruf so angegriffen ist?

Middelhoff: Die vergangenen zwei Jahre sind nicht einfach gewesen. Man versucht rational mit solchen Themen umzugehen, trotzdem geht das einem nahe. Man versucht zu trennen, zu bewerten, was ist richtig und was ist falsch. Wenn dann das Gefühl dazukommt, du fühlst dich nicht immer fair bewertet und du hast so eine gewisse Machtlosigkeit diesen Angriffen gegenüber, dann entspricht das nicht der normalen Haltung eines Managers. Ein Manager will ja ein Problem analysieren – und dann was tun.

ZEIT: Viele sehen in Ihnen nur noch den Manager, der Sonderboni mitnimmt und der viel zu reichlich mit dem Learjet der Firma herumgeflogen ist. Musste das sein?

Middelhoff: Was den Sonderbonus angeht, darf man nicht den Fehler machen, die Dinge nur ex post zu betrachten. Ex ante ist keiner der Vorstände und Aufsichtsräte, die damals tätig waren, davon ausgegangen, dass Arcandor in die Insolvenz gehen würde. Im Nachhinein lässt sich leicht sagen, Mensch, das war sechs Monate vor der Insolvenz, die waren geisteskrank. Zweitens war es im Dezember 2008 so, dass 90 Prozent des Ergebnisses von Arcandor von Thomas Cook kamen. Und Thomas Cook habe ich ganz maßgeblich mit aufgebaut. Der Aufsichtsrat fand, das wertvollste Asset von Arcandor ist Thomas Cook, und da hat der Middelhoff ganz besondere Verdienste. Da hat keiner gesessen und gesagt, übrigens, in sechs Monaten sind wir pleite, wenn ich das mal etwas persiflieren darf.

> »Es ist nicht effizient, über die Autobahn A 2 zu fahren und fünf Stunden Fahrtzeit zu haben statt 20 Minuten Flugzeit«

ZEIT: Können Sie einem normalen Menschen erklären, wie man für mehr als eine Million Euro im Jahr herumfliegen kann?

Middelhoff: Das ist relativ einfach. Es gibt bestimmte Formen des Managens. Ich bin, was das angeht, bei Bertelsmann aufgewachsen. Wenn wir schnell wegmussten, nahmen wir einen Hubschrauber von der Hauptverwaltung und flogen nach Paderborn rüber, sprangen in den Flieger und waren weg. Ich bin auch heute so organisiert. So ist das, nicht weil mir das wichtig ist, sondern weil es effizient ist. Es ist nicht effizient, über die A 2 zu fahren und fünf Stunden Fahrtzeit zu haben statt 20 Minuten Flugzeit.

ZEIT: Sie sind erst Aufsichtsratschef geworden, ein Jahr später Vorstandschef. Wie kam das?

Middelhoff: Wir fanden 2005 keinen Nachfolger für Herrn Achenbach angesichts der katastrophalen Situation des Unternehmens, und dann kam der Druck aus dem Aufsichtsrat. Klaus Zumwinkel und andere sagten, Herr Middelhoff, Sie müssen das machen. Bestimmt war da auch der Ehrgeiz, dass ich es schaffe, auch Eitelkeit, eine Mischung aus vielen Dingen.

ZEIT: Und so eine einfache Frage wie, wie sehe ich mich eigentlich, ich bin doch ein Investmentbanker, und ich bin kein Kaufhaus-Mann, die stellt man sich gar nicht in so einer Situation?

Middelhoff: Nein, im Gegenteil, denn ich war der Meinung, dass man das Unternehmen nur mit dem Herangehen eines Investmentbankers retten kann. Und wenn ich das noch sagen darf, ich bin nicht der Heringsbändiger, der guckt, wie es im Detail im Laden aussehen muss. Der Typ bin ich nicht.

ZEIT: Wodurch kam Arcandor letztlich ins Rutschen?

Middelhoff: KarstadtQuelle stand 2004 und 2005 vor dem Aus. Dann hatten wir eine erfreuliche Entwicklung, bis uns die US-Subprime-Krise und danach die weltweite Finanzkrise traf. Das hat im Sommer 2007 begonnen. Wir wollten damals eine Kapitalerhöhung über 400 Millionen machen. Aber dann begann die Finanzkrise, und die Dresdner Bank sagte, es sei nicht der ideale Zeitpunkt, wir sollten lieber warten. Vielleicht hätten wir sagen sollen, egal, einfach so viel nehmen, wie wir kriegen können. Aber wir haben die Kapitalerhöhung dann abgesagt und haben ganz entspannt gesagt, ist nicht schlimm, jetzt verkaufen wir eben Neckermann für 250 Millionen Euro. Die Verhandlungen waren weit fortgeschritten. Aber am Ende mussten wir 50 Millionen Euro drauflegen, weil der Käufer in der Finanzkrise keine Finanzierung mehr bekam. Da haben wir immer noch gesagt, ist ja nicht schlimm, weil wir noch 40 Prozent an den restlichen Karstadt-Immobilien verkaufen können, dafür bekommen wir 800 Millionen Euro. Aber aus den 800 Millionen Euro wurden dann 370 Millionen Euro kassenwirksam. Wenn Sie das jetzt zusammenzählen, fehlte am Ende mehr als eine Milliarde Euro, die wir fest eingeplant hatten. Dass alle drei Dinge hintereinander schiefgehen würden, damit haben wir nicht gerechnet. Aber so ist das in einem Restrukturierungsunternehmen. Wird das Umfeld an den Kapitalmärkten schlecht, geraten Sie in einen Teufelskreis.

ZEIT: Kurz vor Ihrem Abgang gab es dramatische Verhandlungen mit den Banken.

Middelhoff: Wir hatten nicht verstanden, dass die Royal Bank of Scotland, die unser größter Kreditgeber war, selber dabei war umzufallen. So mussten wir diesen Kreditgeber ersetzen, und bei diesen Panik-Runden bin ich mit verschiedenen Bankern so aneinandergeraten und ich habe auch in der öffentlichen Meinung so sehr gelitten, dass ich der Meinung war, es sei richtig, dass ich ausscheide. Ich hatte mich eindeutig verschlissen. Zudem wollte ich ohnehin nur drei Jahre diese Position ausfüllen. Mein Vertrag lief nur noch wenige Monate.

> »Bei Panik-Runden bin ich mit verschiedenen Bankern so aneinandergeraten, dass ich fand, es sei richtig, dass ich ausscheide. Ich hatte mich eindeutig verschlissen«

ZEIT: Man kennt Sie als Internet-Enthusiasten und Vorwärtsstürmer. Angefangen haben Sie in der Textilindustrie.

Middelhoff: Ja, unsere Familie hat damals Frottierwaren wie etwa Bademäntel produziert und dazu ihr eigentliches Stammprodukt: Aufnehmer, also Putzlappen. Man war ortstreu, aber das ging einfach nicht mehr. Also musste ein Teil verlagert werden.

ZEIT: Haben Sie aktiv mitgewirkt?

Middelhoff: Klar.

ZEIT: Wie genau?

Middelhoff: In der Woche habe ich als Hochschulassistent gearbeitet, und wenn die anderen ins Wochenende gingen, flog ich nach Thessaloniki und kam sonntagabends mit dem Flieger zurück. Montagmorgens saß ich dann wieder leichenblass im Büro meines Professors. Aber in der Summe kam die Verlagerung zu spät.

ZEIT: Was haben Sie in der Textilkrise gelernt?

Middelhoff: Wie sehr es sich rächt, wenn man Geschäftsmodelle zu spät anpasst. Das war später bei Bertelsmann meine Sorge um den Buch- und Musikclub sowie die CD-Fertigung. Das Gleiche trifft auf das Warenhaus zu, das kein modernes Konzept verfolgt, und auf einen Versandhandel, der das Internet zu spät erschlossen hat.

ZEIT: Wann haben Sie erkannt, dass mit dem Internet ein fundamentaler Wandel beginnt?

Middelhoff: Eigentlich ist es wirklich irre, denn ich hatte Anfang der achtziger Jahre über Online-Services promoviert. Wie das theoretisch gehen könnte. Und zehn Jahre später bei Bertelsmann nimmt mich der damalige Vorstandschef Mark Wössner beiseite und sagt, wie es so seine Art ist: »Vielleicht können wir aus Ihnen noch mal was Ordentliches machen.« Dann hat er ein Dreieck aufgemalt, das werde ich nie vergessen, ich besitze die Zeichnung noch. Da hat er aufgemalt, die künftige Basis für Bertelsmann seien die Printmedien, darüber das Fernsehen, und ganz oben in der Pyramide, da gebe es so etwas ganz Kleines, PC heiße das, er wisse aber noch nicht, welche Bedeutung es für die Medienbranche haben werde. Dann wurde ich Strategiechef bei Bertelsmann, das war 1994, und fing an, mich mit dem kleinen Dreieck zu beschäftigen. Auf einmal dachte ich, das kennst du doch alles, zumindest in der Theorie. Ja, und dann bekam ich über meine Arbeit den Kontakt zu CompuServe, Microsoft und zu Steve Case, dem Gründer von AOL.

ZEIT: Ende der neunziger Jahre standen Sie quasi über Nacht nicht mehr in einer schlichten Druckerei, sondern auf dem Times Square in Manhattan.

Middelhoff: Darüber wurden ja wahnsinnig viele Witze gemacht. Aber in der Zeit habe ich für Bertelsmann Milliarden mit einem AOL-Deal gewonnen und die Buchsparte Random House groß gemacht, habe den Anstoß gegeben, dass Bertelsmann die Mehrheit an RTL übernommen und die RTL Group aufgebaut hat. Wenn ich dann heute sehe, dass die RTL Group etwa 80 Prozent des Ergebnisses von Bertelsmann macht, dann freue ich mich.

ZEIT: Die zweieinhalb Jahre, in denen Sie drei Tage die Woche in New York gewesen sind, waren sie die schönste Zeit Ihres Lebens? Bertelsmann war damals die *most admired company,* und Medientycoone wie Rupert Murdoch haben sich von Ihnen die Online-Welt erklären lassen.

Middelhoff: Wenn ich heute mit ehemaligen Kollegen zusammensitze, dann ist das noch immer unser Gefühl. Wir brauchen nur ein paar Minuten, dann ist es wie in alten Zeiten. Es war eine tolle, befriedigende, schöne Zeit. Punkt und Ausrufezeichen.

ZEIT: Wie geht es für Sie nun weiter?

Middelhoff: Ich denke, die juristischen Auseinandersetzungen werden sich mindestens bis ins Jahr 2014 ziehen. Daneben möchte ich einfach unternehmerisch tätig sein.

ZEIT: Unternehmerisch tätig sein heißt, Sie sind jetzt Ihr eigener Esch?

Middelhoff: Sozusagen. *(lacht)* Ich muss mich jetzt selbst um mein Vermögen kümmern.

ZEIT: Sie hatten wegen Ihrer Beziehung auch eine Hausdurchsuchung?

Middelhoff: Wir hatten eine Gemeinschaftsfirma, in die sollten vor langer Zeit meine privaten Immobilien eingebracht werden, aber sie ist nie geschäftstätig geworden. Als dann die Staatsanwaltschaft mit einem Durchsuchungsbeschluss für die MEVA auftauchte, habe ich gesagt, dazu gibt es nicht mal einen Ordner bei uns. Normalerweise hätten sie gar nichts anfassen dürfen, aber weil ich wusste, sie kommen sonst wieder, habe ich gemeint, wenn sie schon mal da sind, könnten sie sich gerne umsehen.

Das Gespräch führten
WOLFGANG GEHRMANN und GÖTZ HAMANN

ENERGIE NACH FUKUSHIMA

Die Reaktorkatastrophe in Japan hat weltweit zu einem neuen Nachdenken über die Energieversorgung geführt. Während sich die Bürger rund um den Globus um ihre Sicherheit sorgen, stellen die politisch Verantwortlichen ihre Konzepte und Pläne auf den Prüfstand. Die Debatten verlaufen von Land zu Land unterschiedlich. Während China und Frankreich weiterhin auf Atomkraft setzen, steigt Deutschland langsam aus.

DEUTSCHLAND

Wende im Kopf

Wenn die Regierung in der Energiepolitik umsteuern will, muss sie zuerst für mehr Effizienz sorgen VON FRITZ VORHOLZ

Lesen bildet. Und kann überflüssigen Streit beilegen. Nähmen jene, die sich jetzt, einen Monat nach den Explosionen in den Reaktoren von Fukushima, zum letzten Gefecht für die Verteidigung der 17 deutschen Atommeiler formieren, einmal die rund 300-seitige Expertise zur Hand, mit der die Bundesregierung vor einem halben Jahr die von ihr verordnete Laufzeitverlängerung objektiv begründen zu können glaubte – dem Volk bliebe eine Menge irreführender Debatten erspart. Anders als die Anhänger der Kernenergie behaupten, geht nämlich ausgerechnet aus diesem Pro-Atom-Gutachten hervor, dass fast nichts stimmt, was nun an Argumenten für die umstrittene Stromgewinnung aus der Kernspaltung vorgebracht wird. Die Preise explodieren nicht. Die Lichter gehen nicht aus. Und auch der Klimaschutz bleibt nicht auf der Strecke – wenn die Politik für die richtigen Rahmenbedingungen sorgt.

Dieses Wenn ist mittlerweile zu einem Projekt geworden, das den amtlichen Titel »Beschleunigung Energiewende/Moratorium KKW« trägt. An diesem Freitag wollen Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Bundesländer die ersten Pflöcke dafür einschlagen. Plötzlich scheint möglich zu werden, was laut Regierungslogik vor Kurzem noch unmöglich erschien – weshalb die Bundeskanzlerin damals glaubte, die Laufzeit der Meiler um durchschnittlich zwölf Jahre verlängern zu müssen. Jetzt, nach der Reaktorkatastrophe, soll zumindest eruiert werden, ob es auch etwas weniger sein darf. Ob Deutschland womöglich sogar schneller auf die Atomkraft verzichten kann, als es der rot-grüne Ausstiegskonsens mit den Konzernen vorsah. Danach wäre der letzte Meiler kurz nach dem Jahr 2020 fällig gewesen.

Welches Jahr das Aus der Kernenergienutzung in Deutschland wirklich markieren kann, hängt vor allem davon ab, wie jetzt die Weichen gestellt werden. Auf erste Vorschläge dafür haben sich Umweltminister Norbert Röttgen und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle schon geeinigt. Doch kaum ist ihr Sechs-Punkte-Plan bekannt geworden, wird er von interessierter Seite attackiert. Angeblich sind es immense Kosten, die auf Steuerzahler oder Verbraucher zukommen, sollte tatsächlich ernst gemacht werden mit dem Projekt Energiewende.

Richtig an dem Einwand ist nur, dass sich nun eines herausstellt: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat »eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die Sicherstellung einer zuverlässigen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung«, wie sie im Herbst in ihr Energiekonzept schrieb, von der Zahlungsbereitschaft der Atomkonzerne abhängig gemacht – die sie wiederum mit der Laufzeitverlängerung verknüpft hat. Ohne längere Meilerlaufzeiten schrumpft das Aufkommen der Kernbrennstoffsteuer. Und es wackelt der neue Energie- und Klimafonds, in den RWE & Co schon in diesem Jahr 300 Millionen Euro einzahlen sollten. Seit die Politik die sieben Altmeiler vorübergehend stilllegte und seit die Laufzeitverlängerung wieder zur Debatte steht, überweisen die Konzerne den Obolus nur noch auf ein Sperrkonto. Das ganze Elend der alten Politik ist damit offenbar geworden, denn es fehlt nun tatsächlich Geld für die Wende.

Diese Wende fordert die Politik mehrfach: Erstens muss sie dafür sorgen, dass Energie effizienter genutzt wird, dass also aus jeder Kilowattstunde mehr herausgeholt wird. Zweitens muss sie den Ausbau der »grünen« Energien verstetigen, womöglich etwas beschleunigen. Und drittens muss sie die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Strom auch dann stets aus jeder Steckdose kommt, wenn die unsteten Stromquellen Sonne und Wind die Regie bei der Versorgung übernommen haben, wenn also aus den rund 17 Prozent, die die regenerativen Energien heute beisteuern, 40 oder 50 Prozent geworden sind.

Die Kanzlerin und das Gros der Ministerpräsidenten haben sich beim Thema Energiewende bisher eher als Riege von Ahnungslosen erwiesen. Ob sie nun ihre eigene geistige Wende schaffen, wird sich vor allem an ihrem Willen zeigen, endlich für mehr Energieeffizienz zu sorgen. Tun sie das nicht, wird ein beschleunigter Ausstieg aus der Atomenergie entweder unmöglich oder mit großen Kollateralschäden verbunden sein: mit mehr Klimaschmutz oder mehr Landschaftsverschandelung zum Beispiel. Zu diesem Ergebnis kommt nicht eine, dazu kommen sämtliche Expertisen der vergangenen dreiß Jahre. Jede Kilowattstunde Strom und jede Tankfüllung Sprit sind eben mehr oder weniger schlecht für Mensch und Natur – selbst dann, wenn der Strom per Windrad erzeugt wird und am Benzin an der Tanksäule das Etikett Bio klebt.

Kernkraftwerk Grohnde an der Weser

Der Verzicht auf Energie ist nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Energiedienstleistungen – Wärme, Licht oder Bewegung. Mehr Energieeffizienz lohnt sich fast immer, aber sie wirft nicht immer den höchsten Gewinn ab. Viele investieren deshalb allzu oft lieber in Vorhaben, die nicht sechs, sondern in kürzerer Zeit zwanzig Prozent Rendite bringen. Das ist das Problem.

Nur zur Erinnerung: Allein der Austausch der üblichen, verschwenderischen Heizungspumpen durch Hocheffizienzpumpen in Wohnhäusern machte den Meiler Biblis A überflüssig. In Betrieben verrichten schätzungsweise 600 000 Lüftungsmotore Dienst – dumm und gefräßig, weil sie sich unabhängig vom Leistungsbedarf drehen. In vielen Haushalten stehen ineffiziente Kühlgeräte. Sie auszutauschen brächte eine höhere Rendite als ein Festgeldkonto. Insgesamt, so hat die Fachagentur CO_2-online errechnet, ließe sich durch die Effizienzsteigerung Deutschlands Stromverbrauch um 90 Milliarden Kilowattstunden senken – mit einem staatlichen Förderaufwand von jährlich nur zwei Milliarden Euro. Zwei Milliarden Euro sind allerdings doppelt so viel, wie laut Sechs-Punkte-Plan vorgesehen ist – und zu allem Übel droht der endgültige Ausfall jener Millionen, die die Atomkonzerne beisteuern sollten. Es führt deshalb kein Weg an der Erkenntnis vorbei: Im Namen der Energiewende muss sich auch der Finanzminister bewegen.

Will die Regierung glaubwürdig bleiben, muss Wolfgang Schäuble sogar noch mehr tun. Er muss auch Geld für die Sanierung des Gebäudebestandes lockermachen. Häuser verbrauchen zwar vor allem Wärme und nur wenig Strom. Trotzdem spielen sie eine zentrale Rolle auch beim Atomausstieg: Je weniger Gas zum Heizen benötigt wird, desto mehr davon kann der Stromerzeugung dienen, ohne den Importbedarf zu erhöhen. Und Gasturbinen sind besser als jede andere Technik geeignet, die fluktuierende Erzeugung von Wind- und Sonnenkraftwerken zu ergänzen. Sie, nicht die Atomkraftwerke, sind die Brücke ins Zeitalter der erneuerbaren Energien.

Allerdings bleibt das vergleichsweise klimaverträgliche Gas in den Häusern quasi gefangen, wenn deren Energiebedarf nicht drastisch sinkt. Er sinkt zwar, aber viel zu langsam. Deshalb muss der Staat den Sanierungsanreiz deutlich erhöhen.

Schon wieder Subventionen, rufen die Gegner der Energiewende. Stimmt. Aber was sie verschweigen, ist, dass diese Subventionen sogar ein Geschäft für den Fiskus sind. Aus einer Studie des Forschungszentrums Jülich geht hervor, dass die Förderung der Gebäudesanierung dem Staat mehr Steuereinnahmen beschert, als sie ihn kostet. Der Grund: Die von den Programmen ausgelösten Investitionen sind höher als die Programmkosten selbst. Das sorgt für den positiven Nettoeffekt. Es gibt also keine Ausrede, bei der Sanierungsförderung zu bremsen und vor wachsender Steuer- oder Schuldenlast zu warnen – es sei denn, jemand wollte die Energiewende kippen.

Ein anderes gut gepflegtes Missverständnis in der Debatte über das Vorhaben lautet, von sofort an müsste aller Strom erneuerbar sein, erst recht dann, wenn die Atommeiler ganz schnell vom Netz gehen. Das muss er natürlich nicht. Deshalb ist es überflüssig, den ohnehin raschen Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung durch zusätzliche Anreize zulasten der Stromverbraucher zu beschleunigen. Glücklicherweise ist davon in dem Sechs-Punkte-Plan nicht die Rede – unglücklicherweise allerdings auch nicht davon, jetzt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, billigen Wind- und Solarstrom an den Rändern Europas zu erzeugen und einzuführen. Ein europäisches Einspeiseregime beispielsweise für nordafrikanischen Solarstrom würde dem Wüstenstromprojekt Desertec helfen. Nur, von selbst kommt es nicht. Merkel & Co. müssten sich in Europa dafür starkmachen, penetrant. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Was auf deutschem Hoheitsgebiet zu regeln ist: die Errichtung von Windparks im Meer vorantreiben. Das Problem ist, dass es schwierig ist, den ersten Schritt zu tun, mit neuen Techniken alte Gewinnerwartungen zu realisieren. Dass Offshoreanlagen Energiekonzernen Renditen von 15 Prozent plus x eintragen müssen, ist vollkommen unnötig; Fondsgesellschaften geben sich mit deutlich weniger zufrieden. Allerdings scheuen sie das unternehmerische Risiko. Was tun? Ordnungspolitisch wäre es sogar vertretbar, investierte der Staat, dem die Energiewende so wichtig ist, selbst in die ersten fünf oder zehn Offshoreparks – um sie nach einigen Jahren an private Investoren zu veräußern. So mutig wollen allerdings weder Röttgen noch Brüderle sein. Immerhin haben sie in ihrem Aktionsplan angekündigt, Offshoreinvestitionen mit Bürgschaften abzusichern.

Der Netzausbau, die dritte Komponente der Energiewende, hat schon bisher für die meisten Schlagzeilen gesorgt. Nicht nur, weil er angeblich unerhört teuer ist, was nicht stimmt. So, als freuten sie sich klammheimlich darüber, haben Union und FDP obendrein die »Dagegen-Bewegung« erfunden und behauptet, leider, leider drohe die Energiewende zu scheitern, weil Bürgerinitiativen und Grüne den Leitungsbau verhinderten – und damit den Transport erneuerbaren Stroms von Nord nach Süd.

Leitungen müssen tatsächlich gebaut werden. Und tatsächlich gibt es Bürgerinitiativen, die das nicht wollen. Das Problem ist indes, dass Bund und Länder, voran der zuständige Wirtschaftsminister Brüderle, wenig getan haben, die Probleme zu lösen. Bis heute fehlt eine koordinierte Rahmenplanung für den Netzausbau. Bis heute wissen Anwohner nicht, ob wirklich grüner Strom durch die Leitungen fließt oder nicht doch Atom- oder Kohlestrom. Und bis heute ist es ein Quell dauernden Streits, ob Leitungen ober- oder unterirdisch verlegt werden – obwohl Letzteres im Strompreis kaum zu Buche schlagen würde.

Freileitung oder Erdkabel – bis vor Kurzem war das tatsächlich in das Belieben der Leitungsbauer gestellt. Mitte Februar, immerhin, wurde das entsprechende Gesetz geändert. Jetzt kann die Planfeststellungsbehörde verlangen, dass Stromleitungen teilweise unterirdisch verlegt werden – allerdings kann sie das nur für genau vier Nord-Süd-Trassen, von denen drei Niedersachsen tangieren. Dieses Bundesland hat sich denn auch am konsequentesten für die Erdverkabelung starkgemacht, während Länder wie Hessen und Bayern, damals noch stramm auf Atomkurs, die Gesetzesänderung um ein Haar verhindert hätten.

Die Energiewende ist möglich, das ist kein Geheimnis. Die Politik müsste nur endlich liefern. Tut sie es nicht, bekommt sie die Quittung – die Operation Laufzeitverlängerung lässt grüßen.

www.zeit.de/audio

FRANKREICH

Atomnation

Wie kein anderes Land nutzt Frankreich die Kernkraft. Aber die Nuklearindustrie verliert Renommee VON GERO VON RANDOW

Frankreich ist das Nuklearland Nummer eins. Seine 58 Kernkraftwerke liefern drei Viertel des verbrauchten Stroms – keine andere Nation weist einen so hohen Anteil auf. Das ist das Ergebnis einer Strategie, die auf Unabhängigkeit zielte, wirtschaftliche und militärische. Doch die Folge ist Abhängigkeit. Sie macht es den Franzosen jetzt schwer, in Alternativen zu denken.

In der Techniksoziologie nennt man so ein Phänomen *lock in:* einen Pfad, den man nicht mehr verlassen kann. Es sei denn, es geschieht etwas Außergewöhnliches. Wie in Fukushima?

Um Frankreichs Entscheidung für die Kernenergie zu verstehen, sind zwei Ereignisse in Erinnerung zu rufen, die sich beide in Algerien abspielten. Das eine zu jener Zeit, als das nordafrikanische Land noch eine Kolonie war: Am Morgen des 13. Februars 1960 explodierte in der algerischen Sahara die erste französische Atombombe. »Hurra Frankreich!«, rief der General de Gaulle, »Seit heute Morgen ist es machtvoller und stolzer!« Er wollte Frankreichs machtpolitische Unabhängigkeit auf die Bombe gründen; sie zu bauen, diesem Ziel diente das damalige Nuklearprogramm.

Das zweite Ereignis fand am 24. Februar 1971 statt. Da war Algerien längst unabhängig und kündigte an, sein Erdöl zu verstaatlichen. Bis dahin hatten die Franzosen damit gerechnet, in der Sahara Öl fördern zu können. Nun fanden sie, die kaum über eigene Energievorräte verfügten, sich als Abhängige wieder. Zwei Jahre später bekamen sie die Konsequenzen zu spüren, als der Öl- und der Gaspreis nach oben schnellten. In Frankreich regierte ein todkranker Präsident namens Georges Pompidou. Eine seiner letzten Entscheidungen war es, einem kühnen Plan den Segen zu geben: dem Neubau von rund sieben Kernkraftwerken – pro Jahr.

Der Plan ging auf. Er erlaubt es heute, den Strompreis niedrig zu halten; nur 11,43 Cent zahlen französische Privathaushalte pro Kilowattstunde, in Deutschland sind es im Schnitt 22,38 Cent. In kaum einem europäischen Land wird so unbekümmert mit Strom geheizt, im Winter sogar die Terrassen der Cafés. Die Klimaeffekte sind gering, weil Atomstrom der CO_2-Bilanz nicht schadet.

Ein günstig erworbenes Umweltgewissen. Und doch kein Ruhekissen. Es gibt da so ein bohrendes Gefühl, nach Fukushima stärker als nach Tschernobyl, was auch daran liegen mag, dass die prägenden Ereignisse, die am Beginn der französischen Nukleargeschichte stehen, fast nur noch Rentnern gegenwärtig sind. Einer Umfrage zufolge halten 68 Prozent der Franzosen eine Havarie wie in Fukushima im eigenen Land nicht für ausgeschlossen, und eine knappe Mehrheit würde gern aus der Kernkraft aussteigen – aber nur langfristig. Alles andere wäre »unfranzösisch«, wie das Wirtschaftsblatt *Challenges* ironisch anmerkte.

Kernkraftwerk im französischen Cattenom nahe der deutschen Grenze

Fotos: Jürgen Nefzger (aus der Serie »Fluffy Clouds«)

Denn für Frankreichs Bürger ist die Atomindustrie keine von vielen, sondern eine der letzten, mit denen das Land glänzt. Der Energiekonzern EDF ist der weltweit größte Produzent von Atomstrom. Areva baut, versorgt und wartet Atomanlagen: 20 Prozent des Weltmarkts. Alstom liefert die konventionellen Installationen: 30 Prozent. Die Atomindustrie unseres Nachbarlands beschäftigt, rechnet man Partner und Zulieferer hinzu, schätzungsweise 200 000 Personen; die Zahl der ehemals Beschäftigten liegt wegen des frühen Renteneintrittsalters wohl noch höher. Sie, ihre Familien und ein großer Teil der Bewohner in den Standortgemeinden dürften mehrheitlich Befürworter der Kernkraft sein. Kommunalpolitiker und Gewerkschafter tragen zum pronuklearen Meinungsbild bei.

Von oben wiederum wirkt eine technische Staatskaste am *lock in* mit, das Corps des Mines. Diese aus rund 500 Ingenieuren bestehende Korporation ist dem Wirtschafts- und dem Industrieministerium zugeordnet und vor allem für die Energie- und die Telekommunikationsbranche zuständig. Ihr gesellt sich pro Jahr ein gutes Dutzend neuer Mitglieder zu, die als die besten Ingenieure ihres Jahrgangs gelten. Diese Elite besetzt fast alle Schlüsselstellungen im Nuklearkomplex und bereitet die politischen Entscheidungen vor. Ihre Mitglieder weisen nicht zwingend kerntechnische Kompetenz auf, dafür aber ausgesucht mathematische. Sie sind streng methodische Industrieplaner im Dienste der Nation.

Nicht ohne Stolz verkündeten die Medien jüngst, dass Japans Skandalfirma Tepco um französische Hilfe gebeten hatte. Eine Hundertschaft von Areva-Technikern rückte mit 100 Tonnen Borsäure, 10 000 Schutzanzügen, mit Messgeräten, Elektropumpen und anderen Materialien an. Natürlich war auch Nicolas Sarkozy in Japan schon zur Stelle, als Erster unter den Staatschefs. Er unterließ es nicht, den Japanern zu versichern, dass Frankreich an der Kernkraft festhalte; wenigstens konnte er sich die Bemerkung verkneifen, mit Frankreichs neuestem Reaktor namens EPR wäre das Ganze nicht passiert. Das nämlich ist die offizielle Linie. Auch wenn noch niemand demonstriert hat, dass der gemeinsam mit Siemens entwickelte, 1750 Megawatt schwere Brummer solchen Erschütterungen standhalten würde, wie sie in Fukushima womöglich die unglückselige Ereigniskette in Gang gesetzt hatten, sogar noch bevor der Tsunami die Notstromdiesel lahmlegte. Immerhin weist der EPR Vorrichtungen auf, die Wasserstoffexplosionen vermieden hätten. Daneben noch andere Sicherheitsvorteile – bis auf einen, von dem die deutschen Ingenieure ihre französischen Kollegen nicht überzeugen konnten: einen natürlichen Kamineffekt, der den Reaktor kühlt, wenn der Strom ausfällt. Zu teuer, meinten die französischen Ingenieure damals.

Der EPR ist schon in seiner heutigen Version kostspielig, was dazu führte, dass Frankreichs Nuklear-Elite nach einer Niederlage gegen die koreanische Konkurrenz Ende 2010 am eigenen Produkt zu zweifeln begann. Der Stuhl der Areva-Chefin Anne Lauvergeon, die sich dem EPR verschrieben hatte, wackelte. Nach Fukushima scheint sie gerettet zu sein. Auch das Unternehmenskonzept Lauvergeons, demzufolge alles aus einer Hand geliefert wird (Kraftwerk, Brennstoff, Service), ist nun weniger umstritten, weil sicherheitstechnisch ein Plus.

Lauvergeon hält daran fest, Areva im Juni an die Börse zu bringen. Auch wenn die Meinungen darüber auseinandergehen, in welchem Tempo sich die weltweite Renaissance der Kernkraft nun fortsetzen wird. Ein britisches EPR-Projekt verzögert sich, ein amerikanisches ist in Gefahr, China und Indien justieren ihre Pläne nach. Und ob das mit Öl, Wind und Sonne, nicht aber mit seismischer oder politischer Stabilität gesegnete Algerien sein Atomprogramm umsetzen wird, ist fraglich.

Unlängst hat der Chef der Atomaufsicht, der 69-jährige André-Claude Lacoste, nicht ausschließen wollen, dass auf der EPR-Baustelle in Flamanville sowie im EPR-Planungsbüro am Standort Penly Pausen einzulegen sind, um Lehren aus Fukushima zu bedenken. Lacoste, wiewohl Mitglied des Corps des Mines, geht der Nuklearwirtschaft seit 2006 auf die Nerven, seit dem Jahr also, in dem seiner Autorité de Sûreté Nucléaire (ASN) per Gesetz Autonomie und Transparenz verordnet wurden. Der Spitzenbeamte hatte die Stirn, sicherheitsrelevante Schwächen der EPR-Elektronik öffentlich zu machen. Ihm obliegt es in den kommenden Monaten, über neuerliche Betriebsgenehmigungen für jene 34 Reaktoren zu entscheiden, die nun ihr 30. Lebensjahr erreichen.

Es knirscht im Establishment. Mit dem Stromversorger EDF liegt Lacostes ASN seit Jahren im Streit über die Erdbebensicherheit, und dass die jetzt landesweit überprüft werden soll, erzeugt Unbehagen in der Atomindustrie. Dem Mann ist es zuzutrauen, dass er die Stilllegung von Reaktoren anordnet. Als möglichen Kandidaten nennen Atomkraftgegner, zu denen auch die einflussreiche Tageszeitung *Le Monde* zählt, die beiden 900-Megawatt-Blöcke des 34 Jahre alten AKW Fessenheim, das auf seismisch aktivem Untergrund steht.

Die sozialistische Partei (PS) fordert, dass Lacostes Prüfung auch den Schutz vor Flutereignissen, Flugzeugabstürzen und Terrorattacken umfasst. Das ist vernünftig, hat allerdings einen Beigeschmack. Die PS ist die Partei der lokalen Amtsträger im Land und auf vielerlei Weise mit dem Nuklearkomplex verwoben. Einige Akteure der Atomwirtschaft, etwa Anne Lauvergeon, zählen zum sozialistischen Industrieadel. Als Partei der Arbeit will sich die PS mit den Nuklearbeitern solidarisch zeigen. Gleichwohl muss sie verhindern, Wähler an die Grünen zu verlieren, außerdem rührt sich in ihr selbst eine antinukleare Strömung. Aus alledem resultiert nach Fukushima ein Schlingerkurs.

Die Grünen fordern ein Referendum. Dazu ist die PS nicht bereit, aber das kann sich ändern. Die Sozialisten haben Chancen, die Präsidentschaftswahlen 2012 zu gewinnen. Sie werden die Grünen brauchen, und zum Regieren vielleicht auch deren Abgeordnete. Dann könnte das *lock in* aufbrechen. Die eigentliche Debatte über Technik, Organisation und Politik würde freilich erst beginnen. Ebenso die über Alternativen. Einfach ein paar Kohle- und Gaskraftwerke zu entmotten wie in Deutschland, das wird sich mit Frankreichs Grünen nicht machen lassen. Die Exploration von Erdgas in den Schieferböden des Landes wiederum scheitert gerade an lokalen Widerständen, die eine größere Wucht haben als der Protest gegen Kernkraftwerke.

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/energie

USA

Amerika baut

Neue Atom-Meiler gehen ans Netz VON HEIKE BUCHTER

Fukushima ist längst in Amerika angekommen: Bei der Anti-Atomkraft-Bewegung »Beyond Nuclear« im Bundesstaat Maryland läuft der E-Mail-Briefkasten voll, in Chicago marschieren Hunderte Demonstranten gegen Kernkraft, in New York decken sich Küchenchefs der Top-Fischrestaurants mit Geigerzählern ein.

Der erwachende Widerstand gegen die Kernkraft in den USA könnte Obamas grüne Energiepläne durchkreuzen. Wie seine Vorgänger hat der Präsident geschworen, die Abhängigkeit seines Landes von ausländischem Öl in den kommenden Jahren zu verringern. Dazu will er alternative Energiequellen fördern, nach Obamas Ansicht gehört dazu auch die Atomkraft. Ohne sie kann er seine Ziele, klimaschädliche und politisch brisante fossile Brennstoffe zu ersetzen, nicht erreichen.

Seit seiner Zeit als Senator in Illinois, wo viele Atomkraftwerke stehen, ist Obama mit der Nuklearindustrie vertraut. Der Betreiber Exelon spendete für den Wahlkampf, Obama machte kürzlich Jeffrey Immelt, Vorstandschef des AKW-Bauers General Electric, zum Berater.

Im Haushalt für 2012 sind denn auch rund 36 Milliarden Dollar an Kreditgarantien für neue Anlagen vorgesehen. Die USA sind der weltgrößte Produzent von Kernenergie. 104 Reaktoren stehen in 31 Bundesstaaten. Sie produzieren rund 20 Prozent des US-Strombedarfs – das entspricht rund 30 Prozent des weltweit erzeugten Atomstroms. Doch seit dem Störfall beim Three-Mile-Island-Reaktor nahe Harrisburg im Bundesstaat Pennsylvania im Jahr 1979, bei dem es zu einer Teilkernschmelze gekommen war, kam der Bau von Kernkraftwerken in den USA fast komplett zum Erliegen. Die letzte Genehmigung gab es 1978, 1996 ging der letzte zuvor noch genehmigte Reaktor ans Netz.

Die Diskussion um den Klimawandel hat der Atomindustrie aber zuletzt wieder Hoffnung gemacht. Bei einem halben Dutzend im Bau befindlicher Anlagen, die über Jahre stillgelegt und teilweise bereits als Schrottmetall verkauft worden waren, sind inzwischen wieder die Bautrupps und Kräne angerückt. Dazu gehört auch die Erweiterung des AKW Vogtle im Bundesstaat Georgia. Dort sollen bis 2017 zwei neue Reaktoren ans Netz gehen. Es wären die ersten seit 15 Jahren, und es wäre die erste US-Anlage mit vier Reaktoren.

CHINA

Sie wollen weg von der Kohle

Das Land setzt weiter auf den Atom-Ausbau VON ANGELA KÖCKRITZ

Geht man in China derzeit mit Freunden aus, ist eines der Hauptthemen: Was kann man noch essen? Auf Fisch und Meeresfrüchte hat angesichts der Katastrophe in Japan niemand mehr Appetit. Vergangene Woche gab es die Meldung, dass »extrem niedrige Vorkommen« radioaktiven Jods 131 über allen chinesischen Provinzen außer Guizhou gemessen wurde. Radioaktives Jod 131 war in Spinat und Salat gefunden worden, in der Luft einiger Städte gab es Spuren von radioaktivem Cäsium 137 und 134. Die Regierung versichert, das alles stelle »überhaupt keine Gefahr für die öffentliche Gesundheit« dar.

Seit Wochen führt China eine Debatte um die Vor- und Nachteile der Atomkraft. Eines ist schon jetzt klar: China wird seine ehrgeizigen Atompläne nicht aufgeben. 13 Reaktoren sind in Betrieb, 28 neue werden gebaut, 50 weitere sind in Planung, 110 wurden vorgeschlagen. Die Kernkraft gilt als Alternative zur schmutzigen Kohle, aus der das Land 70 Prozent seiner Energie bezieht. Bis 2020 soll der Anteil nicht fossiler Energieformen auf 15 Prozent wachsen, das wird ohne Kernenergie nicht zu machen sein.

Trotzdem: Alle bestehenden und im Bau befindlichen Projekte werden derzeit auf ihre Sicherheit überprüft, neue Projekte erst mal nicht genehmigt. Ende März erklärte Ren Dongming, Chef für erneuerbare Energien bei der mächtigen Kommission für Entwicklung und Reform, das Land werde sein Ziel für die Nuklearenergie bis 2020 reduzieren und mehr Solarfarmen bauen.

JAPAN

Hinter vorgehaltener Hand

Die Regierung scheint sich von der Atomlobby zu befreien VON GEORG BLUME

Die Zukunft der japanischen Atomindustrie sieht düster aus. Oder etwa nicht? Manchmal zeichnet die Japaner eine Sturheit aus, die sie in bereits verlorene Schlachten treibt. Schon heute hört man in Tokyoter Regierungskreisen hinter dem obligatorischen Entsetzen über die Atomkatastrophe in Fukushima einen trotzigen Ton heraus: Ohne Atomkraft gehe gar nichts, heißt es. Das sagen einflussreiche Beamte – die eigentlichen Politikmacher in Japan – hinter vorgehaltener Hand.

Ob sich die Regierungsführung der Demokratischen Partei (DPJ) gegen das energiepolitische Weiter-so der Bürokratie stemmen wird? Der zuständige Minister des Wirtschafts- und Industrieministeriums Meti, Banri Kaieda, jedenfalls ist kein Mann der Atomlobby. Er bezeichnet Atomkraftwerke neuerdings als »Monster«. Er hat der Atomwirtschaft bereits zwei Stöße versetzt: Alle 14 neuen AKW-Bauvorhaben in Japan sind auf Eis gelegt. Eine Großbaustelle in der Präfektur Shizuoka steht still. Außerdem ordnete Kaieda an, dass die Atomsicherheitsbehörde Nisa unabhängig wird.

Vor Fukushima schien auch die DPJ fest im Griff der Atomlobby: Dafür sorgte vor allem ihre gewerkschaftliche Basis, die sich zum Teil aus Großbetrieben der Energiewirtschaft rekrutiert. Meti-Minister Kaieda und Regierungschef Naoto Kan haben aber mit den Gewerkschaftlern nichts am Hut. Ihr wirtschaftspolitisches Credo beruht auf der Freisetzung neuer Energien durch Liberalisierung und Dezentralisierung. Ob sie damit nun den erneuerbaren Energien in Japan zum Durchbruch verhelfen? Das Wahlvolk wäre dafür zu begeistern, glauben inzwischen auch japanische Atomkraftbefürworter.

Kursverlauf	DAX	DOW JONES	JAPAN-AKTIEN	RUSSLAND-AKTIEN	EURO	ROHÖL (WTI)	GOLD	ZUCKER	ALUMINIUM
Veränderungen seit Jahresbeginn	7112 +2,0 %	12 279 +6,1 %	NIKKEI: 9555 –7,7 %	RTS: 2059 +16,3 %	1,45 US$ +8,2 %	108 US$/BARREL +20,9 %	1450 US$/ FEINUNZE +2,0 %	0,26 US$/PFUND –19,4 %	2674 US$/ TONNE +7,0 %

GELD UND LEBEN

Ruherendite

Über den Wahnsinn, jedem halben Prozentpunkt mehr hinterherzulaufen

Liebe Leser, vor einigen Monaten habe ich Ihnen meinen imaginären Freund vorgestellt: Christopher Bang, Chief Analyst der All-Time High Financial Advisory Group. Sie erinnern sich, er ist dieser rücksichtslose Spekulant, der auch mit Naturkatastrophen und Drittweltdiktatoren gerne Geschäfte macht. Weswegen Chris mittlerweile wahnsinnig viel Geld und mehrere rote Sportwagen besitzt, aber wenige Freunde hat. Nur ich halte zu ihm, soweit man das bei imaginären Freunden überhaupt sagen kann. Und gelegentlich frage ich mich, worüber wir uns wohl unterhalten würden, wenn es Chris wirklich gäbe.

Vielleicht über den Frühling. Jetzt, wo man draußen so langsam eine Ahnung davon bekommt, wie schön die Welt sein kann, bekomme ich wieder diese Zweifel. Wie wichtig ist es, dem Geld hinterherzujagen? Sollte ich den Christopherschen Ehrgeiz darauf verwenden, das letzte Viertelprozent Rendite mehr rauszuholen? Oder sollte ich mich lieber entspannen, mich in die Sonne setzen und den Blumen beim Wachsen zusehen? Was auch den Vorteil hätte, dass man diese leidigen ökonomischen Wachstumsdiskussionen endlich abhaken könnte. Blumen wachsen ja bekanntlich ständig. Jedenfalls im Frühling.

Christopher würde mich für verrückt erklären. Andererseits muss man sich mal vergegenwärtigen, was ein Prozent mehr oder weniger wirklich ausmacht. Soll ich minimal besser verzinste Genussscheine oberschwäbischer Biomassekraftwerke kaufen, wenn ich dafür erst bei einer Öko-Bio-Sonstwiebank ein Konto eröffnen muss? Soll ich meine Bank verlassen, weil die Konkurrenz fürs Tagesgeld gerade geringfügig mehr bietet? Sind die paar Euro den ganzen Papierkram wert, neue Freistellungsaufträge und den ganzen Quatsch?

Chris würde das tun, er hat ja auch viel mehr Geld als ich, da lohnt sich das Hin und Her eher als bei meinen paar Kröten. Mir ist die Ruherendite derzeit wichtiger. Vermutlich weiß Chris nicht einmal, ob draußen Tulpen blühen oder Gewitterblumen. Da ist er selbst schuld, würde ich sagen.

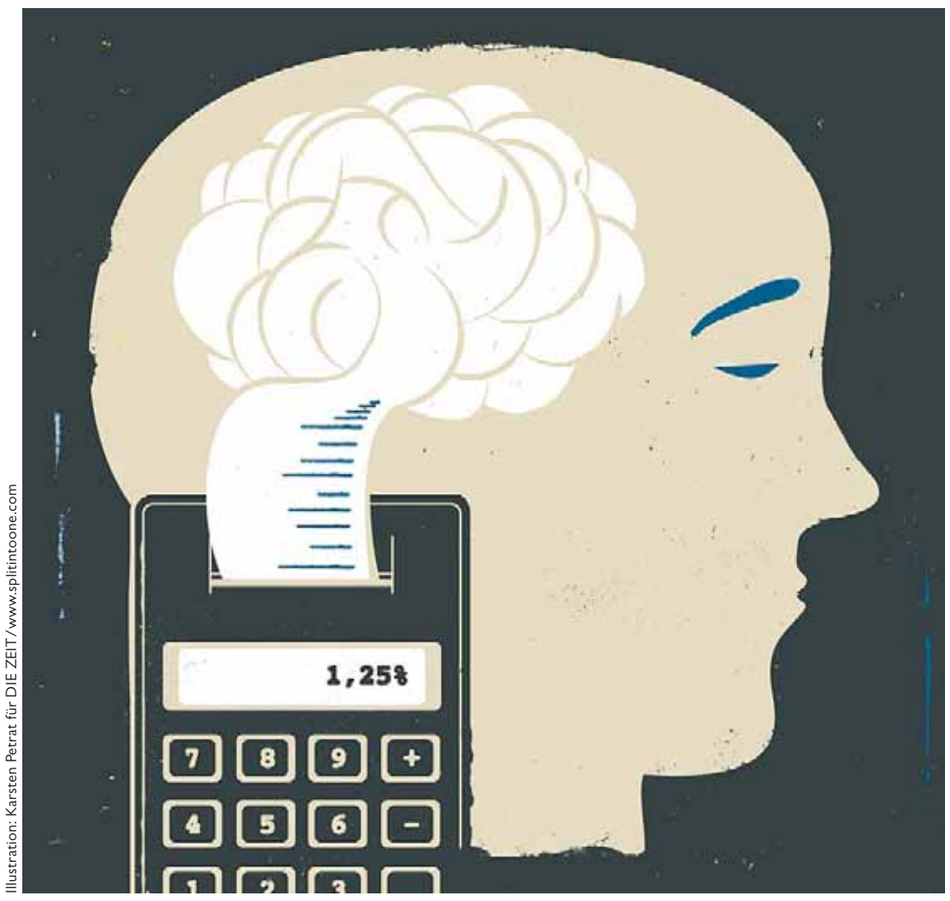


Illustration: Karsten Petrat für DIE ZEIT / www.splitintoone.com

Von Bankers Gnaden

Die Europäische Zentralbank hat die Leitzinsen erhöht, doch Bankkunden haben wenig davon: Kredite werden teurer, während Sparverträge kaum mehr abwerfen VON NADINE OBERHUBER

Wer rechnen kann, ist im Vorteil, wenn es ums Geld geht. Wenn es aber um Zinsen geht, geraten selbst Rechenprofis leicht ins Grübeln. Gerade hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins auf 1,25 Prozent angehoben, in der ersten Zinserhöhung seit Zuspitzung der Finanzkrise. Doch was genau heißt das fürs eigene Konto, für den Dispo und den Baukredit, aber auch für Sparverträge oder Festgeldbestände? Wer nach Antworten sucht, stellt schnell fest, dass auch hier vor allem wieder einer gewinnt: die Bank.

Zunächst die Theorie: Der Leitzins legt fest, zu welchen Kosten Banken sich bei der EZB Geld leihen können – Geld, das sie weiterverleihen, an Firmen, Konsumenten, Bauherren und Immobilienkäufer. Steigen die Leitzinsen, passen Banken die Sollzinsen, also etwa die Zinsen für den Dispo oder den Immobilienkredit, nach oben an – sinken die Leitzinsen, senken die Banken die Sollzinsen. In der Praxis jedoch, monieren Kritiker, vollzögen die Banken den Schritt nach oben sehr schnell, eine Zinssenkung gäben sie aber gerne nur in Teilen und gerne nur mit zeitlicher Verzögerung an ihre Kunden weiter. Und da hört die Kritik nicht auf, denn an die Leitzinsen sind indirekt auch die Habenzinsen gebunden. Steigen die Leitzinsen, sollten auch die Zinsen auf Tagesgeld, Festgeld oder Sparverträge steigen – denn je teurer es für die Bank wird, sich Geld von der Notenbank zu leihen, desto sinnvoller ist es, den Kunden höhere Zinsen zu bieten und sich über deren Einlagen zu refinanzieren.

Was im Grundsatz einfach klingt, ist im Alltag kaum zu durchschauen. Schon bei den Habenzinsen fängt es an, wie eine kleine Kostprobe aus den Konditionen eines langfristigen Sparplans zeigt, den eine Sparkasse aus Norddeutschland anbietet: »Addieren wir die Basiswerte für April, März und Februar und dividieren die Summe durch 3, erhalten wir den gleitenden Durchschnittszins für 3-Monats-Anlagen. Auf gleiche Weise ermitteln wir die Durchschnittszinssätze für 2-, 3- und 10-Jahres-Anlagen. Dazu werden die Zinssätze der letzten 24, 36 bzw. 120 Monate addiert.« Wer an dieser Stelle noch nicht ausgestiegen ist, tut es spätestens danach: »Der letzte Schritt für die Ermittlung des Referenzzinssatzes ist die prozentuale Gewichtung der einzelnen gleitenden Durchschnittszinssätze.«

Auf diese oder ähnliche Weise berechnen Hunderte Institute Hunderttausende Sparverträge in Deutschland. Am Ende steht irgendein Zinssatz, und immer mehr Kunden bezweifeln, dass dabei alles mit rechten Dingen zugeht. Die Gerichte geben ihnen vielfach recht: Banken berechnen bei Sparverträgen häufig zu niedrige Zinsen. Zwar dürfen sie deren Höhe an die schwankenden Leitzinsen anpassen, das aber müssen sie dann immer tun – und nicht nur, wenn es zu ihren Gunsten geht. Das sei eine Abrechnung nach Gutsherrenart, rügte der Bundesgerichtshof (BGH) mehrfach. Die Institute müssen Sparer also auch an steigenden Zinsen teilhaben lassen. Dazu gebe es zwar keine gesetzliche Pflicht, erklärt Andreas Fuchs, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Osnabrück. Doch es gelte laut Bürgerlichem Gesetzbuch das Benachteiligungsverbot. »Anpassungen müssen immer in beide Richtungen gehen. Die Banken dürfen ihre Kunden nicht einseitig benachteiligen, auch die Rechtsprechung ist da erheblich strenger geworden«, sagt Fuchs. Künftig müssen die Zinsen laut BGH »so angepasst werden, dass es für Kunden transparent ist«. Doch was transparent ist und was ein verbindliches Modell, nach dem die Banken verzinsen, hat der BGH bis heute nicht festgelegt. So rechnet jede Bank weiter, wie es ihr gefällt.

Noch klarer wird die Willkür bei den Sollzinsen, wie die Entwicklung seit dem Herbst 2008 illustriert. Als die Leitzinsen in der Krise in den Keller rauschten, fielen zwar die Zinsen für Tagesgeld, Festgeld und andere Anlagen schnell mit ihnen – die Banken konnten sich ja günstig über die Zentralbanken refinanzieren, warum also den Kunden viel Geld bieten? Das hinderte die Banken aber nicht daran, zugleich die Strafzinsen für Kontoüberzieher auf dem Niveau zu belassen, auf dem sie vor der Krise waren. Daher sind die Dispositionszinsen vieler Banken noch immer auf Rekordniveau. Und mit der jüngsten Leitzinserhöhung werden sie voraussichtlich weiter steigen. Im Durchschnitt liegt der Dispo-Zins derzeit bei mehr als elf Prozent, wie eine Untersuchung der Stiftung Warentest jüngst ergab. Einige Banken und Sparkassen verlangen sogar 15 Prozent und mehr. »Das ist beim derzeitigen Zinsniveau nicht vertretbar«, findet Arno Gottschalk von der Verbraucherzentrale Bremen, »da wären nicht einmal zehn Prozent gerechtfertigt.«

Mit diesen Wucherzinsen verdienen die Banken an allen Kurzfristschuldnern, die sich jeden Monat gedankenlos 40 Milliarden Euro bei ihnen pumpen. Und sie verdienen immer mehr. Noch vor zehn Jahren lag der Abstand zwischen EZB-Referenzzins und Dispo-Zins bei durchschnittlich 5 bis 6 Prozent. Heute sind es 9,5 Prozent. Kritiker hegen den Verdacht, dass die jüngst Not leidenden Banken sich gesundstoßen, indem sie klamme Kunden abkassieren. Zumal unter den Banken mit den höchsten Dispo-Zinsen eine ist, die mit Steuermilliarden gerettet werden musste: die Commerzbank.

Künftig werden die Schuldzinsen sogar noch weiter steigen. Dafür sorgt die deutsche Umsetzung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie, wonach die Dispo-Zinsen neuerdings an einen Referenzzinssatz gekoppelt sein müssen, den **Euribor.** Weder ein Korridor noch eine Deckelung wurde für den Abstand vorgeschrieben. Das Gesetz trat Mitte 2010 in Kraft, genau als der Euribor historisch niedrig und die Spanne zu den Dispo-Zinsen am höchsten war. Künftig werde es nur noch aufwärtsgehen, fürchtet Zinsexperte Max Herbst vom Finanzdienst FMH: »Jetzt, wo der Zinssatz steigt, sagen die Banken: Wunderbar, wir verlangen noch höhere Dispo-Zinsen, wir müssen uns ja an das Gesetz halten.« Er schüttelt den Kopf über das »halbherzige Gesetz, mit dem der Gesetzgeber mal wieder vor der Bankenlobby eingeknickt ist«. Verbraucherschützer fragen, ob man nicht wenigstens die Gewinnspanne der Banken bei den Überziehungszinsen begrenzen müsste – so wie bei Verzugszinsen.

»Wir erkennen da ein Problem«, räumt das Verbraucherschutzministerium ein, »es darf nicht sein, dass die Banken sich auf Kosten ihrer Kunden sanieren. Zinsanhebungen und -senkungen müssen systematisch an die Kunden weitergegeben werden.« Weil daran Zweifel aufgekommen sind, hat das Ministerium gerade eine Studie zu den Zinsgepflogenheiten in Auftrag gegeben.

Bisher haben Regierung und Bankenvertreter gern auf das Prinzip der Privatautonomie verwiesen. So pocht der Bankenverband darauf, dass Zinshöhen genau wie andere Preise »grundsätzlich eine geschäftspolitische Entscheidung der einzelnen Banken sind«. Den Rest regle der Wettbewerb. Der Kunde könne ja stets zur Konkurrenz wechseln. Theoretisch kann er das – wie aber praktisch, wenn er mit ein paar Hundert Euro im Minus steht?

Verbraucherschützer wie Gottschalk hoffen, dass in der Studie des Ministeriums »nicht nur die Anpassungsmechanismen hinterfragt werden, sondern auch das derzeitige Zinsniveau«. Laut dem Institut für Finanzdienstleistungen findet sich unter Europas Kernstaaten kaum ein Land mit höheren Überziehungszinsen. Diese sind hierzulande rund doppelt so hoch wie in Österreich und den Niederlanden, rund dreimal so hoch wie in Schweden. Zudem, so die Studie, setze Deutschland zu sehr auf ein System aus »guter Moral« und allgemeinen Gesetzen, um ein Ausufern der Zinsen zu verhindern. Im Vergleich zu Ländern, die zum Kundenschutz gesetzliche Zinsobergrenzen eingezogen hätten, sei das deutsche System »wenig effektiv«.

Solange sich nichts ändert, bleibt den Kunden nur eines: zu vergleichen. Bei Immobilien- und Ratenkrediten, deren Konditionen die meisten Sparer durchrechnen, langen Banken längst nicht so kräftig zu. Also lieber einen Kleinkredit aufnehmen als den Dispo strapazieren. Auch beim Tagesgeld werden die Banken erst wieder mit höheren Zinsen um Kunden buhlen, wenn diese, wie Max Herbst rät, ihr Geld umschichten.

Euribor

Hinter dieser Abkürzung verbirgt sich die Euro Interbank Offered Rate – der Zinssatz, zu dem sich die größten Banken der Euro-Zone untereinander Geld leihen. Dieser wird für Laufzeiten von einer Woche bis zu einem Jahr festgestellt, Grundlage sind tägliche Meldungen von 44 Banken. Der Euribor ist die Basis für kurzfristige Kredite der Banken an Kunden und die Zinsen auf Festgeld

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/geldanlage

Lokführer im Recht?

Seit Wochen legen sie wiederholt den deutschen Schienenverkehr lahm. Ihre Forderung: Gleiche Löhne für alle

Ja

GUNHILD LÜTGE:

Wettbewerb um die niedrigsten Löhne muss verhindert werden

Verständlich, wenn die Pendler langsam wütend werden. Viele von ihnen sind auf die private Konkurrenz der Bahn angewiesen. Nach zwei Streikrunden hat die Spartengewerkschaft GDL für diese Woche die dritte angekündigt. Wer jedoch ausschließlich auf die Lokführer schimpft, trifft die Falschen. Die aktuellen Konflikte waren programmiert. Nur hat das lange Zeit niemand bemerkt. Mit der Liberalisierung des Bahnverkehrs wurde in Kauf genommen, dass der Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Und genau das rächt sich jetzt.

Lange Zeit ging die Sache gut. Die Kunden der Privatbahnen waren in der Regel zufrieden. Es schien wahr zu werden, was die Protagonisten der Liberalisierung verkündet hatten. Alles wird besser, hieß es: Die Preise sinken und der Service steigt. Wie das langfristig funktionieren sollte, fragte sich kaum jemand.

Die begeisterten Marktliberalen vergaßen nämlich mitzuteilen, dass die neuen Geschäftsmodelle zum Teil auf Lohndrückerei basieren. Somit war es nur eine Frage der Zeit, dass sich die Betroffenen wehren. Es ist ihr gutes Recht.

Nicht in allen, aber in vielen Fällen erhalten die Lokführer der Privatbahnen weniger Geld als ihre Kollegen bei der Deutschen Bahn. Das ist nicht nur ungerecht, sondern setzt auch eine Spirale nach unten in Gang. Jedes Mal, wenn die Vergabe von Strecken ausgeschrieben wird, spielen die Lohnkosten eines Anbieters eine wichtige Rolle. Den Auftrag erhält jener, der am günstigsten kalkuliert. Und das heißt oft: Wer seine Mitarbeiter am schlechtesten bezahlt. Gegen diesen destruktiven Wettbewerb hilft nur ein bundesweit gültiger Rahmentarifvertrag, der ausschließt, dass es Lokführer erster und zweiter Klasse gibt.

Manche Privatbahnen zahlen durchaus ordentlich, andere aber senkten die sozialen Standards. Deshalb sind sich die Wettbewerber der Bahn selbst untereinander nicht einig. Jeder schmollt für sich allein. Deshalb kann sich der Konflikt mit ihnen noch lange hinziehen, selbst wenn sich die GDL mit dem Branchenführer Deutsche Bahn geeinigt hat.

Erschwerend kommt hinzu, dass es nicht nur unterschiedlich agierende Unternehmen gibt, sondern auch noch konkurrierende Gewerkschaften. Dass einzelne Berufsgruppen wie die Lokführer in der GDL lediglich für ihre eigenen Interessen streiten, wird inzwischen oft beklagt. Doch gerade die Verfechter der marktliberalen Idee müssten diese Entwicklung begrüßen. Denn es liegt in der Logik von freiem Wettbewerb, dass nicht nur Unternehmen, sondern auch Gewerkschaften rivalisieren. Wettbewerb belebt das Geschäft, heißt die populäre Losung. Doch wenn geschmeidige Theorie auf raue Wirklichkeit trifft, hat das nicht selten fatale Folgen. Die bekommen nun leider selbst all jene zu spüren, die eigentlich profitieren sollten: die von allen Unternehmen angeblich so sehr verehrten Kunden. Die sind bislang erstaunlich gelassen geblieben. Doch auch das scheint nur noch eine Frage der Zeit.

Nein

KERSTIN BUND:

Den Lokführern geht es vor allem um sich. Die anderen Bahner sind ihnen egal

Wer hätte gedacht, dass die Deutsche Bundesbahn jemals wieder in Mode kommt! Seit die Lokführer den Schienenverkehr immer wieder lahmlegen, ist häufig zu hören: So etwas hätte es früher nicht gegeben. Da waren Bahner schließlich noch Beamte und durften gar nicht streiken. Ach ja, und überhaupt, die gute, alte Eisenbahn! Was gern vergessen wird, ist, dass diese gute, alte Eisenbahn ein Sanierungsfall war, behäbig, hoch verschuldet und ohne staatliche Dauerhilfen nicht überlebensfähig. Als aus der Behörde 1994 die Deutsche Bahn AG wurde, da waren Fahrgäste nicht länger Beförderungsfälle, sondern Kunden. Der Staatsmonopolist bekam auf einmal Konkurrenz, und wohin das führte, lässt sich heute im Nahverkehr beobachten: Die Züge sind unterm Strich pünktlicher, sauberer, sicherer, der Service ist besser, und es fahren heute mehr Menschen mit der Bahn als früher. Bummelstrecken, die die Deutsche Bahn für unrentabel hielt, werden wieder befahren – von privaten Betreibern. Von alldem profitiert der Kunde.

Bleibt das Argument des Lohndumpings, mit dem die Lokführer ihre Streiks rechtfertigen. Manche privaten Konkurrenten bezahlen ihren Mitarbeitern tatsächlich 20 Prozent weniger Lohn als die Deutsche Bahn. Einen Wettbewerb, der zulasten der Beschäftigten geht, darf es nicht geben. Das Absurde ist nur, dass sich darüber im Grunde alle einig sind: die Bahn, ihre Konkurrenten, die Gewerkschaften. Fünf Monate haben sie verhandelt, am Ende hat die Großgewerkschaft EVG (ehemals Transnet) einen Branchentarifvertrag für 31 000 Beschäftigte im Nahverkehr geschlossen, der den Lohnabstand auf gut sechs Prozent verringert.

Es ist ein Kompromiss, mit dem alle gut leben können, nur die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) nicht. Sie ließ die Verhandlungen platzen, beharrt auf einem eigenen Rahmentarifvertrag für alle Lokführer im Land, egal ob sie einen ICE, einen Güterzug oder eine Bummelbahn lenken. Die Gewerkschaft ignoriert, dass es Unterschiede gibt. Es ist nicht dasselbe, ob jemand in München oder in Luckenwalde lebt und ob er jeden Abend zu Hause schläft oder, wie im Güterverkehr, oft nächtelang unterwegs ist. Die GDL fordert gleiche Löhne für alle, aber nicht alles, was gleich ist, ist auch gerecht, und nicht alles, was gerecht ist, ist marktwirtschaftlich.

Um Geld allein geht es der GDL ohnehin nicht. Sonst hätte sie den Branchentarifvertrag mit den Privatbahnen unterschrieben, der die Lohnabstände abbaut. Den Lokführern geht es vor allem um Geltung. Um sich. Die Zugbegleiter, die Stellwerker, die Serviceleute sind ihnen egal.

Die GDL will beweisen, dass sie mehr für ihre Mitglieder herausholen kann als die Konkurrenzgewerkschaft EVG, die alle Bahner vertritt. Dafür muss sich eine kleine Gewerkschaft sehr groß machen. Und ihr ist jedes Mittel recht, auch die Eskalation. Sie braucht sie sogar, um sich Legitimation zu verschaffen. Der Streik dient der eigenen Profilierung. Das ist als Grund zu nichtig, um Tausende Pendler zu Geiseln zu machen.

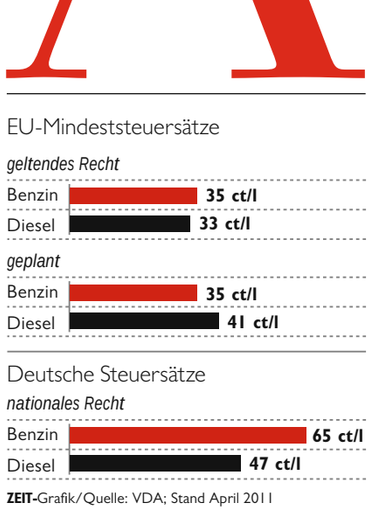
www.zeit.de/audio

DIE ANALYSE

Schädliches Privileg

Benzin und Diesel sollten gleichermaßen nach ihrer Wirkung auf die Umwelt besteuert werden VON DIETMAR H. LAMPARTER

Noch ist das Protestgeheul zur Einführung der Benzinsorte Super E 10 nicht abgeflaut, da geht das Geschrei schon wieder los. Diesmal ist es die von der EU angeblich geplante drastische Erhöhung der Dieselsteuer. ADAC, Verband der Automobilindustrie (VDA), Wirtschaftsminister, Kanzlerin, SPD-Wirtschaftspolitiker und Medien sind angetreten, um den deutschen Autofahrer vor der aus Brüssel drohenden »Abzocke« (*Bild*) zu bewahren. Preiserhöhungen von 28 Cent pro Liter Diesel werden hochgerechnet.



ZEIT-Grafik/Quelle: VDA; Stand April 2011

Was ist passiert? Die Energieexperten der EU-Kommission haben einen Entwurf für eine neue Energiesteuerrichtlinie erarbeitet. Nach der sollen Heiz- und Kraftstoffe – dem Klimaschutz zuliebe – europaweit schrittweise bis 2020 nicht mehr nach ihrer Menge, sondern nach ihrem Energiegehalt und den CO_2-Emissionen besteuert werden.

Dazu werden Mindeststeuersätze vorgeschlagen, die EU-weit gelten sollen. In einem Liter Diesel aber steckt mehr Energie als in einem Liter Benzin, entsprechend höher fallen auch die CO_2-Emissionen aus, wenn Diesel im Motor verbrannt wird. Die Folge: Diesel müsste um etwa 15 Prozent höher besteuert werden als Benzin.

Die Kritikerfront machte es sich freilich einfach: Sie addierte einfach den möglichen Aufschlag für Diesel zu den derzeitigen Preisen für Superbenzin. Diese Rechnung ist aber zu kurz gegriffen und irreführend.

Schon bislang gelten in der EU nämlich Mindeststeuersätze, die liegen für einen Liter Benzin bei 35 Cent und für Diesel bei 33 Cent. Damit begnügt sich der deutsche Fiskus aber nicht, er kassiert viel mehr: für Benzin 65 Cent und für Diesel 47 Cent pro Liter. Die von der EU geplanten neuen Mindestsätze lägen mit voraussichtlich 35 Cent (Benzin) und 41 Cent (Diesel) pro Liter selbst laut VDA also immer noch deutlich unter den nationalen Steuersätzen!

Ob und wie stark der Dieselpreis steigen würde, sofern die Richlinie kommt, hinge also von der nationalen Politik ab. Anstatt den nach Energiegehalt und CO_2-Komponente nötigen Abstand zum Benzin allein durch Erhöhung der Steuer auf Diesel zu erzielen, könnte Berlin den Satz für Benzin so weit senken, dass das gesamte Steueraufkommen ungefähr gleich bliebe. Und da die Kfz-Steuer für Diesel-Pkw bislang deutlich höher liegt als die für Benziner, könnte deren – dann logische – Senkung den Aufschlag durch die neu berechnete Dieselsteuer zu einem guten Teil kompensieren.

Warum aber wird in Deutschland und etlichen anderen EU-Ländern wie Frankreich bislang überhaupt Diesel steuerlich bevorzugt? Ganz einfach. Die Transportlobby, deren Lkw ausschließlich mit Diesel fahren, hat seinerzeit richtig Druck gemacht. Erst seit 1989 (unter dem damaligen Finanzminister Theo Waigel) begann sich die Steuerbelastung deutlich auseinanderzuentwickeln. Profitiert haben in der Folge auch die Fahrer von Diesel-Pkw und die deutschen Autohersteller. Erstere konnten billiger tanken, Letztere konnten mit immer effizienteren Selbstzündern vor allem in Europa reüssieren – auch gegen die Japaner mit ihren Hybridfahrzeugen, die Benzin brauchen. Kein Wunder, dass sie dieses Privileg verteidigen.

Dieselaggregate seien um 20 bis 30 Prozent effizienter als Benzinmotoren, das nütze auch der Umwelt, argumentieren die Autobauer jetzt. Freilich entwickelten sie zugleich immer stärkere Dieselmotoren, die vor allem bei Fahrern großer (Dienst-)Wagen beliebt sind. Die Folge: Im vergangenen Jahr lag der Durchschnittsverbrauch der hierzulande verkauften neuen Diesel-Pkw erstmals über dem der Benziner. Weil Letztere vorwiegend bei Kleinwagen unter der Haube sind. Das Argument widerspricht auch dem sonst von den deutschen Autobauern hochgehaltenen Credo, demzufolge der Staat zwar Verbrauchsziele, nicht aber die technische Umsetzung vorgeben soll. Warum soll dann der Fahrer eines benzinbetriebenen Minis den Lenker eines großen Dieselbrummers subventionieren?

Wer Klimaschutz ernst nimmt, muss den Ansatz der EU-Richlinie begrüßen. Schließlich kritisiert auch das Umweltbundesamt schon lange die steuerliche Bevorzugung des Diesels, auch weil der zudem noch andere umweltschädliche Stoffe (Rußpartikel, Stickoxide) emittiere. Dennoch braucht die deutsche Diesellobby vorerst keine Angst um ihr Steuerprivileg zu haben. Der Energierichtlinie müssen alle EU-Staaten zustimmen. Neben Deutschland ist auch das dieselbegeisterte Frankreich dagegen. Deshalb wird aus den Brüsseler Plänen nichts werden, zumindest im ersten Anlauf.

Schluss mit Kohle

Der Ruhrkonzern Evonik sollte schnell an die Börse gehen, um die Altlasten des Bergbaus zu finanzieren VON JUTTA HOFFRITZ

DER STANDPUNKT:

Etwas Geld sollte Evonik-Chef Klaus Engel aus dem Börsengang behalten dürfen, um den Konzern noch wertvoller zu machen

Vor knapp vier Jahren wurde unter Fanfarenklängen in Essen der Name »Evonik« am Hochhaus der alten Ruhrkohle AG enthüllt. Die Zeitungen zeigten die rosarot geschmückte Fassade. Sie lobten RAG-Chef Werner Müller, der den Ausstieg aus der Kohleförderung in Deutschland ausgehandelt hatte und die Industrietöchter der RAG an die Börse bringen wollte. Nach Jahrzehnten der Subvention sollten so wenigstens die Altlasten der Kohle steuerneutral finanziert werden. Doch es kam nicht so weit. Die Krise verhinderte 2008 den Gang aufs Parkett.

Am Dienstag nun lief die Meldung über die Ticker, dass man in Essen erneut die Börse anpeile. Können die Steuerzahler jetzt aufatmen? Ende gut, alles gut?

Es kommt darauf an, wie die Pläne im Detail aussehen. Denn noch ist nicht klar, wann das Unternehmen wirklich an den Markt geht, wer den Erlös bekommt und wie Evonik dabei das Portfolio optimiert. All das muss entschieden werden – um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden.

Fehler Nummer eins: falscher Zuschnitt. Lange wurde das Unternehmen wie Rudis Resterampe geführt. Neben den Kohlegruben gab es im Essener Sortiment auch eigene Kraftwerke, Chemiefabriken sowie eine Immobiliensparte, die die Bergmannshäuschen vermietete. Alles historisch gewachsen, aber nicht gerade anlegerfreundlich. Konglomerate gelten als unübersichtlich und werden mit Kursabschlag bestraft.

Müller dürfte das geahnt haben, doch um die Zustimmung der Arbeitnehmer zum Kohleausstieg (Montanmitbestimmung!) nicht zu gefährden, redete er den Gemischtwarenladen schön. Sein Nachfolger, Klaus Engel, dagegen sprach die Probleme an. So gelang es ihm bereits, die Kraftwerkssparte zu verkaufen. Jetzt sucht er Investoren für die Immobilien.

In der Chemie will Engel wachsen. Und am liebsten hätte er dafür etwas von dem Geld der Anleger. Allerdings muss er die Kohlestiftung erst davon überzeugen, dass ein Teilbörsengang und ein Teilen des Ertrags von Vorteil ist, wenn so im zweiten Schritt mehr Geld zusammenkommt, um die Altlasten des Bergbaus zu bezahlen. Eine gute Idee wäre der Kauf kleiner Tüftlerlabors, die Evonik voranbringen – als Zulieferer der Solarbranche und bei den Batterien für Elektroautos. Den Gerüchten, er wolle den Leverkusener Wettbewerber Lanxess kaufen, sollte der Evonik-Chef dagegen eine deutliche Absage erteilen. Zwar gibt es Anknüpfungspunkte zwischen beiden Unternehmen, weshalb Lanxess umgekehrt vor ein paar Jahren schon um die Unterstützung der Landespolitik für den Kauf der Evonik-Fabriken warb. Doch die Synergien sind heute geringer denn je und die Vorteile für den Standort fraglich.

Generell sollte sich Engel vor politischen Ambitionen hüten, denn das war in der Vergangenheit Fehler Nummer zwei. Auch sein Vorgänger, der ehemalige Wirtschaftsminister Müller, spielte in Essen weiter den Politiker, setzte sogar die Förderung der Ruhrkultur aus Stiftungsmitteln durch. Das nährte den Argwohn der Haushälter von Bund und Land, die in der Kohlestiftung die Aufsicht führen. Sie fürchteten, dass sie draufzahlen, wenn am Ende nicht 8,4 Milliarden Euro bereitliegen, die man braucht, um auch nach dem Stopp der Kohleförderung 2018 dauerhaft das Grundwasser aus den Stollen zu pumpen.

Über all das wurde damals so erbittert gestritten, dass man – Fehler Nummer drei – vergaß, auf die Konjunktur zu achten. Am Ende war die Gelegenheit für den Börsengang verpasst. Die Gefahr besteht auch dieses Mal. Bis zu 15 Monate soll sich Evonik nun nach dem Willen der Stiftung mit der Vorbereitung Zeit lassen dürfen. Dann aber dürfte der Chemieboom den Zenit überschritten haben.

Kenneth Feinberg?

Der New Yorker Rechtsanwalt Kenneth Feinberg ist ein Spezialist für Entschädigungen

Foto: Stephen Voss/Redux/Redux/laif; kl. Fotos v.o.n.u.: BP; Reuters

Obamas Aufräumer

Wie Kenneth Feinberg nach der BP-Ölkatastrophe helfen wollte und zum meistgehassten Mann an der Golfküste wurde VON HEIKE BUCHTER

Dass Ken Feinberg ein viel beschäftigter Mann ist, merkt man, noch bevor man sein Büro betreten hat. Im Vorzimmer sind alle Besuchersessel besetzt. »Welche von Kens vielen Aktivitäten bringt Sie her?«, fragt einer der Wartenden, ein Mitarbeiter einer Menschenrechtsorganisation, bevor Feinbergs Sekretärin erscheint und ihn für den Vier-Uhr-Termin hereinbittet. Die geschäftig-professionelle Atmosphäre erinnert an eine Facharztpraxis. Und in der Tat ist Feinberg ein gefragter Spezialist für menschliche Leiden. Nur ist er nicht Mediziner, sondern Jurist. Der 65-Jährige mit der hohen Stirn und den lebhaften Augen wird gerufen, wenn es gilt, einen Preis festzusetzen.

Im Laufe seiner Karriere hat er im Auftrag von Klägern und Beklagten Entschädigungen festgelegt für Geburtsfehler, Asbestlungen, Unfruchtbarkeit, Vergiftung und Tod. Er hat Milliarden an Opfer und deren Angehörige verteilt. Präsident George W. Bush übertrug ihm die Verwaltung des Fonds für die Opfer der Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York. Feinbergs jüngste Mission: Er soll die Wiedergutmachung für die Betroffenen der gigantischen Ölpest im Golf von Mexiko kalkulieren und auszahlen. Eine enorme Aufgabe: »Im Fall der Terroropfer des 11. September haben wir über 33 Monate 7300 Anträge bearbeitet, beim Golf-Unglück erhalten wir täglich 7300 Anträge«, sagt Feinberg.

Vor einem Jahr, am 20. April 2010, explodierte die *Deepwater Horizon,* eine Bohrinsel des britischen Energiekonzerns BP vor der US-Küste. Elf Arbeiter starben, 17 wurden verletzt. Aus dem aufgerissenen Tiefseebohrloch strömte das Rohöl mehr als 13 Wochen lang in den Golf, nach Schätzungen der US-Regierung waren es 780 Millionen Liter. Es war die größte Ölkatastrophe der Geschichte. Shrimps-Farmer, Fischer, Austernzüchter, Hoteliers und Gastronomen in den Küstenstaaten Louisiana, Alabama und Florida sahen ihren Lebensunterhalt über Nacht verschwinden. Im August 2010 zwang Präsident Obama den Konzern BP, einen 20 Milliarden Dollar schweren Entschädigungsfonds zu etablieren, und beauftragte Feinberg mit dessen Verwaltung.

Er versprach den Fischern schnelle Hilfe, aber viele warten noch immer

Feinberg flog umgehend nach Alabama und New Orleans. Er versprach rasche Hilfe – eine Woche für Betriebe, 48 Stunden für individuelle Antragsteller. Die Leute begrüßten ihn als Retter in der Not. Inzwischen sitzt er zwischen allen Stühlen. Obamas Justizminister schrieb einen bösen Brief, in dem er Feinberg aufforderte, zügiger zu arbeiten. BP beschwerte sich, Feinbergs Team sei zu großzügig.

Doch die schärfste Kritik kommt aus der Golfregion. Dort ist Feinberg zum Buhmann geworden. Die Bearbeitung zog sich in vielen Fällen über Wochen und Monate hin, oft blieb die Zahlung unter der geforderten Summe oder wurde abgelehnt – ohne detaillierte Erklärung, wie die Betroffenen klagen. »Das waren die längsten 48 Stunden meines Lebens«, schrieb eine Frau bei einem Treffen mit dem Fondsverwalter auf ein Plakat. Wenn Feinberg heute der Golfküste einen Besuch abstattet, sieht er sich mit der geballten Wut der Anwesenden konfrontiert, die ihn wahlweise als BPs Clown, als Lügner oder Schlimmeres beschimpfen.

Ein Fischer namens Walker aus Destin, einem Ort, der bekannt ist für seine weißen Sandstrände, hat seinen Antrag Anfang September eingereicht. 90 Tage betrage die Wartezeit, hieß es in dem Formular, Ende Februar dieses Jahres wartete er immer noch. »Ich habe die leeren Versprechungen satt, ich verliere die Geduld und meinen Kredit«, schrieb er in einer Lokalzeitung und unterzeichnete seinen Text mit den Worten: »Ein weiterer entmutigter und bald obdachloser Fischer«.

1600 Kilometer nördlich lehnt sich Feinberg in seinem Ledersessel zurück. Sein großzügiges Büro in Washington liegt in Sichtweite des Weißen Hauses, leise Opernmusik erklingt im Hintergrund. Er bleibt bei seiner optimistischen Prognose. »Es gibt berechtigte Hoffnung, dass sich die Lage bis Ende nächsten Jahres normalisiert hat.« Das haben ihm Experten versichert. Und auch für seine Tätigkeit zieht er eine positive Bilanz. »Wir haben bereits 54 Prozent der Anträge bearbeitet. Das ist eine enorme Leistung.« Bisher habe er rund eine Milliarde Dollar ausgezahlt. Allerdings hat die Mehrheit der Antragsteller sich für eine sogenannte Schnellzahlung entschieden: Das bedeutet eine Einmalpauschale von 5000 Dollar für Privatpersonen, 25 000 Dollar für Betriebe.

Feinbergs eigentliche Aufgabe: Er muss mit möglichst vielen Opfern zu einem Vergleich kommen. Im Gegenzug müssen die Opfer eine Erklärung unterschreiben, dass sie BP nicht mehr in Regress nehmen. Denn der Fonds dient vor allem dem Zweck, eine Prozesslawine zu vermeiden, die die Gerichte auf Jahrzehnte beschäftigen würde. Im Fall der *Exxon Valdez,* die 1989 vor der Küste Alaskas leckschlug und 40 Millionen Liter Rohöl verlor, laufen noch heute – 21 Jahre später – Prozesse. Dabei hielt sich die Zahl der Kläger noch in Grenzen, der Tanker lief an einem kaum besiedelten Küstenstreifen auf Grund. Beim Golf-Unglück drohten dagegen Tausende Verfahren. Obamas Regierung musste fürchten, dass jahrelange juristische Rangeleien die Region wirtschaftlich lähmen würden.

Feinberg hat sich mächtige Gegner gemacht. Alabamas Gouverneur nannte seine Formel – Geld gegen Klageverzicht – eine »Erpressung«. Der Generalstaatsanwalt des Bundesstaates, zu dessen Aufgaben der Verbraucherschutz gehört, warnte vor der Inanspruchnahme des Fonds. Sein Nachfolger, Luther Strange, schrieb Feinberg einen Brandbrief, in dem er erklärte, die Stimmung in Alabama sei am Siedepunkt. Die Gesundheitsbehörde habe einen alarmierenden Seelenzustand der Küstenbewohner festgestellt und das unter anderem auf die Vorgehensweise von Feinbergs Bürokratie zurückgeführt. Er beklagt »die Demoralisierung und Demütigung willensstarker, unabhängiger Bürger, die gezwungen werden, bei einer Organisation zu betteln, deren einziges Ziel es zu sein scheint, sie abzulehnen«. Das Schreiben gipfelt in der Drohung, »die Füße der Verantwortlichen ans Feuer zu halten«.

Haben die heftigen Reaktionen Feinberg überrascht? »Überhaupt nicht!«, sagt er. »Ich habe nichts anderes erwartet als Frustration, Zorn, Sorge und Enttäuschung. Schließlich haben wir es mit der finanziellen Sicherheit und Stabilität von Tausenden von Menschen und Unternehmen zu tun.«

Bei dem Konflikt geht es um mehr als Geld. Es geht um die Zukunft einer Region, die sich noch nicht von den Verheerungen des Hurrikans Katrina vor sechs Jahren erholt hat. Um eine Lebensweise, die geprägt ist von den Strömungen und der Laichsaison des Weißen Shrimps. Es geht um die Zukunft von Familienbetrieben, die seit Generationen vom Fischfang leben und sich mit Papierkram nicht abgegeben haben. Viele haben nichts in der Hand, um ihre Verluste zu belegen. »Ich brauche etwas mehr als nur die Forderung: Zahlen Sie!«, sagt Feinberg. Ein Brief vom Gemeindepfarrer reiche nicht.

Die Kritiker kreiden Feinberg an, dass seine Kanzlei von BP bezahlt wird. 1,25 Millionen Dollar im Monat überweisen die Briten. Feinberg, der bei seiner Arbeit für den Fonds der Terroropfer des Jahres 2001 auf eine Vergütung verzichtete, zuckt die Schultern: »Wer soll unsere Arbeit denn sonst bezahlen? Der Steuerzahler etwa?«

Die Wände in Feinbergs Büro sind fast komplett bedeckt mit gerahmten Artikeln: ein jüngerer Feinberg mit vollem Haarschopf und dicker Hornbrille, Feinberg mit prominenten Politikern, bei Pressekonferenzen, als Karikatur. Sogar der Kaffeetisch ist voll mit Andenken an Meilensteine seiner Laufbahn, darunter eine handgeschriebene Nachricht von George W. Bush, der dem »lieben Ken« dankt. Feinbergs Manschettenknöpfe sind ein Geschenk der Virginia-Tech-Universität, die 2007 Schauplatz jener Schießerei wurde, bei der ein Amokschütze 32 Lehrer und Schüler niedermähte. Feinberg hat Spendengelder unter den Opfern und Angehörigen verteilt.

Eigentlich wollte Feinberg Schauspieler werden. Doch sein Vater, ein Reifenhändler aus Brockton im Neuenglandstaat Massachusetts, riet ihm, Anwalt zu werden. Ironischerweise war es dann ein kurzer Auftritt des Amateurmimen Feinberg, der einen anwesenden Bundesrichter beeindruckte und die Karriere des jungen Anwalts beschleunigte. Der Richter war mit einem der schwierigsten Entschädigungsprozesse betraut: den Agent-Orange-Klagen. Hunderte erkrankter Vietnamveteranen, die im Krieg dem Entlaubungsmittel ausgesetzt gewesen waren, belangten die US-Regierung und die Hersteller des Mittels. Im Kampf gegen die Vietcong hatte das US-Militär die Chemikalie über dem Dschungel versprüht. Der Fall zog sich über acht Jahre hin. Niemand glaubte, dass eine außerordentliche Einigung möglich sei. Feinberg bekam den Auftrag, es dennoch zu versuchen, und an dem Tag, an dem die Gerichtsverhandlung beginnen sollte, rang er den streitenden Parteien um drei Uhr früh einen Kompromiss ab.

Als moderner Salomon sieht sich Feinberg aber nicht. »Millionen von Amerikanern könnten diese Aufgabe übernehmen. Und sie tun es auch. Jeden Tag finden Gerichte und Geschworene in diesem Land den Preis für Schmerzen oder Tod.« Der Unterschied: »Der Präsident hat mich angerufen.« Wie fühlt man sich bei so viel Verantwortung? »Es ist sehr stressig. Man kann da ja gar nicht gewinnen. Niemand gewinnt bei so etwas.«

Wer einen grüblerischen, vielleicht gar schwermütigen Menschen erwartet, sieht sich getäuscht. Feinberg ist kein Philosoph der Gerechtigkeit, sondern ein Experte, der Gehaltsprognosen für Tote errechnet und routiniert einen Dollarpreis auf entgangene Lebensfreude setzen kann.

Feinbergs zur Schau getragenes Selbstbewusstsein, die Selbstverständlichkeit, mit der er seine Rolle übernimmt, haben Verhandlungspartner oft gegen ihn aufgebracht. Bei Angehörigen von Opfern der Terroranschläge von 2001 war er als arrogant verschrien. »*The Calculator*«, nannte ihn das Magazin *The New Yorker*. Dabei war Feinberg selbst nicht glücklich über die Vorgabe des US-Kongresses, für jeden der 2996 Toten einen »Lebenswert« zu kalkulieren. Das resultierte darin, dass die Hinterbliebenen von Feuerwehrleuten und anderen Helfern nur einen Bruchteil dessen bekommen würden, was den Angehörigen erfolgreicher Börsenhändler zugestanden hätte. Aber das hat ihn nicht daran gehindert, die entsprechenden Formeln und Tabellen zu entwerfen.

»Ich habe mich geweigert, den Typen 16 Millionen steuerfrei zu zahlen«

Als dann aber die Familie eines gut verdienenden Bankers, der beim Einsturz des World Trade Center starb, 16 Millionen Dollar forderte, so erzählte Feinberg damals dem *New Yorker,* habe er abgelehnt. Die Gegenseite drohte mit einer Klage und einer Pressekonferenz. »Bitte tun Sie das«, will Feinberg erwidert haben. »Und sagen Sie, dass ich mich geweigert habe, den Typen 16 Millionen steuerfrei zu zahlen.«

Solche Härte zeigte Feinberg nicht immer. Im Sommer 2009 sollte er im Auftrag von Präsident Obama die Millionengehälter der Bankenbosse stutzen – und scheiterte. »Meine Funktion war beschränkt«, verteidigt er sich. »Ich war nur für sieben Unternehmen zuständig, die Staatshilfe bekommen hatten.« Die Citigroup und die Bank of America schüttelten Feinbergs Reformversuche ab, indem sie die direkten Hilfen zurückzahlten. Feinberg selbst glaubte auch nicht an den Sinn seiner Arbeit. »Ich halte es für höchst problematisch, wenn der Staat die Gehälter der privaten Wirtschaft diktiert.« Sicherlich sei das wachsende Auseinanderklaffen der Einkommensschere in den USA ein Problem. »Aber wir werden in Amerika immer mit diesen Unterschieden leben müssen – sie sind sogar zu einem gewissen Grad Triebfeder und Erfolgsfaktor dieses Landes: der Preis, den wir zahlen müssen für unseren freien Markt.«

Selbst die Entschädigungsfonds, die er betreut, hält Feinberg für problematisch. »Millionen Menschen erleiden Schicksalsschläge und bekommen keinen Ausgleich angeboten. Warum dieses Unglück und nicht jenes? Warum die Betroffenen des BP-Unfalls, aber nicht die Opfer des Hurrikans Katrina? Warum die Terroropfer vom 11. September, aber nicht die von Oklahoma?« Und was ist mit den japanischen Erdbebenopfern, die im Umkreis des strahlenden Reaktors Fukushima leben – würde er einen Fonds für sie befürworten? Die Antwort kommt prompt: »Es wäre eine Menge Arbeit.«

Seine großen Fälle

Kenneth Feinberg ist zuständig für die Verwaltung des 20 Milliarden Dollar schweren Entschädigungsfonds, den der britische **Ölkonzern BP** auf Geheiß von **Präsident Barack Obama** (Foto unten) einrichten musste. Feinberg ist Anwalt und spezialisiert auf außergerichtliche Einigungen. Bekannt wurde er durch seine Rolle als Verwalter des Entschädigungsfonds, den der US-Kongress für die Opfer der Terroranschläge des **11. September 2001** einrichtete. Feinberg zahlte sieben Milliarden Dollar an 5560 Betroffene, er selbst arbeitete unentgeltlich. Über seine Erfahrung schrieb er das Buch *Was ist Leben wert?*

Sechs Jahre später übernahm der 65-jährige Top-Jurist pro bono die Verteilung der Spendengelder für die Opfer einer Schießerei auf dem Campus der **Virginia-Tech-Universität.** Ein Amokläufer hatte im April 2007 an der Hochschule 32 Lehrer und Mitschüler getötet. HBU

KATASTROPHEN

Was heißt es, wenn der Störfall zum Normalfall wird **(diese Seite)?** Welche psychologischen Folgen hat ein Atomunglück **(Seite 34)?** Und wie sieht es im Golf von Mexiko aus, ein Jahr nach dem Öl-Desaster **(Seite 35)?**

In Deckung: Der Wächter des Leuchtturms La Jument

Foto: Jean Guichard

Das Überraschende erwarten

Ein neuer Typus von Katastrophen bedroht die global vernetzte Welt. Wie sind sie zu bewältigen? Nur mit einer neuen Art zu denken VON ULRICH SCHNABEL

Was wäre, wenn morgen ein Asteroid auf die Erde zuraste? Wenn ein neues Computervirus das Internet lahmlegte? Wenn ein Vulkanausbruch in der Eifel das Bett des Rheins verstopfte? Keine Sorge, jedes dieser Ereignisse ist äußerst unwahrscheinlich. Andererseits: Wer hätte es vor drei Monaten für möglich gehalten, dass ein Beben vor Japan zu einem Tsunami und zu einer Atomkatastrophe führt, die Baden-Württemberg einen grünen Ministerpräsidenten beschert und die Bundesregierung zu einer Kehrtwende in der Energiepolitik zwingt?

»Die am wenigsten erwarteten Ereignisse haben oft die größte Wirkung«, hieß es Anfang des Jahres an dieser Stelle. Damals versuchte die Redaktion des Ressorts Wissen, einen Blick in die Zukunft zu werfen: Welche überraschenden »Jokerereignisse« könnten 2011 den Lauf der Weltgeschichte verändern *(ZEIT* Nr. 2/11)? Doch so kühn uns all unsere Prognosen erschienen – heute wirken sie geradezu liebenswürdig naiv. Mit der Wirklichkeit halten derzeit selbst die wildesten Fantasien nicht Schritt.

Da wächst die Sehnsucht nach »normalen Verhältnissen«, gewohnt und überschaubar. Doch wenn es aus Fukushima etwas zu lernen gibt, dann dies: Die Hoffnung auf Normalität bleibt vergeblich. Nicht nur, dass uns das Reaktorunglück noch lange in Atem halten wird – die Krise an Japans Ostküste weist auf etwas viel Grundsätzlicheres hin: Die Verkettung einzelner Unglücke war zwar in dieser Form einzigartig; ihr Muster jedoch ist längst kein Einzelfall mehr.

Wir haben es, wie Risikoforscher diagnostizieren, zunehmend mit einem neuen Typus von Desastern zu tun: Sie gewinnen ihre Wucht aus einer höchst unglaublichen, aber dennoch möglichen Kettenreaktion, die in der eng vernetzten Welt postwendend globale Wirkung entfaltet. Und jede dieser Krisen stellt eine vorher nie dagewesene Situation dar, für deren Bewältigung es keine Bedienungsanleitung gibt. Die Experten stehen vor ihr so ratlos wie ein Arzt vor einer unbekannten Krankheit.

Panikmache? Ein kurzer Blick in die jüngere Katastrophengeschichte lehrt das Gegenteil: 9/11, die Sars-Pandemie, der Tsunami im Indischen Ozean, die Zerstörung von New Orleans durch Hurrikan Katrina, die globale Finanzkrise, die Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull, der Blow-out der Ölbohrplattform *Deepwater Horizon,* Fukushima – lauter Schockereignisse, die Krisenstäbe und Rettungsmannschaften mit Fragen konfrontierten, die sich diese vorher nie gestellt hatten.

»Schwarze Schwäne« hat der Statistik-Philosoph Nassim Nicholas Taleb solche Geschehnisse jenseits des Erwartungshorizonts genannt. Wir halten ihr Auftreten für undenkbar, bis wir plötzlich mit ihrer Existenz konfrontiert werden. »Es gibt vermutlich«, sagt der Risikoforscher Ortwin Renn, »eine Million extrem seltener Ereignisse mit einer Wahrscheinlichkeit von eins zu einer Million; das heißt, dass jedes Jahr mindestens eines davon eintritt.« Wir wissen nur nicht, welches. Und ist das Unwahrscheinliche – wie in Fukushima – real geworden, kann man daraus auch nur begrenzt Lehren ziehen. »Das unwahrscheinliche Einzelereignis wird sich eben genau so nicht wiederholen«, sagt Renn.

Zwar nimmt die *Zahl* der Naturkatastrophen nicht zu. Erdbeben, Vulkanausbrüche oder Monsterwellen gibt es heute nicht häufiger als früher (in Bezug auf die Folgen des Klimawandels ist die Fachwelt noch gespalten). Was aber wächst, ist die *Folgenschwere* der Desaster (in Industrieländern steigt der Sachschaden, in eng besiedelten Entwicklungsländern die Zahl der Todesopfer). Denn zunehmend kommt es zu »Sekundärkatastrophen«, bei denen die technische Infrastruktur und das Krisenmanagement selbst zum Problem werden.

So verheerend etwa der Tsunami Japan getroffen hat, durch die Reaktorhavarie erhielt das Unglück noch eine weitere, einmalige Dimension. Ähnlich war es nach dem gewaltigen Erdbeben im japanischen Kobe 1995: Damals platzten die Erdgasleitungen in der Stadt. Schwere Brände brachen aus. »Diese technische Katastrophe«, sagt Renn, »forderte am Ende mehr Todesopfer als das Beben selbst.«

Von »Megakrisen« spricht der französische Krisenforscher Patrick Lagadec in diesem Zusammenhang. Lagadec, der an der Pariser École Polytechnique Wirtschaftsmathematik lehrt, ist ein alter Hase im Katastrophengeschäft. Schon 1981 – lange bevor Ulrich Beck den Begriff der »Risikogesellschaft« in Deutschland populär machte – schrieb Lagadec das Buch *La Civilisation du risque* (»Die Risikozivilisation«).

Damals habe man versucht, einzelne Risiken zu identifizieren, ihre Wahrscheinlichkeit abzuschätzen, Gesetze zu erlassen und die Technik zu ihrer Bewältigung zu entwickeln, sagt Lagadec im Rückblick. Heute trauert er diesen »guten alten Krisen der 1980er und 1990er« fast nach. Sie hatten einen begrenzten Wirkungskreis und relativ einfache Regeln. Die modernen Megakrisen jedoch erschüttern die

Fortsetzung auf S. 34

ELEMENTARTEILCHEN

Nur Schluckauf

Mit einer vagen Sensationsmeldung greifen Physiker ihrer Arbeit vor

Am Teilchenbeschleuniger Tevatron bei Chicago präsentierte die Physikerin Viviana Cavaliere vergangene Woche rätselhafte Neuigkeiten. Es ging um Elementarteilchen: Das Team um Cavaliere vermeldete Teilchen-Zusammenstöße, die nicht in die Welterklärungsmodelle der Physik passen. Prompt fingen Theoretiker an, öffentlich über die »wichtigste Entdeckung seit einem halben Jahrhundert« zu spekulieren – über ein unbekanntes Teilchen oder gar eine neue Naturkraft. Klingt aufregend. Nur hat die Sache ein Geschmäckle.

Vermeintliche Sensationsfunde tauchen zuverlässig immer dann auf, wenn ein Beschleuniger kurz vor der Schließung steht. Das Tevatron war jahrelang die größte derartige Anlage der Welt. Im September soll es abgeschaltet werden, die USA müssen sparen, außerdem steht in Europa inzwischen eine noch größere Maschine, der Large Hadron Collider (LHC). Bekämen die Wissenschaftler am Tevatron eine Gnadenfrist, wenn womöglich der Nobelpreis in Reichweite wäre?

Elementarteilchen werden anders entdeckt als Quastenflosser. Man beobachtet sie nicht direkt. Stattdessen zeichnen haushohe Messgeräte nach der Kollision von Atomkernen Masse und Geschwindigkeit der Bruchstücke auf. Neue Teilchen offenbaren sich einzig durch Abweichungen von erwarteten Messdaten. Weil es bei dieser Spurensuche schon rein statistisch immer wieder zu Ausreißern kommt, haben sich die Physiker auf eine Faustformel geeinigt: Ein Teilchen gilt als nachgewiesen, wenn die Wahrscheinlichkeit, dass es sich nur um einen Daten-Schluckauf handelt, unter eins zu einer Million liegt. Das ominöse Signal am Tevatron dagegen ist mit einer Wahrscheinlichkeit von eins zu tausend ein Fehlalarm. Solche Ausreißer findet man alle paar Jahre. Die meisten verschwinden, sobald mehr Daten ausgewertet sind.

Warum wohl traten die Physiker an die Öffentlichkeit, bevor sie die zweite Hälfte ihrer Daten analysiert hatten? Außergewöhnliche Behauptungen verlangen nach entsprechenden Belegen. Doch statt Nachweisen gibt es bislang nur PR-Teilchen. MAX RAUNER

Loch an Loch

Das Loch ist wieder da. Und diesmal ist es ganz nah. »Sonnenbrand vom Nordpol« titeln die Zeitungen und warnen vor dem »arktischen Rekord-Ozonloch«. Bis ans Mittelmeer könne es sich ausdehnen. Die Realität: Bislang hat keine deutsche Messstation erhöhte UV-Strahlung festgestellt.

HALB WISSEN

Von »Loch« sprechen die Forscher ohnehin nicht. Zwar ist der Ozonmantel über dem Nordpol derzeit dünner als im April üblich, dabei aber noch immer so dick wie in jedem Hochsommer über Mitteleuropa.

Zur Förderung des Absatzes von Sonnenschutzmitteln ist das »arktische Ozonloch« also kaum geeignet. Eher schon zur beispielhaften Erklärung medialer Alarmismuswellen. Gegen solche Moden ist leider noch kein Schutz gefunden. ASE

25 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl strahlen die Kartoffeln der Familie Chyzhyk aus dem ukrainischen Dorf Vovchkiv noch immer

Foto: Cyril Bitton/Polaris/Studio X (o.): Jeanne Neville/Media Services/Stony Brook University (u.)

Fortsetzung von S. 33

ganze Welt, und die herkömmlichen Risikoszenarien erweisen sich ein ums andere Mal als wertlos. »Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit für einen neuartigen Terroristenangriff?«, fragt Lagadec rhetorisch. »Wie oft kommt es zu einer unvorhergesehenen viralen Mutation? Wie setzt man einen ausgefeilten Krisenbewältigungsplan in einem Land um, das keine Regierung hat?«

Bei solchen Herausforderungen kann sich das übliche Expertenwissen sogar als hinderlich erweisen. Denn es stützt sich vor allem auf *vergangene* Erfahrungen. Angesichts einer unerwarteten, neuartigen Krise aber muss man alte Gewissheiten über Bord werfen. »Der größte Feind« ist für Lagadec in solchen Situationen »die Barriere in unserem eigenen Kopf«.

Bei seinen Reisen in diverse Katastrophengebiete machte der französische Risikoanalytiker immer wieder die gleiche Beobachtung: Zwar gab es Krisenstäbe, Notfallszenarien und Einsatzpläne; doch wenn diese durch unvorhergesehene Entwicklungen obsolet wurden, reagierten Krisenmanager und Helfer kopflos.

So war man in New Orleans im August 2005 eigentlich bestens auf den heranrückenden Hurrikan Katrina vorbereitet. Computermodelle hatten den Weg von Katrina berechnet, Studien hatten die Möglichkeit einer Überflutung der Deiche in Betracht gezogen, Evakuierungspläne erklärten, wie bedrohte Bewohner mit Bussen aus der Stadt gebracht werden sollten, und für den Fall eines Ausfalls des Telefonnetzes standen vier wasserdichte Notfallstationen bereit.

Doch Katrina hielt sich nicht an das Skript. Statt die Deiche, wie geplant, zu überfluten, schwemmten die Wassermassen diese einfach weg. Von einem Moment zum anderen veränderte sich die Ausgangslage: Schutt- und Schlammmassen trieben durch New Orleans, veränderten die gewohnte Topografie und blockierten die (ebenfalls überschwemmten) Telefon-Notzentralen. Nicht nur das Festnetz brach zusammen, auch Handys und Satellitentelefone versagten, weil die Anrufer sämtliche Frequenzen blockierten. Infolge des Kommunikations-Blackouts breitete sich Panik aus; und angesichts der verzweifelten Menschenmassen bekamen es die Busfahrer mit der Angst und ließen ihre Fahrzeuge im Stich.

Lieber nach Plan scheitern, als mit kreativen Lösungen Erfolg haben

»Jeder – auch jeder Entscheidungsträger – befand sich in einem Schockzustand«, stellt Lagadec in seinem Desaster-Report fest. »Mehr als die Hälfte aller Mitglieder der Notfallteams waren selbst schwer betroffen: Geliebte Menschen waren verschwunden, ihre Häuser zerstört oder unbetretbar.« Das gewohnte Sozialgefüge war zusammengebrochen, das Netzwerk der Kontakte und Kollegen nicht mehr existent. »Das«, so analysiert Lagadec, »veränderte radikal auch die Bedingungen des Krisenmanagements« – Veränderungen, auf die offensichtlich niemand vorbereitet war.

In solchen Situationen können sich bestehende Notfallpläne als kontraproduktiv erweisen. Wer verbissen an (mittlerweile sinnlos gewordenen) Vorschriften festhält, verbaut sich den Weg zu kreativen Auswegen. Das werde insbesondere in Behörden und hierarchischen Unternehmen zum Problem, sagt Lagadec: »Nach Plan zu scheitern scheint oft bequemer, als mit unkonventionellen Lösungen Erfolg zu haben.« Zumindest kann dann jeder behaupten, sich an die Vorschriften gehalten zu haben – auch wenn diese von den Ereignissen überholt wurden.

Das heiße nun nicht, dass man keine Notfallpläne mehr aufstellen sollte. Wir müssten uns nur bewusst sein, dass diese im Ernstfall nicht ausreichen. »Es geht nicht darum, jede Überraschung planvoll zu vermeiden – wir müssen uns darauf einstellen, überrascht zu werden«, formuliert Lagadec die neue Herausforderung.

Er plädiert daher für die Bildung von speziellen Krisenreflektionskräften – sogenannten Rapid Reflection Forces –, die dafür geschult sind, in unübersichtlichen Situationen nach kreativen und innovativen Lösungen zu suchen. Vor allem aber fordert Lagadec Trainingsseminare für Entscheidungsträger, die mehr beinhalten als das übliche Abarbeiten von Checklisten. »Es geht nicht darum, die Antworten der Vergangenheit zu lehren, sondern darum, Exekutivkräften die Fähigkeit zu vermitteln, die richtigen Fragen zu stellen, besonders in Situationen, in denen nicht einmal klar ist, was die richtigen Fragen sind.« New Yorks Bürgermeister Rudolph Giuliani verdichtete diese Philosophie nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf die Formel: »Verlass dich, verdammt noch mal, auf gar nichts.«

Das klingt logisch. Schaut man sich allerdings das Krisenmanagement in Deutschland an, kommen einem Zweifel, ob man den Ernst der Lage hierzulande schon erkannt hat. Vergangene Woche erst stellte das Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit in Berlin eine mehr als 80-seitige Zusammenfassung seiner Erkenntnisse zum Thema Risiko- und Krisenkommunikation vor. Darin liest man viel über die Notwendigkeit »einheitlicher Leitlinien«, über »Standards in der Risikoanalyse« oder über die »Anschaffung neuen technischen Geräts« – aber so gut wie nichts über den Umgang mit unerwarteten Bedrohungen. Man will sich lieber nicht ausmalen, was passiert, wenn wir hierzulande eine ähnliche Katastrophe zu bewältigen haben wie die Japaner in Fukushima.

Einig sind sich die im Zukunftsforum versammelten Experten vor allem darin, dass die Bürger mehr gefordert werden müssten. »Der Staat allein kann Sicherheit nicht garantieren. Dazu sind die Risiken zu komplex«, schreiben sie mit wünschenswerter Offenheit.

Planer und Politiker müssen sich also darauf einstellen, ständig von Neuem überrascht zu werden; und wir Bürger sollten uns von dem naiven Glauben verabschieden, in einer hoch technisierten Welt könne es so etwas wie verlässliche Sicherheit je geben. Ebenso gestrig ist die Hoffnung, die modernen Megakrisen seien lediglich Störfälle im normalen Betriebsablauf. Sie werden im Gegenteil selbst zum Motor der Entwicklung. Für Lagadec stellen sie bereits ein neues evolutionäres Prinzip dar: Genauso wie das »Jokerereignis« 9/11 die Weltpolitik unumkehrbar verändert hat, könnte sich nun Fukushima als historischer Wendepunkt erweisen.

Wie stellt man sich auf diese permanente Unsicherheit ein? Dazu empfiehlt Patrick Lagadec jene Geisteshaltung, mit der Ferdinand Magellan 1519 zur ersten Weltumsegelung der Geschichte aufbrach: »Es geht nicht mehr darum, sich zu versichern, dass das Meer ruhig bleibt, sondern sich darauf einzustellen, in stürmische, unbekannte Gewässer zu segeln.« Derzeit sind wir alle unterwegs in Richtung Terra incognita.

www.zeit.de/audio

»Unwissen macht Angst«

Die Psychologin Evelyn J. Bromet rät, über das Ausmaß einer Katastrophe offen zu kommunizieren – das sei eine der Lehren aus dem Unglück von Tschernobyl

DIE ZEIT: Sie erforschen die psychischen Folgen von Katastrophen. Unter anderem haben Sie die Reaktionen auf die Reaktorunfälle von Harrisburg und Tschernobyl untersucht. Was haben die Menschen dort durchgemacht?

Evelyn J. Bromet: In Harrisburg beobachteten wir vor allem Depressionen und Angststörungen. In Tschernobyl, wo die Situation wesentlich schlimmer war, entwickelten viele Menschen eine posttraumatische Belastungsstörung. Hinzu kamen somatische Symptome, für die es keinen medizinischen Grund zu geben schien, starke Kopfschmerzen zum Beispiel. Und eine große allgemeine Angst um die Gesundheit. Ähnliches kann man jetzt auch schon in Japan beobachten.

ZEIT: Die Japaner werden häufig als sehr gelassen im Umgang mit dem Unglück von Fukushima beschrieben. Teilen Sie diesen Eindruck?

Bromet: Nein, diese Interpretation ist falsch. Japan ist eine sehr geordnete Gesellschaft, deshalb verhalten sich die Menschen nach außen hin anders als damals in der Ukraine oder in den USA. Während Amerikaner ihre Emotionen sehr frei ausdrücken, kontrollieren Japaner ihre Gefühle in der Öffentlichkeit. Ich habe jedoch den Eindruck, dass sie im Moment einfach unter Schock stehen und wie betäubt sind. Aber ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass sie innerlich nicht ähnliche Gefühle erleben wie die Menschen in Tschernobyl oder Harrisburg.

ZEIT: Gibt es denn kulturelle Unterschiede im Umgang mit psychischen Problemen?

Bromet: Schon, offenbar unterscheidet sich bereits die grundsätzliche Einschätzung der eigenen psychischen Gesundheit je nach Nation, das haben Umfragen gezeigt. In der Ukraine schätzen die meisten Menschen ihre Verfassung als mittelgut bis sehr schlecht ein, in den USA dagegen antwortet die Mehrheit sehr positiv. Es ist allerdings nicht klar, ob die Aussagen der Wahrheit entsprechen oder ob es darauf ankommt, wie jeweils über das Thema gesprochen wird.

ZEIT: Wie lange halten die psychischen Folgen solcher Katastrophen an?

Bromet: Sehr, sehr lange. Und dies ist wirklich ungewöhnlich im Vergleich mit anderen Formen von Unglücksfällen. Wir haben das sowohl in Harrisburg als auch in Tschernobyl gesehen. Als wir die Menschen in der Ukraine 19 Jahre nach der Katastrophe befragten, sagten die meisten noch immer, dass sie gesundheitliche Probleme wegen Tschernobyl hätten, selbst wenn sie tatsächlich gesund waren. In Harrisburg waren auch zehn Jahre nach dem Unfall Depressionen und Angststörungen nicht zurückgegangen – obwohl dort vermutlich keine übermäßige Strahlung freigesetzt worden war.

ZEIT: Woran liegt das?

Bromet: Zum einen ist – ganz universell – die Angst vor radioaktiver Strahlung die größte Furcht überhaupt. Zum anderen sind Reaktorunfälle nicht wie andere Katastrophen. Ein Unglück passiert normalerweise plötzlich, dann muss man irgendwie damit zurechtkommen, und schließlich kann man sagen: »Es ist vorbei, jetzt mache ich weiter mit meinem Leben.« Für Menschen, die in der Angst leben, dass sie Strahlung abbekommen haben, ist es oft fast unmöglich zu sagen: »Es ist vorbei.«

ZEIT: Was kann man tun, um solche Folgen möglichst gering zu halten?

Bromet: Am allerwichtigsten ist es, den Menschen eine individuelle Risikoabschätzung anzubieten. Dies geschieht momentan in Japan. Die Leute können ihre Strahlenbelastung messen lassen, danach wissen sie Bescheid. Das ist ein großer Unterschied zu Tschernobyl. Außerdem müssen die Hausärzte geschult werden: Wie beurteilt man die Strahlenbelastung? Welche Symptome sind damit verbunden, wie erkennt und behandelt man psychische Probleme? Schließlich gehen die Menschen ja nicht gleich zum Psychologen. In Tschernobyl war das Problem, dass viele Ärzte sich nicht auskannten und ihren Patienten sagten, ihre Symptome hingen mit dem Reaktorunglück zusammen – egal, wie diese aussahen. Dies hat alles noch schlimmer gemacht.

ZEIT: Wie sollten Behörden und Unternehmen über eine solche Katastrophe informieren, damit die Angst nicht überhandnimmt?

Bromet: Man muss den Leuten klar sagen, was man über das Unglück weiß und was nicht. Genauso wie bei den atomaren Unfällen der Vergangenheit beobachten wir heute in Japan eine Verwirrung darüber, was eigentlich passiert ist. Vielleicht wollen Regierung und Tepco möglichst wenig verraten, um die Menschen nicht zu beunruhigen. Gerade dieses Verhalten verbreitet jedoch Angst und Misstrauen.

ZEIT: Reagieren Menschen auf Naturkatastrophen anders als auf ein Unglück, das sie letztlich mitverursacht haben?

Bromet: Kurzfristig nicht so sehr. Da hängt die Reaktion vor allem von der Schwere der Katastrophe ab. Aber bei einem menschengemachten Unglück entwickeln sich später oft Zorn und Feindseligkeit. Aus diesem Grund halten die Folgen einer solchen Katastrophe meist länger an.

Das Gespräch führte STEFANIE SCHRAMM

Evelyn J. Bromet unterrichtet und forscht an der Stony Brook University in New York

Marschland mit Ölresten bei Port Sulphur in Louisiana (Anfang Januar)

Wo ist das Gift geblieben?

Ein Besuch bei Fischern, Umweltschützern und Forschern am Golf von Mexiko – ein Jahr nach der Explosion der »Deepwater Horizon« VON MARTIN KLINGST

Bilder wie aus einem kitschigen Werbefilm. Pelikane landen mit reicher Beute im weichen Seegras. Am Rand der Marsch staksen weiße Reiher durch die jungen, leuchtend grünen Halme. Vom Meer weht ein wohliger Wind. Angler halten ihre Ruten ins Wasser, Fischkutter tuckern hinaus auf den Golf von Mexiko.

Wo ist das schwarze Gift geblieben? Im vergangenen Mai schwappte hier im empfindlichen Biotop der Barataria Bay, südlich von New Orleans, ein stinkender, zähflüssiger Ölschlamm. Rund 200 Kilometer entfernt war am 20. April 2010 die Bohrinsel *Deepwater Horizon* explodiert; 11 Arbeiter starben, 16 weitere wurden verletzt. Drei Monate lang strömte aus dem Bohrloch 1500 Meter unter dem Meeresspiegel Öl, insgesamt mehr als 800 Millionen Liter, und verschmutzte Küsten in Louisiana, Mississippi, Alabama, Florida.

Fotos von verzweifelten Fischern gingen um die Welt. Von sterbenden Delfinen, ölverschmierten Vögeln und verdreckten Stränden. Besonders betroffen war der Bezirk Plaquemines Parish an der Mündung des Mississippi, dem Südzipfel von Louisiana. Dessen wortgewaltiger parish president (einem Verbandsbürgermeister vergleichbar), der Republikaner Billy Nungesser, beschwor den Untergang des gesamten Deltas herauf. Er nickte, wenn Umweltverbände vor einem »zweiten Tschernobyl« warnten. Nungesser wurde zum omnipräsenten Gesicht der Betroffenen und machte dem hauptverantwortlichen BP-Konzern und der Regierung Dampf. Barack Obama, nachdem er das mögliche Ausmaß begriffen hatte, reiste mehrmals an und setzte inmitten der »größten Umweltkatastrophe Amerikas« die Genehmigungen für Tiefseebohrungen aus (siehe Chronik). Zeitweilig kämpften bis zu 47 000 Menschen in Aufräumkommandos gegen die Ölpest.

Es war ein zermürbender, oft vergeblicher Kampf. Weil es wochenlang nicht gelang, die Ölflut aufzuhalten, weil es zu wenige Absauggeräte und schwimmende Barrieren gab, zog BP mit Erlaubnis aus Washington die chemische Notbremse. Fast acht Millionen Liter sogenannter Dispergatoren wurden ab Ende Mai auf die Wasseroberfläche gesprüht und direkt ins sprudelnde Bohrloch gepumpt. Die Hoffnung: So wie ein Spülmittel Fett auflöst, sollten die Chemikalien Corexit 9500 und Corexit 9527 die schwarzen Teppiche in unzählige winzige Tropfen teilen. So wollte man verhindern, dass noch mehr Öl an Land und ins flache Gewässer getrieben würde. Klar war: Das Öl würde nicht verschwinden – aber sich hoffentlich verteilen, mit Wasser vermischen und so für ölfressende Mikroben leichter zu vertilgen sein.

Es gab kaum Erkenntnisse über einen Großeinsatz von Corexit, über mögliche Auswirkungen auf die Unterwasserwelt, auf Eier und Larven, Säuger und Fische, auf Korallen, Algen und den Sauerstoffgehalt im Wasser. Nie zuvor war die Chemikalie in solchen Mengen und so tief eingesetzt worden. Von einem »gigantischen Feldversuch« spricht rückblickend Ron Tjeerdema, einer der renommiertesten Toxikologen Amerikas und Chef des Instituts für Umwelttoxikologie an der Universität von Kalifornien. Aber er sagt auch: »Es gab nur schlechte Lösungen, und unter diesen war Corexit die am wenigsten schlechte.«

Das Gegengift hat offenbar gewirkt. Vierzehn Monate nach dem GAU scheint das Öl fast wie vom Meer verschluckt. Der Küstenforscher Alex Kolker hat auf einer Seekarte eingetragen, an welchen Stellen die Bucht von Barataria vergangenes Jahr besonders schwer heimgesucht wurde. Alle paar Wochen kommt der Forscher vom Meeresinstitut Lumcon nach Port Sulphur zurück und fährt hinaus, um nachzuprüfen, was sich verändert hat. Natürlich findet man hier und da noch kleinere Öllachen. Doch überall in der Marsch sprießen wieder junge, grüne Halme. Auch an Orten, wo vor Jahresfrist noch alles schwarz war und man fürchtete, das Öl hätte gewaltige Todeszonen geschaffen.

»Irgendetwas da draußen im Wasser stimmt nicht«

Auf Ship Island, einem kleinen Naturparadies vor der Küste von Mississippi, liegen am Strand noch Teerklumpen von Daumen- bis Handtellergröße. Doch Skipper Louis Skrmetta, der inmitten der Ölpest seine Schiffe verkaufen und nach Kroatien, in das Land seiner Vorfahren, auswandern wollte, schöpft wieder Hoffnung. Bereits am ersten Saisontag 2011 standen am Dock 505 Tagesausflügler Schlange und wollten auf die Insel. Als wäre alles nur ein böser Traum gewesen, springen die Touristen wieder ins Wasser, gehen die Fischer auf Fang – und die Ölkonzerne bohren wieder draußen in der Tiefe. Selbst BP sucht um neue Genehmigungen nach.

Rund 2000 Kilo Krabben hat Fischer George Barisich innerhalb von nur zwei Tagen gefangen, so viel wie selten. Im Hafen von Venice an der Mississippimündung bekommt er dafür einen guten Preis, drei Dollar das Kilo. Acy Cooper kauft ihm einige Kilo ab und wirft sie in seinem mit Hirschgeweihen und Alligatorenköpfen dekorierten Riverside Restaurant in die Pfanne. In der kleinen Fischersiedlung Yscloskey südlich von New Orleans, die Hurrikan Katrina einst hinweggefegt hatte, wird derweil ein üppiger Krebsfang sortiert. Die mit der weichen Schale bringen den besten Preis. Selbst rar gewordene Austern werden verladen. 35 Säcke haben die Fischer an diesem Tag heimgebracht. Und die Biologen haben als Folge der Ölpest im vergangenen Jahr zwar 5800 tote Vögel, Schildkröten und Meeressäuger gezählt, aber an den Rotoren der amerikanischen Windkraftwerke verenden Jahr für Jahr weitaus mehr Tiere.

Haben Billy Nungesser und viele andere Betroffene, haben die Medien und die Umweltschützer mit ihren apokalyptischen Warnungen übertrieben? War die Ölkatastrophe halb so schlimm? Hat etwa BP wie versprochen »alles gerichtet«? Der Verbandsbürgermeister von Plaquemines will kein Wort zurücknehmen. Stattdessen hält Nungesser ein Bild hoch, das einen Säuberungstrupp mit gelben Schutzanzügen inmitten dicken Ölschlamms zeigt. »Das haben wir nicht geträumt!« Tränen steigen ihm in die Augen, als er erzählt, wie er gemeinsam mit einem CNN-Fernsehteam einen sterbenden Pelikan aus dem Öl gezogen und in eine Decke gewickelt hat.

Der beleibte Bezirkschef wettert weiter gegen alle: gegen die unfähige Regierung, die wie ein Pudel um BP herumgetanzt sei. Gegen naive Umweltschützer, die nicht kapieren wollten, dass seine Region fürs Überleben auch die Ölindustrie brauche. Gegen BP, die mit jedem Cent geizten. Vor allem aber wettert Nungesser gegen den Einsatz von Corexit. »So viel Chemie im Wasser, das kann nicht gut gehen.«

Seit Monaten tobt ein gewaltiger Streit um die Dispergatoren, auch ein wissenschaftlicher. So führen seit Monaten zwei Toxikologie-Professorinnen in New Orleans eine öffentliche Fehde darüber: Patricia Williams nennt den Corexit-Einsatz leichtsinnig und warnt ihre Studenten vor Meeresfrüchten aus dem Golf von Mexiko. Luann White findet alles völlig unbedenklich und sucht demonstrativ Fischrestaurants auf.

Doch niemand kann darlegen, welche Auswirkungen das Lösungsmittel und das aufgelöste Öl wirklich haben. Die Behörden nehmen – irgendwo im Meer – Stichproben und geben grünes Licht für die Fischerei. Auf den Fischmärkten in Venice oder Yscloskey hingegen trifft man keine Kontrolleure an. Was angeliefert wird, so scheint es, wird verkauft und verzehrt.

Dabei sind einige Fischer selber skeptisch. Der 68-jährige Frank Campo, der hier geboren wurde, früher selber Netze auswarf und heute in Shell Bay eine Tankstelle für Fischerboote betreibt, sagt, er habe zu dieser Jahreszeit noch nie so reiche Krabbenfänge erlebt. »Die dürften jetzt noch nicht hier sein!« Außerdem habe er Krebse gesehen, in deren Schalen merkwürdige Löcher klafften. »Irgendetwas da draußen im Wasser stimmt nicht«, brummt er.

Den knappen Platz teilen sich Fischer mit Raffinerien und Zementwerken

Auch Biologen berichten von seltsamen Funden. Die ehemalige Universitätslehrerin Olivia Graves aus Gulfport, Mississippi, erzählt von etwa hundert toten jungen Delfinen, die in den vergangenen Wochen an der Küste angeschwemmt wurden. Viele seien noch gar nicht ausgetragen gewesen, andere gleich nach der Geburt gestorben. Anfang des Jahres hatten Umweltschützer in Florida eine ungewöhnlich hohe Anzahl verendeter Seekühe gezählt. Bevor es keine Beweise gebe, will Graves weder mit dem Finger auf das Öl noch auf das Corexit zeigen. Aber sie sagt, in Europa sei dieses Mittel verboten, das müsse doch einen Grund haben.

Ron Tjeerdema, der Toxikologieprofessor aus Kalifornien, war im vergangenen Mai dabei, als es um die Genehmigung des Corexit-Einsatzes ging. Rasch musste damals entschieden werden, das Öl sprudelte, niemand wusste das Bohrloch zu stopfen. Da galten aggressive Chemikalien als letzte Rettung. Aus ganz Amerika waren 50 Experten unterschiedlicher Fakultäten zusammengerufen geworden. Zwei Tage lang gingen sie an der Universität von Louisiana in Klausur, manchmal prallten die Meinungen hart aufeinander. Doch am Ende, als es um Ja oder Nein ging, hoben alle 50 zustimmend die Hand. »Natürlich mit Bauchschmerzen«, sagt Tjeerdema, »aber die Gefahrenabwägung hat uns keine andere Wahl gelassen.« Die Folgen einer Verseuchung der Küste, der Marsch und der flachen Gewässer wären schlimmer gewesen.

Tjeerdema, der sich seit 25 Jahren mit der Bekämpfung von Öl im Wasser beschäftigt, glaubt nicht, dass Corexit der Meereswelt Schaden zufügt. Vor allem nicht im Golf von Mexiko, wo warmes Wasser und kräftige Sonneneinstrahlung den Ölabbau unterstützten.

Tjeerdemas Kollegin Susan Shaw hält dagegen. Die Toxikologin leitet im Neuenglandstaat Maine das unabhängige maritime Forschungsinstitut MERI und sagt, das Mittel ätze kleine Löcher in Zellmembranen. Das hochgiftige, krebserregende Öl könne so direkt in die Organe und in das Blut von Meerestieren gelangen – und über die Nahrungskette bis zum Menschen. Proben, die sie seit vergangenem Sommer im Golf sammelt, belegten das. Irgendwann im Spätherbst will sie das Ergebnis ihrer Untersuchung vorlegen. Auch ein anderer mit Spannung erwarteter Bericht soll dann präsentiert werden, eine von Präsident Obama aufgegebene Studie über das gebeutelte Mississippidelta – und darüber, wie man sein ökologisches Gleichgewicht wieder herstellen könnte.

Denn der Unfall von *Deepwater Horizon,* der vor einem Jahr die Weltöffentlichkeit fesselte, war nur der vorerst letzte Akt in einer langen Folge jahrzehntelangen Raubbaus: Wer Billy Nungesser in seinem Amtszimmer in Belle Chasse aufsucht, wer weiter zu den Fischern in Yscloskey, Port Sulphur oder Venice fährt, stößt unweigerlich auf die Verheerungen. Während die Fachleute weiter über das tatsächliche Ausmaß von Ölpest und Corexit streiten, sind sie sich doch in einem einig: Nur eine drastische Umkehr könnte die Reste dieses Biotops retten.

Hier endet der Eindruck eines Werbefilms mit fröhlichen Pelikanen, staksenden Reihern und der frischen grünen Marsch abrupt: Braunes Abwasser fließt in der Nähe des Hafens von Venice in den Sumpf. Es stammt von einer benachbarten Müllhalde, über der Hunderte schwarzer Vögel kreisen. Auf einem Felsen mitten in der Brühe sonnt sich ein Alligator. Fischer versehen ihre Boote mit einer neuen Schutzhaut – und werfen die leeren Lackfässer unbedacht ins Wasser. Überall liegen gewaltige Mengen von Schrott herum. Am Horizont graben Schaufelbagger tiefe Fahrrinnen, um Platz für Öltanker zu schaffen. Und von den Farmen des Mittleren Westens trägt der Mississippi Unmengen an Düngemitteln ins Delta.

Die Marsch schrumpft, und den knappen Platz teilen sich die Fischer mit qualmenden Raffinerien, staubenden Zementwerken, leckenden Bohrinseln und stinkender Fischverarbeitung. Auch ohne Wissenschaftler zu sein, hier, südlich von New Orleans, sieht, riecht und schmeckt man: Das geht nicht gut!

Siehe auch **Wirtschaft Seite 32**

www.zeit.de/audio

Chronik der Ölpest

20. April 2010 Auf der Bohrinsel »Deepwater Horizon« im Golf von Mexiko ereignen sich zwei Explosionen. Das Rohr zwischen Bohrloch und Plattform bricht ab. 115 Arbeiter werden gerettet, elf sterben.

30. April Alle Versuche, das Leck am Meeresgrund zu schließen, sind erfolglos. Das ausströmende Öl erreicht die Küste, zuerst im US-Bundesstaat Louisiana, später in Florida und Texas.

5. Mai Der Ölkonzern BP setzt Corexit ein. Es löst Öl in kleine Tröpfchen auf, sodass Mikroben es leichter zersetzen können.

27. Mai In einem Gebiet, das doppelt so groß wie Deutschland ist, wird das Fischen verboten. 240 Küstenkilometer sind verseucht. US-Präsident Barack Obama verlängert das Moratorium für Tiefseebohrungen auf sechs Monate. Es galt seit kurz nach dem Unfall.

11. Juni In 1500 Metern Tiefe strömen immer noch bis zu 9,5 Millionen Liter Öl ungehindert aus dem Leck – und zwar täglich.

22. Juni Ein Gericht hebt Obamas Moratorium für Ölbohrungen im Golf von Mexiko wieder auf.

27. Juli BP-Chef Tony Hayward räumt seinen Posten, nachdem der US-Kongress ihm schwere Versäumnisse vorgeworfen hatte.

1. August Das Leck am Meeresboden wird mit Schlamm und Zement geschlossen. An der Oberfläche ist vom Öl bald nichts mehr zu sehen. SKA

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/deepwater-horizon

Foto: Sean Gardner/Getty Images; kl. Fotos v.o.n.u.: Polaris/laif; Gerald Herbert/AP; Reflex Media

STIMMT'S?

Lügen wir durchschnittlich 200 Mal pro Tag?

… fragt Helga Wesenberg-Toews aus Lüneburg

Uni-Professor behauptet: Jeder Mensch lügt etwa 200 Mal am Tag – diese Meldung war vor einigen Jahren in den Zeitungen zu lesen. Der Professor wurde sogar namentlich benannt: Jochen Mecke von der Universität Regensburg.

Professor Mecke stöhnt, wenn er darauf angesprochen wird. Er hat zwar tatsächlich ein Graduiertenkolleg zum Thema »Kulturen der Lüge« geleitet und diese Zahl erwähnt. Jedoch ist er selbst Romanist und hat die Lüge nie quantitativ erforscht. Allerdings verweist Mecke an einen Regensburger Kollegen, den Psychologen Helmut Lukesch. Der kennt die angeblichen 200 Lügen pro Tag aus der Literatur. Die Zahl stammt von einem US-amerikanischen Psychologen namens John Frazier und ist offenbar nicht totzukriegen.

Lukesch wollte es genau wissen und hat seine Studenten in einer Untersuchung zählen lassen, wie oft Menschen tatsächlich lügen. Eine Lüge war demnach »der Ausdruck einer subjektiven Unwahrheit mit Ziel und Intention, im Partner einen falschen Eindruck zu schaffen oder zu erhalten«. Übertreibungen und Auslassungen zählten dazu, Höflichkeiten wie ein nicht aufrichtig gemeintes »Guten Tag« nicht. Die Probanden kamen auf 1,8 Lügen pro Tag, und diese Zahl stimmt erstaunlich gut überein mit anderen Studien – auch da log der Durchschnittsmensch etwa zweimal pro Tag.

Unsere Gesellschaft würde zusammenbrechen, wenn wir einander stets die nackte Wahrheit sagen würden. Aber wenige Lügen am Tag reichen aus, um den Frieden zu wahren. CHRISTOPH DRÖSSER

Die Adressen für »Stimmt's«-Fragen:
DIE ZEIT, Stimmt's?, 20079 Hamburg, oder stimmts@zeit.de. Das »Stimmt's?«-Archiv: www.zeit.de/stimmts

www.zeit.de/audio

ERFORSCHT UND ERFUNDEN

Heilhonig

Der neuseeländische Manukahonig kann die Antibiotikaresistenz bestimmter Bakterien aufheben. Die antimikrobiellen Eigenschaften von Honig waren schon lange bekannt, jetzt hat ein Forscherteam um Rose Cooper von der Universität Wales den Wirkmechanismus näher untersucht. Die Mikrobiologen stellten fest, dass der Manukahonig die drei Bakterientypen Pseudomonas aeruginosa, A-Streptokokken und den methicillinresistenten Staphylokokkus aureus daran hindert, sich in Wunden am Gewebe festzusetzen. Gelingt es ihnen nicht, sich anzuheften, können die Erreger auch keine Infektion auslösen. Außerdem verhindert die Blockade, dass die Bakterien einen Biofilm bilden und sich mit diesem vor Antibiotika schützen können. Das Forscherteam aus Wales präsentierte die Ergebnisse am Dienstag dieser Woche auf der Frühlingskonferenz der Society for General Microbiology.

Lückenfüller

Der neu entdeckte Daemonosaurus chauliodus schließt die Lücke zwischen einigen der ältesten bekannten Dinosaurier, die sich vor etwa 230 Millionen Jahren im heutigen Südamerika entwickelt haben, und späteren Sauriern aus der Gruppe der Theropoden. Forscher der Smithsonian Institution haben in Ghost Ranch im US-Bundesstaat New Mexico einen Schädel mit riesigen, schiefen Vorderzähnen und einen Halswirbel des Daemonosaurus gefunden (die Zeichnung oben basiert auf diesem Schädelfund). Das Tier soll vor etwa 205 Millionen Jahren gelebt haben und von der Statur eines großen Hundes gewesen sein *(Proceedings of the Royal Society B,* online).

Fingerspiel

Täglich greifen wir nach Dingen und legen sie wieder weg. Tausende Rezeptoren in der Haut liefern uns per Berührung wichtige Informationen über die Oberfläche eines Gegenstandes, den wir halten. Zellen und Nerven allein genügen aber nicht für den perfekten Griff, wie belgische und französische Forscher im *Journal of the Royal Society Interface* berichten. Vielmehr sei Feuchtigkeit auf den Fingerkuppen notwendig. Denn trockene Finger verlieren schnell den Halt, das feinmotorische System könne dies höchstens durch mehr Kraft kompensieren. Im Experiment haben die Wissenschaftler das Phänomen anhand von glatten Glasoberflächen untersucht.

Besser denken!

Die Wissenschaft braucht eine Entschleunigungsstrategie, sagt ein Kreis von Experten. Sieben Forderungen für mehr Qualität in der Forschung

Nicht nur die Berichte über Fälschungen und Plagiate haben das Ansehen der Wissenschaft beschädigt, auch der hohe Publikationsdruck und die Veröffentlichung mitunter fragwürdiger wissenschaftlicher Ergebnisse treiben die *scientific community* um. Auf Einladung der Robert Bosch Stiftung haben rund zwei Dutzend Experten aus Hochschulen und Wissenschaftsinstitutionen beraten, welche Fehlentwicklungen zu korrigieren sind und was zu tun ist, um die Bedingungen für gute Forschung wieder herzustellen. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge des Thesenpapiers, das noch vor dem Fall zu Guttenberg verfasst und jetzt veröffentlicht wurde:

»Die in jüngster Zeit bekannt gewordenen Verstöße gegen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis haben die Aufmerksamkeit auf die womöglich dahinterstehenden strukturellen Probleme des Wissenschaftssystems gerichtet. Dazu gehören der übersteigerte Publikationsdruck, die rasante Ökonomisierung der akademischen Einrichtungen, ein hoher Druck, Drittmittel einzuwerben, sowie die immer stärker geforderte Inszenierung und Vermarktung wissenschaftlicher Ergebnisse. Eine sichtbar ansprechende Darstellung der Forschungsziele wird zum Teil bereits höher bewertet als die kompetente und solide Bearbeitung der Fragestellungen (…)

Unser Wissenschaftssystem braucht eine Entschleunigungsstrategie, die den Forschenden wieder die Möglichkeit zur kritischen Reflexion verschafft. Daraus resultieren folgende Vorschläge zur Sicherung der Integrität und Qualität der Wissenschaft:

1.) Eindämmung der Publikationsflut

Die Anzahl der Publikationen sollte weltweit (in Relation zur wachsenden Zahl der Wissenschaftler) reduziert werden und damit – gegen das ökonomische Interesse der Verlage – auch die Zahl der Journale. Nur so können wir erreichen, dass diese wichtige Beurteilungsgrundlage für die Qualität der Forschung wieder aus reflektierten und sorgfältig evaluierten Ergebnissen besteht. Und nur so können Forscherinnen und Forscher relevante Ergebnisse und Erkenntnisse aus ihrem Fachgebiet wieder in ausreichendem Maße zur Kenntnis nehmen.

2.) Grundsätzlicher Erkenntnisgewinn braucht dauerhafte Grundfinanzierung

Die Wissenschaft braucht eine dauerhafte und verlässliche Grundfinanzierung, weil sie auf der Suche nach Neuem und nach dem Verständnis der Natur radikal anderen Gesetzen folgt als ein Wirtschaftsunternehmen. Akademische Einrichtungen müssen zwar mit ihren Mitteln angemessen wirtschaften. Der Erwartung jedoch, dass sie direkten finanziellen Gewinn erzielen oder nach stark ökonomisch ausgerichteten Kriterien zu bewerten sind, müssen wir entschieden entgegentreten. Vielmehr sollten wir uns gemeinsam bemühen, den hohen Eigenwert des Erkenntnisgewinns für die Allgemeinheit noch deutlicher als bisher herauszustellen.

Foto: Imagebroker RF/Fl online; Abb.: John Gibbons

3.) Mehr Gewicht legen auf inhaltliche Beurteilung von wissenschaftlichen Leistungen

Bei der Vergabe von Forschungsmitteln müssen inhaltliche Konzepte und Ziele von Projekten bewertet werden, nicht unreflektierte Erfolgsversprechen zur Umsetzung in die Praxis. Die qualitative Beurteilung der wissenschaftlichen Arbeit eines Forschers oder einer Forscherin sollte zumindest gleichgewichtig neben den quantitativen bibliometrischen Leistungsindikatoren stehen. Die reine Zahl der Publikationen ist kein zulässiges Kriterium.

4.) Ächtung von strategischer Autorschaft

Die Autorschaft für eine wissenschaftliche Publikation bedingt substanzielle inhaltliche Anteile an der zu veröffentlichenden Arbeit. Die Autorschaft ist heute eine Währung der Wissenschaft geworden, die mit Geld belohnt wird. Das System der leistungsorientierten Mittelvergabe sollte daher die tatsächlichen Beiträge eines Autors prüfen und lediglich strategische Autorschaften ohne verantwortliche inhaltliche Beteiligung ächten.

5.) Forschende müssen ihre Forschungsanträge selbst schreiben

Die Drittmitteleinwerbung ist eine wichtige kompetitive Komponente des Wissenschaftssystems. Durch den Trend, sehr hohe Drittmittelanteile zu fordern, ist der Einwerbungsdruck jedoch so stark gestiegen, dass sich ein professionelles Antragswesen gebildet hat, in dem nicht mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst den Forschungsantrag schreiben, sondern Agenturen im Extremfall standardisierte Anträge formulieren. Wissenschaftliche Konzepte müssen jedoch von den Forschenden selbst geschrieben werden. »Ghostwriter« dürfen nicht geduldet werden; auch nicht in Verbundanträgen, in denen die von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geschriebenen Antragsteile oft von Agenturen »geglättet« werden.

6.) Transparenz bei der Darstellung der Datenerhebung

Wissenschaft braucht Transparenz, trotz der steigenden Komplexität. Der schnelle technische Fortschritt in Kombination mit einem überzogenen Wettbewerb führt zu immer komplexeren, schwer überprüfbaren Experimenten. Ohne transparente und sorgfältige Darstellungen der Datenerhebung und der wissenschaftlichen Vorgehensweise kommt es vermehrt zu nicht erkennbaren Fehlern und Unredlichkeiten, die die Substanz der Wissenschaft gefährden.

7.) Gute Forschung braucht Zeit

Die Entwicklung fundierter Projekte und deren Durchführung sind nicht vereinbar mit kurzen Zeitverträgen. Der durch Letztere erzeugte Druck veranlasst die Forscherinnen und Forscher dazu, Kleinstprojekte ohne substanziellen Erkenntnisgewinn durchzuführen und kleinteilig zu publizieren. Nur Vertragslaufzeiten, die durch sinnvolle Begrenzungen die Möglichkeiten zu längeren Projektplanungen (auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs) geben, erlauben die im internationalen Wettbewerb unentbehrliche hohe Qualität der Forschung.«

Zu den Unterzeichnern zählen unter anderem: **Ulrike Beisiegel**, langjährige Ombudsfrau der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und Präsidentin der Uni Göttingen, **Wolfgang Frühwald**, ehemaliger Präsident der DFG und der Alexander von Humboldt-Stiftung, **Stefan Hornbostel**, Direktor des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung, **Thomas May**, Generalsekretär des Wissenschaftsrats, **Rüdiger Wolfrum**, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht in Heidelberg

Zur Qualität von Doktorarbeiten und zu den Folgen des Falles zu Guttenberg siehe auch **Chancen S. 70/71**

MEHR WISSEN:

Im Netz:
Was wir zur Lage in Fukushima wissen: 5 Experten geben Antworten
www.zeit.de/fukushima-daten

Gut ist nicht gut genug, ständig jagen wir nach dem Optimum. Ist das noch normal?

Das neue ZEIT Wissen: am Kiosk oder unter www.zeitabo.de

Primatenpolitik

Politiker benähmen sich wie auf dem Pavianhügel, sagte FDP-Generalsekretär Christian Lindner in der vergangenen Woche. Zu Recht? Vergleichen Sie selbst!

Wie Politiker verbringen Paviane die meiste Zeit ihres Lebens in Gruppen, in der afrikanischen Savanne können diese bis zu hundert Tiere umfassen. Dabei gibt es – wie in jeder Partei – ein klares Machtgefüge: Der unumstrittene Herrscher, das Alphamännchen, kontrolliert die Rangniederen. Die halten allerdings nur zu ihm, solange es für sie von Nutzen ist. Der Chef muss also immer darauf achten, die Basis zufriedenzustellen. Paviane haben viel Zeit, ihre sozialen Seilschaften zu pflegen oder sich gegenseitig psychisch unter Druck zu setzen. Denn sie wenden nur drei Stunden am Tag für die Nahrungssuche auf. Ansonsten herrscht Beziehungsstress: Frust wird von oben nach unten ausgelassen, auch an völlig unbeteiligten Artgenossen. Der soziale Rang bestimmt überdies, wer Zugang zu Sex und Futter hat.

Alpha-Mythos

Dass der Herrscher die Gruppe an vorderster Stelle verteidigt, ist ein Mythos. Er ist häufig der Erste, der sich bei einem Angriff in Sicherheit bringt. Nicht alle Nachkommen stammen von ihm. Solange die politische Lage stabil ist, sind die Alphatiere nicht die Aggressivsten der Gruppe – den höchsten Testosteronspiegel haben die Heranwachsenden. Um dem Boss die Frau auszuspannen, bilden sie schon mal Zweckkoalitionen.

Arschkriecher

Hält eine Paviandame ihr leuchtend rotes Hinterteil einem Männchen unter die Nase, signalisiert sie ihre Paarungsbereitschaft. Damit der potenzielle Partner die Botschaft auch versteht, schwillt der Hintern der Weibchen an. Dahinter steckt die Aufforderung: Nimm mich! Die Männchen imitieren diese Geste, wenn sie sich einem Ranghöheren in Demut nähern – mit hingestrecktem Hinterteil.

Zickenkrieg

Frauensolidarität? Von wegen! Befürchten Pavianweibchen, das Interesse des Alphamännchens könnte nachlassen, weil dieses ein Auge auf eine Konkurrentin geworfen hat, verbünden sie sich gegen die Rivalin und mobben sie derart heftig, dass bei ihr vor lauter Stress sogar der Eisprung ausbleibt. Dann wird nichts aus Nachwuchs mit der Neuen.

List und Tücke

Der Hang zur arglistigen Täuschung ist Pavianen in die Wiege gelegt. So traf ein verschlagener Jungaffe im afrikanischen Busch ein Affenweibchen, das eine delikate Wurzel ausgegraben hatte. Das hungrige Jungtier plärrte los, als stünde sein Affenleben auf dem Spiel. Seine Mutter kam umgehend angehetzt und verjagte die vermeintliche Übeltäterin. Während die beiden Weibchen miteinander rangen, genoss das Junge die Wurzel.

Jugendrevolte

Die Männchen müssen als Jugendliche ihre Gruppe verlassen. Sie suchen sich dann eine neue Gemeinschaft, in der sie sich ihren Rang erkämpfen müssen. Die Alteingesessenen haben Respekt vor einem Neuling, weil sie dessen Kraft und Geschicklichkeit nicht richtig einschätzen können. Schnell kann es zum Sturz des alten Leittiers kommen.

Genusssucht

Paviane sind stets hungrige Allesfresser. Sie ernähren sich hauptsächlich vegetarisch, reißen aber auch mal einen Hasen oder eine junge Gazelle, wenn sich die Gelegenheit bietet. Ist die Nahrungslage üppig, wird der Pavian zum Gourmet. Während der Weinlese in Südafrika klauben sich die Affen die Trauben von den Reben. Dabei angeln sie stets nach den süßesten Früchten: nach denen der exklusiven Sorten Spätburgunder und Chardonnay.

Neue Männer

Pavianmännchen punkten eher bei einem Weibchen, wenn sie ruhig und gelassen auftreten statt aggressiv. So kommt ein Männchen in 90 Prozent der Fälle sexuell zum Zug, wenn es die Beziehung zum Weibchen langsam aufbaut, sprich: sie und deren Junge intensiv gelaust und gekost hat. Ruppigere Männchen haben nur bei einem Viertel ihrer Paarungsversuche Erfolg.

Sesselkleber

Dass böse enden kann, wer zu sehr an seiner Position klebt, musste ein Alphatier in der Savanne Kenias erfahren. Es zog, körperlich schwer angeschlagen, seine Herrschaft ungebührlich in die Länge. Die Gruppe sah sich zum Aufstand gezwungen und stürzte den Chef. Drei Tage lang lag der alte König auf dem Boden, geschunden von Bissen, Tritten und Schlägen seiner einstigen Untertanen. Dann wechselte er in eine fremde Gruppe und lebte dort in einem niedrigen Rang.

N° 96

THEMA: TIERVERHALTEN

Die Themen der letzten Grafiken:

95 Schiffsverkehr

94 Ökobilanz Zeitung

93 Radioaktivität

Weitere Grafiken im Internet:

www.zeit.de/grafik

Recherche:
Claudia Füßler, Sami Skalli

Montage:
Katrin Guddat

Quellen:
Deutsches Primatenzentrum (DPZ), M. Miersch: »Das bizarre Sexualleben der Tiere«, R. M. Sapolsky: »Mein Leben als Pavian«

Fotos:
großes Foto: Corbis; Mauritius (3); laif; BAO/imagebroker/medicalpicture; Biosphoto (2); ImagePoint AG

Vor dem Schuss

Amokläufe wie jetzt in Rio de Janeiro und in den Niederlanden wären zu verhindern, wenn Warnhinweise der Täter ernst genommen werden VON SUSANNE DONNER

Die Polizei wird auf Florian K. aufmerksam, als der 23-Jährige einen Amoklauf an seiner ehemaligen Berufsschule in Ludwigshafen ankündigt, verbunden mit einem Todesdatum. Unter einem Decknamen hat er selbst gedrehte Waffenvideos ins Netz gestellt. Doch bei einem Hausbesuch wimmelt der Verdächtige die Beamten ab. Alles sei nur ein Scherz.

»Hätte man sich in seinem Zimmer umgesehen, hätte man dreißig Schreckschusswaffen, eine Armbrust und mehrere Kampfmesser gefunden«, sagt Harald Dreßing. Der Psychiater vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim hat den jungen Mann begutachtet – nach seiner Tat. Drei Jahre lang hatte Florian K. sein Verbrechen geplant. In einem Tagebuch beschrieb er ausgiebig seine Gewaltfantasien. Auf seinem Computer findet die Polizei später Daten, die davon zeugen, wie intensiv er sich mit früheren Amokläufen in Schulen beschäftigt hat. Vier Lehrer standen auf K.s Todesliste. Diese alarmierenden Indizien bleiben den Polizisten bei ihrer Visite verborgen. Am 18. Februar 2010 ersticht der 23-Jährige einen seiner ehemaligen Pädagogen an der Schule. Ohne jeden Widerstand lässt er sich kurz darauf festnehmen.

Hätte der Mord verhindert werden können? Lassen sich Massaker wie vergangenes Jahr in Ludwigshafen, letzte Woche im brasilianischen Rio de Janeiro und vor wenigen Tagen in den Niederlanden vermeiden?

Schulen in den USA

arbeiten heute mit Präventionskonzepten. Seitdem geht die Zahl der »school shootings« von Jahr zu Jahr zurück

»Es gibt immer Vorboten eines Amoklaufs«, sagt der Entwicklungspsychologe Herbert Scheithauer von der Freien Universität Berlin. Nach Untersuchungen des amerikanischen Secret Service weihten 38 von 41 Amokläufern in den Vereinigten Staaten Gleichaltrige vorher detailliert in ihre Pläne ein. Fast immer waren Menschen in der Umgebung des Täters – Lehrer, Eltern, Klassenkameraden – vor dem Massaker ernsthaft um den Jugendlichen besorgt, weil dieser sich sonderbar verhalten hatte. Auch die Täter von Erfurt, Emsdetten und Winnenden prahlten vor Mitschülern mit Waffen. In jeder Gerichtsakte über Gewalt an Berliner Schulen aus den vergangenen zehn Jahren stieß Scheithauer auf frühe Anzeichen, die im Umfeld des Attentäters aufgefallen waren.

»Wer die Frühwarnsignale wahrnimmt, kann einen Amoklauf abwenden«, davon ist der Darmstädter Kriminalpsychologe Jens Hoffmann überzeugt. Im Verein mit Psychologen und Psychiatern verlangt er eine neue Form der Prävention. Sie beruht darauf, Vorboten eines Amoklaufs zu erkennen und ernst zu nehmen. In den USA hat sich diese Vorsorge bereits bewährt. Die *school shootings* sind zurückgegangen. 2008 und 2009 starben so wenige Menschen an US-Schulen wie seit den neunziger Jahren nicht mehr.

Den Präventionskonzepten liegen neue Erkenntnisse über die Vorgeschichte der Taten zugrunde. Amokläufer handeln niemals im Affekt. Von der Idee bis zur Tat vergehen meist Monate, häufig Jahre. »Dieser Prozess folgt einem erstaunlich homogenen Verhaltensmuster«, legt Kriminalpsychologe Hoffmann Ende 2010 erstmals auf einem Kongress in Berlin dar. Anhaltende Hoffnungslosigkeit und wiederholte Niederlagen stehen am Anfang der Eskalationskette; die Täter tauchen zunächst in ausgeprägte Gewaltfantasien ein. Ihre blutige Gedankenwelt dringt allerdings manchmal in Briefen, Äußerungen oder Aufsätzen nach außen. In einer zweiten Phase malen sich die Personen die Tat in allen Details aus. Auch diese Visionen bleiben selten verborgen; die Täter fertigen Zeichnungen von getöteten Lehrern an oder schildern ihre Aktionen Gleichaltrigen.

Im nächsten Schritt beginnt der Betreffende die Tat konkret vorzubereiten. Abschiedsbriefe werden verfasst, Waffen beschafft. Die Täter kapseln sich in dieser Zeit immer mehr von ihrer Umwelt ab. Auch dies seien wichtige Warnsignale, erklärt Hoffmann. Die Täter sind nun wie eine entsicherte Waffe. Es reicht eine Kränkung, etwa das Ende einer Beziehung, ein Schulverweis oder eine kleine Hänselei, um den Amoklauf auszulösen.

Hoffmann hat ein Computerprogramm mit 32 Fragen entwickelt, das veranschaulicht, wie viele Stufen auf dem Weg zur Gewalttat bereits beschritten wurden. Unter dem Namen DyRiAS verwenden es bereits einzelne Schulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Es soll Lehrer dabei unterstützen, verdächtiges Verhalten richtig einzuordnen. »Eine Tatvorhersage ist dennoch nie möglich, da niemand weiß, ob der Schüler wirklich zur Tat schreitet«, stellt Hoffmann klar. »Es geht um Krisenprävention, nicht um haltlose Prognosen.«

Die Martin-Niemöller-Schule im hessischen Riedstadt-Goddelau nutzt das Instrument seit zwei Jahren. Oliver Gaußmann leitet das Team aus Lehrern und Psychologen an der Integrierten Gesamtschule, das alle Anzeichen von Gewalt bewertet. »Ich bin gelassener geworden, seitdem wir mit DyRiAS arbeiten«, sagt er. Es verhindere vor allem Überreaktionen und Hysterie, da die meisten Verdachtsfälle sich als harmlos entpuppten.

Einmal reicht ein Schüler eine Waffenattrappe unter Freunden herum. Gaußmann konfrontiert daraufhin den Klassenlehrer mit den Fragen aus dem DyRiAS-Programm: ob der Schüler Hoffnungslosigkeit geäußert oder konkrete Rachetaten angekündigt habe. Dem Kollegen ist nichts dergleichen aufgefallen. Daraufhin wird der Jugendliche selbst zur Rede gestellt. Der hat sich nichts dabei gedacht und die Attrappe von einem Onkel geschenkt bekommen.

Fotos: Valerie Kuypers/EPA/dpa (Niederlande); Felipe Dana/AP (Brasilien)

Nach dem Amoklauf: Spurensicherung im niederländischen Alphen aan den Rijn

Hätte sich der Verdacht erhärtet, würde das Krisenteam sich bei weiteren Lehrern, Mitschülern und den Eltern nach auffälligem Verhalten erkundigen. Meidet der Jugendliche in jüngster Zeit stärker als sonst den Kontakt zu anderen? Befasst er sich mit Waffen? »Schießübungen alleine besagen nichts«, kommentiert Hoffmann. »Es geht immer darum, ob sich das Verhalten in ein Muster einordnen lässt.« Der Kriminalpsychologe ist sich sicher, dass Schulen mit dem DyRiAS-System bereits Amokläufe verhindern konnten.

Auch der Rechtspsychologe Dietmar Heubrock, der die Prävention für die niedersächsischen Schulen koordiniert, glaubt, dass er Jugendliche vom Pfad der Gewalt abbringen konnte. »Wir hatten Bedroher, bei denen die Tat unmittelbar bevorstand.« Einmal legte ein Schüler eine Zeichnung mit enthaupteten Lehrern auf deren Pult. Gegenüber Heubrock äußerte er, dass er sich ins Abseits gedrängt und von Schülern wie Lehrern ungerecht behandelt gefühlt habe und auf Rache sinne. In mehreren Gesprächen konnte Heubrock den Schüler dazu bewegen, eine Psychotherapie zu beginnen. »Der Junge hat inzwischen seinen Weg gefunden«, sagt er. Ein anderes Mal raten die Psychologen zu medikamentösen Behandlungen, vermitteln Sport- und Freizeitangebote oder die Aussöhnung zwischen Schülern.

Doch nicht alle Forscher sind vom Erfolg überzeugt. »Es ist wissenschaftlich bisher nicht belegt, dass sich Amokläufe tatsächlich so verhindern lassen«, entgegnet Harald Dreßing vom Mannheimer Zentralinstitut. In Schweden liefen zwei Jugendliche Amok, obwohl sie psychotherapeutisch behandelt worden waren. Aber in einem Punkt ist sich Dreßing dennoch sicher: Wenn man die Warnzeichen wie die intensive Beschäftigung mit Waffen bei dem Ludwigshafener Amokläufer beachtet hätte, »hätte man vieles sicherlich anders gemacht«. Im Gespräch mit dem jungen Mann wäre offenbar geworden, was nach der Tat vor Gericht verhandelt wurde.

Florian K. gibt an, sich seit frühester Kindheit aufgrund von Übergewicht gemobbt zu fühlen. Er beklagt den Druck seitens der Schule. Mit sieben Jahren verweigert er erstmals den Unterricht. Ein Psychiater bescheinigt ihm massive soziale Überempfindlichkeit. Zwei Mal versucht er sich als Jugendlicher das Leben zu nehmen.

Es tun sich Parallelen zu anderen Amokläufen auf. Viele Täter waren sehr leicht kränkbar. Mehr als zwei Drittel der Amokläufer aus den USA hatten Selbstmordversuche oder Selbstmorddrohungen hinter sich. Freunde hatten sie nur wenige.

Nach dem Schulabgang fällt Florian K. dem Arbeitsamt als introvertiert und passiv auf. Daraufhin habe man »den Druck erhöht«. Harald Dreßing kommentiert: Man hätte die Mitarbeiter des Arbeitsamtes ebenso wie die Lehrer beraten müssen, den Druck in diesem Fall nicht zu erhöhen.

Vor der Tat zieht sich Florian K. sozial fast vollständig zurück und beschäftigt sich nur mit Amokläufen und Waffen. Zuletzt schickt er seinem einzigen Freund eine SMS unter falschem Namen, um die Beziehung zu testen. »Was hältst du von Florian K.?«, will er wissen. Der »ist fett und macht überhaupt nichts«, ist die Antwort. Dann läuft Florian K. Amok.

RITSCH RATSCH RAUS

VERRÜCKTE VIECHER (20)

Fruchtvampire

Schokoladen-Fruchtzwerg: Das ist kein neuer Joghurt mit Schokostückchen, sondern eine winzige Fledermaus, die in Südamerika lebt. Ihr reizender Name passt nicht nur deshalb gut zu ihr, weil sie ein schokobraunes Fell hat, sie ist auch ein richtiges Schleckermäulchen. Ihre Leibspeise sind süße Feigen – diese rupft sie geschickt im Flug vom Baum. Der Schokoladen-Fruchtzwerg gehört zu einer Fledermausfamilie, die sich nur von Obst ernährt, manche Biologen nennen sie deshalb auch Fruchtvampire. In Früchten stecken nicht nur Vitamine, sondern auch eine Menge Zucker – und der ist auf die Dauer schlecht für die Zähne. Die Fruchtvampire haben damit aber kein Problem, eine deutsche Biologin hat festgestellt, dass die Fledermäuse sogar sehr gute Zähne haben, von Karies kaum eine Spur. Nun will sich eine deutsche Forschergruppe die Mäusezähne mal genauer ansehen – sie hofft, in den Fledermausmäulern ein Mittel gegen Karies zu finden, das auch bei Menschen wirkt. Vielleicht kann man daraus irgendwann eine neuartige Zahnpasta machen? Wäre doch toll, wenn man wie ein Fruchtvampir den ganzen Tag lang Süßkram essen könnte.

WAS SOLL ICH LESEN?

Ermittlung

Was soll aus dem Sohn eines viel beschäftigten Anwalts und einer viel beschäftigten Anwältin schon werden? Richtig: ein Junge, der für Rechtsfragen schwärmt und sogar die Schule schwänzt, um sich eine spannende Gerichtsverhandlung anzusehen. Was er dort beobachtet, haut Theo fast um: Kann es wirklich sein, dass der reiche Unternehmer Pete Duffy mit dem Mord an seiner Frau durchkommt – nur weil er sich teure Anwälte leisten kann und wichtige Leute kennt? Theo stellt eigene Ermittlungen an und findet den Zeugen, der Duffy überführen kann. Doch das amerikanische Rechtswesen ist kompliziert: Nur weil man die Wahrheit kennt, muss Theo erfahren, gewinnt man noch lange nicht den Prozess.

John Grisham:
Theo Boone und der unsichtbare Zeuge
Heyne Verlag 2010; 14,99 Euro; ab 11 Jahren

DER ELEKTRONISCHE HUND
Bleeker
ALLES GUTE ZUM GEBURTSTAG, LILA!
HÄ? ICH HAB ERST NÄCHSTEN MONAT AM 22. GEBURTSTAG!
... HAST DU DAS IN DEINEN KALENDER EINGETRAGEN?
JA.
PIEP PIEP
© King Features Syndicate, Inc./Distr. Bulls
SKIP, SAG DEINEN FREUNDEN DOCH EINFACH, DASS DU DIR IHRE GEBURTSTAGE NICHT MERK...
HEY! DA IST LEWIS. LOS, KOMM!
J. MAHOOD

Japan

Erdbeben, Flutwelle, Atomkraftwerk: Diese Wörter tauchen in den Nachrichten gerade oft zusammen auf, wenn es um Japan geht. Doch über das Land in Asien gibt es noch viel mehr zu erzählen. Hier erfahrt Ihr, was ein »kotatsu« ist und warum man seine Stäbchen nicht in den Reis stecken darf VON MELANIE SELLERING

Wohnen

Alle Japaner schlafen auf dem Boden? Natürlich nicht. Zu Hause träumen die meisten Kinder heute in einem ganz normalen Bett mit vier Pfosten. Und zum Frühstück setzen sie sich viel öfter auf einen Stuhl als auf ein Sitzkissen. Aber auch ein westlich eingerichtetes Haus hat oft noch einen Raum, der japanisch aussieht. Dort liegen dann zartgrüne oder gelbliche Matten aus Reisstroh. Gäste bekommen Tee serviert. Und im Winter sitzt die Familie gern um den *kotatsu.* Das ist ein Tisch mit eingebauter Heizung und einer Decke, die auf allen Seiten bis zum Boden reicht. Wenn man seine Beine darunterschiebt, hat man's kuschelig warm, während man seine Hausaufgaben macht. Doch wenn Kinder von der Schule heimkommen, heißt es immer zuerst: Schuhe aus! Denn ein japanisches Haus betritt man auf gar keinen Fall mit Straßenschuhen.

Schule

Schule ist in Japan kein Zuckerschlecken. Erstens: Ältere Schüler tragen in der Regel eine Uniform. Also Stoffhosen und Hemden für Jungs, Faltenröcke und Blusen für die Mädchen. Und dazu bitte auch eine ordentliche Frisur und nicht zu viel Schmuck und Schminke! Zweitens: Die japanische Schrift besteht nicht aus 26 Buchstaben, sondern aus unglaublich vielen Zeichen. Wenn man flüssig eine Zeitung lesen will, muss man etwa 2000 Zeichen beherrschen. Und bis dahin heißt es üben, üben, üben ... Drittens: Wer richtig gute Noten schreiben will (oder soll), geht oft bis spätabends oder am Wochenende auf eine Nachhilfeschule. Wenn man dann noch die Hausaufgaben dazunimmt, sind viele Schüler den lieben langen Tag mit Pauken beschäftigt.

Sport

Wollt Ihr mit einem Schwert kämpfen oder Euren Gegner lieber über die Schulter werfen? Ihr könnt ihn auch mit Fußtritten und Faustschlägen angreifen. Solche Dinge lernt, wer Kendo, Judo oder Karate übt. All das sind japanische Kampfkünste. Doch dabei geht es nie einfach nur darum, sein Gegenüber umzuhauen. Viel wichtiger ist, dass man den eigenen Körper und Geist kennen- und beherrschen lernt. Enorm beliebt ist übrigens auch eine andere Sportart: Baseball. Die heißt in Japan *yakyū,* und viele Schulen haben ihre eigenen Mannschaften. Am Wochenende sieht man in den Parks oft Jungs, die dafür trainieren. Und dann wäre da noch Sumo. Bei diesem Ringkampf sind die Sportler bis auf einen Gürtel nackt und sehen rund und gemütlich aus. Doch das täuscht! Sumo-Kämpfer sind meist sehr beweglich und schnell und dazu natürlich bärenstark.

Lieblinge

Micky Maus und Benjamin Blümchen? Nein, Doraemon und Totoro! Diese beiden Zeichentrickfiguren kennt in Japan eigentlich jedes Kind. Der blaue Katzenroboter Doraemon hat eine vierdimensionale Bauchtasche. Daraus zaubert er Geräte aus der Zukunft, die seinem Freund, dem Jungen Nobita, helfen sollen. Doch das funktioniert nicht immer ... Totoros (siehe oben) sind runde, freundliche Waldwesen, die Bäume wachsen lassen können und nur für Kinder sichtbar sind. Ein berühmter Trickfilmmacher namens Hayao Miyazaki hat die Totoros erfunden. Von ihm stammt auch der Film *Chihiros Reise ins Zauberland.* In vielen seiner Geschichten geht es darum, dass wir Menschen mit der Natur im Einklang leben müssen.

Essen

Es muss nicht immer Sushi sein. Japaner essen auch furchtbar gern heiße Nudelsuppen. Dabei kann man ungehemmt schlürfen. Dann weiß jeder: Es schmeckt! Wer nicht so auf Suppen steht, findet bestimmt die superknusprigen japanischen Schnitzel lecker. Oder frittiertes Gemüse. Oder Curry. Dabei darf nie der duftende, klebrige weiße Reis fehlen. Und natürlich gibt's in Japan auch Pizza, Spaghetti, Käse, Joghurt und Cornflakes. Das alles muss man auch nicht mit Stäbchen essen, sondern wie bei uns mit Messer, Gabel und Löffel. Bevor man loslegt, sagt man *»itadakimasu«.* Das heißt so viel wie »ich empfange dieses Essen«. Hinterher dankt man höflich mit *»gochisōsama deshita«.* Halb so wild, wenn Ihr das nicht behalten könnt. Merkt Euch lieber, dass Ihr Eure Stäbchen nie senkrecht in den Reis steckt. So was tut man in Japan mit Räucherstäbchen auf einer Beerdigung. Und wer möchte schon gern beim Essen daran erinnert werden?

Feste

Im Wohnzimmer steht an Heiligabend kein Weihnachtsbaum. Und an Silvester sausen keine Feuerwerksraketen in den Himmel. Das heißt aber nicht, dass in Japan nicht gefeiert wird. Es gibt allein drei große Festtage für Kinder. Am Puppenfest im März stellen viele Familien besondere kleine Figuren auf, die Mädchen Glück bringen sollen. Am Kindertag im Mai flattern überall Karpfen aus Papier oder Stoff im Wind. Die stehen für Kraft und Erfolg im Leben. Und im November ist »Shichi-go-san«. Übersetzt heißt das Sieben-fünf-drei. An diesem Tag besuchen drei und sieben Jahre alte Mädchen und drei und fünf Jahre alte Jungen mit ihren Familien einen Schrein. Oft tragen die Kinder dann traditionelle Gewänder, zum Beispiel knallbunte, bestickte Kimonos. Die kann man sich für den großen Tag ausleihen. Denn zu Hause haben die meisten Kinder in ihren Schränken doch eher Jeans, T-Shirts und Pullover wie bei uns.

Fragebogen

Dein Vorname: Nathalie (Estelle)

Wie alt bist Du? 8 Jahre alt

Wo wohnst Du? Moskau (Russland)

Was ist besonders schön dort? Der Rote Platz

Und was gefällt Dir dort nicht? Die kaputten Straßen

Was macht Dich traurig? Krieg, Streit...

Was möchtest Du einmal werden? ~~Naturforscherin~~ Naturforscherin

Was ist typisch für Erwachsene? Später zu sagen

Wie heißt Dein Lieblingsbuch? ~~Fantastik...~~ Lola, Ella, ~~Fantastik~~

Bei welchem Wort verschreibst Du Dich immer? Ich ~~ver~~verschreibe mich oft.

Willst Du auch diesen Fragebogen ausfüllen? Dann guck mal unter **www.zeit.de/fragebogen**

EIN KNIFFLIGES RÄTSEL:

Findest Du die Antworten und – in den getönten Feldern – das Lösungswort der Woche?

UMS ECKCHEN GEDACHT

1. Je kräftiger die Sonne aufs Meer scheint, desto bauschiger werden die

2. Eine kleinere Station im Wasserkreislauf – mit Plätscherklang

3. Das ist der Weg des Stadtregens: aufs Pflaster, in die …, in den Gully

4. Hat keine Laken oder Kissen, nur Steine, Sand und Wasser

5. Früher gingen die Menschen zum Brunnen, heute bringt die das Wasser ins Haus

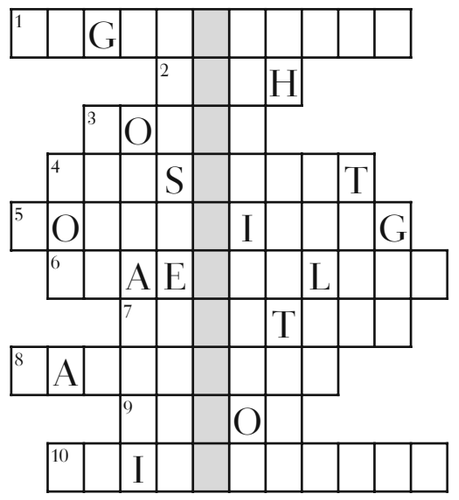
6. Erst mal in die fließen unsere Abwässer, damit sie nicht die Flüsse verdrecken

7. Dabei donnert viel Wasser blitzartig auf Wiesen, Wälder, Städte

8. Nicht PER LASTER kommt das Wasser zu uns – die schafft uns großen Vorrat

9. Am Ende bringt der das meiste aus Quelle, Teich und Bach wieder ins Meer

10. Das wichtigste Lebensmittel – NASSER WIRKT, wer damit rumplempert



Schick es bis Dienstag, **den 26. April,** auf einer Postkarte an

DIE ZEIT, KinderZEIT,
20079 Hamburg,

und mit etwas Losglück kannst Du mit der richtigen Lösung einen Preis gewinnen, ein tolles Bücher-Überraschungspaket.

Lösung aus der Nr. 14:
1. Schauer, 2. springen, 3. Scherze, 4. Widder, 5. Vogelschar, 6. launisch, 7. Knospen, 8. Hyazinthe, 9. Gaense, 10. Sommerzeit. – APRILSONNE

Illustrationen: Arne Bellstorf für DIE ZEIT/www.bellstorf.com; Apfel Zet (Piktogramme); Niels Schröder (Wappen); Weidner/agrar-press (im Wappen); Visum (Tier)

Mein Opa, der Gangster

Großvater und Enkel drehen das große Ding: Eine liebevolle Gaunergeschichte VON HARTMUT EL KURDI

Der zwölfjährige Albert Rosegarden, die Hauptfigur in Michael de Guzmans Roman Die Schlawiner, lebt mit seiner Mutter Holly in einem Wohnwagen. Das ist in den USA nicht ganz so außergewöhnlich wie in Deutschland, aber dennoch ein deutliches Zeichen dafür, dass es den beiden nicht allzu gut geht. Meist bedeutet es, dass man sich eine richtige Wohnung nicht leisten kann. Holly arbeitet zwar nachts als Kellnerin in einer Bar, aber das Geld, das sie so verdient, reicht vorn und hinten nicht. An seinen Vater kann sich Albert nicht erinnern – und mit seinen Lehrern hat er ständig Ärger. Nicht etwa weil er randaliert, gewalttätig ist oder Mitschüler beklaut, noch nicht einmal weil er wirklich frech wäre, sondern nur, weil er ein cleveres Kerlchen ist und kein Blatt vor den Mund nimmt. Und weil die Lehrerschaft anscheinend etwas empfindlich ist. Als er zum Beispiel Mrs. Hissendale widerspricht, die Erdkugel sei keineswegs so rund wie ein Basketball, sondern sehe eher aus wie ihr Kopf, also mehr wie eine Kartoffel oder ein umgekipptes Ei, wird er gleich für drei Tage vom Unterricht ausgeschlossen.

Am Abend dieses Tages bekommen er und Holly Besuch von einem seltsamen alten Mann: Wendell Rosegarden. Er ist groß, dunkelhäutig, trägt einen zerknitterten Leinenanzug und in der Hand einen Geigenkoffer. »Ich bin dein Großvater«, stellt er sich Albert vor. »Du kannst nicht mein Großvater sein«, antwortet Albert. »Du bist schwarz.« – »Eher braun«, sagt Wendell. Und erklärt dann seine Abstammung, nämlich dass er halb schwarz, halb Indianer und halb weiß ist. Albert reagiert, wie er auch in der Schule reagiert, wenn man ihm etwas Unlogisches erzählt: »Du kannst nicht drei Hälften von irgendwas sein!«

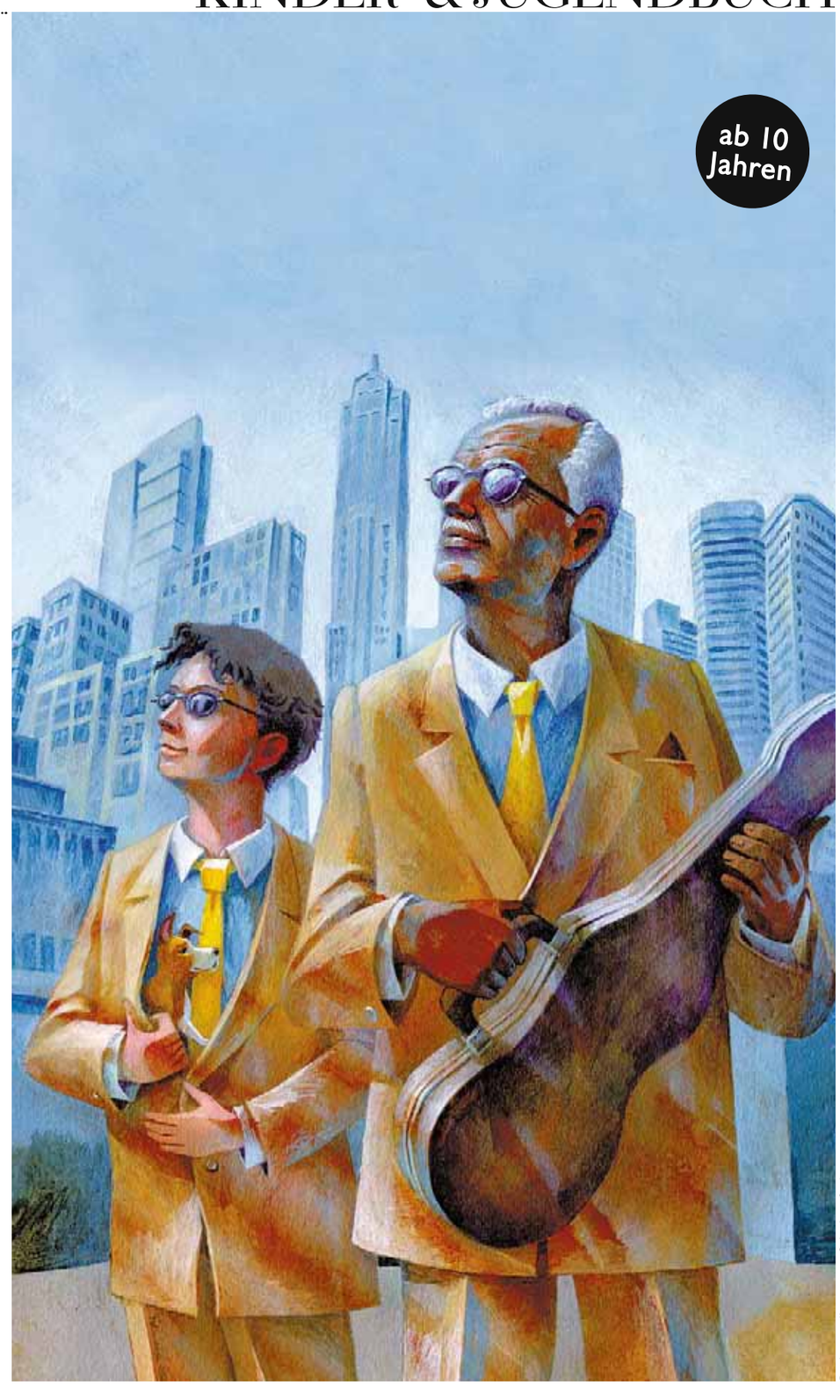
Doch es stellt sich heraus, dass Wendell alles sein kann, was er will. Wenn auch nur für kurze Zeit. Denn Wendell ist ein Schlawiner. Oder wie es im englischen Original heißt: ein *bamboozler,* ein Schwindler, ein Schlitzohr. Kein richtig schlimmer Verbrecher, sondern einer, der sich mit raffinierten kleinen Betrügereien durchs Leben mogelt und durch die Welt schummelt. Das findet Albert interessant. Noch interessanter findet er aber, dass Wendell sein richtiger, sein echter, sein zum Anfassen vor ihm stehender Großvater ist. Ein Großvater, von dem ihm seine Mutter noch nie etwas erzählt hat.

Denn Holly will nichts mit ihrem Vater zu tun haben. Er hat sie und ihre Mutter verlassen, als Holly ein kleines Mädchen war, und hat sich dann nie wieder um seine Tochter gekümmert. Sie weiß, wie er sich seinen Lebensunterhalt verdient. Und dass er deswegen nie lange an einem Ort bleiben kann, dass er immer auf der Flucht ist. Sie will nicht, dass eine solche Person Einfluss auf ihren Sohn hat. Sie will nicht, dass ihr Sohn genauso enttäuscht wird, wie sie enttäuscht wurde. Am liebsten würde sie Wendell sofort vor die Tür setzen, aber auf Alberts Betteln hin lässt sie ihn eine Nacht im Wohnwagen schlafen. Am nächsten Morgen ist Wendell verschwunden. Mit Albert.

Und hier beginnt die eigentliche Geschichte, von der man allerdings nicht zu viel erzählen darf, denn sie ist spannend wie ein Krimi, und Krimihandlungsverräter kommen gleich nach Leuten, die die Bundesliga-Ergebnisse vor der *Sportschau* rumtrompeten. Nur so viel noch: Im weiteren Verlauf der Story bekommt Albert einen winzigen, im richtigen Moment extrem bissigen dreibeinigen Hund namens Hollywood geliehen, wird eingekleidet wie ein kleiner Scheich, wohnt im feinsten Hotel Seattles, speist in den besten Restaurants und begegnet vielen alten Freunden seines Großvaters, die alle anscheinend nur eins im Sinn haben: Sie wollen Wendell dabei helfen, einen ziemlich fiesen Abzocker richtig fies abzuzocken. Zum Schluss findet Albert sogar noch heraus, was sich in Wendells geheimnisvollem Geigenkoffer befindet – und erlebt dabei fast ein richtiges Happy End. Aber nur fast. Und das Schönste ist, dass diese zu Herzen gehende Geschichte, in der ein Junge seinen Großvater im Schnelldurchlauf kennen- und lieben lernt und in der ein alter Gauner schließlich mehr Gefühl zeigt, als seine enttäuschte Tochter ihm zutraut, nebenbei auch noch wahnsinnig komisch ist. So, mehr darf jetzt wirklich nicht verraten werden.

Was aber dringend noch gesagt werden muss, ist, wie elegant und entspannt diese Geschichte geschrieben wurde. Der Autor Michael de Guzman verfasste, bevor er anfing, Kinder- und Jugendbücher zu schreiben, viele Jahre Drehbücher für Kino- und Fernsehfilme. Und das merkt man: Die Geschichte ist perfekt durchkomponiert wie ein guter amerikanischer Film. In dieser Mischung aus literarischem Roadmovie und Gaunerkomödie hat jedes kleine Detail seinen Sinn, nirgendwo kommt der Erzähler ins Schwafeln, nichts ist überflüssig. Und die Dialoge sind so genau und komisch, wie wohl nur ein Drehbuchautor sie schreiben kann. *Die Schlawiner* ist ein Buch, das von Liebe und von Weisheit handelt. Nicht nur von der Weisheit, die die Älteren an die Jüngern weitergeben können, sondern vor allem auch umgekehrt.

Michael de Guzman:
Die Schlawiner
Deutsch von Carina von Enzenberg
Tulipan Verlag 2010; 160 S.; 12,95 €



Buchcoverillustration: © Jochen Stuhrmann

Luchs N° 291

Jeden Monat vergeben DIE ZEIT und Radio Bremen den LUCHS-Preis für Kinder- und Jugendliteratur.

Am 14. April, 15.20 Uhr, stellt Radio Bremen das Buch vor. Redaktion: Libuse Cerna. Das Gespräch zum Buch ist abrufbar unter www.radiobremen.de/funkhauseuropa

radiobremen

Zwei Leben, ein Irrtum

Ein deutscher Junge aus der Kleinstadt und ein junger Palästinenser wurden zu »Gotteskriegern« – warum? Martin Schäuble versucht es zu erklären VON GISELA DACHS

ab 15 Jahren

Wie wird einer zum muslimischen Gotteskrieger? *Black Box Dschihad* versucht dieser Frage nachzugehen. Um es vorwegzunehmen: Der Autor findet keine eindeutige Antwort, und er glaubt auch nicht, dass es ein bestimmtes Erklärungsmuster gibt, das für alle Dschihadisten gilt. Er betrachtet deshalb den Einzelfall. Genauer gesagt: zwei Fälle. Der Sozialforscher und Journalist Martin Schäuble erzählt die Lebensgeschichten von Daniel und Sa'ed. Beide sind im Jahr 1985 geboren, doch darüber hinaus könnten zwei junge Männer kaum unterschiedlicher sein. Der eine ist Deutscher aus einer Kleinstadt in der Nähe von Saarbrücken, der andere Palästinenser aus Nablus im Westjordanland. Suchte man in ihren Charakteren nach einer Parallele, fände man vielleicht die verzweifelte Suche nach Anerkennung.

Schäuble hat minutiös recherchiert und sich auf das jeweilige kulturelle Umfeld (Musik, Internetseiten, Zeitschriften, Filme) der jungen Leute eingelassen. Anhand von Gesprächen mit ehemaligen Freunden, Lehrern und Verwandten rekonstruiert er so zwei Lebenswege. Wobei sich dem deutschen Leser bei Daniel die brisante Frage stellt, ob und wie dessen Entwicklung eigentlich aufzuhalten gewesen wäre.

Daniel wächst in einem Reihenhaus mit Garten auf. Er ist ein zurückhaltender Junge, der gern für sich allein bleibt. Die Mutter spielt mit ihm auf dem extra ausgebauten Dachboden, der Vater arbeitet bei einer Bank. Eine Musterfamilie nach außen – bis die Ehe der Eltern zerbricht. Daniel ist elf. Von da an will er nur mehr cool sein. Er hört Hip-Hop, kifft, trägt teure Markenklamotten verkehrt herum, wie es in seinem Freundeskreis üblich ist.

Konflikten geht er nicht aus dem Weg. Er streitet sich gerne, fühlt sich oft überlegen, möchte aber auch gerne jemand anderer sein, als er ist (zu diesem Zeitpunkt identifiziert er sich mit den Afroamerikanern). Sein Geltungsbedürfnis macht ihn anfällig für die falschen Freunde. Ihnen ordnet er sich unter, wenn sie Autorität ausstrahlen. Zu diesen problematischen Leitfiguren gehört Nidal, der aus einer nicht religiösen muslimischen Familie stammt und Osama bin Laden verehrt. Ein »Wohlstandsverwahrloster« voller Sprüche und Widersprüche, einer, der Amerika hasst, aber dorthin auswandern möchte. Mit dieser Freundschaft beginnt Daniels Abdriften in den religiösen Fanatismus. Er bricht die Schule ab, konvertiert zum Islam, fährt in eines der Trainingslager in Pakistan und kommt mit dem Auftrag zurück, einen Anschlag in Deutschland zu verüben. Im September 2007 ist sein Gesicht in der *Bild*-Zeitung abgebildet – er steht als Terrorbomber vor Gericht.

Sa'ed, der Palästinenser, kommt aus armen Verhältnissen, teilt sich ein Zimmer mit seinen acht Geschwistern. Auch seine muslimische Familie ist nicht religiös, aber im Kindergarten spielt man »Märtyrer«. Die erste Intifada hat gerade begonnen, der Kampf gegen die Besatzer prägt den Alltag auf der Straße. Die Gefangenen in den israelischen Gefängnissen werden als Helden gefeiert, aber die größte Aufmerksamkeit erhalten die Toten, die »im Kampf Gefallenen«: die Märtyrer. Sa'ed verlässt noch als Kind die Schule, um seinen Eltern finanziell zu helfen. Mit fünfzehn wendet er sich – als einziger in der Familie – dem Glauben zu. Die Moschee wird für ihn zum Zufluchtsort. Anschläge in Israel, die er im Fernsehen verfolgt, machen ihn glücklich. Er glaubt daran, dass die Attentäter ins Paradies kommen: Außerdem sorgen sie mit ihrem Tod für die Familie. Der irakische Diktator Saddam Hussein überweist großzügig Gelder an die Hinterbliebenen. Im Juni 2002 sprengt sich Sa'ed im Auftrag der Al-Aksa-Brigaden in Jerusalem in die Luft und reißt sieben Menschen mit in den Tod. Arafats Fatah-Bewegung schickt den Eltern eine Urkunde.

An Gotteskriegern wie Sa'ed mangelte es zu Beginn des Jahrtausends nicht, vor allem weil ihre Taten vom sozialen Umfeld unterstützt wurden. Seither sind Selbstmordattentäter im Westjordanland »aus der Mode« gekommen. Woanders haben sie aber weiterhin Hochkonjunktur. Wie im Westen die Rekrutierung eines »bisher im Leben gescheiterten Suchenden« wie Daniel abläuft, das hat Martin Schäuble in einem fiktiven Gespräch geschildert. Er gibt auch einen Einblick in die Logik des Terrorgeschäfts: Große Aktionen gelten als Empfehlungsschreiben für das Netzwerk dschihadistischer Organisationen. Eine Gruppe zeigt mit einer Tat, die weltweit für Aufsehen sorgt, dass sie über gute Kontakte und Logistik verfügt. Je bekannter eine Gruppe wird, desto mehr Aussicht hat sie auf Spenden – aus Iran, von reichen Unterstützern, oft verdeckt von staatlichen Stellen. Und mehr Geld bedeutet mehr Anschläge.

Dem Autor, Jahrgang 1978, ist der Nahe Osten nicht fremd. Sein Erklärungsbuch *Die Geschichte der Israelis und der Palästinenser* erhielt 2007 den Luchs von der *ZEIT* und Radio Bremen. Nun hat er sich in die Männerwelt der Gotteskrieger eingefühlt – und es dabei zugleich geschafft, die gebotene Distanz zu bewahren.

Martin Schäuble: Black Box Dschihad, Daniel und Sa'ed auf ihrem Weg ins Paradies
Carl Hanser Verlag 2011; 218 S.; 14,90 Euro

GLAUBEN & ZWEIFELN
Macht Frieden! Helmut Schmidt appelliert an religiöse und politische Führer der Welt **S. 58**

Revolution von oben

Unser Bild vom Ausländer wird durch Migranten in Führungspositionen radikal verändert. Ein Plädoyer für den Multikulturalismus VON IJOMA MANGOLD

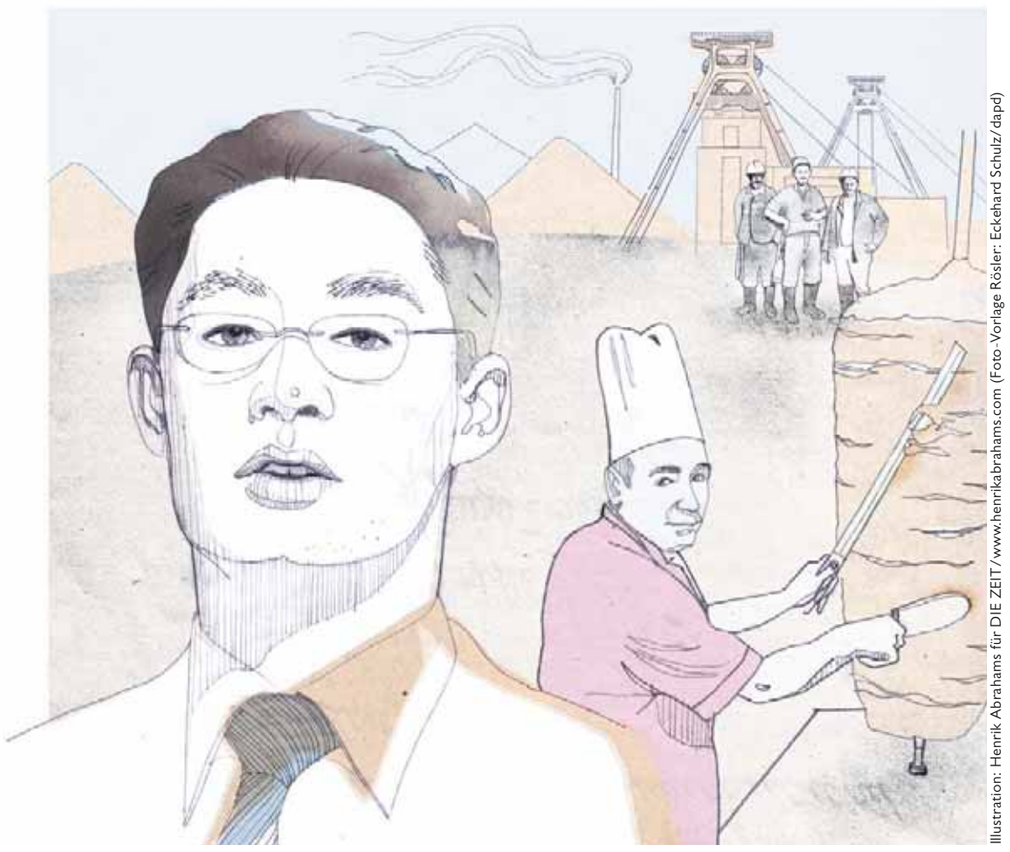


Illustration: Henrik Abrahams für DIE ZEIT/www.henrikabrahams.com (Foto-Vorlage Rösler: Eckehard Schulz/dapd)

In dieser Welt, in der sich alles verändert, ist nicht einmal der Ausländer eine verlässliche Größe. Auch er wandelt sich beständig und tritt uns immer wieder mit neuem Gesicht entgegen. Das nötigt uns dann jedes Mal, unsere inneren Einstellungen, unsere Affekte und Ressentiments, unsere Hoffnungen und Ängste neu einzustellen. Denn mit nichts macht man sich lächerlicher, als wenn man vor Gespenstern warnt, die längst der Vergangenheit angehören. Aber damit der Groschen fällt, braucht es ein symbolisches Gesicht, das die Grundkoordinaten des Diskurses neu ordnet. Vielleicht wird Philipp Rösler, der neue FDP-Chef, für Deutschland genau dieses Gesicht sein, das unser Bild des Fremden endlich ans Zeitgenössische heranführt.

Bisher war der Fremde in Deutschland der Ausländer, der etwas vom Kuchen der Deutschen abhaben wollte, was ihm irgendwie nicht zustand. Sozial gesehen kam er von unten, und wenn man sich ihm zuwandte, dann in einer paternalistischen Haltung der Milde und Barmherzigkeit. (Amerikaner und Franzosen waren, das verstand sich von selbst, keine Ausländer im echten Sinne, zu ihnen schaute man eher angstvoll nach oben wie zu einem Lehrer, um dessen Achtung man buhlt.) Nachdem Deutschland sich bis 1945 ethnisch erfolgreich homogenisiert hatte, trat der Ausländer in der Geschichte der Bundesrepublik – von der außerplanmäßigen und nur episodischen Intervention des schwarzen GIs abgesehen – zuerst als Gastarbeiter auf, dem man die Fließbänder des Wirtschaftswunders überließ. Dann nahm er in den achtziger Jahren die Gestalt des Scheinasylanten an, der sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in unsere Sozialsysteme schlich. Dem folgte eine Phase, in der der Ausländer zum Menschen mit Migrationshintergrund wurde – ein Problembündel aus Bildungsdefiziten, hoher Kriminalitätsrate, Integrationsschwierigkeiten und vitaler Reproduktionskraft –, bevor er zuletzt als Muslim dem schulischen Schwimmunterricht fernblieb und den Dschihad in die westliche Werteordnung trug.

Aber perfiderweise gab es den Ausländer nicht nur auf deutschem Boden, sondern auch – ein zart-bitteres Paradox – im Ausland. Auch in dieser Form wurde er als eine Bedrohung heimischer Besitzstände wahrgenommen: als fleißiger Chinese, der für einen Hungerlohn unsere Turnschuhe nähte und den biodeutschen Facharbeiter um seine Tariferhöhungen prellte. Spätestens als der Deutsch sprechende Inder in einem Callcenter in Mumbai Fragen zum Meilenstand unseres Vielfliegerprogramms beantwortete, wurde klar, dass Ausländer ein Problem sind, auch wenn sie Deutsch lernen und da bleiben, wo sie herkommen.

Während wir – ob in sozialpädagogischer Zuwendung oder xenophober Abwehr – als Leitbild des Diskurses stets diesen Ausländer von unten vor Augen haben, hat längst der Ausländer von oben die Bühne betreten. Das ist durchaus ein Paradigmenwechsel. Denn die Kategorien von Rasse und Klasse stehen in einer Wechselbeziehung, und die alteingeübte deutsche Identifikation von fremder Rasse mit niedriger Klasse ist passé. Die neue Herrschaftsklasse der globalisierten Welt hat sich ethnisch pluralisiert. Die internationalen Topuniversitäten sind die Orte, an denen diese neue Elite ausgebildet wird und wo eine Sozialpraxis entsteht, in der sich Herkunftsidentität und Kosmopolitismus fein ausbalancieren und jedenfalls niemand markig nach einer Leitkultur ruft. Wer durch amerikanische Museen geht oder in Konzertsälen sitzt, bekommt sehr unmittelbar einen Begriff davon, wie auch der alteuropäische Kulturkonsum mittlerweile eine vor allem asiatische Trägerschicht hat. Deutschland ist auch hierin verspätete Nation, aber wenn es an den neuen Macht-, Kapital- und Kulturbewegungen der Gegenwart partizipieren will, sollte es sich ein neues Bild vom Ausländer zulegen. Zur Minimalanforderung gehört, nicht mehr vom Aussehen auf den Sozialstatus rückzuschließen.

Philipp Rösler gibt dem Land dazu jetzt eine gute Möglichkeit. Das vietnamesische Waisenkind, mit neun Monaten von einem deutschen Ehepaar adoptiert, ist die erste landesweit berühmte Verkörperung jenes asiatischen Überfliegertums, das die Welt-Konkurrenzgesellschaft derzeit auf Trab hält – und, nebenbei bemerkt, auch die Faszination ausmacht, mit der Amy Chuas Erziehungsbuch *Die Mutter des Erfolgs* weltweit aufgenommen wurde: Die Angstlust gilt jetzt nicht mehr dem Fremden als hungriger Masse, die uns die Butter vom Brot nimmt, sondern dem Fremden als diszipliniertem Selbst-Optimierer, der uns Kinder der Gemütlichkeit bildungstechnisch in die Tasche steckt. Der ehemalige Hamburger Wirtschaftssenator Ian Kawran, ein gebürtig Ceylonese, gehört auch zu diesem Typus, aber noch idealtypischer natürlich der Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar, Kind einer luxemburgisch-indischen Verbindung: die in sich ruhende, unangreifbar lächelnde Verkörperung reiner Rationalität.

Als Philipp Rösler – so berichtet das *Hamburger Abendblatt* – seinen Dienst im Gesundheitsministerium antrat, stellte er sich dem Pförtner mit den Worten vor: »Guten Tag, ich bin der neue Gesundheitsminister.« Worauf der Pförtner antwortete: »Is klar, aber wenn du gesagt hättest, du bist der Kaiser von China, wäre das glaubwürdiger gewesen.« Der Pförtner hat da etwas auf den Punkt gebracht – und die interessantesten Biografien werden in Deutschland künftig entlang dieser Begriffsstutzigkeit zu erzählen sein.

Rösler indes ist nur der Anfang, das freundliche Gesicht des Ausländers als Überflieger. Er sieht ja, wie dann gerne gesagt wird, nur so aus wie ein Ausländer. Der eigentliche Härtetest kommt für Deutschland erst noch. Wenn nämlich – und vieles spricht dafür – der Inder Anshu Jain die Ackermann-Nachfolge antritt und neuer Vorstandssprecher der Deutschen Bank wird. Das wird ein echter Kultur-Clash, weil sich dann die Fragen von Herkunft, Sprache, Macht, Unternehmenskultur und Loyalität zugespitzt stellen werden.

Deutschland hatte sich schon mit Josef Ackermann schwergetan und hinter vorgehaltener Hand gefragt, ob ein Schweizer denn der gesellschaftspolitischen Verantwortung des deutschen Geldinstituts gerecht werden könne. Es war die Loyalitätsfrage, die mit der Herkunftsfrage verknüpft wurde. Wie wird das erst sein, wenn Anshu Jain ins Heiligtum der deutschen Wirtschaft einzieht? Jain, in Neu-Delhi aufgewachsen, Sohn eines Beamten, ist ein Banker reinsten angelsächsischen Geblüts. Für das Investmentbanking der Deutschen Bank zuständig, verantwortet er mittlerweile gut die Hälfte der Gewinne des Bankhauses. Gegen ihn, so heißt es, werden in Frankfurt keine Entscheidungen mehr gefällt.

Deutschland, das im Umgang mit Einwanderern immer noch über kulturelle Zugehörigkeiten und christliche Wurzeln räsoniert, wäre dann mit einem Topmanager konfrontiert, der der Religion des Jainismus angehört (Akzent auf Bildung und Vegetarismus, Letzteres befolgt Jain, so heißt es, nicht mit aller Konsequenz ...) und der deutschen Sprache kaum mächtig ist. Weil all das für das deutsche Gemüt möglicherweise zu viel ist, gibt es Gedankenspiele, ob man dem angelsächsischen Investmentbanker Jain nicht Axel Weber zur Seite stellen sollte, diesen Inbegriff eines beruhigenden Staatsbankers mit deutschen Tugenden (Geldwertstabilität!). Umgekehrt aber ist zu fragen: Welche Identifikationsangebote macht Deutschland einem solchen Spitzenmanager?

Ein Viertel der Vorstände in Dax-Unternehmen, meldet das *Handelsblatt,* kommen inzwischen aus dem Ausland. Das wird das Bild des Ausländers verändern. Und damit auch das Bild, mit dem die Politik zu arbeiten hat, wenn sie diesen globalen Brainflow nicht an Deutschland vorbeiziehen lassen will. Globalisierung und Multikulturalismus schließen sich jetzt zusammen: vom Kapital getrieben und von der Bildung in Bewegung gesetzt.

Es wäre naiv und obendrein unschön zu glauben, man könne den einen, den Einwanderer von oben, ausspielen gegen den anderen, den Einwanderer von unten. Ein Deutschland, das in allen gesellschaftlichen Schichten ethnisch vielfältiger wird und nicht mehr so aussieht, als wären ihm die Nachwirkungen der Nürnberger Gesetze noch immer ins Gesicht geschrieben, wird insgesamt für alle Einwanderungsgruppen mehr Identifikationsmöglichkeiten und Chancenträume eröffnen.

Angela Merkel war deshalb nicht gut beraten, als sie der Sarrazin-Welle nachgab und erklärte, Multikulti sei tot. Zugegeben: Multikulti wurde lange Zeit als romantische Kitschformel gebraucht, mit der man in moralischem Erpresserton alles Exotische verklärte. Aber es ist intellektuell feige, sich nur auf die dümmste Bedeutungsebene eines Konzepts zu beziehen, das in Wahrheit ins Zentrum der neu entstehenden Weltgesellschaft zielt, wo Religion, Herkunft und Sitte nicht mehr automatisch kongruent sind. Eine Nation, die über keine multikulturellen Konzepte des Zusammenlebens verfügt, wird sich in Protektionismus einschließen müssen. Und das ist definitiv kein Konzept, mit dem man in der Welt-Liga mitspielt.

www.zeit.de/audio

LEKTÜRE ZUR LAGE

Nun hat Louis van Gaal doch vorzeitig fertig, der Trainer des FC Bayern München wurde von Uli Hoeneß gefeuert und muss auch noch die verbale Nachtreterei des Präsidenten ertragen: Spaßbremse, beratungsresistent, scheiße. Ernst Jünger wusste, warum das mit den beiden Rotkopfkerlen nichts werden konnte: »Mit einem Vulkan ist nicht zu reden«

NEUE GRÜNE REPUBLIK

Im Abklingbecken

Zur alternden Gesellschaft gehört die Angst vor riskanten Techniken

Das Reden über die Atomkraft ist unverkennbar eines über die männliche Sexualität. Man wartete, als die Katastrophe in Fukushima sich abzeichnete, mit Bangen auf die Explosion wie auf eine orgasmische Entladung. Glühende Brennstäbe ragten aus dem Wasser, es galt, sie rasch abzukühlen. In den sogenannten Abklingbecken durften wiederum alte Brennstäbe sich nicht erneut erhitzen. Man sah Feuerwehrmänner mit schweren Schläuchen die Reaktoren abspritzen. Nun wird unablässig gekühlt und bewässert, wie um ein nur schwer zu bändigendes Begehren in den Griff zu kriegen.

Derlei Analogien sind keineswegs zynischer oder alberner Natur. Sie haben einen kulturhistorischen Kern, manifestierte sich doch in der Katastrophe von Fukushima metaphorisch noch einmal das von jugendlicher Frische beseelte Industriezeitalter, das einst der Futurismus gefeiert hatte. Im berühmten Manifest von Filippo Tommaso Marinetti aus dem Jahr 1909 wird die »Liebe zur Gefahr« besungen, »die Vertrautheit mit Energie und Verwegenheit«. Ein »aufheulendes Auto« sei schöner als die Nike von Samothrake. Bekämpft wurden von Marinetti der »Feminismus« und jede Feigheit, »die auf Zweckmäßigkeit und Eigennutz beruht«. Mit Technik verband man die in den Himmel ragende Rakete, die dampfende Lok, die Bombe, das Kraftwerk. Und man bejubelte die Männer, die diese Wunderwerke nicht nur in der Regel erfanden, sondern sie auch noch lenkten, antrieben und beherrschten mit jugendlichem Abenteuersinn.

Es mag ein Zeichen alternder Gesellschaften sein, dass sie jedem Anflug des kraftstrotzend Männlichen mit größter Aversion begegnen. Während bekanntermaßen in Amerika und in Frankreich – beides Länder mit vergleichsweise hoher Geburtenrate – das nukleare Desaster in Japan auf ziemlich geringes Interesse stieß, wurden hierzulande binnen weniger Tage Atommeiler abgeschaltet, und es sorgten die Wähler für ein parteipolitisches Erdbeben bei der baden-württembergischen Landtagswahl: Erstmals wird ein Grüner Ministerpräsident, der 62-jährige Winfried Kretschmann. Günter Grass, 83, hält eine umjubelte Lesung vor dem AKW Krümmel. Alice Schwarzer, 68, klagt einen sexuell umtriebigen Wettermoderator an.

Man setzt in der neuen grünen Bundesrepublik eben auf Sonne, Wind, Weiblichkeit und hohes Alter. Renate Künast, jugendliche 55, kandidiert in Berlin für das Bürgermeisteramt und plädierte sogleich für die Einführung von Tempo 30 in der Hauptstadt, damit man gefahrlos auch mit Hüftschaden jede Straße passieren kann. Jene aufheulenden Autos, die noch Marinetti besang und in denen heute nur noch junge Männer aus geburtenstarken anatolischen Familien in Kreuzberg sitzen, sollen endlich genauso der Vergangenheit angehören wie deutsche Atommeiler. ADAM SOBOCZYNSKI

MICHEL HOUELLEBECQ WAR DA

Glück ist immer Körperglück

Zwei Tage lang gibt der französische Starautor der deutschen Presse Interviews in Berlin. Ich bin schon die Dritte an diesem Morgen. Houellebecq sitzt in sich versunken in einer Winterjacke im Raucherzimmer des Regent Hotels in Berlin, eine einstündige Audienz. Begrüßung. Weiß er überhaupt, wer hier einer nach dem anderen sein Aufnahmegerät neben den Wassergläsern aufstellt? Nein, er weiß es nicht, die deutsche Presselandschaft scheint ihm nicht näher oder ferner zu stehen als die koreanische oder bengalische. Er schwitzt, das Gesicht ist schweißüberströmt. Ob ihm nicht zu warm sei in diesem Zimmer? Nein, es sei alles sehr angenehm. Ob er sich bei solchen Masseninterviews nicht ständig selbst wiederhole? Ja, das sei so, aber es sei besser, sich zu wiederholen, als ständig das Thema zu wechseln. Wahrscheinlich, wird er am Ende des Gesprächs sagen, werde er auch bald gar keine Interviews mehr geben.

Streng genommen hat er mit dem Aufhören auf seine Weise schon angefangen. Die Satzmelodie, besonders im Französischen ein munteres Geplätscher, das wie eine Flotte kleiner Papierboote auf den Gesprächswellen hoch- und runterhüpft, ist bei Houellebecq ein Basso continuo im Satzmelodienkeller. Das Tonband wird später nur ein brummendes Rauschen von sich geben.

Ob er sich, frage ich mich und frage ich ihn, eigentlich über uns alle lustig macht, uns Journalisten, die Leser, seine Romanfiguren? Und ob nicht dieser letzte Roman *Karte und Gebiet (ZEIT Literatur* Nr. 12/11) nur noch die Karikatur von einem Roman sei? Diese beiden superreichen Landhausedelmänner, die in ihren Tocqueville-Ausgaben herumblättern, die gepflegten Kamingespräche, alles ein großer Bluff? Nein, das sei falsch. Solche Leben, solche Leute gebe es. Alles sei echt. Selbst sein Interesse an der französischen Literaturschickeria, die sich in diesem Buch so wichtigmacht – alles kein Scherz. Ein Anflug von Lächeln. Zigarette.

Houellebecq, hier einmal ohne Zigarette

Houellebecq raucht nicht, er inhaliert, schnappt nach dem Rauch wie ein Erstickender nach Luft. Warum er in seinem Roman einen Dichter seines Namens zerstückelt und in einen Kindersarg verfrachtet habe? Das sei eben so eine Idee gewesen. Und der Sex, Fluch und Segen aller Houellebecqschen Helden, warum spiele er im neuen Roman plötzlich keine Rolle mehr? Kein Lächeln. So sei das manchmal, das Interesse am Sex habe eine beschränkte Haltbarkeit. Schweigen. Natürlich denke ich: Das ist also das viel gerühmte Houellebecqsche Interviewschweigen. Was tun? Warten? Neue Fragen suchen?

Den Lebensekel, der in allen Houellebecq-Romanen so etwas wie das Grundrauschen abgibt, habe er den noch? Nein, seine Figuren hätten nichts gegen die Welt, sie fänden nur keinen Kontakt zu ihr. Habe er so etwas wie Brüder im Ekel, vielleicht Sartre mit seinem Roman *Der Ekel?* Ja, das Buch habe er gelesen, das sei ein gutes Buch. Aber ihm sei Ionescos *Einzelgänger* viel näher und *Der Mann, der schläft* von Georges Perec. Zur Not hält er es auch mit Camus' *Der Fremde,* aber leider habe Camus ja keinen Sinn für das Komische gehabt. Er, Houellebecq, habe anders als Camus keinen Hang zum Tragischen, selbst wenn die Dinge eine schlimme Wendung nähmen, gebe es bei ihm doch immer die Möglichkeit, dass sie auch eine gute Wendung nehmen könnten. Ob es denn Glück in seinen Büchern gebe? Ja, augenblicksweise. Glück bei ihm sei eher Körperglück.

Das alte Houellebecq-Thema, das so wenig zu dieser in sich zusammengesunkenen Sphinx zu passen scheint. Ob er denn nie an Revolte und Aufstand denke wie sein Kollege Stéphane Hessel? Durch Revolten werde alles immer nur noch schlimmer. Die Revolten in den arabischen Ländern seien bedauerlich. Es sei immer besser, wenn Dinge so blieben, wie sie seien. Jede Veränderung verursache nur Unruhe. Es sollte generell so wenig Veränderung wie möglich auf der Welt geben.

Ob ihn denn dann überhaupt noch etwas störe auf der Welt? Zum Beispiel der Kapitalismus? Nein, der habe ihn nie gestört, ihn störe der Gesundheitswahn der westlichen Gesellschaften, »der Hygienianismus«. Das Leben wäre glücklicher, wenn es ungesünder wäre. Ob er denn glücklicher wäre, wenn er überall rauchen dürfte? Selbstverständlich, das Rauchverbot mache ihn unglücklich, es ekle ihn an und grenze ihn aus. Drogen dürfe er auch nicht nehmen. Das sei sein Elend. Das Leben werde mehr und mehr reglementiert. Das Leben in früheren Zeiten sei viel freier gewesen. Was denn sein Traum von Freiheit sei? Kein Englisch mehr sprechen zu müssen und rauchen zu können. Vielleicht noch Fahren ohne Gurt. In Frankreich müsse man sich nun sogar auf dem Rücksitz anschnallen, das kotze ihn an.

Kann es sein, dass der große *poète maudit* mit einer freizügigeren Anschnallregelung mit dieser Moderne zu versöhnen wäre? Ja, sagt er. Das ist die Freiheit. Sie ist einfach, sie besteht darin, zu machen, was man will. In diesem Augenblick steht bereits Tilman Krause von der *Welt* vor der Tür. IRIS RADISCH

GLENN BECK IST WEG

Das menschliche Megafon, ausgeknipst

Dingdong – der große Verschwörungstheoretiker ist weg! Glenn Beck verlässt Rupert Murdochs Fox News, nach einem unvergleichlichen Aufstieg vom Alkoholiker zu einem der bestbezahlten TV-Showmaster der USA. Beck umstritten zu nennen wäre schwer untertrieben. Mit großer Geste weinte und wisperte der Weltuntergangsimpresario in seiner Sendung und warnte vor dem »Rassisten« Obama, vor den Rockefellers und ihrer neuen Weltordnung, vor der Unterwanderung Amerikas durch Muslime, vor vermeintlichen Kommunisten und Nazis. Zuletzt vertrat er die Ansicht, Gott bestrafe die Japaner mit dem Tsunami und der Aufstand in Ägypten gehe auf eine Verschwörung der US-Linken zurück. Vor allem aber warnte das menschliche Megafon der Tea Party vor dem Banker und »Drahtzieher« George Soros, der als 14-Jähriger Juden in die Todeslager geführt habe und der nun eine geheime Weltregierung plane und eine »Weimar-artige« Inflation auslösen wolle, um »obszöne Profite« zu machen und »Amerika in die Knie zu zwingen«. Das Gegenrezept: Amerikaner sollten Goldmünzen kaufen, für die in Becks Sendung auch gleich geworben wurde.

Warum muss Beck nun gehen? Seine Fans glauben: Er kam der Wahrheit zu nahe. Deshalb hätten die konspirativen Zirkel, vor denen er immer warnte, ihn mundtot gemacht. Oder wollten die Amerikaner am Ende doch keine Kryptoapokalyptiker im Fernsehen erdulden? Beck verlor im vergangenen Jahr ein Drittel seiner drei Millionen Zuschauer und Hunderte von Werbekunden. Und ist die Linke nun zufrieden? Mitnichten. Jon Stewart, selbst den Tränen nahe, legte in der *Daily Show* seine letzte hinreißende Beck-Parodie hin, mit Brille, schwarzer Schiefertafel, Flüstern und Schreien. Oh, er wird uns fehlen! EVA SCHWEITZER

Der Regisseur Mer Khamis

JULIANO MER KHAMIS

Gefährlicher als jeder Bewaffnete

Freiheit ist ein rares Gut in Dschenin, dieser zerrütteten Stadt im Norden des Westjordanlandes. Zwischen Checkpoints und verkrusteten Traditionen droht sie leicht zu ersticken, den selbst ernannten Freiheitskämpfern gelten die Waffen als Ultima Ratio. Ihr Ziel ist eine negative Freiheit, die Freiheit von Israel. Juliano Mer Khamis, israelisch-palästinensischer Schauspieler und Regisseur, der vorige Woche ermordet wurde, war auch ein Freiheitskämpfer. Er lebte mit den Paramilitärs, weil er ihr Freund geworden war. Als dieselben Jungen, denen er in den Neunzigern das Theaterspielen beigebracht hatte, 2002 während der zweiten Intifada zu Drahtziehern des Widerstandes avancierten, fuhr er zu ihnen nach Dschenin. Monatelang war Mer Khamis bei ihnen, begleitete sie mit der Kamera, machte daraus *Arna's Children,* einen Film, der zeigt, wie aus bunt verkleideten Kindern Selbstmordattentäter werden. Nie aber wurde er Teil der bewaffneten Freiheitsbewegung. Nie kämpfte der ehemalige Elitesoldat Israels mit scharfer Munition. Die dritte Intifada, sagte er unaufhörlich, müsse eine kulturelle werden. Deshalb baute er das Theater in Dschenin wieder auf und nannte es »Freedom Theatre«. Ein Theater der Freiheit, ein politisches Theater. Eines, das sich gegen die israelische Okkupation wehrt, aber mit Bildung und Witz den Gewaltkreislauf unterlaufen will. Damit, sagt die palästinensische Autorin und Friedensaktivistin Sumaya Farhat-Naser, sei er gefährlicher als jeder Bewaffnete für die Extremisten auf beiden Seiten gewesen. Der Jude Mer Khamis kämpfte für Palästina, indem er für die Jugend stritt. Für seine Jungs, die sich noch mit 14 in die Hose machten, weil sie ihre Kriegstraumata nicht verarbeiten konnten. Für seine Mädchen, deren Väter nicht mehr mit ihnen sprachen und deren Mütter tagelang weinten, weil sie auf einer Bühne auftreten wollten. Fünf Jahre war er ihr Ersatzvater, ihr Vordenker, ihr Antreiber.

Die Konservativen in der Stadt, die das Theater geduldet, aber nie akzeptiert haben, würden seine liberalen Werte am liebsten wieder aus Dschenin verbannen. Aber die Jugend hat nun einen Märtyrer, einen Propheten, dem sie folgt. »Wir haben ihn lange genug erleben dürfen. Jetzt ist es unsere Pflicht, sein Werk fortzuführen«, sagt der 25 Jahre alte Mustafa Staiti, einer seiner Ziehsöhne. Dschenin hat seinen Utopisten verloren. Sein Kampf, für Freiheit mit *Alice im Wunderland* und nicht mit der Kalaschnikow zu streiten, geht weiter. Neben den verblichenen Heldenplakaten der toten Freiheitskämpfer pflastern jetzt Porträts von Juliano Mer Khamis die Hauswände der Stadt. Vor ihm hingen Bilder von Juden dort, als Hassobjekte. KILIAN TROTIER

BRADLEY MANNING IN HAFT

Der Verräter wird verraten

Beschämend und nicht verfassungsgemäß, lautet der Vorwurf. Ein angesehener Verfassungsexperte der Universität Harvard, Laurence Tribe, greift öffentlich seinen noch viel berühmteren Schüler an, der dort auch einmal Verfassungsrecht studierte und lehrte: Barack Obama, inzwischen Präsident der Vereinigten Staaten. Tribe gehört zu den knapp 300 namhaften Juristen und Philosophen, den Unterzeichnern eines Appells, der nun sowohl im *Guardian* als auch in der *New York Review of Books* abgedruckt ist: Er protestiert gegen die Haftbedingungen von Bradley Manning, dem Gefreiten, der geheime Dokumente der US-Diplomatie den Enthüllern von Wikileaks zugespielt haben soll. Der wurde deshalb im vergangenen Frühjahr verhaftet und wartet seither im Gefängnis Quantico auf seine Verhandlung, die nun auch den UN-Folterexperten Juan Mendez auf den Plan ruft, der sich bisher vergeblich um eine Gesprächserlaubnis bemüht: 23 Stunden am Tag ist der Häftling in der Zelle eingesperrt, verpflichtet, alle fünf Minuten auf die Frage zu antworten *»Are you ok?«,* morgens nackt vor der Zelle anzutreten und nachts nackt zu schlafen, um einer vermeintlichen Selbsttötungsgefahr vorzubeugen. Die Unterzeichner des Appells werfen Obama vor, die Haftbedingungen als üblichen Standard zu beschönigen und Mannings Fall zur Abschreckung zu benützen. Wer unter George Bush die Stärke der Vereinigten Staaten ungeachtet des geltenden Rechts am eigenen Leibe erfahren sollte, ob in Guantánamo oder in Abu Ghraib, war als Feind identifiziert, der von außen kam. Diesen Exzessen wollte Obama ein Ende machen. Nun aber wird die Bedrohung einem inneren Feind zugeschrieben. ELISABETH VON THADDEN

Fotos (im Uhrzeiger): [M.] Philippe Matsas/Opale/Studio X; Saif Dahlah/AFP/Getty Images; Imagebroker RM/FI online; [M.] Aton Pak/face to face

Die Welt ist ein »Shlamassl«

Moral heißt, nicht zu richten: Zum Tode des großen amerikanischen Regisseurs Sidney Lumet VON KATJA NICODEMUS

I fuckin' love New York«, sagte Sidney Lumet vor drei Jahren, als wir ihn in seinem winzigen Büro in der Nähe des Central Park besuchten. Während des Gesprächs legte er irgendwann entspannt die Füße auf den Schreibtisch (»mache ich eigentlich nicht bei Damenbesuch«) und zeigte seine weißen Socken. Es waren die Socken der New Yorker Cops und schlecht bezahlten Detectives, die ein halbes Jahrhundert lang seine Thriller und Gerichtsdramen bevölkerten. *Fuckin'* ist auch das häufigste Wort dieser Figuren. Was sollen sie auch sagen zu einer Welt aus Gier und Gewalt, die sie zu gierigen, gewalttätigen, aber immer auch verzweifelten Menschen macht.

Im Kino von Sidney Lumet war diese Welt New York. Hier wuchs er als Sohn polnischer Einwanderer auf, spielte als Kind im Yiddish Theater und kam später über die Live-TV-Inszenierungen von Theaterstücken zum Kino. Lumet liebte New York wegen seiner »schönen Hässlichkeit«. Kein anderer Regisseur hat die Spannungen, Rassen und Klassen, den Dreck und die Energie der Stadt mit so leidenschaftlicher Härte auf die Leinwand gebracht. Vom klaustrophobischen, mit Gleichgültigkeit und Vorurteilen angefüllten Beratungszimmer in den *Zwölf Geschworenen* bis zu den abgeranzten Polizeibüros in *Serpico,* von den traurigen Junkiehöhlen in *Prince of the City* bis zu den spießigen Vorstadthäusern und Maklerbüros in seinem letzten, überragenden Film *Tödliche Entscheidung.* Es ist ein Alterswerk im besten Sinne: ein großes Melodrama von düsterer Wucht, erzählt mit der für Lumet typischen schnörkellosen Eleganz. Philip Seymour Hoffman und Ethan Hawke spielen darin zwei Brüder in Geldnöten. Bei dem Versuch, das Juweliergeschäft der Eltern zu überfallen, wird ihre Mutter tödlich verletzt. Immer wieder und aus anderer Perspektive filmt Lumet den Überfall. Jedes Mal offenbaren sich neue Geschichten, Gesichter und Abgründe hinter dem Verbrechen.

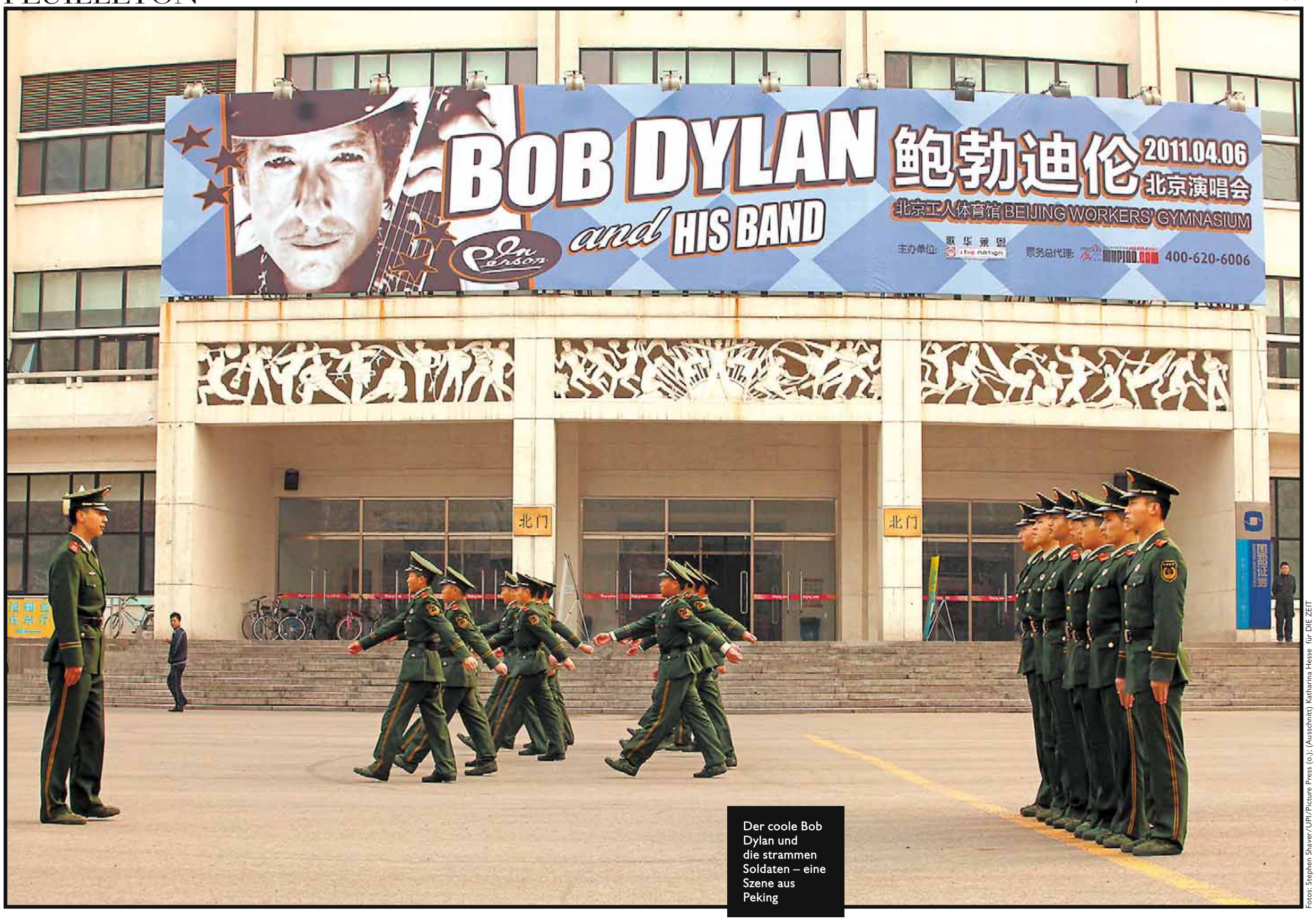
»Hollywoodfilme lieben die Moral«, sagte Sidney Lumet. »Aber in New York ist es schwerer, eindeutige oder moralische Filme zu drehen. Denn Moralisten sind Menschen, die andere Menschen verurteilen. Und es hat mich nie interessiert, über meine Figuren zu richten.« Ob er Filme gegen den Kalten Krieg *(Angriffsziel Moskau)* oder über den Quotenwahn des Fernsehens *(Network)* drehte, über Aktivisten gegen den Vietnamkrieg *(Flucht ins Ungewisse)* oder über Polizeikorruption *(Prince of the City, Serpico)* – stets kämpfte Lumet gegen schnelle Urteile und eindeutige Wahrheiten. Seine Figuren waren immer beides: Opfer der Institutionen oder eines Systems, aber auch Herren ihrer eigenen Haltung. So wie Al Pacino, der in *Hundstage* eine Bank überfällt, um die Geschlechtsumwandlung seines Geliebten zu bezahlen. Oder Nick Nolte, der in *Q and A* den widerlichen, brutalen, rassistischen Cop Michael Brennan spielt. Aber Lumet zeigte eben auch Brennans verkrampfte Körperlichkeit, sein unterdrücktes schwules Begehren, seinen Selbsthass, den er auf die »Junkies, Schwuchteln und Maden« von der Straße überträgt. Auch in seinem letzten Film sind die beiden Brüder Opfer einer tragischen, fast shakespeareschen Familienkonstellation. Immer wieder stürzte Lumet seine Figuren in Widersprüche und Konflikte, aus denen es keinen sauberen Ausweg gibt. Trotzdem, sagte Lumet damals beim Interview in New York, seien sie für den »Shlamassl« selbst verantwortlich.

Lumet, der sich immer als Handwerker sah, hat in fast fünfzig Filmen seine Kamera in die Tiefen des »Shlamassl« gesenkt. Und natürlich war er, der für seine Figuren vehement den zweiten und dritten Blick des Zuschauers einforderte, ein Moralist! Einer der letzten großen Moralisten des amerikanischen Kinos.

Am vergangenen Samstag ist Sidney Lumet im Alter von sechsundachtzig Jahren in seiner Stadt gestorben.

NACHRUF

Sidney Lumet
* 25. Juni 1924
† 9. April 2011



Der coole Bob Dylan und die strammen Soldaten – eine Szene aus Peking

Fotos: Stephen Shaver/UPI/Picture Press (o.): (Ausschnitt) Katharina Hesse für DIE ZEIT

Wo verläuft die rote Linie?

Rocker, Rentner, Liebende testen ihre Freiräume bei Bob Dylans erstem Konzert in China VON ANGELA KÖCKRITZ

Am Tag, an dem Bob Dylan zum ersten Mal in seiner nun ein halbes Jahrhundert währenden Karriere in China auftritt, widmet ihm die parteinahe Zeitung *Global Times* eine ganze Seite. »Dylan war cool«, heißt es dort, »er kümmerte sich nicht um das, was du sagtest, er rauchte eine Menge Drogen. Diese Eigenschaften haben so gut wie keine Zugkraft in der hiesigen Gesellschaft, wo Rock 'n' Roll ein Randphänomen ist.« Und weiter erklärt das Blatt: »Seine Themen, die von Drogen über Rassengleichheit und menschliche Würde zu Krieg reichen, sind nicht auf dem Radar des durchschnittlichen Chinesen, der sich mehr dafür interessiert, für seine Familie zu sorgen und in einer sehr konkurrenzgesteuerten Gesellschaft weiterzukommen.«

In derselben Ausgabe der *Global Times* steht auch ein Leitartikel: »Das Gesetz wird nicht vor einem Außenseiter weichen«. Er handelt von der Festnahme Ai Weiweis, Chinas bekanntesten Künstlers, der am 3. April auf dem Pekinger Flughafen verhaftet wurde und seitdem verschollen ist. Den Behörden zufolge wird wegen »Wirtschaftsverbrechen« gegen ihn ermittelt, eine Woche später werden auch sein Geschäftspartner Liu Zhenggang und sein Buchhalter festgenommen; Ais Frau wird vom Steueramt vorgeladen. Ai Weiwei tue gerne Dinge, die andere sich nicht trauten, hatte die *Global Times* noch durchaus anerkennend geschrieben. »Doch solange er ununterbrochen voranschreitet, wird er eines Tages unvermeidlich die rote Linie überschreiten.«

Aber wo genau verläuft die rote Linie? Wir wissen es nicht, auch wird sie in keinem Gesetzbuch verzeichnet. Wir machen uns also auf den Weg zum Pekinger Arbeitergymnasium, zu jenem Mann, der uns schon so manche Frage beantwortet hat: Bob Dylan. Vielleicht halten seine Songs ja eine Antwort parat. Ein Problem muss allerdings vorher ausgeräumt werden: Wir haben keine Tickets. »Wo kann man Karten kaufen?«, fragen wir einen Ordner. Der zuckt die Schultern, nickt in Richtung Straße, wo die Schwarzhändler lauern wie hungrige Geier, und sagt: »Bei denen.« Im Folgenden entwickelt sich eine Transaktion, deren Logistik und Geheimniskrämerei nahelegt, wir wollten säckeweise Heroin kaufen. Beteiligt sind: vier Mädchen, die uns vehement unterhaken, »Psssssssch!« rufen und uns in dunkle Ecken bugsieren, dazu vier Handys, mit denen unzählige Anrufe getätigt werden, und ein geheimnisvoller Kartenüberbringer. Es gibt nur noch Tickets in den beiden teuersten Kategorien, wir nehmen die billigere und zahlen 750 Yuan, knapp 80 Euro, für eine Karte, die offiziell 980 Yuan kostet. Der monatliche Mindestlohn in Peking liegt bei 1160 Yuan.

Vor dem Arbeitergymnasium sammelt sich unterdessen die kleine, aber stolze Rockszene Pekings, ein Stelldichein der Extravaganten und Flamboyanten der Stadt. Der junge Mann mit Kinnbart und Pfeife zum Beispiel, der wirkt, als sei er soeben einem Beatnikroman entsprungen. Gemeinsam mit seinen Freunden wartet er darauf, dass die Schwarzhändler die Preise doch noch weiter senken, ein Nervenkrieg. Eigentlich, sagt die Freundin des Pfeifenmannes, seien sie gar keine großen Dylan-Fans. »Aber nach China kommt so selten einer der Großen.« Mal sagten sie ab, dann verbiete ihnen die Regierung den Auftritt. Weiter vorne stehen zwei kleine Jungs, stolz die Gitarre geschultert, soeben hätten sie eine Band gegründet. »Hardrock!« Das Leben des Hardrockers in Peking sei ein hartes, sagen sie. »Nie treten internationale Hardrockbands auf, und die von hier geben gerade mal alle drei Monate ein Konzert.« So nähmen sie eben, was sie kriegen könnten. Vergangenen Monat die Eagles, heute Dylan.

Gleich beginnt das Konzert, wir eilen zur Halle, vorbei an Sicherheitskordons, an vielen bunten Linien. Eine rote ist nicht dabei.

Die Eigenwilligen, Sonderlinge, Rebellen haben ja durchaus ihren Platz in China. Die einen leben ihre Eigenwilligkeit offen, die anderen versteckt; manche versuchen, das System von innen zu verändern, andere tun, als sei es gar nicht da. Vieles ist möglich, manchmal glaubt man, Freiheit zu schmecken. In mancher Hinsicht wird das Land liberaler, Freiräume öffnen sich, oder es finden sich zumindest Wege, sich durchzulavieren. Und dann kommt wieder, gleichsam aus dem Nichts, eine Razzia, die Geschichte eines Freundes, der gefeuert wurde, weil er es wagte, anderer Meinung zu sein, eine willkürliche Verhaftung wie bei Ai Weiwei, der nur das prominenteste, aber längst nicht das einzige Opfer ist. Und man begreift: Hinter dem weichen Handschuh wartet eine Faust. Sie schlägt nicht immer zu. Doch sie könnte es, jederzeit. Eigentlich ist die Linie gar nicht rot, sondern unsichtbar. Keiner weiß genau, wo sie anfängt, wohin sie führt, ob und wo sie jemals endet.

Wir gehen in die Konzerthalle, nehmen auf Plastikstühlen Platz, die gerade mal so viel Bewegungsfreiheit bieten wie ein Sitz in der Economyclass eines Billigfliegers. Vor der Bühne Absperrungen, die das Publikum bändigen. Wer hier Schlüpfer werfen will, wird sich anstrengen müssen.

Links von uns sitzt Frau Xu, eine Dame mittleren Alters mit Leopardenschal, sie hat sich sorgsam geschminkt. Seit zehn Jahren verehrt Frau Xu Bob Dylan. »Der größte Fan aber war mein Mann. Er ist tot. Ich bin für ihn hier.« Frau Xu wird während des Konzerts ganz ruhig dasitzen. Tränen werden ihr über die Wangen laufen, sie wird sie nicht wegwischen.

Links neben Frau Xu sitzen ein Mann und eine Frau, sie wollen ein Pärchen werden, heute Nacht. Sehnsüchtig die Blicke, wie zufällig wandern die Hände umher. Sie werden kaum zuhören, der Mann wird sich mächtig ins Zeug legen, eineinhalb Stunden lang, seine Gesten verraten, dass er Geistreiches von sich zu geben plant.

Unterdessen hat der Meister die Bühne betreten. Bob Dylan, der Rebell, wird nichts sagen zu Ai Weiwei, wie er nie etwas sagt auf seinen Konzerten. Und doch wird er dafür später heftig kritisiert werden, auch weil er seine politischsten Lieder, Songs wie *The Times They Are A-Changin',* nicht anstimmt. Er spielt einfach, anfangs so ruhig, dass Teile des Publikums Zeit finden, SMS zu schreiben. Dann steigert er sich, erste Körper brechen aus, wippen zwischen den Stühlen auf und ab. Die Musik will jetzt mehr. Man will aufspringen, ein Bier trinken, tanzen, sich zwischen Frau Xu und den anderen verlieren, wildfremde Menschen anlächeln. Doch die engen Stühle halten uns im Zaum. Frau Xu lächelt. Das Pärchen hält Händchen. Wir jubeln und sitzen. Erste Zugabe. Kurz vor der zweiten Zugabe tut der Meister etwas Kluges: Die Band stellt sich schweigend auf die Bühne. Jetzt können die höflichen Chinesen nicht anders und stehen ebenfalls auf. Der ganze Saal ist auf den Füßen. Und endlich, die Erlösung: lachen, tanzen, sich gehen lassen. Wir rufen, jetzt schon beinahe entgrenzt, nach einer weiteren Zugabe, da ertönt die Lautsprecherstimme: »Liebe Gäste, das Konzert ist zu Ende. Bitte verlassen Sie Ihre Plätze. Vergessen Sie keine persönlichen Gegenstände und nehmen Sie Ihren Müll mit. Achten Sie beim Treppensteigen auf Ihre Sicherheit. Halten Sie sich bitte nicht länger im Konzertgebäude auf. Achten Sie auf Ihre Sicherheit. Wir danken für Ihre Mitarbeit.«

»Ich bin nicht erschüttert«

Wie Ai Weiwei China verändert hat und warum die Deutschen nicht zu laut protestieren sollten – ein Interview mit dem Klangkünstler Yang Licai

Im Künstlerdorf Songzhuang treffen wir den experimentellen Klangkünstler und Aktivisten Yang Licai. Wir führen das Interview in einem Restaurant, in dem Taubstumme arbeiten, hier, meint Yang, sei es sicher. Yang arbeitete voriges Jahr in Sichuan mit Ai Weiwei zusammen, als dieser für die Liste aller vom Erdbeben getöteten Schüler recherchierte, die sterben mussten, weil die Schulhäuser mangelhaft gebaut worden waren.

DIE ZEIT: In Deutschland wird derzeit viel darüber diskutiert, ob man aus Protest gegen die Festnahme Ai Weiweis die deutsche Ausstellung *Kunst der Aufklärung* aus Peking abziehen sollte. Was denken Sie?

Yang Licai: Diese Ausstellung wirkt auf mich so, als ob plötzlich lauter Marsmenschen, die in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat aufgewachsen sind, in China gelandet wären. Auch die Diskussion in Deutschland finde ich interessant, das scheint mir eine gute Sache und ein Fortschritt zu sein. Früher waren der Westen und das kommunistische China weit voneinander entfernt, jeder hatte sein Leben, seinen Glauben. Inzwischen gibt es in jedem Winkel der Welt chinesische Produkte, und die Ideen fließen, wir sind plötzlich aufeinander angewiesen. Deshalb werden die Veränderungen in China auch einen großen Einfluss auf die Zukunft des Westens haben. Dass diese Diskussion weitergeht und mehr Chinesen davon erfahren, das ist schon eine große Hilfe.

Der Klangkünstler und Aktivist Yang Licai aus Peking

ZEIT: Sollten die Deutschen lauter und schärfer protestieren?

Yang: Früher wäre das für mich eine einfache Entscheidung gewesen: Laut zu schreien und zu protestieren erzeugt schließlich eine starke Reaktion. Inzwischen denke ich, dass die Dinge nicht einfach nur schwarz oder weiß sind. Man muss handeln, das scheint mir vor allem wichtig zu sein. Und dieses Handeln bedeutet nicht, dass man die Wertvorstellung des anderen akzeptiert oder einfach nachgibt, sondern dass man den Gegner dazu bringt, die eigene Meinung zu akzeptieren. Deswegen finde ich, die Ausstellung sollte auf jeden Fall weiter hier bleiben. Es ist doch so: Die Chinesen finden das Internet ganz in Ordnung und recht frei, obwohl ja bei uns Facebook, Twitter, YouTube und so weiter verboten sind. Wenn sie aber mal für ein paar Tage das freie Internet genossen haben und es ihnen dann weggenommen wird, werden sie sehen, was sie verloren haben und was die Freiheit ihnen bedeutet. Ich würde die Ausstellung nicht zurückziehen, aber sie inhaltlich mehr mit der Gegenwart verknüpfen. Allein die Diskussion verleiht der Ausstellung eine neue Bedeutung.

ZEIT: Wie übt man denn am besten Einfluss auf die chinesische Regierung aus?

Yang: Was die chinesische Regierung denkt und als Nächstes tut, wissen nur die Geister. Niemand kann es vorausahnen.

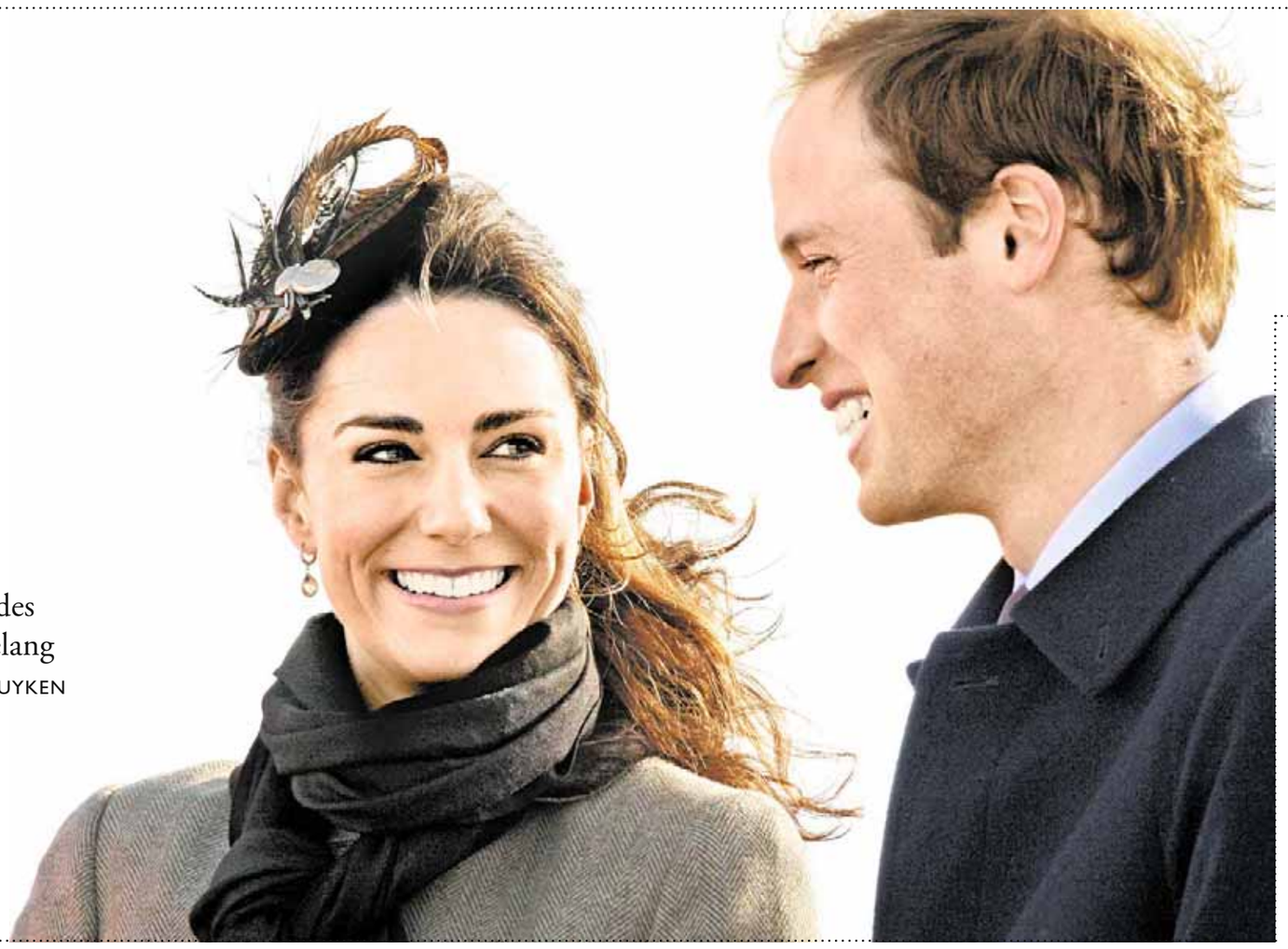
ZEIT: Wie wird es mit Ai Weiwei weitergehen?

Yang: Zunächst bin ich gar nicht so erschüttert über Ai Weiweis Festnahme. Ich mache mir auch keine Sorgen über die Vorwürfe gegen ihn, denn er wird sich gut vorbereitet haben. Er selbst sagte einmal: Alle guten Dinge müssen bewiesen werden, alle schlechten auch. Er hat seine persönliche Kraft und die seines Teams dazu genutzt, einen Freiraum zu schaffen, wie ihn China noch nie erlebt hat. Er hat den Leuten gezeigt, was Wohltätigkeit ist und wie das Gegenteil davon aussieht. Seine Verhaftung hat gezeigt, wie es um Recht und Menschenrechte in China bestellt ist. Seine Botschaft wird sich immer weiter verbreiten, ganz egal, ob er im Gefängnis ist oder nicht. Egal, ob er am Leben ist oder nicht, sein Beispiel hat China schon verändert. Wenn Wohltätigkeit und Brutalität so nahe beieinanderliegen, dann spitzt das die Situation zu. Ich habe keinen Zeitplan, doch ich denke: Entweder ich hole ihn ab oder ich begleite ihn ins Gefängnis.

Die Fragen stellte ANGELA KÖCKRITZ

Her mit der Story!

Der große Lauschangriff: Ein Klatschblatt des Medien-Moguls Rupert Murdoch hat jahrelang britische Prominente abgehört VON REINER LUYKEN



Auch Prinz William (hier mit seiner Verlobten Kate Middleton) gehört zu den Opfern des Lauschangriffs

»News of the World«

ist eine boulevardeske britische Sonntagszeitung, die im Zeitungsimperium des Medienzaren **Rupert Murdoch** erscheint. Ins Gerede kam das Blatt 2005, als das Büro von Prinz Charles sich wegen eines journalistischen Lauschangriffs beschwerte. Daraufhin wurde der zuständige Reporter Clive Goodman festgenommen und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Doch nach und nach stellte sich heraus, dass *News of the World* im großen Stil Politiker und Prominente abgehört hatte. Obwohl der Chefredakteur **Andy Coulson** angeblich nichts von den Lauschangriffen gewusst hatte, trat er zurück und wurde – für viele ein Skandal im Skandal – Medienberater des konservativen Premiers David Cameron. Inzwischen musste er auch diesen Posten aufgeben.

In der letzten Märzwoche musste sich der stellvertretende Polizeichef Londons vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission rechtfertigen. Unterhausabgeordnete warfen ihm vor, mit dem Medienkonzern des Pressetycoons Rupert Murdoch zusammengewirkt und das wahre Ausmaß eines Skandals vertuscht zu haben, der den britischen Journalismus seit fast sechs Jahren aufwühlt. In der ersten Aprilwoche verhaftete Scotland Yard Neville Thurlbeck, den Chefreporter der *News of the World,* des zweitgrößten Druckerzeugnisses der britischen Dependance in Murdochs weltumspannendem Empire. Ebenfalls verhaftet wurde Ian Edmondson, ein früherer leitender Nachrichtenredakteur. Die beiden werden beschuldigt, Mobiltelefone von Politikern, Stars, Promis und Angestellten des Königshauses abgehört zu haben.

Der Skandal reicht bis in das Jahr 2005 zurück. Zuerst wurden nur die Machenschaften eines Clive Goodman ruchbar. Goodman, 48 Jahre alt, ist »königlicher Korrespondent«. Will heißen: Er ist einer der hartgesottenen Berichterstatter, die den Royals ständig auf den Fersen sind und ihre Leser mit Gerüchten und Klatsch vom Hof versorgen.

Englische Namen ordnen ihre Träger sozial ein, kein Adliger heißt Goodman. Das zu sagen ist nicht politisch korrekt. Aber man weiß es. Ein klassischer Clive Goodman ist ein zungenfertiger Emporkömmling, der sich wenig um Moral und Gesetze kümmert.

Der Clive Goodman, um den es hier geht, erfüllt das Klischee aufs i-Tüpfelchen. Er war einer der Ersten, die das Auseinanderbrechen der Ehe von Charles und Diana aufdeckten. Doch 2005 geht ihm die Munition aus, sein letzter Scoop liegt Jahre zurück. Der Mitarbeiterstab von Prinz Charles hat aus dem PR-Desaster gelernt. Zwölf Presseoffiziere sind damit beschäftigt, Journalisten auf Distanz zu halten. Goodman hat allerdings einen ehrgeizigen Chefredakteur namens Andy Coulson. Die Storys müssen her, koste es, was es wolle. Im November verfasst der königliche Korrespondent zwei belanglose Artikel, die von einer Knieverletzung Prinz Williams und von Editiergeräten handeln, die ein TV-Journalist dem Prinzen geliehen habe. Sie stimmen in jedem Detail. Die königlichen Pressesprecher stutzen. Wie gelangte der Zeitungsmann an die Informationen?

Mitarbeitern des Hofs ist es schon seit einiger Zeit spanisch vorgekommen, dass sie SMS-Nachrichten oder Voicemails, die sie nicht gelesen oder abgehört hatten, in ihren Handys als abgespeichert fanden. Sie schalten Scotland Yard ein. Die Detektive heften sich an Goodmans Fersen – telekommunikativ gesprochen. Ein halbes Jahr später ertappen sie ihn auf frischer Tat. Goodman zitiert wortwörtlich eine ironische SMS-Nachricht, die Prinz William seinem Bruder Harry schickte, als dessen Freundin Chelsy ihn wegen eines Flirts mit einer Stripperin in die Mangel genommen hatte.

Die Polizei durchsucht Goodmans Schreibtisch in der Redaktion und das Haus eines Privatdetektivs namens Glenn Mulcaire, der ihm zugearbeitet hat. Mulcaire hatte den Code von Prinz Williams Handy geknackt. Bei ihm finden sie die Sicherungscodes der Mobiltelefone neunzig weiterer bekannter und weniger bekannter Individuen. Er und sein Auftraggeber haben das Mobiltelefon eines Mitarbeiters von Prinz Charles über 400 Mal abgehört.

Goodman hat Mulcaire für seine Dienste 12 300 Pfund – etwa 15 000 Euro – in bar bezahlt und den Betrag von seiner Zeitung als Rechercheaufwand erstattet bekommen. Die beiden werden verhaftet und einem Richter vorgeführt. Der überweist den Fall an das Zentralgericht Old Bailey. 2007 werden sie zu vier und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Technisch scheint es relativ einfach zu sein, Mobiltelefone anzuzapfen. Doch viele Fragen bleiben offen. Die *News of the World* haben Mulcaire in einem Jahr 100 000 Pfund bezahlt. Er arbeitete offensichtlich nicht nur für Goodman. Und wem gehören die fast 3000 Mobiltelefonnummern, die die Polizei in seinem Archiv fand? Der Chefredakteur Coulson behauptet, er wisse von nichts. Er räumt dennoch seinen Stuhl. Wenige Monate später tritt er in einem neuen Job auf – als Pressesprecher des jetzigen Premiers David Cameron. Tony Blair hatte mit dem skrupellosen Boulevardjournalisten Alistair Campbell bewiesen, wie wichtig ein Spinmaster aus der Branche im öffentlichen Leben Großbritanniens ist, Campbell bereitete Blairs Wahlsieg 1997 vor. Nun ebnet Andy Coulson seinem Herrn David Cameron den Weg ins Amt. Die Zeitungen seines ehemaligen Arbeitgebers, die sich von Campbell für New Labour einnehmen ließen, schwenken auf die Torys um.

Doch der Abhörskandal verfolgt Coulson wie eine Erbsünde. Es ist das Jahr 2010, und der regierungskritische *Guardian* enthüllt, die *News of the World* hätten unter seiner Ägide den Chef der englischen Profifußballervereinigung, Gordon Taylor, abgehört und ihn, als der das herausfand, mit einer Million Pfund abgefunden. Taylors Fall ist besonders pikant. Das Blatt versuchte, ihm eine Liebesaffäre mit seiner Sekretärin anzudichten. Die Story stützte sich auf die SMS-Nachricht »Vielen Dank für gestern. Du warst großartig«.

Warum hat Scotland Yard das Ausmaß des Skandals jahrelang verschwiegen?

Für die sensationsgeilen Zeitungsmacher stand fest, es ging um Sex. Tatsächlich bezog das Dankeschön sich auf Worte, die Taylor beim Begräbnis ihres Vaters gesagt hatte. Taylors Rechtsanwalt gelang es, die Story zu killen und eine Million Pfund »Schweigegeld« auszuhandeln. Das Blatt entschädigte ebenfalls den PR-König Max Clifford mit einer ähnlichen Summe – auch er war abgehört worden.

Der Verdacht verdichtet sich, das Abhören von Handys habe unter Coulson zum Redaktionsalltag gehört. Die *News of the World* nahmen die rechtlichen Risiken offenbar bereitwillig in Kauf. Nach dem *Guardian* setzt auch die *New York Times* ein Reporterteam auf die Londoner Schurkenzeitung an. Die drei amerikanischen Reporter tun einen ehemaligen *News of the World*-Journalisten auf, der ihnen erzählt, er habe routinemäßig Telefonnachrichten abgehört, darunter auch die von David Beckham und seiner Frau Victoria; Andy Coulson, der heutige Regierungssprecher, sei nicht nur Mitwisser gewesen, er habe das Vorgehen aktiv gefördert.

Immer mehr Prominente finden heraus, dass sie von Murdochs Schmocks überwacht wurden: John Prescott, stellvertretender Premier unter Blair, einer seiner damaligen Ministerkollegen, ein hochrangiger, sich offen zu seiner Homosexualität bekennender Polizeioffizier. Fernsehpersönlichkeiten, Sportler, auch eher unbedeutende Vertreter des Showgeschäfts wie Sienna Miller. Selbst belanglose Normalbürger waren ins Abhörnetz der *News of the World* geraten. Einer Frau, die 2005 Strafanzeige wegen sexueller Belästigung gegen einen drittrangigen Promi stellte, hatte das Gericht Anonymität zugesichert. Trotzdem rannten ihr Reporter die Tür ein. Sie verdächtigte ihre engsten Freunde des Verrats. Jahre später erfährt sie, dass sie zu den Abhöropfern gehört.

Einige Opfer versuchen, eine gerichtliche Untersuchung der polizeilichen Ermittlungen einzuleiten. Warum hat Scotland Yard das Ausmaß des Skandals jahrelang verschwiegen? Eine Antwort mag in dem geradezu symbiotischen Verhältnis zwischen den Gossenblättern und der Londoner Polizei liegen. Die Polizei versorgt die Presse mit vertraulichen Infos, diese erwidert den Gefallen mit gefälliger Berichterstattung. Während der Ermittlungen traf sich der damalige stellvertretende Polizeipräsident Paul Stevenson mit dem eigentlich zum Kreis der Verdächtigen zählenden stellvertretenden Chefredakteur der *News of the World,* Dick Fedorcio, sechs Mal zum Dinner. Nach dem ersten Treffen, noch vor seiner Verhaftung, warf die Chefredaktion ihren königlichen Reporter den Wölfen zum Fraß vor und ließ ihn, den angeblichen »Alleinschuldigen«, fallen.

Der Skandal wirft freilich auch ein Licht auf die zügellose Neugier britischer Boulevardzeitungsleser. Sie ist mehr als normale Klatschsucht. Sie ist eine mit Ressentiment, Neid und Missgunst behaftete Leidenschaft. Sie hat ihre Wurzeln in einem Volksbewusstsein, das es sich anmaßt, jedes Individuum der Willkür des Gemeinwesens unterzuordnen, seien es Prinzen, Promis oder Nachbarn. Das fehlgeleitete Gemeinschaftsgefühl ist der missratene Zwilling des britischen Individualismus, dem sich in Wahrheit nur das intellektuelle Bürgertum verpflichtet fühlt.

Die schamlosen Gossenblätter bedienen diese Lust am Fertigmachen mit den fiesesten Mitteln – und oft schnurrigen Schlagzeilen. Das ist ihr Trick. Im Nebeneinander von Humor und Garstigkeit scheinen die Gemeinheiten eines Reporters wie Goodman gar nicht mehr so gemein zu sein. Kein Wunder, dass Journalisten im öffentlichen Bewusstsein auf einer Stufe mit Gebrauchtwagenhändlern und Immobilienmaklern rangieren.

Am vergangenen Freitag haben sich Verlag und Zeitung bei acht Betroffenen entschuldigt und angeboten, einen Fonds zur Entschädigung einzurichten. Bislang hat keiner das »Angebot« angenommen – der Verdacht liegt nahe, damit solle verhindert werden, dass in den 25 anstehenden Gerichtsverfahren keine schmutzige Wäsche gewaschen wird.

Der ehemalige »königliche Reporter« zeigt Sympathien für Rechtsextreme

Für die Protagonisten des Skandals geht das Leben weiter. Der ehemalige Chefredakteur Coulson ist im Januar als Camerons Spinmaster zurückgetreten. Er bestreitet weiterhin jede Mitwisserschaft. Mittlerweise ist er PR-Berater eines Forums für Führer der Zukunft, *One Young World* heißt es, das sich auf Twitter, Facebook und YouTube mit Erzbischof Desmond Tutu und Bob Geldof schmückt und sich mit dem Slogan anpreist, zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte erlebe die Jugend die Gegenwart ohne Zensur durch eine ältere Generation.

Coulsons früherer Chef, der mittlerweile 80-jährige Rupert Murdoch, lässt aus seiner New Yorker Konzernzentrale verlauten, er dulde keine Journalisten, die Telefone abhören. Die britische Regierung gesteht ihm die Übernahme des Fernsehsenders Sky ohne kartellamtliche Prüfung zu. Und Clive Goodman, der nach dem Absitzen seiner Gefängnisstrafe von seinem früheren Arbeitgeber eine Abfindung in unbekannter Höhe erhielt, schreibt heute für ein konkurrierendes Gossenblatt, das unverhohlen mit dem rechtsextremistischen Englischen Verteidigungsbund (English Defence League) sympathisiert.

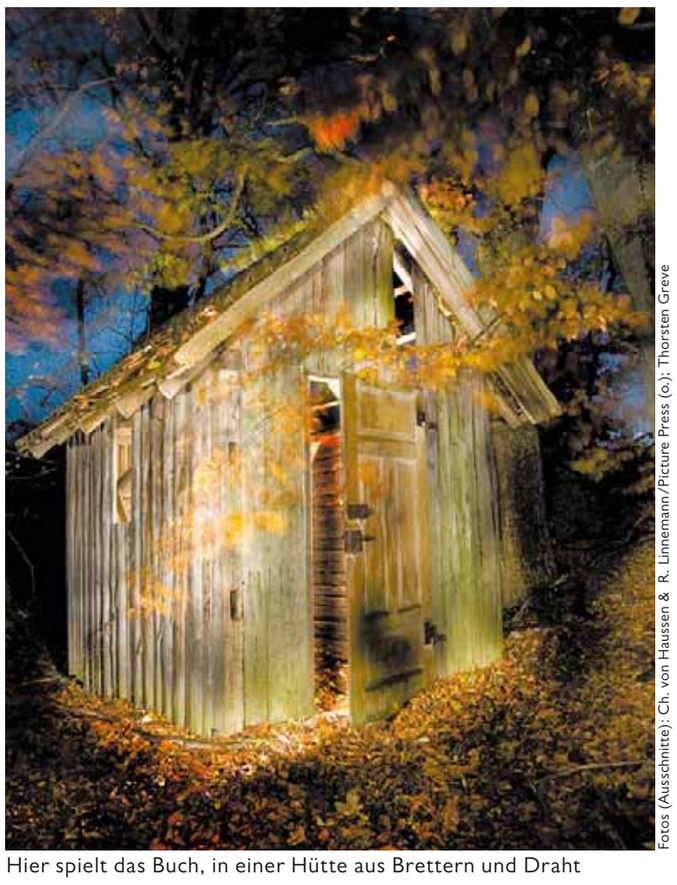
www.zeit.de/audio

Foto (Ausschnitt): Ken Goff/GoffPhotos.com/Agence Angeli

Die Kieswege des Lebens

Zsuzsa Bánks zweiter Roman »Die hellen Tage« ist ein Buch nicht ganz von dieser Welt

VON ANDREAS ISENSCHMID



Fotos (Ausschnitte): Ch. von Haussen & R. Linnemann/Picture Press (o.); Thorsten Greve

Hier spielt das Buch, in einer Hütte aus Brettern und Draht

Und ein geheimes Grausen / Beschleichet unsern Sinn: / Wir sehnen uns nach Hause / Und wissen nicht, wohin?« – es gibt wohl kaum ein erzählerisches Werk, zu dem diese schönen Zeilen Eichendorffs besser passen als das der Zsuzsa Bánk. Jedes ihrer Bücher kreist auf je andere Weise um Verlust und Heimatlosigkeit. Und jedes ist durch einen geheimnisvollen Faden mit der Lebensgeschichte ihrer Eltern verbunden – Bánk wurde 1965 in Frankfurt am Main als Kind von Eltern geboren, die 1956 nach dem ungarischen Aufstand in den Westen geflohen waren. Ihr erster Roman, *Der Schwimmer* (2002), der ihr gleich drei Preise, darunter den *aspekte*-Literaturpreis eintrug, zeigte zwei von der Mutter verlassene Geschwister auf der Suche nach einem Zuhause. Er erzählte so intim vom seinerseits unbehausten Ungarn der fünfziger und sechziger Jahre, dass ihn Péter Nádas in dieser Zeitung »einen zutiefst ungarischen Roman« nannte. Und in der Tat war er wahrscheinlich der ungarischste Roman, der jemals in deutscher Sprache geschrieben wurde. Im zweiten Buch, dem Geschichtenband *Heißester Sommer* (2005), hatte sich das Ungarische in die Akzentzeichen einiger Namen zurückgezogen, geblieben waren das Unbehauste und eine Stimmung der Vergeblichkeit: Alle Figuren mit einer Ausnahme waren Heimatlose auf Reisen.

Im neuesten Buch, dem Roman *Die hellen Tage,* trägt das Ungarische wieder entscheidend bei zur Stimmung von Verlust und Heimatlosigkeit. Und doch hat man keine Sekunde das Gefühl, Zsuzsa Bánk wiederhole sich. Sie tut es so wenig, dass man *Die hellen Tage* geradezu als radikales Gegenbuch zum Erstling *Der Schwimmer* bezeichnen kann. Der Erstling spielt in Ungarn, der neue Roman zur Hauptsache in Deutschland. Der erste ist, mit Nádas zu sprechen, im »Tonfall tragisch«, der neue ist allen Verlusten zum Trotz glücksverzaubert. Der erste ist syntaktisch kurz getaktet, der neue lebt von den langen, wehenden Sätzen, die sich schon in den Erzählungen ankündeten. Vor allem indes ist das Deutschland des neuen Romans so sonderbar und elegisch, die Stimmung des Buches ist so eigentümlich, seine Erzählweise so unvergleichlich, dass man bisweilen wähnt, ein Buch aus einer andern Zeit, ein Buch nicht ganz von dieser Welt zu lesen.

Nicht von dieser Welt ist der Ort, an dem weite Teile dieses Romans spielen: »ein Häuschen, gehalten von Brettern und Drähten, eine Hütte, an die neue Teile geschraubt wurden, wenn der Platz nicht mehr reichte«. Weltabgewandt ist die Lage dieser unzeitgemäßen Immobilie: In der Gegend von Heidelberg, »hinter Kirchblüt steht es, dort, wo die Felder beginnen und die Kieswege sich kreuzen, nicht weit vom Bahnwärterhäuschen«. Strom musste man erst mit Klemmen und Schummeln hinbringen. Zur Weltverlorenheit kommt das Schweben hinzu. Das Häuschen, »auf wenige Steine gesetzt«, sieht aus, »als würde es schweben«. Die Hausherrin Évi, eine aus Ungarn geflohene Artistin, lief als Seiltänzerin so übers Seil, dass es aussah, »als brauche sie es nicht, als bliebe sie auch ohne Seil in der Luft«. Und Aja, ihre Tochter, läuft auf dem Eis ihre fliegenden Kreise, sie läuft sie in roten Schlittschuhen, »und sie lief auf ihnen, als hätten sie keine Kufen, als müsse Aja nicht erst lernen, sich auf ihnen zu halten, als habe sie eine Ahnung davon schon immer in ihrem Kopf gehabt«.

Zsuzsa Bánk, geboren 1965, lebt in Frankfurt am Main

Schließlich schwebt der ganze Roman. Er erzählt zwar vom Großwerden und von der Lebensfreundschaft dreier Kinder, Aja, Seri und Karl, und er fügt zum Freundschafts-Dreieck der Kinder das der Mütter Évi, Ellen und Maria. Aber er rennt keinem Zeitpfeil hinterher und an keinem Plotgeländer entlang. Er fliegt auf im Kreisen der Jahreszeiten, der »hellen Tage« des Sommers, der dunklen von Herbst und Winter. Er macht die achtzehn Jahre einer Kindheit und Jugend zum jahresüberwölbenden Raum eines ewig scheinenden Kindheitssommers. In dieser zum Raum gewordenen Zeit sitzen die Kinder in den Bäumen, schlagen Räder zur Begrüßung, schwimmen im Waldsee, vespern am Küchentisch unterm Birnbaum, bewundern die Kunststücke von Ajas Vater, dem vom Ungarnflüchtling zum Nomaden gewordenen Artisten Zigi, der Aja umgibt »wie der Sommerwind den Weizen rund um Évis Garten« und der Geschichten erzählt, deren »Melodie uns durch die hellen Tage dieses Sommers trug«.

Doch irgendwann neigt sich das alles dem Ende. Es kommen die »Jahre, die unsere Kindheit ablösten«. »Wir ließen die hellen Tage hinter uns, in denen wir leicht durch die Minuten und Stunden gesprungen waren, uns im Kreis immerzu nur um uns selbst gedreht hatten, in unserer winzigen, fest abgesteckten Welt zwischen Évis Garten, dem Schultor, dem Glockenschlag des Kirchturms und den Wegen hinaus zu den Erdbeerfeldern, wo unsere Blicke nie über die Ränder gereicht hatten. Nie hatten wir uns um etwas kümmern müssen, weil sich diese Welt auch ohne unser Zutun im selben Takt, mit demselben Klang ununterbrochen weiterbewegt hatte.«

Auf die seligen Zeiten, in denen die Welt »neu und dennoch vertraut, abenteuerlich und dennoch Besitz« war, um es mit den Worten des ungarischen Literaturtheoretikers Georg Lukács aus der *Theorie des Romans* zu sagen, folgen nun eine problematische Zeit und eine brüchige Welt. Auf eine geschlossene Kultur eines Epos in Prosa folgt die offene, von Sehnsucht bestimmte eines Romans. Die Kinder verlassen die Schule »ein bisschen wie Staubflocken, die ein Windstoß hoch in die Luft jagt«. Sie werden sich der dunklen Tage bewusst, die ihre hellen stets schon beschattet hatten. Karl vermisst seinen Bruder, der als Kleinkind eines Tages in zwei unbewachten Sekunden in ein fremdes Auto gestiegen ist und, Opfer eines Pädophilen, nie mehr wiederkam. Aja vermisst ihren nach Übersee verreisten Zigi, Seri ihren in früher Kindheit verstorbenen Vater. »Wir alle kämpften gegen eine Leere, und obwohl wir sie mit nichts füllen konnten, liefen die Fäden unseres Lebens dort zusammen.« Alle müssen nach dem beschützten, in sich kreisenden Zeitgefühl der Kindheit einen neuen, eigenen »Lebenstakt« finden. Karl ist von den zwei Sekunden bestimmt, die ihn seinen Bruder gekostet haben, und er kann das Gekettetsein an diese »Zeiteinheit« leben, indem er Fotograf wird, also einer, der auf anderes sieht als alle andern, »auf etwas, das sich am Rand abspielte« und in dem die zwei Sekunden, die ein Fotograf für seine Aufnahme braucht, entscheiden können. Er versteht sich besonders gut mit Évi, die ihre Zeit ebenfalls anders zählt als alle anderen. Ihr Takt in allem, was sie tut, sind die acht Minuten, in denen sich früher »alle Minuten ihres Tages zusammenfanden«, die acht Minuten, »in denen sie in weichen blauen Schuhen über ein Seil gelaufen war«, damals, als sie noch Artistin war. Auch Aja nimmt »die Welt auf ihre Weise auseinander und setzt sie nach ihren eigenen Vorstellungen wieder zusammen«. Als Ärztin hält sie sich an »die Formeln und Ziffern, mit denen sie den menschlichen Körper wie unter einer Lupe absuchte«. Ihre legendäre Nähe zu den Patienten setzt die Nähe fort, die sie von ihrer Mutter erfahren hat. Aja wie Karl versuchen mit ihrer Art, die Welt zusammenzusetzen, »die Lücken« ihrer Welt zu »schließen«.

Und Seri, die Dritte im Bunde, die den Roman in der ersten Person erzählt? Von ihrer Art der Weltkomposition erfahren wir wenig. Sie wird Übersetzerin, sagt den andern, wie man »Zuspruch, Trost und Trauer« in fremden Sprachen ausdrückt, sie nähert sich der Welt der Bücher – man geht wohl nicht zu weit in der Annahme, dass ihre Art, die Lücken der Welt zu schließen, in der Kunst des Erzählens liegt. Alle Figuren des Romans schließen die Lücken ihres Lebens, indem sie irgendwann den »Augenblick« finden, »mit dem Erzählen anzufangen«. Ihre Mutter erzählt Seri von ihrem verstorbenen Vater, Aja kennt ihre wirkliche Mutter aus Erzählungen, Karls Mutter lebt in Bericht und Reise den Verlust ihres Kindes nach. Und Seri nimmt als Erzählerin dieses Romans das Dreieck, das ihr Leben bedeutet, auseinander und fügt es erzählend wieder zusammen. Sie erzählt, wie die Freunde, die gemeinsam nach Rom aufgebrochen sind, sich dort verlieren und wiederfinden. Sie erzählt, wie die Mütter, die sich anfangs misstraut haben, zusammenfinden.

Und wie sie das erzählt! Die wenigen programmatisch angehauchten Sätze, die in dieser Rezension zitiert wurden, sind zugleich die einzigen dieses Romans. Der Rest ist Farbe, Einzelheit, Bild und das hinreißend komponierte Ineinanderfließen dieser Elemente. Selten hat ein Roman so lautlos der Reflexion widerstanden, die derzeit fast alle Bücher dem Sujet wie dem Stoff nach im Griff hat. Hier gibt es Beziehung, nicht Beziehungsgespräche, und es gibt Lebensgeschichte, nicht die romancierte Psychoanalyse eines Lebens. Die Flucht von Évi und Zigi samt Aja als Baby aus dem Ungarn von 1956 in den Westen verwandelt Bánk jenseits aller politischen Rhetorik fast biblisch in eine Wanderung über die Dörfer und durch die Wälder, bei der sich die Kälte und die Tiere des Waldes immer enger um das Paar und sein Kind schließen. Die Traumata der Kinder sind in diesem Roman nicht intellektuelle, sondern körperliche Zeichen: Aja fehlen von einem symbolischen Unfall zwei Finger, Karls Kopf hat aus gleichem Grund ein Brandmal. Und in einer der schönsten Szenen des Romans gibt die erzählende Seri ein in nächtlichem Dunkel strahlendes Glücksbild ab. Sie legt die beiden Dreiecke, das der Kinder und das der Eltern, übereinander. Die drei Kinder und die drei Mütter verbringen eine Nacht dort, wo die Kinder ihre erste Nacht im Roman verbracht haben: am Strand von Ostia. Wie Évi und Aja »Räder in den weißen Schaum der Wellen« schlagen, wie sie den Mond mit Matthias Claudius besingen und wie zum Ende die sechs Figuren beieinander und verschlungen im kalten Sand liegen, »ins Leben zurückgekehrt«, und nach Sternbildern suchen, ist ein erzählerischer Paradiesmoment sondergleichen. Cézanne, der diesem Roman in so manchem Pate war, hätte es nicht besser gekonnt.

Zsuzsa Bánk: Die hellen Tage
Roman; S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 2011; 540 S., 21,95 €

GEDICHT: EUGENIJUS ALIŠANKA

die lust am text. barthes

dies ist nicht das einzige leben
vielleicht eines der besseren
vielleicht sogar ein denkbares
kein einziger eigenname
keine angaben aus dem paß
keine einzige rechnung für eine frau
für strom für auslagen des höchsten gerichts
keine billetts keine alibis
für kinosäle für paris
für übertragene bedeutungen
alles in allem ein buch
über die vier jahreszeiten
in einer stunde lese ich es durch
schlürfe kaffee dabei
am ufer des kanals im regen
ich ahne nicht einmal
daß dies das einzige leben ist
ein haufen scherben
den ich zusammenpresse
zu einem sandkorn
es ist vielleicht sogar denkbar

Eugenijus Ališanka: exemplum
Gedichte; aus dem Litauischen von Claudia Sinnig; Suhrkamp, Berlin 2011; 112 S., 14,90 €

WIR RATEN ZU

Garten der Skepsis

In diesem alten Pfarrhaus spiegelt sich Amerikas Geistesgeschichte. Eine Handvoll Dichter, Philosophen, Naturkommunarden und Theologen lebt im Städtchen Concord, unweit der Mutteruniversität Harvard, in so dichter Nähe, wie die Bäume am Walden Pond nah beieinanderstehen. Mit ihrer Literatur, ihrer Naturphilosophie erlangen sie Weltruhm, ähnlich jener anderen genial produktiven Handvoll Leute im deutschen Weimar fünfzig Jahre zuvor. Im alten Pfarrhaus von Concord hat der Schriftsteller Emerson um 1836 seine Kultschrift *Natur* verfasst, dort hat der Schriftstellerkollege Nathaniel Hawthorne dann gelebt, und 1846 hat es seinem autobiografischen Essay *Das alte Pfarrhaus* den Namen gegeben; darin erzählt er mit fein spöttischem Respekt auch von Nachbar David Henry Thoreau, dem Kenner jeder Mücke, jedes Grashalms und ihrer Geschichte seit Indianerurzeiten, dem Schüler von Meister Emerson. Hawthorne aber ist in diesem Waldkreis so frei, die nahe Verwandtschaft von »unsäglichstem Unsinn« und »tiefster Weisheit« zu konstatieren, sich über die Abwesenheit des Bösen in der All-Natur der Harvard-Geschulten zu verwundern und ihr die Liebe zum städtischen Geist entgegentreten zu lassen: »Das alte Pfarrhaus ist besser als tausend Wigwams.« Der Schriftsteller Karl-Heinz Ott hat Hawthornes Essay nun als ein Freund im Geiste naturschön neu übersetzt und ein Meisterstück erkennbar gemacht: Er hat im alten Pfarrhaus das verlorene Paradies entdeckt und in dessen Apfelgarten den Ort, wo die Skepsis wurzelt. ELISABETH VON THADDEN

Nathaniel Hawthorne: Das alte Pfarrhaus
Übers. u. Nachwort v. Karl-Heinz Ott; Hoffmann und Campe, Hamburg 2011; 96 S., 10,– €

TASCHENBUCH

Vergogelt

Im »Wörterbuch der Alltagssprache« findet man, was man nicht sucht

Bülent Ceylan ist der Mannheimer, der einen türkischen Vater hat. »Ich bin nur halb getürkt«, sagt er, weil er als Comedian arbeitet und es lustig findet. Ich bin ein Fan von Bülent und halte sein Herumtürken für eine der geeigneten Waffen gegen die politische Korrektheit. Außerdem gibt es in meiner Heimat Österreich jemanden wie Bülent Ceylan nicht: Bei uns sind die Türken, wenn sie überhaupt in den Medien vorkommen, zumeist vorsichtiger.

Nun ist Folgendes passiert: In einer seiner Shows auf RTL merkte Bülent Ceylan dass auch ein Österreicher im Publikum war. Er rief ihn auf, sich zu melden, und da schleuderte ein Herr seinen rechten Arm in die Höhe. Der gesuchte Österreicher meldete sich praktisch mit Hitlergruß, und Bülent, geistesgegenwärtig, wie die Mannheimer sind, fing den peinlichen Moment mit der Äußerung ab: »Na ja, wir sind ja eine Integrationssendung. Aber dieser Österreicher scheint in Deutschland überintegriert zu sein …«

Vielleicht war's eine Inszenierung nach Drehbuch. Jedenfalls fand die Szene in derselben Show statt, in der Bülent die Zumutung einer TV-Illustrierten zurückwies, er rede schwäbisch. Als echter Türke gab er sofort einen Kurzkurs über die Unterschiede von Schwäbisch und Mannheimerisch. Ich dachte: Dieser Reichtum an Dialekten in der deutschen Sprache ist erfreulich. Was allerdings meinen eigenen Dialekt betrifft, das Wienerische und im weiteren Sinn das Österreichische, zweifle ich, ob diese Idiome sich gut halten. So las ich Wort für Wort ein Wörterbuch: Robert Sedlaczek, *Wörterbuch der Alltagssprache Österreichs.*

Robert Sedlaczek: Wörterbuch der Alltagssprache Österreichs
Haymon, Innsbruck 2011; 220 S., 12,95 €

Der Terminus »Alltagssprache« ist gut gewählt: Sedlaczeks gesammelte Wörter gehören nicht unbedingt zum Dialekt, können sich in ihm aber durchaus sehen lassen. Zum Beispiel »vergogeln, sich vergogeln«. Das ist kein Synonym für missglücktes Googeln. Aber so was Ähnliches ist es schon: Es hat mit Gaukelei zu tun. »Gogelspiel« war früher eine Nebenform von Gaukelspiel, und »sich vergogeln« heißt im dürren Hochdeutsch: sich vertun, sich verschätzen. Auch ein anderes Wort, das ich immer schon verwende, weil es auf so vieles wie angegossen passt, finde ich hier und sogar endlich richtig geschrieben. Ich hatte immer mit »verwortackelt« mein orthografisches Auskommen, auch wenn mir das Schriftbild selber »verwortackelt« erschien. Im Internet, dem ungeheuerlichen Sprachsilo, fand ich nichts. Jetzt weiß ich, es heißt: »verwordagelt« und auch »verwordakelt«. »Verwohrt« ist Mittelhochdeutsch und bedeutet im schönsten Hochdeutsch: verwirkt. Im dürren Hochdeutsch bedeutet »verwordakelt« verunstaltet, windschief.

»Verwordakelt« sagt leider kaum ein Mensch mehr, weshalb ich es hier gar nicht oft genug niederschreiben kann. Die Schreibweise mit »k« ist mir lieber als »verwordagelt«: Das »k« kracht besser und ist daher tüchtiger in der Mimesis. Es sagt deutlicher, dass etwas ganz und gar nicht zusammenpasst und windschief herumhängt.

Ein weiteres Wort verdient besondere Aufmerksamkeit: »tramhapert«. Wir Wiener sind darauf stolz, tramhapert sein zu können. In Mexiko mag man bei der Siesta allenfalls verschlafen oder benommen sein. Tramhapert sind wir. »Hapert« spielt aufs Haupt an, in dem die Träume abgehen, und dieser wunderbare, nicht ungefährliche Zustand zwischen Wachen und Träumen erlaubt es, unkonzentriert zu sein. Im Hochdeutschen gibt es kein besseres Wort für den fragwürdigen Zustand. So ein Wörterbuch lehrt, wie in ein und derselben Sprache das Unübersetzbare blüht. FRANZ SCHUH

Der Psychokrüppel unter den Nationen

In ihrem neuen Roman galoppiert Oksana Sabuschko zornesgewaltig durch die ukrainische Seelengeschichte VON STEFANIE FLAMM

Nicht dass man am Anfang irgendetwas verstehen würde, dass man auf den ersten Seiten auch nur ahnen könnte, warum dieser fast 800 Seiten umfassende Wutausbruch sich mehr als ein Jahr auf den ukrainischen Bestsellerlisten halten konnte. Umso erstaunlicher ist es, dass man sich dennoch gleich mitreißen lässt von den sturzbachartig auf einen einprasselnden Assoziationsketten, dass man neugierig in alten Familienalben blättert und vermeintlich zusammenhangslosen Erinnerungsfetzen lauscht, bis man plötzlich mittendrin ist im Sog einer Erzählung, die einen als solche vermutlich nicht besonders interessiert hätte.

Wie schon in ihrem vor 15 Jahren erschienenen und mit einiger Verspätung auch hierzulande gefeierten Romandebüt *Feldstudien über ukrainischen Sex* geht es auch in Oksana Sabuschkos Opus magnum um ihre Heimat, dieses gar nicht so kleine, in unserer Wahrnehmung irgendwo zwischen Polen und Russland eingekeilte Land, für das sich Europäer gewöhnlich nur erwärmen, wenn dort gerade eine Orange Revolution oder ein Gas- oder Pipeline-Krieg tobt. Und es geht um drei Frauen, von denen zwei allerdings längst tot sind.

Die eine war in der Ukrainischen Befreiungsarmee, eine Partisanenkämpferin, die zuerst gegen die Nationalsozialisten, dann gegen die Sowjets kämpfte und Ende der vierziger Jahre in einen Hinterhalt gelockt und von einem Sonderkommando exekutiert wurde. Die zweite war eine berühmte Nachwendekünstlerin, die in den Wirren der späten neunziger Jahre unter ungeklärten Umständen in Kiew ums Leben kam. Die dritte, eine gewisse Daryna Hoschtschynska, arbeitet sich nun an den Geschichten der beiden ab. Zuerst rein professionell. Sie ist Dokumentarfilmerin und Leiterin eines intellektuellen Minderheitenprogramms im staatlichen Fernsehen. Doch nachdem sie ihren Job infolge einer für diesen Teil der Welt typischen Korruptionsintrige verliert, wird aus der Arbeit eine private Mission.

Daryna ist besessen von der Idee, dass sich in den von ihr erforschten Biografien die tragische, als solche bisher nie erzählte Geschichte der Ukraine spiegelt. Und es ist wohl nicht zu viel heruminterpretiert, in ihr eine Geistesverwandte der neurotischen Erzählerin aus Sabuschkos *Feldstudien* zu sehen, die sich mithilfe eines Stipendiums aus einer sadomasochistischen Beziehung in die USA flüchten konnte und dort in kunstvoll-vulgärer Sprache mit der Liebe zu ihrem Peiniger abrechnet. Einer Liebe, in der sich ein nationales Trauma ausdrückte, weil »wir bei Männern aufgewachsen sind, die nach Strich und Faden von allen durchgefickt wurden, (und) wir dann genau von diesen Männern durchgevögelt wurden und die mit uns machten, was andere, fremde Männer mit ihnen gemacht hatten«.

Auch im Museum der vergessenen Geheimnisse erscheint die Ukraine als der Psychokrüppel unter den europäischen Nationen. Zuerst von Polen und Österreich geteilt, dann von den Nazis überrannt, schließlich von Moskau unterjocht, ist sie ein Land ohne Eigenschaften, ohne eigenes Idiom. »Glaube, Sprache und Flagge wechseln in den ukrainischen Familien mit fast jeder Generation.« Noch 20 Jahre nach der Unabhängigkeit existiert die vorsowjetische, für Sabuschko die eigentliche Geschichte nur in winzigen Versatzstücken, in Mythen der Alltagskultur, als Sprachwendung, als gefallenes Kulturgut.

Oksana Sabuschko: Museum der vergessenen Geheimnisse
A. d. Ukr. v. A. Kratochvil; Droschl, Graz 2010; 760 S., 29,– €

Die »vergessenen Geheimnisse«, die dem Roman den Titel geben, gehen zurück auf einen Bilderzyklus der verstorbenen Kiewer Nachwuchskünstlerin, der sich wiederum aus einem alten Kinderspiel erklärt, das vor allem die Mädchen auf dem Lande spielten. Dabei, so erklärt die Künstlerin in einem postum abgedruckten Interview, wird ein Loch in die Erde gegraben, mit Alufolie ausgelegt und mit allerlei »Krimskams« gefüllt: Blumen, Bonbonpapier, Glasscherben. Dieses Spiel, so vermutet die Künstlerin, stammt noch aus der Zeit der Kollektivierung, als die ukrainischen Bauersfrauen ihre Ikonen aus Angst vor der Verfolgung im Garten versteckten. Für Sabuschko kein Grund, nicht trotzdem danach zu graben. Denn die Suche nach dem kollektiv Verdrängten und schließlich im Unterbewussten Vermoderten bildet das ständig variierte Leitmotiv dieses sprachgewaltigen, zornig dahingaloppierenden Romans.

Dabei sucht Sabuschko ganz dezidiert nach einer weiblichen Wahrheit, nach den vergrabenen Ikonen, wenn man so will – und auch nach einer weiblichen Form, Geschichte zu neu zu erzählen. Das Ergebnis ist dann natürlich kein sauber heruntererzählter Geschichtsroman – der wäre wohl Männersache –, sondern eine hochkomplexe, drei Generationen umfassende Liebesgeschichte.

Kurz nachdem Daryna – beim schlechten Sex mit einem Historiker – eher zufällig auf ein Foto der Partisanin stößt, verliebt sie sich in deren Großneffen, den gescheiterten Physiker und erfolgreichen Kunsthändler Adrian, wobei bis zum Schluss nicht klar wird, was ihr mehr gefällt, der schöne und fantasievolle Liebhaber oder das Schicksalhafte dieser Verbindung. Wie sie selbst war auch Adrian lange durch seine Familiengeschichte mit einem Makel behaftet. Er, weil er aus dieser großbürgerlichen Lemberger Partisanenfamilie stammte, die mehr als eine Generation brauchte, um mit der Sowjetunion Frieden zu schließen. Sie, weil sie als Kind nur durch einen Zufall der Sippenhaft entging.

Nachdem ihr als Architekt in Ungnade gefallener Vater sich den in den siebziger Jahren noch gängigen Ritualen der Selbstkritik verweigerte, wurde er in eine Irrenanstalt verbannt, wo er der verstörten Tochter nur noch als schrumpeliges, nach Urin stinkendes Männchen begegnete. Daryna wuchs bei ihrer Mutter auf, die beim Geheimdienst einen Fürsprecher hatte, was Daryna erst erfährt, als ihr ausgerechnet dieser Geheimdienstler Jahrzehnte später bei der Suche nach Dokumenten über Adrians Großtante, die Partisanenkämpferin, hilft.

So verknäueln die Fäden sich immer wieder, ohne jemals richtig zusammenzukommen. Denn sosehr Sabuschko nach untergründigen Verbindungen und schicksalhaften Zusammenhängen sucht, so sehr ist ihr dennoch bewusst, dass Wahrheit, gerade die historische, relativ sein kann, dass die Wahrheit des einen nicht die Wahrheit des anderen sein muss. Während sie sich in den *Feldstudien* noch mit einer schizophrenen Erzählerin begnügte, die mal ich sagte, mal sie, meistens aber du, gibt es nun mehrere Stimmen, deren Monologe ineinander übergehen und immer wieder durch Adrians ausschweifende Träume unterbrochen werden.

Denn je mehr Daryna über seine Partisanentante erfährt, desto heftiger träumt er sich in seine Familiengeschichte zurück, lebt er das Leben des Mannes, den seine Tante zugunsten eines anderen verschmähte, welcher sie schließlich verriet. Gleichwohl sind seine Träume mehr als ein literarischer Kunstgriff, um eine Geschichte in den 1940er und in den 2000er Jahren spielen zu lassen und ganz nebenher ein bisschen Nachhilfeunterricht in Partisanengeschichte zu erteilen. Die Träume sind ihrerseits wieder eine Metapher für die ukrainische Sprachlosigkeit. Adrian sieht im Schlaf, was er nicht wissen kann, weil seine Familie darüber seit mehr als sechzig Jahren schweigt: Helzja war schwanger, als sie starb.

Damit auch wirklich jeder versteht, dass Adrian und Daryna eine Liebe leben, die in der Vergangenheit unerfüllt blieb, muss Daryna auf den letzten Seiten noch schnell ein Kind empfangen, sozusagen als Symbol für die Versöhnung der Ukraine mit sich selbst. Und falls die Idee dahinter sein sollte, dass die Ukraine ins Glück finden könnte, wenn sie nur bruchlos an eine von allen fremden Einflüssen gereinigte Geschichte anknüpft, kann man nur sagen: Dieses vielstimmige, uneindeutige und wunderbar unpathetische Buch hätte eine weniger plumpe Pointe verdient.

Ab in den Dreck!

Kinder brauchen Natur, um Menschen zu sein, fordert der Philosoph und Biologe Andreas Weber VON SABINE SÜTTERLIN

Tote Würmer in schlammverschmierten Hosentaschen? Igitt, entfährt es den meisten Eltern. Unverzüglich landen die Kadaver in der Tonne. Keine gute Reaktion, sagt dazu der Philosoph und Biologe Andreas Weber: Kinder brauchen Natur – und wenn es nur eine bescheidene Brache in betonierter Umgebung ist. Hauptsache, es kriecht und krabbelt, gedeiht und vergeht. »Mehr Matsch!«, fordern sichtlich lustvoll drei gut eingesaute, fröhliche Knaben auf dem Einband seines neuen Buches.

Was der Autor eingangs beklagt, ist nicht neu: Unsere lieben Kleinen daddeln am Computer oder hängen stundenlang vor dem Fernseher. Ihr Alltag ist durchgetaktet, festgezurrt auf Autorücksitzen, werden sie von einer Aktivität zur nächsten chauffiert. Da ist kaum verwunderlich, dass inzwischen mehr als die Hälfte aller deutschen Jugendlichen chronische psychosomatische Störungen aufweist, Depressionen, Ängste, Essstörungen oder das Zappelphilippsyndrom ADS.

Dagegen hilft, die Knirpse mehr draußen spielen zu lassen und ihnen mehr Freiheiten zu gewähren. Auch diese Forderung hören wir nicht das erste Mal. Aber die radikalen Argumente, mit denen Weber sie begründet, sind bedenkens-, in jedem Fall lesenswert. Es ist gut, Amseln an ihrem Ruf zu erkennen oder zu beobachten, wie Spinnen Fliegen in ihren Netzen fangen. Aber nicht in erster Linie, weil das Kind dadurch zum Ass in Biologie wird und als Erwachsener womöglich den ökonomischen Wert von Artenvielfalt einzuschätzen vermag. Weber geht es um weit mehr als um diesen funktionellen Aspekt: Natur macht gesund, lautet seine These. Seelisch gesund. Denn der Kontakt zu Bäumen, Wiesen und Tieren sei »Bestandteil der eigenen humanen Identität«.

Belege für diese These findet der Autor in der Hirnforschung, der Entwicklungspsychologie wie auch in der ökophilosophischen Literatur. Objektiv nach geltenden wissenschaftlichen Kriterien erhärten, etwa mit Langzeitstudien, lässt sie sich jedoch nicht. Das weiß Weber auch. Schließlich hat er mit seinem ersten Buch *Alles fühlt* (Berlin Verlag, 2007) gerade dafür plädiert, die Subjektivität wieder in die Naturwissenschaften einzuführen, weil diese trotz allen Erkenntnisfortschritts bislang nicht schlüssig erklären können, was Leben eigentlich ist. Mit poetischen Worten schildert er darin sein Erweckungserlebnis: Als Jugendlicher macht er an einem kalten Spätwintertag nach der Schule an einem halb zugefrorenen Tümpel Halt. Da taucht ein zackenkammbewehrtes Fabelwesen auf, schnappt kurz Luft und lässt sich wieder ins schlammige Dunkel zurückfallen. Der kurze Blick ins Auge des Teichmolchs lässt das Herz des Heranwachsenden »einen Satz machen« und ihn die »Tiefe der Natur« spüren.

Andreas Weber: Mehr Matsch!
Kinder brauchen Natur; Ullstein, Berlin 2011; 256 S., 18,– €

Folgerichtig zieht Weber in seinem jüngsten Werk immer wieder Beobachtungen heran, die er an seinen eigenen Kindern gemacht hat. Wie sie sich im Spiel ganz und gar in Tiere verwandeln können. Und wie sie sich verändern, wenn sie auch nur ein Eckchen Wildnis hinter einer Hecke für sich allein haben. Dabei fließen dem Autor laufend große Worte wie Sehnsucht, Liebe, Freude, Glück aus der Feder. Auf manchen Seiten häufen sie sich bis kurz vor die Schmerzgrenze. Dennoch wirkt diese Sprache glaubhaft. Weber ist kein Esoteriker. Sein subjektiver Ansatz hat nichts mit jenem der vielen wohlfeilen Glücksratgeber zu tun, die lediglich auf Optimierung des Individuums abzielen. Er liefert einen wichtigen Baustein zu einem fundamentalen Wertewandel: Wir sollten uns wieder zu einem Teil der Natur machen, anstatt uns über sie zu erheben.

Also, liebe Eltern und Erziehende: Lassen Sie Wildnis zu, auch wenn es unordentlich aussieht. Schicken Sie die Kinder zum Spielen nach draußen, sooft es geht. Erkunden Sie mit Ihren Sprösslingen, was diese am Wegesrand entdecken, in Pfützen oder unter vermoderten Ästen – auch wenn Sie sich davor ekeln. Selbst überfahrene Frösche oder Igelleichen sind interessant, weil sie nicht weglaufen. Die verendeten Würmer können Sie zu Hause erst einmal unter der Lupe betrachten, bevor Sie sie diskret entsorgen.

DIE ZEIT

Gründungsverleger 1946–1995:
Gerd Bucerius †
Herausgeber:
Dr. Marion Gräfin Dönhoff (1909–2002)
Helmut Schmidt
Dr. Josef Joffe

Chefredakteur:
Giovanni di Lorenzo
Stellvertretende Chefredakteure:
Moritz Müller-Wirth
Bernd Ulrich
Chef vom Dienst:
Iris Mainka (verantwortlich), Mark Spörrle

Textchefin: Anna von Münchhausen (Leserbriefe)
Internationaler Korrespondent: Matthias Naß
Titelgeschichten: Hanns-Bruno Kammertöns (Koordination)
Politik: Bernd Ulrich (verantwortlich), Andrea Böhm, Alice Bota, Christian Denso, Frank Drieschner, Matthias Krupa, Ulrich Ladurner, Khuê Pham, Jan Roß (Koordination Außenpolitik), Patrik Schwarz, Özlem Topçu, Dr. Heinrich Wefing
Dossier: Dr. Stefan Willeke (verantwortlich), Anita Blasberg, Anna Kemper, Roland Kirbach, Kerstin Kohlenberg, Henning Sußebach
Wochenschau: Ulrich Stock (verantwortlich)
Geschichte: Benedikt Erenz (verantwortlich), Christian Staas
Wirtschaft: Dr. Uwe J. Heuser (verantwortlich), Thomas Fischermann (Koordination Weltwirtschaft), Götz Hamann (Koordination Unternehmen), Kerstin Bund, Marie-Luise Hauch-Fleck, Rüdiger Jungbluth, Dietmar H. Lamparter, Gunhild Lütge, Anna Marohn, Marcus Rohwetter, Dr. Kolja Rudzio, Arne Storn, Christian Tenbrock
Wissen: Andreas Sentker (verantwortlich), Dr. Harro Albrecht, Dr. Ulrich Bahnsen, Christoph Drösser (Computer), Dr. Sabine Etzold, Stefan Schmitt, Ulrich Schnabel, Dr. Hans Schuh-Tschan (Wissenschaft), Martin Spiewak, Urs Willmann

Junge Leser: Dr. Susanne Gaschke (verantwortlich), Katrin Hörnlein
Feuilleton: Florian Illies/Jens Jessen (verantwortlich), Thomas Assheuer, Peter Kümmel, Ijoma Mangold (Koordination), Katja Nicodemus, Iris Radisch (Literatur), Dr. Hanno Rauterberg, Dr. Adam Soboczynski (Sachbuch), Claus Spahn, Dr. Elisabeth von Thadden (Politisches Buch)
Kulturreporter: Dr. Susanne Mayer (Sachbuch), Dr. Christof Siemes
Glauben & Zweifeln: Evelyn Finger (verantwortlich)
Reisen: Dorothée Stöbener (verantwortlich), Michael Allmaier, Stefanie Flamm, Cosima Schmitt, Christiane Schott
Chancen: Thomas Kerstan (verantwortlich), Jeannette Otto, Arnfrid Schenk, Jan-Martin Wiarda
Die ZEIT der Leser: Dr. Wolfgang Lechner (verantwortlich)
ZEITmagazin: Christoph Amend (Chefredakteur), Tanja Stelzer (Stellv. Redaktionsleiterin), Christine Meffert (Textchefin), Jörg Burger, Wolfgang Büscher, Heike Faller, Ilka Piepgras, Tillmann Prüfer (Style Director), Jürgen von Rutenberg, Matthias Stolz, Carolin Ströbele (Online)
Art-Direktorin: Katja Kollmann
Gestaltung: Nina Bengtson, Jasmin Müller-Stoy
Fotoredaktion: Michael Biedowicz (verantwortlich)
Redaktion ZEITmagazin: Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin, Tel.: 030/59 00 48-7, Fax: 030/59 00 00 39; E-Mail: zeitmagazin@zeit.de
Verantwortlicher Redakteur Reportage: Stephan Lebert
Reporter: Dr. Wolfgang Gehrmann, Christiane Grefe, Sabine Rückert, Wolfgang Uchatius
Politischer Korrespondent: Prof. Dr. h. c. Robert Leicht
Autoren: Dr. Theo Sommer (Editor-at-Large), Dr. Dieter Buhl, Ulrich Greiner, Bartholomäus Grill, Dr. Thomas Groß, Nina Grunenberg, Klaus Harpprecht, Wilfried Herz, Jutta Hoffritz, Dr. Gunter Hofmann, Gerhard Jörder, Dr. Petra Kipphoff, Erwin Koch, Tomas Niederberghaus, Dr. Werner A. Perger, Christian Schmidt-Häuer, Jana Simon, Burkhard Straßmann, Dr. Volker Ullrich
Berater der Art-Direktion: Mirko Borsche
Art-Direktion: Haika Hinze (verantwortlich), Klaus-D. Sieling (i. V.); Dietmar Dänecke (Beilagen)
Gestaltung: Mirko Bosse, Mechthild Fortmann, Sina Giesecke, Katrin Guddat, Philipp Schultz, Delia Wilms
Infografik: Gisela Breuer, Anne Gerdes, Wolfgang Sischke
Bildredaktion: Ellen Dietrich (verantwortlich), Florian Fritzsche, Jutta Schein, Gabriele Vorwerg
Dokumentation: Mirjam Zimmer (verantwortlich), Davina Domanski, Dorothee Schöndorf, Dr. Kerstin Wilhelms
Korrektorat: Mechthild Warmbier (verantwortlich)
Hauptstadtredaktion: Marc Brost (Wirtschaftspolitik)/ Matthias Geis (Politik), gemeinsam verantwortlich; Peter Dausend, Christoph Dieckmann, Jörg Lau, Mariam Lau, Petra Pinzler, Dagmar Rosenfeld, Dr. Thomas E. Schmidt (Kulturkorrespondent), Dr. Fritz Vorholz
Reporter: Tina Hildebrandt, Elisabeth Niejahr
Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin, Tel.: 030/59 00 48-0, Fax: 030/59 00 00 40
Frankfurter Redaktion: Mark Schieritz (Finanzmarkt), Eschersheimer Landstr. 50, 60322 Frankfurt a. M., Tel.: 069/24 24 49 62, Fax: 069/24 24 49 63, E-Mail: mark.schieritz@zeit. de
Dresdner Redaktion: Stefan Schirmer, Ostra-Allee 18, 01067 Dresden, Tel.: 0351/48 64 24 05, E-Mail: stefan.schirmer@zeit.de
Europa-Redaktion: Dr. Jochen Bittner, Residence Palace, Rue de la Loi 155, 1040 Brüssel, Tel.: 0032-2/230 30 82, Fax: 0032-2/230 64 98, E-Mail: jochen.bittner@zeit.de
Pariser Redaktion: Gero von Randow, 39, rue Cambronne, 75015 Paris, Tel.: 0033-972 23 81 95, E-Mail: gero.von.randow@zeit.de
Mittelost-Redaktion: Michael Thumann, Posta kutusu 2, Arnavutköy 34345, Istanbul, E-Mail: michael.thumann@zeit.de
Washingtoner Redaktion: Martin Klingst, 940 National Press Building, Washington, D. C. 20045, E-Mail: martin.klingst@zeit.de
New Yorker Redaktion: Heike Buchter, 11, Broadway, Suite 851, 10004 New York, Tel.: 001-212/269 34 38, E-Mail: hbuchter@newyorkgermanpress.com
Moskauer Redaktion: Johannes Voswinkel, Srednjaja Perejaslawskaja 14, Kw. 19, 129110 Moskau, Tel.: 007-495/680 03 85, Fax: 007-495/974 17 90
Österreich-Seiten: Joachim Riedl, Alserstraße 26/6a, A-1090 Wien, Tel.: 0043-664/426 93 79, E-Mail: joachim.riedl@zeit.de
Schweiz-Seiten: Peer Teuwsen, Kronengasse 10, CH-5400 Baden, Tel.: 0041-562 104 950, E-Mail: peer.teuwsen@zeit.de
Weitere Auslandskorrespondenten:
Georg Blume, Neu-Delhi, Tel.: 0091-96-50 80 66 77, E-Mail: blumegeorg@yahoo.de; Angela Köckritz, Peking, E-Mail: angela.koeckritz@zeit.de; Gisela Dachs, Tel Aviv, Fax: 00972-3/525 03 49; Dr. John F. Jungclaussen, London, Tel.: 0044-2073/54 47 00, E-Mail: johnf.jungclaussen@zeit.de; Reiner Luyken, Achiltibuie by Ullapool, Tel.: 0044-7802/50 04 97, E-Mail: reiner.luyken@zeit.de; Birgit Schönau, Rom, Tel.: 0039-339-229 60 79
ZEIT Online GmbH: Wolfgang Blau (Chefredakteur); Domenika Ahlrichs (Stellv. Chefredakteurin); Karsten Polke-Majewski (Stellv. Chefredakteur); Christoph Dowe (Geschäftsf. Redakteur); Fabian Mohr (Entwicklung, Multimedia-Formate, Video; Mitglied der Chefredaktion); Meike Düllfer (Textchefin); Kirsten Haake, Alexander Schwabe (Chef/-in vom Dienst); Christian Bangel, Karin Geil, Tilman Steffen, Frida Thurm (Nachrichten); Markus Horeld (Politik); Ludwig Greven, Michael Schlieben (Reporter); Hauke Friederichs, Katharina Schuler, Steffen Richter (Meinung); Parvin Sadigh (Gesellschaft); Marcus Gatzke (Wirtschaft); Matthias Breitinger (Auto); Alexandra Endres; Philip Faigle; Tina Groll (Karriere); Wenke Husmann , David Hugendick (Literatur); Jessica Braun, Anette Schweizer (Reisen); Carolin Ströbele (Leitung: Kultur, Lebensart, Reisen); Rabea Weihser (Musik); Kai Biermann (Digital/Wissen); Tina Klopp; Dagny Lüdemann; Sven Stockrahm; Meike Fries (Studium); Steffen Dobbert, Christian Spiller (Sport); René Dettmann, Adrian Pohr (Video); Sebastian Horn, Franziska Kelch (Community); Tibor Bogun, Sonja Mohr, Martina Schories (Bild, Grafik, Layout); Anne Fritsch, Nele Heitmeyer; Sascha Venohr (Entwicklung)
Geschäftsführer: Dr. Rainer Esser, Christian Röpke
Verlag und Redaktion:
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg
Telefon: 040/32 80-0 **Fax:** 040/32 71 11
E-Mail: DieZeit@zeit.de
ZEIT Online GmbH: www.zeit.de
© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Hamburg
Geschäftsführer:
Dr. Rainer Esser
Verlagsleitung: Stefanie Hauer
Vertrieb: Jürgen Jacobs
Marketing: Nils von der Kall
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Silvie Rundel
Herstellung/Schlussgrafik: Wolfgang Wagener (verantwortlich), Reinhard Bardoux, Helga Ernst, Nicole Hausmann, Oliver Nagel, Hartmut Neitzel, Frank Siemienski, Pascal Struckmann, Birgit Vester, Lisa Wolk; Bildbearbeitung: Anke Brinks, Hanno Hammacher, Martin Hinz
Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstr. 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf Axel Springer AG, Kornkamp 11, 22926 Ahrensburg
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt der Verlag keine Haftung.
Anzeigen: DIE ZEIT, Matthias Weidling Empfehlungsanzeigen: iq media marketing, Axel Kuhlmann
Anzeigenstruktur: Helmut Michaelis Anzeigen: Preisliste Nr. 56 vom 1. Januar 2011
Magazine und Neue Geschäftsfelder: Sandra Kreft
Projektreisen: Christopher Alexander
Bankverbindungen:
Commerzbank Stuttgart, Konto-Nr. 525 52 52, BLZ 600 400 71; Postbank Hamburg, Konto-Nr. 129 00 02 07, BLZ 200 100 20
Börsenpflichtblatt:
An allen acht deutschen Wertpapierbörsen

ZEIT-LESERSERVICE

Leserbriefe
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg, Fax: 040/32 80-404; E-Mail: leserbriefe@zeit.de
Artikelabfrage aus dem Archiv
Fax: 040/32 80-404; E-Mail: archiv@zeit.de
Abonnement
Jahresabonnement € 187,20; für Studenten € 119,60 (inkl. ZEIT Campus); Lieferung frei Haus
Schriftlicher Bestellservice: DIE ZEIT, 20080 Hamburg
Abonnentenservice: Telefon: 0180-525 29 09* Fax: 0180-525 29 08* E-Mail: abo@zeit. de
* 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 0,42 €/Min. aus dem deutschen Mobilfunknetz
Abonnement für Österreich Schweiz restliches Ausland
DIE ZEIT Leserservice 20080 Hamburg Deutschland Telefon: +49-1805-861 00 09 Fax: +49-1805-25 29 08 E-Mail: abo@zeit.de
Abonnement Kanada
Anschrift: German Canadian News 25–29 Coldwater Road Toronto, Ontario, M3B 1Y8 Telefon: 001-416/391 41 92 Fax: 001-416/391 41 94 E-Mail: info@gcnews.ca
Abonnement USA
DIE ZEIT (USPS No. 0014259) is published weekly by Zeitverlag. Subscription price for the USA is $ 270.00 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St., Englewood NJ 7631. Periodicals postage is paid at Englewood NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DIE ZEIT, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631 Telefon: 001-201/871 10 10 Fax: 001-201/871 08 70 E-Mail: subscribe@glpnews.com
Einzelverkaufspreis Deutschland: € 4,00
Ausland:
Dänemark DKR 43,00; Finnland € 6,70; Norwegen NOK 60,00; Schweden SEK 61,00; Belgien € 4,50; Frankreich € 5,20; Portugal € 5,20; Großbritannien GBP 4,95; Niederlande € 4,50; Luxemburg € 4,50; Österreich € 4,10; Schweiz CHF 7.30; Griechenland € 5,70; Italien € 5,20; Spanien € 5,20; Kanarische Inseln € 5,40; Tschechische Republik CZK 175,00; Slowakei € 6,20; Ungarn HUF 1605,00; Slowenien € 5,20
ISSN: 0044-2070

»Das hat Spaß gemacht«

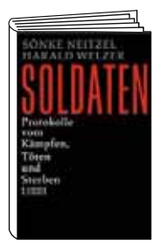
Sönke Neitzel und Harald Welzer entdecken in den Abhörprotokollen der Alliierten die ganz normale Unmenschlichkeit deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg VON WOLFRAM WETTE

Erschießung in der Ukraine, 1942. Männer der Wehrmacht, der SS, des Reichsarbeitsdienstes sehen zu

Foto: Austrian Archives/IMAGNO

Wer geglaubt hatte, das Interesse an der Erforschung der Geschichte der Wehrmacht sei nach dem großen Erfolg der Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944* erloschen, hat sich gründlich getäuscht. Die damalige öffentliche Debatte hat viele neue Untersuchungen angestoßen – unter anderem über das Führungspersonal der Wehrmacht, den Kommissarbefehl, die Judenmorde in verschiedenen Regionen Europas, die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion, über Mitwisserschaft und Mittäterschaft von Wehrmachtsoldaten, über Prostitution und sexuelle Gewalt im Krieg, über die Kriegsendephase und das Pathos des »Untergangs«, über die Wehrmachtjustiz, über Täter, Kameradschaft, Deserteure, »Retter in Uniform« und Kriegsheimkehrer.

Seit der Publikation von Sönke Neitzels Buch *Abgehört (ZEIT Literatur,* Oktober 2005), in dem über die decouvrierenden Plaudereien deutscher Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942 bis 1945 berichtet wird, wissen wir, dass die Briten nicht nur – durch die Entschlüsselung des deutschen Enigma-Systems – über die Mordtaten der Einsatzgruppen, sondern auch über das Innenleben der deutschen Wehrmacht bestens informiert waren. Das neue Buch *Soldaten* stellt in gewissem Sinne eine Fortsetzung von *Abgehört* dar. Verfasst wurde es von dem Mainzer Historiker Sönke Neitzel und dem Essener Sozialpsychologen Harald Welzer, denen eine sechsköpfige Forschergruppe zuarbeitete. Sie sichtete den riesigen Quellenbestand von etwa 150 000 Seiten aus den Nationalarchiven in Großbritannien und in den USA und werteten ihn aus. Hauptsächlich stammen die abgehörten Gespräche aus den Jahren 1940 bis 1945. In dem neuen Band stehen nicht die Generäle im Vordergrund, sondern kriegsgefangene Soldaten mit niedrigen Dienstgraden, einfache Mannschaftssoldaten, Piloten, Kampfschwimmer, »Etappenhengste« – die ganze Bandbreite der Wehrmacht. Während sich die Briten mehr für die Funktionselite der Wehrmacht interessierten, konzentrierten sich die Amerikaner auf die einfachen Soldaten aus den Kampfeinheiten. Obwohl diese an den westlichen Kriegsschauplätzen in Gefangenschaft gerieten, handeln einige Gespräche auch von der Ostfront, wo die betreffenden Soldaten zuvor eingesetzt gewesen waren.



Sönke Neitzel/ Harald Welzer: Soldaten
Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben; Fischer, Frankfurt a. M. 2011; 512 S., 22,95 €

Sensationelle Neuigkeiten über die Kriegführung der Wehrmacht oder über Kriegsverbrechen enthält der Band nicht, zumindest nicht für die Fachwelt. Wohl aber sind die dokumentierten Aussagen von einfachen Soldaten ein wesentlicher Beitrag zu einer Mentalitätsgeschichte der Wehrmacht. In ihrer Unmittelbarkeit und Ungeschminktheit sind sie geeignet, jene Zeitgenossen zu verstören, die teilweise noch immer an die Legende von der »sauber« gebliebenen Wehrmacht glauben und unleugbare Verbrechen als Randphänomene abtun. Die Soldatenerzählungen leuchten ins Zentrum des total geführten Krieges hinein. Von völkerrechtlichen Kriegsregeln ist kaum je die Rede. Die Übergänge zu Verbrechen werden fließend. Bei den einfachen Soldaten, die in der Kleingruppe, der »Kameradschaftsgruppe«, ihre Orientierung suchten und nicht in irgendwelchen Ideologien, entstand auch bei Überschreitungen kein Unrechtsbewusstsein. Das Töten wurde zur normalen Routine, gelegentlich auch das Töten von Frauen, Kindern und unbeteiligten Zivilisten. Neitzel und Welzer stellen fest: Man finde in diesen Quellen »erstaunlich wenig Empörung« über die Verbrechen.

In den Gesprächen der kriegsgefangenen Soldaten der Wehrmacht wurden auch Tabuthemen nicht ausgespart, die in kaum einem Feldpostbrief zu finden sind. Der Brief aus dem Krieg richtete sich bekanntlich an die Angehörigen in der Heimat, und die Intention des Verfassers bestand in aller Regel darin, die Empfänger nicht zu beunruhigen. Der Gesprächspartner im Kriegsgefangenenlager dagegen war ein Kamerad, der Ähnliches erlebt hatte wie man selbst und dem gegenüber solche Zurückhaltung nicht erforderlich war. Hier konnte man Tacheles reden und mit den eigenen Heldentaten angeben. Man brauchte nicht zu leugnen, dass Krieg auch Spaß machen und das Töten einen Lustgewinn bedeuten konnte. So berichtete etwa Unteroffizier Fischer, Pilot einer Me 109, seinem Kameraden: »Ich habe alles umgelegt – Autobus auf der Straße, Zivilzug in Folkestone. Wir hatten Befehl, unten in die Städte reinzuschmeißen. Jeden Radfahrer habe ich beschossen.« Oder der Pilot Greim, der ebenfalls den Luftkrieg gegen England mitmachte: »Das erste Mal sind wir noch vorbeigeflogen, dann haben wir noch einmal Angriff gemacht und haben reingehalten, mein lieber Freund, das hat Spaß gemacht!« Ein anderer sekundierte mit der punktgenauen Vokabel für die lustvolle Gewaltausübung: »Die Sache hat mir einen Mordsspaß gemacht.« In keiner dieser Spaßgeschichten von Luftwaffensoldaten kommt ein Mitgefühl mit den Opfern vor. Ob Frauen, Kinder, Alte, Radfahrer oder feindliche Soldaten – sie waren Ziele, die man mit Vergnügen abknallte. So wurde die Unmenschlichkeit rasch zur Normalität, die gar nicht mehr reflektiert zu werden brauchte.

Anders als in ihren Feldpostbriefen legten sich die kriegsgefangenen deutschen Soldaten in ihren Kameradengesprächen in Bezug auf die Judenmorde keine Zurückhaltung auf. Schon bislang haben Historiker die Ansicht vertreten, es sei fast unmöglich gewesen, dass ein im Osten eingesetzter Wehrmachtsoldat keine Informationen über die Judenmorde hatte. Nun wird durch die abgehörten Gespräche bestätigt, »dass praktisch alle wussten oder zumindest ahnten, dass die Juden umgebracht wurden«. In den Abhörprotokollen kommen »sämtliche Details der Vernichtung« vor. Aber anders als die Menschen von heute hat dieses Verbrechen die Aufmerksamkeit der uniformierten Zeitgenossen weniger erregt als der Kriegsalltag. Die Soldaten berichten auch von einem regelrechten »Exekutionstourismus«. Soldaten unterschiedlichster Ränge haben gelegentlich und freiwillig an Judenerschießungen teilgenommen und nutzten so die »Chance der unbestraften Unmenschlichkeit« (Günther Anders). Ganz offen gesprochen wurde im Kriegsgefangenenlager auch über die Praxis, dass Jüdinnen zum Geschlechtsverkehr gezwungen und hernach erschossen wurden, damit sie die Soldaten nicht belasten konnten. Da Leser von heute Gewaltexzessen dieser Art mit großem Unverständnis begegnen, erklärt der Sozialpsychologe Harald Welzer: Die nationalsozialistische Ethik verkoppelte Töten und Moral; sie erlaubte es, »Dinge, die unter Gesichtspunkten christlich-abendländischer Moral absolut böse sind, als gerechtfertigt, ja, als notwendig in das eigene moralische Selbstbild zu integrieren«.

In zwei einleitenden Kapiteln erörtern Neitzel und Welzer unter der etwas schwierigen Begrifflichkeit »Referenzrahmen« die Denk- und Handlungsorientierungen deutscher Wehrmachtsoldaten. Dabei gehen sie im besten Sinne historisch vor, indem sie die Rolle militärischer Werte in der Geschichte des deutschen Nationalstaates beleuchten und damit Kontinuitäten aufzeigen. Hierauf aufbauend, gehen sie in einem Schlusskapitel noch einmal systematisch der Frage nach: »Wie nationalsozialistisch war der Krieg der Wehrmacht?« Man hätte sie auch so stellen können: Wie prägend waren die militaristischen Traditionen und was war neu an diesem Krieg? Die Autoren nähern sich einer Antwort, indem sie den Vietnamkrieg, den Irakkrieg und den Völkermord in Ruanda vergleichend heranziehen. Sie stellen fest, dass die Ermordung von Kriegsgefangenen und andere Grausamkeiten auch zu anderen Zeiten weit verbreitet waren, dass aber die systematische, rassistisch motivierte Vernichtung von Millionen von Kriegsgefangenen durch Hunger aus dem Rahmen des herkömmlichen »Normalkrieges« herausfällt und – neben den Judenmorden – als typisch nationalsozialistische Vernichtungspolitik zu charakterisieren ist. Es bleibt unverständlich, dass in diesem Zusammenhang nicht auch die Ermordung der Politkommissare und von Millionen slawischer Zivilisten erwähnt wird.

Die Autoren haben ein gut lesbares Buch geschrieben. Ihre Darstellung lebt von den erstmals veröffentlichten Originalzitaten aus den Abhörprotokollen. Diese werden – unter Zuhilfenahme der reichhaltigen geschichtswissenschaftlichen Spezialliteratur – in den historischen Kontext eingeordnet und analysiert. Einmal mehr bestätigt sich die Erkenntnis früherer Jahre: Je tiefer die historische – und nun auch die sozialpsychologische – Forschung in die Geschichte der Wehrmacht eindringt, desto düsterer wird das Bild.

Wolfram Wette ist emeritierter Militärhistoriker an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Von ihm erschien »Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden« und zuletzt: »Karl Jäger. Mörder der litauischen Juden«, Fischer Verlag 2011

Elegien für einen Irrtum

Gottfried Benns »Statische Gedichte« von 1947, gelesen vor dem Hintergrund seiner NS-Verstrickung VON DURS GRÜNBEIN

Fotos: Felicitas Timpe/Bayerische Staatsbibliothek/bpk; (r.) Jürgen Bauer/ullstein

Gottfried Benn in München 1954, zwei Jahre vor seinem Tod

Drei Jahre nach Kriegsende erscheint in der neutralen Schweiz der schmale Band eines deutschen Dichters, der, wäre es mit rechten Dingen zugegangen, nie hätte gedruckt werden dürfen. Sein Verfasser galt einigen als verunglückter Nazi, anderen als intellektueller Schwerverbrecher, wieder andere sahen in ihm den Musterfall des typischen Kulturbolschewisten, der in seinen Versen allerlei Obszönitäten, Ekelerregendes und Zersetzendes verbreitete. Der berüchtigte Expressionist Gottfried Benn: Eben noch galt er als verschollen, unter der Glocke des Tausendjährigen Reiches verstummt. Die Emigranten hatten ihn abgeschrieben als Verräter an sich selbst, der gleichgeschalteten Leserschaft zu Hause war er schon kein Begriff mehr, nun war der so vielfach Belastete also wieder auf die Bühne zurückgekehrt, und die Empörung war groß. Noch größer aber war die Begeisterung – »ein grandioses comback wie es im Boxsport heißt«, schrieb sein Verleger im Jahre 1949, nachdem die *Statischen Gedichte* nun auch in Deutschland erschienen waren. Lyrik, die zarteste literarische Gattung, und der Ruf eines moralischen Monstrums – wie ging das zusammen?

Ganz offenbar war hier ein Mann der starken Dissonanzen am Werk. Einer, dem das Umstrittensein zur zweiten Natur geworden war. Es gibt nicht wenige Belege für den eisigen Trotz, mit dem der Dichter auf die Diskriminierung reagierte, die ihm von allen Seiten zuteil wurde. Man hat den Eindruck, er selbst habe bewußt an diesem Image des Aussätzigen gestrickt. Zumindest verstand er einiges vom Nutzen negativer Reklame. Benn war zeitlebens stolz darauf, früh zur Avantgarde eines schöpferischen Expressionismus (Benedetto Croce) gehört zu haben. Seine Losung war die Artistik ohne Rücksicht auf Inhalte, der reine Ausdruckseffekt, Kunst als autonome Wirklichkeit. Unverzeihlich für die engagierten Künstler seiner Zeit war seine Verachtung des Politischen. Er hielt mit dem Hinweis auf Geschichte und ihre Sinnwidrigkeit im ganzen dagegen, erinnerte an die »Schaurige Welt, kapitalistische Welt, seit Ägypten den Weihrauchhandel monopolisierte und babylonische Bankiers die Geldgeschäfte begannen«. Es ist dies eine der Konstanten in seinem Leben, die Überzeugung von der Dauerhaftigkeit, auch Unaufhebbarkeit der sozialen Krisen und Kämpfe, über alle geistigen Abenteuer hinweg. Können Dichter die Welt verändern, wird gefragt, und frappierend antwortet er: Nein, das können sie nicht.

Es sind solche Provokationen, neben den anstößigen Stellen in der frühen Dichtung, den Szenen aus Leichenschauhaus und Krebsbaracke, die seine Gegner bis aufs Blut reizen konnten. Egon Erwin Kisch, der rasende Reporter und Spanienkriegsberichterstatter, beschimpft ihn als ästhetischen Aristokraten (was der Gescholtene als Auszeichnung nimmt). Johannes R. Becher, wie er Lyriker des expressionistischen Jahrzehnts, in Moskau vom Saulus zum kommunistischen Paulus gewandelt, klebt ihm das Etikett der schönen Seele an. Benn begegnet dem mit der Miene des trainierten Stoikers, er hat schon ganz andere Vorwürfe eingesteckt. Doch zeigt sich: In seinem künstlichen Stoizismus hat das Konzept einer statischen (entwicklungsfernen) Dichtung sich lange vorbereitet. »Im Tempo jener zärtlichen Langsamkeit«, die ein Notizbucheintrag festhält. Irritiert ist er nur, als sein Flirt mit dem Immoralismus ihm eines Tages zum moralischen Schandfleck wird. Hitlers Machtergreifung mit der Naivität des begeisterten Sportzuschauers begrüßt zu haben wird seinen Ruf für immer ramponieren. Es war seine größte, eine unverzeihliche Dummheit, und sie machte ihn, für den Rest seiner Tage, angreifbar und verletzlich. Er hatte aber auch sein Gewissen belastet, als er denen, die zu den ersten Opfern des Regimes gehörten, die Solidarität aufkündigte in seiner spektakulären Antwort an die literarischen Emigranten.

Man lese noch einmal die Feuerpredigten von 1933 und 1934 – unheimlich allein die Titel *(Der neue Staat und die Intellektuellen* oder *Züchtung),* befremdlicher noch ihr antikisierendes Pathos, dies Geraune von Führerbegriff und dorischer Welt. Es ist Leni Riefenstahls Olympia-Film, vorweggenommen in essayistischer Form. Ein Individualist erlebt, schaudernd vor den entfesselten Gewalten, erstmals die Wonnen des Kollektivs.

Man lese dann aber auch, was derselbe unabhängige und keineswegs völkische Beobachter schon wenig später, den eigenen geistigen Absturz mitbedenkend, notierte. »Ein Volk in der Masse ohne bestimmte Form des Geschmacks, im ganzen unberührt von der moralischen und ästhetischen Verfeinerung benachbarter Kulturländer ... läßt eine antisemitische Bewegung hoch, die ihm seine niedrigsten Ideale phraseologisch vorzaubert, nämlich Kleinbausiedlungen, darin subventionierten, durch Steuergesetze vergünstigten Geschlechtsverkehr; in der Küche selbstgezogenes Rapsöl, selbstbebrüteten Eierkuchen, Eigengraupen; am Leibe Heimatkurkeln, Gauflanell und als Kunst und Innenleben funkisch gegröhlte Sturmbannlieder.« Eine Kultur wird da beschrieben, in der die Blockwarte nachts die Staffeleien kontrollieren, die Gestapo die Ateliers betreut, ein »ästhetisches Sing-Sing«, das »teutonische Kollektiv auf der Grundlage krimineller Sozietät«. Es sind Sätze, die ihren Verfasser den Kopf hätten kosten können, wäre das Konvolut mit der Überschrift *Kunst und Drittes Reich* in die falschen Hände gefallen. Bemerkenswert früh hat dieser Dichter sich den Ärger von der Seele geschrieben, nicht erst im nachhinein, als es vorbei war und mancher, in weniger scharfer Selbstkritik, nach dem Persilschein schielte. Hier war kein Trost mehr zu haben. Der gefallene Dichter erkannte sehr klar, wo hinein er sich da verrannt hatte.

Denn schnell war der Rausch verflogen: Das moderne Ich zu verleugnen hatte wenig Anerkennung gebracht, Vorteile keinen. Eine Lyrik wie seine galt selbst als Entartete Kunst, ein Relikt der verachteten Weimarer Zeit. Man hatte keine Verwendung für ihn, und bald wurde es existenzbedrohend. Er gibt seine Praxis als Kassenarzt auf (Haut- und Geschlechtskrankheiten) und nimmt Zuflucht beim Militär. Seit April 1935 steht er als Sanitätsoffizier in den Reihen der Wehrmacht. Noch erscheint ein Aufsatzband – *Kunst und Macht,* der sein Hin- und Hergerissensein durchblicken läßt, da greift in der SS-Postille *Das Schwarze Korps* das gesunde Volksempfinden den »Selbsterreger« an. Der Name Benn kommt ins Gerede bis hinauf zu Heinrich Himmler, der die Kampagne schließlich abblockt. Der Dichter wird aber aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen – wegen »Nichteignung zum Schriftsteller«, wie es im neuen Aktendeutsch heißt. Im *Völkischen Beobachter* ist von Entgleisungen die Rede, der Autor gilt nun auch offiziell als Ferkel und Pornograph. Er wird, per Anweisung an alle Presseorgane, literarisch für tot erklärt. Von nun an ist seine Isolation vollkommen, er führt ein Leben unter der Tarnkappe, und dieser Zustand hält an, bis das teutonische Sparta in Schutt und Asche liegt, und noch Jahre darüber hinaus.

Gottfried Benn gehörte zu den zweifach Verdammten. Die alliierten Kontrollbehörden hielten das Publikationsverbot mißtrauisch aufrecht. Als er schließlich aus der Versenkung auftaucht, geschieht dies mit einer schmalen Sammlung von 44 Gedichten. Die darin enthaltenen Verse haben alle einen gemeinsamen Nenner, ihr Titel wird zum Programm: Es sollen, geht es nach dem Willen ihres Verfassers, statische Gebilde sein. Der ausgefuchste Eremit war also keineswegs publikationsmüde geworden, im Gegenteil, er hatte sein Comeback mit der äußersten Umsicht des Reklameprofis vorbereitet. In der Weimarer Zeit war er, wie nur wenige seines Fachs, in Presse und Rundfunk beheimatet gewesen. *Statische Gedichte:* Es wäre naiv zu glauben, daß ein Titel, der so unüberhörbar programmatisch klang, nicht seine biographischen Aspekte gehabt hätte.

Auch Stile haben ihre zeitpolitischen und historischen Hintergründe. In diesem Fall war die Rückkehr zu den gemäßigten Formen, das Wiederanknüpfen an die traditionsreiche vierzeilige Reimstrophe einerseits, das temperierte Parlando der freien, von lauter Apropos gesteuerten Zeilen andererseits, Ausdruck einer Resignation vor dem Gang der Geschichte. Menschheitsgeschichte als Bankrotterklärung – doch diese (nicht weiter wichtig genommene) Einsicht wird nun von einem der Untergegangenen des Abendlandes als gewissermaßen fernöstliche Weisheitslehre verkauft, darin besteht die neue Poetik. Der Dichter erklärt, nach allem, was ihm widerfahren ist, und nach den Schwachheiten, die er selbst sich erlaubt hat, aus den Zeitläufen austreten zu wollen. Er peilt eine überzeitliche Sphäre an, in der die Gegenwartsmomente sich wie Gipfel über Fernen hinweg grüßen. Es ist die konservative Wende im Leben des Gottfried Benn.

Der selbstbewußte Avantgardist läßt sich zurückfallen, er gibt den Landschaften Raum und Widerhall im Gedicht, den Jahreszeiten und Blumen, den Göttern Griechenlands und selbst der Liebe. Er weiß jetzt alles darüber, keiner macht ihm mehr etwas vor. Gesucht wird, mit jeder aphoristischen Formel, jedem regelmäßigen Reim, der Ruhepol in den wandernden Wortbedeutungen. Betont wird das Wiederkehrende, das scheinbar Unveränderliche. Benns Gedichte des letzten Lebensdrittels sind Seelenbalsam für die von Krieg und technischem Fortschritt Gebeutelten, die Enttäuschten der Massenkultur. Ihnen ruft er seine Lehre vom *amor fati* zu, sein *Keiner weine*, sein *Erkenne die Lage*.

Das Ich schottet sich ab gegen die Welt und ihre Zumutungen. Das Gedicht ist zum Rettungsanker der Psyche geworden, ein leiser Triumph der Meditation. Antidynamisch ist seine Struktur. Der Magier setzt sie bewußt gegen allerlei neue Trends moderner Lyrik. Auch aus Trotz: Statische Gedichte schreibt, wer dazu verurteilt ist, für die Schublade zu produzieren. Seine Maximen vom verborgenen Leben, augenzwinkernd die Ideale der griechischen Stoiker imitierend, sind Konsequenz dieses Kaltgestelltseins. Statische Gedichte schreibt, wer alles künstlerische Rampendasein aufgeben mußte, die Varietés und die Cafés des Westens. Die revolutionären Zeiten im Asphaltdschungel der zwanziger Jahre lagen hinter ihm, von nun an wird er als soignierter Herr eine Nischenexistenz führen.

Der Autor hat das Dilemma seiner Lage sehr bald erkannt. Nicht ohne Selbstironie vermerkt er die müde Altersmilde, die sich da in den Vers eingeschlichen hat. Das Marktschreierische der expressiven Punk-Phase war verschwunden, mit ihm waren aber auch die raffinierten Dissonanzen dahin, die Wort-Ungetüme, das ganze synästhetische Feuerwerk des Mediziner-Mephisto und Drogenexperten Dr. Benn. Die Stimme ist nun herabgedimmt auf Wohnzimmerlautstärke. Da sitzt einer bei der Lampe auf dem Sofa und beginnt, das Menschenleben zu resümieren. Einer der traurigsten Briefe an seinen Freund Oelze (vom 24. Januar 1936) hält die Verwandlung fest. »Unendliche Scham über meinen Abstieg und zu langes Leben, Über-leben, unendliche Trauer über den Verrat, den ich an mir zu begehn plante, warf mich um.« Er hat noch einmal in den *Gesammelten Gedichten* (Ausgabe von 1927) geblättert, und bestürzt muß er feststellen, auf welchem Tiefpunkt er angelangt ist. »Was für eine ungeheure Fraglosigkeit eigenen Seins, eigener Wurzeln, eigener Früchte; Sicherheit ohne zu zaudern, vielfach: ohne zu wissen; Greifen und Finden, Sehn u. Ausdruck finden ganz für sich allein, in seine eigene, noch nie erschienene, von niemandem geteilte Welt. [...] »Plakat«. »Instrument«. »Psychiater«, wie bin ich blos auf so unglaubliche Vergleiche, Worte, Zusammenstellungen, Erlebnisse gekommen, wie beweglich muss noch alles in mir gewesen sein ...«

Nun aber ist er unter die Statiker gegangen, man könnte auch sagen, er hat sich ausbalanciert, das nervöse Gehirn ist zur Ruhe gekommen. Er hat den Zustand endgültiger geistiger Autonomie erreicht. Wenn die Einteilung im Fall eines Dichters, in dessen Werk die Motive wie Webmuster wiederkehren, überhaupt statthaft ist, dann hatte hier die lyrische Spätphase begonnen. Und gerade die wohltemperierten, elegischen Verse waren es, die seine Popularität begründen sollten. Ein kleines Wunder geschah: Der verstockte Solitär traf auf eine Leserschaft, viele von ihnen Mitläufer von gestern, die sich nun an den Reimereien des Unpolitischen wie an Schlagermelodien berauschte. Die süßen Bitterkeiten des von der Geschichte Enttäuschten versprachen Labung für Gemüter, denen es ähnlich ergangen war und die nun getrost ihren neuen Geschäften nachgehen konnten. Mit den *Statischen Gedichten* und allem, was ihnen noch folgte, war er beim großen Publikum angekommen.

DURS GRÜNBEIN

Der Büchner-Preisträger und Lyriker hat zur Neu-Auflage von Gottfried Benns »Statischen Gedichten« ein Nachwort verfasst, das wir hier im Auszug vorabdrucken

Gottfried Benn: Statische Gedichte
Ausgewählte Gedichte 1937–1947; Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 2011; 96 S., 6,95 €

Angriff der Namenlosen

Unter dem Namen Anonymous attackieren Internet-Aktivisten Firmen-Websites und Regierungen. Wer steckt hinter dieser neuen Form des politischen Protests? VON JÜRGEN ZIEMER

Demonstrationen, Blockaden, Lichterketten – es gibt viele Formen des politischen Protests. Doch was sich vor einigen Wochen im Internet abspielte, hatte mehr mit einem Action-Computerspiel zu tun als mit den traditionellen Formen des zivilen Ungehorsams: *»Let's bomb the fuck out of them!«,* tönte es durch die Kanäle von IRC, einem altmodisch anmutenden Chat-Forums ohne Bilder und schicke Oberflächen. Feuer solle herabregnen, hackte ein anderer in seine Tastatur, und Sekunden später folgte die Zielansprache: *»Target is Mastercard«.* Wie ein wütender Bienenschwarm attackierten Internet-Protestler die Websites von Kreditkartenfirmen. Die Unternehmen hatten aus politischen Gründen die Zusammenarbeit mit WikiLeaks gestoppt und Gelder eingefroren. Die Aktivisten wollten nun ihrem Helden Julian Assange zur Seite springen, für die Freiheit der Information kämpfen – und es einmal richtig krachen lassen. Alle hatten sich deshalb eine spezielle Software heruntergeladen, die Low Orbit Ion Cannon. Deren Bedienung ist einfach: Internetadresse des Ziels eingeben, einen grimmigen Kommentar dazutippen und entscheiden, ob der Angriff einzeln oder im koordinierten Schwarm-Modus erfolgen soll. Die Websites von Visa und Mastercard hielten dieser DDoS-Attacke (Distributed Denial of Service, das koordinierte Lahmlegen eines Datendienstes) durch gezielte Anfragen nicht lange stand und kollabierten. Der Name der Gruppe, die sich hinter diesen Attacken verbirgt: Anonymous.

Letzte Woche legten sich die Namenlosen mit Sony an. Der Konzern hat den Amerikaner George Hotz und den Deutschen Alexander Egorenkov verklagt, weil sie den Kopierschutz der Playstation 3 umgangen hatten. Der Streitwert im Fall des deutschen Hackers soll sich auf eine Million Euro belaufen. Empörte Playstation-Benutzer, Copyright-Aktivisten und antikapitalistische Spaßvögel brachten daraufhin Seiten wie sony.com und playstation.com zum Absturz. Die Angriffe gegen das Playstation-Netzwerk PSN wurden allerdings abgebrochen. Viele Mitglieder von Anonymous und ihr Umfeld sind selbst leidenschaftliche Spieler. »Wir haben unsere Aktion für eine Weile ausgesetzt, bis wir eine Methode gefunden haben, die keine schweren Auswirkungen auf Sony-Kunden hat«, heißt es in einem eilig nachgeschobenen Manifest. Eine andere Anonymous-Gruppe will nun die CEOs und die mit den Fällen betrauten Anwälte von Sony attackieren. Der Riesenstapel Pizza, der vor einigen Tagen an die Adresse von Jack Trenton geschickt wurde, dem US-Chef von Sony, war vermutlich erst der Anfang.

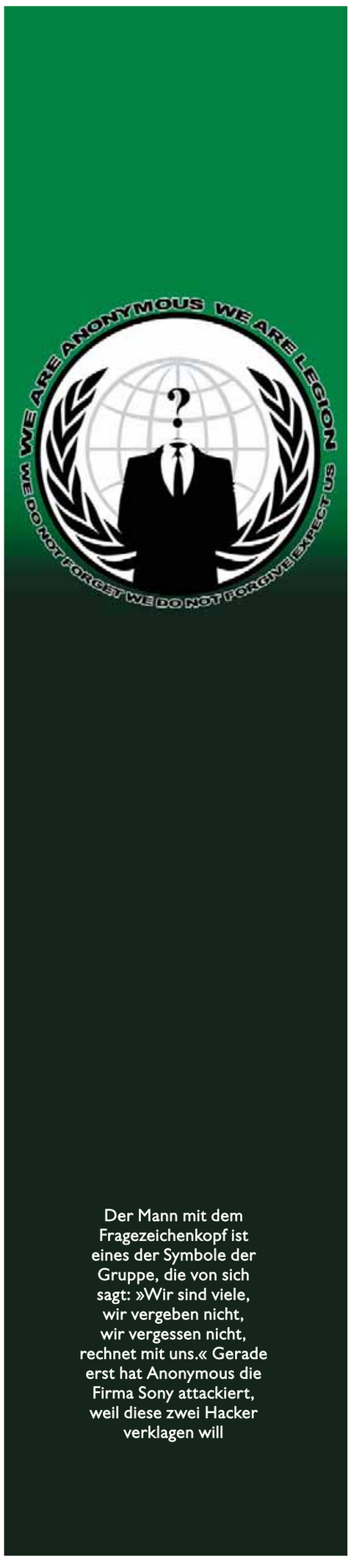
Doch wer steckt hinter Anonymous? Der 16-jährige Computer-Nerd von gegenüber, die frustrierte Hausfrau von nebenan? Man muss kein Hacker oder Computerexperte sein, um an den Operationen teilzunehmen. Wer die Revolutionen in Tunesien, Ägypten und Libyen in den Medien verfolgt, entwickelt schnell den Wunsch, zu helfen – im Rahmen der eigenen Möglichkeiten. Und in den einschlägigen Foren von Anonymous gibt es immer etwas zu tun: *Überlebensführer für Bürger in einer Revolution* wollen verfasst und ins Arabische übersetzt werden. Und irgendjemand muss den Libyern erklären, wie man Videos editiert und auf YouTube lädt. Attacken auf die Websites despotischer Regimes finden ebenfalls statt. Ein großer Teil der Klientel von Anonymous liebt es offensichtlich, einfach mal die iranische Regierung anzugreifen, zumindest deren Präsenz im Netz. Die Überzeugung, dass Politik Spaß machen muss, wird bei Anonymous großgeschrieben: *We did it for the lulz* – »Wir haben es aus Schadenfreude getan« – ist ein beliebtes Motto.

Wann genau Anonymous zu einem Internet-Phänomen wurde, ist schwer zu sagen. Die Wurzeln liegen auf dubiosen Websites wie 4Chan, einer Mischung aus Pirateninsel und Internetforum. »Die Welt von 4Chan ist dunkel und seltsam, wie das Innenleben eines verwirrten Provinz-Teenagers um 3 Uhr morgens«, schreibt *Spiegel Online* treffend. Kaum jemand macht sich hier die Mühe, ein eigenes Pseudonym zu wählen, fast jeder heißt »Anonymous«. Anfang 2008 erreichte die Bewegung erstmals eine globale Öffentlichkeit: Ein Interview mit Tom Cruise aus dem Propaganda-Fundus von Scientology war illegal auf YouTube gepostet worden und musste auf Betreiben der Sekte wieder entfernt werden. Der Anonymous-Schwarm erkannte darin einen Verstoß gegen die Informationsfreiheit und erklärte Scientology in einem dramatischen Video den Krieg. Unterlegt von unheimlichem Heulen, bebildert mit schnell vorüberziehenden Wolken, drohte eine überhebliche Computerstimme, man werde die Sekte zerstören: »zum Wohl eurer Anhänger, zum Wohl der Menschheit und zu unserem eigenen Vergnügen«.

Der Kampf gegen Scientology dauert bis heute an und umfasst ein breites Spektrum von Aktionen, die sich bisweilen jenseits der Legalität bewegen, etwa das Veröffentlichen von detaillierten Dossiers zu hochrangigen Mitgliedern der Sekte. Doch es gibt auch regelmäßige Demonstrationen vor den »Kirchen« von Scientology. Bei solchen Gelegenheiten tragen die Aktivisten eine Guy-Fawkes-Maske, die aus der Comic-Verfilmung *V wie Vendetta* stammt und zu einer Art Markenzeichen wurde. Der düstere Science-Fiction-Film scheint ohnehin eine Quelle der Inspiration zu sein, etwa wenn der mysteriöse Freiheitskämpfer V das von einer faschistischen Regierung unterdrückte Volk am Ende mit der gleichen Verkleidung ausstattet, die er selber trägt. Eine friedliche Armee von anonymen Einzelnen überrennt daraufhin alle Sperren des Regimes – die Demokratie hat gesiegt!

Von klassischen Protestformen, den Castor-Blockaden und Stuttgart-21-Demos, unterscheidet sich Anonymous durch ein anderes Kulturverständnis und eine andere Bildsprache. Anonymous setzt auf eine durchgehend dunkle Ästhetik. Die Videobotschaften verbinden Science-Fiction-Elemente mit der Coolness von Musikclips. »Das Anonymous-Symbol, die Figur, die anstatt eines Kopfes ein Fragezeichen über den Schultern trägt, ist in seiner Doppeldeutigkeit aufschlussreich«, sagt der Kölner Medienwissenschaftler John Seidler, der über dieses Thema promoviert. »Das Fragezeichen steht keinesfalls bloß für die Anonymität als Säule der Bewegung. Anonymous ist eine Organisation ohne spezifische Agenda, ohne Oberhaupt und auch ohne sichtbare Strukturen und Hierarchien. Die hieraus entstandene Protestkultur zeichnet sich dadurch aus, dass sie, zumindest bis heute, praktisch nicht antizipierbar ist.«

Die Unvorhersehbarkeit entsteht, weil in den Projekten sehr unterschiedliche Menschen zusammenkommen. Es gibt engagierte Studenten und Globalisierungskritiker, aber auch rüde Spaßvögel und Provokateure, die man im Internet »Trolle« nennt. Kaum einer kennt den anderen, politische Begriffe wie links und rechts spielen keine besondere Rolle – jeder entscheidet für sich, welche Operation er unterstützt. Deshalb wird in den einschlägigen Foren permanent diskutiert, geplant und entworfen. »Aber nur wenn sich Leute wirklich hinsetzen und Dinge tun, passiert etwas«, erklärt ein »Anon« aus Berlin. »Bei Projekten wie Leakspin (der Verbreitung von WikiLeaks-Dokumenten, *Anm. d. Red.)* haben sich genug Unterstützer gefunden. Entsprechend schnell sind Internetseiten entstanden, wurden Flyer gedruckt und Demonstrationen angemeldet.« Der virtuelle Protest aus dem Netz materialisiert sich eben manchmal auch auf der Straße.



Der Mann mit dem Fragezeichenkopf ist eines der Symbole der Gruppe, die von sich sagt: »Wir sind viele, wir vergeben nicht, wir vergessen nicht, rechnet mit uns.« Gerade erst hat Anonymous die Firma Sony attackiert, weil diese zwei Hacker verklagen will

Abb.: Anonymous; (r.) Anna-Lena Zintel

Neben dem Kampf für die Freiheit der Information spielen bei Anonymous allerdings auch boshafte Streiche eine wichtige Rolle. Als der Teen-Popstar Justin Bieber die Fans auf seiner Homepage fragte, in welchem Land er als Nächstes auftreten solle, sorgte Anonymous für ein eindeutiges Votum: Nordkorea. Die New Yorker Kulturanthropologin Gabriella Coleman, eine Kennerin der Szene, findet es dennoch ungerecht, wenn Journalisten zu dem »rhizomatischen«, wurzelgeflechtartigen Phänomen Anonymous nichts anderes einfällt als abgedunkelte Chat-Räume voller Geeks und Nerds. In *The Atlantic* beschreibt sie, wie 31 Menschen mithilfe der Text-Software »Pirate Pad« kollektiv und diszipliniert an einem Flugblatt arbeiteten – 16 davon gleichzeitig.

Einen großen Coup landete Anonymous mit der Kompromittierung der amerikanischen Sicherheitsfirma HBGary Federal. Deren Geschäftsführer Aaron Barr hatte versucht, über Facebook und Twitter Informationen zu angeblichen Aktivisten zu sammeln. Doch bevor Barr seine Ergebnisse an das FBI verkaufen konnte, brachen Hacker in das System der Firma ein. Neben 50 000 internen Mails und dem mageren Dossier über Anonymous erbeuteten sie auch eine von der Bank of America in Auftrag gegebene Studie über die »Bedrohung WikiLeaks«, die umgehend ins Netz gelangte. Auf der Website von HBGary hinterließen die Hacker eine Nachricht, die Aaron Barr zum Gespött der ganzen Sicherheitsbranche machte: »Sie haben den Anonymous-Bienenstock bedroht, jetzt werden Sie gestochen.«

Was ein wenig an Bubenstreiche erinnert, ist aber strafbar. Selbst wenn keine Daten entwendet werden, gelten zum Beispiel DDoS-Attacken auch in Deutschland als Computersabotage und somit als Straftat. Der Chaos Computer Club lehnt sie ab, selbst unter Anonymous-Anhängern sind sie bisweilen umstritten. »Die gegnerische Partei mundtot zu machen, wenn auch nur für ein paar Stunden, finde ich falsch«, sagt ein Aktivist.

Man kann in solchen Aktionen aber auch die moderne Version einer Sitzblockade erkennen. Die Angriffe auf die Kreditkartenfirmen trafen nicht deren operatives Geschäft, sondern nur die repräsentativen Websites; der wirtschaftliche Schaden blieb überschaubar. Ob es sich also um ernsthaften politischen Protest oder um einen Robin-Hood-Kick für gelangweilte Kids handelt, lässt sich nur individuell entscheiden. Doch so viel ist klar: Die viel zitierte Generation Facebook mit ihrem »Gefällt mir«-Aktivismus ist erst der Anfang. Anonymous verkörpert in seiner neuen, komplexen Vielheit das, was die Theoretiker Antonio Negri und Michael Hardt als »Multitude« definieren: »Singularitäten, die gemeinsam handeln«. Ein Gut oder Böse gibt es dabei nicht. Sie können Themen aufgreifen, die uns am Herzen liegen, aber auch Dinge bekämpfen, die uns lieb und teuer sind. Unser Verständnis von Protest und Politik wird sich dadurch möglicherweise entscheidend verändern. Denn wie steht es so treffend unter jedem Manifest: *»We are Anonymous. We are legion. We do not forgive. We do not forget. Expect us.«*

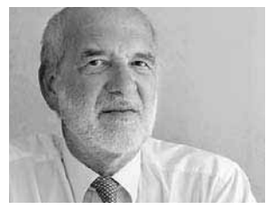
Künstler der Übertreibung

Zum Tode André Müllers, dessen berühmte Interviews Literatur waren

André Müller, der jetzt im Alter von 65 Jahren gestorben ist, war kein Journalist, sondern ein Künstler, und seine berühmten Interviews, von denen viele in der *ZEIT* erschienen sind, hatten mit dem, was tagaus, tagein als Routine des Fragens und Antwortens abläuft, wenig zu tun. Eher glichen sie verzweifelten Nahkämpfen, radikalen Entblößungsdramen. Immer ging es um das Letzte, um alles, und manchmal hatte es den Anschein, als wäre der Interviewer Beichtvater und Inquisitor zugleich. Im Vorwort zu einer Sammlung seiner Interviews jedoch schreibt André Müller: »Man hat behauptet, ich hätte eine vampirische Lust, aus anderen Menschen das Letzte herauszuholen. In Wahrheit war ich es, der sein Blut gab.« An diesem schrillen Satz schon sieht man Müllers Abneigung gegen das Wohltemperierte und Konventionelle, und er wird noch deutlicher, wenn er fortfährt: »Ich habe in den anderen immer nur mich selbst vorgefunden, meine Not, meine Verzweiflung, mein Genuss am Absurden. Meine Interviews sind der durch die Anwesenheit wechselnder Partner gestörte Versuch, mit mir selbst zu sprechen.«

Aber diese Bemerkung gehört zu den Übertreibungen, die Müller liebte (er war ja auch ein Übertreibungskünstler und glich darin Thomas Bernhard, den er überaus schätzte). Denn die mehr als 150 Gespräche, die er mit bekannten Schriftstellern, Malern, Schauspielern, auch Politikern führte, waren immer auch Porträts, aber eben nicht solche, wie man sie etwa aus dem Fernsehen kennt, wo die Person in ihrer üblichen Rüstung erscheint. Müllers Porträts glichen den Gemälden von Francis Bacon. Sie zeigten den Schmerz, den Selbstzweifel, die Angst vor dem Tod, existenzielle Empfindungen also, die auch jenen nicht fremd sind, die wir prominent nennen, auch wenn zur Prominenz üblicherweise gehört, dass man derlei verbirgt. Elfriede Jelinek, die aus einem ähnlichen Geist der Schonungslosigkeit kommt, hat in ihrem Nachruf auf André Müller kategorisch gesagt, bei seinen Gesprächen handele es sich um nichts anderes als um Literatur, und daran ist richtig, dass die Wahrheit der Literatur tiefer und zugleich fragender, auch fragwürdiger ist als die des Journalisten, der ja nicht eigentlich das Wahre, sondern das Zutreffende sucht.

NACHRUF



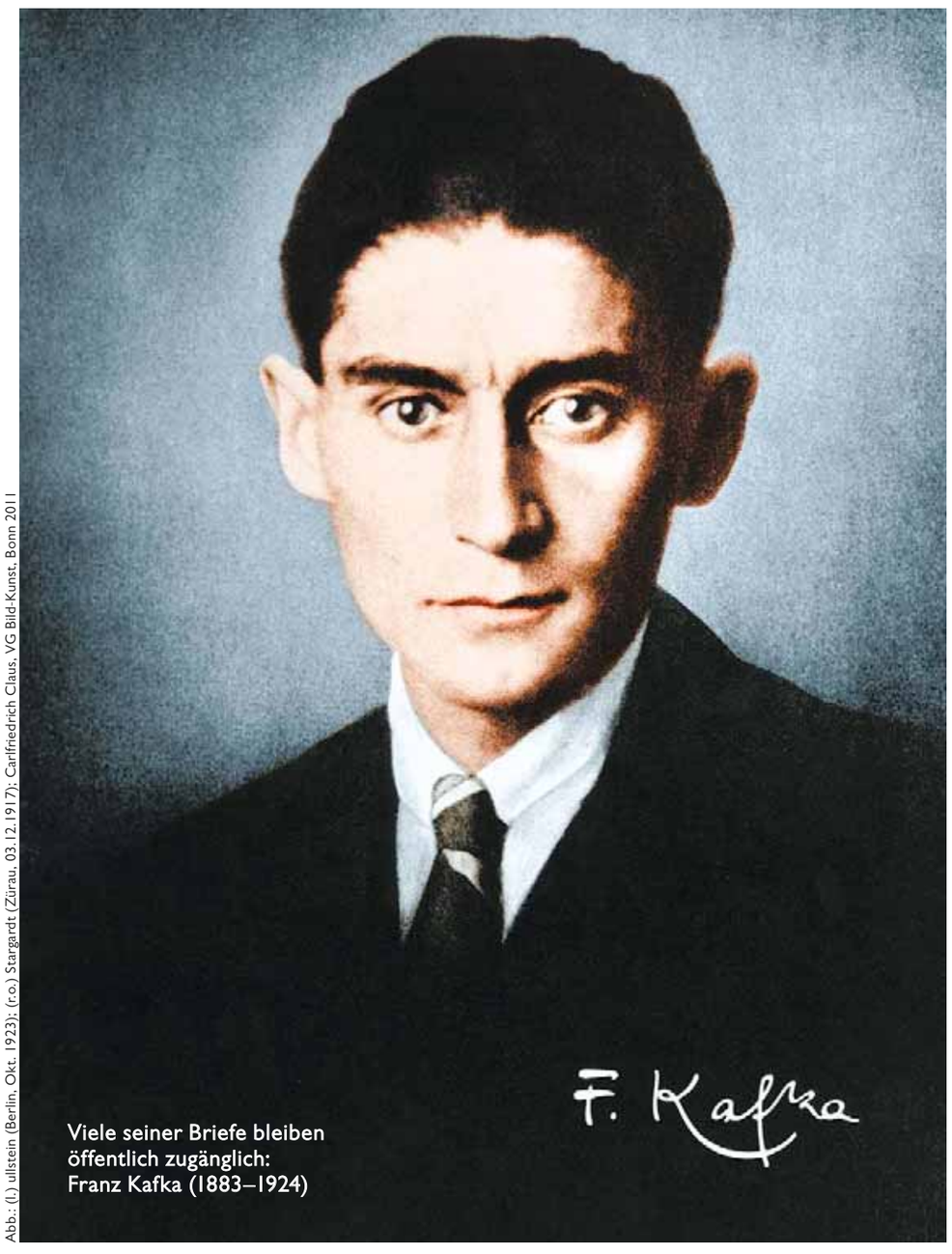
André Müller
* 1946
† 10. April 2011

Einige Interviews von André Müller haben Skandale provoziert, 1988 etwa das berühmte mit Claus Peymann, damals Wiener Burgtheaterdirektor, das fast eine Staatskrise auslöste. Das radikalste aber hat er mit seiner eigenen Mutter geführt, in dem man lesen konnte, dass sein Vater ein französischer Soldat war, der die Mutter vergewaltigt hatte. »Schämst du dich, mich geboren zu haben?«, fragt er, und sie antwortet: »Im Gegenteil, das war vielleicht das einzig Wichtige in meinem Leben.«

André Müller war lange Jahre Mitarbeiter der *ZEIT,* und einmal habe ich ihn in München besucht, wo er, in Wien aufgewachsen, die längste Zeit lebte. Wir saßen in irgendeiner Kneipe, aßen und tranken und redeten, und nach einer Weile fiel mir auf, dass ich ihm persönliche Dinge erzählte, die ich normalerweise für mich behalte. Er hatte die verblüffende Fähigkeit, sein Gegenüber redselig zu machen und gewissermaßen zu öffnen, was daher kam, dass er selber ganz unverhüllt und offen auftrat. Er war wohl alles in allem kein glücklicher Mensch. Aber seit wann zählen Künstler zu den glücklichen Menschen? ULRICH GREINER

»Stumm, verbissen, geheimabsichtlich«

Die große Kafka-Auktion wurde zum Glück abgesagt. Für Sammler gibt es aber noch einige Briefe des Dichters zu ersteigern VON STEFAN KOLDEHOFF



Viele seiner Briefe bleiben öffentlich zugänglich: Franz Kafka (1883–1924)

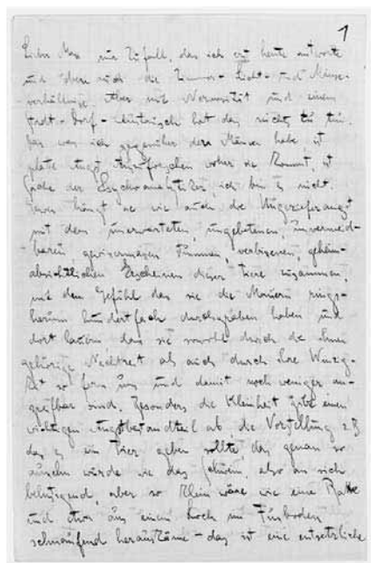
Abb.: (l.) ullstein (Berlin, Okt. 1923); (r.o.) Stargardt (Zürau, 03.12.1917); Carlfriedrich Claus, VG Bild-Kunst, Bonn 2011

Was das auf Autografen spezialisierte Berliner Auktionshaus Stargardt in der kommenden Woche hätte verdienen können, ist kein Geheimnis. Die Auktionsbedingungen stehen in jedem Katalog, den das 1830 gegründete Unternehmen herausgibt. »Der Käufer hat auf den Zuschlagspreis ein Aufgeld von 24 % zu entrichten, in dem die Umsatzsteuer enthalten ist«, kann man dort lesen – und gleich zu rechnen beginnen. 500 000 bis 800 000 Euro hätte das Konvolut jener 111 Briefe und Karten kosten sollen, die Franz Kafka zwischen September 1909 und Januar 1924 an seine Lieblingsschwester Ottilie schrieb, die er Ottla nannte. Das knappe Viertel dieses Preises, das Stargardt zustand, hätte 120 000 bis 200 000 Euro betragen – wahrscheinlich wäre es sogar mehr geworden. Kafka-Briefe sind gesucht und selten, deshalb haben in der Vergangenheit Sammler schon für eine einzelne Dichterepistel hohe fünfstellige Summen ausgegeben.

Die für den 18. April angesetzte Auktion wurde abgesagt. Vermittler wie der Leiter der Kafka-Forschungsstelle an der Universität Wuppertal, Hans-Gerd Koch, sorgten dafür, dass die Ottla-Briefe auch künftig als Konvolut der Öffentlichkeit erhalten bleiben – als gemeinsamer Besitz der Bodleian Library in Oxford und des Deutschen Literaturarchivs in Marbach, wo sie künftig gelagert werden. Beide besitzen gemeinsam rund achtzig Prozent der erhaltenen Kafka-Manuskripte und -Korrespondenzen. Vorausgegangen war dem Coup eine Arbeitsteilung: Während Koch hinter den Kulissen verhandelte, ließ der Marbacher Direktor Ulrich Raulff – ehemals Journalist – kaum eine Gelegenheit aus, medienwirksam zu verkünden, dass in seinem Haus für einen Kafka-Ankauf leider kein Geld vorhanden sei. Tatsächlich waren ihm die Briefe schon angeboten worden, bevor ihre Besitzer sie zur Auktion einlieferten – und das, wie Raulff zugesteht, »zu durchaus vernünftigen Konditionen«.

Als schließlich auch namhafte Forscher einen Ankauf aus öffentlichen Mitteln forderten, formierte sich endlich eine breite Allianz aus öffentlichen und privaten Sponsoren: Der Bund, die Kulturstiftung der Länder, das Land Baden-Württemberg, aber auch private Geldgeber wie die Holtzbrinck-Gruppe, zu der neben der *ZEIT* auch Kafkas deutscher Verlag S. Fischer und die britische Macmillan Group gehören, sicherten den Ankauf für Oxford und Marbach. Offiziell wurde über den Ankaufspreis und die Entschädigung, die Stargardt für die abgesagte Auktion erhielt, Stillschweigen vereinbart. Inoffiziell ist von einer Million Euro die Rede.

»Sie dürfen davon ausgehen«, sagt lachend Wolfgang Mecklenburg, dessen Familie das Auktionshaus Stargardt seit 125 Jahren gehört, »dass alle Beteiligten, auch wir, sehr zufrieden mit den Ergebnissen der Verhandlungen sind.« Außerdem kann er in der kommenden Woche durchaus weitere Kafka-Handschriften anbieten, die nicht zum vorab verkauften Ottla-Konvolut gehören. Auf 6000 Euro ist ein kleines Billet aus dem September 1914 geschätzt, auf dem der Dichter seinem engen Freund Felix Weltsch erklärt, warum er ihn noch nicht in seiner neuen Wohnung besucht hat. Und es gibt einen ausführlichen Brief vom Dezember 1917, in dem Kafka gegenüber seinem Freund und Vertrauten Max Brod auf vier Seiten seine panische »platte Angst« vor Mäusen beschreibt: »Gewiss hängt sie wie auch die Ungezieferangst mit dem unerwarteten, ungebetenen, unvermeidbaren, gewissermaßen stummen, verbissenen, geheimabsichtlichen Erscheinen dieser Tiere zusammen, mit dem Gefühl, dass sie die Mauern ringsherum hundertfach durchgraben haben und dort lauern, dass sie sowohl durch die ihnen gehörige Nachtzeit als auch durch ihre Winzigkeit so fern uns und damit noch weniger angreifbar sind.«



Die erste Seite aus einem Brief von Franz Kafka an seinen Mentor und Schriftstellerkollegen Max Brod

Wer bei der Auktion der Briefe an Ottla Kafka am Ende nicht zum Zuge kommen sollte, hat eine Reihe anderer Möglichkeiten, Kafka-Autografe zu erwerben. Schon am Freitag dieser Woche kommt bei Bassenge in Berlin eine private Sammlung wertvoller Erstausgaben zum Aufruf, zum Beispiel die erste Separatausgabe der *Betrachtung* von 1912 für 6000 Euro. Eingeliefert hat die Sammlung dem Vernehmen nach ein niederländischer Kafka-Forscher, der seit Langem in Israel lebt.

Außerdem bietet schon seit acht Jahren das Wiener Antiquariat Inlibris den schriftlichen Nachlass von Robert Klopstock an – darunter Manuskripte von Klopstock und seiner Frau, Korrespondenzen mit Werfel, Einstein, Thomas Mann und anderen, aber eben auch 38 teils unveröffentlichte Briefe Kafkas an seinen Arzt und Freund, die ein aufwendiges Katalogbuch (65 Euro, www.inlibris.at) dokumentiert. 1,2 Millionen Euro nennt Geschäftsführer Hugo Wetscherek als Preis für dieses Konvolut, an dem auch Marbach einmal interessiert gewesen sei. Dort verhandelt man zudem seit Längerem mit den Erben von Grete Bloch über jene Briefe, die Kafka ihr zwischen 1913 und 1914 schrieb.

Schließlich gibt es auch noch jene 600 Briefe und Postkarten von Kafka an seine Verlobte Felice Bauer, die im Juni 1987 ein europäischer Sammler bei Sotheby's in New York für 605 000 Dollar gekauft hat. Sie gelten seither als verschwunden und stehen der Forschung nicht mehr zur Verfügung. Dass auch dieses Konvolut eines Tages auf dem Markt auftauchen wird, ist nicht ausgeschlossen. Marbach sollte schon einmal Rücklagen bilden.

»Gärende, lichtbrodelnde Figuren«

Carlfriedrich Claus war einer der wundersamsten Künstler des 20. Jahrhunderts. Jetzt wird er in Berlin geehrt VON ALEXANDER CAMMANN

So einen wie ihn kann es eigentlich nicht gegeben haben, zumindest wenn man jenes geistig-ästhetische Koordinatensystem benutzt, mit dem das 20. Jahrhundert üblicherweise vermessen wird. Carlfriedrich Claus gehört zu den genialen Randgestalten der Kulturgeschichte, die ab und an auftauchen und ihr eigenes Koordinatensystem erfinden. Geboren 1930 im erzgebirgischen Annaberg, gestorben 1998 in Chemnitz, bietet dieser sächsische Autodidakt, Lautpoet, Zeichner, Sprachkünstler und -denker, utopischer Kommunist und universal gebildeter »Existenz-Experimentator« (Claus) reichlich Stoff für Künstlerlegenden – und für eine eindrucksvolle Ausstellung, die gerade in der Berliner Akademie der Künste am Pariser Platz eröffnet wurde.

Mitten in nazideutscher Provinz entdeckt der Junge durch seine Eltern, die eine Kunst-und-Schreibwaren-Handlung besaßen, die verfemten Künstler Klee, Picasso, Léger, Kandinsky. Schriften und Sprachen faszinieren ihn; alsbald beherrscht der Knabe das hebräische und kyrillische Alphabet – während der Vernichtungskrieg seines Landes tobt. Als in den fünfziger Jahren der sozialistische Realismus zur ästhetischen Doktrin in der DDR wird, mit glücklichgesunden Proletariern als beliebtestem Bildmotiv, veröffentlicht der 25-jährige Einzelhandelskaufmann einen Aufsatz, in dem er Picasso gegen SED-Kunstideologen verteidigt: Deren Formalismus-Bannfluch sei eine »mit geschlossenen Augen vorgenommene Charakterisierung«, die zu einer »falschen Einschätzung aller Kunstwerke führen muß«. Unerhörte Worte eines Unbefugten; der Chefredakteur muss seinen Hut nehmen. Claus arbeitet derweil im elterlichen Geschäft und verfertigt in den Pausen sein *Automatisches Tagebuch:* intuitiv auf Blätter hingeworfene Bleistiftlinien als Ausdruck von Bewusstseinsströmen. Mit einem Tonbandgerät zeichnet er erste lautpoetische Versuche auf. Später versucht die Staatssicherheit seine Sprachbilder zu entziffern, weil sie hinter den mit Minischrift überzogenen Blättern verschlüsselte Botschaften vermutet. Noch in den siebziger Jahren drängen ihn die Behörden zur Ausreise, wogegen sich Claus empört wehrt.

Der mönchische Einsiedler bleibt in seiner mit Büchern vollgestopften Höhle, über ihm der Saal des Kinos Gloria, unter ihm das Kesselhaus der Ölheizung. Er gehört schließlich zur misstrauisch beäugten, von 1977 bis 1982 existierenden unabhängigen Künstlergruppe Clara Mosch. Ausstellungen werden möglich, er ist kein Geheimtipp mehr. Nach 1989, im vereinten Deutschland, kommt dann der Ruhm, mit Bundesverdienstkreuz und dem Auftrag zur Mitgestaltung des umgebauten Reichstags.

Heute ist seine kunstgeschichtliche Rolle festgelegt: der bedeutende Avantgardist und mythische Außenseiter in der DDR, mit einem zwischen den Künsten angesiedelten schwierigen Werk, im schärfsten Gegensatz zur prominenten Leipziger Schule. Doch trotz Kanonisierung bleibt Carlfriedrich Claus immer noch ein weithin Unbekannter, selbst der Kenner erlebt in der Berliner Ausstellung Überraschungen: Neben frühen Gedichten, notiert in Wirtschaftsbüchern, werden erstmals seine Fotografien aus den frühen fünfziger Jahren gezeigt, vorwiegend Naturstudien sowie vom Surrealismus inspirierte Licht-Schatten-Übungen, die bereits Begabung verraten. Überraschend ist auch die Rekonstruktion des *Lautprozess-Raums,* den Claus 1995 in Chemnitz verwirklicht hat: Sein Schnalzen, Stöhnen, Atmen, Quietschen dringt aus Lautsprechern, von den Besuchern via Bewegungsmelder beeinflussbar. Claus' Erproben der akustischen Möglichkeiten der menschlichen Stimme hatten ihn zu einem Hauptvertreter der Lautpoesie werden lassen.

Die anderen Räume zeigen, wie unvorstellbar nach unseren festgefahrenen Interpretationsmustern seine künstlerischen Anfänge sind. Ist das Sachsen oder doch New York? Zu einer Zeit, in der Willi Sitte und Walter Womacka ihrem fleischlichen Realismus frönten, erfand hier jemand mit Feder und Tusche filigrane, mysteriöse Zeichenlandschaften, beidseitig auf transparentem Papier, dabei oft mikroskopische Buchstaben aneinanderreihend: wunderschöne phantasmagorische Gebilde, die Claus' strengem ästhetischen Programm folgen. Claus studierte intensiv die *Kabbala* und Paracelsus; wesentliche Impulse verdankte er dem Werk des Philosophen Ernst Bloch. Nachts dann setzte er in Trance zeichnerisch um, was an Fantasielandschaften in seinem Kopf entstanden war. Sein Hauptwerk, der Zyklus *Geschichtsphilosophisches Kombinat* (1963), entstanden nach Bloch-Lektüre, verweist auf eine erträumte alternativkommunistische Zukunft: mäandernde Zeichenstrukturen, in denen ab und an Augen und Formen aufscheinen.

»Nach der Schlacht bei Frankenhausen ...« von 1966 – eine Tuschezeichnung von Claus

In Plexiglas gesetzt, sind in der Ausstellung die zahlreichen großartigen beidseitigen Sprachblätter aus den sechziger und siebziger Jahren betrachtbar – eine andere Aura als damals, als Claus die Blätter mit Wäscheklammern befestigte, wenn er sie aus seinen Aktentaschen herausgeholt hatte. Violett leuchtet der *Stadtguerillero* (1971), düster grau trauert das *Todesblatt, im memoriam H.C.* (1969), entstanden nach dem Tod seiner Mutter; es tobt der wirbelnde blaue Malstrom des Bildes *Nach der Schlacht bei Frankenhausen, nach Thomas Müntzers Tod; die Idee aber der kommunistischen Revolution lebt weiter* (1966).

Dieser absonderliche Einzelgänger war ein großer Kommunikator. 22 000 Briefe sind überliefert; es gibt Korrespondenzen mit Raoul Hausmann, dem visuellen Poeten Franz Mon, mit Bloch und sogar mit dem Picasso-Galeristen Daniel-Henry Kahnweiler. Claus holte sich die Welt nach Annaberg und transformierte sie in sich: »Sehen Sie die gärenden, lichtbrodelnden Figuren, die halbgeöffneten Türen, zu Räumen in uns, die darauf warten, von uns betreten, durch uns real zu werden?« Auf staunenswerte Weise ließ er sie Wirklichkeit werden.

»Geschrieben im Nachtmeer«, bis zum 5. Juni in der Berliner Akademie der Künste. Das schöne großformatige Magazin zur Ausstellung kostet 8 Euro

Die Himmelsmama und ihr Michael – eine Szene aus »Düfte-Zeichen«, gesungen von Leonard Aurisch (links) und Noa Frenkel

Foto: (Ausschnitt) Klaus Lefebvre

Hängematte im Himmel

Gut drei Jahre nach dem Tod des Komponisten wagt die Kölner Oper die szenische Uraufführung von Karlheinz Stockhausens monumentalem »Sonntag« VON CLAUS SPAHN

Am Sonntag herrschen Ruhe und Frieden. Man singt Gottes Lob und feiert. So ist es auch bei Karlheinz Stockhausen. Mit seinem 29 Stunden dauernden Riesenopus *Licht* hat er das größte Musiktheaterkunstwerk aller Zeiten geschaffen. Es ist in sieben Teile gegliedert, die den sieben Wochentagen gewidmet sind. Am Ende steht der Sonntag. Wenn er anbricht, haben alle Erzählungen vom Werden und Vergehen der unheil- und segenstiftenden Kräfte ihren glücklichen Ausgang genommen. Alle kosmischen Konflikte sind beigelegt. Die dunkle Macht Luzifers hat ihren Einfluss verloren. Es kommt zur mystischen Vereinigung zwischen der Urmutter Eva und dem Lichtbringer Michael. Und Stockhausen, der Großkomponist des 20. Jahrhunderts, greift zur Feier des Tages noch einmal mächtig in die Himmelsharfe: Vielsprachig singende Engelschöre strömen herbei. Klänge verbinden sich mit Räucherdüften. Die Wunder der Schöpfung werden einzeln aufgerufen und besungen, das Kristall wie das Maiglöckchen, die Schwalbe wie das Flusspferd, Mutter Teresa und der heilige Franziskus und die fernsten Monde. Zu guter Letzt finden Solisten, Orchester, Chor und Tänzer in einer alles einenden Versöhnungshochzeit zusammen.

Gähnt einem aber am Sonntag nicht immer auch die Langeweile entgegen? Glückseligkeit und Schläfrigkeit liegen nahe beieinander. Am Tag des Herrn passiert nichts Aufregendes. Das ist auch das Problem in Stockhausens *Licht*-Zyklus: Der letzte Tag ist der theatralisch unergiebigste. Er kreist nur noch um seine eigene Feierlichkeit. Wahrscheinlich hat es deshalb so lange gedauert, bis jemand bereit war, den *Sonntag* szenisch uraufzuführen. Die einzelnen Szenen hatte der vor dreieinhalb Jahren verstorbene Komponist noch selbst aus der Taufe gehoben. Zu einer Gesamtaufführung war es nie gekommen. Die hat nun die Kölner Oper gestemmt, gemeinsam mit der Musikfabrik, einem der besten deutschen Ensembles für Gegenwartsmusik, und den Regisseuren von der katalanischen Theatertruppe La Fura dels Baus.

Der Lichtschimmel hängt am Kran, das Publikum ruht in Liegestühlen

Es war die kapitalste und gewiss auch teuerste Musiktheaterpremiere der Saison – zwei Abende mit jeweils drei Stunden Aufführungsdauer. Für Stockhausen-Aufführungen braucht man eigens konzipierte (und in *Sonntag* sogar synchron bespielbare) Räume, Chöre und Musikelektronik, Sängersolisten, Tänzer und hoch spezialisierte Instrumentalisten. Die La-Fura-Leute haben in den Hallen des Staatenhauses auf dem Kölner Messegelände den Bühnenboden unter Wasser gesetzt und an Videobeamern und computeranimierten Grafiken in 3-D nicht gespart. Sie haben einen Lichtschimmel am Kranausleger durch die Luft reiten lassen und Tänzer in Himmelshängematten unter die Decke gehängt. In der ersten Szene des ersten Abends durfte das Publikum in formschönen weißen Liegestühlen Platz nehmen. In der letzten Szene des zweiten Abends flanierte es über einen rundum beschallten Rummelplatz mit mannigfachen multikulturellen Tanz- und Ritualdarbietungen. Und doch steht am Ende die ernüchternde Erkenntnis: Für die Bühne taugt das Werk nicht. Zu statisch und oratorisch ist das finale Hosianna in seiner Gesamtstruktur angelegt, da können die Klänge noch so raffiniert im Raum wandern. Zu litaneihaft von oben herab fällt der Verkündigungston aus. Und der Abstand ist einfach zu groß zwischen den Beschwörungsritualen in erdenfernen Sphären und der realen Menschenwelt hier unten, als dass man sich als Hörer dazu in Beziehung setzen könnte. Es sei denn, man ist Stockhausen-Jünger und glaubt von Herzen an die frohen Botschaften.

Wer den monomanischen Heilsbringergestus kritisiert, muss im nächsten Moment gerechterweise einräumen, dass die Musik in *Licht* aber ganz großartig geraten ist. Stockhausen war ein überragender Herrscher im Reich der Töne. Er besaß ein Ohr von bestechendem Feinsinn, geniales Raumklangempfinden und das Genie des ingenieurhaft präzisen Klangkonstrukteurs. Den gesamten *Licht*-Zyklus hat er aus seiner berühmten Superformel abgeleitet, und es gibt keine Partiturseite, die nicht bis in die letzte Konsequenz zu Ende gedacht wäre. Diese Souveränität teilt sich jenseits aller Details in einer Gelassenheit seiner Musik im Großen und Ganzen mit. So ehrgeizig sie auch ertüftelt sein mag, am Ende erklingt sie immer wie umgeben von Weite und Freiheit.

Es gibt so viel Musik von Gegenwartskomponisten, die ihre Hörer grimmig am Kragen packt und ungeduldig auf sie einredet. Stockhausen hingegen verweist mit der entspannten Geste des kompositorischen Großgrundbesitzers auf seine prachtvollen Ländereien bis zum Horizont: Lustwandelt in meinem Reich!

Fünf Orchester treffen auf fünf Chöre, fünf Tanz- und sieben Solistengruppen

Das heißt freilich nicht, dass es in den 29 Stunden *Licht*-Musik neben kompositorisch starken auch schwache Szenen gibt. In *Sonntag* etwa gehören Düfte-Zeichen dazu: Sieben *Licht*-Evangelisten lassen darin – »Leute, jetzt gibt es was zu schnüffeln« – Räuchergewürze glimmen, rekapitulieren singend die Geschehnisse der vergangenen Tage und ergehen sich doch nur in melodisch verschlungenem, mythischem Geplapper. Auch der endglückliche Moment der Vereinigung zwischen Eva und Michael, auf den alles zuläuft, ist als kompositorischer Höhepunkt eher unterspielt: Fünfzig Minuten lang mäandern in *Lichter-Wasser* die Gesangsstimmen des Heldenpaars weitschweifig im Raum, um schließlich zu einem finalen Einklang zu verschmelzen. Umso spektakulärer fallen dafür die Hoch-Zeiten aus, die Stockhausen am Ende in zwei parallel bespielten Sälen spendiert. Fünf Orchestergruppen, von fünf Dirigenten in unabhängigen Tempi dirigiert, treffen synchron auf fünf in fünf Sprachen singende (in Köln vom Band zugespielte) Chorgruppen, die auf fünf Tanzgruppen treffen, die auf sieben Solistengruppen treffen. Alles zwingt Stockhausen in dieser Szene noch einmal mit allem zusammen – und die tosenden Klang- und Aktionsschichten türmen sich so hoch wie der Kölner Dom.

Man kann die Ausführenden der Kölner Uraufführung nicht genug loben für ihre Kompetenz, denn die Anforderungen an die Sänger und Instrumentalisten sind immens. La Fura dels Baus hat sich redlich bemüht, den *Sonntags*-Gottesdienst theatralisch attraktiv zu gestalten. Sie haben Feuerzeichen entzündet und sich expressiv im Wasser gewälzt, riesige Rotorblätter dekorativ im runden Raum gedreht und das Maiglöckchen als computeranimierte 3-D-Blume direkt vor unserer Nase tanzen lassen. Aber über die Rolle von Ministranten, die eifrig um den Altar wuseln, sind sie nicht wirklich hinausgekommen.

Vom *Licht*-Opus fehlt nun nur noch die szenische Uraufführung von *Mittwoch,* dem Tag der interstellaren Zusammenkünfte. Den wollen wir natürlich auch noch erleben. Allerdings muss man dafür vier Hubschrauber zu einem Helikopterquartett in die Luft schicken. Stockhausen hat es der Welt nicht leicht gemacht.

Nimm mich mit nach West Virginia!

Auch Cowgirls kriegen den Blues: Die archaische Welt der Sängerin Alison Krauss

VON THOMAS GROSS

In echt wirkt sie dann doch nicht wie aus einem John-Steinbeck-Roman. Das Kleid fehlt, das an die dreißiger Jahre irgendwo im Süden der USA denken lässt, eine gottesfürchtige junge Frau im Sonntagsstaat. Es fehlt auch die männliche Entourage ihrer Band Union Station, bärtige Gesellen bis auf einen, die auf dem Cover der jüngsten CD *Paper Airplane* in Stiefeln, ungebleichtem Denim und anderem Grobgewirkten eine stilvoll sepiabraune Stimmung zwischen Goldgräbercamp und Spätestwestern verbreiten. Doch natürlich ist es schwierig, authentisch zu sein, wenn die Verhältnisse nicht so sind.

An wenigen Orten könnte Alison Krauss deplatzierter wirken als im etuiartig ausgeflauschten Ambiente eines Londoner Nobelhotels, wo die Kellner nach italienischer Art zwischen den Tischen herumscharwenzeln und alles immerzu Old Europe schreit. Der Terminplan ist etwas durcheinandergeraten, weil eine Bombendrohung Terminal 1 lahmgelegt hat, Heathrow im Ausnahmezustand, was dazu beigetragen haben mag, dass die Künstlerin in einer fast vollständig abgedunkelten Suite empfängt. Nichts erinnert an den weiten Himmel, den ihre Lieder brauchen, es sei denn, man wollte im angrenzenden Hyde Park die Prärie erkennen. Das Verblüffende: Sobald sie zu reden beginnt, ist trotzdem alles da.

Wer Alison Krauss gegenübersitzt, kann gar nicht anders, als an die Welt zu denken, die sie seit mehr als zwanzig Jahren besingt, eine Welt, wie es sie längst nicht mehr gibt, ohne dass sie deswegen an Aktualität verloren hätte. Verantwortlich zu machen ist ihre Ausstrahlung: auf eine ländliche Weise burschikos und zurückhaltend zugleich – mit dieser Frau würde man gern mal ein Pferd stehlen. Der Hauptgrund aber liegt in ihrer Stimme, die auch im Sprechmodus etwas Sirenenhaftes hat. Viel ist geschrieben worden über diese Stimme, man hat sie mit dem Organ eines Engels verglichen, doch wenn dem so sein sollte, handelt es sich um einen Engel, der mit beiden Beinen auf dem Boden steht und bereit ist, sich im Notfall mit Schusswaffen zu verteidigen.

Es ist die uramerikanische Figur der Siedlerfrau, der Alison Krauss ein zeitgemäßes Gesicht gibt: durch nichts so leicht aus der Ruhe zu bringen, doch wenn es hart auf hart kommt, mit vollem Einsatz auf dem Posten. Und es kommt ständig hart auf hart bei ihr. Die Songs, die sie sich für *Paper Airplane* zu eigen gemacht hat, handeln fast ausnahmslos von vergeblicher Liebe, verlorener Arbeit und anderen, selbst den Tüchtigen ereilenden Prüfungen des Lebens. In der Ballade von *Bonita And Bill Butler* läuft ein stolzes Schiff auf Grund. In *Dustbowl Children* wird – allerdings von Gitarrist Dan Tyminski gesungen – ein Mann vorstellig, den die Wirren der Großen Depression um Haus und Hof gebracht haben. Die Quersumme seines Lebens: *»Yeah, we're all dust bowl children, singin' the dust bowl song«*. Bald 100 Jahre liegt die Große Depression zurück. Trotzdem erkennen sich viele darin wieder.

Alison Krauss ist der Typus der amerikanischen Siedlerfrau, die im Notfall von der Waffe Gebrauch macht

Zugeständnisse an den Massengeschmack sind kaum dafür verantwortlich zu machen. Dass die Frau, die da in einer Art Country-Hausmantel geduldig Fragen beantwortet, auch in kommerzieller Hinsicht kein Mauerblümchen ist, das immerhin beweisen ihre zahlreichen Auszeichnungen: Auf 26 Grammys kann sie für ihr Schaffen zurückblicken, mehr haben nur Quincy Jones (27) und Sir Georg Solti (31) erhalten. Wer sich daheim in den Staaten bei der nächsten Generation in Erinnerung rufen will, reißt sich um ein Duett mit ihr, von Dolly Parton über Kenny Rogers bis hin zum alten Haudegen Kris Kristofferson. Schließlich ist auf *Raising Sand* hinzuweisen, das viel beachtete Album mit Ex-Led-Zeppelin-Sänger Robert Plant, das ihr 2007 Gold und Platin bescherte. Doch das sind Erfolgsmeldungen von der Promo-Front, auf die eine Alison Krauss mit Zurückhaltung reagiert.

Soll doch die Plattenfirma damit hausieren gehen. Als Künstlerin spricht sie lieber über die essenziellen Dinge des Lebens: den Blues zum Beispiel, der sie mit einem so gegensätzlichen Charakter wie Robert Plant verbindet. Eine großartige Erfahrung, sich mit Robert über gemeinsame Wurzeln zu verständigen. »Alison«, habe er gesagt, »die Ähnlichkeiten sind erstaunlich.« Country und Blues seien wie zwei Äste, die sich in unterschiedliche Richtungen strecken, »aber das gebrochene Herz ist das gleiche«. Auch die Tatsache, dass eine Garde junger Countrysängerinnen gerade die Hochburgen des Pop erobert, schert sie wenig: Solche Zeiterscheinungen hat es immer gegeben, sie kommen, und sie gehen vorüber. Überhaupt, die Schubladen. Manche nennen das, was sie macht, Pop, andere Bluegrass, Dritte Country. Was aber sind Namen, wenn es darum geht, der Tradition Tribut zu zollen?

Nicht dass ihr ein böses Wort über ihre jüngeren Kolleginnen zu entlocken wäre. Taylor Swift etwa, derzeit die Abräumerin in der Twentysomething-Klasse: »Sie ist so eine reizende Person!« Man sagt außerdem, sie habe viel Gutes bewirkt für die Opfer der großen Tennessee-Flut. Oder Caitlin Rose, die wenigstens raucht und trinkt und auch sonst ihren guten schlechten Ruf pflegt: *girl power goes country,* so etwas findet sein Publikum und soll es nach dem Willen von Alison Krauss auch finden, schließlich brauchen wir die Jugend! Doch im Alter von 39 Jahren ist man, was Zugeständnisse an die Erfordernisse von Markt und Management anbelangt, einfach weiter. Nein, um geschicktes Zielgruppenmarketing geht es hier gerade nicht. Der breite Zuspruch, den die Musik der Alison Krauss erfährt, beruht auf ihrer Fähigkeit, das Universelle am Amerikanischen heraufklingen zu lassen.

Es ist der *common man* in seinem tapferen, oft vergeblichen Streben nach Glück, der im Mittelpunkt ihrer Songs steht, eine archaische Figur, in der sich die arbeitende Bevölkerung ebenso wiedererkennen kann wie der Teil, den das Schicksal außer Lohn und Brot gesetzt hat. Wer je ein Alison-Krauss-Konzert besucht hat, weiß, dass dies mit geschlossenen Augen am besten gelingt, denn natürlich ist auch diese Musik längst Repertoiremusik: Sie schöpft aus einem Fundus an Formeln und Floskeln, die immer wieder neu kombiniert werden. *»I grew up in the scantling yards of Wheeling West Virginia, a wheelhouse club looking for an open door«* – wie oft sind Songs so oder so ähnlich begonnen worden? Den Stoff kennt jeder, was zählt, ist die Fähigkeit, eine Haltung glaubhaft zu verkörpern, mit allem, wofür man als Person und Interpretin einsteht. Was uns zu ihrer Stimme zurückführt.

Der lokalen Herkunft nach handelt es sich um ein Produkt des Mittleren Westens, wo die Krauss – ihr Großvater stammt aus Hamburg und war noch Fabrikarbeiter – als Kind einer Künstlerfamilie in einer Stadt mit dem schönen Namen Champaign aufwuchs: »Tatsächlich eine sehr ländliche Gegend, wenn du auch nur fünf Meilen rausfuhrst, war alles Bohnen und Korn.« Geprägt haben sie die kleinen Radiostationen, die täglich rauf und runter spielten, was man in weltabgewandten Provinzen wie dieser so hört: die Urväter und -mütter des Genres, Roy Rogers und Dale Evans, ebenso wie den alternativen Country eines Gram Parsons. So etwas trainiert, »man steht von klein auf mit beiden Absätzen in den Songs, die andere geschrieben haben«. Und immer geht es um die Basics: Liebe, Treue, Verrat.

Mit fünf schickten ihre Eltern sie in den Geigenunterricht, mit acht nahm sie an Nachwuchswettbewerben teil, mit zwölf gewann sie die Illinois State Fiddle Championship, erst mit vierzehn aber begann sie, ermuntert vom älteren Bruder Viktor, ihre Stimme zu entwickeln. Seither ringen die Kritiker um passende Worte, die Neigung jedoch, ihre Qualitäten sachdienlich einzusetzen, hat sie bis heute nicht verlassen. Alison Krauss gehört neben Lucinda Williams und der immer noch aktiven grauen Eminenz Emmylou Harris zu der Handvoll Country-Frauen, die ihre Arbeit ganz in den Dienst der Überlieferung stellen. *It's the singer not the song,* lautet ein Glaubenssatz des altamerikanischen Entertainments. Hier gilt zugleich das Umgekehrte: Erst der Song macht die Geschichte.

Man muss gehört haben, wie sie sich Richard Thompsons Ballade *Dimming of The Day* anverwandelt, wie sie dem *Sinking Stone,* den ein Stück im Titel führt, das nötige Gewicht verleiht und selbst einer Rockschnulze wie Jackson Brownes *My Opening Farewell* zu neuem Leben verhilft, während die Band im Hintergrund alles Wissen um die Feinheiten des Livespiels ins Arrangement einfließen lässt. Was an diesen Auslegungen mehr oder weniger bekannten Liedguts berührt, ist nicht die repertoiresichere Aufbereitung, sondern die Verbeugung vor der Tradition. In den besten Momenten verliert man das Gefühl, Zeuge einer bloßen Aufführung zu sein. Das alte Amerika selbst spricht zu einem.

Es ist eine biblische Welt der Zeichen und Wunder, die in Alison Krauss noch einmal Stimme geworden ist. Mit aller Macht stemmt sie sich gegen die Entzauberungen der Gegenwart: das Aufgehen von Liebe in Psychologie, die Versachlichung von Arbeit zu Jobs, den Trend zu Social-Media-Kontakten. Wenn die Vorhänge wieder aufgehen in der Londoner Hotelsuite, kommen sie einem bereits ein wenig unwirklich vor, diese Storys aus dem Leben der Braven, der Sünder und der Honkytonk-Engel, doch solange erzählt wird, ist alles perfekt. Wer es noch epischer braucht, muss bei John Steinbeck weiterlesen.

Foto [M]: Randee St Nicolas

Bilder aus Wind

Der kirgisische Film »Der Dieb des Lichts« bringt uns die Ferne nah

Das Land, aus dem dieser Film zu uns kommt, liegt so fern, dass bei uns sogar unklar ist, wie es heißt. Die einen sprechen von Kirgisien, andere von Kirgistan, wieder andere von Kirgisistan, und wie die Hauptstadt des Landes heißt, ist eine Frage, die sich auf den höheren Gewinnstufen einer Quizshow stellen ließe. Schon diese allgemeine Ahnungslosigkeit legt es nahe, den Film *Der Dieb des Lichts* des kirgisischen Regisseurs Aktan Arym Kubat anzusehen. Er erfüllt jenes Anliegen, das dem Kino seit Anfang an zugrunde gelegen hat: »Fenster zur Welt« zu sein. Dieses Fenster öffnet sich zur grandiosen Schönheit eines abgelegenen kirgisischen Tals. Ein paar Häuser sind in diese Landschaft gestreut und bilden ein kleines Dorf. Größer und Ehrfurcht gebietender sind die Bäume am Wegesrand, und überragt wird alles von einem Bergmassiv im Hintergrund, dessen Relief so scharf gefaltet ist wie die Gewandung auf den Bildern altniederländischer Meister. Über die Landschaft hinweg aber brausen unablässig Winde, die der Film geschickt für sich zu nutzen weiß. Selten sieht man Frauenkleider so sich bauschen! Selten hört man Wind in den Bäumen so rauschen! Der Regisseur geht aber noch einen Schritt weiter und lässt den Wind den Plot des Films auffalten.

In dessen Zentrum steht ein liebenswerter Elektriker (Kubat selbst spielt ihn mit einer herrlichen Mischung aus Naivität und Verschmitztheit), der fürs Dorf von besonderer Bedeutung ist. Denn so prächtig die Landschaft, so dürftig ist das Leben in ihr, es fehlt an allem, so auch an Strom, der immer wieder ausfällt. Der Lichtmann, wie er im Dorf nur genannt wird, richtet die Sache, manipuliert aber auch die Zähler in den Häusern all jener, die den Strom nicht bezahlen können; das heißt, bei fast allen, da der Strompreis durch die Privatisierung der alten staatlichen Stromkraftwerke in astronomische Höhen geschossen ist.

Hauptdarsteller und Regisseur Aktan Arym Kubat (rechts)

Der Lichtmann ist jener Sozialrebell, der im Namen der Gerechtigkeit die Gesetze bricht. Zugleich ist er ein Visionär. Er träumt davon und bastelt daran, mit dezentraler Energieversorgung über Windräder Strom zum dörflichen Gemeingut zu machen. Allerdings trifft er dabei, stets mit Fahrrad unterwegs, auf einen mächtigen Gegenspieler: den Geschäftsmann Bekzat. Der ist in der Stadt zu Geld gekommen und will sich nun das Land seines Heimatdorfes, das er im schwarzen Geländewagen durchkreuzt, unter den Nagel reißen.

Trotz dieser klaren Rollenverteilung ist *Der Dieb des Lichts* ein vielseitiger Film. Er oszilliert zwischen Bauernschwank und düsterer Politfabel. Er preist das einfache Leben nach den Regeln der Schicklichkeit und zeigt doch, dass in den Traditionen eine unheilvolle, aus Männlichkeit und Macht gemischte Archaik steckt. Das für den touristischen Blick pittoreske Ritual der kirgisischen Schafsjagd zu Pferde etwa gibt es zweimal im Film, einmal als Spiel, einmal als Perversion, mit dem Lichtmann als Schaf. Vielseitig ist *Der Dieb des Lichts* schließlich auch, indem er im Moment größter Verdunkelung die Hoffnung aufglimmen lässt und noch die Ferne verwandelt, aus der er anfangs zu kommen schien: Der Film geht uns nah. MAXIMILIAN PROBST

Sehenswert

»Winter's Bone« von Debra Granik.
»Almanya« von Yasemin und Nesrin Şamdereli.
»Wer wenn nicht wir« von Andres Veiel.

Foto: Birgit Hupfeld/Schauspiel Frankfurt; (l.) Neue Visionen

Drei Männer, ein Loch: Szene aus Roland Schimmelpfennigs neuem Stück »Wenn, dann ...«

Traut diesem Frieden nicht!

Am Rand der Schlacht: Neue Stücke von Laura de Weck und Roland Schimmelpfennig VON PETER KÜMMEL

Vor einer Woche berichteten wir an dieser Stelle über die neue Hamburger Inszenierung von Wolfgang Borcherts Nachkriegsdrama *Draußen vor der Tür* aus dem Jahr 1947. Es handelt von der persönlichen Katastrophe des Kriegsheimkehrers Beckmann, welche in der großen Katastrophe Europas restlos aufgeht. Beckmann verliert seine Frau, sein Kind, seine Eltern, sein Heim, sein Leben. Beckmann spricht: »Die Toten wachsen uns über den Kopf. Gestern zehn Millionen. Heute sind es schon dreißig. Morgen kommt einer und sprengt einen ganzen Erdteil in die Luft.« Und am Ende ist Beckmann tot.

Eine Woche später hat der Theaterreporter eine Reise durch die deutsche Gegenwartsdramatik hinter sich gebracht, er war in Basel und Frankfurt, er sah die neuen Stücke von Laura de Weck *(Für die Nacht)* und Roland Schimmelpfennig *(Wenn, dann: Was wir tun, wie und warum),* und was hat er erlebt? Zwei Stücke, die unter dem Obertitel *Drinnen hinter der Tür* stehen könnten.

Zu Borcherts Schauspiel verhalten sie sich komplementär. Ihre Figuren erleben die Abwesenheit all dessen, woran Beckmann leidet. Aber sie sind kaum glücklicher als Beckmann. Sie nehmen den Wohlstand als eine andere Art von Not. Bei Laura de Weck sagt ein Mann zu seinen Gästen: »Wir haben keinen Krieg. Keine Naturkatastrophe. Keine Unterdrückung. Nur den Tod. Also seid ein bisschen großzügig, und seid glücklich.« Verbirgt sich dahinter nicht eine berühmte deutsche Nachkriegsbeschimpfung, die Kurznachricht der Veteranen an die Jungen? Nämlich: Euch geht's zu gut, euch fehlt ein Krieg.

Beide Stücke spielen in einem Land, das seit Beckmanns Zeit keine große Katastrophe erlebt hat. Ihre Figuren leben ein sicheres Leben. Ihre Kriege toben unsichtbar: innen.

Bei Laura de Weck verbringen vier Menschen einen Abend zusammen, denen es in verschiedenen Graden miserabel geht: ein Sterbender im Rollstuhl, sein Sohn, der einen Suizidversuch hinter sich hat, die vom Liebesunglück zermürbte Pflegerin des Vaters und ein vom Vater zum Essen hereingerufener Obdachloser. Gemeinsam gelingt es ihnen, die eigene Schwere für ein paar Schwarze-Komödie-Momente auszuhalten, getragen vom lakonisch-ruppigen Gruppengefühl, doch dann, als die Nacht beginnt, zerfällt die Gruppe, denn der Vater, der alle zusammengebracht hat, wird nun sterben.

Bei Roland Schimmelpfennig sieht man drei Bauarbeitern auf der Bühne dabei zu, wie sie etliche Flaschen Bier trinken und vom Sex, vom Pfusch am Bau, vom nahen Ende der Welt und vom Paradies auf Erden palavern. Schimmelpfennigs Stück ist ein ziemlicher Murks mit hohem Anspruch; es möchte Handwerkerkomödie und Märchenstück zugleich sein, denn hinter der Bühnenwand, in welche die Männer ein Loch hämmern, tut sich ein Abgrund auf, worin ein vierter Mann verschwindet, genauer: in einer »Zwischenwelt« der Asseln, der Silberfischlein und der Feen.

Auch bei Schimmelpfennig ist die Not ein Thema – als Not der anderen, die »jetzt, in diesem Moment«, zu Tausenden an Aids, Hunger, Krieg sterben. »Nichts verbindet einen Menschen mit dem anderen«, sagt Bauarbeiter Rudi, »außer für eine zu kurze Zeit – die Nabelschnur, danach aber verbindet den Menschen nichts mehr, und wenn, wie es in dieser Minute, in diesem Augenblick geschieht, ein Kind in Afrika oder Indien armselig krepiert, dann spüren wir nichts – nichts.«

Das ist die Kernaussage beider Stücke, und wenn man in Borcherts *Draußen vor der Tür* nachliest, findet man sie, in anderen Worten, auch schon dort. Der Unterschied ist nur: Die Figuren der neuen Stücke wissen, dass sie auf Kosten anderer leben. Also haben sie das Gefühl, eigentlich gar nicht zu leben – es nicht »verdient« zu haben.

Da sie keine Verantwortung übernehmen, da im Gegenteil ihr Leben nur aus der Abwehr von Verantwortung besteht, sind diese Figuren zu einem eigenständigen Dasein nicht imstande. Sie sind zu klein, um »Taten« zu vollbringen, und deshalb kann auf der Bühne auch kein zielführendes Handeln gezeigt werden, sondern nur beispielsweise: zehnminütige Spachtelarbeit an einer lädierten Wand. Die Zähigkeit des Frankfurter Abends (Regie: Christoph Mehler) ist von trister Konsequenz: Ausführlichkeit als Folge von Ausweglosigkeit. Es hat keinen Sinn, es läuft auf nichts zu, weshalb also sollten wir es kurz machen?

In Basel, in Werner Düggelins Regie, geht dagegen alles zu schnell: In einer Die-muss-man-vorsich-selbst-beschützen-Aktion hat Düggelin die von exzessiver individueller Not geradezu schäumende Spielvorlage von Laura de Weck gekürzt, geordnet, gerodet. Bei Laura de Weck sprechen die vier Figuren in isolierten Textkolumnen gegeneinander, miteinander. Wenn man das Stück liest, hat man den Eindruck: Hier sind lebendig Begrabene, die aus ihren Einzelgrüften heraus um Befreiung brüllen. Von dieser Wildheit, dem Dschungelgebrüll der armen Seelen, hat Werner Düggelins Basler Inszenierung nichts gerettet: Hier geht es, in Raimund Bauers sterilem Bühnenbild, um Gleichklang. De Weck entfesselt; Düggelin zähmt und regelt. Die Basler Spieler sprechen den Text ungeduldig und streng, wie etwas, das man abschütteln muss. Düggelin lässt sie so handeln, als wiederholten sie sich nur noch – Menschen, die Sprüche aufsagen, mit denen sie leben können: Legenden vom eigenen Ich.

Beckmann, der Veteran aus *Draußen vor der Tür,* verliert sein einziges Kind im Krieg. Und doch gewinnt man den Eindruck, auf den Bühnen in Basel und Frankfurt habe man es mit den davongekommenen Enkeln Beckmanns zu tun; Kindern, die mit der Schuld der Überlebenden beladen sind; Kindern, die dem Frieden nicht gewachsen sind.

Sie sind unglücklich darüber, dass ihnen fremdes Unglück so wenig ausmacht. In einem Kalauer: Es macht sie betroffen, wie wenig sie betroffen sind. Große Dramen schreibt man mit solchen Figuren nicht, sondern: Übergangsstücke, Warteraumtheater. Rudi, der alte Bauarbeiter aus Schimmelpfennigs Stück, sagt in einem Anfall glücklichen Selbsthasses: »Sie muss kommen, und sie wird kommen: die schmutzige Bombe, die nukleare Rucksackbombe in der U-Bahn von New York, Berlin, London, Frankfurt, Paris, Madrid, Rom, Moskau, Wien.« Er scheint es kaum erwarten zu können.

Das Letzte

Liebe Sozialdemokraten, wir haben lange nichts mehr über euch geschrieben, denn wir wollten kein Mitleid mit euch zeigen, weil Mitleid, wie bereits Nietzsche wusste, eine sehr hochmütige Gefühlsregung ist, die uns nicht gut zu Gesicht steht. Lasst uns lieber über eure hübsche Tochter sprechen, über die DDVG, die Medienholding der deutschen Sozialdemokraten. Mit 40 Prozent hat eure Tochter die *Frankfurter Rundschau* unter ihre Fittiche genommen, und bald wird die *FR* ihre Eigenständigkeit verlieren und in die *Berliner Zeitung* hineinschrumpfen. Damit die *Frankfurter* auch in die *Berliner* reinpasst, wurde sie erst einmal aufs Tabloid-Format halbiert, womit sie endlich im sozialdemokratischen Weltbild Platz findet. Leider muss die liebe SPD-DDVG jetzt viele Redakteure loswerden, Linke müssen Linke entlassen, obwohl sie immer gemeinsam mit rotem Plastikumhang und Trillerpfeife gegen soziale Kälte gekämpft haben. Damit das Abspecken schneller vonstatten geht, hat die *FR* nun eine »Sprinterprämie« ausgelobt für Redakteure, die sich rasch in die Arbeitslosigkeit melden. Früher Vogel fängt den Wurm! Wir stellen uns vor, wie eure Zeitung auf dem Karl-Gerold-Platz einen unbezahlten Sprinterprämien-Tag ausruft. Als Ehrengast begrüßt sie Altkanzler Gasprom Schröder, der im Zieleinlauf auf der Ehrentribüne Platz nimmt und protestierenden Ein-Euro-Jobbern ein kurzes »Basta!« zuruft. Franziska Reichenbacher, Frankfurts schönste Lotto-Fee, wird von hauseigenen *FR*-Niedriglohnschreibern auf den Schultern herbeigetragen und gibt von oben herab den Startschuss. Daraufhin rennen die Kündigungskandidaten vorbei an SPD-Plakaten (»Sichere Arbeit, gerechter Lohn«) durch einen spannenden Parcours aus den Büromöbeln ehemaliger Kollegen. Noch im Zieleinlauf werden die Sieger alternativlos aus der *FR* entlassen und erhalten aus der Hand des Leistungsträgers Dr. Franz Sommerfeld die versprochene Sprinterprämie und zusätzlich einen Gratisgutschein für den VIP-Bereich einer Frankfurter Suppenküche nebst einem Kaltgetränk ihrer Wahl. Die SPD-Ortskapelle spielt *Brüder, zur Sonne, zur Freiheit,* Gerhard Schröder ruft: »Das ist mein Laden!« Ein linksradikaler *FR*-Redakteur sagt, das sei Manchester-Kapitalismus. Falsch, verehrter Kollege. Die SPD sorgt nur dafür, dass der Manchester-Kapitalismus nicht vergessen wird und wir unseren Enkeln noch lange davon erzählen können. FINIS

WÖRTERBERICHT

Bettwanze

Die Bettwanze, bei uns lange fast verschwunden, ist wieder im Kommen. Und zwar aus Amerika! Vermutlich reist sie in Koffern heimlich nach Europa. Das Wort »Bettwanze« vereint ja Bequemlichkeit mit Heimtücke. Auch die Blumenwanze zuzelt am Menschen, aber man nimmt es ihr nicht so übel. Wer vorher an der Rose leckte, darf auch ins Knie stechen. Dabei bietet die Bettwanze, unter dem Mikroskop betrachtet, so ziemlich alles, wonach sich mancher im Bett sehnt: groß, brünett, stark behaart. Viel niederträchtiger als die Bettwanze ist die Raubwanze. Dreist und schamlos sticht sie dem Menschen ins Gesicht. Die Amerikaner – man sieht schon, wo die Wanzen ihre Heimat haben – nennen sie *kissing bug.* So liebevoll wird sich unser Verhältnis zur Bettwanze nicht entwickeln. HEIKE KUNERT

www.zeit.de/audio

Macht endlich Frieden!

Fast alle Religionen der Welt bekennen sich zum Gewaltverzicht. Doch die entsprechende Moral hat sich nicht durchgesetzt. Ein Appell an religiöse und politische Führer VON HELMUT SCHMIDT

Meine Religiosität und meine Kenntnis der eigenen Religion, erst recht der anderen Weltreligionen, sind bis in die erste Nachkriegszeit nur ganz rudimentär gewesen. Solange ich später in der deutschen Politik aktiv war, hat sich zwar mein Verständnis der christlichen Religion etwas vertieft. Ich bin aber immer Skeptiker geblieben, das heißt ein sehr distanzierter Christ.

Durch vielerlei Reisen habe ich seither eine Ahnung von den Inhalten und der politischen Bedeutung anderer Religionen gewonnen. Während bis zum Jahr 1982 die Zuhörerschaft meiner Vorträge ausschließlich aus Bürgern der Bundesrepublik bestand, kam später eine Reihe von kirchen- und religionsrelevanten Reden auf dem Boden der damaligen DDR hinzu. Gleichzeitig konnte ich viele private Reisen in andere Kontinente unternehmen. Infolgedessen hat sich auch die Thematik meiner Vorträge verschoben; interreligiöse und außereuropäische transnationale Probleme standen fortan im Mittelpunkt.

Gleichzeitig veränderte sich das Weltbild, das wir in den Jahren des Kalten Krieges gewohnt gewesen waren. Heute leben wir in einer multipolaren Welt, deren Schwerpunkt sich vom euro-amerikanischen Westen in Richtung China, nach Ost- und Südasien verschiebt. Das Bewusstsein, in einer multireligiösen und multikulturellen Welt zu leben, teilt sich zunehmend den Menschen in allen Kontinenten mit. Dennoch hat die Menschheit sich mit tödlichen Waffen aller Art ausgerüstet – einschließlich atomarer. Nicht nur die technologische und ökonomische Globalisierung, sondern auch die globale Über-Rüstung sollte die politischen und religiösen Führer zur Kooperation zwingen. Tatsächlich stecken wir noch in den Anfängen der globalen Zusammenarbeit. Wo ökonomische, soziale oder politische Missstände massenhafte Unzufriedenheit auslösen, eröffnen sich Möglichkeiten für religiösen Fundamentalismus in einem Maße, das es im 19. und 20. Jahrhundert nicht gegeben hat.

> **Toleranz**
>
> und der Wille zur Kooperation sind die wichtigsten Gebote einer Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Wir müssen uns auf eine Ethik verständigen

Damit wächst die Wahrscheinlichkeit von Kriegen und Aufständen. Zwar gibt es ein verbreitetes Bewusstsein von der Existenz eines Völkerrechts, aber gleichzeitig nimmt die Wucht der Kriege gewaltig zu. Zwar haben wir durch die Vereinten Nationen und ihren Sicherheitsrat, durch Weltbank, Weltwährungsfonds und Welthandelsorganisation vernünftige Steuerungsmechanismen geschaffen, aber gleichzeitig nehmen die Verstöße gegen internationale Regeln zu.

Es liegt jetzt zweieinhalbtausend Jahre zurück, dass Heraklit den Krieg als »Vater aller Dinge« bezeichnete. Ein Jahrtausend später hat der Kirchenvater Augustinus die Lehre vom »gerechten Krieg« aufgestellt. Seit einem Jahrhundert gibt es dank der Haager Konventionen ein einvernehmliches »Recht im Kriege«. Gleichwohl haben die Kriege des 20. Jahrhunderts weit mehr als einhundert Millionen Tote gekostet. Und heute besteht an vielen Orten der Welt die Gefahr, dass Waffen in großer Zahl in die Hände religiöser oder ideologischer Fundamentalisten geraten. Der »Clash of Civilizations« ist denkbar geworden. Er ist denkbar geworden zwischen dem Islam und dem Westen als Ganzem, zwischen Israel und dem Iran, zwischen Nord- und Südkorea, zwischen China und den USA.

Krieg ist ein Urphänomen der Menschheit. Für viele Naturreligionen war er eine selbstverständliche Kategorie. Aber auch im Alten Testament ist viel von Krieg die Rede, und zwar keineswegs in verurteilendem Sinne. Beim Prediger Salomo heißt es beiläufig: »Ein jegliches hat seine Zeit ... Krieg hat seine Zeit, Frieden hat seine Zeit ...« Erst spät nahmen einige Religionen die Maxime des Friedens auf. Die den Frieden erstrebende Moral hat sich bisher nicht durchgesetzt. Für mich ist dies aber kein Grund, sie gering zu achten oder gar aufzugeben. Zwar bekennen die wichtigsten Religionen der Welt sich heute mehr oder minder zum Frieden, sie entsprechen der goldenen Regel: Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu. In der Praxis folgen die Führer der weltweit bedeutenden Religionen, Ideologien und Weltanschauungen dieser Norm aber nur in geringem Maße.

Religiosität ist dem Homo sapiens offenbar ein Grundbedürfnis. Die Glaubensbereitschaft der meisten Menschen wird auch von ihrer Vernunft nicht verdrängt. Besonders deutlich wird die Rolle der Überlieferung im Hinduismus einschließlich seiner Kastengliederung der Gesellschaft. Über eine Milliarde Menschen hängen heute dem Hinduismus an. Auch der Buddhismus hat alte Wurzeln. In den meisten buddhistischen Strömungen wird die Ethik der Nicht-Gewalt gelehrt; aber es gibt auch militante buddhistische Mönche.

Ähnliches gilt für den um ein Jahrtausend jüngeren Islam. Er hat kein verbindliches Konzept für den Staat und seine Verfassung. Es gibt keine einer Kirche vergleichbare Institution. Von knapp zweihundert Staaten auf der Welt ist heute etwa ein Viertel islamisch geprägt; fast alle sind Monarchien oder Präsidialregime, keiner ist liberal, fast keiner religionsneutral. Der in der Türkei durch Kemal Atatürk unternommene Versuch der Säkularisierung befindet sich auf dem Rückzug.

Auch das Christentum enthält ursprünglich kein Konzept für Staat und Gesellschaft. Seit Augustinus gilt die Zweiteilung zwischen dem weltlichen Reich und dem Reich Gottes. Demokratie und Rechtsstaat sind Kinder der Aufklärung, die im Kampf sowohl mit der Kirche als auch mit den Monarchien in Europa durchgesetzt wurde. Trotz seiner starken Einflüsse auf Christentum und Islam ist das heutige Judentum keine Weltreligion; wohl aber ist es fast über die ganze Welt verstreut. In Israel entwickelte die jüdische Religion Staats- und Gesellschaftsvorstellungen, aber auch dort spielt das Prinzip des Friedens eine lediglich theoretische Rolle.

Fast alle Religionen geben sich heutzutage friedlich gesinnt. Aber in der Praxis sind viele ihrer Führer und ihrer Priester – und ebenso viele ihrer Anhänger – possesiv, expansiv und sogar aggressiv. Oft bekämpfen sie sich gegenseitig. Dies gilt ebenso für viele der politischen Führer, die sich auf Ideologien und Weltanschauungen berufen, die sich zum Teil mit den Weltreligionen vermischt haben.

Seit dem Tode Mao Tsetungs ist der Konfuzianismus ins Bewusstsein der Welt zurückgekehrt. Da er jedoch nur wenige religiöse Elemente in sich aufnahm, erscheint er mir nicht als Weltreligion, sondern als eine für die Welt bedeutende Philosophie, eine »Weltideologie«. Sie besteht im Wesentlichen aus ethischen Postulaten – das heißt aus Pflichten der Einzelnen.

Mit der Industrialisierung hat sich in Europa die Weltideologie des Kapitalismus entfaltet. Ähnlich wie alle Weltreligionen verband er sich vielerorts mit nationalistischen und imperialistischen Bestrebungen. Der europäische Kolonialismus in Asien, Afrika und Amerika war eine besonders aggressive Form der kapitalistischen Ideologie. Der Versuch einer von der Obrigkeit garantierten Wettbewerbsordnung (zum Beispiel in Gestalt des deutschen Ordoliberalismus) konnte die Entartungen des Kapitalismus zu Marktradikalismus und Raubtierkapitalismus bisher nicht verhindern. Zweifellos handelt es sich um eine expansive Ideologie; sie enthält keine positive Vorstellung vom Staat oder von der politischen Führung, aber versucht allenthalben, sich den vorhandenen Staat nutzbar zu machen. Kapitalismus umfasst weder das Prinzip der Demokratie noch das Prinzip des Friedens, auch das Prinzip des Verfassungsstaates spielt eine marginale Rolle; wichtig erscheint im Kapitalismus nur die Rechtssicherheit zwecks Sicherung des Privateigentums.

Ein Jahrhundert nach dem Kapitalismus entstand als Gegenpol der Marxismus. Er enthält keine demokratischen Elemente und kein Ideal des Friedens (darin liegt der kardinale Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteien in Europa). Das utopische Ideal der »Diktatur des Proletariats« schrumpfte schnell zur Diktatur durch die kommunistische Partei. Heute bleiben vom Marxismus lediglich einige seiner soziologischen und ökonomischen Analysen gültig.

Daneben entwickelten sich im Laufe der letzten drei Jahrhunderte die Menschenrechte, die Prinzipien des Verfassungsstaates und der Demokratie. Die Demokratie ist zur Weltideologie geworden. Sie führte zu einer politischen Mitwirkung der Regierten, doch sie erwies sich in der Geschichte auch als aggressiv – schon Perikles und die Athener führten ganz selbstverständlich Krieg. Ebenso wurde der englische oder holländische Kolonialismus von Demokraten vorangetrieben.

Gleichwohl sehen wir Europäer heute die parlamentarische Demokratie als die beste Form von Gesellschaft und Staat an – nämlich im Vergleich mit allen anderen religiös oder ideologisch begründeten Herrschaftsformen. Man kann in Europa und auf beiden amerikanischen Kontinenten von einem Siegeszug der Demokratie sprechen. Offen bleibt, ob dieser Sieg von Dauer sein wird.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass Religionen nicht nur aus Heilsversprechen bestehen, sondern vielfach auch Ethiken enthalten, Verhaltensvorschriften für den Einzelnen und für das Zusammenleben aller. Zugleich haben die Religionen ideologische Elemente in sich aufgenommen. Oft hat der Trieb zur Mission sich verbunden mit dem Trieb zur nationalen Expansion. Der missionarische Antrieb ist auch den Ideologien der Demokratie und der Menschenrechte zu eigen. Er gilt für den (amerikanischen) Kapitalismus ebenso wie für den untergegangenen Kommunismus.

Meine flüchtigen Berührungen mit anderen Religionen und Philosophien haben mich veranlasst, über Buddha nachzudenken, über Sokrates, Mohammed und Spinoza. Ich muss bekennen, dass mich am stärksten die vernunftbegründete Ethik Immanuel Kants beeindruckte, vor allem seine späte Schrift über den »ewigen Frieden« und seine Definition der Aufklärung, die er als »Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit« pries.

Religionen müssen einander nicht bekämpfen. Ich habe das zum ersten Mal 1987 in Rom begriffen, wo wir auf Initiative meines japanischen Freundes Takeo Fukuda eine Runde von Theologen, Priestern und Politikern aus aller Welt zusammengerufen hatten. Wir konnten uns tatsächlich auf gemeinsame ethische Prinzipien verständigen. Der daraus hervorgegangene Entwurf einer »Universal Declaration of Human Responsibilities« stößt bis heute auf Widerstand; die Verfechter der Menschenrechte bemängeln, dass in unserer Erklärung nicht nur von Rechten, sondern auch von Pflichten die Rede ist.

Ich habe damals verstanden, dass wir alle aufgefordert sind, die Aufklärung im Bereich unserer eigenen Kultur fortzusetzen. Zugleich habe ich das Übel des Missionsgedankens begriffen. Wer Andersgläubigen seine eigene Religion aufdrängen will, der ruft zwangsläufig Konflikte und in manchen Fällen Kriege hervor. Hans Küngs Initiative, aus den Religionen ein »Weltethos« zu entwickeln, ist deshalb begrüßenswert, wenngleich ich mir keine Illusionen über den Erfolg mache.

Toleranz und der Wille zur Kooperation: Dies sind die wichtigsten Maximen für die Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Jedenfalls gelten diese Gebote für uns Deutsche und für unseren Staat. Es war eine deutsche Regierung, die den zerstörerischen Zweiten Weltkrieg auslöste, es war die Ideologie des Nationalsozialismus, die Deutsche zum millionenfachen Mord führte: Deshalb sind wir mit einer besonderen Verantwortung für die Bewahrung des Friedens beladen. Denn der von Deutschen verübte Holocaust wird im geschichtlichen Gedächtnis der Welt genauso aufbewahrt bleiben wie die babylonische Gefangenschaft der Jerusalemer Juden vor einigen Tausend Jahren. Deshalb sollten unsere Politiker sich an religiösen oder politischen Auseinandersetzungen mit dem Judentum nicht beteiligen.

Wir sollten uns auch nicht einbilden, in einem christlichen Staat zu leben. Wenngleich das Christentum immer noch ein sehr starker Faktor unserer Kultur ist, leben wir in einem säkularen Staat. Wenn einer von uns vor Gericht oder bei Übernahme eines Amtes einen Eid schwört, stellt ihm das Grundgesetz frei, sich auf die Hilfe Gottes zu berufen. Wenn die Präambel des Grundgesetzes von unserer »Verantwortung vor Gott und den Menschen« spricht, so kann damit sowohl der Gott der Lutheraner als auch der Gott der römisch-katholischen Gläubigen gemeint sein, der Gott sowohl der schiitischen als auch der sunnitischen Muslime, der Gott der Juden ebenso wie der »Himmel« im Sinne des Konfuzianismus. Diese Freiheit schließt die Freiheit ein, sich zu keiner Religion zu bekennen. So sind heute von 82 Millionen Einwohnern Deutschlands etwa 25 Millionen ohne Religionszugehörigkeit. Millionen Deutsche sind aus jener Kirche ausgetreten, der ihre Großeltern noch angehörten – wenngleich viele von ihnen an Gott glauben.

Wie fast überall in Europa sind auch in Deutschland der säkulare Staat, die Demokratie und der Rechtsstaat nicht als Kinder der christlichen Religion, sondern vielmehr im Kampf mit den christlichen Kirchen und den ihnen verbundenen Obrigkeiten entstanden. Deshalb reden wir von einem säkularen Staat. Allerdings ist die Trennung von Staat und Kirche nicht vollständig; denn aufgrund unserer geschichtlichen Entwicklung gibt es privilegierte christliche Kirchen. Diese sind dem Staat näher als andere, kleinere Religionsgemeinschaften. Hier liegt ein bisher ungelöstes Problem.

Ein viel größeres Problem liegt jedoch in der Tatsache, dass manche der bei uns lebenden Zuwanderer aus ihrer alten Heimat religiöse, rechtliche und sittliche Überzeugungen mitbringen, die mit den in Deutschland geltenden Gesetzen kollidieren. Manche Politiker und Intellektuelle haben versucht, Streitigkeiten dadurch zu umgehen, dass sie eine »multikulturelle Gesellschaft« propagierten. Ich halte das für einen Irrweg, weil am Ende ein autoritärer Staat stehen könnte, der den inneren Frieden mittels Gewalt aufrechterhält. Andere Politiker versuchen, die Integration der Zuwanderer in die einheimische Gesellschaft zu fördern. Aber einige Zuwanderer wollen weder sich selbst noch ihre Frauen und Kinder integrieren. Manche der Einheimischen wiederum sind an der Einbettung der Einwanderer überhaupt nicht interessiert. Letzten Endes wird, so möchte ich vermuten, der Integrationsprozess einigermaßen erfolgreich enden. Das wird aber auf beiden Seiten Toleranz verlangen.

Damit Europa zu einer handlungsfähigen Einheit gelangt, bedarf es weiter Vorausschau der Regierenden. Es bedarf unserer Einsicht, dass wir die Versuchung zum nationalen Egoismus und zum Vorteil der eigenen Religion bändigen müssen. Und wo es um den Frieden geht, dort haben wir gegenseitigen Respekt nötig. Dort haben wir den Willen und die Fähigkeit zum Dialog nötig – und den Willen zur Zusammenarbeit.

Dieser Text ist ein Auszug aus dem neuen Buch von Helmut Schmidt, »Religion in der Verantwortung. Gefährdungen des Friedens im Zeitalter der Globalisierung«, das am 13. April im Propyläen Verlag, Berlin, zum Preis von 19,99 Euro erscheint

Helmut Schmidt, 92, hält Distanz zur Kirche. Hier sehen wir ihn als Kanzelredner, Papst-Besucher, Organisten – und in einem Moment der Kontemplation

Fotos : Konrad R. Müller/Agentur Focus aus dem Buch: »Licht-Gestalten« (Aufn.: von 1988); kl. Fotos [M]: Archiv DZ (ohne Jahr); Ansa/dpa (Rom, 1979); L. Heidtmann/dpa (St. Jakobi, Hamburg, 1974)

REISEN

Fotos: Carsten Snejbjerg für DIE ZEIT/www.carstensnejbjerg.com

Gegenkultur im Kopenhagener Stadtteil Christianshavn: Festvorbereitung am Kanal, selbst gezimmertes Wohnhaus, Christianiter bei der Arbeit

Utopia in bester Lage

Seit 40 Jahren folgt die Kopenhagener Hippiekolonie Christiania eigenen Gesetzen. Jetzt will der Staat sie verkaufen VON KARIN CEBALLOS BETANCUR

Wir hätten einander auch draußen am Wasser, bei der Kleinen Meerjungfrau begegnen können oder auf einem Karussell im Tivoli: drei Paare fortgeschrittenen Alters, eines aus Schwaben, zwei aus Schweden, eine junge Frau mit Dreadlocks, ein deutsches Pärchen in tief sitzenden Röhrenjeans – Touristen, die sich in Kopenhagen zufällig auf eine Sehenswürdigkeit verständigt haben. Draußen an der Prinsessegade schlagen die Glocken der Erlöserkirche drei Uhr. Die Sonne scheint, und die Jugendlichen, die mit haschroten Augen von der Pusher Street herüberschlurfen, tragen die Kapuzen ihrer Sweatshirts auf den Schultern. Es wird Frühling in Christiania.

»Gehen Sie nicht als Tourist nach Christiania«, schrieb der Fotograf Mark Edwards 1980 in seinem Buch *Christiania – Versuche, anders zu leben:* »Sie werden sich unbehaglich und fehl am Platz fühlen und nichts erfahren.« Die Kopenhagen-Besucher sind seinem Ratschlag nie gefolgt. Laut Stadtmarketingbüro Wonderful Copenhagen gehört die »Fristad« auf der künstlichen Insel Christianshavn zu den fünf beliebtesten Attraktionen der Hauptstadt. Rund eine Million Touristen passieren jährlich den Torbogen mit der Aufschrift »Sie verlassen jetzt die EU«.

Wir folgen unserer Führerin Nina, die ihr Lastenfahrrad durch den feuchten Kies schiebt, laufen vorbei an den Fassaden alter Kasernen, überwuchert von Graffitiflechten, werden von wütenden Radfahrern in Reih und Glied geklingelt, sehen Menschen in gelassener Ausflugsstimmung, mit Sonne im Haar und süßlich duftenden Rauchschwaden über den Köpfen auf den Wiesen sitzen. Sähe die Welt überall so aus, wenn die Siebziger nie zu Ende gegangen wären?

Vor fast 40 Jahren, am 26. September 1971, riefen ein paar Hausbesetzer auf dem Gelände einer verlassenen Kaserne, 15 Gehminuten vom Zentrum Kopenhagens entfernt, die »Fristad Christiania« aus. Sie richteten die leer stehenden Gebäude her, bauten Holzhütten am Ufer des seebreiten Wehrgrabens, legten Wasserleitungen und Stromkabel und schufen eine Selbstverwaltung, die Entscheidungen nach dem Konsensprinzip treffen wollte. Dem ökolibertären Geist von Zeit und Szene folgend, gab das Gremium Verkauf und Konsum weicher Drogen auf seinem 34 Hektar großen Territorium frei, verbot das Autofahren, und der dänische Staat als Eigentümer ließ die jungen Leute gewähren – zumal sie regelmäßig ihre Abgaben für Strom und Wasser beglichen und ein Auffangbecken für Gestrandete der Gesellschaft boten, für Obdachlose, *teenage rebels* und Nonkonformisten. Es heißt, mancher Psychiater habe seinen Patienten nach Entlassung aus der Psychiatrie dazu geraten, in Christiania neu anzufangen, weil das gesellschaftliche Normalitätsgebot nirgendwo durchlässiger ist als hier. Elf Kabinette kamen und gingen, Christiania blieb. So war es bis zur Jahrtausendwende.

Als jedoch 2001 eine liberal-konservative Koalition die dänische Regierung übernahm, begann ein Rechtsstreit über die Zukunft des Geländes. Das angrenzende Quartier Christianshavn ist ein angesagtes Viertel, die Lage Christianias damit für Privatinvestoren und gut situierte Bohemiens äußerst attraktiv. Zudem ist die konservative Regierung nicht mehr bereit, den Drogenhandel entlang der Pusher Street, direkt am Eingang zu den ehemaligen Kasernen, zu tolerieren. Wo früher freundliche Hippies braune Haschischbrocken über ihre Ladentheken schoben, kämpfen heute immer häufiger organisierte Banden um die Vorherrschaft.

Nina, selbst Christianiterin, macht mit der Gruppe einen Bogen um die Pusher Street, schwenkt ein in die Fabrikstraße, wo wochentags die berühmten Kastenfahrräder zusammengeschraubt und alte Öfen restauriert werden, von denen einige Exemplare schon in *Harry Potter*-Filmen zu sehen waren. An einem herrenlosen Flohmarktstand deponieren Christianiter alte Kleidung – wer hat, der gibt, wer braucht, der nimmt sich. Die meisten Regeln Christianias sind leicht zu verstehen.

Gegenüber vom Spielplatz, auf dem Kinder in alten Autoreifen über eine Seilbahn toben, ist das Grundgesetz des Kollektivs an eine Holzwand geschlagen. Man würde an dieser Stelle ein paar Ismen vermuten – kein Rassismus, kein Sexismus. Stattdessen: keine Waffen, keine Explosivstoffe, keine schusssicheren Westen. Und keine harten Drogen – darauf, sagt Nina, hätten sie sich schon früh, Ende der siebziger Jahre verständigt. Junkies, die zum Entzug bereit waren, kamen damals in einer der Kasernen unter. Die anderen stellte man in Unterwäsche auf die Straße und rief die Polizei. »Es gibt kein Paradies ohne ein bisschen Scheiße in der Ecke«, sagt Nina.

Im Rechtsstreit mit dem Staat, der klären sollte, wer über die Nutzung des Geländes künftig bestimmen darf, hatten die Christianiter seit Jahren Gewohnheitsrecht geltend gemacht. Doch im Februar 2011 wurde höchstinstanzlich entschieden, dass der Staat in Christiania das Sagen hat. Ist damit die letzte Schlacht geschlagen? Machen sich die rund 1000 Einwohner bereit zum Barrikadenbau? Pflugscharen zu Schwertern?

»Wenn du mich fragst, werden wir den dänischen Staat überleben«

Über den Holzhütten am Wasser liegt Frieden, umgeben von einer Stille, die die Nähe zum Stadtzentrum vergessen macht. Einfache Schuppen und Ufo-artige Konstruktionen autonomer Bauherren wechseln sich ab mit gepflegten, spitzgiebligen Gebäuden, die wie Ferienhäuser wirken. Schilfgras biegt sich im kühlen Wind. Erwachsene mit Kindern in Tragetüchern grillen unter einem Globus, der wie ein Lampion von der Wäscheleine baumelt, Jogger traben über den Spazierweg am Ufer. Der einzige Aufstand findet draußen auf dem Wasser statt, wo Gänse und Perlhühner zeternd um Brotkrumen streiten.

Nina führt die Gruppe zurück in Richtung Pusher Street, durch Viertel, die Namen wie Löwenzahn und Milchstraße tragen. Kinderroller parken vor kunterbunten, flachen Wohnhäusern. Über einer weißen Stupa flattern ausgeblichene Gebetsfahnen. Das Paar in Röhrenjeans möchte wissen, was man tun muss, um in Christiania leben zu können. Nina lächelt. Vermutlich enden viele Touren mit dieser Frage. Und während sie zu einer Antwort anhebt, schlendern die Schweden schon die Straße hinunter, um die Tour in eigener Regie von vorn zu beginnen.

Im Infobüro an der Pusher Street fällt die Nachmittagssonne durch die winzigen Fenster der Kasernenmauern auf uralte Dielenböden. »Anfangs gingen alle davon aus, dass die Gerichtsentscheidung einen Riesenwirbel verursachen würde«, sagt Thomas Ertmann, der Pressesprecher des Kollektivs. »Aber passiert ist dann am Ende ganz einfach: nichts. Wenn du mich fragst, werden wir den dänischen Staat überleben.« Ertmann, Anfang 30, zieht sich seine karierte Schiebermütze in die Stirn, hinter der, wie er sagt, ein Kater vom Vorabend tobt. Für eine Räumung des Geländes gebe es in der Bevölkerung von Kopenhagen keine Mehrheit. Und der Tourismus, den Christiania anziehe, sei doch für die Stadt noch viel wichtiger als für Christiania selbst. »Es gibt hier etwas Mysteriöses, eine andere Dimension, die weder das Tivoli noch die Kleine Meerjungfrau haben«, sagt Ertmann. Viele Lokalpolitiker wüssten das, »aber im Folketing, dem Parlament, sieht das anders aus«.

In der Sauna spielt ein Radio »Love is in the air«

Zuständig für Christiania ist das Finanzministerium, das die Christianiter nach der Gerichtsentscheidung vom Februar vor die Wahl gestellt hat: Entweder sie lassen Investoren auf das Gelände und werden normale Mieter einer Wohnungsgesellschaft. Oder sie kaufen das Areal. Ihr Anwalt Knud Foldschak hofft, dass seine Klienten sich für Letzteres entscheiden: »Juristisch sind wir am Ende unserer Möglichkeiten angekommen«, sagt Foldschak, ein renommierter Advokat der alternativen Sache, der nur für ein Telefonat Zeit findet. »Jetzt muss verhandelt werden – das Gelände in Parzellen zu teilen und zu verkaufen wäre das Aus für Christiania.«

Und das wollen in Kopenhagen die wenigsten. »Christiania passt hervorragend zu unserem Image«, sagt Peter Rømer Hansen, Direktor des Marketingbüros Wonderful Copenhagen. »Wir wollen als eine menschliche, nicht allzu förmliche Stadt bekannt sein.« Pläne, Christiania zu normalisieren, finde er schrecklich. Als Jugendlicher, sagt er beim Mittagessen in einem recht eleganten Kopenhagener Restaurant, sei er selbst oft in Christiania gewesen. »Den Bewohnern würde ich wünschen, dass sie der Stadt wieder mehr Impulse geben. Die letzte Innovation aus Christiania waren die Lastenfahrräder – und das ist inzwischen fast 40 Jahre her.«

Tatsächlich ist Kopenhagen seit geraumer Zeit schon mindestens so grün wie Christiania. Wer biologisch essen möchte, ist nicht mehr allein auf das Restaurant Morgenstedet in der Fristad angewiesen. Recycelt wird längst überall. Und als die Stadt ihr Fahrradwegnetz auf Christiania ausdehnen wollte, gingen die Bewohner auf die Bauarbeiter los. Weil Einmischung von außen grundsätzlich unerwünscht ist. Dennoch haben sich in Christiania bürgerliche Enklaven wie das Restaurant Spiseloppen gebildet, wo internationale Küche auf hohem Niveau und zu hohen Preisen serviert wird. Nur mit Glück bekommt man hier ohne Reservierung einen Platz; die Tische auf einer Seite des lang gestreckten, schmalen Raums sind für Christianiter reserviert.

Für den Abend hatte Christiania-Sprecher Thomas Ertmann versucht, ein Treffen mit einem Besetzer der ersten Generation zu arrangieren. Doch der eine ging nicht ans Telefon, ein anderer ließ wissen, er sei gerade auf dem Heimweg und müsse dann erst mal seine Frau küssen. Das könne dauern. »Geh einfach raus, komm mit den Leuten ins Gespräch«, sagt Ertmann. »Dann verstehst du, worum es in Christiania geht.«

Im Badehuset läuft heißer Dampf in dicken Tropfen von den Fensterscheiben. An der Tür prangt das Logo Christianias, drei gelbe Punkte auf rotem Grund, die i-Punkte des Namens und Symbole für Liebe, Hoffnung und Freiheit. Zutritt wird mittlerweile jedem gewährt, der die Kamera stecken lässt und sich nackig macht.

Der Saunabesuch kostet zwei Euro, ein Leihhandtuch 1,30 – Peelingschlamm geht extra. Wer mag, kann die Gemeinschaftsbürste benutzen, die nach Gebrauch in einem Desinfizierbecken gereinigt wird. In der kleinen Holzkabine schwitzen zwei Däninnen, ein Paar massiert einander die tätowierten Schultern, und ein junger Mann, den niemand darum gebeten hat, erzählt auf Englisch unbekümmert Reiseerlebnisse in die diesigen Tiefen des Raums. Irgendwo spielt ein Radio *Love Is In the Air*. Vielleicht ist all das noch keine neue Dimension, aber selten hat sich Alltag so entspannt angefühlt wie in diesem Augenblick.

Die Rezeption des Badehuset ist nur durch eine niedrige Holzwand von Duschen und Umkleidehaken getrennt. In einem Hinterzimmer hackt Lukas Holz für den Ofen, der die Temperatur in der Sauna konstant auf 85 Grad hält. Früher, erzählt der 22-Jährige, sei er mit der ganzen Familie regelmäßig zum Waschen hergekommen. Ein eigenes Bad habe sein Vater in ihrem Haus erst eingebaut, als er 14 war.

Lukas ist in Christiania geboren. Mittlerweile, sagt er, lebe hier schon die dritte Generation, die Enkel der Hausbesetzer aus den Siebzigern. Er sei nicht sicher, ob er dauerhaft bleiben werde. Im Moment richtet er sich ein leer stehendes Haus auf dem Gelände her. Ein ungeschriebenes Gesetz sieht vor: Besetzte Räume, die nicht bewohnt werden, werden wiederbesetzt. Eine Genehmigung von der Nachbarschaftsgruppe zu bekommen sei nicht allzu schwer, behauptet er. »Du musst einfach jemanden kennen, der hier wohnt. Jetzt kennst du mich. So einfach ist das.«

Lukas' irischer Kollege Gordon baut eine stattliche Tüte, während am Tresen ein Nackter mit einer CD winkt. Ambient-Music, ob das nicht auch mal schön sei? Er glaube nicht daran, dass Christiania jemals geräumt werde, sagt Lukas. Die Fristad sei viel zu populär. »Wir sind ganz einfach ein verdammter Park hier draußen«, sagt Lukas. »Ein Park mit Häusern – und dem besten Gras der Stadt.«

www.zeit.de/audio

Christiania

Anreise: Die nächstgelegene Metro-Station der Linien M1 und M2 ist Christianshavn. Alternativ gibt es in Kopenhagen kostenlose Stadträder und etliche Fahrradverleihe (zum Beispiel Baisikeli, www.cph-bike-rental.dk, ab circa 10 Euro pro Tag)

Tour: Seit Langem bieten die Christianiter selbst Führungen durch ihre »Fristad« an, vom 26. Juni bis 31. August einmal täglich, den Rest des Jahres über nur samstags und sonntags. Die Tour dauert etwa zwei Stunden; Treffpunkt ist immer um 15 Uhr am Haupteingang an der Prinsessegade. Die Teilnahme kostet 40 Kronen, circa 5 Euro. Eine Anmeldung ist nur für Gruppen erforderlich. Weitere Informationen unter Tel. 0045-21 85 38 78 oder www.rundvisergruppen.dk

Auf eigene Faust: Selbstverständlich kann man sich auch unabhängig von einer Führung auf dem Gelände bewegen. Unbedingt beherzigen sollte man dabei nur das Fotografierverbot auf der Pusher Street. Um ein wenig über die Hintergründe zu erfahren, empfiehlt sich der Kauf des »Christiania Guide« (circa 1,30 Euro), der in diversen kleinen Läden direkt vor Ort erhältlich ist. Im Internet gibt es auch eine deutsche Übersetzung als kostenlosen Download unter www.christiania.org

/ FRISCH VOM MARKT /

Schöner pflügen

In Schweden wird am 13. und 14. Mai der Weltmeister im Ackerpflügen ermittelt. Die 58. Auflage des internationalen Wettbewerbs »World Ploughing Competition« findet auf einer Farm in der südschwedischen Provinz Östergötland statt. Für Nichtpflüger ist ein umfangreiches Begleitprogramm mit Oldtimer- und Pferdegespann-Schauen vorgesehen, während die Wettbewerbsteilnehmer aus 30 Nationen in den Kategorien Stoppelpflügen und Graslandpflügen um den Sieg ringen. Möge die sauberste Furche gewinnen.

Nähere Informationen zur Weltmeisterschaft im Pflügen unter www.worldploughing.com und zur Region Östergötland unter www.ostergotland.info

Beim Mond-Monarchen

Am 13. Juni jährt sich der Todestag des exzentrischen Bayernkönigs Ludwig II. zum 125. Mal. Ob er tatsächlich aus freiem Willen im Starnberger See ertrank, ist bis heute umstritten. Wer sich in die verschattete Psyche des Monarchen einfühlen möchte, der als junger Mann als heillos romantisch und im Alter als »seelengestört« galt, hat bei einer Vollmond-Wanderung über die Herreninsel im Chiemsee Gelegenheit dazu. Hier, wo Ludwig II. des Nachts einsam seine Runden zog, zeichnet eine geführte Tour zu fortgeschrittener Stunde seinen Lebensweg nach. Bei Kerzenschein werden Passagen aus der Korrespondenz des Königs verlesen, und im Marmorhof des Schlosses Herrenchiemsee kommt eine Wagner-Arie zum Vortrag – ein Fest für Schwärmer, Schwermütige und Somnambule.

Die Nachtwanderung »Mondkönig – Märchenkönig« findet am 18. Juni, 9. Juli, 13. August, 10. September und 14. Oktober jeweils zwischen 21.45 und 1 Uhr statt. Der Teilnahmepreis von 37 Euro gilt für Schifffahrt, Wanderung und ein Mitternachtsbuffet im Schlosshotel. Nähere Informationen und Anmeldung: Tel. 08051/690 50 oder im Internet unter www.tourismus.prien.de

Ticket zur Buga

Inhaber der Freizeit-Card Rheinland-Pfalz und Saarland können bis März 2012 aus mehr als 160 Angeboten wählen und mit einer 3-Tages-Karte ab April unter anderem auch die Bundesgartenschau in Koblenz besuchen.

Die 3-Tages-Karte für Erwachsene kostet 41,50 Euro, für Kinder 31 Euro. Ein Marco-Polo-Reiseführer über die Region ist im Preis enthalten. Nähere Informationen: Tel. 0681/92 72 00 oder unter www.tourismus.saarland.de

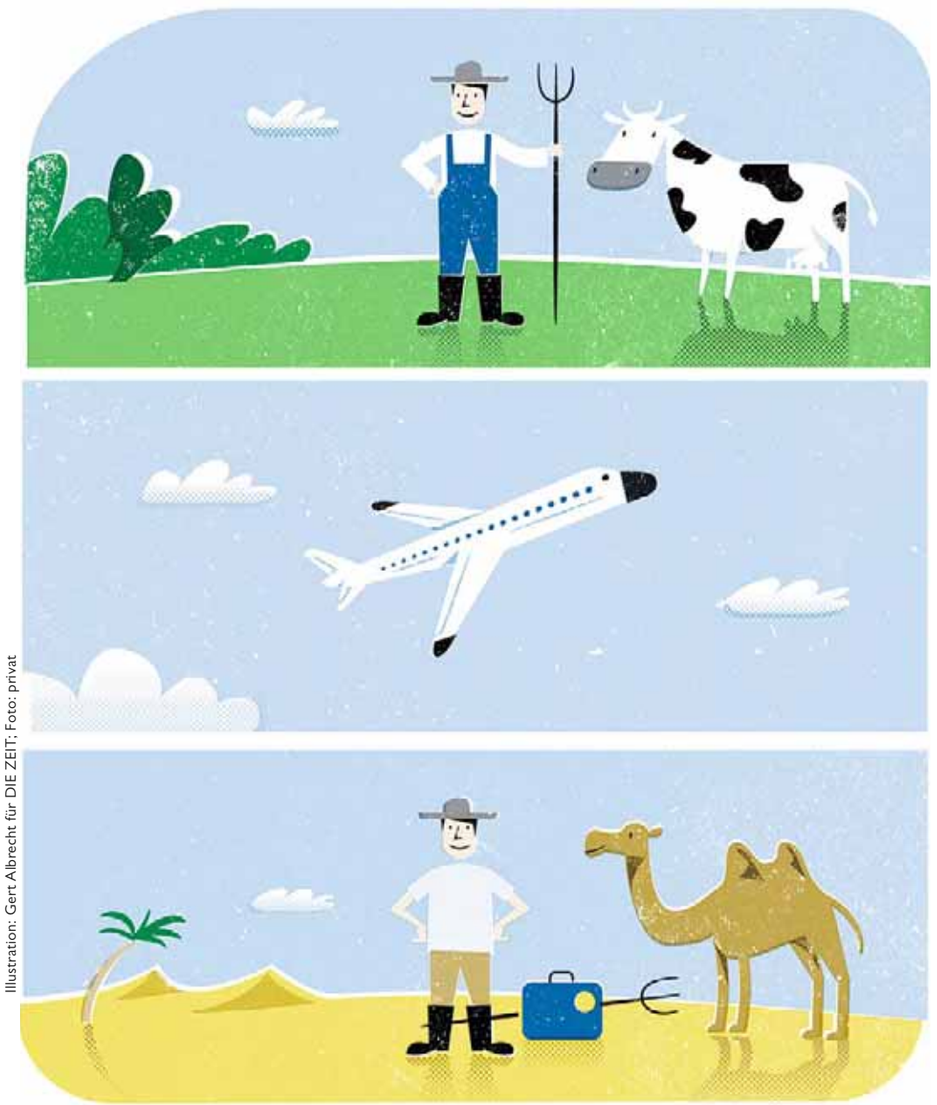


Illustration: Gert Albrecht für DIE ZEIT; Foto: privat

»Wie melken die Texaner?«

Landwirte fahren oft nur ein Mal im Leben in den Urlaub. Isabella Rau schneidert Reisen nach ihren Bedürfnissen. Ein Gespräch

DIE ZEIT: Frau Rau, Sie bieten mit Ihrem Büro Kopp Tours Reisen für Landwirte an. Halten Sie Bauern für so spezielle Menschen, dass sie nur mit ihresgleichen verreisen wollen?

Isabella Rau: Zumindest sind Landwirte eine spezielle Klientel. Die meisten verreisen selten, für viele ist der Urlaub mit uns die erste Reise ihres Lebens. Viele unserer Kunden sagen, sie hätten kaum Zeit dafür, was sicherlich stimmt. Aber es fehlt vielen Bauern auch an der Motivation, den eigenen Hof für ein paar Tage zu verlassen.

ZEIT: Und wieso buchen sie dann trotzdem?

Rau: Ganz häufig ist die Reise ein Geschenk von den eigenen Kindern – etwa zur Silberhochzeit. Da sagt dann der Sohn oder die Tochter zu den Eltern: Ihr müsst mal raus. Das Ehepaar will aber keine gewöhnliche Reise machen, auf den klassischen Strandurlaub haben viele Landwirte einfach keine Lust. Unser Büro bietet dann eine gute Alternative.

ZEIT: Wie sieht die aus?

Rau: Auf unseren Reisen gibt es immer ein Ausflugsprogramm, das besonders für Landwirte interessant ist. Wir besuchen zum Beispiel eine Rinderzucht in den USA, eine Aquakultur in Skandinavien, die Obstplantagen in Madeira und Kakaobauern in Afrika. Oder aber, eher exotisch, wir reisen zu einer Kamelfarm in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Teilnehmer haben dabei das Gefühl, dass sie etwas Sinnvolles tun. Das haben sie bei einer reinen Erholungsreise nicht.

ZEIT: Wie lange dauern Ihre Reisen? Die meisten Landwirte werden ihren Hof und die Tiere nicht für Wochen alleine lassen können.

Rau: Das hören wir oft. Wir bieten deshalb Reisen von wenigen Tagen bis zu maximal zwei Wochen an. Das bekommen die Landwirte organisiert, vor allem im Winter. Nehmen Sie einen Geflügelzüchter. Natürlich kann der nicht vor Weihnachten wegfahren, wenn Kunden Schlange stehen, um Gänse zu kaufen. Aber danach wird es deutlich ruhiger auf seinem Hof, da ist ein Urlaub schon mal drin.

ZEIT: Haben Bauern nach einem anstrengenden Jahr im Stall und auf dem Feld nicht das Bedürfnis, einfach mal auszuspannen? Eine Versicherungskauffrau schaut auf den Malediven schließlich auch nicht bei einem örtlichen Versicherungsbüro vorbei ...

Rau: Das ist etwas anderes. Wer von neun bis fünf in einem Büro arbeitet und dort abends die Tür zumacht, ist längst nicht so verwurzelt in seinem Beruf. Da gibt es eine klare Trennung zwischen Arbeit und Freizeit. Jeden Tag. Für die meisten Landwirte ist der Beruf ihr Leben. Das lässt sich eben nicht trennen. Die arbeiten letztlich 24 Stunden am Tag. Sie müssen aber auch mal rauskommen, da haben die Kinder vollkommen recht. Bei uns bekommen Sie einen Tapetenwechsel.

ZEIT: Wie alt sind Ihre Gäste?

Rau: In der Regel sind sie 40 Jahre oder älter. Deutlich mehr Männer als Frauen verreisen mit uns. Es melden sich aber auch viele Ehepaare an. Acht bis zehn Reisen im Jahr veranstaltet Kopp derzeit, jeweils 10 bis 45 Bauern nehmen teil.

ZEIT: Frühstück gibt es um 4 Uhr morgens, weil es die Landwirte nicht anders kennen?

Rau: Nein, viele von unseren Gästen wollen morgens schon etwas länger schlafen als daheim. Üblicherweise beginnt der Tag zwischen 7 und 8 Uhr. Nach dem Frühstück schauen wir uns dann etwas an. Oft sind die Betreiber der Höfe, die wir besuchen, deutsche Auswanderer – etwa in Namibia. Wobei wir nicht nur Farmen und Plantagen besichtigen. Wir bieten auch das normale Touristenprogramm an. Leicht abgewandelt.

ZEIT: Das heißt?

Rau: Natürlich gehen wir auch in Museen. Aber eben nicht in erster Linie in solche mit Kunstsammlungen. Oft dreht es sich in den Ausstellungen um Maschinen oder um Tiere.

ZEIT: Und abends?

Rau: Da wir oft auf dem Land untergebracht sind, ist es mit dem Ausgehen im klassischen Sinne oft schwierig. Halligalli gibt es da nicht. Manche gehen abends noch in einen Pub etwas trinken, viele wollen aber auch schon früh schlafen.

ZEIT: Bieten Sie Bildungsreisen für Landwirte an?

Rau: Zumindest vergleiche ich unser Angebot gerne mit dem Programm von Studiosos. Die Kollegen organisieren spezielle Reisen für Kulturinteressierte. Auch unsere Gäste holen sich in der Fremde wertvolle Anregungen, sehen etwa, wie es mit der Tierzucht in anderen Ländern funktioniert. Mit welchen Maschinen melken Texaner ihre Rinder? Lohnt sich die Eröffnung einer Straußenfarm, wie es sie in Australien gibt? Die Reisebegleiter sind studierte Agrarwissenschaftler, die sich mit der Materie auskennen. Nicht unterschätzen sollte man, dass unterwegs Netzwerke entstehen. Man lernt andere Menschen kennen, zu denen man Kontakt hält.

ZEIT: Entwickeln sich in der Gruppe Freundschaften?

Rau: Absolut. In der Regel bildet sich auf jeder Reise eine Clique, die viel zusammen unternimmt – auch nach Ende der Reise. Manchmal fahren kleine Gruppen noch einmal auf eigene Faust zu den Leuten, die wir besucht haben.

Isabella Rau, 40, ist Geschäftsführerin des Agrarreiseveranstalters Kopp Tours

Interview: ANNE LEMHÖFER

Fotos: imago (großes Bild); Flora Press; imago; blickwinkel; DFJV Bildportal (v.l.n.r.)

Unter Buchen treibt der Waldmeister sternförmige Blüten

Guck mal da!

Warum Bärlauch es gerne schattig hat und Veilchen gar nicht so bescheiden sind: Eine Reise durch den Frühlingswald VON SUSANNE WIBORG

Veilchen

Zu Veilchen muss niemand reisen. Sie kommen von selbst, und sie kommen zuerst. Mit ihnen ist der Winter wirklich vorbei. Ihre Fähigkeit, fast überall unverhofft aufzutauchen, grenzt an Zauberei. Nüchtern betrachtet, verdanken sie ihre Mobilität zwar Samen verschleppenden Ameisen. Doch es ist trotzdem verblüffend, wenn dort, wo eben tristes, winterbraunes Garnichts war, zaghaft ein paar grüne Blättchen sprießen. Und schon stehen da diese zarten Blütenschmetterlinge im unverkennbaren, intensiven Blauviolett: die sprichwörtlichen Veilchen im Moose, die mit ihren gesenkten Köpfen Generationen braver deutscher Töchter als ideales weibliches Rollenmuster vorgehalten wurden: »sittsam, bescheiden und rein«. Der Eindruck trügt, und zwar gewaltig. Heinrich Heine hat das genau gewusst: »Von der Bescheidenheit der Veilchen / Halt ich nicht viel. Die kleine Blum' / Mit den koketten Düften lockt sie / und heimlich dürstet sie nach Ruhm.«

Zu falscher Bescheidenheit hat die betörende Kleine auch keinen Grund, denn ihre Wirkung steht in keinem Verhältnis zu ihrer Winzigkeit. Ein einziger Sonnenstrahl genügt, und Viola odorata überzieht ihre Umgebung mit einem Duft, der an Intensität und Sinnlichkeit seinesgleichen sucht. Die Kombination aus Grazie und unmissverständlichem Odeur hat sie allen Zeiten zu einem begehrten Liebesboten gemacht. Eine passende Wahl. Denn sittsam sind Veilchen absolut nicht. Sie vermehren sich gern ebenso fröhlich und ungezügelt, wie sie berauschend duften. Auch ihr Eigensinn ist ziemlich konkurrenzlos: Veilchen bringen es fertig, ideale Standorte zu verschmähen und dafür lieber als lebendes Sträußchen in der Pflasterfuge eines Großstadt-Bürgersteiges aufzutauchen. Gern noch direkt neben der Ausfallstraße, deren Abgasschwaden sie wenigstens für einen flüchtigen Moment mit ihrer unmissverständlichen Botschaft vergessen machen können: Der Frühling ist da – endlich!

Bärlauch

Bärlauch ist einfach zu finden: immer der Nase nach. Denn Allium ursinum hat die praktische Angewohnheit, sich sogar schon vor der Blüte mit Wolken von Knoblauchgeruch kundzutun. Er bewohnt eines der attraktivsten Ausflugsziele dieser Jahreszeit. In Laubwäldern, die ein wenig feucht, kalkhaltig und nährstoffreich sind, schätzt er Bachnähe. Unter ewig düsteren Tannen auf trockenem, kargen Untergrund wird man ihn ebenso vergeblich suchen wie den Frühling an sich. Er liebt es hell und frisch, und sein Traumpartner ist deshalb die Rotbuche. Zu ihren Wurzeln nutzt er die kurze Zeit vor dem Laubaustrieb, in der die Vitalität des Neuanfangs rundum zwar schon nahezu greifbar, der Boden aber noch nicht zu sehr beschattet ist.

Bärlauch ist gesellig – und wie! Wo er vorkommt, erscheint er gleich in Massen. Zu seinen nördlichsten Standorten gehören die ersten Ausläufer des Weserberglands wie Deister und Ith oder die Laubwälder am Steinhuder Meer. Dort können zivilisationsverwöhnte Städter ihren im Frühjahr hervorbrechenden Sammlertrieb angenehm ausleben. Frisch aus dem Wald schmecken die aromatischen Zwiebelpflanzen schon deshalb deutlich besser als das zahme Kraut vom Wochenmarkt, weil sie mit dem unbezahlbaren Triumph gewürzt sind, alle Herausforderungen der Natur erfolgreich gemeistert zu haben.

Schließlich hat der kleine Stinker längst bewiesen, dass sein Abenteuerfaktor dem der Pilzsuche in nichts nachsteht: Jeden April beleben Bärlauchsammler die Schlagzeilen, die Blätter von Maiglöckchen oder Aronstab für den begehrten Waldknoblauch hielten und ihre Beute auch noch unbefangen verspeist haben. Aber Aronstab und Maiglöckchen sind ziemlich giftig, die Blätter der Herbstzeitlosen können sogar tödlich sein. Das unverkennbare Knoblaucharoma ist allerdings unverkennbar, und im Zweifelsfall hilft ein vorsorgliches »Hände weg«.

Schachblume

Eigentlich dürfte die Schachblume überhaupt nicht existieren. Fritillaria meleagris ist die blühende Unmöglichkeit, der vitale Widerspruch zum ehernen Biologielehrergrundsatz: »In der belebten Natur gibt es keinen rechten Winkel.« Und es gibt ihn doch. Etwa wenige Kilometer südlich der Hamburger Stadtgrenze, in unmittelbarer Nähe zum größten Rangierbahnhof Europas und der S-Bahn-Station Maschen. Dort, auf dem Junkernfeld im Naturschutzgebiet Untere Seeveniederung, findet die Schachblume, was ihr sonst fast überall genommen wurde: die artenreichen Feuchtwiesen, die ein typischer Teil der Elbmarsch sind. Hoher Grundwasserstand und zeitweise Überflutung gestatten hier nur extensive Landwirtschaft. Für die »Reettulpe«, wie Fritillaria meleagris auch genannt wird, gehören diese ausgedehnten, sauren Grünlandflächen zu den letzten Paradiesen.

Ebenso für Besucher mit Sinn fürs Einzigartige. Zwar lässt sich die Blütenpracht bequem vom Hauptweg oder von eigens errichteten Stegen aus bewundern. Doch um Schachblumen wirklich kennenzulernen, sollte man vor ihrer einzigartigen Erscheinung niederknien. Wer dann noch genau hinsieht, wer empfänglich ist für die verborgene Sensation des Naheliegenden, der muss sie einfach lieben. Eine große Wiese voller winziger, rätselhafter Individualisten. Es gibt keine zwei Blüten, die einander wirklich ähneln. Die eleganten Glocken an den silbriggrünen, zarten Stängeln wirken fragil und exotisch, wie einem japanischen Farbholzschnitt entwachsen. Die Farben gehen von Weiß über Rosa bis hin zum dunklen Purpur. Legere, eher gepunktete als karierte Exemplare stehen da neben akkurat rechtwinkligen, Tupfen- und Karomuster sind in immer neuen Variationen kombiniert. Weshalb ausgerechnet Schachblumen sich als einzige unter allen Lebewesen für ein total naturgesetzwidriges Outfit entschieden haben, weiß niemand.

Dass man dieses Wunder überhaupt noch in freier Natur besuchen kann, grenzt an ein weiteres Wunder: Fritillaria meleagris ist vom Aussterben bedroht. Eindeichungen und Trockenlegungen zerstörten die meisten ihrer Standorte. Auf stickstoffüberdüngtem Hochertragsgrünland kann sie nicht leben. Und wer sie pflückt, tötet sie ebenfalls: Dann stirbt die Zwiebel ab. So gibt es in ganz Europa nur noch wenige ausgedehnte Bestände.

Man kann durchs Junkernfeld spazieren, aber den Ausflug auch deutlich weiter ausdehnen: In Großbritannien heißen Schachblumen wegen ihrer länglichen, wie geschuppt wirkenden Knospen auch *snake's head fritillaries.* Dort müssen sich die aparten kleinen Schönheiten, die schon alte Meister gern auf Blumenstücken verewigten, nicht mit einer Rangierbahnhofnachbarschaft begnügen. Sie gedeihen im angemessenen historischen Rahmen. Eine große Wiese voller blühender *snake's head fritillaries* gehört jedes Frühjahr zu den Sehenswürdigkeiten des Magdalen College in Oxford.

Waldmeister

Der Waldmeister ist die Symbolpflanze des üppigen, rauschhaften Ausnahmezustands namens Frühling – und das gleich in jeder Beziehung. Er löst den Bärlauch, mit dem er die Vorliebe für fruchtbare, humose Buchenwälder teilt, sozusagen ab: Waldmeister gedeiht zwar auf ähnlichem Untergrund, benötigt aber mehr Schatten und blüht deshalb erst, wenn mit dem ersten, zartgrünen Laubaustrieb der Frühling seinen Höhepunkt erreicht. Ein schaumiger Sternchenteppich unter frischgrünen Buchen – das ist der Inbegriff des Monats Mai.

Nicht umsonst hieß das zierliche, duftige Kraut früher auch »Herzfreude«, und in Frankreich wird Asperula odorata sogar *reine du bois,* Waldkönigin, genannt. Diesen Ruf mächtiger Unwiderstehlichkeit genießt der Waldmeister zu Recht, besitzt er doch eine Anziehungskraft, die ans Magische grenzt: Vor der großen Bärlauch-Mode war er es, der alle die in den Wald lockte, die sich von der steigenden Sonne unwiderstehlich getrieben fühlten, wenigstens einmal im Jahr so richtig in die Natur auszuschwärmen. Jugendbewegte Studenten und gediegene Honoratiorenstammtische zog es ins Grüne, um dem »deutschen Waldmeister« zu huldigen. Am ausgiebigsten natürlich nach der Sammeltour, hatte doch Benediktinermönch Wandalbertus von Prüm seinen Landsleuten schon anno 854 nachdrücklich empfohlen: »Schütte perlenden Wein auf das Waldmeisterlein ...«

Ein über mehr als tausend Jahre gern befolgter Rat, der durchaus seine Tücken hat. Das leckere Aroma des Waldmeisters, das die legendäre Maibowle würzt, entsteht durch Kumarin, dem übrigens auch frisches Heu seinen Duft verdankt. In höheren Dosen kann Kumarin toxisch wirken und in Kombination mit ebenfalls überdosiertem Alkohol die Frühlingslaune eintrüben.

Wie mächtig Waldmeister ist, zeigen schon ein paar Stängelchen. Im Verwelken können sie ganze Räume mit Mai-Aroma erfüllen. Kumarin wird allerdings nur frei, wenn das Kraut verletzt wird oder welkt – und dass man sie so schlecht behandeln muss, damit sie so wunderbar duftet, ist wirklich das einzig Negative, das man dieser bezaubernden Pflanze nachsagen kann.

/ LESEZEICHEN /

Gewissenhafte Touristin

»New York wird mir gehören, und ich werde New York gehören«, beschließt Simone de Beauvoir an einem Sonntagmorgen im Januar 1947. Auf dem noch menschenleeren Broadway, in der Bude eines Stiefelputzers, in Gassen, die nach Gewürzen und Packpapier riechen, nimmt die französische Schriftstellerin Tuchfühlung mit Amerika auf, das sie während ihrer viermonatigen Vortragsreise akribisch erkunden wird. Die Publizistin Susanne Nadolny hat nun aus Beauvoirs Reisetagebuch *Amerika – Tag und Nacht* jene Passagen herausgefiltert, die der Besichtigung New Yorks gewidmet sind. In Kombination mit den Fotos von Andreas Feininger ist ihr ein bibliophiler Band gelungen, der 25 Jahre nach dem Tod der französischen Existenzialistin – sie starb am 14. April 1986 – die amerikanische Kultur der Nachkriegsjahre noch einmal aufleben lässt. Als »gewissenhafte Touristin« lernt der Leser die Schriftstellerin kennen. Ausgerüstet mit dicken Reiseführern und Adressenlisten, legt sie viele »Gewaltmärsche« zurück, versucht, Manhattan, Brooklyn und Harlem systematisch zu entziffern. In einer Zeit, da man in Paris noch »in Sack und Asche« geht, staunt sie über die luxuriösen Auslagen in den Schaufenstern, genießt ihr erstes Glas Whiskey, beklagt aber auch Kommunistenhass und Rassendiskriminierung. Und am Ende ihres Aufenthalts zeigt sich, dass ihr Plan aufgegangen ist: »Jetzt gehe ich nicht mehr mit Riesenschritten auf Entdeckungen aus, sondern strolche in New York herum, als ob es mir gehörte.« CS

Simone de Beauvoir: New York, mon amour
Reisetagebuch. Hrsg. von Susanne Nadolny;
edition ebersbach, Berlin 2011; 192 S., 19,80 €

Foto: Olivier Maire/Wallis Tourismus

MAGNET

Königin gesucht

Das liebe Vieh fängt an zu bocken, wenn die Winterställe im Wallis geöffnet werden. Dann drängt es die Eringer Kühe nach einer neuen Hackordnung. Aus unblutigen Duellen, in denen 1200 Kilo Lebendgewicht aufeinanderprallen, geht die Königin der Herde des nahenden Sommers hervor. Die Kampfeslust der schwarzen Gehörnten nutzen die Bauern für friedliche »Stechfeste« (unser Bild zeigt einen Kampf im Val d'Hérens vor dem Dent Blanche). Mit weißer Farbe pinseln sie den Kandidatinnen Startnummern aufs Fell, führen sie zu den Vorausscheidungen in Arenen auf grünen Wiesen und achten darauf, dass die **tierischen Scharmützel** loyal ausgetragen werden. Seit bald 90 Jahren findet das kantonale Finale vor dem Almauftrieb in Aproz (Unterwallis) statt. Gerüchte, einige Bauern hätten die Kühe einmal mit Walliser Fendant-Wein gedopt, blieben unbestätigt. CS

Kuhkämpfe am 25.4. in Raron und am 1.5. in Evolène. Das kantonale Finale findet am 8.5. in Aproz statt. Auskunft: Wallis Tourismus, Tel. 0041-27/327 35 70, www.wallis.ch

Das Traditionslokal Napoli in der Hester Street

San Gennaro, der Schutzheilige von Little Italy

Blick in die Mulberry Street

Fotos [M]: Stefan Falke für DIE ZEIT

Ciao Bella!

In Little Italy leben keine Italiener mehr. Für die meisten New Yorker bleibt dieses Viertel dennoch der Inbegriff von Italien VON CLAUDIA STEINBERG

Der Wind zerrt an den weißen Tischdecken, die Sonne verschwindet immer wieder hinter dunklen Wolken, doch vor dem Grotta Azzurra an der Ecke Broome, Mulberry Street wartet der Kellner unverdrossen auf die ersten Mittagsgäste. »Lunch?«, fragt er knapp und beobachtet aus dem Augenwinkel, wie ein Fernsehteam mit großen Scheinwerfern für die Krimiserie *Blue Blood* einen echten Frühlingstag simuliert. »Wir drehen oft in Little Italy«, sagt der Kabelschlepper. »Viel Atmosphäre, echtes, altes New York.« Die Türme aus farbigem Glas, die nun schon seit Jahren über die grauen, niedrigen Dächer der Lower East Side hinauswachsen, kommen nicht ins Bild, das Schaufenster des chinesischen Massagesalons und das Werbeschild von Yan Shin Tams Akupunkturpraxis natürlich auch nicht.

Wer an Little Italy denkt, denkt immer noch an die Einwanderer aus Süditalien, die ihre malerischen Dörfer, die Zitronenbäume und Zypressen zurückließen, um in einer winzigen New Yorker Wohnung ohne fließendes Wasser noch einmal ganz von vorne anzufangen. Man denkt an Trattorien mit Fresken vom Vesuv, an großartige Pizza und vielleicht auch an inbrünstigen Diaspora-Katholizismus. Da tut es nichts zur Sache, dass der neuesten Volkszählung zufolge unter den 8600 Einwohnern der 30 Häuserblocks, die einmal Little Italy ausmachten, kein einziger gebürtiger Italiener mehr finden lässt. Dass nur noch fünf Prozent Italoamerikaner sind.

Fodor's New York City Guide empfiehlt Reisenden, die sich die italoamerikanische Gegenwart anschauen wollen, deshalb die Arthur Avenue in der Bronx. Doch was findet man dort schon? Garantiert nicht den silbernen Karren des Cannoli King, der in Little Italy seit 1973 sizilianische Süßigkeiten auf der Straße verkauft. In der Bronx fehlen auch die berühmten Traditionslokale wie das Grotta Azzurra, das Napoli und das Buona Notte, die bunten Plastikblumen auf den Tischen und die Kellner in schwarzen Anzügen, die in Little Italy seit Jahrzehnten einen Hauch von *Old Europe* versprühen. Und welche Kneipe getraute sich, so stolz mit dem Mafia-Nimbus der italienischen Einwanderer zu spielen wie die Mulberry Street Bar, die vor zwei Jahren ihren 100. Geburtstag feierte?

Neben die uralten Schwarz-Weiß-Fotografien von Frank Sinatra, Dean Martin und Sammy Davis im Fenster hat der Besitzer vor ein paar Jahren ein Poster von James Gandolfini, dem charmanten Hauptdarsteller der beliebten Mafia-Soap *The Sopranos,* gehängt. Die senfgelbe Decke ist von

Schwaden aus der Zeit, als man in Kneipen noch rauchen durfte, verdunkelt, den Kachelboden durchziehen schmutzige Risse, die Spitzengardinen im Hinterraum sind vergilbt. Ein Gemälde hinter Glas porträtiert die Stammgäste der siebziger Jahre im Stil einer Genrestudie des 19. Jahrhunderts. Dass hier am Wochenende Karaoke geboten wird, spricht nicht gegen die Authentizität des Lokals.

Ein paar Hausnummern weiter, vor der Most Precious Blood Church, hält der heilige Gennaro seit den zwanziger Jahren ein täglich frisches Bündel Geldscheine in der Hand. Noch immer beten die Nachkommen ursprünglich aus Neapel stammender Amerikaner hier zu dem Schutzpatron des Viertels. Im September kommen an die drei Millionen zum Fest des Märtyrers San Gennaro.

Im vergangenen Jahr haben die Boutique- und Restaurantbesitzer des angrenzenden Viertels NoLita – so nennen die New Yorker die Gegend nördlich von Little Italy – gegen das Straßenfest prozessiert, weil der Krach und die Grilldünste ihnen zwei Wochen lang die elegante Klientel vertreiben. Und es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis der Schick von NoLita bis nach Little Italy vordringt.

Die renovierten Zweizimmerwohnungen hinter der in den italienischen Nationalfarben gestrichenen Mietskaserne in der Grand Street kosten heute schon mehr als 4000 Dollar im Monat. Manches Traditionslokal hat sich längst nach Staten Island oder New Jersey zurückgezogen, weil es die Mieten nicht mehr zahlen konnte.

»Vielleicht wird es Little Italy nicht mehr lange geben«, sagt Joseph Scelsa, der ehemalige Rektor des Italian American Institute an der City University. Vor zwei Jahren hat der Soziologe in einem ehemaligen Bankgebäude in der Mulberry Street das Italian American Museum eröffnet. Zu den Ausstellungsstücken gehören eine Fin-de-Siècle-Nähmaschine, ein Hochzeitskleid von 1908, diverse Schiffsbillets von der Überseereise und ein Puppentheater. Bis heute hätten nur 16 Prozent aller Amerikaner einen Reisepass, sagt Scelsa. »Wenn sie Italien sehen wollen, fahren die meisten nach Little Italy.« Mit seinem kleinen Museum will er dafür sorgen, dass dieses Italien auch in Zukunft nicht aus Manhattan verschwinden wird.

Imame in die Schulen

Wie kann ein europäischer Islam entstehen? Der Korangelehrte Bülent Uçar und Bundesministerin Annette Schavan über Glauben, Kopftuch und die neuen Lehrstühle für islamische Theologie

Foto (Ausschnitt): Thomas Bernhardt für DIE ZEIT / www.t-bernhardt.de

Zwei Gläubige: Bildungsministerin Annette Schavan und Islamwissenschaftler Bülent Uçar

ZEIT: Herr Uçar, Sie bauen derzeit in Osnabrück eines der ersten Zentren für Islamstudien in Deutschland auf. Gibt es auch etwas, das Sie am heutigen Christentum bewundern?

Bülent Uçar: Ich ging in Oberhausen auf eine katholische Grundschule. Bei den Lehrkräften dort habe ich mich sehr behütet und gefördert gefühlt. Eine solche praktizierte Nächstenliebe beeindruckt mich bei gläubigen Christen sehr. Davon können Muslime etwas lernen.

ZEIT: Was schreckt Sie am Christentum ab?

Uçar: Ein rationaler Zugang zu den Quellen des eigenen Glaubens ist wichtig, ebenso ein reflektierter Umgang mit der Religion. Er darf aber nicht dazu führen, dass am Ende nur noch reflektiert und geredet wird. Viele Christen erscheinen mir zu verkopft. Rationalisieren und theoretisieren alleine ohne Spiritualität wird uns am Ende des Tages nicht reichen.

ZEIT: Frau Schavan, was fasziniert Sie am Islam?

Annette Schavan: Die selbstbewusste Weise, die eigene Frömmigkeit zu leben. Manche Christen sehen ja schon ein Anzeichen von Fundamentalismus darin, dass jemand in der Öffentlichkeit betet. Dass Muslime ihre Religion nicht meinen verstecken zu müssen, das gefällt mir.

ZEIT: Steht Ihnen ein gläubiger Muslim näher als ein Atheist?

Schavan: Ja.

Uçar: Das ist wie mit Honig. Es gibt Waldhonig, Feldhonig, Wiesenhonig. Nur wer Honig geschmeckt hat, mit dem können Sie sich über die Unterschiede der verschiedenen Sorten begründet austauschen. Glauben spricht zum Glauben, selbst im Disput.

ZEIT: Und was schreckt Sie ab am Islam, Frau Schavan?

Schavan: Situationen der Gewalt im Namen der Religion und die Feststellung, Religion und Politik seien eins. Das Christentum hat gelernt – durchaus in einem langen, schmerzvollen Prozess –, dass der Glaube nicht die Politik dominieren darf und umgekehrt. Diese Erkenntnis steht dem Islam noch bevor.

ZEIT: Ist das ein Grund, warum die Bundesregierung nun an verschiedenen Universitäten islamische Lehrstühle finanziert?

Schavan: Es ist nicht meine Aufgabe, vorzuschreiben, wohin sich der Islam zu entwickeln hat. Tatsache ist jedoch, dass Glaube nicht nur geglaubt, sondern auch gedacht werden muss. Dazu gehört unter anderem, das Verhältnis zwischen Religion und Politik zu klären. Wenn es denn so wäre, dass sich Islam und Demokratie beziehungsweise Islam und die moderne Gesellschaft nicht vereinbaren ließen, dann müsste ein Muslim sich entweder von seinem Glauben oder aus Europa verabschieden. Das kann aber nicht die Alternative sein. Aufgabe der Theologie ist es also, die Religion in die Gegenwart zu übersetzen. Eine solche zeitsensible Interpretation des Islams kann die Theologie leisten. Darüber hinaus sollen die neuen Lehrstühle Vorbeter für unsere Moscheen und Lehrer für den islamischen Religionsunterricht ausbilden.

ANNETTE SCHAVAN:

» Mich fasziniert am Islam die selbstbewusste Weise, die eigene Frömmigkeit zu leben «

Uçar: Erst einmal verfügt der Islam über die gleichen Rechte wie alle anderen Religionen. Wenn es eine christliche Theologie an den Universitäten gibt, muss es auch eine islamische geben. Sie wird dazu beitragen, dass sich die Muslime stärker in Deutschland beheimatet fühlen. Fakt ist: Ohne Partizipation keine Integration, ohne Integration keine Identifikation mit Deutschland.

Schavan: Als ich in Ankara an der theologischen Fakultät war, habe ich mit Frauen gesprochen, die sich zur Imamin ausbilden lassen. Einige von ihnen stammten aus Deutschland. Und eine Studentin hat mir erzählt, dass ihr Vater in Deutschland Imam war, aber weder Deutsch sprach noch das Land kannte, und wie hinderlich das bei seiner Arbeit war. Ich möchte das anders, hat mir diese Frau gesagt. Ich möchte die Welt verstehen, in der meine Gemeinde lebt. Genau solchen Menschen müssen wir die Möglichkeit eröffnen, bei uns ausgebildet zu werden.

ZEIT: Braucht der Islam Nachhilfe von oben, um sich zu zivilisieren?

Uçar: Gewiss nicht. Ich würde es so ausdrücken: Ich erhoffe mir von der islamischen Theologie, dass sie die Muslime in Deutschland auf eine Reise zu einem Islam mitnimmt, der dem Leben in Deutschland nicht entgegensteht, aber dennoch authentisch ist. Ich betone das, weil nicht wenige Muslime Angst haben, der deutsche Staat wolle ihnen vorschreiben, was sie zu glauben haben.

ZEIT: Hegen Sie diese Angst auch?

Uçar: Anfangs ja. Mittlerweile aber bin ich der Ansicht, dass der Staat die Unabhängigkeit der islamischen Theologie an den Universitäten genauso respektieren wird wie die wissenschaftliche Freiheit der christlichen Lehrstühle.

BÜLENT UÇAR:

» Nicht wenige Muslime haben Angst, der deutsche Staat wolle ihnen vorschreiben, was sie zu glauben haben «

ZEIT: Wo verlaufen die Grenzen dieser Freiheit?

Uçar: In der Anerkennung der demokratischen Grundordnung. Der Koran kennt Passagen – wie übrigens auch die Bibel –, die sich mit dem heutigen Verständnis von Demokratie und Menschenrechten nicht vereinbaren lassen. Aufgabe der Theologie wird es unter anderem sein, diese Textstellen in ihren historischen Kontext einzuordnen.

ZEIT: Werden die Beiräte, die den neuen Lehrstühlen zugeordnet sind, eine solche aufklärerische Lesart des Korans dulden? Schließlich werden hier auch Abgesandte der konservativen islamischen Verbände vertreten sein.

Schavan: Nicht der Beirat bestimmt die Professuren, sondern die Universität, und zwar nach wissenschaftlichen Kriterien. Daran bemisst sich die Glaubwürdigkeit der neuen Lehrstühle. Die Beiräte sollen die Lehrstühle beraten. Man kann sie mit Hochschulräten vergleichen, den Aufsichtsräten der Universitäten, die sich auch nicht ins Tagesgeschäft einmischen, sondern Anregungen in die Hochschulen hineintragen.

ZEIT: Das stellen sich viele Verbandsmuslime anders vor. Schließlich dürfen auch die christlichen Kirchen bei der Besetzung ihrer theologischen Lehrstühle mitreden und nicht genehme Professoren verhindern.

Uçar: Ein gewisses Mitspracherecht haben die Verbände, ganz klar. Ich empfehle den Beiräten aber ein hohes Maß an kluger Zurückhaltung. Sie dürfen sich nur zu theologischen Haltungen der Professoren positionieren und ihr Votum nicht von politischen oder persönlichen Erwägungen abhängig machen. Sie sollten nicht die Professoren daran messen, ob sie die in ihren Augen »wahre Lehre« verkörpern. Der Islam ist schließlich eine Weltreligion mit mannigfaltigen Strömungen. Diese Vielfalt sollte sich auf der Basis des muslimischen Grundkonsenses an den neuen Theologieinstituten auch widerspiegeln.

ZEIT: Konkret, wann dürfen die Verbände eingreifen?

Uçar: Wenn ein Professor zentrale Glaubenssätze des Islams infrage stellt, etwa erklären würde, dass der Prophet Mohammed nie gelebt habe …

ZEIT: … so wie es der Münsteraner Islamprofessor Sven Kalisch getan hat.

Uçar: Dann wäre eine Grenze überschritten.

Schavan: Wissenschaftliche Qualität ist durch Bekenntnis nicht ersetzbar. Für jede Theologie gilt zugleich: Wer darin lebt, muss authentisch sein.

ZEIT: Warum eröffnet man den Verbänden überhaupt einen Einfluss auf die Lehrstühle?

Uçar: Die Islamverbände vertreten zwar weniger Muslime, als ihre Funktionäre behaupten. Aber immerhin 80 bis 90 Prozent der Moscheegemeinden in Deutschland gehören diesen Verbänden an. Und in diesen Gemeinden sollen die Theologen und Imame, die wir ausbilden, ja irgendwann auch predigen. In diesen Gemeinden besuchen Eltern die Moschee, die ihre Kinder in den Islamunterricht schicken sollen. Es wäre deshalb ein großer Fehler, die Verbände außen vor zu lassen. Aber sie müssen sich ändern.

ZEIT: Inwiefern?

Uçar: Sie orientieren sich immer noch zu sehr an der einstigen Heimat der Gastarbeiter, haben kaum theologische Expertise. Das kann man ihnen jedoch auch nicht vorwerfen, da es in Deutschland keine Möglichkeit für eine entsprechende Ausbildung gab. Ich erwarte allerdings schon, dass an ihrer Spitze Leute stehen, die in Deutschland aufgewachsen sind. Dies ist im muslimischen Interesse.

ZEIT: Sie beziehen sich auf Ditib, den deutschen Arm der türkischen Religionsbehörde, dem bis heute ein türkischer Staatsbeamter vorsteht.

Uçar: Ich meine keinen bestimmten Verband, sondern fordere das von allen Verbänden. Ich bin, was die Beiräte angeht, jedoch optimistisch. Vielmehr beschäftigt mich die Frage, wo die Universitäten auf einen Schlag die vielen kompetenten Wissenschaftler für die jetzt geschaffenen Lehrstühle finden sollen. Es wäre fatal, nun zweit- oder drittklassige Hochschultheologen einzustellen, die dann für 30 Jahre die Lehrstühle besetzen. Hier müssen wir sehr behutsam sein. Das ehrgeizige Projekt steht und fällt mit der Qualität der Lehrenden. Das heißt, wir werden erst einmal befristet einstellen müssen, und einige der ersten Professoren werden aus dem Ausland kommen.

Fortsetzung auf S. 67

PRIVATE HOCHSCHULEN

Gefeuert

Die Affäre um die European Business School und ihre Folgen

Die Nachricht ist eine Katastrophe für alle privaten Hochschulen in Deutschland. Christopher Jahns, bisher Geschäftsführer und Präsident der European Business School (EBS), ist Anfang voriger Woche wegen Verdunklungsgefahr und Einschüchterung von Zeugen verhaftet worden. Zwar ist er gegen Auflagen wieder auf freiem Fuß, doch die staatsanwaltlichen Ermittlungen gehen weiter. Der Skandal um den einst hochgelobten Jahns und das von der hessischen Regierung kürzlich mit 17 Millionen Euro Steuergeldern geadelte Glitzerinstitut EBS zieht damit immer weitere Kreise.

Handelt es sich nur um die zu beweisenden Verfehlungen eines Einzelnen, der zudem inzwischen von der EBS gefeuert worden ist? Oder ist der Fall Jahns ein weiterer Beleg dafür, dass der Privathochschulsektor insgesamt in einer Dauerkrise steckt?

SEITENHIEB

Spätestens seit dem spektakulären Überlebenskampf der größten deutschen Privat-Uni Witten/Herdecke vor zwei Jahren sind Positivnachrichten in der Branche Mangelware. Natürlich ist das unfair, weil viele – vor allem kleine, spezialisierte Privathochschulen – eine hervorragende Lehre, frei von jeglichen Skandalen, bieten. Doch der Eindruck, der sich verfestigt, ist ein anderer: Die private Trägerschaft von Hochschulen ist entweder unwirtschaftlich (siehe Witten) oder begünstigt das Entstehen von Aufschneidereien. Da bezeichnete sich die EBS schon mal als Universität, obwohl sie diesen Status noch gar nicht besitzt. Da veranstalten die Studenten der vermeintlichen Eliteschmiede Saufgelage im Weinberg, während die Hochschulleitung eine Art hippokratischen Eid für Manager propagiert. Und Charismatiker wie Jahns werden als Visionäre gefeiert und zum Gegenentwurf zum vermeintlich so verkrusteten staatlichen Uni-System hochstilisiert – auch um die eine oder andere Million staatlichen Zuschusses herauszuholen. Die EBS täte gut daran, nach dem Abgang ihres Präsidenten ihre gesamte Strategie akribisch aufzuarbeiten. Und der Rest der Branche sollte ihr dabei zuschauen und lernen. Christopher Jahns ist weg, doch die Probleme der privaten Hochschulen bleiben. JAN-MARTIN WIARDA

Illustration: Nicolas Mahler für DIE ZEIT / www.mahlermuseum.at; Fotos [M]: INTERNEWS (o.r.); privat (u.r.)

Dilemma im Doppel

Wenn sie und er an der Hochschule parallel Karriere machen wollen, häufen sich Probleme. Ein Fall aus der Praxis VON INGE KUTTER

Es war ein Traum. Sie beide zusammen – Herr und Frau Professor auf zwei benachbarten Lehrstühlen an derselben Universität. Sie hätten denselben, nicht allzu weiten Weg zur Arbeit, setzten vielleicht die Kinder vorher in der Unieigenen Kita ab und widmeten sich dann mit vereinter Leidenschaft ihrer Forschung. Zusammen brächten sie die Uni voran in ihrem Streben nach Erkenntnis, und abends ginge die Familie gemeinsam nach Hause.

Es war ein Traum, der tatsächlich hätte Wirklichkeit werden können, als an der Universität Hohenheim, wo er lehrte, ein zweiter Lehrstuhl in Betriebswirtschaftslehre ausgeschrieben wurde. Auf den sie sich dann auch bewarb, eine junge, ehrgeizige Professorin, deren Publikationen für sich sprachen und deren Vortrag die Berufungskommission sofort überzeugte. Aber dann ist irgendetwas schiefgelaufen. So fürchterlich schief, dass jetzt an der Fakultät einer über den anderen schimpft und die Uni auf das Ministerium, dass die Frau um ihre Reputation fürchten muss, während ihr Mann es wohl nur noch bereut, sie zu dieser Bewerbung ermuntert zu haben. Man muss ihre Namen nicht nennen; sie haben es derzeit schwer genug. Aber man muss ihre Geschichte erzählen, denn sie zeigt, wie kompliziert es ist, duale Karrieren zu fördern.

Über duale Karrieren wird in der Wissenschaft schon seit den Siebzigern nachgedacht – den Begriff hat ein Wissenschaftlerpärchen geprägt, die Psychologin Rona Rapoport und der Anthropologe Robert Rapoport, die bezeichnenderweise zusammen zu diesem Thema forschten. Die Grundidee: Wenn ein Paar getrennt ist, leidet auch die Arbeitsleistung des Einzelnen darunter, also muss dafür gesorgt werden, dass das Paar zusammen an einem Ort leben kann. Will nun eine Universität einen Ehepartner für sich gewinnen, tut sie gut daran, dem anderen ebenfalls eine Stelle in der Nähe zu suchen oder sogar eine im Haus anzubieten, sofern er ebenfalls Wissenschaftler ist. In den USA, wo die Universitäten privatwirtschaftlich ausgerichtet sind, gilt das Prinzip schon seit Mitte der Achtziger; in Deutschland begann man im Zuge der Exzellenzinitiative und der Debatten über die »unternehmerische Universität« darüber nachzudenken. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) befragte deutsche Wissenschaftler im Ausland, was man ihnen bieten müsse, damit sie wieder zurückkämen. 80 Prozent wünschten sich, dass ihren Ehepartnern ebenfalls Perspektiven geboten würden. Daraufhin entwickelte die DFG einen Katalog von Fördermaßnahmen, der von der Unterstützung beim Umzug über die Arbeitsvermittlung für den Partner bis hin zu dessen Unterbringung an derselben Universität reicht. In der Praxis geht es dabei allerdings oft nur um Stellen in der Administration. Dass zwei Ehepartner an derselben Fakultät forschen wollen, wie das beschriebene Pärchen, ist selten.

Hätten sie den Ärger geahnt, hätten sie womöglich nicht geheiratet

Als die Stelle ausgeschrieben wurde, waren die beiden noch nicht verheiratet – sie haben sich das Jawort irgendwann im Lauf des Prozesses gegeben, und wenn sie gewusst hätten, was es für einen Unterschied machen würde, hätten sie es wohl bleiben lassen. Dass sie sich bewerben würde, war anfangs auch nicht abzusehen gewesen; sie hatte gute Aussichten an der Universität, an der sie lehrte. Trotzdem wies er das Rektorat darauf hin, dass sie eine mögliche Kandidatin sei, bevor er sich an der Formulierung der Ausschreibung, zusammen mit anderen, beteiligte. »Warum auch nicht?«, fragt das Rektorat. Schließlich sei er der Experte auf dem gesuchten Gebiet. Er ist auch sofort aus der Berufungskommission zurückgetreten, noch bevor diese zum ersten Mal zusammentrat. Denn sie hat sich dann doch beworben. Weil sich die Lage an der anderen Universität verändert hatte; weil die beiden Nachwuchs erwarteten und an einem Ort bleiben wollten.

Das Rektorat gab dem Rücktrittsgesuch statt. Die Berufungskommission setzte sie zuoberst auf die Kandidatenliste, einmütig. Alles schien ganz einfach – bis die Liste dem Fakultätsrat zur Zustimmung vorgelegt wurde und es in der Fakultät zu brodeln begann. Die Diskussion um die Kandidatin sei unter die Gürtellinie gerutscht, heißt es; über den Flur sei gezischt worden, sie bekomme die Stelle doch nur, weil sie seine Frau sei. In einer Sitzung wurde bemerkt, es gehe doch wohl nicht an, dass Fakultätspolitik von nun an im Ehebett gemacht werde. Und was, wenn die beiden einmal Krach hätten und den an die Uni trügen? Am Ende weigerte sich der Fakultätsrat, sich mit der Liste zu beschäftigen. Der offizielle Grund: Es sei nicht ausgeschlossen, dass ihr durch die Ausschreibung ein Vorteil verschafft worden sei.

»Das typische Dilemma der dualen Karriere ist, dass man sie einerseits fördern will – andererseits stellt sie eine Organisation vor neue Probleme«, sagt der Soziologe Markus Gottwald, der am Wissenschaftszentrum Berlin zu dualen Karrieren forscht. Wenn ein Paar an einer Hochschule oder in einer Firma zusammenarbeitet, prallen zwei Bereiche aufeinander. In der Soziologie spricht man von Formalität und Informalität: Formal gesehen zählt für eine Organisation nur die Leistung der Einzelnen, das Paar wäre demnach irrelevant; informal gesehen aber bildet das Paar eine Einheit, deren Interesse mit dem des Arbeitgebers oder der Mitarbeiter in Konflikt geraten könnte. Ehepartner unterstützten einander womöglich stärker, als es etwa Kollegen tun, erklärt Gottwald; bei ihnen flössen Informationen zusammen, die sonst vielleicht nicht ausgetauscht würden. »Auch eine Organisation, der das Wohl von Ehepaaren wichtig ist, hat damit Schwierigkeiten.« Die andere Gratwanderung bei der Förderung dualer Karrieren sei, dass dem zweiten Partner der Makel anhafte, nur wegen seiner besseren Hälfte eingestellt worden zu sein, nicht wegen eigener Leistungen.

Das sei im vorliegenden Fall ausdrücklich nicht so gewesen, betont der Prorektor Hans-Peter Burghof. Die Universität begrüße es, dass das Ehepaar gemeinsam forschen wolle, den Ausschlag für ihre Wahl habe das aber nicht gegeben. »Sie war schlicht die beste Kandidatin.« Das Gerücht aber stand schon im Raum und auch die Angst, die beiden Ehepartner könnten die Fakultät zusammen nach ihren Vorstellungen bestimmen. Er ist ein Modernisierer, einer, der seinen Studenten offiziell verspricht, Klausuren in vier Wochen zu korrigieren, der immer wieder überlegt, wie sein Lehrstuhl noch besser werden kann. Möglicherweise war er manchem Kollegen zu schnell. Möglicherweise war auch der ein oder andere neidisch, der jetzt sagt, es sei lediglich darum gegangen, Fehler im Verfahren zu vermeiden. Das Rektorat setzte sich zwar über die Weigerung der Fakultät hinweg, die Liste zu unterschreiben, und sandte diese an das Ministerium. Das aber weigerte sich, sein Einvernehmen zu erteilen, und wies die Universität an, die Stelle neu auszuschreiben und das Verfahren zu wiederholen.

Das Professorenpaar, tief verletzt, fühlt sich betrogen. Die Universitätsleitung fühlt sich brüskiert. Mehr als zwei Jahre dauerte das Berufungsverfahren bereits – jetzt soll alles noch einmal von vorne beginnen. Hätte man die Einwände nicht einfach ignorieren können?

Der Vorwurf der Befangenheit kommt schneller, als man denkt

»Dann wäre der Fall womöglich bei mir gelandet«, sagt Dirk Naumann zu Grünberg. Er ist Anwalt für Hochschulrecht; mit derartigen Klagen hatte er schon häufiger zu tun. »Da muss nur ein Konkurrent sein, der die Stelle selbst gerne bekommen hätte. Er würde wegen Besorgnis der Befangenheit gegen das Verfahren klagen.« Mit der »Besorgnis der Befangenheit« sei das nämlich so: Sie bestehe nicht erst bei demjenigen, dem man ein niederes Interesse nachweisen könne – sondern schon bei demjenigen, der »aufgrund objektiver Umstände wie persönlicher Bindungen« eines haben könnte. Als er also die Ausschreibung formulierte, hätte er, rein hypothetisch, einen Passus einfügen können, der sie bevorzugt. Allein diese Möglichkeit genüge bereits, um das Verfahren wegen formeller Fehler juristisch zu stoppen, sagt Naumann zu Grünberg, was in diesem Fall nicht ausgeschlossen werden könne.

Für die Betroffenen ist jedes juristische Detail von entscheidender Bedeutung. Doch von oben gesehen, zeigt die Fülle der Spitzfindigkeiten vor allem eins: dass es nicht so einfach ist, zwei Menschen, die zusammengehören, zusammen arbeiten zu lassen. Die Ängste, die dem entgegenstehen, lassen sich nicht ignorieren, ob sie berechtigt sind oder nicht. Arbeitgeber, die duale Karrieren fördern wollen, müssen diese Ängste ernst nehmen. Und sie müssen die juristischen Fallen bedenken und nachprüfbare Standards für das Einstellungsverfahren schaffen, damit das Paar in der Organisation nicht angefochten werden kann.

Die Stelle an der Universität Hohenheim wird nun ein zweites Mal ausgeschrieben. Die Hochschulleitung hofft, dass sich die Kandidatin wieder bewirbt. Auch das Ministerium hat ihr dazu geraten; nun könne ja von Anfang an darauf geachtet werden, dass niemandem Befangenheit vorzuwerfen sei, sagt der Sprecher Jochen Laun. Der Makel der Bevorzugung wäre damit ausgeräumt. Wie Fakultätskollegen aber damit umgehen, ein Ehepaar unter sich zu haben, muss sich in der Praxis zeigen.

STUDENTEN ERKLÄREN IHRE WELT

»Wofür wenden Sie mehr Zeit auf – für Facebook oder für Literatur?«

... fragt:

Petra Gerster, Fernsehmoderatorin

Unterhaltungsliteratur zu lesen, habe ich in meiner Abi-Zeit aufgegeben. Ich habe angefangen ein Buch zu lesen, musste es aber wegen Zeitmangels über Wochen zur Seite legen. Spätestens da hatte ich das Gefühl, dass es sich nicht lohnen würde, es zu Ende zu lesen. Allerdings nehme ich mir viel Zeit zum Lesen wissenschaftlicher Literatur. Ich sehe kaum fern, dafür schaue ich mir jede Menge Filme an, von Stummfilmen aus den Zwanzigern über *Der Pate* bis hin zu ganz neuen Filmen. Außerdem interessiere ich mich sehr für Elektronik, da bleibe ich durch Zeitungen und Zeitschriften auf dem neuesten Stand. Auch das Radio nutze ich täglich. Ich höre mir die Nachrichten und etwas Musik an. Bei Facebook bin ich übrigens nicht Mitglied, da ich mehr Wert auf direkten Kontakt lege.

... antwortet

Evgeny Gutnikov, 21, der in Landau Erziehungswissenschaft studiert

NACKTE ZAHLEN

5,8

... Prozent der Jugendlichen verließen laut aktuellem »Berufsbildungsbericht« im Jahr 2009 die Schule ohne einen Abschluss. Unter Migranten lag die Quote bei 13,8 Prozent

Programmiertes Chaos

Die zentrale Zulassung zur Hochschule wird erneut verschoben

Die Einführung der neuen zentralen Studienplatzvergabe muss erneut verschoben werden, diesmal für unbestimmte Zeit. Und das ausgerechnet in einem Jahr, in dem die Hochschulen mit einem Rekordzustrom an Studienanfängern rechnen.

Bislang mussten sich die Bewerber in vielen Fächern direkt an ihre Wunschhochschule wenden, was zu Mehrfachbewerbungen führte. Dadurch blieben regelmäßig Tausende von Plätzen unbesetzt, obwohl die Hochschulen ihre Nachrückverfahren bis weit ins Semester hinein gestreckt hatten. Eine innovative Onlineplattform sollte dem ein Ende machen: Dank des sogenannten dialogorientierten Verfahrens sollen die Hochschulen untereinander ihre unbesetzten Studienplätze abgleichen können. Die künftigen Studenten wiederum erhalten eine unmittelbare Rückmeldung über den Status ihrer Bewerbungen.

Ursprünglich war die Reform der Vergabepraxis bereits zum Wintersemester 2008 versprochen gewesen. Nachdem die damalige Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) erste Verzögerungen mit der schwierigen Umsetzung begründet hatte, erklärten Hochschulrektoren, Länder und Bundesbildungsministerin Schavan (CDU) das Projekt zur Chefsache, inklusive einer Millionenanschubfinanzierung. Mit der Telekomtochter T-Systems und der HIS GmbH beauftragten sie zwei ausgewiesene Expertenfirmen. Genützt hat das wenig: Zwar hat T-Systems, leiderprobt durch den Medien-GAU um das Mautsystem Toll Collect, nun eine mehr oder weniger brauchbare Lösung geliefert, dafür aber haben offenbar die HIS-Profis bei der Anbindung der Software an die Hochschulen gepatzt. Der Reigen der Schuldzuweisungen ist eröffnet. SPD-Bildungspolitikerin Ulla Burchardt wirft Ministerin Schavan vor, sie sei »abgetaucht«. Opposition und Studierendenverbände fordern eine bundesgesetzliche Regelung. Auch die in Stiftung für Hochschulzulassung umbenannte ZVS, deren Stiftungsrat die pünktliche Systementwicklung überwachen sollte, muss sich unangenehme Fragen gefallen lassen: War sie zu vertrauensselig gegenüber den beauftragten Unternehmen?

Die schlimmste Folge des Vergabechaos dürften dabei nicht einmal die tatsächlich unbesetzten Studienplätze sein – laut einer internen Erhebung der Kultusministerkonferenz waren das im vergangenen Wintersemester 17 000. Aber die Verunsicherung der bereits jetzt um ihren Studienplatz bangenden Abiturienten wird im Jahr der Rekordstudentenzahlen ins Unermessliche wachsen. JAN-MARTIN WIARDA

Fortsetzung von S. 65

ZEIT: Statt Import-Imamen haben wir dann Import-Imamausbilder, die kein Deutsch sprechen und sich ebenso wenig bei uns auskennen.

Schavan: Wer sich an einer deutschen Universität bewirbt, wird in der Regel Deutsch können. Spricht er Englisch, ist es auch okay. Auf Arabisch oder Türkisch wird der Unterricht sicher nicht sein.

Uçar: Langfristig sollen natürlich in Deutschland geborene und sozialisierte Wissenschaftler die Lehrstühle besetzen. Die Professoren haben eine Vorbildfunktion für die Studierenden. Deshalb investieren wir stark in den akademischen Nachwuchs.

ZEIT: Aber für eine Übergangszeit werden wir ausländische Professoren benötigen. Dürfen das auch Frauen sein, Frau Schavan?

Schavan: Natürlich.

ZEIT: Darf die Professorin ein Kopftuch tragen?

Schavan: Sensible Frage. Sie kennen meine Position dazu im Hinblick auf Schule. Das Kopftuch ist innerhalb des Islams hoch umstritten. Viele sehen es auch als politisches Symbol. Deshalb gilt es, innerhalb der Schule Diskretion zu üben und auf das Kopftuch zu verzichten.

ZEIT: Und in der Universität?

Schavan: Innerhalb eines Fachbereiches könnte man das differenzierter sehen. Aber solange die Debatte im Islam so heiß geführt wird, sollte man auch an der Universität Zurückhaltung üben.

Uçar: Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Wenn wir eine Professorin auf einen Lehrstuhl berufen, dann handelt es sich um eine promovierte und habilitierte Frau, die das Kopftuch sicherlich nicht deshalb trägt, weil es ihr irgendjemand vorschreibt. Auch ihre Studentinnen sind erwachsene Menschen, die selbst entscheiden können, ob sie sich verhüllen oder nicht. Von einer zwanghaften Beeinflussung kann da meines Erachtens keine Rede sein.

ZEIT: Im Klassenzimmer dagegen schon?

Uçar: Auch da bin ich für Pluralismus und bewerte das differenzierter. Wir brauchen Lehrerinnen ohne und mit Kopftuch in den Schulen, gerade im islamischen Religionsunterricht. Daran sehen die Schülerinnen und Schüler doch, dass der deutsche Staat unterschiedliche Bekenntnisse und Glaubensauslegungen akzeptiert. Eine bessere Werbung für Toleranz kann es nicht geben. Klar muss nur sein, dass die Lehrerin niemanden aktiv missioniert. Ich habe viele Studentinnen mit und ohne Kopftuch, die gleichermaßen demokratisch gesinnt, fachlich kompetent und authentisch sind.

Schavan: Sie darf nicht einmal den Anschein erwecken, jemanden missionieren zu wollen.

ZEIT: Wo sollen diese ausgebildeten Imame eigentlich einmal Arbeit finden?

Uçar: Das ist ein großes Problem. Ein großer Teil der Imame erhält sein Gehalt aus dem Ausland, die meisten aus Ankara. In anderen Moscheen predigen pensionierte Imame aus der Türkei, die ihre Rente aufbessern, oder Teilzeitimame. So gut wie keine Gemeinde ist heute in der Lage, einem Imam Gehalt zu bezahlen, das einem Akademiker angemessen ist. Eine islamische Kirchensteuer gibt es nicht, und auch der deutsche Staat darf die Prediger nicht bezahlen.

Islamstudien

An der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart haben sie sich getroffen: Bundesbildungsministerin **Annette Schavan** (CDU), gläubige Katholikin und seit 2009 Honorarprofessorin für Katholische Theologie, und **Bülent Uçar,** Islamwissenschaftler und Professor für Islamische Religionspädagogik in Osnabrück. Die Uni Osnabrück ist neben Tübingen, Münster, Frankfurt und Erlangen-Nürnberg eine der Hochschulen, an denen derzeit **neue Lehrstühle** für Islamische Theologie entstehen. Das Bildungsministerium unterstützt die Universitäten mit vier bis sechs Millionen Euro über fünf Jahre. Ausgebildet werden auch **Imame** und Lehrer für den islamischen Religionsunterricht. In Deutschland leben 4,3 Millionen Muslime, für den Religionsunterricht brauchte es schätzungsweise 2000 Lehrer, für die Moscheegemeinden ebenso viele Imame. Bisher kommen die meisten Imame aus der Türkei und sind nur für einige Jahre in Deutschland.

Schavan: Auch dafür brauchen wir kreative Lösungen. Möglich wäre es zum Beispiel, dass Imame als Religionslehrer eine Anstellung in der Schule finden; eventuell mit einer halben Stelle. Das kennen wir auch von christlichen Pfarrern. Diesen Vorschlag finde ich sehr interessant.

ZEIT: Der vergangene CDU-Parteitag in Karlsruhe hat beschlossen, dass Zuwanderer die deutsche Leitkultur »respektieren und anerkennen« sollen. Was heißt Leitkultur für Sie?

Schavan: Eine Volkspartei muss sich auch immer die Frage stellen nach dem kulturellen Kitt einer Gesellschaft. Jahrelang ist in diesem Land von Multikulti geschwärmt worden und die Integration vergessen worden. Es war die Union, die den ersten Integrationsminister hatte und die in Niedersachsen als Erste eine Einwanderin zur Ministerin machte. Unter Bundeskanzlerin Merkel wurden die Islamkonferenz und der Integrationsgipfel einberufen. An diesen Taten messe ich die CDU.

ZEIT: Und was verstehen Sie nun unter Leitkultur?

Schavan: Den Geist des Grundgesetzes, der von der einzigartigen Würde des Menschen ausgeht, und den Gottesbezug in der Präambel, der zu unserer religionsfreundlichen Gesellschaft gehört.

Uçar: Mit dieser Leitkultur kann ich wunderbar leben.

Das Interview führten ARNFRID SCHENK und MARTIN SPIEWAK

Der besondere Jahrgang

Zweiter Teil unserer Serie
Durch die Verkürzung der Gymnasialzeit werden in Bayern und Niedersachsen dieses Jahr zwei Jahrgänge auf einmal entlassen. Experten prognostizieren Chaos bei der Studienplatzvergabe und starken Wettkampf. **Doch wie erleben** das die Abiturienten selbst? Seit März begleiten wir die Abschlussklasse des Herzog-Ernst-Gymnasiums in Uelzen

ABI 2011

Doppelt gefordert

Die Konkurrenz um Studien- und Ausbildungsplätze wird für unsere Abiturienten besonders groß. So gehen sie damit um

Große Pläne

Die Luft ist dick in den Räumen des Herzog-Ernst-Gymnasiums Uelzen: 179 Schülerinnen und Schüler sitzen dort in diesen Tagen vor ihren Abituraufgaben. Die vier schriftlichen Prüfungen haben sie bereits hinter sich, eine mündliche müssen sie noch überstehen. Alle müssen dieselben Aufgaben lösen, obwohl es in diesem Jahr eine Besonderheit gibt: 95 Schüler machen nach 13 Jahren Abitur, 84 aber sind nur zwölf Jahre lang zur Schule gegangen. Weil Niedersachsen die Gymnasialzeit von neun Jahren (**G 9**) auf acht Jahre Unterricht (**G 8**) verkürzt hat, hat das Herzog-Ernst-Gymnasium beide Jahrgänge in der Oberstufe zu einem Doppeljahrgang zusammengelegt.

Derzeit lägen seine G-9-Schüler erwartungsgemäß im Notendurchschnitt vorn, sagt der Oberstufenkoordinator Burkhard Steneberg, der sich um sämtliche Formalitäten kümmert. Aber: Die Jahrgangsbeste könnte sogar aus der G 8 kommen. »Im Moment steuert eine G-8-Schülerin auf eine Durchschnittsnote von 1,2 oder sogar besser zu.« Die Jüngeren scheinen mit den Älteren durchaus mithalten zu können. Und das müssen sie auch: Spätestens wenn sie an die Hochschulen kommen, wird niemand mehr nach der Dauer ihrer Schulzeit fragen. Und dort wird es in diesem Herbst eine Studierendenschwemme geben, da nicht nur Niedersachsen, sondern auch Bayern einen Doppeljahrgang durchs Abitur schickt. Ausbildungsplätze werden ebenfalls noch begehrter sein als sonst. Wie gehen die Schüler damit um?

Zielstrebigkeit ist die Devise der G-9-Schülerinnen. Viele von ihnen wollen nach dem Abitur sofort mit einem Studium oder einer Ausbildung beginnen. Beliebt sind auch duale Studiengänge, ob bei Kosmetikherstellern oder Chemieunternehmen. Einige Jungen im gleichen Alter haben dagegen vor, erst einmal ihre Freiheit zu genießen, ob als Freiwillige in Mittelamerika oder beim »Work and Travel« in Australien.

Ihre jüngeren Mitschüler aus dem G-8-Jahrgang scheinen ein stärkeres Sicherheitsbedürfnis zu haben. Einige wollen erst einmal zu Hause wohnen bleiben und in der näheren Umgebung eine Ausbildung machen. Im G-8-Jahrgang sind die Mädchen abenteuerlustiger. Viele von ihnen planen, das Jahr, um das sich ihre Schulzeit verkürzt hat, zu nutzen, um sich auszuprobieren, ob als Animateurin auf einem Kreuzfahrtschiff oder als Entwicklungshelferin in Ghana.

Nur eine Einrichtung scheint für alle Uelzener Abiturienten gleichermaßen unattraktiv zu sein: die Bundeswehr. Kaum ein Schüler will sich verpflichten. Möglicherweise wird sie im Gegensatz zu Universitäten, Ausbildungsstätten und Au-pair-Agenturen eine der wenigen Institutionen bleiben, die nicht mit den Massen von Doppeljahrgangs-Abiturienten zu kämpfen hat.

GABRIELE MEISTER

»Seit ich die Zusage habe, hab' ich keine Angst mehr«

Sandra Severin (20), G 9:
»Ich bin froh, dass ich jetzt erst fertig werde. Jetzt weiß ich, was ich will. In dem Alter, in dem die meisten G 8er sind, hätte ich mich vielleicht für das Falsche entschieden. Und so jung an die Uni zu gehen – ich wäre damit überfordert gewesen, glaube ich. Am Anfang der Oberstufe hatte ich auch Angst, dass ich bei den Bewerbungen später nicht mithalten könnte. Es wurde viel darüber geredet, dass die Konkurrenz an den Unis wegen der vielen Abgänger größer wird. Die G 8er haben schneller und komprimierter gelernt als ich; obwohl ich mehr Zeit hatte, bin ich oft trotzdem nicht besser als sie. Meine Zukunftsangst hat nachgelassen, als meine Vorstellungsgespräche positiv liefen. Ich habe schon im September angefangen, Bewerbungen zu schreiben – für ein duales Studium in BWL/Handel oder Sozialwirtschaft. Auf zehn Bewerbungen habe ich drei Einladungen bekommen und schließlich zwei Zusagen: von Obi und von Douglas. Entschieden habe ich mich für Douglas – deren Produkte gefallen mir besser, und wenn ich mich mit einer Sache identifiziere, ist das sicher gut für den späteren Erfolg. Allerdings verlangt die Uni einen Schnitt von 2,3. Dafür muss ich mich noch ein bisschen anstrengen. Ich habe nie viel in die Schule investiert – bis jetzt. Wenn alles klappt, bin ich vom 15. August an in Berlin. Ich will weit weg, um etwas Neues zu entdecken. Ich muss nicht jedes Wochenende nach Hause fahren. Viele sehen jetzt ihre Chance, noch ins Ausland zu gehen. Das mach ich nicht. So blöd das klingt: Da fühl ich mich zu alt.«

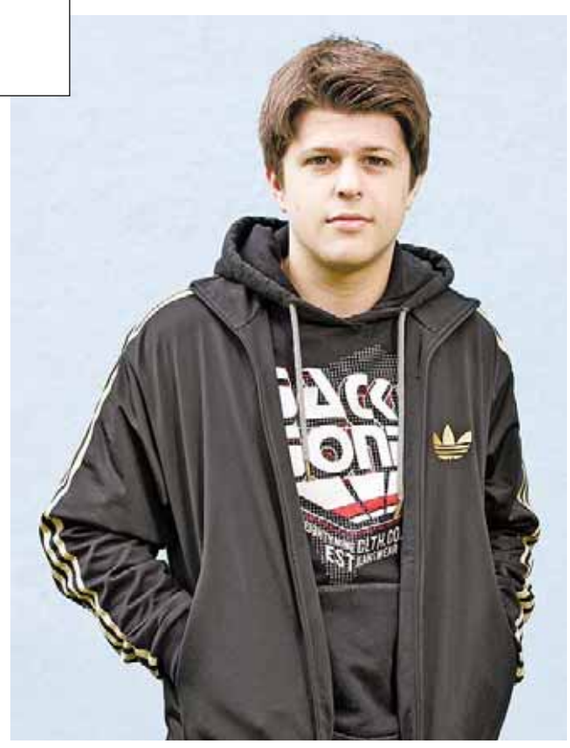
»Wie viele mache ich mir Sorgen, ob ich einen Studienplatz bekomme«

Sascha Warnecke (19), G 8:
»Meine Traumstadt ist Hamburg. In Lüneburg würde ich auch gerne studieren; ich werde mich aber überall in Norddeutschland bewerben. Wie viele mache ich mir Sorgen, ob ich einen Studienplatz bekomme. Wir sind eben so eine Menge. Ich weiß schon seit der zehnten Klasse, dass ich Grundschullehrer werden will. Ich habe damals ein Praktikum an einer Schule gemacht, und seitdem bin ich mir ganz sicher, dass das zu mir passt. Leider kann man sich für ein Lehramtsstudium nicht schon vor der Vergabe der Abi-Zeugnisse bewerben, sonst hätte ich das längst getan. Ich habe wirklich keine Lust, ewig zu jobben, bis ich endlich einen Studienplatz bekomme. Eine große Reise plane ich auch nicht, ich möchte lieber gleich starten. Wenn ich nicht angenommen werde, würde ich mir etwas anderes überlegen, vielleicht ein technisches Studium. Meine ersten beiden Prüfungsfächer sind Bio und Chemie. Ich bin hier an der Schule Jahrgangssprecher, leite die Schulfirma und hab mich auch viel außerhalb der Schule engagiert, zum Beispiel als Jugendleiter der evangelischen Kirche in unserem Dorf. Dort habe ich Freizeiten und Ähnliches organisiert. Ich hoffe, dass das bei den Bewerbungen auch zählt. Sagt man ja immer. Denn mein Abi-Durchschnitt wird laut Notenrechner nur bei etwa 2,7 liegen.«

»Es kommt immer darauf an, wie viel Druck man sich selbst macht«

Johanna Töpfer (19), G 9:
»Neulich habe ich zum ersten Mal mit meiner zukünftigen Au-pair-Familie in Irland telefoniert. Die Verständigung ist noch schwierig – die haben einen sehr starken Akzent. Aber das wird schon, wenn ich erst einmal da bin. Nur noch die Abschlussveranstaltungen in der Schule mitnehmen, und dann schnellstmöglich für ein Jahr weg. Am 9. Juli geht's los. Nach meinem Irlandjahr will ich eine Ausbildung zur Ergotherapeutin machen. Dann habe ich wieder jeden Tag diesen geregelten Ablauf mit früh aufstehen und Schule, deshalb brauche ich jetzt erst einmal Abstand. Trotzdem habe ich mich schon bei einer Ergotherapieschule erkundigt. Die Ausbilder meinten, ich solle lieber jetzt anfangen, bevor ich noch älter bin. Ich werde im Herbst 20. Aber ich denke, es kommt immer darauf an, wie viel Druck man sich selbst macht. Ich für mich glaube jedenfalls, dass ein Jahr mehr oder weniger nicht ausschlaggebend ist und mir die Auslandserfahrung eher zugutekommt. Egal, ob ich später eine Schaf-Farm in Australien haben werde oder in Deutschland Reittherapie anbiete. Möglicherweise ist das auch je nach Berufsziel unterschiedlich. Wer ein NC-Fach studieren will, macht sich vielleicht mehr Sorgen. Ich hatte bei der Bewerbung für das Au-pair-Jahr sogar Vorteile durch mein Alter: Oft wollen die Familien gar keine 18-Jährigen, weil sie Angst haben, dass die nur Party machen.«

»Ich wollte mir erst mal was sichern«



Dustin Borbe (16), G 8:
»Bis zur zehnten Klasse hatte ich das Gefühl, ich darf im Unterricht auch mal nicht so gut aufpassen. In der Oberstufe konnte ich mir das nicht mehr erlauben. Ich dachte, ich muss alles mitschreiben, weil wir G 8er den Stoff noch nicht gemacht hatten. Da hat mir eine Zeitlang die Lust gefehlt. Auch meinen Schwerpunkt hätte ich besser anders gewählt: Politik lag mir nicht, das hatte ich mir anders vorgestellt. Aber ich find's gut, dass ich so jung bin. Ich hab nie den Druck gespürt, dass ich es unbedingt schaffen muss. Das ist für die 20-Jährigen sicher anders – die müssen aus der Schule raus. Ich kann dagegen einfach alles früher anfangen. Ich habe gelesen, dass die Studentenschwemme die Erwartungen an die Abgänger hochschraubt, sodass es eng wird mit Studienplätzen und Stellen. Bei so vielen Schülern sind ja auch viele gute dabei. Ich wollte mir daher erst mal was sichern. Nach dem Abi mache ich eine Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Sparkasse Uelzen. Ich wollte gerne in der Umgebung bleiben, nicht unbedingt von zu Hause wegziehen, auch weil ich so jung bin. Und wenn ich bei meinen Eltern wohne, habe ich ja auch einen finanziellen Vorteil. Mein Freund Eike geht nach Australien, andere gehen studieren. Da fallen natürlich erst mal ein paar Freunde weg. Ich hab mir auch überlegt, ob ich nicht ein halbes Jahr ins Ausland gehe, um Erfahrungen zu machen mit fremden Kulturen und Sprachen. Aber dann hab ich gedacht, dass eine Ausbildung besser ist, wenn ich später Geld verdienen will.«

»Ich glaube, dass ich gute Chancen habe, weil ich jung bin«

Christina Töpfer (18), G 9:
»Ich will am liebsten Bio studieren und in die Forschung gehen. Mit welchem Thema ich mich dann beschäftige, entscheide ich im Master. Vielleicht mit Krebserkrankungen – das interessiert mich total! Ich würde gern in Norddeutschland arbeiten und irgendwo auf dem Dorf wohnen, so wie jetzt. Ich mag mein Zuhause, und ich mag die Nordsee. Natürlich haben mir ein paar Leute gesagt, ich solle doch lieber auf Lehramt studieren oder wenigstens ein zweites Fach dazunehmen. Das sei sicherer, als einen Doktortitel anzustreben. Früher konnte ich es mir tatsächlich vorstellen, Lehrerin zu werden. Aber wenn ich jetzt sehe, wie respektlos sich jüngere Schüler mir gegenüber auf dem Schulhof verhalten, habe ich doch nicht mehr so große Lust auf den Lehrerberuf. Ich weiß, dass es schwierig werden kann, mit einer Doktorandenstelle eine Familie zu finanzieren. Aber ich glaube, dass ich insgesamt ganz gute Chancen in der Forschung habe, weil ich noch so jung bin. Da hat man noch Kraft, Stresssituationen auszuhalten, und bessere Chancen bei Arbeitgebern. Vielleicht hat man noch weniger Erfahrung – bei manchen G 8ern merke ich schon, dass sie noch nicht so reif sind. Aber ich für mich habe noch nie Nachteile bemerkt, vielleicht auch deshalb, weil ich schon in der Grundschule eine Klasse übersprungen habe. Im Gymnasium war ich deshalb von Anfang an im G-9-Jahrgang und hatte nicht den Aufholstress am Ende wie die G 8er.«

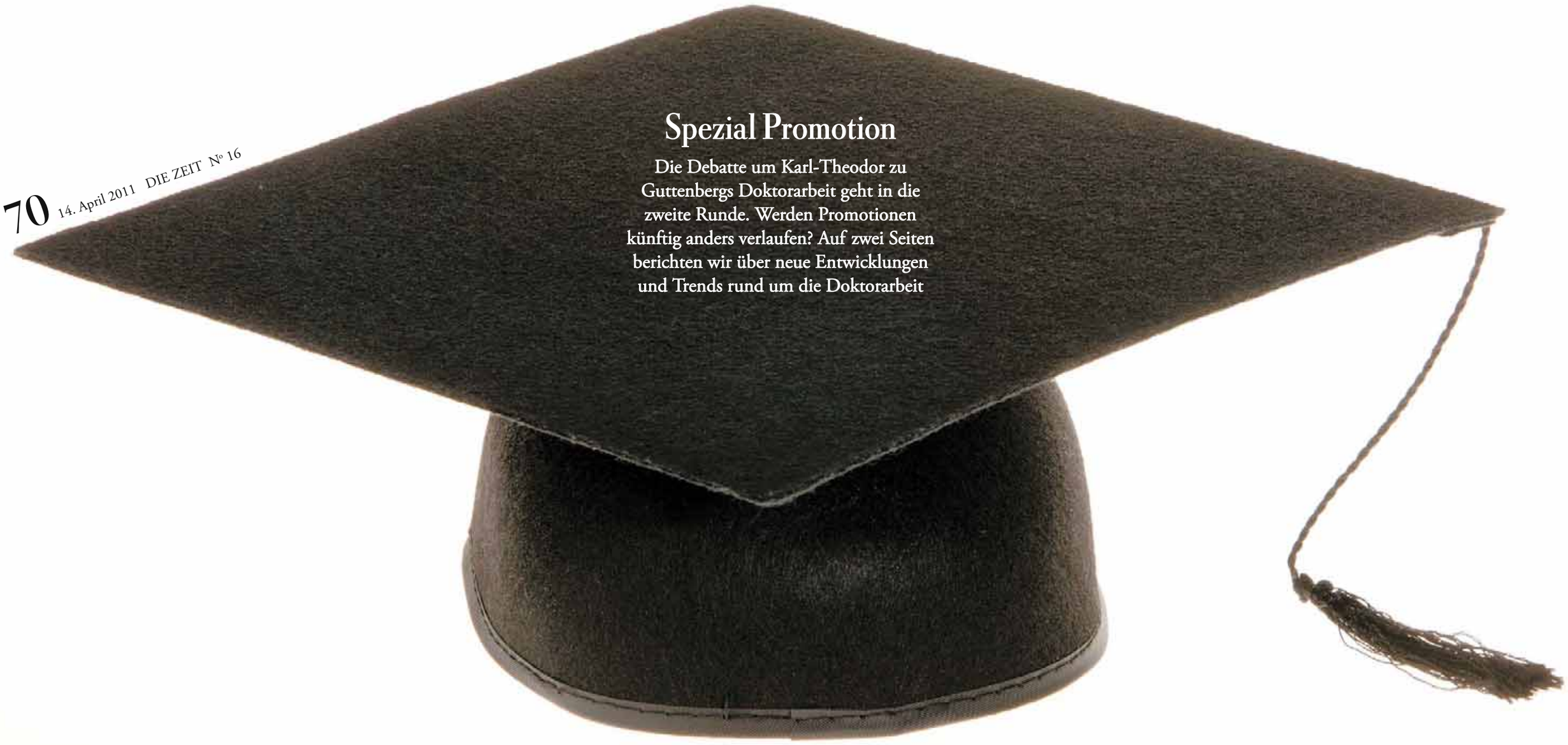
»Die Schulzeit war stressig, ich will erst mal entspannen«

Silvia Siebor (18), G 8:
»Die gesamte Schulzeit über hatte ich Respekt vor dem Jahrgang über uns. Als wir in der Oberstufe zusammengewürfelt wurden, hat sich das erst langsam gelegt. Im Unterricht habe ich immer wieder gemerkt, dass die G 9er uns G 8ern etwas voraushatten, und sei es nur, dass sie ein Thema behandelt hatten, das wir noch nicht kannten. Nach dem Abi muss ich nicht mehr mit ihnen mithalten: Ich will mit einer Freundin ein Jahr in Kanada verbringen. Unsere Schulzeit war durch die Verkürzung stressiger, dafür wollen wir jetzt entspannen. Wer weiß, wann wir noch einmal die Gelegenheit dazu haben. Außerdem gehen wir dadurch der verschärften Konkurrenzsituation an den Unis aus dem Weg. Beim »Work and Travel« will ich selbstständig werden und lernen, auf eigenen Beinen zu stehen. Was ich beruflich machen will? Vielleicht werde ich Eventmanagerin. Ich organisiere gerne, das habe ich auch jetzt wieder gemerkt, als ich die Abi-Vorfreude-Party und die Abi-Fahrt auf die Beine gestellt habe. Ich habe bereits geschaut, wo ich mich bewerben kann. Ob ich das letztendlich tue, will ich aber erst in einem Jahr entscheiden.«

Protokolle: INGE KUTTER, GABRIELE MEISTER, PARVIN SADIGH, ALEXANDRA WERDES

Fotos: Werner Bartsch für DIE ZEIT / www.wernerbartsch.com

BERUF



Spezial Promotion

Die Debatte um Karl-Theodor zu Guttenbergs Doktorarbeit geht in die zweite Runde. Werden Promotionen künftig anders verlaufen? Auf zwei Seiten berichten wir über neue Entwicklungen und Trends rund um die Doktorarbeit

»Den Doktoranden tief in die Augen schauen«

Matthias Kleiner, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, über zu Guttenbergs Streit mit der Uni Bayreuth und die Folgen der Affäre für Nachwuchswissenschaftler

DIE ZEIT: Ein paar Wochen lang sah es so aus, als sei Karl-Theodor zu Guttenberg aus den Medien verschwunden. Doch jetzt ist die Debatte um seine Dissertation wieder entflammt: Zu Guttenberg will offenbar die Universität Bayreuth daran hindern, die Ergebnisse der Untersuchungskommission zu den Plagiatsvorwürfen zu veröffentlichen. Die Empörung darüber ist allenthalben groß. Zu Recht?

Matthias Kleiner: Ganz ohne Empörung: Die gesamte Angelegenheit hat so viel an öffentlicher Aufmerksamkeit erfahren, dass ich davon ausgehe, dass auch die Ergebnisse der Untersuchung der Kommission an der Universität Bayreuth öffentlich gemacht werden. Alles andere wäre doch eine weitere bemerkenswerte Volte in einer Debatte, in der ja schon die Wissenschaft auf die Anklagebank gesetzt wurde, obwohl doch sie die eigentliche Betrogene in dieser Affäre war. Zumal zu Vorwürfen an die Adresse der Wissenschaft nun wahrlich kein Anlass bestand, denn ihre Selbstkontrolle mit dem System von Ombudsgremien, das ja wesentlich von der DFG etabliert wurde, funktioniert.

ZEIT: Offenbar ist es so, dass zu Guttenberg sich auf die gegenwärtige Rechtslage berufen kann, wenn er eine Veröffentlichung ablehnt. Sollte man die Rechtslage dann nicht ändern?

Kleiner: Das ist für mich nicht so sehr eine rechtliche Frage als vielmehr eine Frage von Transparenz guter wissenschaftlicher Praxis und Sanktionierung von Fehlverhalten.

ZEIT: Im Fall Guttenberg hat die von Ihnen angesprochene Selbstkontrolle aber doch ganz offensichtlich nicht funktioniert. Was wird getan, damit so ein Fall tatsächlich nicht noch einmal vorkommt? Gibt es konkrete Beschlüsse?

Kleiner: Seitens der DFG gibt es keine neuen Beschlüsse, denn noch einmal: Wir halten das jetzige System der Selbstkontrolle und Selbstsanktionierung für eine gute Grundlage. Und vielleicht müssten Sie ja viel eher die potenziellen Guttenbergs in den Blick nehmen. Generell müssen Universitäten aber darauf achten und auch darauf dringen, dass es verbindliche Arbeitsabsprachen zwischen den Promovierenden und den Betreuerinnen und Betreuern gibt. Jede Promotion verlangt und verdient eine enge und ernsthafte Betreuung. Das gilt ausdrücklich auch für externe Promotionen. Es sollte auch immer Zweitbetreuer geben, dann sind es schon mehr Augen, die hinschauen. Und im Detail gibt es natürlich immer Dinge, die noch besser gemacht werden können. Diese Situation haben wir in der Wissenschaft ständig, wir leben ja von der Unzufriedenheit. Zum Beispiel sollte die eidesstattliche Erklärung in der Doktorarbeit an allen Fakultäten verbindlicher eingeführt werden. Und natürlich könnte man darüber nachdenken, wie man etwa bei sehr textorientierten Arbeiten Plagiatskontrollen effizient durchführt.

ZEIT: Und was bedeutet das konkret?

Kleiner: Wenn Arbeiten in elektronischer Form eingereicht werden, kann man entsprechende Textvergleichswerkzeuge einsetzen. Aber viel wichtiger ist etwas ganz anderes, nämlich dass den jungen Leuten möglichst schon zu Beginn ihres Studiums die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis nahegebracht werden und dass sie diese wie natürlich für sich selbst annehmen. Dazu gehört als elementarer Grundsatz, dass man seine Quellen offenlegt und korrekt zitiert. Und es muss auch klar werden: Wer diese Regeln verletzt, für den gibt es Sanktionen.

ZEIT: Werden Doktorarbeiten künftig also strenger geprüft?

Kleiner: Als Hochschullehrer glaube ich, dass eine solche Affäre natürlich dazu führt, dass jeder nun noch aufmerksamer ist. Ich würde meinen Doktoranden jetzt aber nicht mit größerem Misstrauen gegenüberstehen, denn ich schaue ihnen sowieso tief in die Augen. Gleichzeitig denke ich, dass Misstrauen nicht die Grundlage des wissenschaftlichen Arbeitens und der wissenschaftlichen Beziehungen sein darf.

ZEIT: Was ändert sich noch für Doktoranden durch den Fall Guttenberg?

Kleiner: Vor allem werden Doktoranden dadurch noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass das Promovieren in verbindlichen Forschungszusammenhängen allemal besser ist als ohne solche. Ich meine das Promovieren etwa in Projekten, Graduiertenschulen, Promotionskollegs. Alleine in DFG-geförderten Projekten und Verbünden promovieren aktuell fast 20 000 Doktorandinnen und Doktoranden. Dort wird man nicht allein gelassen, sondern hat den Austausch mit anderen und eine intensive Betreuung durch mehrere Professorinnen und Professoren. Diese verbindlichen Zusammenhänge schützen die Promovierenden, sie schützen aber auch die Betreuer und die Universitäten besser vor Fehlverhalten.

» Redlich sein heißt für mich, korrekt und klar zu sein und, wenn man an Ergebnissen Zweifel hat, sie offenzulegen. Das ist das Wesen der Wissenschaft «

ZEIT: Denken Sie, dass man künftig noch extern promovieren kann?

Kleiner: Ja, das sollte auch in Zukunft möglich sein, das ist nicht per se etwas Falsches. Ich finde aber, dass man gerade bei externen Promotionen besonders sensibel dafür sein muss, einen verbindlichen Arbeitsrahmen herzustellen, und dass es klare Vorgaben dafür gibt, was man erwartet, wie häufig man sich trifft und diskutiert.

ZEIT: Wird es eine Zeitbeschränkung für die Promotion geben?

Kleiner: Ich weiß nicht, ob das ein geeignetes Mittel wäre. Zum einen gibt es Fächer, in denen die Promotionen, objektiv gesehen, sehr zeitaufwendig sind. Zum anderen gibt es immer wieder Doktoranden, die an einem Thema intensiv arbeiten, aber vielleicht nicht hundert Prozent ihrer Arbeitskraft investieren können. Warum sollte man es ihnen verwehren, so eine große wissenschaftliche Arbeit zu machen und dies dann etwas länger zu tun? Die eigentliche Frage ist: Lässt man es einfach laufen, oder kümmert man sich drum? Ich finde, es ist wesentlich, dass diejenigen, die verantwortlich sind für die Betreuung von Doktoranden, es als ihr persönliches Anliegen sehen, junge Leute wissenschaftlich anzuleiten. Wenn man das ernst nimmt, ist die Gefahr schon geringer, dass es haufenweise zu Plagiaten kommt.

ZEIT: Hat die Guttenberg-Debatte dem Ansehen des Doktortitels geschadet?

Kleiner: Das glaube ich nicht. Ich habe den Eindruck, dass die Öffentlichkeit hier schon unterscheiden kann.

ZEIT: Was empfehlen Sie denen, die ihre Doktorarbeit gerade beginnen oder abschließen?

Kleiner: Vor allem Redlichkeit. Redlich zu sein! Das ist das Wichtigste. Und andere dazu anhalten, ebenfalls redlich zu sein. Damit meine ich, korrekt zu sein, klar zu sein, transparent zu sein und, wenn man an Ergebnissen Zweifel hat, diese Zweifel auch offenzulegen. Das ist das Wesen der Wissenschaft. Die Guttenberg-Debatte hat immerhin gezeigt, dass sich auch die Öffentlichkeit nicht einfach mit Plagiaten und Fälschungen abfindet. Das finde ich sehr positiv.

Das Gespräch führten JULIA NOLTE und J.-M. WIARDA

Fotos: Volkmar Schulz/Keystone Pressedienst (o.); Britta Frenz/DFG (m.); [M] Rainer Jensen/Photoshot

Die Guttenberg-Debatte

»Der Vorwurf, meine Doktorarbeit sei ein Plagiat, ist abstrus«, sagte Karl-Theodor zu Guttenberg, damals noch Verteidigungsminister, am 16. Februar. Die *Süddeutsche Zeitung (SZ)* hatte auf Übereinstimmungen von Guttenbergs Dissertation mit anderen Quellen hingewiesen, die nicht als solche zitiert worden waren. Es blieb nicht bei wenigen Textstellen: Die Plagiatsjäger des GuttenPlag-Wiki, das sich im Internet formierte, fanden heraus, dass fast 64 Prozent der Arbeit abgeschrieben seien. Am 1. März trat zu Guttenberg von seinem Amt zurück.

Derzeit prüft die Universität Bayreuth, an deren juristischer Fakultät er promoviert hat, die Schwere seines Fehlverhaltens. Einem weiteren *SZ*-Bericht zufolge ist die Untersuchungskommission bereits zu dem Ergebnis gekommen, dass zu Guttenberg absichtlich abgeschrieben haben muss. Die Menge der Plagiate lasse keinen anderen Schluss zu. Als er noch Minister war, hat zu Guttenberg immer betont, wie wichtig ihm die Aufklärung der Vorwürfe sei. Nun aber scheint er seine Meinung geändert zu haben: Er will die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse unterbinden. Seine Anwälte werfen der Universität Bayreuth vor, zu Guttenberg werde vorverurteilt und seine Persönlichkeitsrechte würden durch die Veröffentlichung verletzt. Die zu klärende Frage ist unter anderem, ob zu Guttenberg als ehemaliger Doktorand noch der Gewalt der Universität unterworfen ist oder nicht. Der Präsident der Universität, Rüdiger Bormann, sieht zudem »ein ganz starkes öffentliches Interesse« an den Bewertungsergebnissen.

Die Debatte um den Wert der Promotion und des Doktortitels wurde durch die Causa Guttenberg neu befeuert. Wenn Sie mehr dazu erfahren wollen, besuchen Sie das 41. ZEIT FORUM WISSENSCHAFT am Dienstag, dem 19. April. Das Thema »Nach Guttenberg: Was ist uns die Wissenschaft wert?« diskutieren die Brandenburger Wissenschaftsministerin Sabine Kunst, Wolfgang Marquart, der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, der Soziologe Peter Weingart und Ernst-Ludwig Winnacker, der Generalsekretär des Human Frontier Science Program. Die Veranstaltung findet in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin, statt.

ZEIT FORUM der Wissenschaft

Doktor werden mit System

Von wegen einsame Forschung: Graduiertenschulen bieten Austausch und kompetente Betreuung VON CHRISTIAN HEINRICH

Alina Kokoschka promoviert allein, aber einsam ist sie dabei nicht. Sie sitzt an einem hellen Arbeitsplatz im ersten Stock des Gebäudes ihrer Graduiertenschule an der Freien Universität Berlin, elf weitere Promovierende sind auf derselben Etage, mittags gehen sie zusammen essen. »Unser Jahrgang«, nennt das Kokoschka. Die 29-Jährige ist Teil eines Graduiertenkollegs der Exzellenzinitiative »Muslim Cultures and Societies«, muslimische Kulturen und Gesellschaften.

Auf drei Jahre ist ihre Promotion mit dem Thema »Islam, Konsum und Lebensstil im zeitgenössischen Syrien« ausgelegt, die im Oktober 2010 startete. Im ersten Semester besucht sie mit den anderen ein Seminar über die theoretischen und methodologischen Grundlagen von Sozial- und Kulturwissenschaften, im zweiten Semester werden die zwölf Promovierenden wöchentlich ein Kolloquium absolvieren, in dem jeder seine Arbeit vorstellt. Gleichzeitig bereitet Kokoschka sich auf ihre »Feldrecherche« in Syrien vor: Im zweiten Jahr ihrer Promotion wird sie im Land Interviews führen. Kürzlich hat sie dazu 20 Privatstunden in syrischem Dialekt genommen. Weil sie den für ihre Recherche braucht, hat die Graduiertenschule die Stunden bezahlt. Das dritte Jahr ist fürs Schreiben reserviert.

Im Grunde ist Kokoschkas Promotion schon bis zum Ende durchgeplant. Monatlich erhält sie rund 1500 Euro – es ist erwünscht, dass sie sich auf ihre Promotion konzentriert und nicht nebenher arbeitet. Wie alle in ihrem Jahrgang hat sie drei Betreuer; wenn sie mit einem von ihnen unzufrieden wäre, könnte sie sich an eine Ombudsfrau wenden. Kokoschka hat ein Maß an Sicherheit und Rückhalt, von dem andere Promovierende nur träumen können.

Eine ehemalige Kommilitonin von Kokoschka etwa. Sie promoviert auf die traditionelle, immer noch weitverbreitete Art und Weise: Mit einer halben Stelle arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut, gibt Seminare und hilft bei der Forschung. Häufig macht sie Überstunden. In ihrer freien Zeit soll sie promovieren. Sie weiß nur nicht, worüber eigentlich genau. Das Thema steht noch nicht fest. Sie fühlt sich »schlecht betreut und irgendwie verloren«.

»Der Trend geht hin zu mehr strukturierten Doktorandenprogrammen«, sagt Susanne Schilden von der Hochschulrektorenkonferenz. Diese werden häufig in Graduiertenkollegs oder -schulen angeboten: Studien- und Forschungsprogramme zu einzelnen Themen wie »Bionik« oder »Integrierte Küsten- und Schelfmeerforschung«, in denen die Teilnehmer möglichst strukturiert und zielorientiert an ihrer Promotion arbeiten. Vor mehr als zwei Jahrzehnten hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) die ersten Graduiertenkollegs ins Leben gerufen, damals wie heute dienten sie als Modell, um die Promotionen zu verbessern. Heute fördert die DFG mehr als 200 Graduiertenkollegs, in denen jeweils etwa zehn bis zwanzig Promovierende arbeiten.

»Wir fördern Graduiertenkollegs in allen Fächern – vorausgesetzt, das Forschungsprogramm ist hochwertig und wird durch ein passendes Studienprogramm und Betreuungskonzept ergänzt«, sagt Anjana Buckow von der DFG. Die Förderung verteilt sich gleichmäßig, in den vergangenen Jahren entfielen 30 Prozent auf Lebenswissenschaften wie Medizin und Biologie, 30 Prozent auf Naturwissenschaften, 30 Prozent auf Geisteswissenschaften und 10 Prozent auf Ingenieurwissenschaften.

Das Modell hat sich bewährt: Universitäten gründen eigene Graduiertenkollegs, hinzu kommen die der Exzellenzinitiative. Sogenannte Einzelpromotionen werden aber, da sind sich die Experten einig, auch künftig eine zentrale Rolle spielen. Denn nicht immer ist die Betreuung hier so schlecht wie bei Kokoschkas Kommilitonin, die inzwischen überlegt, etwas anderes zu machen. Immerhin werden rund 25 000 Promotionen in Deutschland pro Jahr erfolgreich abgeschlossen, seit einigen Jahren stagniert die Zahl auf diesem hohen Niveau – und die beliebten Graduiertenkollegs machen immer noch nur einen kleinen Teil aus.

Doch das Angebot der Universitäten wächst weiter. Anfang des Jahres hat zum Beispiel das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) noch eine Qualifikation draufgelegt und einen Turbo-Doppelabschluss ausgeschrieben: Drei Jahre dauert das gemeinsam mit dem Pariser Collège des Ingénieurs angebotene Promotionsprogramm »Science & Management«, an dessen Ende Promotion und MBA stehen, Wissenschafts- und Managementausbildung in einem. »Früher haben etwa im Bereich Chemie die großen Chemiekonzerne drei Viertel der Absolventen aufgesaugt. Heute gibt es immer mehr kleine Start-up-Unternehmen. Da braucht auch der normale Chemiker Managementerfahrung. Die können wir jetzt bieten«, sagt Stefan Bräse vom KIT. Zehn Studenten wird man pro Jahr voraussichtlich aufnehmen, die Zahl der Bewerber liegt um ein Vielfaches höher.

Norman Weiss ist 34 Jahre alt, inzwischen selbst promoviert und Vorsitzender von Thesis, einem Netzwerk für Promovierende. Er sieht solche Turboprogramme skeptisch, ebenso wie die häufig starren Vorgaben bei Graduiertenkollegs. Die von der Politik vorgegebene Zeittaktung sei unrealistisch für eine gute Ausbildung: Bachelor und Master nach fünf Jahren, nach drei weiteren Jahren Promotion, drei Jahre Juniorprofessur, dann wird geschaut, ob man schon eine Professur auf Lebenszeit bekommen kann.

»Mit der verkürzten Schulzeit durch G 8 kann man, wenn man alles in der Regelzeit macht, mit 25 Jahren Juniorprofessor und mit 28 Jahren Professor auf Lebenszeit werden. Das ist absurd«, sagt Weiss. In dieser Zeit sei es fast unmöglich, zu erfassen, was etwa alles im Wissenschaftsbetrieb zu beachten ist. Gerade Turboprogramme seien daher weniger für eine akademische Karriere geeignet als für die Arbeit etwa in der Industrie.

Dort sind die zwei Buchstaben häufig ein Türöffner. Sie zeigen unter anderem: Der Bewerber kann sich systematisch und eigenständig in ein einzelnes Thema einarbeiten. Zunehmend promovieren auch Fachhochschulabsolventen, in jüngster Zeit gab es unter den neu Promovierten jedes Jahr immerhin fast 200 von ihnen. Das wird von vielen begrüßt. »Wenn ein Fachhochschulabsolvent geeignet ist, dann soll er auch promovieren können«, sagt Schilden von der Hochschulrektorenkonferenz. Da Fachhochschulen keinen Doktorgrad verleihen dürfen, kann das jedoch nur in Kooperation mit Universitäten geschehen – nicht immer nur innerhalb Deutschlands. In Reutlingen etwa arbeitet man seit zwei Jahren mit der University of the West of Scotland (UWS) zusammen. »Unsere Promovierenden erhalten ihre Promotion an der UWS, aber betreut werden sie fast vollständig hier«, sagt Fritz Laux von der Hochschule Reutlingen. Mit dem Programm ist man sehr zufrieden. »Inzwischen schauen wir schon genau unter den Masterstudenten, ob nicht ein Kandidat für die nächste Promotion dabei ist.« Bei Interesse suche man dann häufig gemeinsam ein geeignetes Thema.

Auch bei Alina Kokoschka von der FU Berlin war ihre Begeisterung fürs Thema mit ausschlaggebend dafür, dass sie ihren Promotionsplatz bekommen hat. »Ich habe mich mit Konsum und Lebensstil in Syrien schon in der Magisterarbeit auseinandergesetzt, dadurch hatte ich gewisse Vorkenntnisse. Außerdem hat das Thema gut in das Graduiertenkolleg gepasst«, sagt Kokoschka. Trotzdem musste sie ein längeres Exposé einreichen, sieht das aber als Vorteil und Rückversicherung: »Bei der Promotion hier wird von Anfang an darauf geachtet, ob sie sich wirklich umsetzen lässt.«

Bei vielen anderen Promotionen ist das anders. »Fang doch erst mal eine halbe Stelle am Institut an, dann überlegen wir uns ein Thema«, heißt es häufig. Die ehemalige Kommilitonin von Alina Kokoschka hat auch heute noch keines, sechs Monate nachdem sie die Stelle angetreten hat.

www.zeit.de/audio

Feste Programme

Das erste Graduiertenkolleg wurde in Deutschland vor 26 Jahren gegründet: Molekulare Biowissenschaften an der Uni Köln. Heute gibt es strukturierte Doktorandenprogramme für alle Fachgebiete. Allein im Förderpool der **Deutschen Forschungsgemeinschaft** (DFG) befindet sich eine Vielzahl unterschiedlicher Graduiertenkollegs, ob in Biologie und Medizin, Physik und Chemie, Technik oder Sozial- und Geisteswissenschaften.

Ziel dieser Angebote von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen ist es, Doktoranden in drei Jahren zum Abschluss zu führen – nicht für sich allein grübelnd, sondern im Austausch mit anderen und nach einem festen Fahrplan, der Vorträge, Diskussion der Fortschritte und Kurse etwa zu wissenschaftlichem Schreiben umfasst. Für ihre Weiterbildung und Forschungstätigkeit werden die Doktoranden vergütet, je nach Programm mit circa 1000 bis 2500 Euro monatlich.

Die Stipendienplätze oder Stellen in Graduiertenprogrammen sind begehrt. Beim **Gießener Graduiertenzentrum Kulturwissenschaften** etwa bewerben sich jährlich rund 350 Jungforscher aus aller Welt um neun Stipendien. Hier und auch bei Graduiertenkollegs gibt es meist noch Zusatzplätze für Doktoranden, die zwar keine Vergütung erhalten, jedoch alle Kurse und die Betreuung nutzen können und auch Reisekosten etwa für die Teilnahme an Tagungen erstattet bekommen. Selbst wenn alle Stellen vergeben sind, lohnt es sich daher, beim Anbieter nachzufragen, ob es Plätze für »assoziierte Mitglieder« gibt.

Die DFG-Graduiertenkollegs stehen, sortiert nach Wissenschaftsbereichen und Regionen, auf der »Liste laufender DFG-geförderter Graduiertenkollegs« **(www.dfg.de).** Darüber hinaus bieten einzelne Bundesländer Programme an. Unter **www.elitenetzwerk.bayern.de** etwa werden elf Doktorandenkollegs an bayerischen Universitäten vorgestellt. Auch nicht universitäre Forschungseinrichtungen bieten Graduiertenprogramme an, etwa die Max-Planck-Gesellschaft mit ihren International Max Planck Research Schools **(www.mpg.de/de/imprs)**. Freie Plätze werden oft in Fachzeitschriften ausgeschrieben oder im Internet, etwa auf fachbezogenen Seiten oder auf der Homepage der DFG. JULIA NOLTE

Foto (Ausschnitt): Stills-Online

LESERBRIEFE

DIE ZEIT

Aus N°:
14
31. März 2011

Wie sicher?

Hans Schuh und Harro Albrecht: »Das unlöschbare Feuer« ZEIT NR. 14

Im Falle der Atomindustrie übernehmen die Bürger nicht nur die milliardenschweren »Nebenkosten« für die Sanierung strahlender Altlasten und die Aufräumarbeiten nach Reaktorhavarien, sondern sie tragen auch die gesundheitlichen Folgen. Zum Dank werden wir belogen und betrogen.
Conrad Fink, Freiberg a.N.

Das Geschrei nach risikofreier Technologie ist absurd, die Technologie des Kraftfahrzeugs fordert jedes Jahr über eine Million Tote auf der Welt. Allein in China kommen jedes Jahr etwa 6000 Bergleute bei der Kohleförderung ums Leben.
Prof. Dr.-Ing. Felix Krusen, Bonn

Es leuchtet mir nicht ein, dass man jetzt für die Altanlagen eine Ertüchtigung gegen Flugzeugabsturz fordern will, gleichzeitig aber alle bestehenden Anlagen nicht wirksam gegen Kernschmelzen beim Super-GAU schützt. Kernschmelzen sind mit weit höheren Risiken verbunden sind als der Flugzeugabsturz.
Ein Sicherheitskonzept, das die Beherrschbarkeit von Flugzeugabstürzen zur Bedingung macht und nicht auf den Einbau von Kernfängern besteht, ist nicht ausgewogen.
Peter Royl, Stutensee-Friedrichstal

Tag 17 nach Fukushima. In trügerischer Sicherheit und in 8000 Kilometer Entfernung diskutieren die Politiker in Europa über Stresstests, über Sicherheitsstandards, über Verbesserungen – von »Optimierungen« ist die Rede. Wohin das führt, hat uns Japan vorgezeigt, denn diese Kraftwerke galten bisher als die sichersten dieser Art.
Diese Ereignisse scheinen unseren Politikern nicht auszureichen, um einen Wandel in der Atompolitik zu vollziehen, obwohl die Bevölkerung das längst zum Ausdruck bringt.
Jahn J. Kassl, Wien

Ich schlage vor, den sieben Konsequenzen von Hans Schuh als achte hinzuzufügen: Die Betreiber von Atomkraftwerken sind ab sofort verpflichtet, Haftpflichtversicherungen für einen möglichen Schaden in Höhe von etwa 150 Milliarden Euro abzuschließen. Dadurch wäre es möglich, das übliche Prinzip zu durchbrechen, dass die Gewinne privatisiert sind und die Verluste/Risiken sozialisiert (da von der Allgemeinheit zu tragen) werden. Auch die Kosten für Castortransporte und Endlager wären natürlich von den Energiekonzernen zu tragen.
Ob dann der Atomstrom noch billiger wäre als der aus erneuerbaren Energien, scheint mir fraglich.
Dr. Gernot Gonschorek, per E-Mail

✉ Ihre Zuschriften erreichen uns am schnellsten unter der Mail-Adresse: **leserbriefe@zeit.de**

ES GIBT ZU VIELE VON DEN BELIEBTEN TIERARTEN IN ZOOS. ZUR ZEIT SIND EISBÄREN IN ELF ZOOS IN DEUTSCHLAND.
MAN KÖNNTE DIE ZOOS ALSO RUHIG EIN BISSCHEN AUSDÜNNEN.
WENN SIE MICH FRAGEN, BZW. FREILASSEN.
RATTELSCHNECK
Zur Deutschlandkarte »Zootiere« im Magazin Nr. 14

Das Potenzial der Kernenergie

Jens Jessen: »Gegen den Strom« und Josef Joffe: »Die Vierte Republik« ZEIT NR. 14

Psychologie spielt die entscheidende Rolle für den Aktionismus der Bundesregierung: Die Wahrheit ist, dass sie Beruhigungspillen gegen die Angst an die Bevölkerung ausgibt. Doch muss auf Aktionismus wieder vernunftgeleitete Politik folgen. Sicher ist eine internationale Lösung der Problematik wünschenswert, doch sollte nicht verkannt werden, welches Signal eine mutige Vorreiterrolle Deutschlands für ein europäisches Ausstiegsszenario setzen könnte.
Jörn Bullwinkel, Hamburg

Die Behauptung, die Botschaft der japanischen Katastrophe sei für Deutschland keine Drohbotschaft, weil hierzulande die Natur menschenfreundlicher sei, bewirkt eine Täuschung, weil die Drohung nicht nur von der Natur ausgeht, sondern von Menschen: ihrer Profitgier, ihrem Versagen. Keines der deutschen Kernkraftwerke ist gegen den Absturz eines großen Flugzeuges gepanzert. Sicherheitssysteme sind nicht genügend voneinander getrennt, Notstromaggregate haben einen zu geringen Energievorrat. Todesmutige Terroristen können Kraftwerke erobern, Hacker können spielerisch oder in krimineller Absicht die digitalen Steuerungssysteme lähmen.
Die Atomkraftwerke fügen allen vermeidbaren und unvermeidlichen Risiken zwei vermeidbare unerträgliche hinzu: die Kernschmelze und die Lagerung.
Dr. Günther Braun, Koblenz

Fukushima als Anlass zum Nachdenken und zur Umkehr zu nutzen ist legitim und kein »Fehlschluss«, wie Jessen schreibt. Für viele, die sich um die Zukunft sorgen, ist das Desaster von Fukushima nur ein weiterer Grund, sich für ein möglichst schnelles Ende dieser letztlich menschenverachtenden Technologie einzusetzen. Neben der schweren Hypothek von Kernwaffen, massenhaft bombenfähigen Materials, nahezu Tausender Kernreaktoren sowie fehlender Endlager muss ja noch berücksichtigt werden, dass Kernkraftwerke keine wirkliche »Brückentechnologie« darstellen, weil sie die nötige zügige Einführung von Technologien erneuerbarer Energien erheblich erschweren.
Dr. Hans-Jochen Hage, Dresden

Der Artikel ist in der heutigen Zeit eine Wohltat für die Menschen, die über einen gesunden Menschenverstand verfügen.
Gunter Knauer, Meerbusch

Ein Lichtblick in dieser irrational aufgebauschten Debatte, die derzeit durch Politik, Gesellschaft und Medien flutet.
Wir wundern uns über die Souveränität und Gefasstheit so vieler Japaner im Angesicht dieser gewaltigen Katastrophe. Interessant sind die Aussagen von Betroffenen in »Glauben & Zweifeln« *(ZEIT,* Nr. 13/11), was sie derzeit an uns Europäern und Medien befremdet.
Marcus Siebler, Gerolsbach

Innovation ist der wichtigste Faktor, um am Weltmarkt zu bestehen. Umso mehr stellt sich die Frage, ob das Innovationspotenzial der Kernenergie nicht weitestgehend erschöpft ist. Der deutschen Wirtschaft als Ganzes eröffnet sich die Möglichkeit, neue Technologien zur (Welt-)Marktreife zu entwickeln.
Um es ganz bewusst sehr polemisch zu formulieren: Man kann natürlich so lange Kernkraftwerke als »Brückentechnologie« propagieren, bis Indien Weltmarktführer bei den Windkraftanlagen ist und China bei der Photovoltaik.
Karl Stephan, Frankfurt am Main

Ein Trauerspiel oder ein Platz an der Sonne?

Gespräch mit Monica Lierhaus und Rolf Hellgardt: »Ich wollte mich nicht länger verstecken« ZEIT NR. 14

Ich kenne aus meiner Tätigkeit in der Krankenpflege Menschen, die weder Arme noch Beine haben, viele Hirnoperierte und andere mit oft negativer Diagnose. Die meisten haben zusätzlich eines gemeinsam: Sie müssen im Jahr mit etwa 15 000 Euro auskommen. Ihnen allen fehlte der Promoter, der sich bereits in der Zeit der akuten Erkrankung für einen Job mit einer Vergütung von 450 000 Euro für minimale Arbeit eingesetzt hätte. Viele von ihnen sind heute arbeitslos und werden es wohl auch bleiben.
Herbert Goltz
Bad Kreuznach

Große Hochachtung gegenüber Monica Lierhaus und Rolf Hellgardt für ihre Offenheit! Als ebenfalls Betroffene – ich bin durch einen Skiunfall querschnittsgelähmt – ist meine Meinung zur beruflichen Zukunft von Monica Lierhaus eindeutig: Alles, was Ihnen hilft, liebe Frau Lierhaus, Lebensmut zurückzugewinnen und wieder Lebensqualität zu entwickeln, ist legitim!
Sylvia Tölle, Köln

Bundeskanzlerin Merkel verdient im Jahr 261 500 Euro. Unabhängig von ihrer Leistung ist sie dafür aber Tag für Tag fast rund um die Uhr mit hoher Verantwortung im Einsatz. Da fragt man sich doch unwillkürlich: Was leistet Frau Lierhaus, dass sie 450 000 Euro aus Spenden für die ARD-Lotterie »Ein Platz an der Sonne« erhält?
Herbert Hillekamp, Mönchengladbach

Wer persönliches Leid derart schamlos vermarktet und sich das auch noch mit fast einer halben Million Euro pro Jahr vergolden lässt wie das Gespann Lierhaus/Hellgardt, verletzt zutiefst die vielen anderen, die mit einem vergleichbaren Schicksal leben müssen, ohne eine Luxuspflege finanzieren zu können.
Ganz bitter, dass die ARD keine Hemmungen hat, auf Kosten der normalen Gebührenzahler ein derartiges Trauerspiel zu bezahlen.
Dieter Erhorn, Düsseldorf

Von öffentlichem Interesse ist das Jahresgehalt von 450 000 Euro für eine gesundheitlich nicht voll einsatzfähige Frau. Quasi bekommt sie damit einen »Platz an der Sonne«. Die Verantwortlichen für ein solches Angebot scheinen ein grenzenloses Budget zu haben und wohl einen großen Abstand zur Realität, in der zum Beispiel Assistenzärzte mit 60-Stunden-Woche circa 50 000 Euro pro Jahr verdienen.
Dr. Walter Engel, Pfinztal

Bei allem aufrichtigen Respekt und Mitgefühl für Frau Lierhaus nach ihrer schweren Erkrankung: Es war die Kritik wegen des überzogenen Gehalts für eine Lotterie, unabhängig von ihrer Person, die das Interesse der Öffentlichkeit weckte. Als Leser hätte man sich dazu ein kritischeres Nachfragen gewünscht. Frau Lierhaus rechtfertigt die Summe von 450 000 Euro im Jahr allen Ernstes damit, dass sie »ja auch von etwas von leben muss«.
Andreas Phieler, Oldenburg

Monica Lierhaus ist eine bedauernswerte Frau, tapfer und mutig. Sie ist aber nicht arm. Und ihr Lebensgefährte erst recht nicht. Sie wäre ein gutes Vorbild für die Fernsehlotterie, wenn sie nicht so habgierig wäre.
Dr. Erhard Heisel, Laudenbach

Beilagenhinweis

Die heutige Ausgabe enthält in Teilauflagen Prospekte folgender Unternehmen: Auping B.V., NL-7145 DK Deventer; Hamburg Marketing GmbH, 22305 Hamburg (+ ZEITmagazin); Ringier Publishing GmbH, 10117 Berlin; RSD Reiseservice Deutschland GmbH, 85551 Kirchheim; ZEIT-Kunstverlag, 81541 München

Ohne Fisch

Ankündigung ZEITmagazin Kochwettbewerb 2011 NR. 14

Ich begrüße sehr die Vorgabe »vegetarisch kochen«. Aber was haben Sie sich bei »Fisch darf sein« gedacht? Sind Fische keine Tiere? Haben die kein Fleisch? Leben wir im Mittelalter, wo Mönche in der Fastenzeit Schweine durch den Klosterteich trieben, um sie dann als Fische zu deklarieren, die in der Fastenzeit gegessen werden durften?
Wenn schon, denn schon! Es ist höchste Zeit, dass vegetarisches Essen nicht bedeutet, dass man auf Fisch ausweicht.
Dorothea Manusch, per E-Mail

Bei Stimme

Marcus Rohwetter: »Handy tötet Hamlet« ZEIT NR. 14

Das Hamburger Schauspielhaus fasst über tausend Besucher; im Bayreuther Festspielhaus kann ein Sänger ein gewaltiges Wagner-Orchester übertönen. Noch lernen Schauspieler und Sänger in den Hochschulen, ihre Stimmen zu öffnen und klar zu artikulieren. Die Regisseure mögen sich besinnen und mit diesem Pfunde wuchern, statt die Darsteller zu Alltagsgenuschel zu zwingen und ihnen dafür Mikrofone an die Wangen zu kleben.
Dr. Inge Sewig, Berlin

Solidarisch

Tagebuch von Sonoko: »Es ist Zeit, wütend zu werden« NR. 14

Sicherlich sind die Menschen hier mit dem Gedanken beschäftigt, dass über 300 000 Menschen im Nordosten Japans, die ihre Familien, Häuser und Arbeitsplätze verloren haben, in provisorischen Unterkünften bei mangelhafter Versorgung mit Lebensmitteln, Heizöl, Strom und Benzin leben müssen.
Dies könnte vielleicht wie ein nationales Melodrama klingen. Aber selten zuvor hatten sich die Japaner mit anderen Japanern so solidarisch gefühlt wie heute. Da taucht wahrscheinlich ein ganz anderes Japan nach den Katastrophen auf. Hierbei muss ich anmerken, dass den Japanern in dieser tragischen Situation zum ersten Mal klar bewusst geworden ist, dass dieses Inselland zwar geografisch isoliert, doch geistig mit allen Menschen auf dem Globus fest verbunden ist. Aufmunternde Worte und Taten aus aller Welt sind enorm. Das werden wir nie vergessen.
Teruhiko Ito, Tokyo
(von 1975 bis 1980 in Bonn als Auslandskorrespondent tätig)

DIE ZEIT DER LESER

Liebe ZEIT-Leser, es ist ja nicht so, dass es nicht auch diese Woche etwas zu erzählen gäbe über die wunderbare Aktion »Die ZEIT besucht ihre Leser«. Aber zwei Monate nach dem 65. Geburtstag unseres Blattes wollten wir den Platz in dieser Spalte wieder frei machen für Sie und Ihre Beiträge. Und wir hoffen, dass jetzt möglichst viele von Ihnen dem Beispiel von Ulrich Bratfisch aus Dortmund folgen und uns genauso ausführlich und plausibel wie er erklären, welches Wort ihr ganz persönlicher Wort-Schatz ist und warum. WL

Mein Wort-Schatz

Dass sich unsere Sprache ständig verändert und wir einen anderen Wortschatz verwenden als unsere Eltern und Großeltern, das ist eine unstrittige und unabänderbare Tatsache. Der gut gemeinte Versuch einiger Gruppen, diese Veränderungen aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen, ist ein vergebliches Bemühen.
Doch wie man sich gern an schöne Erlebnisse zurückbesinnt, so kann man sich auch an lieb gewordene Sprach- und Worterlebnisse zurückerinnern. Vermutlich wird jeder von uns einen Schatz an Worten bewahren, den er nicht mehr verwendet, vielleicht etwas abgegriffen, aber noch mit einem Glanz versehen, der erfreuen kann.
Ich hüte einen Wortschatz, aus dem zu mir ein Wort herüberschimmert, ein Wort, das für mich wie Poesie klingt und den Inbegriff von Heiterkeit und Frohsinn verkörpert. Es ist das Wort **Sommerfrische**.
Meine Eltern fuhren mit uns Kindern in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts in die Sommerfrische. Besitzt dieses Wort nicht eine herrliche Melodie? Wie fad ist dagegen das Wort Urlaub! Ich bin aber genötigt, es zu benutzen, denn stellen Sie sich vor, ich gehe in ein Reisebüro und bitte um einen Vorschlag für meine Sommerfrische! Dem vernichtenden Blick des Urlaubsberaters möchte ich mich nicht aussetzen.
Welches Wort hüten Sie als Ihren Wort-Schatz?

Ulrich Bratfisch, Dortmund

Schicken Sie Ihre Beiträge für »Die ZEIT der Leser« bitte an:

leser@zeit.de
oder an
Redaktion DIE ZEIT,
»Die ZEIT der Leser«,
20079 Hamburg

Die Redaktion behält sich die Auswahl, eine Kürzung und die übliche redaktionelle Bearbeitung der Beiträge vor. Die Beiträge können auch im Internet unter www.zeit.de/zeit-der-leser erscheinen

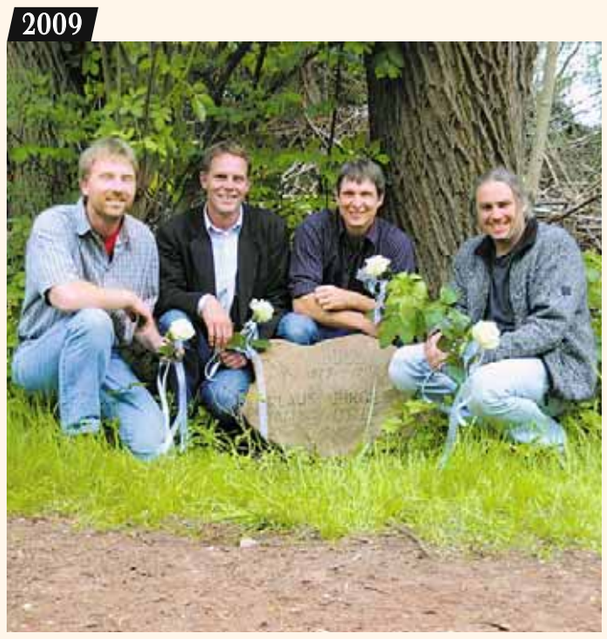
um 1982

Zeitsprung

Im Sommer 1979, als wir etwa zehn Jahre alt waren, begannen drei Freunde und ich in Heiligendorf bei Wolfsburg eine Bude zu bauen, die im Laufe der Jahre zu einem kleinen Fort wuchs, mit Schlafraum, Küche, Innenhof und später sogar einem Hühnerstall.Wir waren die »Dorfbande« und verbrachten viel Zeit in unserer Bude mit Lagerfeuer, Übernachten, und diversen Abenteuern. Es war ein Paradies für uns Jungen und über viele Jahre unser »Lebensinhalt«. Als wir aus dem Alter herausgewachsen waren, begann die Bude langsam zu verfallen. Im Sommer 1992 beschlossen wir, ein großes Begräbnisfest zu feiern und zündeten die Reste der Bude an. Als Andenken an »Die Bude« setzten wir ihr einen Gedenkstein mit unseren vier Namen. Im Mai 2009 trafen wir vier uns wieder und gedachten unserer Bude.

Klaus-Eginhard Rauhaus, Dörentrup

2009



EIN GEDICHT!

Klassische Lyrik, neu verfasst

Das Ende vom Leid

(nach Mascha Kaleko, »Das Ende vom Lied«)

Ich schlemmte gern noch einmal wie vor Zeiten
So lustvoll leicht. – Jetzt darf ich es nicht mehr.
Ich ließe gern noch einmal mich verführn
von leckerem Gebäck, von Torten, Eis und Köstlichkeiten.

Ich hört mich gern noch einmal wieder sagen,
Ach, bitte ja! Das nehm ich auch noch mit.
Und später dann, mit neugebornem Appetit,
Nach Sahne, Cremes, kandierten Früchten fragen.

Ich würde mich so gerne wieder sehen
Vorm Fenster beim Konditor stehn, vergnügt –
Und schließlich reingehn, wenn das Wasser mir
vor Lust im Munde schier zusammenläuft.

– Das alles ist vorbei … Es ist zum Klagen!
Was kann denn nur die Schokocreme dafür?
Mein eisgekühlter, opulenter Traum?
Soll ichs trotz aller Warnung nochmals wagen?

Ich möchte wieder Schokolade essen,
Die Krümel, die man peu à peu verzehrt.
Jedoch, mir scheint, ich lass es lieber sein.
Sonst kann ich meine Schlankheitskur vergessen!

Jutta Walther, Ostfildern bei Stuttgart

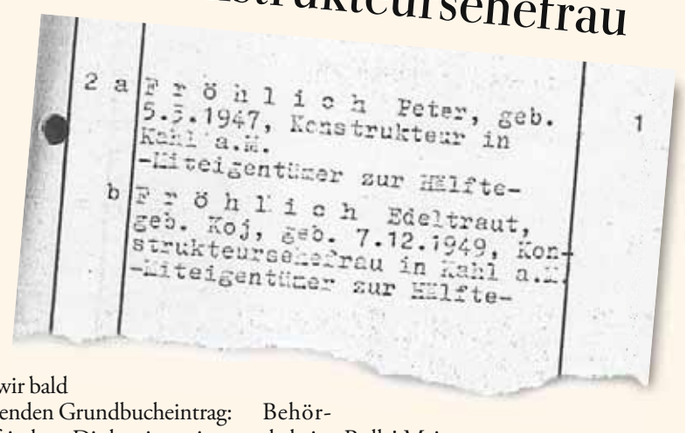
SCHÖNE GRÜSSE

Lieber Herr Sarrazin,

vor meiner Haustür im schönen Schwetzingen hängt ein Plakat der Republikaner. Auf dem steht: »Sarrazin hat Recht – wir schon längst.« Ich habe Ihr Buch nicht gelesen und kann mir also auch kein wirkliches Urteil dazu erlauben. Aber ich frage mich nun doch: Was denken Sie darüber, dass immer mehr rechte Parteien mit Ihrem Namen werben? Nehmen Sie das in Kauf? Fühlen Sie sich langsam wie Goethes Zauberlehrling? Oder brauchen Sie vielleicht einfach Hilfe, weil diese Plakate immer so verflixt hoch hängen?

Judith Kirchner, Schwetzingen

Wiedergefunden: Die Konstrukteursehefrau



Als wir 1973 eine Wohnung in Kahl am Main (Unterfranken) kauften, erhielten wir bald danach den beiliegenden Grundbucheintrag: Ich war gerade frischer Diplomingenieur geworden und hatte wohl im Gespräch erwähnt, dass ich angefangen hatte, als Konstrukteur zu arbeiten. Meine Frau war Bankkauffrau – aber das spielte für die bayerische Behörde keine Rolle! Meine Miteigentümerin wurde kurzerhand zur »Konstrukteursehefrau« gemacht!

Peter Fröhlich, Bad Homburg

Eine kleine Weltreise …

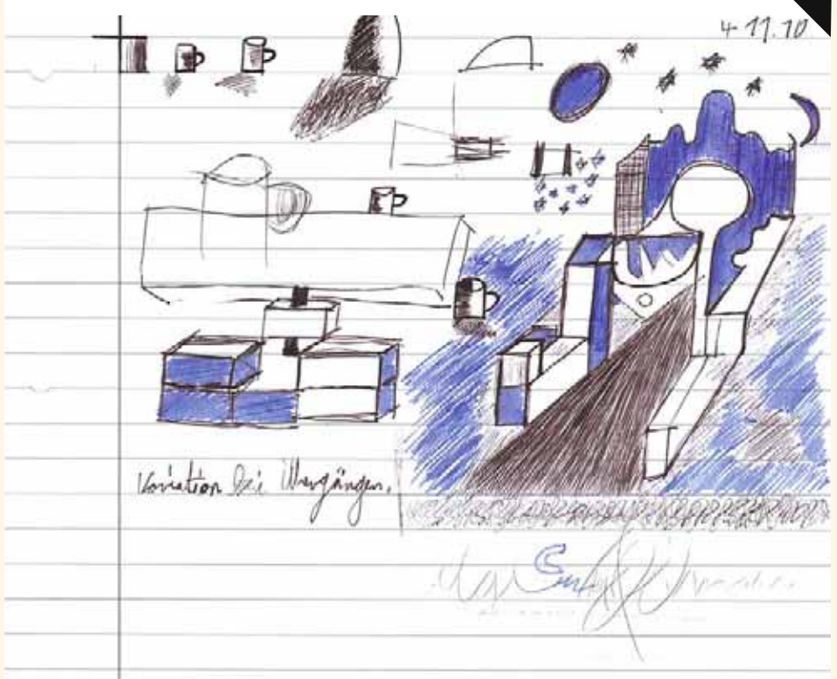
… aus traurigem Anlass« unternimmt Sabine Kröner, 55: Im vergangenen Jahr ist ihr Mann in den Freitod gegangen, jetzt will sie durch neue Eindrücke Abstand gewinnen. Von Buenos Aires aus ist sie per Schiff um die Südspitze Amerikas in die Südsee gefahren, über Australien, Indonesien, Singapur, Malaysia, Myanmar, Indien, die arabische Halbinsel und durch den Sueskanal geht es weiter bis nach Venedig.

Nun sollte ich so langsam auch mal etwas Positives über diese Seereise schreiben! Natürlich könnte ich erzählen, wie perfekt die Reederei alles organisiert hat. Aber viel wichtiger sind die Dinge, die sich ein jeder selbst erarbeitet.
Eine Einzelreisende wie ich nämlich ist auf Gedeih und Verderb auf den Kontakt mit den Mitreisenden angewiesen. Sonst droht Einzelhaft in der Kabine. Die wunderbare Katharina sagt, wir seien die WG von Tisch eins. Dabei machen wir neun Menschen, die sich hier zusammengefunden haben, uns nur sehr selten fein, um im Restaurant zu speisen. Wir lungern lieber am Pooldeck rum, lesen, baden, träumen, reden, schäkern mit den Stewards. Natürlich sind wir dafür inzwischen schiffsbekannt. Die Kassenbons für jedes Getränk unterschreiben wir auch mal gegenseitig. Am Morgen sind wir die Ersten, die aus den Kabinen kommen. Eigentlich könnten wir auch Kaffee kochen, dann gäbe es ihn schon früher. Zu später Nachtstunde schließen wir die Bar ab, nachdem wir den Steward ins Bett geschickt haben. Bei Ausflügen nehmen wir immer den letzten Bus, der ist nämlich nicht so voll, und wir können länger schlafen. Nun ist diese Reise aber so konzipiert, dass es Passagiere gibt, die die »große Weltreise« ab Akaba oder die »kleine Weltreise« ab Buenos Aires machen. Andere bleiben nur für eine oder mehrere Teilstrecken. In Singapur wird deshalb auch unsere WG schrumpfen, dann sind wir nur noch zu fünft. Aber vielleicht bekommen wir ja wieder Zuwachs. Wir sind munter und aufgeschlossen, tolerieren kleinere Schwächen, verleihen lebensnotwendige Utensilien und Geld, verschenken Waschpulver und Hosen, kennen die besten Witze und rauchen. Wer das aushält, sei uns herzlich willkommen.

Sabine Kröner, zzt. 5° 31' Süd, 116° 43' Ost

Die Kritzelei der Woche

ALLTAGSKUNST



Sueño ist das spanische Wort für »Traum«. Und während eines Tagtraums, mitten in einer Spanischstunde, ist diese Kritzelei entstanden. Thema des Unterrichts waren lateinamerikanische Kurzgeschichten und der magische Realismus, der ihnen stilistisch eigen ist. Eigentlich interessiert mich Spanisch, und für gewöhnlich schreibe und male ich nur so vor mich hin und höre zu dabei. Aber diesmal versank ich in meine Gedanken. Als mich mein Sitznachbar vorsichtig antippte, lag dieses Bild vor mir.

Max Poschmann, Bielefeld

Was mein LEBEN reicher macht

Das anrührende Lächeln, das mir ein Unbekannter auf dem Wandelkonzert im Amtsgericht Neuruppin geschenkt hat. Es wird Frühling! Das Konzert war ein Highlight!

Steffie Kraus, Berlin

Nachmittags an einer Münchner S-Bahn-Station. Meine Kollegin und ich stehen am Bahnsteig, haben einen erfolgreichen Termin hinter uns, lachen miteinander. Ein junger Mann freut sich an unserer Fröhlichkeit, lächelt mit, streicht um uns herum, beobachtet uns unverhohlen. Kurz darauf in der S-Bahn merke ich: Der junge Mann ist vermutlich geistig behindert. Mit unschuldiger Neugier schaut er uns durch dicke Brillengläser an, als wären wir seltene Schmetterlinge. Wir tun, als beachteten wir ihn nicht. Da löst sich eine Daunenfeder aus meiner Jacke und schwebt träge auf ihn zu. Ganz vorsichtig streckt er die Hand aus, fängt das flaumige Ding ein – und reicht es mir mit den freudigen Worten: »Ist das Ihr Fussel?«

Inge Bell, München

Morgens, es ist noch dunkel. Irgendwo im Hof singt eine Amsel. Ich gehe auf den Balkon, barfuß, atme die kalte Morgenluft und lausche dem Gesang.

Annika Mitzscherling, Hannover

Nach so vielen glücklichen Jahren mit unserem Hund an dessen Lebensende zwei Freunde zu haben. Der eine war innerhalb weniger Minuten ganz selbstverständlich bei mir und begleitete mich zum Tierarzt. Der andere begrub den Hund ganz selbstverständlich am Sonntagmorgen an der schönsten Stelle in seinem Garten. Danke, Ihr Lieben!

Marcia Schneiderhan, Filderstadt

Das lebensfrohe Lachen meiner beiden Nichten Anna und Theresa, weil es so ehrlich ist und ganz tief aus dem Herzen kommt.

Alexandra Schmid, Straubing

Nachdem meine Freundin fünf Monate in Australien verbracht hat, wieder neben ihr zu liegen, zu faulenzen, zu schlafen, aufzuwachen, zu lachen und die herrliche Zweisamkeit mit ihr zu genießen.

Paul Casdorff, Bremen

Wenn zwischen nackten Bäumen viele Tausend Märzbecher den Frühling einläuten. Und ein Hauch von Bärlauch vorbeischwebt.

Petra Yildiz, Göttingen

Am ersten lauen Frühlingsabend zwei Straßenmusikern zuzuhören. Ich gebe ihnen was, und sie spielen ein Lied nur für mich. *Angels* von Robbie Williams, und ich singe lauthals mit. Meinen Namen hab ich ihnen erst hinterher verraten, das Lied aber jetzt noch im Ohr.

Angela Cullik, Dettum

Die neuen Fahrradsitze für unsere beiden Söhne. Die Jungs vorn drauf, zwei Windeln in die Handtasche, mit Mann und Kindern durch die Sonne ans Wasser. Ein Eis schlecken.

Antje Neumann, Bremerhaven

Mein täglicher Spaziergang im Wald. Seit geraumer Zeit jedoch ärgere ich mich über wilde Müllablagerungen. Heute war alles blitzblank aufgeräumt und in Müllsäcke verstaut. Daneben stand ein junger Mann in Arbeitskleidung. Kippe im Mund, Stöpsel im Ohr, Irokesenhaarschnitt. Spontan ging ich auf ihn zu und bedankte mich fürs Saubermachen. Zuerst schaute er mich abweisend an. Dann huschte ihm ein verlegenes Lächeln übers Gesicht, und wir verstanden uns.

Elisabeth Weber-Strobel, Heidenheim

Das Gesicht meines Freundes, wenn ich ihm zum Frühstück einen warmen Kakao mache.

Julia Krautwald, Freiburg

DIE ZEIT

PREIS ÖSTERREICH 4,10 €

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR

14. April 2011 DIE ZEIT Nº 16

Was Journalisten anrichten

Falsche Prognosen, Meinungsmache, Hysterie: Im Kritisieren sind Medien gut – Selbstkritik fällt dagegen schwer. Zeit für die Frage: Was machen wir da eigentlich?

ZEIT-MAGAZIN

Titel: Florian Kolmer für DIE ZEIT; Mauritius; Composing: Smetek für DZ

Macht endlich Frieden!

Ein Appell an die religiösen und politischen Führer der Welt von Helmut Schmidt

Glauben & Zweifeln S. 58

Unterricht in Demut

Fukushima, Tschernobyl, BP – können Menschen aus Katastrophen lernen?

Wissen Seite 33–35

Der Einsame

Einst war Stefan Petzner ein politischer Star. Von allen verlassen, sieht er seine Zukunft nun als Philosoph

Politik Seite 12

Im nassen Grab

Viele Mittelmeerflüchtlinge bedrohen Krieg und der Tod. Wer sie aufnimmt, gibt nicht nur ihnen eine Chance VON HEINRICH WEFING

Über 600 Menschen sind seit Januar bei dem Versuch ertrunken, aus Nordafrika nach Europa zu gelangen. Seit 1988 haben nach Angaben der Organisation Fortress Europe mindestens 10 000 Flüchtlinge den Tod gefunden. Das sind Opferzahlen wie in einem mittleren Krieg. Immer mal wieder ziehen Fischer aus ihren Netzen die Leichen der Ertrunkenen. Manche tragen noch Nike-Turnschuhe. Das Mittelmeer ist ein nasses Grab.

Man muss an diese Bilanz erinnern, wenn wir über Migration nach Europa streiten. Denn wir neigen dazu, über technische Details zu diskutieren, über Flüchtlingsquoten, Grenzzäune, Rückführungsverträge. Das alles ist wichtig. Aber zuerst geht es, so gefühlig das klingen mag, um Menschen. Um Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um vor Krieg und Not zu fliehen. Oder weil sie arbeiten, ihr Glück machen wollen im sagenhaft reichen Europa. Und die uns damit zwingen, uns die unangenehme Frage zu stellen, mit welchem Recht wir eigentlich einem tunesischen Vater verbieten wollen, das Beste für seine Kinder zu erstreben – und sei es in Europa? Wer wollen wir sein?

Man muss auch an die Zahl der Ertrunkenen erinnern, wie wir es auf Seite 9 tun, um die obszöne Wendung von Silvio Berlusconi einzuordnen, auf Europa rolle ein »menschlicher Tsunami« zu. Es ist eine ziemlich widerliche Verdrehung von Bedrohung und Risiko. Nicht den Küsten und deren Bewohnern droht existenzielle Gefahr, sondern den Menschen auf hoher See.

Nein, es brandet keine »Flutwelle« von Migranten gegen Europas Strände. Die arabische Revolution hat uns noch nicht erreicht. Im Gegenteil, angesichts der ungeheuren Umwälzungen in der arabischen Welt sind es eher wenige Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben. Zum Vergleich: Das kleine Tunesien – Einwohnerzahl zehn Millionen – hat fast 400 000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Libyen aufgenommen – und seine Grenzen dennoch nicht dichtgemacht. Da soll das 500 Millionen Menschen zählende, mächtige Europa nicht mit 20 000 Flüchtlingen auf Lampedusa fertig werden?

Ja, das mächtige Europa als Ganzes. Denn die Migration auf diesen Kontinent geht alle Mitgliedsstaaten der EU etwas an. Schon richtig, es gibt eine Arbeitsteilung. Das Land, in dem die Flüchtlinge ankommen, ist für sie zuständig, prüft ihre Asylanträge und sorgt für ihre Rückkehr in die Heimat, notfalls zwangsweise. Und wenn ein Staat damit überfordert ist, wie Malta aktuell und wie im Grunde auch Griechenland, dann springt ihm die Gemeinschaft bei.

Das ist die europäische Solidarität, auf die sich Silvio Berlusconi gerade beruft. Nur ist der italienische Ministerpräsident der Letzte, der sich darauf berufen darf. Wer seine Partner auszutricksen versucht wie Berlusconi, der hat keine Solidarität verdient. Und nichts anderes als eine Trickserei zulasten Dritter wäre es, den Flüchtlingen auf Lampedusa Touristenvisa auszustellen, damit sie möglichst rasch aus Italien verschwinden – nach Frankreich oder Österreich.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat recht, wenn er dagegenhält. Aber auch er hat, auf ganz andere Weise als Berlusconi, den Gedanken der europäischen Solidarität missverstanden, wenn er in der Manier eines CSU-Generalsekretärs mehr Grenzkontrollen fordert; soll Italien doch sehen, wie es mit den Flüchtlingen fertig wird. Das ist ein Irrtum. Was auf Lampedusa geschieht, ist ein europäisches Problem.

Kurzfristig, weil die Zahl der Flüchtlinge durchaus noch so sehr steigen könnte, dass eine Lastenteilung zwischen allen EU-Mitgliedern notwendig wird. Mittelfristig, weil diejenigen, die heute als Migranten kommen, bereits in wenigen Jahren umworbene Arbeitskräfte sein könnten, die dem altersschrumpfenden Europa seinen Wohlstand sichern. Vor allem aber stellt der Umgang mit den Flüchtlingen Europa vor die Frage, ob die arabischen Revolutionen auch unser Denken in Bewegung setzen. Ob wir auf das enorme Neue mit den eingespielten Reflexen reagieren wollen. Oder ob wir der Freiheit, die sich von Syrien bis Tunesien Bahn zu brechen beginnt, ein Angebot machen. Europa braucht eine bessere Zuwanderungspolitik. Oder überhaupt eine Zuwanderungspolitik.

Ja, mit der Angst vor massenhafter Migration machen Rechtspopulisten überall in Europa Stimmung, mit Erfolg. Die Furcht vor einer »Überfremdung«, einer muslimisch geprägten zumal, sitzt tief. Aber gerade deshalb darf man das Thema nicht den Rechten überlassen. Europa muss seine Interessen definieren, und es muss diese Interessen den Europäern erklären. Das dürfte alles andere als aussichtslos sein. Nach dem neuen Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Integration und Migration ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Förderung qualifizierter Zuwanderung.

Das ist, neben langfristigen Investitionen in die Herkunftsländer, der beste Weg, für Europa – und für die Migranten: geregelte Zuwanderung von Fachkräften, Stipendien für Studenten und befristete Quoten für einfache Arbeiter, für die also, die jetzt illegal kommen – und von der europäischen Wirtschaft gern beschäftigt werden. Dann wird das Mittelmeer, was es historisch immer war: ein Handelsplatz. Kein Friedhof.

www.zeit.de/audio

Die nächste Ausgabe

der ZEIT erscheint wegen der Osterfeiertage schon am

MITTWOCH, DEM 20. APRIL 2011

Pokern in Peking

Chinas Führung stellt deutsche Kulturmacher bloß. Noch bleibt ihnen Zeit, endlich Mut zu zeigen VON MORITZ MÜLLER-WIRTH

Wer am Platz des Himmlischen Friedens in Peking zur Wiedereröffnung des chinesischen Nationalmuseums eine Ausstellung mit dem Titel *Die Kunst der Aufklärung* plant, der weiß, dass er pokert – verdammt hoch pokert. Ist eine größere Spannung vorstellbar als jene zwischen dem durch brutale Unterdrückung kontaminierten Ort und den hehren Idealen einer Fesseln sprengenden Epoche? Dass sie pokern würden, wussten die drei Ausstellungsmacher der staatlichen Museen zu Dresden, München und Berlin ebenso wie die Kultur- und Außenpolitiker aus Deutschland. Gut zwei Wochen nach der Eröffnung scheint klar zu sein: Sie haben sich verzockt.

Hätte man sich ein maximales Desaster ausdenken wollen zu Ausstellungsbeginn, es hätte genau so ausgesehen: Zunächst wird Tilman Spengler, einem Mitglied der Delegation des deutschen Außenministers, ohne Begründung die Einreise zur Eröffnungsfeier verweigert. Spengler hatte zuvor eine Laudatio auf den der chinesischen Staatsmacht verhassten Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo gehalten. Dann wird ein deutscher Journalist, als er kritische Nachfragen zum Fall Spengler stellt, auf einer Podiumsdiskussion von Vertretern der deutschen Wirtschaft lautstark ausgebuht. Als perfide Pointe lassen sodann die chinesischen Gastgeber – der Händedruck zum Abschied der deutschen Gäste war kaum gelöst – mit Ai Weiwei den prominentesten regimekritischen Künstler spurlos verschwinden.

Als schließlich die Ausstellungsmacher aufgrund ihrer zunächst kaum wahrnehmbaren Reaktion in der Heimat zunehmend in die Kritik geraten, verfassen sie – eine Woche nach den Ereignissen! – eine gemeinsame Erklärung, in der sie das Geschehene wortreich verurteilen. Zu allem Unglück hatte sich zuvor auch ein eigentlich kluger Kopf wie der Dresdner Museumsdirektor Martin Roth zu grob missverständlichen Äußerungen hinreißen lassen. Zuletzt dokumentiert der Großarchitekt Meinhard von Gerkan, dessen Büro den Pekinger Museumsneubau verantwortet, im Gespräch mit dem *Spiegel* im Stile eines Großinvestors, wie viel Respekt er vor seinen Auftraggebern hat – und wie wenig vor den von ihnen drangsalierten Künstlern. Jeder, der ein solches Szenario vorher fantasiert hätte, wäre für verrückt erklärt worden. Nun ist es Realität geworden. Eine größere Brüskierung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik ist kaum vorstellbar.

Folgenlos darf dieses Verhalten der Chinesen nicht bleiben. In der sich nun beschleunigenden Empörungsspirale steht jetzt sogar der Abbruch der Ausstellung im Raum. Kann man ernsthaft fordern, die Ausstellung und damit den Kulturaustausch mit China auf unabsehbare Zeit abzubrechen? Kann man, sollte man aber nicht!

Zu viel steht auf dem Spiel – und zwar für jene, in deren Namen man dies vermutlich täte – für die um jeden Millimeter Aufklärung kämpfenden Chinesen. Sie strömen in die Ausstellung und in »Salons«, veranstaltet von der Mercator-Stiftung. Bei diesen Zusammenkünften, beteuert ihr Geschäftsführer Bernhard Lorentz, lasse man sich von niemandem Themen oder Gäste vorschreiben. Man sollte ihn beim Wort nehmen: So werden die Salons als »offene Diskursräume« nun zum Ernsthaftigkeitstest für die deutschen Kulturmacher und die Kulturpolitik.

Durch die Vorgänge ist die auswärtige Kulturpolitik ins Zwielicht geraten

Es ist eine über die Jahrzehnte praktizierte Tradition dieser Politik, gemäß dem großen Wort von Willy Brandt, den »Wandel durch Annäherung« zu befördern, also: zu pokern. Ein großer Vorzug der Kulturexporte im Ringen zwischen Wandel und Annäherung, zwischen Subversion und Repression war stets ihre vergleichsweise große Unabhängigkeit. Das Interesse gilt zunächst den Gedanken, nicht den Geschäften. Nicht die Steigerung des Profits ist, selbst bei Sponsoren, das erste Ziel, sondern die Schärfung des Profils. Das unterscheidet die Kulturpräsentationen von den diplomatisch vernebelten Interessen der Politik ebenso wie ganz und gar unvernebelten Gewinn-Interessen der Wirtschaft. Nur deshalb kann die auswärtige Kulturpolitik sich noch heute auf die Brandtsche Doktrin berufen: Weil sie sich nicht unterwerfen muss, ist sie frei. Wenn sie sich doch unterwirft, ist sie blamiert.

Durch die Vorgänge um die Eröffnung in Peking ist die deutsche Kulturpolitik ins Zwielicht geraten. Noch ist jedoch kein irreversibler Schaden entstanden. Die Ausstellung dauert ein Jahr. Da bleibt genügend Zeit zu angemessener Profilierung. Dass dies, spätestens seit der Festnahme Ai Weiweis, unter besonderer Beobachtung geschieht, sollten die Kulturmanager als Ermunterung zur besonnenen Provokation verstehen.

Das Kapital des Kulturmanagers sind seine Ideen. Es ist ein ungeheures Kapital. Ideen kann man die Einreise nicht verweigern, nicht festsetzen, verschwinden lassen kann man sie schon gar nicht, denn wenn man ihre Urheber festsetzt, verbreiten sich die Ideen im günstigen Fall umso rascher. Deshalb werden sie von den Gegnern der Aufklärung so gefürchtet. Wäre es da nicht zum Beispiel eine gute Idee, in die Ausstellung an prominenter Stelle ein Werk des verschleppten Ai Weiwei zu integrieren – so lange, bis er wieder frei ist? Auf Anregung von Martin Roth, so ist zu hören, haben die Museumsdirektoren das erörtert. Sollten sie sich dazu entschließen, würde schnell klar: Auch Chinas Staatsmacht hat beim Poker um die Aufklärung viel zu verlieren.

Siehe auch **Politik S. 8** und **Feuilleton S. 45**

www.zeit.de/audio

ZEIT ONLINE

Reform oder weiter so? Über den FDP-Kurs streiten Martin Lindner und Johannes Vogel

Weitere Informationen im Internet: **www.zeit.de/streitgespraech-fdp**

PROMINENT IGNORIERT

Václav Klaus ist es!

Heiterkeit erregt ein Video auf YouTube, das den tschechischen Präsidenten Václav Klaus auf Besuch in Chile zeigt, wie er, während der Rede des Amtskollegen Piñera, einen Kugelschreiber vom Tisch nimmt und stiekum in seiner Jacke verschwinden lässt. Für jeden, der schreiben kann, gibt es kein größeres Rätsel als das Verschwinden aller Kugelschreiber. Dass es nun gelöst ist, gehört zu den guten Nachrichten der Woche. GRN.

Kleine Fotos v.o.n.u.: Konrad R. Müller/Agentur Focus aus dem Buch »Licht-Gestalten« (Aufn.: von 1988); ABC TV/dpa; Internet

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

Abonnement Österreich,
Schweiz, restliches Ausland

DIE ZEIT Leserservice,
20080 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49-1805-861 00 09
Fax: +49-1805-25 29 08
E-Mail: abo@zeit.de

AUSGABE:

16

66. JAHRGANG

AC 7451 C

4 190745 104005 16

DONNERSTALK

Habt Acht!

Das österreichische Bundesheer befindet sich im Umbruch. Deshalb wird nun auch die Kommandosprache für ein künftiges Berufsheer überarbeitet. Mit dem alten Kasernenhofton allein ist da kein Weiterkommen, darüber herrscht Einigkeit. Humor muss in die Befehle Einzug halten. Um Rekruten mit nahöstlichen Wurzeln zu mehr Sauberkeit zu animieren, könnte der Spieß etwa scherzen: »Hier stinkt's ja wie in einem arabischen Puff!« Kommt garantiert gut an, wenn psychologisch geschulte Unteroffiziere so versuchen, mit Ironie und Weltoffenheit die multikulturelle Truppe zusammenzuhalten. Ein bisschen Augenzwinkern darf auch nicht fehlen, sollte ein Soldat die rechte Begeisterung vermissen lassen. »Ich zieh dich persönlich an den Eiern durch den Ort!«,

Foto: Ingo Pertramer

Alfred Dorfer ist erleichtert, dass endlich ein neuer Ton im Heer Einzug hält

heißt es dann. Gerade kurz vor Ostern ein gelungener Spruch, um die Moral zu heben. »Rekrut Dämlich« lautet eine immer gern gebrauchte Anrede für einen Jungmann, dessen Auffassungsgabe ausbaufähig scheint. Das hilft dem Betroffenen und unterhält noch dazu den Rest des Zugs. Immer wieder findet die Mär von körperlichen Übergriffen einen Weg in die Medien, etwa wenn ein Soldat morgens sanft durch den Stiefel des Vorgesetzten zum schnelleren Aufstehen bewegt werden sollte. Das gelang auch – mit dem kleinen Kollateralschaden eines Knochenbruchs. Eine Lappalie, wenn man bedenkt, dass im Ernstfall Verschlafen letale Folgen haben kann. Ein Berufsheer ist schließlich keine Selbsterfahrungsgruppe für wohlstandsverwahrloste Memmen.

AUSSERDEM

Arenafernsehen

Die Volkspartei ist augenblicklich kopflos. In Abwesenheit des Parteichefs legt mitunter der schwarze Klubobmann seine Hand ans Ruder. Karlheinz Kopf ist ein bedächtiger Vorarlberger, kein Freund eines aufgeregten politischen Stils. Wenn dieser besonnene Mann deutliche Worte findet, dann muss es sich schon um ein besonders wichtiges Problem für das Land handeln. Am vergangenen Wochenende erblickte Kopf solch einen Anlassfall. Er forderte den Programmdirektor des ORF, Wolfgang Lorenz, auf, sein Büro zu räumen: »Hochgradig rücktrittsreif« sei der Fernsehverantwortliche. Weshalb? In einem Gespräch mit der *ZEIT* hatte Lorenz die Grenze beschrieben, die öffentlich-rechtliches von privatem TV trenne. Sie verlaufe entlang des Abbruchs zur Menschenverachtung. Im privaten »Arenafernsehen«, sagte Lorenz, würden Menschen, die in diesen Unterhaltungsprogrammen auftreten, häufig als Opfer ausgebeutet und in ihrer ganzen Armseligkeit dem johlenden Publikum zum Fraß vorgeworfen. Lorenz formulierte es ein wenig nobler. Klar, Privatfernsehgestalter haben mit diesem Befund keine Freude. Aber ein Politiker, der zumindest der Papierform nach dem christlich-abendländischen Weltbild verpflichtet sein sollte? Der schmeißt sich dafür ins Zeug, dass zur besten Sendezeit Kuppel-Shows inszeniert werden, dass besoffene Primitivjugend ihr nächtliches, nun ja, Paarungsverhalten erläutert oder dass Gemeindebau-Prolos ihr ganzes Repertoire aus dem Gossenjargon in die Welt hinausposaunen. Demnächst wird der Nebenerwerbsmediensprecher der Volkspartei wohl befinden, jeder dieser Mistkübelsender habe es verdient, am öffentlich-rechtlichen Gebührenkuchen mitzunaschen. JR

Der letzte Kampf des Stefan Petzner

Einst war er ein politischer Star von Jörg Haiders Gnaden. Nun ist der Mann fürs Grobe tief gefallen. Früher dichtete er gehässige Reime für Wahlplakate, heute sieht er sich als Philosoph und möchte demnächst ein Buch verfassen VON WOLFGANG ZWANDER

Das wird jetzt aber bitte nicht wieder so ein Blödsinn!« So eröffnet Stefan Petzner das Gespräch. Am Ende hört er gar nicht mehr mit dem Erzählen auf. Er vergleicht seinen Mentor Jörg Haider mit Karl Marx, spricht über Thomas Bernhard, den alle immer getreten und gedroschen hätten, und er sieht Europa einen Aufstand bevorstehen, der das Parteiensystem hinwegfegen werde. Und danach? Das wisse er genau, aber er dürfe es nicht sagen – noch nicht.

Es ist ein verregneter Frühlingsnachmittag, die Klagenfurter Altstadt wirkt so bedrückt und menschenleer, als ob sie noch immer um den verstorbenen Übervater der Kärntner trauern müsste. Vor wenigen Tagen ist Petzner als Kärntner BZÖ-Chef zurückgetreten, jetzt sitzt er in der Bar des Hotels Moser Verdino, seinem Stammlokal, wo er noch immer jene ehrfurchtsvollen Blicke auf sich zieht, die ihm einst im ganzen Land zugeworfen wurden, als er noch dem innersten Zirkel des Haider-Regimes angehörte. Petzner lümmelt auf einer braunen Lederbank und spürt, dass auch hier seine letzte Macht bald verflogen sein wird. Er kennt die Kärntner Seele, die sich nur dem zu Füßen wirft, der auch die Macht hat, sie zu dieser Unterwerfung zu zwingen. Und er besitzt keine mehr. »Über diesem langweiligen Parteienhickhack«, behauptet er trotzig, »da stehe ich schon lange drüber.«

Wie die großen Philosophen möchte er den Weltenlauf beeinflussen

Freiwillig sei der Rücktritt aber nicht gewesen, sagt er: »Man hat den Wunsch geäußert, und ich habe entsprochen.« Aber es sei ihm egal, in Wirklichkeit sei er sowieso kein Öffentlichkeitsmensch, sondern ein Strippenzieher, und den Amtsverlust sehe er als »positive Entwicklung«. Was er sich da schönredet, sind die letzten Etappen einer Politikerkarriere, die ihresgleichen sucht und für Schlagzeilen über die Landesgrenzen hinaus gesorgt hat.

Als Jörg Haider in der Nacht zum 11. Oktober 2008 mit seinen VW Phaeton in den Straßengraben schleuderte, war das der Anfang vom Ende des politischen Lebens des Stefan Petzner. Damals stand er im Zenit seiner Macht – mit der Todesfahrt des Kärntner Landeshauptmanns verebbte auch sein kometenhafter Aufstieg.

In aller Öffentlichkeit heulte er dicke Trauertränen und jammerte in den Boulevardzeitungen, er habe ja nur den Jörg gehabt. Wie recht er mit diesen Worten haben sollte, ahnte er damals wohl selbst noch nicht. Während alle noch spekulierten, wie es zum Bruch im innigen Verhältnis der beiden »Lebensmenschen« kam, packten die Mannen rund um den Großgrundbesitzer Uwe Scheuch ihre Messer aus. Haiders schrille Marotten und Eskapaden mussten alle Freiheitlichen wegen seiner diktatorischen Macht schlucken, den weinerlichen Stefan wollten die Diadochen nun aber loswerden. Einer nach dem anderen rückte von Petzner ab.

Scheuch und dessen Ahänger setzten ihn zunächst als Kanonenfutter für die Medien an die Spitze ihrer kopflosen Bewegung und schnapsten derweil im Hinterzimmer die Machtfragen aus – für Petzner war dort kein Platz mehr frei. Wie im freiheitlichen Lager wirklich über ihn gedacht wurde, zeigte der blaue Europaabgeordnete Andreas Mölzer beim Parteitag 2010, bei dem sich die freiheitlichen Kärntner von Haiders politischer Sekte BZÖ wieder lossagten. Am Gang des Klagenfurter Konzerthauses höhnte er im Kreis von Vertrauten: »Mit einer Schwuchtel kann man eben keine Politik machen.«

Auch das Jahr 2011 meinte es bislang besonders schlecht mit Petzner. Zunächst ertappte ihn die Polizei zweimal beim Fahren ohne Führerschein, den hatte er abgeben müssen, weil er im Vorjahr mit 180 Stundenkilometern in eine Radarfalle gerast war. Im März verdonnerte ihn ein Gericht in Klagenfurt wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses zu einer Geldbuße von 38 000 Euro. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen des Verdachts der illegalen Wahlkampffinanzierung, und dazu kommt eine mögliche Verwicklung in die Affäre um die blaue Werbeagentur Connect.

Petzner zeigt sich von alldem unbeeindruckt. Er trägt ein körpereng tailliertes Sakko, um den Hals baumelt ein violett-dunkelgrüner Schal, seine Hautfarbe ist wie üblich von einer künstlichen Bräune mit orangem Stich. Vor ihm steht ein Campari Orange, im Mund steckt immer eine Marlboro.

Mit kleinen Gerichtsscherereien beschäftigt sich ein Petzner nicht. Er kümmert sich lieber um die wirklich großen Probleme: »Ich kämpfe für Dinge, die mir wichtig sind. Wie viele Denker und Philosophen beschäftige ich mich mit der Frage: Wie ist der politische Weltenlauf, und was kann ich tun, damit es ein guter sein wird?«, verkündet Petzner. Wenn er einmal nicht der großen Denke frönt, dann spielt der Steirer mit seinem Lieblingsspielzeug, den Presseaussendungen, an deren Inhalt sich gut erkennen lässt, was er mit den »wichtigen Dingen« meint, für die er sich ins Zeug legt. Wie in alten Tagen krakeelt er, dass sich Slowenien nicht in Kärntner Angelegenheiten einzumischen habe und dass der Spitzendiplomat und Kärntner Slowene Valentin Inzko »ein Vouk (Slowenisch für Wolf, *Anm. d. Red.)* im Schafspelz« sei. Das alte Spiel macht ihm heute aber nur mehr halb so viel Spaß wie früher, die Provokationen des einfachen Nationalratsabgeordneten werden nun meist überlesen.

Foto [M]: Gert Eggenberger

Stefan Petzner ist davon überzeugt, dass in Europa ein Aufstand die Parteien hinwegfegen werde

Dem skrupellosen Spindoktor verdankt das BZÖ seine Wahlerfolge

Als eines von fünf Kindern wächst der Sohn eines freiheitlichen Gemeindepolitikers auf dem elterlichen Bauernhof in Laßnitz bei Murau in der Steiermark auf, ein trister Fleck Erde mit einer der höchsten Selbstmordraten Österreichs. Wegen ihrer deutschnationalen Einstellung gelten die Eltern als Außenseiter im Dorf. Ein Gefühl, das den jungen Stefan ein Leben lang begleitet und ihn in die Arme seines Jugendidols Haider treibt. »Auf spannende Menschen hat der Mainstream schon immer eingedroschen«, sinniert er. »Jüngst habe ich einmal nachgedacht, dass ich in sehr kurzer Zeit eigentlich schon alles war – vom kleinen Pressesprecher bis zum designierten Chef.« Das würde exakt seiner Lebensphilosophie entsprechen: »Kurz, bunt, laut und heftig!«

»Deftig« könnte man hinzufügen, denn Petzner musste in den vergangenen Jahren nicht nur viel einstecken, er hat auch ausgeteilt – oft genug unter der Gürtellinie. Das Opfer von Parteiintrigen war immer auch ein Täter.

Er ersann die Werbeslogans »Kärnten wird einsprachig« und »Wollen Sie eine endgültige Lösung der Ortstafelfrage?«, deren Nähe zur NS-Rhetorik er sich sogar rühmte. Er karikierte politische Gegner als »rote Quak-Enten«, bezeichnete Antonia Gössinger, die einzige Journalistin Kärntens, deren Arbeit Haiders Allmachtfantasien gestört hatte, als »tragische Figur« und ihre Schreibe als »Ergüsse einer alternden und um Anerkennung in linken Kreisen flehenden Pseudo-Politredakteurin«. Auf den Namen des ehemaligen Verfassungsgerichtshofpräsidenten Karl Korinek reimte er »juristischer Dreck« und nannte ein in den Alpen gelegenes Flüchtlingslager eine »Sonderanstalt für kriminelle Asylwerber«.

Gerade wegen solcher Sprüche gestehen Petzners Gegner ihm über fast alle Partei- und Berufsgrenzen hinweg zu, er sei ein ebenso begnadeter wie skrupelloser Öffentlichkeitsarbeiter, der die »Schmutzkübel-Kampagne« und das »Krisen-Management« beherrsche wie nur wenige andere Spindoktoren in Österreich. Auch während der Unterhaltung in der Hotelbar kann er diese Rolle nicht ablegen, nennt Politiker anderer Parteien ausschließlich »Sitzungsdinosaurier«, »Sesselkleber«, »Parteikassenpolitiker« oder »Kastenbonzen«.

Im Sommer 2010, als Petzner und Gerhard Dörfler schon politische Erzfeinde waren, drückste der Kärntner Landeshauptmann auf Nachfrage von Studenten an der Universität Klagenfurt: »Der Stefan ist ein Ferrari fahrender, nicht ganz unkreativer Medienpolitiker.« Dörfler weiß, wovon er spricht. Seinen Landeshauptmannsessel verdankt er Petzner. Der leitete die erfolgreichen BZÖ-Wahlkämpfe für die Nationalratswahl 2008 und für die Kärntner Landtagswahl 2009.

Ein PR-Talent wie Petzner hätte keine Existenzprobleme, wollte er der Politik den Rücken kehren und sich in der Privatwirtschaft ein Auskommen suchen. Schon jetzt arbeitet er neben seiner Polittätigkeit für das monegassische PR-Kleinunternehmen seines Freundes Richard Wagner, der ihm an der Côte d'Azur einen Ferrari als Dienstfahrzeug zur Verfügung stellt und den er einst bei Haider kennenlernte. Was er genau treibt, will er nicht verraten. Das sei Agenturgeheimnis.

Doch ein manischer Charakter wie Petzner will nicht als kleine Nummer in der PR-Branche enden. Bereut er mittlerweile seine Tränen und emotionalen Worte, die ihn eine Karriere bei der FPÖ gekostet haben? Er gerät für einen Moment ins Stammeln und Stottern, diese Frage sei ein Ausdruck eines sehr kleingeistigen Denkens. Der Schelte folgt ein Lamento: »Ich bereue nichts. Warum ist es ein Thema, wenn jemand öffentlich weint, weil ein wichtiger Mensch gestorben ist? Wer sich über die Trauer anderer lustig macht, ist doch emotional verkrüppelt. Das ist nur ein Beweis, dass unsere Spaßgesellschaft den Umgang mit dem Sterben verlernt hat und verzweifelt versucht, die Angst davor wegzulachen und sich mit lauter Comedy-Sendungen zuzudröhnen.«

Immer mehr Tabak verwandelt sich zu Asche, Petzner ist aufgebracht, fischt eine Zigarette aus einer fremden Packung, eine neue wird geordert und noch ein Campari Orange serviert.

Die Ironie im Falle Petzner ist, dass er sich ausgerechnet den König der Kleingeistigen als Lehrmeister ausgesucht hat, um gegen die Kleingeistigkeit der Gesellschaft zu kämpfen, unter der er leide. Dass einen dieser Kurs irgendwann ins Schleudern bringt, war die letzte Botschaft seines Lebensmenschen – aber Petzner hat sie bis heute nicht verstanden.

Was ihm die Zukunft bringen werde, wisse er nicht, meint Petzner: »Vielleicht schreibe ich irgendwann ein Buch.« Als sein Mobiltelefon während des Gesprächs vibriert und er ein kurzes Telefonat führt, sagt er mit etwas müdem, aber selbstironischem Lächeln: »Schauen Sie, wie wichtig ich noch bin.«

IN DER ZEIT

POLITIK

2 **Japan** Ein Kommunalpolitiker kämpft gegen die Atomkraft

3 **Schocks und Hypes** Wie Politik unter dem Druck der Ereignisse noch funktionieren kann

4 **Nach den Wahlen** Versuch, die politische Landschaft zu vermessen/ Die Selbstzerfleischung der SPD in Schleswig-Holstein

5 **FDP** Was heißt heute liberal?/ Vietnam liebt Philipp Rösler

6 **Karrieren** Keine Angst vorm Aufhören! Gespräch mit dem scheidenden Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer

7 **Politische Lyrik**

Finnland Europaskeptiker könnten die Wahl gewinnen

8 **China** Nach Ai Weiweis Verhaftung: Die Regierung ist verunsichert

9 **Lampedusa** Revolutionsflüchtlinge

10 **Kuba** Wie Raúl Castro versucht, den Sozialismus zu retten

ÖSTERREICH

12 **Politik** Stefan Petzner kämpft um das politische Überleben VON WOLFGANG ZWANDER

Donnerstalk ALFRED DORFER über den neuen Umgangston im Heer

13 **Bildung** Muttersprachlicher Unterricht für Migrantenkinder VON NINA BRNADA

14 **Justiz** Ministerin Bandion-Ordner dürfte vor der Ablöse stehen VON JOACHIM RIEDL

Artgenossen Der neue Roman von Peter Stefan Jungk »Das elektrische Herz« VON JULYA RABINOWITSCH

DOSSIER

15 **Libyen** Mit Rebellen unterwegs ins belagerte Misrata

18 WOCHENSCHAU
Öl Usedom wird Bohrinsel

GESCHICHTE

19 **USA** Die Amerikaner gedenken des Bürgerkriegs

20 **Atompolitik** Ein GAU pro Jahr schadet nicht

WIRTSCHAFT

21 **Indien** Wo immer noch Kinder verhungern

23 **Staatsschulden** Braut sich da eine neue Krise zusammen?

24 **Rating-Agenturen** Wo vermuten sie die nächsten Bomben?

25 **Spanien** Das Krisenland beschwört seine Stärke/Fliehen Fachkräfte jetzt nach Deutschland?

26 **Thomas Middelhoff** Der umstrittene Manager im Gespräch

28 **Energiewende** Meint die Bundesregierung es ernst?/ So geht es in anderen Ländern weiter

30 **Leitzinsen** Die Erhöhung wird für Bankkunden teuer

31 **Ist der Bahnstreik richtig?** Ein Pro und Contra

Dieselsteuer Viel Wind um die Erhöhungspläne

32 **Was bewegt …** US-Staranwalt Kenneth Feinberg?

WISSEN

33 **Katastrophen** Können wir aus ihnen lernen?

34 Die seelischen Folgen

35 Ein Jahr nach »Deepwater Horizon«

36 **Wissenschaft** Ein Leitfaden für mehr Qualität in der Forschung

37 **Grafik** Was haben Politiker und Paviane gemeinsam?

38 **Amoklauf** Wie sich Massaker verhindern lassen

41 KINDERZEIT
Japan Wie das normale Leben dort aussieht

42 **Kinder- und Jugendbuch**

FEUILLETON

43 **Gesellschaft** Multikulturalismus

44 **Kino** Nachruf auf Sidney Lumet

45 **China** Das Bob-Dylan-Konzert in Peking/Der Dissident Yang Licai über die Aufklärungsausstellung

46 **Skandal** Wie ein englisches Klatschblatt Prominente abhörte

47 **Roman** Zsuzsa Bánk »Die hellen Tage«

48 Oksana Sabuschko »Museum der vergessenen Geheimnisse«

49 **Politisches Buch** Sönke Neitzel/ Harald Welzer »Soldaten«

50 **Literatur** Die NS-Verstrickung Gottfried Benns VON DURS GRÜNBEIN

51 **Aktivismus** Neue Formen des politischen Protests im Internet

52 **Kunstmarkt**

53 **Uraufführung** Karlheinz Stockhausens »Sonntag«

56 **Pop** Die Sängerin Alison Krauss

57 **Theater** Neue Stücke

58 GLAUBEN & ZWEIFELN
Ein Appell Macht endlich Frieden! VON HELMUT SCHMIDT

REISEN

59 **Dänemark** Der Staat will die Hippiekolonie Christiania verkaufen

60 **Frisch vom Markt**

61 **Im Frühlingswald** Veilchen, Schachblume und Waldmeister

62 **Magnet**

63 **New York** Little Italy ohne Italiener

CHANCEN

65 **Islamstudien** Bundesministerin Annette Schavan und der Islamwissenschaftler Bülent Uçar im Gespräch

67 **Duale Karrieren** Verheiratete Professoren am selben Institut

68 **Abiserie 2011** Nie war die Konkurrenz um Studienplätze so groß wie in diesem Jahr

70 **Interview** Was sich für Doktoranden durch die Guttenberg-Affäre ändert

71 **Promotion** Graduiertenschulen

88 ZEIT DER LESER

48 Impressum

87 LESERBRIEFE

Die so gekennzeichneten Artikel finden Sie als Audiodatei im »Premiumbereich« von ZEIT ONLINE **unter www.zeit.de/audio**

Fotos: (Ausschnitt) Gianmaria Gava für DIE ZEIT /www.gianmariagava.com (l.); ernstschmiederer.com

Kennt ihre Schüler wie keine andere: Božena Vulinović unterrichtet Serbokroatisch

Türkisch, Kroatisch, Deutsch

Während über die Einführung von Türkisch als Lehramtsstudium heftig diskutiert wird, ist muttersprachlicher Unterricht an vielen Schulen bereits Alltag VON NINA BRNADA

Manche Menschen können in andere hineinsehen. Zum Beispiel Božena Vulinović, eine Volksschullehrerin mit großen Augen und beherzter Stimme. Mit prüfendem und fürsorglichem Blick mustert die 49-Jährige ihre Schülerin Amina. »Du hast wieder schlecht geschlafen«, sagt sie und streicht dem blonden Mädchen über den Kopf. Die Siebenjährige nickt und trottet zurück an ihren Platz. Das Sorgenkind komme in letzter Zeit blass und müde zur Schule, erzählt die Lehrerin. Vor Kurzem habe Aminas Familie Zuwachs bekommen. Das Baby schreie die Nächte durch und raube der Kleinen den Schlaf.

Božena weiß solche Sachen. Sie weiß, wie ihre Schüler wohnen. Sie weiß, wie lange am Abend ihr Fernseher läuft und wem wieder einmal zehn Euro für den Schulausflug fehlen. Die gebürtige Kroatin arbeitet als Lehrerin für muttersprachlichen Unterricht. Für ihre Schüler ist sie Eingeweihte, Schnittstelle und Mittlerin.

Vor zwanzig Jahren kam die großgewachsene Frau mit den braunen Stirnfransen aus der dalmatinischen Kleinstadt Vrgorac nach Wien. Seit neun Jahren unterrichtet die Pädagogin Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien in ihrer Muttersprache. 405 Lehrer wie sie gibt es in Österreich. Sie lehren 22 Sprachen, von Türkisch bis zu Pashto, der Sprache der Paschtunen. Doch weil der Unterricht in der Sprache ein Freifach ist, nehmen nur 15 Prozent der Migrantenschüler daran teil.

Volksschullehrerin Božena lehrt bloß eine Stunde Muttersprache pro Klasse und Woche, das ist weniger als Turnen oder Werken. Dabei ist Muttersprachenunterricht ein wesentlicher Schlüssel zu höherer Bildung, Karriere und damit Integration. Denn nur wer sich in seiner Erstsprache sicher fühlt, kann eine zweite erlernen. Wenn nicht, enden die Schüler oft in dem, was im Jargon der Pädagogik Halbsprachigkeit heißt: Die Muttersprache sprechen sie schlecht, Deutsch ebenso.

Unter Linguisten ist die Rolle der Muttersprache längst unbestritten. Im österreichischen Bildungssystem spielt sie kaum eine Rolle. Über jede Maßnahme wird hitzig debattiert. So etwa auch bei der aktuellen Diskussion um die Einführung eines Türkisch-Lehramtsstudiums an den Universitäten. Dieses wäre Voraussetzung dafür, dass Türkisch als zweite lebende Fremdsprache unterrichtet werden kann und auch als Maturafach in einem Reifezeugnis aufscheinen darf. Was aber die Sprachkompetenz von Migrantenkindern wesentlich verbessern könnte, nennen ÖVP und FPÖ ein »völlig falsches Signal« und fordern Zuwanderer zum Deutschlernen auf.

Der Begriff »Wald« sagt den Kindern ebenso wenig wie das Wort »Fluss«

Boženas Schule liegt im 15. Wiener Gemeindebezirk, dem ärmsten der Stadt. Nahezu jede fünfte Wohnung hat kein eigenes WC und fließendes Wasser. Božena nennt das Viertel die »Wiener Bronx«. Jeder, der irgendwie könne, ziehe von hier weg, sagt sie.

Jene, die bleiben, kommen morgens um acht Uhr zur Schule und liefern ihre Kinder ab. Voll verschleierte Frauen bringen verschlafene Schüler. Väter in Blaumännern hetzen vorbei an den Wänden mit gebastelten Fotocollagen in Richtung Baustelle. 85 Prozent der Schüler der Volksschule Ortnergasse Nummer 4 haben Migrationshintergrund. Zu den Verständigungsproblemen, die Božena Vulinović hier lösen soll, kommt oft noch ein schwieriges soziales Umfeld hinzu.

Gruppenraum, dritter Stock, zweite Schulstunde. *»Dobar dan!«* – Guten Tag – rufen die Kinder im Chor, als Božena vor die Klasse tritt. Sie ist beliebt bei ihren Schülern. Božena wirkt wie jemand, dem man sich gerne anvertraut. Ständig kommen Kinder zu ihr, umarmen sie, scherzen. Božena ist hier die gute Seele, die sich nicht schont, die Pausen regelmäßig sausen lässt und die ihr rotweißes Kaffeehäferl immer bei sich trägt.

Zu Beginn der Stunde zeichnet sie eine Birne an die Tafel und fragt, was die Silhouette an der Tafel darstelle. Ratlosigkeit macht sich breit. Weder auf Serbokroatisch noch auf Deutsch kennen die Kinder den Namen der Frucht. Das dicke Mädchen in der ersten Reihe schneidet Grimassen; ihr Sitznachbar stöhnt, als wäre die Birne eine mathematische Gleichung. Schließlich schießt eine Hand in die Höhe. *Kruška,* Birne, weiß der kleine Bojan und zählt gleich weitere Obstsorten auf, Zwetschke, Kirsche, Weintraube. »Erfrischend« sei die Anwesenheit des Buben, sagt Božena. Nicht weil er älter oder intelligenter als die anderen sei, sondern weil er seine Muttersprache beherrsche. »Seine Eltern sind erst kürzlich aus Serbien nach Wien gezogen«, erzählt Božena. »Es ist sein erster Schultag in Österreich.«

Kinder wie Bojan »haben meist eine solide Grundlage, um schnell und gut Deutsch zu lernen«, sagt Rudolf de Cillia, Sprachwissenschaftler an der Universität Wien. Bojans Schulfreunde hingegen kennen Begriffe nicht, die Gleichaltrige schon im Kindergarten lernen. Als Božena einen Hut an die Tafel zeichnet, wissen die Schüler das dazugehörige Wort nicht. Der Begriff »Wald« sagt ihnen ebenso wenig wie das Wort »Fluss«. »Auch zu Hause spricht niemand mit diesen Kindern«, sagt Božena frustriert. »Es bräuchte viel mehr als meine Stunde, um all dies aufzuholen.«

Das alles sind weit mehr als nur Defizite, die lediglich über Schulnoten entscheiden. Die Kinder bleiben womöglich ein Leben lang dazu verdammt, sich nicht klar mitteilen zu können. Kaum jemand von ihnen wird den Aufstieg ins Gymnasium schaffen oder eine Lehre abschließen. Auch sich als mündige Bürger eine Meinung zu bilden wird ihnen schwerfallen. Selbst einfache Sachverhalte zu erfassen ist für sie nicht leicht.

Zum Beispiel in Mathematik. Vierte Klasse, zweiter Stock, dritte Stunde. Der Klassenlehrer Andreas Bauer ist ein Rockertyp, lässig und unkompliziert. Von seinen 25 Schülern besitzt nur einer die Muttersprache Deutsch. Die Schüler sollen aus dem Gesamtpreis für acht Tische den Preis pro Tisch ausrechnen. Božena sitzt in einer Reihe und versucht vergebens, einem Mädchen die Aufgabe zu erklären. Langsam greifen die Schüler nach ihren Stiften und beginnen zu überlegen. Einige schaffen die Division. Doch wenn sie gefragt werden, was sie ausgerechnet haben, zucken sie mit den Schultern. Wofür sie das richtige Ergebnis gebrauchen könnten, scheint ihnen völlig rätselhaft.

Nach der Mathematikstunde trinkt Božena Kaffee mit ihrem Kollegen Richard Klemenschitz. Vor einigen Jahren habe es in der Schule ein sehr sinnvolles Projekt gegeben, erzählen die beiden engagierten Lehrer. Es war eine Art trilingualer Schuleinstieg für eine komplette Klasse: Die Kinder wurden nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Türkisch und Serbokroatisch eingeschult. Die Aktion ging weiter als Boženas Muttersprachenunterricht. In den Stunden wurden beispielsweise Märchen parallel in mehreren Sprachen gelesen, bis sie auch der letzte Schüler verstanden hatte. Die Folge? »Die Schüler wurden nicht nur im Lernen besser. Sie waren auch selbstbewusster, trauten sich mehr zu, und das Leistungsniveau der ganzen Klasse stieg.«

Doch das Erfolgsprojekt wurde abgebrochen. Die Ressourcen hätten nicht gereicht. Božena verbrachte mehr und mehr Zeit in der Projektklasse, was auf Kosten anderer Schüler ging. Das Projekt schaffte Ungleichheiten, weil nur eine Klasse davon profitierte. Mehr muttersprachliche Lehrer für die Problemschule stellte der Stadtschulrat nicht zur Verfügung. »Es war eine Enttäuschung«, sagt Richard Klemenschitz: »Bei solchen Erfahrungen fühle ich mich von Politikern und Behörden im Stich gelassen.«

In der Politik spielt Unterricht in der Muttersprache keine Rolle

Obwohl derartige Arbeitskräfte hoch begehrt sein sollten, obwohl ihr Einsatz für fremdsprachige Kinder so viel Positives bewirken könnte, musste Božena Vulinović acht Jahre lang auf ihren Vertrag als Lehrerin für muttersprachlichen Unterricht warten – genauso lange wie ihr türkischsprachiger Kollege. Seit ihrem Antritt als Lehrerin vor neun Jahren stellt sie außerdem jedes Jahr erneut einen Antrag auf Verlängerung ihres Dienstverhältnisses. »Und jedes Mal muss ich zittern«, sagt sie und lacht. Dabei ist sie die einzige Lehrerin für Bosnisch, Serbisch und Kroatisch an ihrer Schule, und ein Viertel aller Schüler befindet sich in ihrer Obhut.

Die österreichische Politik hat die Notwendigkeit des muttersprachlichen Unterrichts nicht erkannt. Als Lippenbekenntnis und Willenserklärung existiert er zwar, etwa in Lehrplänen oder in einem schwammigen Satz im Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP. Doch der Schulalltag ist von massiven Mängeln geprägt. Und im politischen Alltag wäre es viel zu unpopulär, mehr Förderung für die Sprachen der Migrantenkinder einzufordern. Da fällt es leichter, auf »verpflichtenden Deutschunterricht« zu pochen, den ohnehin niemand infrage stellt.

»Die großen Parteien treten dem rechten Diskurs, der eine Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts fordert, nicht entschieden entgegen«, sagt Rudolf de Cillia. Schulstunden auf Türkisch oder Serbokroatisch, das weckt allzu schnell Ängste vor einer Parallelgesellschaft, die von der Mehrheit unkontrolliert ihr Süppchen kocht.

Als muttersprachlicher Unterricht im Jahr 1972 erstmals in Vorarlberg angeboten wurde, hatte er noch einen ganz klar definierten Zweck: den damaligen Gastarbeiterkindern die Rückkehr ins Herkunftsland zu erleichtern. Heute soll ihnen genau dieser Unterricht dabei helfen, endlich in Österreich anzukommen.

DRINNEN

Wiederaufbau

Ein Kosovare in Wien:
Kushtrim Hajdari, 27, Architekt

Ich wuchs in Dritan auf, einem Dorf, 30 Kilometer von Pristina entfernt. Meine Jugend verbrachte ich im Krieg. Unsere Häuser waren von serbischen Soldaten und Polizisten okkupiert. Wir Albaner mussten flüchten und lebten im Wald. Mehr als ein Jahr hauste ich mit meiner Familie in einem Zelt. Als der Krieg vorbei war, lagen alle Häuser von Dritan in Schutt und Asche. Die Ställe waren kaputt. Die Nebengebäude. Die Straßen. Die Schulen. Alles.

Damals beschloss ich, Architekt zu werden. Jede Familie entsandte eine Person zum Geldverdienen

Kushtrim Hajdari verbrachte seine Jugend im Krieg. Als Architekt will er seine Heimat aufbauen

ins Ausland. In unserem Fall war es ein Onkel, der in Salzburg Arbeit als Elektriker fand. Er schickte Geld und Baupläne, die er auf einer Ausstellung besorgt hatte. Damit bauten wir ein zweigeschossiges Haus für unsere Familie – eine faszinierende Erfahrung für mich. Die Mauern sind bis heute ohne Verputz, weil das Geld dafür nicht reicht.

Mein Architekturstudium in Pristina schloss ich mit einem Bachelor ab. Weil ich mit diesem Diplom aber nur als technischer Zeichner arbeiten kann, musste ich für weitere Studien ins Ausland. Mittlerweile habe ich mein Masterstudium an der Technischen Universität in Wien abgeschlossen und warte auf die Zulassung zum Doktorat. Wenn ich den Titel in der Tasche habe, gehe ich zurück in meine Heimat.

Im Kosovo sind vierzig Prozent der Menschen unter 25 Jahre. Dort muss alles neu gemacht werden – ein neuer Staatsapparat, neue Institutionen und neue Häuser. Im ganzen Land gibt es nur drei oder vier promovierte Architekten. Da muss ich mir um meine Zukunft wohl keine Sorgen machen.

Neben der Familie ist Architektur für mich das Größte. Wie jede Kunst durchdringt sie das ganze Leben. Ich lese, was Architekten über ihre Werke schreiben. Zaha Hadid und Daniel Libeskind beeinflussen mich stark. Sehr beeindruckt bin ich auch von Coop Himmelblau, deren Entwurf gerade den Wettbewerb für den Neubau des albanischen Parlaments in Tirana gewonnen hat. Ich bin überzeugt, dass dort das beste Parlamentsgebäude Europas im Entstehen ist. Der Sitzungssaal ist transparent, sodass man von außen sehen kann, was die Politik drinnen macht.

Aufgezeichnet von ERNST SCHMIEDERER

ZEITGEIST

D als Barockgarten

JOSEF JOFFE: Die Linkswende der FDP schafft ein einig deutsches Vaterland

Der Ab-nach-links-Schwenk der FDP hinterlässt endlich eine geordnete Landschaft, auf welche die Deutschen so stolz sein können wie die Franzosen auf ihre Barockgärten, die im 18. Jahrhundert zum kontinentaleuropäischen Modell wurden. Da wuchert nichts, da bekriegt keine Pflanze die andere; das geometrische Gleichmaß ist starr und statisch.

Wie nunmehr die politische Landschaft in Deutschland, nachdem die FDP ihr letztes liberales Saatgut verbrannt hat. Die Steuerlast bleibt, die Atomkraft geht, die Freiheitsrechte treten auf der Stelle. In der Außenpolitik zeigen sich Reflexe, die vor gar nicht so langer Zeit bei Rot und Grün überwogen: national, neutralistisch, nicht-mit-uns. Rechts von der Union, die seit Merkel in der linken Hälfte arrondiert, wächst im Brachland nur noch NPD- und REP-Unkraut.

Jetzt sind alle Parteien irgendwie links – nicht umstürzlerisch und vorwärtsstürmend wie anno dazumal, sondern bremsend und bewahrend, also konservativ mit schwarz-rot-grün-gelber Färbung. »Keine Experimente« – Adenauers Parole, die ihm 1957 die absolute Mehrheit verschaffte – passt heute zu allen fünfen. Sie müsste nur leicht abgewandelt werden in »keine Risiken«. Oder, um mit Karl Marx zu sprechen: Der Streit über die Ziele wird ersetzt durch die Verwaltung der Mittel.

Oder mit Hegel, der das »Ende der Geschichte« heraufziehen sah (obwohl er es so nicht gesagt hat). Alle Widersprüche der Gesellschaft würden sich in der großen »Synthese« aufheben. Diesen wohlgeordneten Garten haben die Deutschen nun beschritten. Denn die FDP – der letzte »Widerspruch« – hat ihre ideologischen Wurzeln gekappt, um sich auf der anderen Seite einzupflanzen – dort wo CDU/CSU, SPD, Grüne und ganz Rote schon um Wasser und Sonne konkurrieren.

Das konfliktscheue Herz muss sich an dieser Familienzusammenführung laben. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich Kommunisten und Christdemokraten wie im ersten Bundestag erbitterte Redeschlachten lieferten. Oder die SPD und die Union bis in die Siebziger (über Wiederbewaffnung, Westbindung und Ostpolitik). Oder die Grünen mit allen anderen, als die Partei noch jung war. Nun sind sie sich endlich alle einig, inklusive der Liberalen, die sich in ihrer Geschichte ohnehin nie entscheiden konnte, ob sie ins nationale, freiheitliche oder Privilegierten-Lager gehörten.

Sie wollen alle den mächtigen Staat, der mit hohen Steuern einhergeht, Ergebnis- eher denn Chancengleichheit, eingehegtes Wachstum wie im Schlosspark zu Versailles, billige und zuverlässig fließende Energie ohne Ruß und Risiko, einen harten Euro mit minimalem deutschen Deckungsbeitrag, eine Außenpolitik, die fremde Händel ebenso fernhält wie deren flüchtende Opfer – kurzum: Berechenbarkeit und Beschaulichkeit.

Foto: Mathias Bothor/photoselection

Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

Unser Dank gilt der FDP, dem letzten kleinen Maulhelden, der uns reumütig die perfekte Gartenordnung geschenkt hat. Was sprießt, muss passen; was unbändig wuchert, wird auf Normalmaß zurückgeschnitten; was ganz neu erblüht, kommt erst in die Quarantäne, weil es genmanipuliert sein könnte. Zum letzten Glück fehlt nur eine Kleinigkeit: dass der Rest der Welt das deutsche Modell so eifrig kopiert wie einst das französische.

Befreiungsschlag

Die Justizministerin trat zur Entlastungsoffensive an und gerät nur noch stärker unter Druck VON JOACHIM RIEDL

Unter Ministerin Bandion-Ortner hat die Justiz viel Vertrauen in der Öffentlichkeit verspielt

Foto [M]: Nicolas Bouvy/picture-alliance/dpa

Mit einem Mal ging alles ganz schnell. In der Nacht von Montag auf Dienstag verhafteten Polizisten der Antiterroreinheit Cobra den rechtsradikalen Leithammel Gottfried Küssel, der im Verdacht steht, für eine Neonazi-Plattform im Internet verantwortlich zu sein, nach deren Hintermännern seit zwei Jahren vergeblich geforscht wurde. Rein zufällig wurden die Beamten bei ihrem überraschenden Einsatz bereits von einem Fotografen der *Kronen-Zeitung* erwartet.

Am nächsten Morgen schlugen die Ermittler erneut zu. In zwei Korruptionsfällen, die breit in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, waren Hausdurchsuchungen angesetzt. Plötzlich kam Tempo in Verfahren, die sich zum Teil seit Jahren dahinschleppen und längst als Justizgrotesken abgestempelt worden sind.

Vorangegangen war den hektischen Aktivitäten, abermals rein zufällig, die Ankündigung der vermutlich bestens über die bevorstehenden Aktionen informierten Justizministerin, sie werde nun mehr Druck auf die Ermittlungsbehörden ausüben. Künftig müsse die Staatsanwaltschaft in sensiblen Fällen, an deren Klärung in der Öffentlichkeit besonderes Interesse herrsche, einmal wöchentlich schriftlich über den Fortgang der Arbeit Bericht erstatten. Was von Ministerin Claudia Bandion-Ortner als Befreiungsschlag gedacht war, um sowohl ihren angeknacksten Ruf als auch das ramponierte Image des gesamten Justizapparates aufzupolieren, stellte sich rasch als Eigentor heraus. Empört reagierten Staatsanwälte und Richter auf Schelte und Bevormundung. Gerhard Jarosch, der Präsident der Staatsanwälte-Vereinigung, ließ sogar durchblicken, die Ressortchefin habe keinen blassen Schimmer von der Materie.

Tatsächlich bedarf es weit mehr als eines nassforschen Auftritts der Ministerin, um den festgefahrenen Karren wieder flottzumachen. Das Chaos im Justizsystem zieht immer weitere Kreise, die Ministerin selbst gilt seit geraumer Zeit als ablösungsreif. Sie habe ihr Haus schlicht nicht im Griff, behaupten die Kritiker.

Den letzten Beweis juristischer Inkompetenz lieferte die Ministerin bei der Einstellung aller Verfahren in der Eurofighter-Affäre. Jahrelang war ergebnislos nach vermuteten Schmiergeldzahlungen im Rahmen des größten Beschaffungsauftrages der Republik ermittelt worden. Überraschend schloss die Staatsanwaltschaft vergangene Woche den Akt, weil sich angeblich kein Verdachtsmoment habe finden lassen. Vor allem der Verbleib des horrenden Honorars von über sechs Millionen Euro, mit denen das Eurofighter-Konsortium EADS die Dienste der PR-Agentur der Eheleute Rumpold, eines Unternehmens im freiheitlichen Umfeld, entgolten haben will, blieb rätselhaft. Weder wurden Konten geöffnet noch Zahlungsflüsse rekonstruiert. Die Justiz verweigerte jede Begründung – Amtsverschwiegenheit.

Nach empörten Reaktionen, hier habe eine staatliche Vertuschungsaktion stattgefunden, eierte die Ministerin tagelang herum und behauptete schließlich, der Rechtsschutzbeauftragte ihres Hauses werde die umstrittene Entscheidung noch einmal überprüfen und gegebenenfalls eine Fortführung der Ermittlungen anordnen. Von mit der Materie vertrauten Juristen musste sich Bandion-Ortner daraufhin vorhalten lassen, wegen des ministeriellen Weisungsrechtes hätte die Staatsanwaltschaft das Verfahren gar nicht einstellen können, ohne dass die Ressortchefin dem Antrag zugestimmt habe. In diesem Fall habe der Rechtsschutzbeauftragte aber gar keine Möglichkeit, einzugreifen.

In einer ganzen Reihe von Wirtschaftskrimis, die eng mit dem politischen System der Wenderegierung von Wolfgang Schüssel verzahnt sind, scheint das Justizressort seit Jahren eine schützende Hand über die Verdächtigen zu halten – weniger, um einige Geschäftemacher, vor allem jene aus dem Dunstkreis des ehemaligen Finanzministers Karl-Heinz Grasser, vor Strafverfolgung zu bewahren, sondern vor allem, um zu verhindern, dass das Vermächtnis der sieben Regierungsjahre der konservativen Lichtgestalt Schüssel hässliche Schrammen erhält.

Zumindest an diesem politischen Kampfauftrag, selbst wenn er nie ausgesprochen sein sollte, ist die Quereinsteigerin Bandion-Ortner gescheitert. Zu plump waren die Versäumnisse ihres Ressorts. Zunehmend wurde sie zu einer Belastung für das Regierungsteam der Volkspartei. Da die ÖVP derzeit führungslos dahinschlingert, hoffte die Ministerin, die Gunst der Stunde nutzen und sich noch rechtzeitig, bevor Parteichef Josef Pröll aus der Rekonvaleszenz zurückkehrt, günstig in Szene setzen zu können. Als entschlossene Fachkraft, die ihr übertragene Aufgaben vorantreibt.

Stattdessen rebelliert nun der Justizapparat. Mit Rückkehr von Josef Pröll steht eine Regierungsumbildung im Raum. Die Gnadenfrist der Justizministerin endet nach Ostern.

Herzen schweigen nicht

In seinem neuen Roman erzählt Peter Stephan Jungk von einem chirurgischen Eingriff, der das Leben verändert VON JULYA RABINOWICH

Ein Buch, das einem ans Herz geht: Zwölf Stunden nachdem ich es aufgeschlagen und mir intensiv zu Gemüte geführt hatte, war ich gezwungen, die Notfallambulanz des Wiener Allgemeinen Krankenhauses aufzusuchen, ein Schicksal, das andere Leser jedoch kaum zu fürchten brauchen. Müßig zu vermerken, dass dies ungefähr um ein Uhr nachts geschah, zu jener Zeit, zu der man ganz besonders gerne ein Spital betritt, vor allem, nachdem man bereits in die Decke gekuschelt, die Nase im Buch versenkt, sich genüsslich in die Lektüre fallen gelassen hat. Müßig zu erwähnen, dass mich mit dem neuen Werk von Peter Stephan Jungk, ja mit Peter Stephan Jungk auch ohne das neue Werk, eine erschreckende Geschichte der Organgeschwisterlichkeit verbindet – ein Parallelpuls.

Man könnte sogar sagen, was Herrn Villanders, den Helden von Jungks Roman *Das elektrische Herz,* mit seinem weit blickenden, ganzheitlichen Herzen verbindet, verbindet auch mich mit meinem eigenen Herzen und obendrein noch mit jenem von Peter Stephan Jungk. Wir sind ein Matrjoschkaherz und eine Räuberseele, literarisch und biografisch betrachtet, denn unser beider Herzen wurden im selben Spital, wenn auch nicht zur selben Zeit geöffnet, und unserer beider Werke beschäftigen sich mit dem Nachhall dieser Erfahrung, mit dem Gleichschritt unserer stolpernden Herzen, mit dem Schwingen unserer von Wurzelverlust und Nähesuche bestimmten Lebensführung, mit dem Bedürfnis, die Herzen zu Wort kommen zu lassen. Diese Herzen, die einen doch so oft narren und schrecken und auch in die Irre führen können, wenn man bewusst oder auch unwillkürlich nicht auf sie hört, haben eine subtile Art, sich Gehör zu verschaffen. Denn Herzen schweigen nicht, und die Dialoge, die *Das elektrische Herz* prägen, gehören zu den stärksten und überzeugendsten Abschnitten des Buches.

Die Erzählung beginnt mit einem Widerstreit zwischen dem Mann und dem Muskel, der ihn belebt. Im wahrsten Sinne des Wortes hat das Herz die schlagkräftigeren Argumente. Mit Intuition und vorausblickender Erkenntnis führt es seinen widerstrebenden Herrn zum eigentlichen Ziel seiner Wünsche: mit ihm in Einklang zu sein und authentisch emotional handeln zu können, ohne von Ausflüchten, Verdrängung und oberflächlicher Gier abgelenkt zu werden. Diese Ersatzhandlungen fallen doch viel leichter, als es wäre, wenn man sich dem Begehren stellte, der Liebe und der Angst vor der Endlichkeit, der nur durch Leidenschaft zu begegnen ist. Echter Leidenschaft und Verbundenheit und keinem wässrigen Machtspielderivat der Begehrlichkeiten.

Das Herz hat es nicht leicht mit dem uneinsichtigen Dramatiker Villanders, aber auch Herr Villanders hat es nicht leicht, weder mit sich noch mit seinem Herzen, das ihn seiner Meinung nach um ein bequemes und angenehmes Leben bringt mit seinen ständigen Ausfällen, mit Heimtücke und Machtanspruch, die ihm in Kindheit, Adoleszenz und spätere Karriere, ja in jede Beziehung pfuschen. Sogar noch in die Drogenräusche der Beatnikzeit (unvergesslich die herrliche Szene mit den ersten Dealversuchen, die in von Aluminiumrändern zerschnittenen Fingern auf einem von Coladosen übersäten Bahndamm endet).

Nicht umsonst beschließt er, nach der ersten Herzoperation, die er nur knapp überlebt, seinen Namen zu wechseln und ein anderer, ein neuer zu werden. Sein Herz hingegen zieht es vor, an der Quelle seines Selbst zu verbleiben. Immer authentisch, wenn auch nicht gerade taktvoll unterbricht es, korrigiert, erinnert an Unliebsames, weist zurecht – um im Endeffekt doch nur die Einheit mit seinem Besitzer anzustreben, wenn auch mit sehr drastischen Mitteln, ein Unterfangen, das Herr Villanders in vielen Beziehungen seinem Gegenüber nicht näherbringt. Wie denn auch, wenn er es mit sich selber nicht bewerkstelligen kann.

Das rastlose Damenhopping mündet schließlich in einen katastrophalen Abend, der ihn beinahe seine langjährige und leidgeprüfte Ehe kostet. Seine Verflossenen bereiten ihm einen Empfang der unliebsamen Art, wie, soll hier nicht verraten werden.

Unterbrochen wird dieser Dialog von der keimenden Liebesgeschichte mit Farah, der Postbotin, die nicht nur Briefe austrägt, sondern als eine Art umgekehrte Scheherazade dem Autor einen wichtigen Erzählstrang vorgibt, dem er Folge leisten muss. Unterbrochen wird der Dialog auch von präzisen, durchaus brutalen Schilderungen verschiedener Eingriffe am Herzen. Sie waren es, die nach dem Bericht einer Brustöffnung samt Herzstillstand sofort eine siamesische Herzzwillingreaktion bei meinem eigenen, auch schon einmal stillgestandenen Herzen auslösten und mich aus der Distanz der Leserin in die unmittelbare Selbsterfahrung der Mitleidenden geschleudert hatten.

Nicht umsonst haben wir beide das Herz zum Mittelpunkt unserer jüngsten Bücher gewählt. Nicht umsonst verbindet uns die gleiche Angst und die gleiche Innensicht, immer auf den Puls, immer auf die allzeit spürbaren Kontraktionen unserer Herzen gerichtet, die uns beide immer tiefer in unsere Herzgeschichten geführt hatten: Peter ins *Elektrische Herz,* zwischen dessen vier Kammern das Leben, von elektrischen Impulsen gelenkt, zu Hause ist, und mich in das vom Amorspfeil des Katheters durchdrungene Herz der namenlosen Protagonistin in meiner *Herznovelle,* das ihr fehlender Mittelpunkt werden sollte und das doch nur ein Mängelexemplar in den Händen des begehrten Chirurgen bleibt, welches sie ihm gratis zur Ansicht hinterlassen möchte. Sie selbst könne mit ihrem Zentrum ja nichts anfangen, lässt sie ihn wissen. Und auch das verbindet die Protagonisten beider Romane: diese emotionale Bedürftigkeit und die gleichzeitige Unfähigkeit, sich einer Begegnung zu stellen, sei es, weil die Nähe abgewehrt wird, wie bei Jungks Villanders, sei es, dass eine unmögliche Nähe angestrebt wird, wie in meiner *Herznovelle.*

Anschließend trennen sich die Erzählstränge wieder. Während der Dramatiker eine neue Liebe riskiert, kehrt meine Herzversehrte in ihr farbloses Hausfrauenleben zurück, statt die Kraft ihrer Genesung für eine Kurskorrektur zu nutzen. Das Pochen ihres Herzens bleibt so unerhört wie ihr Begehren.

Peter Stephan Jungk: »Das elektrische Herz« Zsolnay Verlag, Wien 2011; 192 S., 19,40 €

In der nächsten Ausgabe der ZEIT antwortet Peter Stephan Jungk der Autorin mit einer Besprechung ihrer »Herznovelle«

DIE ZEIT

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR

PREIS SCHWEIZ 7.30 CHF

14. April 2011 DIE ZEIT Nº 16

Je komplexer der Alltag, desto mehr Einfluss für die Anwälte. Sie lenken im Hintergrund die Staaten, Firmen und Aktienkurse. Keine Berufsgruppe hat mehr Macht über unser Leben als die Juristen

POLITIK SEITEN 12-14

Titelillustration: Arifé Aksoy für DIE ZEIT / www.arifeaksoy.ch

Im Würgegriff der Rechtsanwälte

Macht endlich Frieden!

Ein Appell an die religiösen und politischen Führer der Welt von Helmut Schmidt

Glauben & Zweifeln S. 58

Unterricht in Demut

Fukushima, Tschernobyl, BP – können Menschen aus Katastrophen lernen?

Wissen Seite 33–35

Kiffen in Bestlage

Nach 40 Jahren will der dänische Staat die Hippie-Kolonie Christiania verkaufen

Reisen Seite 59

Im nassen Grab

Viele Mittelmeerflüchtlinge bedrohen Krieg und der Tod. Wer sie aufnimmt, gibt nicht nur ihnen eine Chance VON HEINRICH WEFING

Über 600 Menschen sind seit Januar bei dem Versuch ertrunken, aus Nordafrika nach Europa zu gelangen. Seit 1988 haben nach Angaben der Organisation Fortress Europe mindestens 10 000 Flüchtlinge den Tod gefunden. Das sind Opferzahlen wie in einem mittleren Krieg. Immer mal wieder ziehen Fischer aus ihren Netzen die Leichen der Ertrunkenen. Manche tragen noch Nike-Turnschuhe. Das Mittelmeer ist ein nasses Grab.

Man muss an diese Bilanz erinnern, wenn wir über Migration nach Europa streiten. Denn wir neigen dazu, über technische Details zu diskutieren, über Flüchtlingsquoten, Grenzzäune, Rückführungsverträge. Das alles ist wichtig. Aber zuerst geht es, so gefühlig das klingen mag, um Menschen. Um Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um vor Krieg und Not zu fliehen. Oder weil sie arbeiten, ihr Glück machen wollen im sagenhaft reichen Europa. Und die uns damit zwingen, uns die unangenehme Frage zu stellen, mit welchem Recht wir eigentlich einem tunesischen Vater verbieten wollen, das Beste für seine Kinder zu erstreben – und sei es in Europa? Wer wollen wir sein?

Man muss auch an die Zahl der Ertrunkenen erinnern, wie wir es auf Seite 9 tun, um die obszöne Wendung von Silvio Berlusconi einzuordnen, auf Europa rolle ein »menschlicher Tsunami« zu. Es ist eine ziemlich widerliche Verdrehung von Bedrohung und Risiko. Nicht den Küsten und deren Bewohnern droht existenzielle Gefahr, sondern den Menschen auf hoher See.

Nein, es brandet keine »Flutwelle« von Migranten gegen Europas Strände. Die arabische Revolution hat uns noch nicht erreicht. Im Gegenteil, angesichts der ungeheuren Umwälzungen in der arabischen Welt sind es eher wenige Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben. Zum Vergleich: Das kleine Tunesien – Einwohnerzahl zehn Millionen – hat fast 400 000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Libyen aufgenommen – und seine Grenzen dennoch nicht dichtgemacht. Da soll das 500 Millionen Menschen zählende, mächtige Europa nicht mit 20 000 Flüchtlingen auf Lampedusa fertig werden?

Ja, das mächtige Europa als Ganzes. Denn die Migration auf diesen Kontinent geht alle Mitgliedsstaaten der EU etwas an. Schon richtig, es gibt eine Arbeitsteilung. Das Land, in dem die Flüchtlinge ankommen, ist für sie zuständig, prüft ihre Asylanträge und sorgt für ihre Rückkehr in die Heimat, notfalls zwangsweise. Und wenn ein Staat damit überfordert ist, wie Malta aktuell und wie im Grunde auch Griechenland, dann springt ihm die Gemeinschaft bei.

Das ist die europäische Solidarität, auf die sich Silvio Berlusconi gerade beruft. Nur ist der italienische Ministerpräsident der Letzte, der sich darauf berufen darf. Wer seine Partner auszutricksen versucht wie Berlusconi, der hat keine Solidarität verdient. Und nichts anderes als eine Trickserei zulasten Dritter wäre es, den Flüchtlingen auf Lampedusa Touristenvisa auszustellen, damit sie möglichst rasch aus Italien verschwinden – nach Frankreich oder Österreich.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat recht, wenn er dagegenhält. Aber auch er hat, auf ganz andere Weise als Berlusconi, den Gedanken der europäischen Solidarität missverstanden, wenn er in der Manier eines CSU-Generalsekretärs mehr Grenzkontrollen fordert; soll Italien doch sehen, wie es mit den Flüchtlingen fertig wird. Das ist ein Irrtum. Was auf Lampedusa geschieht, ist ein europäisches Problem.

Kurzfristig, weil die Zahl der Flüchtlinge durchaus noch so sehr steigen könnte, dass eine Lastenteilung zwischen allen EU-Mitgliedern notwendig wird. Mittelfristig, weil diejenigen, die heute als Migranten kommen, bereits in wenigen Jahren umworbene Arbeitskräfte sein könnten, die dem altersschrumpfenden Europa seinen Wohlstand sichern. Vor allem aber stellt der Umgang mit den Flüchtlingen Europa vor die Frage, ob die arabischen Revolutionen auch unser Denken in Bewegung setzen. Ob wir auf das enorme Neue mit den eingespielten Reflexen reagieren wollen. Oder ob wir der Freiheit, die sich von Syrien bis Tunesien Bahn zu brechen beginnt, ein Angebot machen. Europa braucht eine bessere Zuwanderungspolitik. Oder überhaupt eine Zuwanderungspolitik.

Ja, mit der Angst vor massenhafter Migration machen Rechtspopulisten überall in Europa Stimmung, mit Erfolg. Die Furcht vor einer »Überfremdung«, einer muslimisch geprägten zumal, sitzt tief. Aber gerade deshalb darf man das Thema nicht den Rechten überlassen. Europa muss seine Interessen definieren, und es muss diese Interessen den Europäern erklären. Das dürfte alles andere als aussichtslos sein. Nach dem neuen Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Integration und Migration ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Förderung qualifizierter Zuwanderung.

Das ist, neben langfristigen Investitionen in die Herkunftsländer, der beste Weg, für Europa – und für die Migranten: geregelte Zuwanderung von Fachkräften, Stipendien für Studenten und befristete Quoten für einfache Arbeiter, für die also, die jetzt illegal kommen – und von der europäischen Wirtschaft gern beschäftigt werden. Dann wird das Mittelmeer, was es historisch immer war: ein Handelsplatz. Kein Friedhof.

www.zeit.de/audio

Die nächste Ausgabe

der ZEIT erscheint wegen der Osterfeiertage schon am

MITTWOCH, DEM 20. APRIL 2011

Pokern in Peking

Chinas Führung stellt deutsche Kulturmacher bloß. Noch bleibt ihnen Zeit, endlich Mut zu zeigen VON MORITZ MÜLLER-WIRTH

Wer am Platz des Himmlischen Friedens in Peking zur Wiedereröffnung des chinesischen Nationalmuseums eine Ausstellung mit dem Titel *Die Kunst der Aufklärung* plant, der weiß, dass er pokert – verdammt hoch pokert. Ist eine größere Spannung vorstellbar als jene zwischen dem durch brutale Unterdrückung kontaminierten Ort und den hehren Idealen einer Fesseln sprengenden Epoche? Dass sie pokern würden, wussten die drei Ausstellungsmacher der staatlichen Museen zu Dresden, München und Berlin ebenso wie die Kultur- und Außenpolitiker aus Deutschland. Gut zwei Wochen nach der Eröffnung scheint klar zu sein: Sie haben sich verzockt.

Hätte man sich ein maximales Desaster ausdenken wollen zu Ausstellungsbeginn, es hätte genau so ausgesehen: Zunächst wird Tilman Spengler, einem Mitglied der Delegation des deutschen Außenministers, ohne Begründung die Einreise zur Eröffnungsfeier verweigert. Spengler hatte zuvor eine Laudatio auf den der chinesischen Staatsmacht verhassten Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo gehalten. Dann wird ein deutscher Journalist, als er kritische Nachfragen zum Fall Spengler stellt, auf einer Podiumsdiskussion von Vertretern der deutschen Wirtschaft lautstark ausgebuht. Als perfide Pointe lassen sodann die chinesischen Gastgeber – der Händedruck zum Abschied der deutschen Gäste war kaum gelöst – mit Ai Weiwei den prominentesten regimekritischen Künstler spurlos verschwinden.

Als schließlich die Ausstellungsmacher aufgrund ihrer zunächst kaum wahrnehmbaren Reaktion in der Heimat zunehmend in die Kritik geraten, verfassen sie – eine Woche nach den Ereignissen! – eine gemeinsame Erklärung, in der sie das Geschehene wortreich verurteilen. Zu allem Unglück hatte sich zuvor auch ein eigentlich kluger Kopf wie der Dresdner Museumsdirektor Martin Roth zu grob missverständlichen Äußerungen hinreißen lassen. Zuletzt dokumentiert der Großarchitekt Meinhard von Gerkan, dessen Büro den Pekinger Museumsneubau verantwortet, im Gespräch mit dem *Spiegel* im Stile eines Großinvestors, wie viel Respekt er vor seinen Auftraggebern hat – und wie wenig vor den von ihnen drangsalierten Künstlern. Jeder, der ein solches Szenario vorher fantasiert hätte, wäre für verrückt erklärt worden. Nun ist es Realität geworden. Eine größere Brüskierung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik ist kaum vorstellbar.

Folgenlos darf dieses Verhalten der Chinesen nicht bleiben. In der sich nun beschleunigenden Empörungsspirale steht jetzt sogar der Abbruch der Ausstellung im Raum. Kann man ernsthaft fordern, die Ausstellung und damit den Kulturaustausch mit China auf unabsehbare Zeit abzubrechen? Kann man, sollte man aber nicht!

Zu viel steht auf dem Spiel – und zwar für jene, in deren Namen man dies vermutlich täte – für die um jeden Millimeter Aufklärung kämpfenden Chinesen. Sie strömen in die Ausstellung und in »Salons«, veranstaltet von der Mercator-Stiftung. Bei diesen Zusammenkünften, beteuert ihr Geschäftsführer Bernhard Lorentz, lasse man sich von niemandem Themen oder Gäste vorschreiben. Man sollte ihn beim Wort nehmen: So werden die Salons als »offene Diskursräume« nun zum Ernsthaftigkeitstest für die deutschen Kulturmacher und die Kulturpolitik.

Durch die Vorgänge ist die auswärtige Kulturpolitik ins Zwielicht geraten

Es ist eine über die Jahrzehnte praktizierte Tradition dieser Politik, gemäß dem großen Wort von Willy Brandt, den »Wandel durch Annäherung« zu befördern, also: zu pokern. Ein großer Vorzug der Kulturexporte im Ringen zwischen Wandel und Annäherung, zwischen Subversion und Repression war stets ihre vergleichsweise große Unabhängigkeit. Das Interesse gilt zunächst den Gedanken, nicht den Geschäften. Nicht die Steigerung des Profits ist, selbst bei Sponsoren, das erste Ziel, sondern die Schärfung des Profils. Das unterscheidet die Kulturpräsentationen von den diplomatisch vernebelten Interessen der Politik ebenso wie ganz und gar unvernebelten Gewinn-Interessen der Wirtschaft. Nur deshalb kann die auswärtige Kulturpolitik sich noch heute auf die Brandtsche Doktrin berufen: Weil sie sich nicht unterwerfen muss, ist sie frei. Wenn sie sich doch unterwirft, ist sie blamiert.

Durch die Vorgänge um die Eröffnung in Peking ist die deutsche Kulturpolitik ins Zwielicht geraten. Noch ist jedoch kein irreversibler Schaden entstanden. Die Ausstellung dauert ein Jahr. Da bleibt genügend Zeit zu angemessener Profilierung. Dass dies, spätestens seit der Festnahme Ai Weiweis, unter besonderer Beobachtung geschieht, sollten die Kulturmanager als Ermunterung zur besonnenen Provokation verstehen.

Das Kapital des Kulturmanagers sind seine Ideen. Es ist ein ungeheures Kapital. Ideen kann man die Einreise nicht verweigern, nicht festsetzen, verschwinden lassen kann man sie schon gar nicht, denn wenn man ihre Urheber festsetzt, verbreiten sich die Ideen im günstigen Fall umso rascher. Deshalb werden sie von den Gegnern der Aufklärung so gefürchtet. Wäre es da nicht zum Beispiel eine gute Idee, in die Ausstellung an prominenter Stelle ein Werk des verschleppten Ai Weiwei zu integrieren – so lange, bis er wieder frei ist? Auf Anregung von Martin Roth, so ist zu hören, haben die Museumsdirektoren das erörtert. Sollten sie sich dazu entschließen, würde schnell klar: Auch Chinas Staatsmacht hat beim Poker um die Aufklärung viel zu verlieren.

Siehe auch **Politik S. 8** und **Feuilleton S. 45**

www.zeit.de/audio

ZEIT ONLINE

Reform oder weiter so? Über den FDP-Kurs streiten Martin Lindner und Johannes Vogel

Weitere Informationen im Internet: **www.zeit.de/streitgespraech-fdp**

PROMINENT IGNORIERT

Václav Klaus ist es!

Heiterkeit erregt ein Video auf YouTube, das den tschechischen Präsidenten Václav Klaus auf Besuch in Chile zeigt, wie er, während der Rede des Amtskollegen Piñera, einen Kugelschreiber vom Tisch nimmt und stiekum in seiner Jacke verschwinden lässt. Für jeden, der schreiben kann, gibt es kein größeres Rätsel als das Verschwinden aller Kugelschreiber. Dass es nun gelöst ist, gehört zu den guten Nachrichten der Woche. GRN.

Kleine Fotos v.o.n.u.: Konrad R. Müller/Agentur Focus aus dem Buch »Licht-Gestalten« (Aufn.: von 1988); ABC TV/dpa; Reunion Images/Masterfile; Internet

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

Abonnement Österreich, Schweiz, restliches Ausland

DIE ZEIT Leserservice, 20080 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49-1805-861 00 09
Fax: +49-1805-25 29 08
E-Mail: abo@zeit.de

AUSGABE: 16

66. JAHRGANG

CH C 7451 C

4 190745 104005 16

TITELGESCHICHTE

Die wahren Mächtigen im Land

JURISTEN

Unsere individualistische Gesellschaft ist sich immer weniger einig. Deshalb müssen wir immer mehr juristisch regeln. Davon profitieren die Juristen, diese Alchemisten unserer Zeit. Nur sie durchschauen mit ihrem Geheimwissen den wuchernden Paragrafendschungel – und haben so die Gesellschaft von sich abhängig gemacht. Wir analysieren die Konsequenzen und berichten über irrwitzige Auswüchse dieses Megatrends **(siehe Seite 14)**

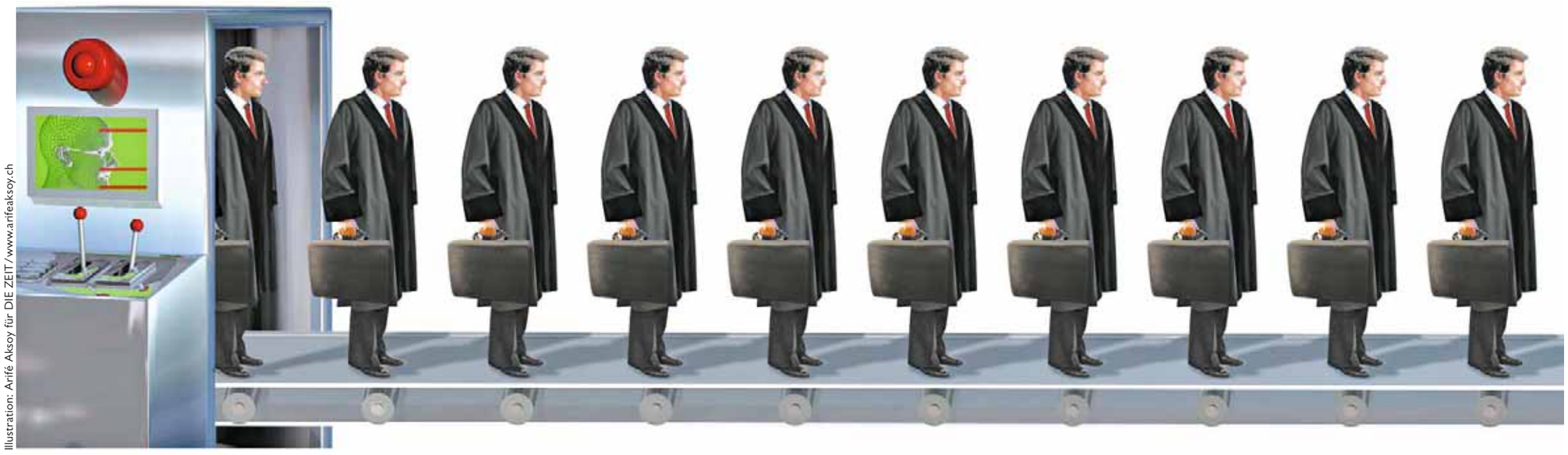


Illustration: Arifé Aksoy für DIE ZEIT / www.arifeaksoy.ch

Auf der Straße erkennt man sie auf Anhieb: Die Kluft stets dunkel, der Scheitel deutlich gezogen, das Mäppchen aus feinstem Leder. Jungexemplare wirken forsch und aufgeräumt, als hätten sie soeben einen Sieg errungen und den nächsten bereits vor sich. Ältere Anwälte neigen zu sparsamer Mimik und verinnerlichtem Misstrauen. Da sich ihr Beurteilungssystem allein auf Akten stützt, nehmen sie die Welt nur als eine Art Entwurf wahr.

Ihre Tage verbringen sie in minimalistisch eingerichteten Sitzungszimmern, bestückt mit moderner Grafik und kulturell ambitionierten Zeitschriften. In der Freizeit findet man sie in überschaubaren Anlagen wie Golf- und Tennisplätzen oder hermetisch abgeriegelten Fünf-Sterne-Resorts. Berechenbare Räume entsprechen ihrem strukturorientierten Naturell, der Aufenthalt unter ihresgleichen ihrer angeborenen Vorsicht.

Das Erstaunlichste an diesen Behauptungen ist, wie oft sie zutreffen. Früher gab's linke Verteidiger in Jeans und Turnschuhen und rechte Honoré-Daumier-Schwadronierer, von denen selbst ihr Klient befremdet abrückte. »Heute sehe ich immer den gleichen Kollegen, der immer den gleichen BMW vor Gericht parkt«, sagt Anwalt Jacob Stickelberger, als öffentlich Gitarre spielender Troubadour ein Exot in der Branche.

Abweichungen vom Norm-Modell Anwalt, das in seiner exaktesten Ausführung die Grenzen zur Karikatur streift, erlauben sich nur wenige. Oder erst dann, wenn sie das Buhlen um Kundschaft nicht mehr nötig haben. Peter Nobel zum Beispiel, laut Bilanz-Bestenliste der mächtigste Wirtschaftsanwalt der Schweiz, ginge, dank seiner vitalen Körperlichkeit, sogar »als griechischer Fischer« durch, so Schriftsteller Jürg Acklin in einem Porträt. Unkonform, weil zu auffällig, auch Nobels Verkehrsmittel. Mal fährt er ein altes Militärvelo, mal ein BMW-Motorrad oder einen alten Ferrari, und auf längeren Strecken pilotiert er seine Cessna.

Leisten kann er sich seinen Fuhrpark leicht. Denn Wirtschaftsanwälte leben am besten in schlechten Zeiten. Das heißt: jetzt. Sie kassieren bei Übernahmekämpfen und Firmenfusionen, Vertragszwisten und Pleiten, bei Insidergeschäften und Steuerflüchtlingen, bei Prozessen wie etwa gegen Swissair und Sulzer, um nur ein paar der spektakulärsten zu nennen. Ihre Praxen wachsen durchschnittlich pro Jahr um sechs Prozent oder verdoppeln sich gar, wie Walder Wyss und Partner AG mit heute 90 Anwälten. Die größte Wirtschaftskanzlei der Schweiz, die Homburger AG, unterstreicht ihren Höhenflug auch optisch. Demnächst ziehen die 120 Anwälte – bald werden es 140 sein – ins höchste Gebäude des Landes, in den Zürcher Prime Tower.

Doch es blühen nicht nur die Wirtschaftskanzleien, es blüht die ganze Juristerei. In Zahlen ausgedrückt: Der Schweizerische Anwaltsverband hat heute 8200 Mitglieder, doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Die Sammlung der Schweizerischen Bundesgesetze wird, gemästet von Heerscharen von Juristen, jährlich um gute 5000 eng bedruckte Seiten dicker. Juristen füllen unsere Parlamente – ein Viertel aller Abgeordneten in Bern hat Recht studiert – und unsere Verwaltungsgebäude. Die Bundesanwaltschaft beispielsweise schwoll von 190 auf 500 Mitarbeitende an. Und die neuen Geldwäscherei-Bestimmungen führten zu einem »bürokratischen Moloch mit sehr bescheidener Wirkung«, so Peter Nobel. Sein Fazit: »Die Bürokratie verrechtet sich, und das ist eine fatale Entwicklung.«

Andere Machteliten haben die Medien längst niedergeschrieben. Die Götter in Weiß schrumpften zu Halbgöttern in Grau, die Wirtschaftsführer zur Abzockerbande und die Politiker zum Plauderverein. Nur die Juristen blieben bisher vom öffentlichen Bashing verschont. Das ist kein Zufall: Juristen sind diskret und bewegen sich auf leisen Sohlen. Niemand kennt die Namen der Anwälte, die die Strippen hinter Regierungs- und Konzernchefs ziehen, Staaten, Firmen und Aktienkurse lenken.

Und niemand weiß, wie viel sie verdienen – stets das probateste Mittel, um den Volkszorn zum Kochen zu bringen. Die Ärzte müssen sich mit öffentlich diskutierten Tarmed-Tarifpunkten herumschlagen, Manager ihre Gehälter offenlegen. Anwälte können verlangen, was sie wollen. Meist sind das zwischen 250 und 500 Franken pro Stunde. Doch selbst mit einem Dumping-Ansatz von 180 Franken – gern als Köder im Internet publiziert – kommt auf seine Rechnung, wer einen Fall möglichst lang und gründlich durchkaut. Oder dem Klienten ein Anschlussverfahren aufschwatzt.

> **Anwalts-Schwemme**
>
> In zehn Jahren hat sich die Mitgliederzahl des Anwaltsverbandes auf 8200 verdoppelt. Die Gesetzessammlung des Bundes wächst um 5000 Seiten. Pro Jahr

René Schuhmacher, Anwalt und Herausgeber mehrerer Konsumentenblätter wie *K-Tipp* und *Saldo,* rät Lesern ohne Rechtsschutzversicherung, lieber eine Woche länger Ferien zu machen, statt eine Stunde mit ihrem Anwalt zu plaudern. Jedenfalls, wenn es nur um ein paar Tausend Franken geht. Ebenso pointiert drückt sich der Zürcher Anwalt Werner Stauffacher aus: Acht von zehn Prozessen findet er überflüssig. Diese Erkenntnis äußert er freilich erst am Ende einer langen Karriere, die die Medien stets als besonders umtriebig empfanden.

Nun war der Ruf der Juristen noch nie der beste. 1509 verbot ihnen der spanische König das Auswandern nach Amerika. Begründung: »Sie tun nichts Besseres, als die Kolonisten dazu zu bringen, ihr Geld in Streitigkeiten und Prozessen zu verschleudern.« In Deutschland klang es nicht besser. »Juristen, böse Christen«, höhnte das Volk im Spätmittelalter. Auch heute geht es lieber auf Distanz. Das zeigen Ausdrücke wie »Juristenfutter«, »Mietmaul« und »Jus-Tubel«, dem schweizerdeutschen Begriff für einen lebensfremden Ignoranten.

40 Prozent studieren Rechtskunde, um schnell viel Geld zu verdienen

Die Juristen sind die Ersten, die darüber lachen. Ja sie kokettieren mit ihrem schlechten Image. Ihr Jahrestreffen nennen sie »Tröler-Chilbi« – auf Deutsch: Jahrmarkt der Hinauszögerer. Jahrmarkt der Eitelkeiten träfe die Sache ebenso genau, meint ein Teilnehmer. »Wir geben an wie die Buben, plustern uns auf wie die Gockel.« Jeder betreut ausschließlich Jahrhundertfälle. Jeder ist der Größte, der Gerissenste und der Witzigste. Und fragt man ihn nach dem Gang der Geschäfte, winkt er erschöpft ab: »Die Klienten rennen mir die Bude ein ...« Wem dieses Gehabe nicht angeboren ist, muss es antrainieren, und dies so lange, bis die Siegerpose Teil seines Wesens geworden ist. Schließlich wünscht sich der Klient einen Partner, bei dessen Auftritt dem Gegner die Knie einknicken.

Wie alle Sieger der Evolution hat der Berufsstand das Verhältnis von Aufwand und Ertrag optimiert. Das beginnt schon beim Studium. Es ist eines der billigsten: Ein Jus-Student kostet den Staat achtmal weniger als ein zukünftiger Agrar- und Forstwissenschafter. Und es ist eines der kürzesten. Nach nur sechs Semestern hat ein Jurist seinen Bachelor in der Tasche, nach acht seinen Master. Das macht die Rechtskunde zur idealen Lösung für alle, die an die Uni möchten, ohne genau zu wissen, was sie dort sollen. Ex-Bundesrat Moritz Leuenberger bezeichnet sein Jus-Studium als taktische Wahl: »Es zeichnete mir keinen klaren Berufsgang vor wie etwa die Medizin.« Erst als Gerichtssekretär packte es ihn richtig: »Vielleicht wegen der gespielten Theatralik der Anwälte. Aber auch weil ich ihre Interpretationskunst- und Freiheit bewunderte.«

Trotz kurzer Studienzeit locken beste finanzielle Aussichten. Für 40 Prozent aller Jus-Studierenden, so eine EU-Untersuchung, gaben diese den Ausschlag für die Wahl des Faches. Zum Vergleich: Bei den Medizinern und Ingenieuren sind es je 29 Prozent. Eröffnet der junge Jurist schließlich seine eigene Kanzlei, benötigt er weder teure Apparate noch Personal. Ein Laptop und ein Drucker genügen vollauf. Auch muss er nicht lang auf Klienten warten. Zeiterscheinungen wie Drogen, Scheidungen, Entlassungen und Mietprobleme treiben sie ihm in Massen zu. Dazu kommt ein bunter Strauß neuer Straftaten, von der Vergewaltigung in der Ehe über rassistische Äußerungen bis zu Handy- und Internetdelikten. Auch falsch behandelte Patienten, betrogene Bankkunden und irregeführte Konsumenten machen nicht mehr die Faust im Sack. Sie alle wollen prozessieren, und dies »bis vor Bundesgericht!« Ja sogar nachts kann der Anwalt seit dem 1. Januar 2011 Geld verdienen: Die eidgenössische Strafprozessordnung gesteht jedem frisch Verhafteten einen »Anwalt der ersten Stunde« zu. Bereits dreihundert Leute haben sich für den 24-Stunden-Pikettdienst gemeldet. »Ich kenne keinen arbeitslosen Anwalt«, sagt René Schuhmacher, zu dessen Blätter-Imperium auch die linke Juristenzeitschrift *Plädoyer* gehört. »Der Markt saugt alles auf, was von den Hochschulen kommt.«

Die Ehrgeizigsten drängt es in den Olymp der Branche, in die renommierten Wirtschaftskanzleien. Zutritt erhalten freilich nur Studenten mit Magna-cum-laude-Abschluss an der Uni und einem Postgraduate-Studium in Harvard oder Singapur. Der Mehraufwand macht sich bezahlt. Ein Wirtschaftsanwalt kann seiner Kundschaft 800 Franken pro *billable hour* verrechnen. Arbeitet er in London, Frankfurt oder in einem der US-Anwaltsparadiese, steigt sein Stundenlohn gar auf das Doppelte oder Dreifache. Mit ein paar Verwaltungsratsmandaten zusätzlich schafft es eine Koryphäe leicht auf zwei bis drei Millionen Franken im Jahr.

Doch ein Spitzenjurist ist jeden Franken wert. Denn heute sind Schadensersatzforderungen in zweistelliger Milliardenhöhe gang und gäbe. »Das Recht ist eine gewaltige Waffe geworden«, sagt Peter Nobel. Und schiebt nach: »Eine Leitwaffe.« Zielsicher findet sie die gegnerische Schwachstelle – eine vergessene Klausel, ein schwammig formulierter Absatz. Immer spitzfindiger das rechtliche Erfassen von Sachverhalten, immer unübersichtlicher die Gesetze, im-

Wer meint, die Schweiz werde von Politikern und Managern geführt, der irrt. Im Geheimen regieren die Anwälte

VON MARGRIT SPRECHER

mer unentbehrlicher der juristische Lotse. Nur er weiß, wie man in nützlicher Frist und mit flinken Fingern die richtige Stelle in der EU-Normensammlung findet, die mittlerweile auf 150 000 Seiten respektive eine Tonne Papier angeschwollen ist.

Inzwischen unternimmt mancher CEO nichts mehr, ohne zuerst seine Rechtsabteilung zu fragen. Motto: *Cover your ass*. »Früher galt der Hausjurist als Spielverderber, Bremser und Geschäftsverhinderer. Heute sitzt er bei Entscheidungen am Tisch«, sagt Peter Nobel. Risikobewusst und stets den *worst case* vor Augen, killt er mit seiner Logik, Akribie und technokratischen Denkweise manch verlockendes Projekt.

Von diesem trittfesten Basislager aus ist es für den juristischen Berater nur ein Sprung bis an die Spitze des Unternehmens. Neun der 50 größten amerikanischen Konzerne werden heute von Anwälten geführt. Branchenkenntnisse braucht es, auch in der Schweiz, nicht in jedem Fall – Hauptsache, Jurist. Bei Roche hat seit Kurzem Anwalt Severin Schwan das Sagen. Dr. jur. Andreas Meyer leitet die SBB, Anwalt Bruno Pfister die Life Groupe und Anwalt Urs Rohner die Crédit Suisse. Letzterer verdankt den Job seiner harten Verhandlungstaktik als Hausjurist, die der Bank Milliardenzahlungen an die USA ersparte.

Frauen findet man in diesen hehren Gefilden selten. Umso häufiger mühen sie sich auf der untersten Stufe der Anwaltshierarchie ab, bei den Allgemeinpraktikern. Diese Juristengattung verteidigt mal einen Ladendieb, mal vertritt sie die Geschädigtenpartei oder setzt ein Testament auf – natürlich nicht der Stoff, aus dem die Träume eines zielstrebigen Anwalts sind. Doch selbst in diesen Niederungen des Gewerbes müssen sich die Frauen mit dem begnügen, was ihnen die Männer übrig lassen: juristisch wenig spannende Scheidungen und das Miet-, Arbeits-, Konsumenten- und Familienrecht. Shootingstar des Genres: Doris Slongo, die in den Medien bravourös über Haustürkauf, Garantiefristen und verlorene Gutscheine informiert.

Die Erfolgsrezepte der Star-Juristen Peter Nobel und Lorenz Erni

Ähnlich wie der Hausarzt gehört der Allgemeinpraktiker einer aussterbenden Spezies an; nur auf dem Land kann er sich noch halten. Heute verlangt der Klient den Experten, den Medien-, Kunst-, Urheberrechts-, Verbands-, Opfer- oder Sozialversicherungsspezialisten, Fachanwälte, die es vor 30 Jahren nur vereinzelt gab. Peter Nobel bedauert den Trend zum Spezialistentum, zu beobachten auch unter seinen Studenten an der Hochschule St. Gallen: »Es besteht die Gefahr des verengten Blickfelds.« Er selbst mache »fast alles«; notfalls hole er sich Rat beim Fachkollegen. Vermutlich bewirkte just die Breite an Wissen und Erfahrung, der Blick aufs Ganze, dass er, zusammen mit Lorenz Erni, sowohl im Fall Swissair wie kürzlich im Prozess Victor Vekselberg spektakuläre Freisprüche auf der ganzen Linie errang.

Auch Teamkollege Lorenz Erni will nichts von Spezialisierung wissen. »Ich bin Strafverteidiger. Ich mache nichts anderes.« Ihn interessieren die Menschen und ihre Geschichten mehr als Verträge und Klauseln. Er verkehrt im Gefängnis ebenso oft wie auf Teppichetagen. Mal stürzt er sich für Witwen und Waisen in die hochgehenden Fluten des Unrechts – und dies nicht nur aus Gründen der persönlichen Folklore. Mal verteidigt er einen Privatbankier oder Filmregisseur Polanski. Noch nie hat er einen großen Wirtschafts-Straffall verloren.

Begonnen hat Lorenz Erni in den achtziger Jahren mit der Vertretung von Drögelern. Diesen Start teilt er mit vielen sozial bewegten Anwälten. Auch René Schuhmacher und Hanspeter Thür, heute eidgenössischer Datenschutzbeauftragter, schlugen sich damals in ihrer Zürcher Gemeinschaftskanzlei mit Cannabis und Heroin herum. Heute machen beide als Einzelkämpfer Schlagzeilen. Praktisch im Alleingang gewann René Schuhmacher die eidgenössische Volksabstimmung wider den »Rentenklau« der großen Versicherungen. Seine Taktik: Er mobilisierte die zwei Millionen Leser und Leserinnen seiner Blätter und konterte damit das gewaltige Abstimmungsbudget des Establishments.

Lieber sicher als frei

Dem Volk aber scheint die Paragrafenflut zu behagen. Alles wird geregelt. Vom Autofensterwaschen im Freien bis zur Kindererziehung

Ziemlich allein auf weiter Flur stand auch Hanspeter Thür, als er kürzlich vor dem Verwaltungsgericht Bern die Weltmacht Google herausforderte. Nur mit einer Sporttasche bewaffnet,stellte er sich furchtlos der Rollkoffer-Armada der vier Gegenanwälte entgegen. Der Einsatz hat sich gelohnt. Das Gericht gab dem Datenschützer kürzlich recht. Ein großer Sieg.

Nach so viel Rampenlicht und medialer Aufmerksamkeit sehnt sich mancher Anwalt. Immer steht er im Hintergrund und nie in der Zeitung. Statt Macher ist er Dienstleister, statt selbst zu gestalten, bringt er in Ordnung, was andere gestaltet haben. Und überhaupt – für einen Mann seines Kalibers ist die Anwaltsbühne zu klein und die Anwaltsrolle zu unscheinbar. So kommt der Augenblick, wo er beschließt, in die Politik zu gehen. Dort wird er mit offenen Armen empfangen. Denn ein Anwalt ist Wunschkandidat jeder Partei und jeder Interessengruppe. Er fragt nicht nach Gut oder Böse, Recht oder Unrecht. Es ist ihm egal, für wen oder für was er sich starkmacht. Er verkauft sich jedem, der ihn bezahlt.

Heute kommen zwei unserer sieben Bundesräte aus dem Anwaltberuf – letztes Jahr waren es noch drei. 44 der 244 Parlamentarier sind Anwälte, 21 weitere haben einen juristischen Hintergrund. Ex-Bundesrat Moritz Leuenberger erstaunt das nicht: »Der klassische, vor den Schranken des Gerichts plädierende Anwalt ist zum Parlamentarier geradezu prädestiniert.« Und dass ein Anwalt die Interessen seiner Lobby über die Interessen des Volkes stellt, findet er, sei »nicht nur das Problem der Anwälte, sondern auch das anderer Verbandsvertreter wie den Bauern«.

Sicher. Bloß – Juristen können besser manipulieren. Schließlich haben sie es gelernt. »Wir sind ausgebildete Interessenvertreter«, sagt Hanspeter Thür, der selbst für die Grünen im Nationalrat saß. Anwälte wissen, wie man taktisch zermürbt, lähmt oder verhindert. Sie kennen die elastischen Scheinanpassungen und beherrschen die Kunst der Wahrheitsgestaltung. Spruchreife Entscheide sind plötzlich weg vom Tisch. Beschlossenes wird so verwässert, bis es nicht mehr zu erkennen ist. Statistisch beweisen lässt sich die Behauptung nicht. Doch ist zu vermuten, dass die Juristen den Gang der Dinge im Parlament weit mehr beeinflussen als jede andere Berufsgruppe. Verstärkt wird der Verdacht vom frisch gegründeten Juristenkomitee der SVP. Es ruft, über die Parteigrenzen hinweg, andere Juristen zum Schulterschluss auf.

»Im Berner Parlament ist eine zweite und dritte Garnitur Juristen am Werk«

Die meisten politisierenden Anwälte sehen keinen Interessenkonflikt in ihrem Tun. Zu nah ist ihnen das akrobatische Denken. Und zu fern sind die Überlegungen Lorenz Ernis, der nie ein politisches Mandat annehmen würde: »Meine Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit sind mir zu viel wert.« Konkret: Tritt er als Nationalrat für ein Gesetz ein, kann sich dieses später für einen seiner Klienten als nachteilig erweisen.

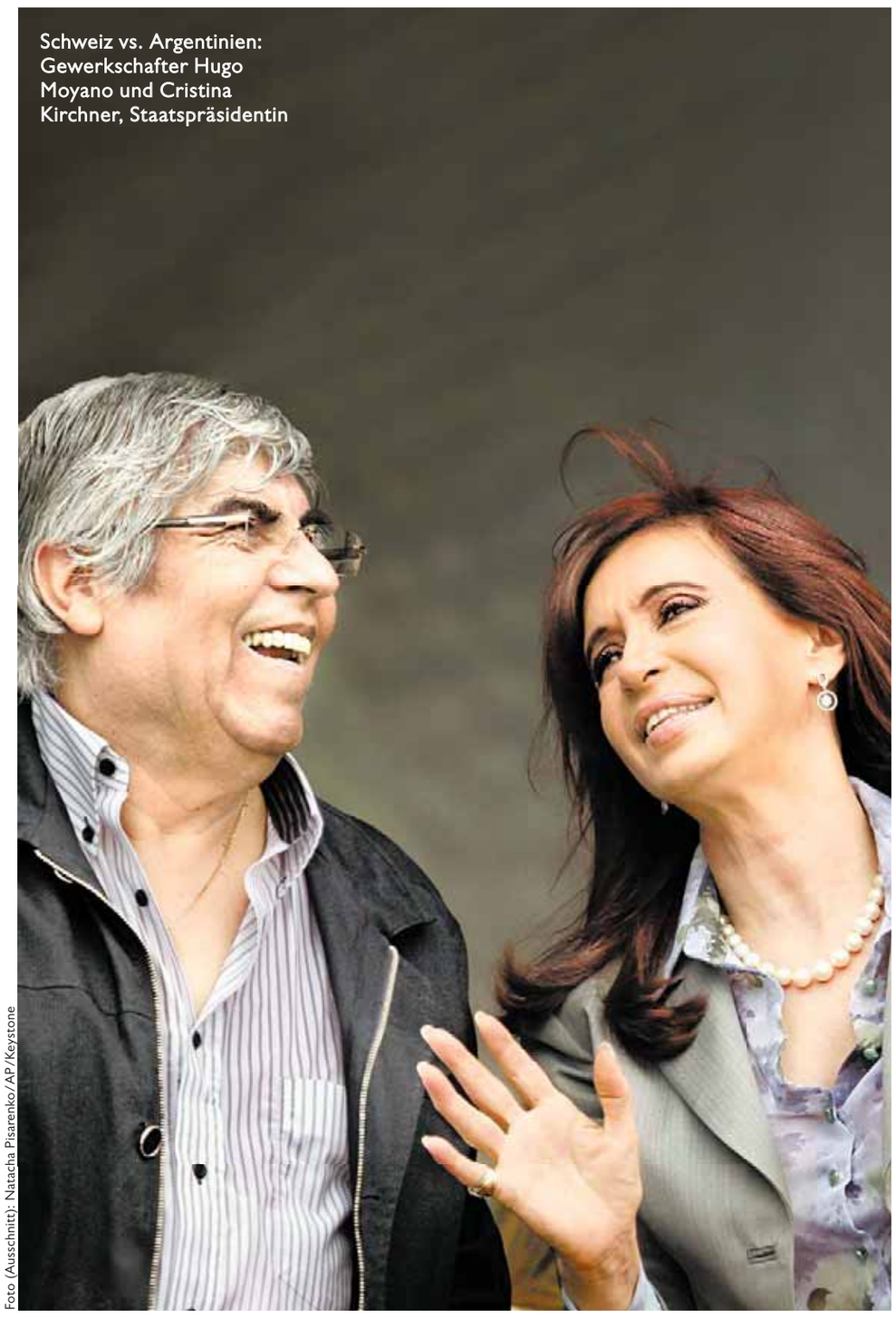
Trotz der Juristenschwemme »obsiegt in Bern nicht das juristische Denken«, wie René Schuhmacher sagt. Peter Nobel nennt den Grund: »Es ist eine zweite und dritte Garnitur Juristen am Werk.« Zu erkennen ist dies am Stil. Früher wurde das Recht von den beiden Säulen Generalklauseln und Prinzipien getragen, einem noblen Gebäude mit hehren Grundsätzen wie Treu und Glauben – Peter Nobels Hände formen ein weites Dach. Heute wird jedes medienwirksame Poltern eines Nationalrats sofort in ein neues Gesetz gegossen. »Das Recht verkommt zur geschwätzigen Abbildung der unmittelbaren Gegenwart und das Parlament zur Bastelbude. Für jedes Problemli wird ein Klein-Klein-Gesetz geschaffen.« Und es schießen viele weitere Büros mit vielen weiteren Juristen aus dem Boden. Doch was heißt hier schon »Jurist«? Peter Nobel findet die Berufsbezeichnung unverdient: »Wer damit beschäftigt ist, die Justiz zu verwalten, ist für mich kein Jurist. Auch Leute, die in einer Boutique namens Anwaltsbüro Vermögen vermehren, sind es nicht. Ein Jurist ist, wer Jus macht.«

Zur Lawine neuer Gesetze kommt die Geschwindigkeit, mit der diese auf uns zudonnert. Lorenz Erni sieht »manche Erlasse schon wieder abgeändert, noch bevor sie in Kraft getreten sind.« Bestellt er bei Orell Füssli die neuste Gesetzesausgabe, ist er nicht sicher, ob sie noch gilt, wenn sie bei ihm eintrifft. »Noch nie habe ich mich so unsicher gefühlt wie heute«, sagt René Schuhmacher. »Manchmal komme ich mir vor wie ein Stift.«

Dem Volk dagegen scheint die Paragrafenflut zu behagen, die sein Leben immer engmaschiger regelt: von der gleichgeschlechtlichen Ehe bis zum gehärteten Fett, vom Autofensterwaschen im Freien bis zur Ohrfeige in der Kindererziehung. Lieber Sicherheit als Freiheit. Und wenn der neue Paragraf Verbotenes gleich noch mal verbietet – was soll's. Doppelt genäht hält bekanntlich besser. So heißt es jetzt im neuen Zürcher Polizeigesetz: »Das unberechtigte Gehen, Fahren und Reiten über Kulturland während der Vegetationszeit ist verboten.« Ungewöhnlich störrisch verhielt sich das Volk nur gegenüber dem vom eidgenössischen Justizdepartement vorgeschlagenen Fähigkeitsausweis für babysittende Großmütter.

Hauptprofiteure der neuen Unübersichtlichkeit freilich bleiben die Leute, die sie verursacht haben: die Juristen. Gezielt schürt ihre neue Werbekampagne die Angst des Durchschnittsbürgers vor neuen Bestimmungen und unverständlichen Verträgen. Motto: Jeder tritt einmal im Leben auf eine Mine. Häufig lauert sie im Kleingedruckten auf Kontrakten, noch häufiger in den berüchtigten *, die auf die Ausnahmen hinweisen. Kämpft ein Laie gar ohne Rechtsbeistand gegen eine Bank oder Versicherung, ist er dem Heer der Unternehmensanwälte so schutzlos ausgeliefert wie ein Bogenschütze einem Panzerverband. Bei der Axa Winterthur beispielsweise hat er eine Front von 260 Juristen vor sich.

Aufgeschreckt durch die Milliardenklagen in Corporate Switzerland und ängstlich darum bemüht, jedes Restrisiko auszuräumen, sucht auch manche Gemeinde vermehrt Rechtsbeistand. Abzulesen ist das beispielsweise an den Abstimmungsunterlagen über ein Tösstaler Altersheim: »Für den Fall, dass eine Gewährleistung abgegeben wird, gilt dies als ausgeschlossen, sofern und soweit die Senevita AG von den Tatsachen oder Umständen, die nach ihrer Meinung Gewährleistungsansprüche begründen, vor der Unterzeichnung Kenntnis hatte, insbesondere sofern und soweit sich solche Umstände im Rahmen der Due Diligence ergeben haben.« Nur logisch, dass der Stimmbürger zur Auslegung dieses Textes einen Juristen benötigt.



Schweiz vs. Argentinien: Gewerkschafter Hugo Moyano und Cristina Kirchner, Staatspräsidentin

Foto (Ausschnitt): Natacha Pisarenko/AP/Keystone

Es stand doch in der Zeitung

In ihrer juristischen Beflissenheit ist die Schweizer Bundesanwaltschaft eine Musterschülerin. Jetzt hätte sie in ihrem Eifer um ein Haar Buenos Aires lahmgelegt VON RALPH PÖHNER

Diesmal ging es gerade noch gut. Die Schweizer Bundesanwaltschaft löst ja gern Großaktionen aus, die in einem reziproken Verhältnis zum Resultat stehen: So war es im Fall Hells Angels, und so ist es jetzt zu beobachten im Verfahren gegen den Bankier Oskar Holenweger. Aber gleich eine ganze 13-Millionen-Metropole lahmzulegen – dies wäre sogar für eine Instanz wie die Bundesanwaltschaft neu gewesen.

In der Nacht zum 24. März schien es jedoch, als ob die Fahnder von der Berner Taubenstraße ein neues Kapitel in der streikreichen Geschichte der Stadt Buenos Aires einleiten würden. Wenige Tage zuvor hatten sie ein Rechtshilfegesuch ans argentinische Außenministerium gesandt. Im Zentrum stand einer der mächtigsten Männer des südamerikanischen Staates: Hugo Moyano, Chef des Gewerkschaftsverbands CGT, Vizepräsident der Regierungspartei PJ und enger Vertrauter von Staatspräsidentin Cristina Kirchner. Aus Protest gegen die Verdächtigungen aus Übersee kündigte die argentinische Trucker-Gewerkschaft sogleich an, am 24. März mit ihren Lastwagen das Zentrum der Metropole zu blockieren. Diese Gewerkschaft wird übrigens von Hugo Moyanos Sohn Pablo angeführt.

Erst in letzter Minute bliesen die Lastwagenfahrer ihre Aktion ab, wobei wohl half, dass der Schweizer Botschafter zuvor versucht hatte, die Wogen zu glätten. Nein, präzisierte Johannes Matyassy in der Morgensendung von Radio Nacional, die Schweiz ermittle nicht gegen Moyano selber. Das Geldwäscherei-Verfahren der Bundesanwaltschaft richte sich gegen unbekannt. Und blockiert seien Konten einer Firma namens Covelia beziehungsweise ihres Chefs, Ricardo Depresbiteris.

Das war so weit korrekt. Covelia ist eine Müllabfuhrgesellschaft, die erst 1999 gegründet wurde, aber bereits die Abfälle von zwei Millionen Menschen in der Provinz Buenos Aires entsorgt. Wer es freundlich meint, nennt sie gewerkschaftsnah, wer kritischer ist, spricht von Gaunerei. Im Ringen um Aufträge kann das Unternehmen jedenfalls einen schönen Konkurrenzvorteil auffahren – Covelia-Trucker streiken nicht. Geleitet wird die Firma von Ricardo Depresbiteris, der vor zehn Jahren noch als Fahrer von Hugo Moyano diente und heute Dollarmillionär samt persönlichem Cessna-Jet ist.

So weit, so argentinisch. Kaum erstaunlich also auch, dass bei der Berner Meldestelle für Geldwäscherei alle Glocken klingelten, als ein Hinweis auf ein Schweizer Covelia-Tarnkonto einging. Es liegt bei der Standard Chartered Bank in Genf. Die Meldestelle leitete den Fall an die Bundesanwaltschaft weiter, diese wiederum eröffnete das Ermittlungsverfahren und fror 1,874 Millionen Dollar ein. Aber als die Schweizer fünf Wochen später ihr Rechtshilfegesuch an den Rio de la Plata sandten, schlitterte die Sache vom juristischen Feld aufs politische Glatteis. Denn zum besseren Verständnis erklärte die Bundesanwaltschaft in ihrem Schreiben, welches der *ZEIT* vorliegt, mehrmals, dass dieser Herr Depresbiteris respektive diese Firma Covelia offenbar eng verbandelt sei mit einem gewissen Hugo Moyano, und gegen den gebe es bekanntlich allerlei Anschuldigungen wegen unsauberer Geschäfte. Treuherzig schrieben die Schweizer, dass man dies so in der argentinischen Presse gelesen habe.

Das kam schlecht an. Denn in Argentinien rollt gerade der Präsidentschaftswahlkampf an, und wenn die Schweiz Beschuldigungen gegen einen engen Freund von Präsidentin Cristina Kirchner vorlegt – wie indirekt auch immer –, so hat dies Sprengkraft. Gewerkschafter, Regierungsleute und der Kirchner-freundliche Teil der Medien deckten das Rechtshilfegesuch mit klangvollen Vokabeln ein *(bochornoso, bizarro, mamarracho),* die alle aufs Gleiche hinausliefen: Es ist eine Zumutung. Dass der Bundesanwaltschaft auch noch Detailfehler unterlaufen waren, wertete ihr Anliegen weiter ab. So erläuterten die helvetischen Ermittler ihren argentinischen Kollegen dienstfertig, dass einzelne Transaktionen auf »politisch exponierte Personen« deuten könnten – zum Beispiel die Einzahlung von 49 800 Dollar durch Luis Corsiglia, »den aktuellen Direktor der Banco Central de Argentina«. Freilich: Corsiglia amtierte weder zur Zeit der Überweisung im Dezember 2004 noch zur Zeit des Rechtshilfegesuchs als Direktor der argentinischen Zentralbank. Nach einer Aussprache mit Botschafter Matyassy versandte das Außenministerium in Buenos Aires schließlich ein 5-Zeilen-Kommuniqué, in dem es trocken festhielt: »Die Schweiz beantragt Informationen auf Basis von Presseartikeln, aber sie stützt sich nicht auf andere Informationen.« Tatsächlich lief in Argentinien damals weder gegen Moyano noch gegen Covelia, Corsiglia oder Depresbiteris ein Geldwäscherei- oder Korruptionsverfahren.

So zeichnet sich denn eine weitere Parallele zum Fall Holenweger ab: Hier wie dort greift die Schweiz ausländische Korruptionsfälle auf, denen der betroffene Staat selber gar nicht nachgeht. Auch der Zürcher Bankier wird von der Bundesanwaltschaft wegen schwarzer Kassen beim französischen Industriekonzern Alstom angeklagt, obwohl Frankreich sein Korruptionsverfahren gegen Alstom vor gut zwei Jahren eingestellt hat. Greifbar wird damit, wie sehr sich die Schweiz in Sachen Geldwäscherei und wirtschaftlicher Sauberkeit zur Musterschülerin gemausert hat: Ihre Banken bemühen sich jetzt eifrig, verdächtige Kunden zu melden; ihre Meldestelle für Geldwäscherei kann Jahr für Jahr einen steilen Anstieg der Verdachtsfälle verbuchen; und am Ende gewinnt halt mal einer dieser Fälle ein Eigenleben, welches die Beteiligten überrumpelt.

In Argentinien geriet die Bundesanwaltschaft jedenfalls direkt zwischen die Fronten des Parteiengefüges. Denn natürlich jubelte die Opposition über den propagandistischen Beistand aus Europa und forderte eigene argentinische Ermittlungen gegen Moyano. Und in der Tat: Vorletzte Woche leitete ein Bundesrichter erste Schritte ein, indem er die Finanzfahndung UIF anwies, auffällige Transaktionen des Gewerkschaftsbosses Moyano zu melden. Die Presse im Land verbucht den Fall inzwischen unter dem Schlagwort *Suizagate. Clash of cultures* wäre wohl passender.

ZEITGEIST

D als Barockgarten

JOSEF JOFFE: Die Linkswende der FDP schafft ein einig deutsches Vaterland

Foto: Mathias Bothor/photoselection

Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

Der Ab-nach-links-Schwenk der FDP hinterlässt endlich eine geordnete Landschaft, auf welche die Deutschen so stolz sein können wie die Franzosen auf ihre Barockgärten, die im 18. Jahrhundert zum kontinentaleuropäischen Modell wurden. Da wuchert nichts, da bekriegt keine Pflanze die andere; das geometrische Gleichmaß ist starr und statisch.

Wie nunmehr die politische Landschaft in Deutschland, nachdem die FDP ihr letztes liberales Saatgut verbrannt hat. Die Steuerlast bleibt, die Atomkraft geht, die Freiheitsrechte treten auf der Stelle. In der Außenpolitik zeigen sich Reflexe, die vor gar nicht so langer Zeit bei Rot und Grün überwogen: national, neutralistisch, nicht-mit-uns. Rechts von der Union, die seit Merkel in der linken Hälfte arrondiert, wächst im Brachland nur noch NPD- und REP-Unkraut.

Jetzt sind alle Parteien irgendwie links – nicht umstürzlerisch und vorwärtsstürmend wie anno dazumal, sondern bremsend und bewahrend, also konservativ mit schwarz-rot-grün-gelber Färbung. »Keine Experimente« – Adenauers Parole, die ihm 1957 die absolute Mehrheit verschaffte – passt heute zu allen fünfen. Sie müsste nur leicht abgewandelt werden in »keine Risiken«. Oder, um mit Karl Marx zu sprechen: Der Streit über die Ziele wird ersetzt durch die Verwaltung der Mittel.

Oder mit Hegel, der das »Ende der Geschichte« heraufziehen sah (obwohl er es so nicht gesagt hat). Alle Widersprüche der Gesellschaft würden sich in der großen »Synthese« aufheben. Diesen wohlgeordneten Garten haben die Deutschen nun beschritten. Denn die FDP – der letzte »Widerspruch« – hat ihre ideologischen Wurzeln gekappt, um sich auf der anderen Seite einzupflanzen – dort wo CDU/CSU, SPD, Grüne und ganz Rote schon um Wasser und Sonne konkurrieren.

Das konfliktscheue Herz muss sich an dieser Familienzusammenführung laben. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich Kommunisten und Christdemokraten wie im ersten Bundestag erbitterte Redeschlachten lieferten. Oder die SPD und die Union bis in die Siebziger (über Wiederbewaffnung, Westbindung und Ostpolitik). Oder die Grünen mit allen anderen, als die Partei noch jung war. Nun sind sie sich endlich alle einig, inklusive der Liberalen, die sich in ihrer Geschichte ohnehin nie entscheiden konnte, ob sie ins nationale, freiheitliche oder Privilegierten-Lager gehörten.

Sie wollen alle den mächtigen Staat, der mit hohen Steuern einhergeht, Ergebnis- eher denn Chancengleichheit, eingehegtes Wachstum wie im Schlosspark zu Versailles, billige und zuverlässig fließende Energie ohne Ruß und Risiko, einen harten Euro mit minimalem deutschen Deckungsbeitrag, eine Außenpolitik, die fremde Händel ebenso fernhält wie deren flüchtende Opfer – kurzum: Berechenbarkeit und Beschaulichkeit.

Unser Dank gilt der FDP, dem letzten kleinen Maulhelden, der uns reumütig die perfekte Gartenordnung geschenkt hat. Was sprießt, muss passen; was unbändig wuchert, wird auf Normalmaß zurückgeschnitten; was ganz neu erblüht, kommt erst in die Quarantäne, weil es genmanipuliert sein könnte. Zum letzten Glück fehlt nur eine Kleinigkeit: dass der Rest der Welt das deutsche Modell so eifrig kopiert wie einst das französische.

DIE ZEIT

PREIS DEUTSCHLAND 4,00 €

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR

14. April 2011 DIE ZEIT N° 16

Was Journalisten anrichten
Falsche Prognosen, Meinungsmache, Hysterie: Im Kritisieren sind Medien gut – Selbstkritik fällt dagegen schwer. Zeit für die Frage: Was machen wir da eigentlich?
ZEIT-MAGAZIN

Titel: Florian Kolmer für DIE ZEIT; Mauritius; Composing: Smetek für DZ

Macht endlich Frieden!

Ein Appell an die religiösen und politischen Führer der Welt von Helmut Schmidt

Glauben & Zweifeln S. 58

Unterricht in Demut

Fukushima, Tschernobyl, BP – können Menschen aus Katastrophen lernen?

Wissen Seite 33–35

SACHSEN

Der Büchernarr

Peter Sodann eröffnet eine Nationalbibliothek der DDR – in der Provinz

Politik Seite 14

Im nassen Grab

Viele Mittelmeerflüchtlinge bedrohen Krieg und der Tod. Wer sie aufnimmt, gibt nicht nur ihnen eine Chance VON HEINRICH WEFING

Über 600 Menschen sind seit Januar bei dem Versuch ertrunken, aus Nordafrika nach Europa zu gelangen. Seit 1988 haben nach Angaben der Organisation Fortress Europe mindestens 10 000 Flüchtlinge den Tod gefunden. Das sind Opferzahlen wie in einem mittleren Krieg. Immer mal wieder ziehen Fischer aus ihren Netzen die Leichen der Ertrunkenen. Manche tragen noch Nike-Turnschuhe. Das Mittelmeer ist ein nasses Grab.

Man muss an diese Bilanz erinnern, wenn wir über Migration nach Europa streiten. Denn wir neigen dazu, über technische Details zu diskutieren, über Flüchtlingsquoten, Grenzzäune, Rückführungsverträge. Das alles ist wichtig. Aber zuerst geht es, so gefühlig das klingen mag, um Menschen. Um Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um vor Krieg und Not zu fliehen. Oder weil sie arbeiten, ihr Glück machen wollen im sagenhaft reichen Europa. Und die uns damit zwingen, uns die unangenehme Frage zu stellen, mit welchem Recht wir eigentlich einem tunesischen Vater verbieten wollen, das Beste für seine Kinder zu erstreben – und sei es in Europa? Wer wollen wir sein?

Man muss auch an die Zahl der Ertrunkenen erinnern, wie wir es auf Seite 9 tun, um die obszöne Wendung von Silvio Berlusconi einzuordnen, auf Europa rolle ein »menschlicher Tsunami« zu. Es ist eine ziemlich widerliche Verdrehung von Bedrohung und Risiko. Nicht den Küsten und deren Bewohnern droht existenzielle Gefahr, sondern den Menschen auf hoher See.

Nein, es brandet keine »Flutwelle« von Migranten gegen Europas Strände. Die arabische Revolution hat uns noch nicht erreicht. Im Gegenteil, angesichts der ungeheuren Umwälzungen in der arabischen Welt sind es eher wenige Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben. Zum Vergleich: Das kleine Tunesien – Einwohnerzahl zehn Millionen – hat fast 400 000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Libyen aufgenommen – und seine Grenzen dennoch nicht dichtgemacht. Da soll das 500 Millionen Menschen zählende, mächtige Europa nicht mit 20 000 Flüchtlingen auf Lampedusa fertig werden?

Ja, das mächtige Europa als Ganzes. Denn die Migration auf diesen Kontinent geht alle Mitgliedsstaaten der EU etwas an. Schon richtig, es gibt eine Arbeitsteilung. Das Land, in dem die Flüchtlinge ankommen, ist für sie zuständig, prüft ihre Asylanträge und sorgt für ihre Rückkehr in die Heimat, notfalls zwangsweise. Und wenn ein Staat damit überfordert ist, wie Malta aktuell und wie im Grunde auch Griechenland, dann springt ihm die Gemeinschaft bei.

Das ist die europäische Solidarität, auf die sich Silvio Berlusconi gerade beruft. Nur ist der italienische Ministerpräsident der Letzte, der sich darauf berufen darf. Wer seine Partner auszutricksen versucht wie Berlusconi, der hat keine Solidarität verdient. Und nichts anderes als eine Trickserei zulasten Dritter wäre es, den Flüchtlingen auf Lampedusa Touristenvisa auszustellen, damit sie möglichst rasch aus Italien verschwinden – nach Frankreich oder Österreich.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat recht, wenn er dagegenhält. Aber auch er hat, auf ganz andere Weise als Berlusconi, den Gedanken der europäischen Solidarität missverstanden, wenn er in der Manier eines CSU-Generalsekretärs mehr Grenzkontrollen fordert; soll Italien doch sehen, wie es mit den Flüchtlingen fertig wird. Das ist ein Irrtum. Was auf Lampedusa geschieht, ist ein europäisches Problem.

Kurzfristig, weil die Zahl der Flüchtlinge durchaus noch so sehr steigen könnte, dass eine Lastenteilung zwischen allen EU-Mitgliedern notwendig wird. Mittelfristig, weil diejenigen, die heute als Migranten kommen, bereits in wenigen Jahren umworbene Arbeitskräfte sein könnten, die dem altersschrumpfenden Europa seinen Wohlstand sichern. Vor allem aber stellt der Umgang mit den Flüchtlingen Europa vor die Frage, ob die arabischen Revolutionen auch unser Denken in Bewegung setzen. Ob wir auf das enorme Neue mit den eingespielten Reflexen reagieren wollen. Oder ob wir der Freiheit, die sich von Syrien bis Tunesien Bahn zu brechen beginnt, ein Angebot machen. Europa braucht eine bessere Zuwanderungspolitik. Oder überhaupt eine Zuwanderungspolitik.

Ja, mit der Angst vor massenhafter Migration machen Rechtspopulisten überall in Europa Stimmung, mit Erfolg. Die Furcht vor einer »Überfremdung«, einer muslimisch geprägten zumal, sitzt tief. Aber gerade deshalb darf man das Thema nicht den Rechten überlassen. Europa muss seine Interessen definieren, und es muss diese Interessen den Europäern erklären. Das dürfte alles andere als aussichtslos sein. Nach dem neuen Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Integration und Migration ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Förderung qualifizierter Zuwanderung.

Das ist, neben langfristigen Investitionen in die Herkunftsländer, der beste Weg, für Europa – und für die Migranten: geregelte Zuwanderung von Fachkräften, Stipendien für Studenten und befristete Quoten für einfache Arbeiter, für die also, die jetzt illegal kommen – und von der europäischen Wirtschaft gern beschäftigt werden. Dann wird das Mittelmeer, was es historisch immer war: ein Handelsplatz. Kein Friedhof.

www.zeit.de/audio

Die nächste Ausgabe

der ZEIT erscheint wegen der Osterfeiertage schon am

MITTWOCH, DEM 20. APRIL 2011

Pokern in Peking

Chinas Führung stellt deutsche Kulturmacher bloß. Noch bleibt ihnen Zeit, endlich Mut zu zeigen VON MORITZ MÜLLER-WIRTH

Wer am Platz des Himmlischen Friedens in Peking zur Wiedereröffnung des chinesischen Nationalmuseums eine Ausstellung mit dem Titel *Die Kunst der Aufklärung* plant, der weiß, dass er pokert – verdammt hoch pokert. Ist eine größere Spannung vorstellbar als jene zwischen dem durch brutale Unterdrückung kontaminierten Ort und den hehren Idealen einer Fesseln sprengenden Epoche? Dass sie pokern würden, wussten die drei Ausstellungsmacher der staatlichen Museen zu Dresden, München und Berlin ebenso wie die Kultur- und Außenpolitiker aus Deutschland. Gut zwei Wochen nach der Eröffnung scheint klar zu sein: Sie haben sich verzockt.

Hätte man sich ein maximales Desaster ausdenken wollen zu Ausstellungsbeginn, es hätte genau so ausgesehen: Zunächst wird Tilman Spengler, einem Mitglied der Delegation des deutschen Außenministers, ohne Begründung die Einreise zur Eröffnungsfeier verweigert. Spengler hatte zuvor eine Laudatio auf den der chinesischen Staatsmacht verhassten Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo gehalten. Dann wird ein deutscher Journalist, als er kritische Nachfragen zum Fall Spengler stellt, auf einer Podiumsdiskussion von Vertretern der deutschen Wirtschaft lautstark ausgebuht. Als perfide Pointe lassen sodann die chinesischen Gastgeber – der Händedruck zum Abschied der deutschen Gäste war kaum gelöst – mit Ai Weiwei den prominentesten regimekritischen Künstler spurlos verschwinden.

Als schließlich die Ausstellungsmacher aufgrund ihrer zunächst kaum wahrnehmbaren Reaktion in der Heimat zunehmend in die Kritik geraten, verfassen sie – eine Woche nach den Ereignissen! – eine gemeinsame Erklärung, in der sie das Geschehene wortreich verurteilen. Zu allem Unglück hatte sich zuvor auch ein eigentlich kluger Kopf wie der Dresdner Museumsdirektor Martin Roth zu grob missverständlichen Äußerungen hinreißen lassen. Zuletzt dokumentiert der Großarchitekt Meinhard von Gerkan, dessen Büro den Pekinger Museumsneubau verantwortet, im Gespräch mit dem *Spiegel* im Stile eines Großinvestors, wie viel Respekt er vor seinen Auftraggebern hat – und wie wenig vor den von ihnen drangsalierten Künstlern. Jeder, der ein solches Szenario vorher fantasiert hätte, wäre für verrückt erklärt worden. Nun ist es Realität geworden. Eine größere Brüskierung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik ist kaum vorstellbar.

Folgenlos darf dieses Verhalten der Chinesen nicht bleiben. In der sich nun beschleunigenden Empörungsspirale steht jetzt sogar der Abbruch der Ausstellung im Raum. Kann man ernsthaft fordern, die Ausstellung und damit den Kulturaustausch mit China auf unabsehbare Zeit abzubrechen? Kann man, sollte man aber nicht!

Zu viel steht auf dem Spiel – und zwar für jene, in deren Namen man dies vermutlich täte – für die um jeden Millimeter Aufklärung kämpfenden Chinesen. Sie strömen in die Ausstellung und in »Salons«, veranstaltet von der Mercator-Stiftung. Bei diesen Zusammenkünften, beteuert ihr Geschäftsführer Bernhard Lorentz, lasse man sich von niemandem Themen oder Gäste vorschreiben. Man sollte ihn beim Wort nehmen: So werden die Salons als »offene Diskursräume« nun zum Ernsthaftigkeitstest für die deutschen Kulturmacher und die Kulturpolitik.

Durch die Vorgänge ist die auswärtige Kulturpolitik ins Zwielicht geraten

Es ist eine über die Jahrzehnte praktizierte Tradition dieser Politik, gemäß dem großen Wort von Willy Brandt, den »Wandel durch Annäherung« zu befördern, also: zu pokern. Ein großer Vorzug der Kulturexporte im Ringen zwischen Wandel und Annäherung, zwischen Subversion und Repression war stets ihre vergleichsweise große Unabhängigkeit. Das Interesse gilt zunächst den Gedanken, nicht den Geschäften. Nicht die Steigerung des Profits ist, selbst bei Sponsoren, das erste Ziel, sondern die Schärfung des Profils. Das unterscheidet die Kulturpräsentationen von den diplomatisch vernebelten Interessen der Politik ebenso wie ganz und gar unvernebelten Gewinn-Interessen der Wirtschaft. Nur deshalb kann die auswärtige Kulturpolitik sich noch heute auf die Brandtsche Doktrin berufen: Weil sie sich nicht unterwerfen muss, ist sie frei. Wenn sie sich doch unterwirft, ist sie blamiert.

Durch die Vorgänge um die Eröffnung in Peking ist die deutsche Kulturpolitik ins Zwielicht geraten. Noch ist jedoch kein irreversibler Schaden entstanden. Die Ausstellung dauert ein Jahr. Da bleibt genügend Zeit zu angemessener Profilierung. Dass dies, spätestens seit der Festnahme Ai Weiweis, unter besonderer Beobachtung geschieht, sollten die Kulturmanager als Ermunterung zur besonnenen Provokation verstehen.

Das Kapital des Kulturmanagers sind seine Ideen. Es ist ein ungeheures Kapital. Ideen kann man die Einreise nicht verweigern, nicht festsetzen, verschwinden lassen kann man sie schon gar nicht, denn wenn man ihre Urheber festsetzt, verbreiten sich die Ideen im günstigen Fall umso rascher. Deshalb werden sie von den Gegnern der Aufklärung so gefürchtet. Wäre es da nicht zum Beispiel eine gute Idee, in die Ausstellung an prominenter Stelle ein Werk des verschleppten Ai Weiwei zu integrieren – so lange, bis er wieder frei ist? Auf Anregung von Martin Roth, so ist zu hören, haben die Museumsdirektoren das erörtert. Sollten sie sich dazu entschließen, würde schnell klar: Auch Chinas Staatsmacht hat beim Poker um die Aufklärung viel zu verlieren.

Siehe auch **Politik S. 8** und **Feuilleton S. 45**

www.zeit.de/audio

ZEIT ONLINE

Reform oder weiter so? Über den FDP-Kurs streiten Martin Lindner und Johannes Vogel

Weitere Informationen im Internet: **www.zeit.de/streitgespraech-fdp**

PROMINENT IGNORIERT

Václav Klaus ist es!

Heiterkeit erregt ein Video auf YouTube, das den tschechischen Präsidenten Václav Klaus auf Besuch in Chile zeigt, wie er, während der Rede des Amtskollegen Piñera, einen Kugelschreiber vom Tisch nimmt und stiekum in seiner Jacke verschwinden lässt. Für jeden, der schreiben kann, gibt es kein größeres Rätsel als das Verschwinden aller Kugelschreiber. Dass es nun gelöst ist, gehört zu den guten Nachrichten der Woche. GRN.

Kleine Fotos v.o.n.u.: Konrad R. Müller/Agentur Focus aus dem Buch »Licht-Gestalten« (Aufn.: von 1988); ABC TV/dpa; Martin Förster/dpa; Internet

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

Abonnentenservice:
Tel. 0180 - 52 52 909*,
Fax 0180 - 52 52 908*,
E-Mail: abo@zeit.de
*) 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 0,42 €/Min. aus dem deutschen Mobilfunknetz

PREISE IM AUSLAND:
DKR 43,00/NOR 60,00/FIN 6,70/E 5,20/ Kanaren 5,40/F 5,20/NL 4,50/A 4,10/ CHF 7.30/I 5,20/GR 5,70/B 4,50/P 5,20/ L 4,50/HUF 1605,00

AUSGABE:

16

66. JAHRGANG
C 7451 C

4 190745 104005 01416

ZEITGEIST

D als Barockgarten

JOSEF JOFFE: Die Linkswende der FDP schafft ein einig deutsches Vaterland

Der Ab-nach-links-Schwenk der FDP hinterlässt endlich eine geordnete Landschaft, auf welche die Deutschen so stolz sein können wie die Franzosen auf ihre Barockgärten, die im 18. Jahrhundert zum kontinentaleuropäischen Modell wurden. Da wuchert nichts, da bekriegt keine Pflanze die andere; das geometrische Gleichmaß ist starr und statisch.

Wie nunmehr die politische Landschaft in Deutschland, nachdem die FDP ihr letztes liberales Saatgut verbrannt hat. Die Steuerlast bleibt, die Atomkraft geht, die Freiheitsrechte treten auf der Stelle. In der Außenpolitik zeigen sich Reflexe, die vor gar nicht so langer Zeit bei Rot und Grün überwogen: national, neutralistisch, nicht-mit-uns. Rechts von der Union, die seit Merkel in der linken Hälfte arrondiert, wächst im Brachland nur noch NPD- und REP-Unkraut.

Jetzt sind alle Parteien irgendwie links – nicht umstürzlerisch und vorwärtsstürmend wie anno dazumal, sondern bremsend und bewahrend, also konservativ mit schwarz-rot-grün-gelber Färbung. »Keine Experimente« – Adenauers Parole, die ihm 1957 die absolute Mehrheit verschaffte – passt heute zu allen fünfen. Sie müsste nur leicht abgewandelt werden in »keine Risiken«. Oder, um mit Karl Marx zu sprechen: Der Streit über die Ziele wird ersetzt durch die Verwaltung der Mittel.

Oder mit Hegel, der das »Ende der Geschichte« heraufziehen sah (obwohl er es so nicht gesagt hat). Alle Widersprüche der Gesellschaft würden sich in der großen »Synthese« aufheben. Diesen wohlgeordneten Garten haben die Deutschen nun beschritten. Denn die FDP – der letzte »Widerspruch« – hat ihre ideologischen Wurzeln gekappt, um sich auf der anderen Seite einzupflanzen – dort wo CDU/CSU, SPD, Grüne und ganz Rote schon um Wasser und Sonne konkurrieren.

Das konfliktscheue Herz muss sich an dieser Familienzusammenführung laben. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich Kommunisten und Christdemokraten wie im ersten Bundestag erbitterte Redeschlachten lieferten. Oder die SPD und die Union bis in die Siebziger (über Wiederbewaffnung, Westbindung und Ostpolitik). Oder die Grünen mit allen anderen, als die Partei noch jung war. Nun sind sie sich endlich alle einig, inklusive der Liberalen, die sich in ihrer Geschichte ohnehin nie entscheiden konnte, ob sie ins nationale, freiheitliche oder Privilegierten-Lager gehörten.

Sie wollen alle den mächtigen Staat, der mit hohen Steuern einhergeht, Ergebnis- eher denn Chancengleichheit, eingehegtes Wachstum wie im Schlosspark zu Versailles, billige und zuverlässig fließende Energie ohne Ruß und Risiko, einen harten Euro mit minimalem deutschen Deckungsbeitrag, eine Außenpolitik, die fremde Händel ebenso fernhält wie deren flüchtende Opfer – kurzum: Berechenbarkeit und Beschaulichkeit.

Unser Dank gilt der FDP, dem letzten kleinen Maulhelden, der uns reumütig die perfekte Gartenordnung geschenkt hat. Was sprießt, muss passen; was unbändig wuchert, wird auf Normalmaß zurückgeschnitten; was ganz neu erblüht, kommt erst in die Quarantäne, weil es genmanipuliert sein könnte. Zum letzten Glück fehlt nur eine Kleinigkeit: dass der Rest der Welt das deutsche Modell so eifrig kopiert wie einst das französische.

Foto: Matthias Bothor/photoselection

Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

Foto: Reuters

HEUTE: 11. 4. 2011

Mörder

Sein Kampf ist aus. Müdigkeit zeichnet das Gesicht von Laurent Gbagbo, matt trocknet der selbst ernannte Präsident der Elfenbeinküste seine Glieder. Mit einem Handtuch, das einer weißen Fahne gleicht. Im Feinripp im Hauptquartier des Feindes, kann es eine größere Demütigung geben? Monatelang hatte sich Gbagbo, der Geschichtslehrer, der Geschichte widersetzt und dem gewählten Nachfolger das Amt verweigert. Zuletzt harrte er über Tage im Bunker seiner Präsidentenvilla in Abidjan aus, die Getreuen um sich geschart. Im Fernsehen ließ sein Rivale *Der Untergang* zeigen, Hitlers letzte Tage unter der Berliner Erde. »Der Feind operiert jetzt am nördlichen Stadtrand« – auch Gbagbo wird solche Funksprüche nun kennen. In seinem letzten Fight blieb er unverletzt. Seine Schergen mordeten derweil auf Abidjans Straßen wohl Hunderte von Menschen. CD

Den Diktatoren aus dem Sessel helfen

Libyen, Syrien, Jemen: Die Revolution stockt. Jetzt ist Zeit für Vermittler VON MICHAEL THUMANN

So sieht das revolutionäre Patt aus: Gadhafis Milizen erobern Misrata und werden wieder verjagt. Der Diktator ist dem Sieg fern, ganz wie die Rebellen in Bengasi. Oder so: Im Jemen erklärt die Opposition den Präsidenten für politisch tot – dennoch fällt Ali Salih seit Wochen nicht aus dem Sessel. Die Herrscher halten durch, selbst eine Nato-Intervention führt keine Entscheidung herbei, die Revolutionen drohen stecken zu bleiben.

Das ist ein völlig anderes Bild als in Tunesien und Ägypten. Diese Länder haben zu Beginn dieses Jahres ein Revolutionstempo vorgeführt, das sich so schnell nicht wiederholen lässt. Innerhalb weniger Wochen stürzten ihre Herrscher. Das konnte nur gelingen, weil die Revolutionäre etwas hatten, was andere Araber entbehren: eine Armee, die zum Volk hielt. Einen alternden Herrscher, der sich dem Druck der Armee ergab. Fehlen diese Voraussetzungen, dann kommt es im Laufe der Revolution zum Patt. Mitunter drohen Blutbäder. Hilfe von außen, auch aus Europa, ist dringend gefragt, und zwar die von Vermittlern. Wann ist der richtige Zeitpunkt für Verhandlungen? Was sollen sie erreichen?

Beispiel Jemen: Der Aufstand gegen den Präsidenten begann schon vor zwei Monaten. Der seit 1978 herrschende Ali Salih hat fest versprochen, sein Büro zu räumen, findet aber die Tür nicht. Längst sind wichtige Stämme und mächtige Armeekommandeure abtrünnig geworden. Die Streitkräfte sind gespalten wie die Herrscherfamilie. Die Revolution droht im blutigen Stammeskrieg zu enden. Verhandlungen sind überfällig. Deshalb versuchen nun Emissäre aus den Golfstaaten, Salih mit Geld und Garantien persönlicher Sicherheit aus dem Amt zu locken. Ein Versuch mit ungewissem Ausgang.

Verhandlungen können scheitern, wenn man sie falsch anpackt. Ein Beispiel lieferte die Afrikanische Union mit ihrem Vermittlungsversuch in Libyen Anfang dieser Woche. Der Zeitpunkt war trefflich, der Ansatz falsch. Er funktionierte nicht, weil die Afrikaner die Macht von Muammar al-Gadhafi und seiner Familie retten wollten. Aber über das Ziel der Revolution, den Herrschersturz, lässt sich nicht verhandeln. Nur über die Bedingungen. Nun stecken die Milizen von Oberst Gadhafi weiter im Westen fest, im Osten die abtrünnigen Teile der Armee. Wenn nicht die Nato wäre, hätte Gadhafi schon gesiegt. Das ist der erste große Erfolg der internationalen Intervention. Aber wie kommt man aus dem Patt heraus? Briten und Franzosen drängen auf mehr direkte Angriffe gegen Gadhafis Truppen. Derweil planen die Türken eine neue Vermittlungsmission. Vielleicht gelingt es mit kombiniertem militärischem und diplomatischem Druck, Gadhafi zu stürzen.

Nicht bei jeder Vermittlung muss es um den Kopf des Herrschers gehen. Manchmal gilt es, den Erfolg einer friedlichen Revolution abzusichern. Beispiel Ägypten: Die Demonstranten sind zurück auf dem Tahrir-Platz und fordern den Abtritt des Armeechefs Mohammed Tantawi. Das prekäre Bündnis zwischen Protestjugend und Armee bekommt Risse. Schon fragen die ersten jungen Revolutionsführer, ob nicht ausländische Vermittler die Armee zur Einrichtung einer Übergangspräsidentschaft aus Zivilisten und Militärs bewegen können. Auf einen solchen Ruf sollte man in Europa vorbereitet sein.

Verrät man nicht mit Verhandlungen die Revolution? Nein. Sie sind der Versuch, das Patt aufzulösen, den Herrschaftswechsel mit anderen Mitteln voranzutreiben. Sie sind nicht der Ersatz für Interventionen wie in Libyen, sondern Variationen. Auch um Menschen zu schützen. Beispiel Syrien: Dort richtet sich der Aufstand bisher gegen das Geheimdienstregime, weniger gegen den Herrscher. Die Polizisten schießen scharf auf Demonstranten. Hier könnte es vielleicht der Türkei gelingen, dem Präsidenten Baschar al-Assad Zugeständnisse abzuringen und noch mehr Tote zu verhindern.

Assad und Salih und auch die ägyptische Armee haben alle Mittel, jeden Aufstand sofort niederzuschlagen. Die alten Herrscher daran zu hindern, sich mit Gewalt zu retten – das ist die Aufgabe von Vermittlern. In den osteuropäischen Revolutionen von 1989 ist Ähnliches geschehen. An runden Tischen wurden alte Kader weich geklopft, Regime geöffnet, Freiheiten ausgehandelt.

Meist drängt dabei die Zeit, wie sich gerade in Bahrain zeigt. Dort ist das Patt zwischen Königshaus und Demonstranten in einen Krieg gegen die Bevölkerung abgerutscht. Die Polizei walzte den Protest nieder, die Golfstaaten schickten nicht Vermittler, sondern Truppen, die Amerikaner schwiegen oder flüsterten – auf ihrer Militärbasis. Seither verschwinden Oppositionelle, sterben politische Gefangene in der Haft. Bahrain ist zur Insel der Angst geworden – und zeigt, was passiert, wenn sich Vermittler einfach raushalten.

BERLINER BÜHNE

Schnupperkurs Leben

Wann und wo Politik wirklich auf Wirklichkeit trifft

Wenn Politik auf Wirklichkeit zu treffen meint, geht sie in ein Fernsehstudio, versammelt sich hinter einem halbrunden Tisch, lässt sich von Einspielfilmchen provozieren und von einem Moderator über den Mund fahren. Es ist jene Wirklichkeit, in der die Politik auf Karteikärtchen trifft.

Auf die wirkliche Wirklichkeit trifft die Politik am Wahltag, und danach findet sich immer wieder mindestens einer, der fordert, seine Partei müsse sich wieder mehr an der Wirklichkeit orientieren – und zwar an der »Lebenswirklichkeit der Menschen«, um genau zu sein. Im Herbst vergangenen Jahres, nach ihrem Absturz bei der Bundestagswahl, traf es die SPD. Jetzt verlangt es FDPler nach Wirklichem. Nur: Was ist das überhaupt, die Lebenswirklichkeit – und wie kommt Politik dahin?

Die Sozialdemokraten versuchen es mit »Praxistagen«, mit Schnupperkursen im wahren Leben. Echte Menschen müssen sich darauf einstellen, dass SPD-Promis das Willy-Brandt-Haus-Habitat verlassen, einen ganzen Tag lang ihre Wirklichkeit bestaunen und danach jede Wirklichkeit negieren. Denn wie kann die Wirklichkeit wirklich sein, wenn die einst so stolze deutsche Sozialdemokratie darin nur noch als Hilfskellner für den grünen Starkoch gebraucht wird? Die FDP hat es da einfacher. Sie muss sich gar nicht erst an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren. Den Liberalen reicht ein Blick auf die Umfragen – und sie können sich einreden: In unserer Wirklichkeit sieht alles anders aus, als es wirklich ist. Wenn Politik auf Autosuggestion trifft. PETER DAUSEND

IN DER ZEIT

POLITIK

2 **Japan** Ein Kommunalpolitiker kämpft gegen die Atomkraft

3 **Schocks und Hypes** Wie Politik unter dem Druck der Ereignisse noch funktionieren kann

4 **Nach den Wahlen** Versuch, die politische Landschaft zu vermessen/ Die Selbstzerfleischung der SPD in Schleswig-Holstein

5 **FDP** Was heißt heute liberal?/ Vietnam liebt Philipp Rösler

6 **Karrieren** Keine Angst vorm Aufhören! Ein Gespräch mit dem Politiker Wolfgang Böhmer

7 **Politische Lyrik**

Finnland Europaskeptiker könnten die Wahl gewinnen

8 **China** Nach Ai Weiweis Verhaftung: Die Regierung ist verunsichert

9 **Lampedusa** Revolutionsflüchtlinge

10 **Kuba** Wie Raúl Castro versucht, den Sozialismus zu retten

12 **Arabien** Ohne Vermittlung droht die Revolution stecken zu bleiben

SACHSEN

13 **Atomkraft** Zu Besuch bei den Forschern von Rossendorf VON MARTIN MACHOWECZ

Ostkurve VON JANA HENSEL

Sachsen-Lexikon Holzkopf

14 **Kulturerbe** Peter Sodann plant eine DDR-Nationalbibliothek VON RALF GEISSLER

Am Start Horst Wawrzynski, Leipzigs Polizeipräsident

DOSSIER

15 **Libyen** Mit Rebellen auf einem Hafenschlepper ins belagerte Misrata

18 WOCHENSCHAU
Öl Usedom wird Bohrinsel

GESCHICHTE

19 **USA** Die Amerikaner gedenken des Bürgerkriegs

Zeitmaschine

20 **Atompolitik** Ein GAU pro Jahr schadet nicht

WIRTSCHAFT

21 **Indien** Wo immer noch Kinder verhungern

23 **Staatsschulden** Braut sich da eine neue Krise zusammen?

24 **Rating-Agenturen** Wo vermuten sie die nächsten Bomben?

25 **Spanien** Das Krisenland beschwört seine Stärke/Fliehen Fachkräfte jetzt nach Deutschland?

26 **Thomas Middelhoff** Der umstrittene Manager im Gespräch

28 **Energiewende** Meint die Bundesregierung es ernst?/ So geht es in anderen Ländern weiter

30 **Leitzinsen** Die Erhöhung wird für Bankkunden teuer

31 **Ist der Bahnstreik richtig?** Ein Pro und Contra

Dieselsteuer Viel Wind um die Erhöhungspläne

Kohle Evonik sollte schnell an die Börse gehen

32 **Was bewegt …** US-Staranwalt Kenneth Feinberg?

WISSEN

33 **Katastrophen** Können wir aus ihnen lernen?

34 Die seelischen Folgen

35 Ein Jahr nach »Deepwater Horizon«

36 **Wissenschaft** Ein Leitfaden für mehr Qualität in der Forschung

37 **Grafik** Was haben Politiker und Paviane gemeinsam?

38 **Amoklauf** Wie sich Massaker verhindern lassen

41 KINDERZEIT
Japan Wie das normale Leben dort aussieht

42 **Kinder- und Jugendbuch**

FEUILLETON

43 **Gesellschaft** Multikulturalismus

44 **Kino** Nachruf auf Sidney Lumet

45 **China** Das Bob-Dylan-Konzert in Peking/Der Dissident Yang Licai über die Aufklärungsausstellung

46 **Skandal** Wie ein englisches Klatschblatt Prominente abhörte

47 **Roman** Zsuzsa Bánk »Die hellen Tage«

48 Oksana Sabuschko »Museum der vergessenen Geheimnisse«

49 **Politisches Buch** Sönke Neitzel/ Harald Welzer »Soldaten«

50 **Literatur** Die NS-Verstrickung Gottfried Benns VON DURS GRÜNBEIN

51 **Aktivismus** Neue Formen des politischen Protests im Internet

52 **Kunstmarkt**

53 **Uraufführung** Karlheinz Stockhausens »Sonntag«

56 **Pop** Die Sängerin Alison Krauss

57 **Theater** Neue Stücke

58 GLAUBEN & ZWEIFELN
Ein Appell Macht endlich Frieden! VON HELMUT SCHMIDT

REISEN

59 **Dänemark** Der Staat will die Hippiekolonie Christiania verkaufen

60 **Frisch vom Markt**

61 **Im Frühlingswald** Veilchen, Schachblume und Waldmeister

62 **Magnet**

63 **New York** Little Italy ohne Italiener

CHANCEN

65 **Islamstudien** Bundesministerin Annette Schavan und der Islamwissenschaftler Bülent Uçar im Gespräch

67 **Duale Karrieren** Verheiratete Professoren am selben Institut

68 **Abiserie 2011** Nie war die Konkurrenz um Studienplätze so groß wie in diesem Jahr

70 **Interview** Was sich für Doktoranden durch die Guttenberg-Affäre ändert

71 **Promotion** Graduiertenschulen

88 ZEIT DER LESER

48 Impressum

87 LESERBRIEFE

Die so gekennzeichneten Artikel finden Sie als Audiodatei im »Premiumbereich« von ZEIT ONLINE **unter www.zeit.de/audio**

Die Kernkonfusion

Seit 55 Jahren forscht man in Rossendorf an der Atomkraft. Nun hat die Katastrophe von Fukushima auch die Welt am Dresdner Waldrand verändert VON MARTIN MACHOWECZ

Tanz der Moleküle: Fast 400 Forscher arbeiten in Rossendorf, darunter Sören Kliem (2. v. l.)

Fotos: Dominik Butzmann (Portrait r.); Klaus Gigga für DIE ZEIT; Ralf Hirschberger/dpa (2); Jürgen Lösel/freelens (2)/dpa (1); HZDR

In Rossendorf steht ein Atomkraftwerk, es ist versteckt in einer Halle. Wir fahren hin, sagt der Forscher Sören Kliem, 46, dann steigt er in sein Auto. Er gleitet durch den Wald am Rande Dresdens, wo die Nadelbäume knorrig sind. Er rollt über Privatwege, die die Namen berühmter Physiker tragen. Er will zur Otto-Hahn-Straße.

Sören Kliem stammt aus Südbrandenburg, man hört das, wenn er spricht. Einst hat er in der Sowjetunion studiert, Kerntechnik an der Moskauer Energiewirtschaftlichen Hochschule. Damals veränderte sich seine Welt zum ersten Mal, es war die Zeit der Wende. Er habe, sagt Sören Kliem, angefangen in der Sowjetunion und aufgehört in Russland. Er studierte sowjetische Reaktoren, und er kennt jedes Detail der Katastrophe von Tschernobyl. Ende 1994 kam er nach Dresden. Heute rechnet Kliem fiktive Störfälle in Atomkraftwerken durch, im Auftrag etwa der Betreiber oder des Bundeswirtschaftsministeriums. Er ist Abteilungsleiter Störfallanalyse am Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf, ein sächsischer Experte für Atomkraft.

Der Forscher parkt vor Halle 120.3, einem DDR-Bau. »Störungen in Kernreaktoren« steht auf dem Schild, das Tor ist offen, Kliem sagt: »Da sind wir.« Dicke Rohre, große Tanks, Leitungen und Pumpen: Dies, sagt Kliem bescheiden und stolz zugleich, sei Rocom. Dann lächelt er milde.

Rocom, das steht für Rossendorf Coolant Mixing Model. Ein Name wie aus dem Fördermittelantrag. Es ist der 1:5-Nachbau des Druckwasserreaktors Konvoi, also der Kraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2. Rocom ist nur ein Dummy, es gibt keine Brennstäbe und freilich keine gefährliche Strahlung. Die Wissenschaftler analysieren an der Anlage den Kühlkreislauf von Druckwasserreaktoren. Sie simulieren hypothetische Störfälle – und wie man diese unter Kontrolle bringt. Sie wollen Kernkraft sicherer machen. Es ist, irgendwie, auch ein absurdes Ziel: einen Monat nach der Katastrophe von Fukushima. Mitten im deutschen Kernkraft-Moratorium.

Der Forscher ist gefragt wie nie. Doch die Zeit der Kernkraft geht vorbei

8800 Kilometer entfernt von den japanischen Reaktoren hat sich auch für den Forscher im Wald bei Dresden die Welt verändert. Alle interessieren sich nun für Kernkraft. Manchmal ist es, als forderten 80 Millionen ratlose Atomexperten in Deutschland den Ausstieg aus der Kernenergie. Da ist eine Angst im ganzen Land. Und Sören Kliem, der sich auskennt, kann diese Angst verstehen. Er hat über Kernkraftwerke promoviert, sein Thema waren Borverdünnungsstörfälle, er sagt: »Die ersten Tage nach dem Unglück in Japan war ich selbst extrem beunruhigt.« Er sagt auch: »Japan ist weit weg. Aber Fukushima lässt einen nicht kalt.«

Sören Kliem trägt ein blasses Hemd. Er ist Forscher, nicht Fernsehmensch. Doch seit dem japanischen Unglück filmen ihn die Reporter fürs ZDF, sie befragen ihn fürs Deutschlandradio, sie interviewen ihn für Zeitungen. Als er im Studio des MDR stand, fragte die Redakteurin: »Sie sind hier wohl zum ersten Mal?« Aber ja, sagte Kliem. »Sonst interessiert sich ja keiner für uns.«

Nun hängen die Menschen an seinen Lippen, seit Wochen. Journalisten luden ihn in ein japanisches Restaurant, zum Hintergrundgespräch. Einer seiner Mitarbeiter reiste für eine Woche nach Mainz, um dem ratlosen ZDF zu helfen. Die Journalisten fragen nach Borsäure und Reaktordruckbehältern, Containments und Kernschmelzen, Störfallberechnungen und Strahlung. All die Fukushima-Wörter, die früher kein Mensch kannte. Die nun jedem Kind erklärt werden müssen. Kliem sagt: »Ich sehe auch das als unseren Auftrag.«

So ist es paradox: Der Atomforscher ist gefragt wie nie. Aber die Zeit der Kernenergie geht in Deutschland vorbei, das war noch nie so klar.

Ein Viertel der atomaren Sicherheitsforschung Deutschlands wird heute in Rossendorf geleistet. Rossendorf! Es raunt der Dresdner beim Namen dieser Siedlung, die auf halbem Weg nach Stolpen liegt, südöstlich der Dresdner Heide. Das Kernforschungszentrum, ein eingezäuntes, bewachtes Areal, ist 186 Hektar groß. Und berühmt seit Jahrzehnten, bekannt für den ersten Meiler der DDR, den Forschungsreaktor Rossendorf, errichtet ab 1956, stillgelegt 1992.

Seit Jahresbeginn gehört das einstige Zentralinstitut für Kernforschung zur Helmholtz-Gemeinschaft, dem größten Wissenschaftsverbund in Deutschland. 800 Menschen arbeiten in Rossendorf.

Mit dem alten DDR-Reaktor, der sich im Rückbau befindet, von dem fast nur noch die ergraute steinerne Hülle steht, hat das Forschungszentrum nichts mehr zu tun. Es ist der PR-Abteilung wichtig, darauf hinzuweisen. Man ängstigt sich wohl, öffentlich in Zusammenhang gebracht zu werden mit der strahlenden Altlast des Sozialismus. Man will nicht, dass die Menschen Gänsehaut bekommen beim Namen Rossendorf. Die Wissenschaftler hier leisten, auch das will die PR-Abteilung unbedingt gesagt haben, ja längst nicht mehr nur Kernforschung, im Gegenteil. Sie konnten Erfolge erzielen in der Therapie von Krankheiten und der Materialforschung. Sie betreiben den Teilchenbeschleuniger ELBE und tragen bei zum TU-Krebszentrum OncoRay, sie verbessern künstliche Kniegelenke und entwickeln neue Siliziumscheiben.

Doch dies alles ist derzeit nicht im Fokus der Öffentlichkeit, nach dem GAU von Japan. Das Atomthema dominiert. Die Helmholtz-Gemeinschaft hat Arbeitsgruppen gegründet, deren Fragestellung lautet: Was können wir in Deutschland aus der Katastrophe lernen? Mit Expertise aus Rossendorf verglich man die japanischen Reaktoren mit denen bei uns. Man kann sich das Ergebnis aus dem Internet laden, man kann sich durch die Lektüre etwas beruhigen, aber den ausstiegswilligen Deutschen wird das nicht reichen.

In Rossendorf, sagt Gunter Gerbeth, der Direktor des Instituts für Sicherheitsforschung, Sören Kliems Vorgesetzter, in Rossendorf seien sie auch auf die neue Zeit vorbereitet. Sie forschten für die Photovoltaik, sie forschten an neuen Batterien für die Speicherung von Strom, sie entwickelten schon heute die erneuerbaren Energien von morgen mit. Der Umbruch hat begonnen. Gerbeth sächselt und trägt einen Schnauzbart, er ist ein gemütlicher Wissenschaftler, er sagt: »Es ist klar, dass man die Dinge nun überdenken muss.« Man könne noch nicht erahnen, welchen Stellenwert die Sicherheitsforschung in den nächsten Jahren haben werde. »Es wäre jedenfalls schade um die Expertise«, sagt Gerbeth. »Und selbst wenn Deutschland aussteigen sollte, muss man auch an die Reaktoren in Grenznähe denken, an Temelin in Tschechien, Fessenheim in Frankreich. Da muss man sich schon fragen: Wie viel Know-how, wie viel Fachwissen will die Bundesrepublik noch selbst vorhalten?«

Wären wir nicht hier, sagt Sören Kliem noch, wen würde man dann zu Fukushima befragen?

Wenn Deutschland künftig Reaktoren abreißt, wissen sie hier, wie das geht

Am anderen Ende des Rossendorfer Forschungsgeländes springt Udo Helwig auf und holt einen Brennstab. Er schmeißt ihn auf den Tisch und wartet darauf, dass sein Gast erschrickt. Dann sagt er: »Keine Angst, das ist bloß ein Dummy.« Udo Helwig ist Direktor des Vereins für Kernverfahrenstechnik und Analytik (VKTA), der zweiten Organisation auf dem Gelände in Rossendorf. Für den Freistaat baut er die atomare Altlast der DDR-Forschung zurück. Deren radioaktiv verseuchte Überreste, die gefährlichen verbrauchten Brennelemente, lagern seit dem Jahr 2005 im Zwischenlager Ahaus, Niedersachsen. Die Castoren sollten eigentlich nach Russland, zur Wiederaufbereitung ins marode Lager Majak am Ural, doch dagegen wehren sich Umweltschützer, und der Bundesumweltminister verweigerte vorerst die Zustimmung.

Udo Helwig sagt: »Durch die Erfahrungen beim Rückbau des alten Reaktors haben wir großes Know-how.« Das könnte von Bedeutung sein, wenn in den kommenden Jahren tatsächlich verstärkt deutsche Kernkraftwerke abgerissen werden sollten. Schon heute, sagt Helwig, seien seine Experten bundesweit gefragt. Auch dann, wenn es nur um profane Tipps geht: »Wir hatten schon Anfragen«, sagt er, »ob wir zum Asienurlaub raten oder nicht.«

Und sie hatten Anfragen von Asienurlaubern, die befürchteten, Fukushimas Reaktoren hätten sie verstrahlt. Denn Helwigs Organisation betreibt eine Inkorporationsmessstelle, die einzige im Osten mit dieser Genauigkeit, sagt er. Das Gerät spürt Radioaktivität im menschlichen Körper auf, es ist eigentlich für Mitarbeiter von Helmholtz-Zentrum und VKTA gedacht, die mit strahlendem Material arbeiten. Man legt sich auf eine Liege und wird dann gescannt. »Wir messen«, sagt Helwig, »nun jeden, der befürchtet, sich etwas eingehandelt zu haben.« Das kostet Geld, bis zu 150 Euro für den Ganzkörperscan gegen die diffuse Strahlenangst. Sogar die US-Streitkräfte, sagt Helwig, hätten schon angefragt, ob man im Notfall in der Lage sei, hier Dinge und Menschen auszumessen.

Das Gerät steht unten im Keller von Haus 4, bei Professor Peter Sahre, 59. Sechs Bürger, sagt Sahre, hätten sich untersuchen lassen seit Fukushima. Ein einziges Mal habe er leicht erhöhte Werte festgestellt – bei einem Sachsen, der sich nicht weit vom Tsunami-Gebiet entfernt aufgehalten habe.

Neulich war ein Mann da, der sich nach einem Philippinenurlaub Sorgen machte. Die Philippinen liegen 3000 Kilometer von Fukushima entfernt, aber die Menschen sind verunsichert. Man müsse das verstehen, sagt Sahre.

OSTKURVE

Keine Sorgen

Vorige Woche war ich mal wieder im Ländle, in Baden-Württemberg. Als der Flieger über Stuttgart zur Landung ansetzte, sah die Welt von oben aus wie ein Paradies. Blauer Himmel, grüne Hügel, weiß blühende Obstbäume, tiefbraune Felder, eine gelbe, satte Sonne. Als ich von der Flugzeugtreppe aufs Rollfeld trat, kam ich mir vor wie die Frau aus der alten Drei-Wetter-Taft-Werbung. Perfekter Halt der Frisur bei jedem Wetter. Im Südwesten der Republik war es warm, fast heiß. Die Welt im Ländle, sie schien in der letzten Woche schwer in Ordnung zu sein.

In Sachsen macht man sich dennoch Sorgen. Seit in Stuttgart die Grünen regieren sollen, glaubt man wohl in der Dresdner Staatskanzlei, die schöne, reiche Welt sei dem Untergang geweiht. Und will von diesem Untergang profitieren. Eilflink hat man Anzeigen ersonnen und sie in Baden-Württemberg geschaltet: »Liebe Unternehmer, wer spricht schon Hochdeutsch! In Sachsen ist die Welt noch in Ordnung. Kommen Sie zu uns!«

Jana Hensel, 1976 in Leipzig geboren, Autorin des Bestsellers »Zonenkinder«, schreibt hier im Wechsel mit ZEIT-Autor Christoph Dieckmann

Mhm. Lustig, lustig.

Aber Baden-Württemberg ist ja bekanntlich nicht der einzige Krisenherd auf der Welt, in dem Hilfe benötigt wird. Nachdem in China der Künstler und Dissident Ai Weiwei erst verhaftet wurde und nun vermisst wird, ist man erneut in Dresden um Tipps nicht verlegen. Um Ai Weiwei müsse man sich keine Sorgen machen, ließ sich nämlich Martin Roth, der Direktor der Staatlichen Kunstsammlungen, jüngst zitieren. Anders als um die Unternehmer in Baden-Württemberg, möchte man da hinzufügen. Gemeinsam mit weiteren Direktoren hat Roth in Peking gerade eine große Ausstellung über die Aufklärung eröffnet.

In beiden Fällen gilt: Wer solche Sachsen als Freunde hat, braucht keine Feinde mehr.

SACHSEN-LEXIKON

Holzkopf, der. Geschnitzter Schädel. Umgangssprachliche Bezeichnung für einen Unklugen. Dazu meldet die Chemnitzer *Freie Presse:* »Die Tradition mit den Holzköpfen ist vom Aussterben bedroht.« Toll! Fliegt die NPD demnächst endlich aus Sachsens Landtag? Nein, falsch. Der Bericht zielt aufs demografische Problem des Puppenmacherhandwerks. Der schlimme Verdacht: Weil die Staatsregierung mit Schnitzern nie etwas zu tun haben wollte, gibt es nun keinen mehr. Experten raten, schleunigst eine satte Holzkopfpauschale auszuloben. MAC

AM START

Klein-Chicago

Seit Leipzigs Polizeichef Dealer bekämpft, steigt die Kriminalität

Leipzig, heißt es, sei ein Klein-Paris. Inzwischen meinen manche, es ähnle eher Chicago. Leipzig ist Sachsens Hauptstadt des Verbrechens. Nirgends im Freistaat wird so viel geklaut und gehehlt wie hier. Nach Jahren zurückgehender Kriminalität steigt die Zahl der Fälle wieder. »Allein von Januar bis Ende März haben wir 180 Raubüberfälle registriert«, sagt Horst Wawrzynski. Der Polizeipräsident blättert in der Kriminalitätsstatistik und seufzt. »Auch die Wohnungseinbrüche haben zugenommen.«

Wawrzynski, Chef von 1700 Polizisten, glaubt, die Drogenszene sei schuld. Die Abhängigen brauchten mehr Geld als früher. »Vergangenes Jahr konnten wir 41 Kilo Heroin und drei Kilo Crystal vom Markt nehmen«, sagt er. Seitdem wagten sich offenbar weniger Dealer in die Stadt, die Drogenpreise stiegen – mit ihnen nimmt, leider, auch die Beschaffungskriminalität zu. In gewisser Weise ist der Polizeipräsident Opfer seines Fahndungserfolges geworden. Wawrzynski weiß nicht so genau, ob er sich nun freuen oder ärgern soll.

Der drahtige Endfünfziger aus dem bayerischen Nannhofen arbeitet seit 1970 im Polizeidienst. Er war Polizeipräsident in Chemnitz, leitete Sachsens Bereitschaftspolizei und kam 2008 nach Leipzig. »Mein Ziel bleibt es, den Dealern das Leben so schwer wie möglich zu machen«, sagt er. Die Stadt gibt jährlich 2,3 Millionen Euro für Drogenpolitik aus, tauscht etwa kostenlos Spritzen aus. Deshalb warf Wawrzynski den Lokalpolitikern vor, Abhängige geradezu einzuladen. »Wir importieren Junkies und damit die Beschaffungskriminalität«, ließ er sich zitieren. Das verärgerte die Sozialpolitiker. Denn auf 20 000 Einwohner kommt in Leipzig ein Suchtberater. »Damit liegen wir unter dem West-Durchschnitt«, sagt die städtische Drogenbeauftragte Sylke Lein. Die Zahl der versorgten Abhängigen sei nicht gestiegen.

Zurücknehmen will Wawrzynski seine Aussage trotzdem nicht. Die Hilfsangebote stelle er nicht infrage, aber er wünsche sich eine andere Haltung bei einigen Beratungsstellen. »Mein Eindruck ist, dass sie dem Drogenmissbrauch nicht grundlegend ablehnend gegenüberstehen«, sagt er. Mancher Streetworker kenne die Namen von Kleindealern. »Ich erwarte ja nicht, dass sie die anzeigen«, sagt Wawrzynski, »aber sie könnten mehr Druck auf die Dealer ausüben, es sein zu lassen.«

Leipzigs Polizeipräsident Horst Wawrzynski, 59, hat sich mit der Lokalpolitik angelegt

Seit Januar haben seine Beamten 22 Wohnungseinbrecher festgenommen, von denen 17 drogensüchtig waren. Um Leipzig sicherer zu machen, sollen die Polizisten häufiger Streife laufen, außerdem bekommen sie in diesem Jahr 60 zusätzliche Kollegen. »Der Erfolg wird eintreten«, sagt Wawrzynski. In Chemnitz konnte er 2002 den größten Kriminalitätsrückgang Sachsens vermelden. So etwas will er noch einmal schaffen. R. GEISSLER

Fotos: Matthias Rietschel/dapd/ddp (o.l. und m.); Joern Haufe/dapd/ddp (o.r.); Jan Woitas/picture-alliance/dpa (l.)

Buchhaltung: In Tausenden Kartons und Bananenkisten lagert derzeit, was vor 1989 im Osten erschien

Bücherberg zu Staucha

Mitten in der Provinz errichtet der Schauspieler Peter Sodann eine Nationalbibliothek der DDR VON RALF GEISSLER

Vielleicht hilft ihm ja Goethes Ballade vom Prometheus. Peter Sodann sitzt bei einem Kaffee im Gemeindehaus im sächsischen Staucha und rezitiert die dritte Strophe: »Da ich ein Kind war, nicht wusste wo Aus noch Ein, kehrt ich mein verirrtes Aug' zur Sonne.« Die Worte fließen mit sächsischer Gemächlichkeit durch den Raum. Sodann hält einen Spendenaufruf in der Hand, der mit dem Vers beginnt und den er verteilen will. »Bei Goethe kann man ja alles lesen, was man will«, sagt Sodann und schmunzelt. Vielleicht macht Prometheus spendabel.

Der Schauspieler braucht das Geld für seine Bücher. Seit Jahren rettet er DDR-Literatur vorm Papiermüll. Es fing damit an, dass Ost-Gewerkschaften nach 1990 komplette Bibliotheken entsorgten, was ihn betrübte. »Ich habe mir gedacht, da wirft man ja dein Leben weg«, sagt Sodann. »Und wenn man Bücher wegwirft, weiß man ja, was daraus werden kann.« Er forderte öffentlich auf, ihm zu schicken, was zwischen Kriegsende und Mauerfall im Osten erschienen ist. Fortan kamen fast täglich Pakete. Die Leute sandten ihm Marx und Hegel, Schiller und Schinkel, Seghers und Kant. Doch dann erging es Sodann wie Goethes Zauberlehrling: Er wusste nicht mehr, wohin mit den vielen Geistern. Der Bücherberg wuchs auf fast eine halbe Million Exemplare.

Jetzt hat Sodann einen Meister gefunden, der ihm helfen kann. Einen Bürgermeister. Peter Geißler (parteilos) stieß im Internet auf einen Hilferuf von Sodann und bot ihm in Staucha Räume für eine Bibliothek an. »Man darf nicht immer nur ans Finanzielle denken«, sagt Geißler. Man schaffe etwas für die Nachwelt. Ein Bücherdorf soll entstehen, ein Archiv der DDR-Verlagsgeschichte. Das Dorf zwischen Riesa und Meißen könnte nach der Nationalbibliothek in Leipzig zum zweitgrößten Zentrum für Literatur werden. Davon träumen die zwei Männer.

Geißler betritt eine Halle, die auf den ersten Blick an einen Klostersaal erinnert. Gewölbte Decke, toskanische Säulen, gefliester Boden. »Das war mal ein Kuhstall«, sagt der Bürgermeister. »Jetzt machen wir hier regelmäßig Märkte.« Seit einem halben Jahr lässt Geißler die Getreideböden über den einstigen Stallungen zur Bücherei umbauen. Kosten: 300 000 Euro. Davon zahlt die Gemeinde fast die Hälfte selbst, der Rest kommt aus Fördermitteln. Am nächsten Wochenende, wenn Staucha zur jährlichen Gewerbemesse einlädt, bei der Händler und Handwerker der Region ausstellen, soll das erste Buch feierlich ins Regal gestellt werden. Eine Premiere. In der mehr als 750-jährigen Geschichte des Dorfes gab es noch nie eine Bibliothek.

Staucha ist ein Nest mit 800 Einwohnern. Die Häuser schmiegen sich rund um einen Hügel inmitten der Lommatzscher Pflege. Dank guter Böden haben die Bauern hier immer reichlich verdient. Das erklärt die toskanischen Säulen im Stall und die weithin sichtbare neugotische Kirche im Zentrum. Bald könnte das Dorf mit Literatur protzen. Doch die Bewohner sind skeptisch.

Ein altes Herrenhaus bei Riesa wird erste Adresse für DDR-Literatur

»Viele glauben, das Geld wäre woanders besser angelegt«, sagt Anke Nakoinz. Sie betreibt den einzigen Laden im Ort, neben der Freiwilligen Feuerwehr. Zu ihr kommen die Leute, um einen Schokoriegel zu kaufen, Waren aus dem Neckermann-Katalog zu bestellen – und zum Klatsch. Nakoinz sagt, Staucha sei ein Vorzeigedorf gewesen. Hübsch saniert, ordentlich. »Heute sieht es in vielen Ecken wieder ganz schön mistig aus.« Die Dorfstraße müsse geflickt werden, aber das Geld fließe ja nun woanders hin. »Natürlich werde ich mir die Bibliothek ansehen, wenn sie fertig ist«, sagt die Verkäuferin. »Aber ich glaube nicht, dass sie sich rechnen wird.«

Auch ein Kirchenvorstand nennt das Projekt »zu groß für diesen Ort«. Und im Gemeindehaus sitzen an einem Frühlingsnachmittag sechs Rentnerinnen, spielen Karten und wollen »zu dieser heiklen Sache« erst einmal gar nichts sagen. Als sie dann aber erfahren, dass Peter Sodann neben der Bibliothek auch ein Café plant, kommen sie aus dem Kichern kaum heraus. »Du meine Fresse«, grantelt eine, »es wird immer verrückter.« – »Wir haben schon mal ein Café gehabt«, meint ihre Sitznachbarin. »Da ist jetzt die Hundepension drin.« Die Damen glucksen.

Peter Sodann hat nie mit den Alten im Dorf über sein Projekt gesprochen. Vielleicht ist das der Grund für ihre Skepsis. Es sei Zufall, wenn man den Schauspieler mal treffe, sagen die Damen pikiert und widmen sich wieder ihren Karten.

Derweil steht Peter Sodann keine 500 Meter entfernt auf einer Dorfstraße und philosophiert. »Wissen Sie, ich mache mir um die Seelsorge des Menschen einen großen Kopf«, sagt er zu Bürgermeister Geißler. »Und Bücher dienen der Seelsorge.« Die beiden gehen zu einer Scheune am Ortsrand, in der die Sammlung derzeit in 4000 Bananenkisten zwischengelagert. Was genau in welcher Kiste steckt, weiß Sodann nicht. »Hier haben wir Egon Erwin Kisch«, sagt der Schauspieler und zieht einen alten Schmöker aus einem Karton. »Und das hier ist von Hans Marschwitza.« Ein Arbeiterdichter, fast vergessen. Die Seiten sind vergilbt.

»Sicher haben wir auch einige Ausgaben doppelt«, sagt Sodann. »Dann machen wir ein Antiquariat auf und verkaufen, was wir nicht benötigen.« Er träumt davon, in der Scheune eine Bühne aufzubauen. Theateraufführungen, Lesungen. Das alles sei irgendwann möglich in Staucha, meint Sodann. »Und dann kann man sich auch ein Hotel gut vorstellen.« Bürgermeister Geißler steht neben ihm und schweigt.

Allein das Sichten der Literatur dürfte einiges kosten. Sodann sagt, er rechne für das Katalogisieren pro Buch mit acht Minuten. Das wären bei 500 000 Exemplaren fast 24 Jahre Arbeit für einen Angestellten mit Achtstundentag – ohne Urlaub und Wochenenden. Viele Mitglieder im Deutschen Bibliotheksverband blicken deshalb skeptisch auf das Vorhaben. Die Fachleute fragen sich, ob Sodann sich nicht übernimmt. Wurden die Bücher in den vergangenen Jahren immer hinreichend trocken gelagert? Im Übrigen: Welches Katalogsystem will er nutzen? Lässt es sich mit anderen Katalogen vernetzen?

Karin Proschwitz leitet die Stadtbibliothek Riesa – rund zwölf Kilometer von Staucha entfernt. Auch dort gibt es einen Bestand an DDR-Literatur. 16 000 Bücher. Das Interesse daran sei aber gering, sagt Proschwitz. »Pro Woche haben wir in diesem Bereich maximal 20 Ausleihen.« Hin und wieder verschenke sie Bücher, die nicht mehr gebraucht würden. DDR-Ware liege immer am Längsten im Kostenlos-Regal.

Ihre Besucher haben andere Wünsche: Bestseller, populäre Fachliteratur, Hörbücher, Videos. Die sächsischen Bibliotheken haben in den vergangenen Jahren viel in moderne Bestände investiert. Obwohl nach der Wiedervereinigung nur jede zweite Zweigstelle überlebte, wird heute insgesamt mehr entliehen als zum Ende der DDR. Die Bibliotheken sind Sachsens meistbesuchte Kultureinrichtungen.

Sodann will mit den kommunalen Ausleihen gar nicht konkurrieren. Er sagt, es gehe ihm um die Bewahrung eines literarischen Erbes. »Unsere Bibliothek soll nicht nur zeigen, dass wir in der DDR Bücher hatten, sie soll auch zeigen, dass es ein Leseland war.« So ähnlich hat er das auch Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) geschrieben und um Hilfe gebeten. Der Politiker antwortete kühl, dass sämtliche Bücher der DDR-Verlage bereits in der Nationalbibliothek in Leipzig und Frankfurt am Main aufbewahrt würden.

»Ja, aber wer kann sie denn dort lesen?«, fragt Sodann empört. Er lässt sich nicht beirren.

Mit seiner DDR-Bibliothek kehrt er auch in seine Heimat zurück. Sodann ist 1936 in Meißen geboren und in Weinböhla aufgewachsen. »Das erste Mal habe ich von der Gegend hier gehört, da war ich neun Jahre alt«, erzählt er. »Nach dem Krieg hieß es: In der Lommatzscher Pflege ist der Boden so gut, dass man zweimal im Jahr ernten kann.« Er kam als Junge zum Ährenlesen hierher, und wenn er in den vergangenen Jahren seinen Geburtsort besuchte, fuhr er über die Dörfer, weil ihn die Autobahn langweilt.

In seinem Spendenaufruf steht, dass er sich von jedem Deutschen einen Euro für die Bibliothek wünscht. »Dann hätte ich 80 Millionen«, sagt Sodann. »So viel brauche ich gar nicht. Da könnte ich noch ein paar Dörfer in Afrika mit aufbauen.« Der Schauspieler, der im vergangenen Jahr als Kandidat der Linkspartei Bundespräsident werden wollte, kneift die Augen zusammen und nickt zur Selbstbestätigung. Im Juni wird er 75 Jahre alt. Schwer zu sagen, ob Sodann die Realisierung seines Traums vom Bücherdorf Staucha je erleben wird. Aber das macht ihm nichts aus. Ideen muss man angehen, sagt er. Egal, in welchem Alter.

ZEIT MAG

Wolfram Siebeck über deutsches Brot, Seite 38

Was wir Journalisten anrichten

Nr. 16 14. 4. 2011

ZEIT MAGA

Wenn wir nicht aufpassen

Eine Selbstkritik

Ein Journalismusheft Nr. 16

Über uns selbst schreiben wir Journalisten eher selten – bitte keine Selbstbespiegelung, das will doch niemand lesen. In dieser Ausgabe legen wir die Zurückhaltung in eigener Sache ab. Denn Medien spiegeln nicht bloß die Welt, sie sind auch Akteure – unsere Worte und Bilder haben Macht, und nicht immer folgt daraus nur Gutes. Wir berichten, aber manchmal richten wir auch etwas an. Wie das passieren kann und was wir daraus lernen könnten, darauf versuchen wir auf den folgenden Seiten Antworten zu geben. Illustriert hat sie der Londoner Designer Thomas Traum

In diesem Spezial:

Die Jahrhundertkrise. Warum kaum ein Blatt den Finanzcrash kommen sah — Seite 10
Darauf bin ich nicht gerade stolz. Vier ZEIT-Redakteure gehen in sich — Seite 16
Guttenberg, Sarrazin, Köhler. Verstehen wir unsere Leser nicht mehr? — Seite 20
Das Gesetz des Boulevards. Was Opfer und Macher dazu sagen — Seite 26
Blog gegen Blei. Wie ein paar Bruchsaler ihr Lokalblatt das Fürchten lehren — Seite 32

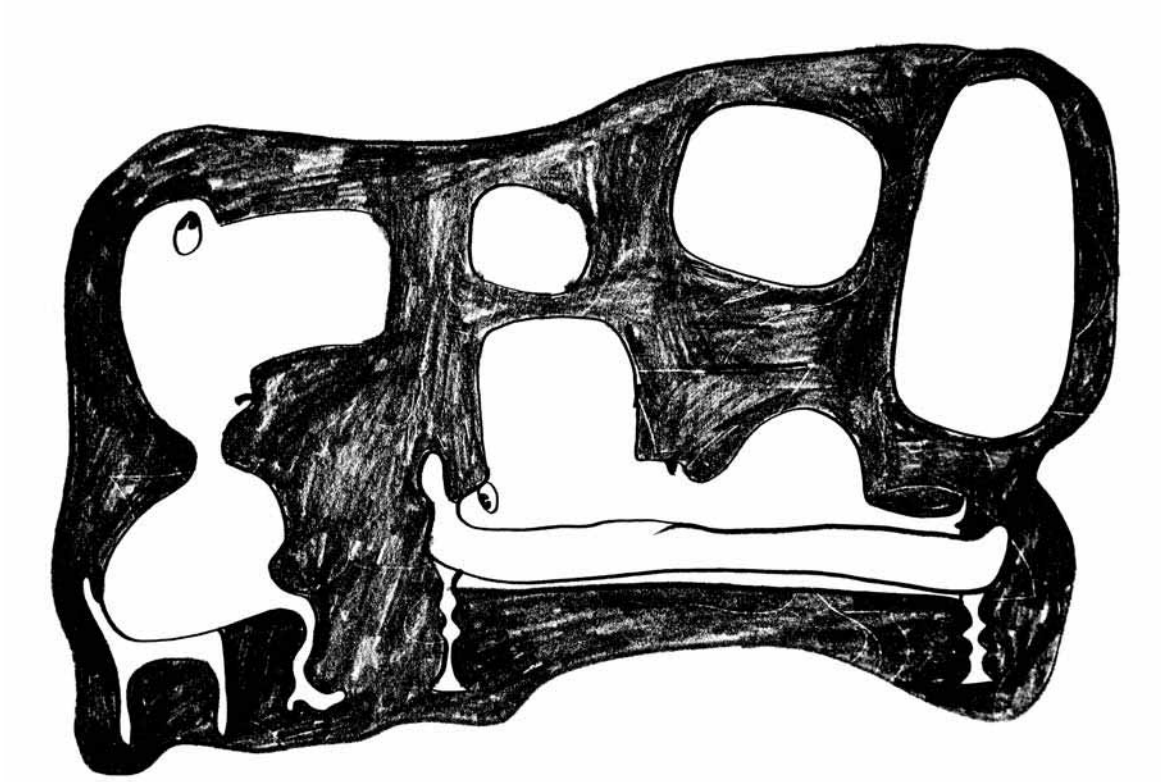
Außerdem in dieser Woche:

Martenstein über den Stresstest und andere moderne Mythen — Seite 6
Die Deutschlandkarte zeigt, wo uns welche Naturkatastrophen drohen — Seite 8
Die Gesellschaftskritik widmet sich Madonnas Pech beim Gutes-Tun — Seite 9

Titelillustrationen Thomas Traum und Carl Burgess / More Soon

Und so sieht unser Zeichner Ahoi Polloi die Welt

HARALD MARTENSTEIN



Über das Optimieren von Seelen, Betrieben, Atomkraftwerken: »Ich schlage ›Stresstest‹ als Wort des Jahres vor«

Man liest jetzt oft über eine neue Methode zur Verbesserung von Unternehmen, den Stresstest. Was nicht funktioniert, wird dem Stresstest ausgesetzt, zum Beispiel Banken oder Atomkraftwerke. Als Wort des Jahres schlage ich »Stresstest« vor. Man findet aber auch individuelle Stresstests im Internet. Ich habe einige ausprobiert. In einem Test für Manager, angeblich von einem der besten Managementberater der Welt, heißt es zum Beispiel: »Ihre Partnerin erzählt, dass sie mit einer neuen Sportart anfangen will und deshalb in einen Verein eintreten möchte. Was antworten Sie?«

Sie bieten drei Möglichkeiten an. Erstens: »Du kommst doch schon jetzt kaum zu deinen anderen Dingen.« Nummer eins ist überheblich und altväterlich. Zweitens: »Finde ich toll. Was hältst du davon, wenn ich mitmache?« Nummer zwei ist anbiedernd, unauthentisch und schleimig. Drittens: »Probier doch erst mal, dann siehst du, ob es sich lohnt, Geld für eine Mitgliedschaft auszugeben.« Ich halte Nummer drei für eine vernünftige Antwort und habe das angekreuzt. Bei der Auswertung habe ich aber gesehen, dass man für Nummer zwei die höchste Punktzahl bekommt. Um den Stresstest für Manager zu bestehen, muss man ein Schleimer sein. Im Testergebnis heißt es bei mir übrigens fast immer: »Sie sollten mit dem Haus- oder Betriebsarzt Ihre Situation durchsprechen.« Bei dem Gedanken, dass Stresstests für Atomkraftwerke ähnlich funktionieren wie die Stresstests für Manager, wird mir ganz anders. Schleimige Atomkraftwerke sind auch keine Lösung.

Gelegentlich soll ich auch in Redaktionen eine sogenannte Blattkritik verüben. Ich soll ihnen sagen, was mir an ihrem Produkt gefällt, was mir nicht gefällt, ich soll Verbesserungsvorschläge machen. In meinem Leben habe ich bestimmt fünfzig Mal in Redaktionskonferenzen die verschiedensten Zeitungen, Fernsehsendungen oder Magazine kritisiert, niemals ist ein einziger meiner Vorschläge verwirklicht worden, es wurde auch nie etwas von mir Kritisiertes verändert.

Vielleicht liegt es an mir. Mehrere Male habe ich etwas vorgeschlagen, das ich mir lange überlegt hatte, die versammelte Redaktionskonferenz brach daraufhin in schallendes Gelächter aus. Oder alle schauten mich auf einmal total böse an. Man sagt ganz harmlos: »Eure Zeitung ist wirklich nicht gut, besonders schlimm sind die Texte.« Und sie tun so, als hätte man sie persönlich beleidigt. Wieso? Das können trotzdem wunderbare Menschen sein, nicht jeder ist zum Zeitungmachen geschaffen. Die gleichen Redakteure sind vielleicht begnadete Liebhaber, aber dazu sollte ich mich ja nicht äußern. In einer Zeitung, in der ich regelmäßig Blattkritik machen muss, habe ich zehn Jahre lang einfach immer das Gleiche gesagt. Ich habe jedes Mal gesagt: »Ihr seid super, nur: Die Bundesligatabelle ist zu unübersichtlich.« Alle stimmten mir zu, ja, darum wollten sie sich kümmern. Sie hatten jedes Mal längst vergessen, dass ich das Gleiche schon beim letzten Mal gesagt hatte. Das private Gegenstück zur Blattkritik ist der Besuch beim Therapeuten. Der Therapeut sagt: »Sie sollten an sich arbeiten«, der Patient zahlt, geht nachdenklich nach Hause und bleibt, wie er war. Kritik, Therapie, Stresstest, das sind alles moderne Mythen. Es funktioniert manchmal, gewiss, aber das tun Placebos auch.

Meiner Meinung nach gibt es nur zwei wirklich wirksame Methoden, Betriebe zu verbessern, Fehlerquellen auszuschalten oder Abläufe zu optimieren. Methode eins besteht darin, Chef zu werden. Methode zwei ist, diesen Betrieb zu schließen.

Zu hören unter www.zeit.de / audio Illustration Fengel

HEITER BIS GLÜCKLICH

100 %

Sechs Bände, 2438 Seiten: Früher schrieb man Epen und Romane in dieser Länge, heute sind es KOCHBÜCHER – »The Modernist Cuisine« weiß alles übers Kochen (bei Cooking Lab)

Wir wollen einen bengalischen Tiger glücklich machen: Er bekommt 5 Prozent der Erlöse, die Chantecaille mit diesem sehr dekorativen MAKE-UP erzielt

Andreas Volleritsch und Oliver Wurm fragten sich: Läsen mehr Leute DIE BIBEL, wenn sie als Zeitschrift daherkäme? Bisher nur online bestellbar, jetzt am Kiosk: Das Neue Testament als Magazin

Die Brit-Band Elbow, deren neues Album »build a rocket boys!« soeben erschienen ist, weiß, was Deutschen gefällt: kommentierte SONGTEXTE, gestaltet wie ein Reclam-Heft

Der amerikanische Designer Josh Herman schafft KERAMIK, die aussieht wie aus der Requisite von »Mad Men« (www.joshherman.com)

Die israelische Sängerin YAEL NAIM lieben wir sowieso, seit es ihr gelungen ist, einen Song von Britney Spears so zu covern, dass er sich toll anhört. Jetzt erscheint ihr neues Album »She Was A Boy«

»Zellulitis ist wie die Mafia – wir behaupten einfach, es gibt sie gar nicht.«

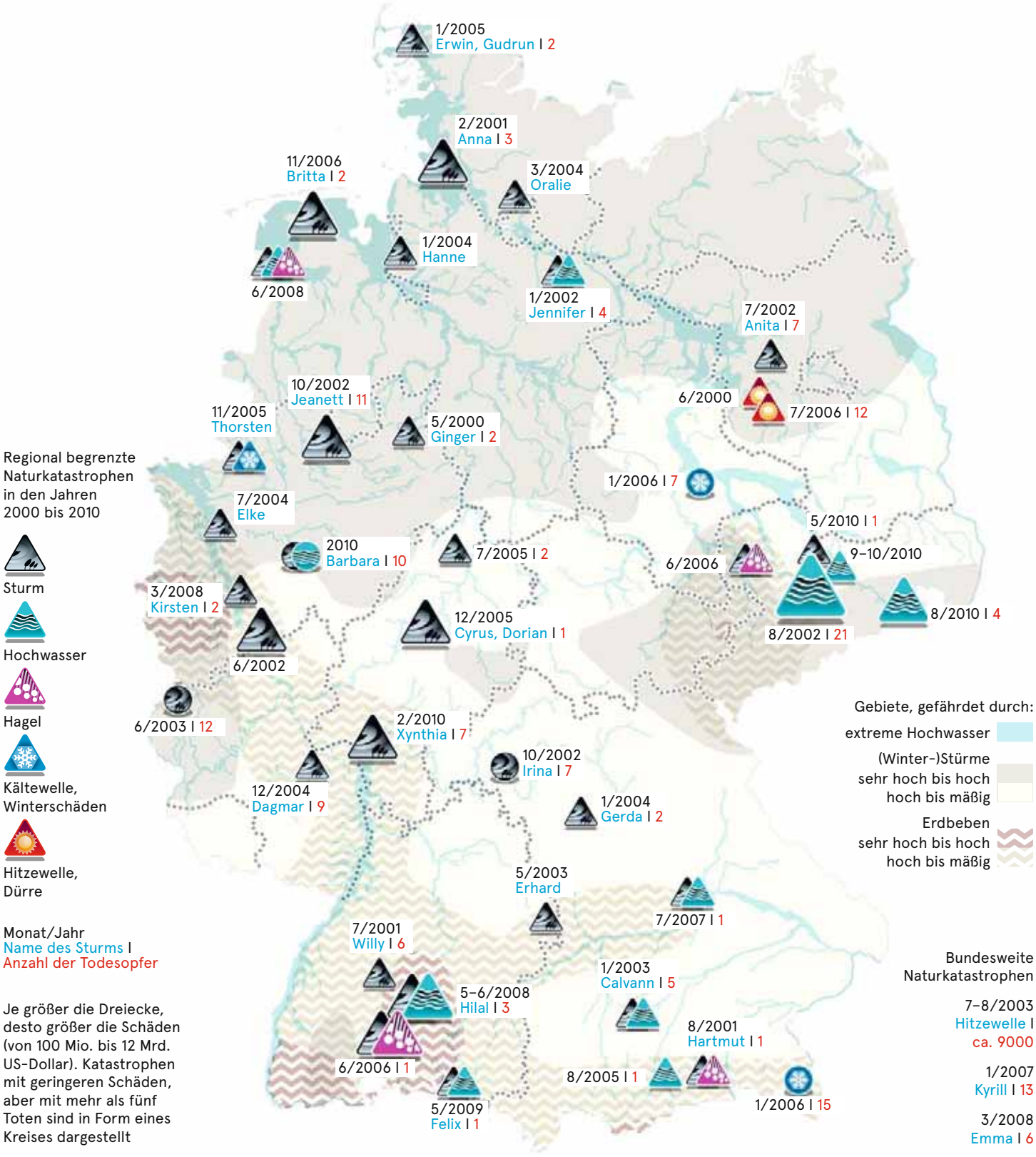
VALERIA DI NAPOLI alias PULSATILLA, Autorin des eben auf Deutsch erschienenen italienischen Bestsellers »Die Ballade der Trockenpflaumen«

Wer was zu sagen hat, schreibt's auf eine Stofftasche. Der BILD-BAND »Coole Stofftaschen« stellt die schönsten Modelle vor, gestaltet von 120 Illustratoren (Knesebeck Verlag)

Fotos Ryan Matthew Smith; Chantecaille Beauté; Youri Lenquette; bibelmagazin.de; Josh Herman Ceramics; Lucie Sheridan

Deutschlandkarte

NATURKATASTROPHEN



Regional begrenzte Naturkatastrophen in den Jahren 2000 bis 2010

Sturm

Hochwasser

Hagel

Kältewelle, Winterschäden

Hitzewelle, Dürre

Monat/Jahr
Name des Sturms |
Anzahl der Todesopfer

Je größer die Dreiecke, desto größer die Schäden (von 100 Mio. bis 12 Mrd. US-Dollar). Katastrophen mit geringeren Schäden, aber mit mehr als fünf Toten sind in Form eines Kreises dargestellt

Gebiete, gefährdet durch:

extreme Hochwasser

(Winter-)Stürme
sehr hoch bis hoch
hoch bis mäßig

Erdbeben
sehr hoch bis hoch
hoch bis mäßig

Bundesweite Naturkatastrophen

7–8/2003
Hitzewelle |
ca. 9000

1/2007
Kyrill | 13

3/2008
Emma | 6

Es wäre unvernünftig, jeden Morgen daran zu denken, was so alles passieren könnte. Dass die Erde beben, dass uns ein Ziegel erschlagen oder uns das Wasser bis zum Hals stehen könnte. Aber dann passiert ein Unglück wie in Japan, und man überlegt schon mal: Wie sicher ist unser Leben eigentlich? Die gute Nachricht: Wir sind recht sicher. Aber auch in Deutschland gibt es Gefahren. In der Eifel, bei Basel und im Vogtland in Sachsen drohen Erdbeben, die Menschen gefährlich werden können. Zwar gab es in den letzten zehn Jahren keine schweren Beben, trotzdem wird nun auch auf dieses Risiko geschaut, wenn die Atomkraftwerke überprüft werden. Im Norden drohen eher Stürme (weil die meisten Stürme von der Nordsee kommen) und eher Hochwasser (weil die Flüsse nach Norden fließen). Wer nun in den Süden ziehen will, weil das Leben dort sicherer ist, der sollte lieber die Gegenrichtung wählen. In Skandinavien ist man weltweit am sichersten. Keine Beben, kaum Stürme, kaum Hochwasser. Fast schon wieder langweilig. Matthias Stolz

 Illustration Jörg Block Quelle Nationalatlas aktuell, Leibniz-Institut für Länderkunde; H. Job und V. Bode Datengrundlage: Munich Re

Gesellschaftskritik

Madonna beim Golfen, sorry, bei der Entwicklungshilfe in Afrika

Über Ablasshandel

Geld allein tut nichts Gutes. Wenn es eines neuen Belegs für die alte Einsicht der Entwicklungshelfer bedurfte, hat ihn die Popsängerin Madonna nun geliefert. Von den elf Millionen Dollar, die sie aus eigener und fremder Tasche für eine Mädchenschule in Malawi gesammelt hat, ist dort nicht mehr angekommen als das, was für eine symbolische Grundsteinlegung nötig war. Symbolisch bedeutet in diesem Fall wirklich symbolisch. Nach dem ersten Spatenstich sei kein einziger Ziegel mehr auf der Baustelle des Hilfsprojekts zu sehen gewesen, schreibt die *New York Times.* Stattdessen sind schon einmal 3,8 Millionen Dollar spurlos versickert – das heißt ohne Spuren der beabsichtigten Hilfe. Spuren der Millionen gibt es wohl, sie führen aber zu den Autos, Büros und Golfclubmitgliedschaften, die sich Funktionäre des Projektes angeblich geleistet haben.

Geld allein tut nichts Gutes. Man muss auch mit dem Herzen dabei sein. Davon weiß die Bibel noch länger als die Entwicklungshilfe. Wäre Madonna mit dem Herzen dabei gewesen, dann hätte sie sich nicht nur um das prestigeträchtige Eintreiben der barmherzigen Kollekte gekümmert, sondern auch um die Durchführung des Projektes, zumindest um eine sachkundige Auswahl des durchführenden Personals. Dass sie ihren langjährigen Fitnesstrainer mit der Leitung betraute, zeigt die ganze Wurschtigkeit, um nicht zu sagen: ihr frivoles Desinteresse an der Sache.

Es ehrt Madonna, dass sie so etwas wie eine karitative Verantwortung für die Armen Afrikas empfindet; diese und andere Projekte, ebenso wie ihre umstrittenen Adoptionen zweier malawischer Kinder, könnten durchaus für ein unruhiges Gewissen sprechen, das schließlich nicht alle Reichen empfinden. Aber von der Verantwortung, wenn man sie einmal gespürt hat, und erst recht von einem schlechten Gewissen kann man sich nicht einfach freikaufen. Der moderne Ablasshandel mit dem Dritte-Welt-Engagement funktioniert genauso wenig wie der alte Ablasshandel der katholischen Kirche, der einst mit dem Slogan warb: »Wenn das Geld im (Sammel-)Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt.«

Nein, tut sie nicht. Die Seele, die sich von ihrer Sündenfurcht durch Geldspenden zu befreien sucht, legt nur Zeugnis von ihrer Bequemlichkeit ab – wenn nicht gar von dem eitlen Wunsch, vor der Welt zu glänzen. Das überzeugt im Himmel niemanden. Jens Jessen

Foto Tsvangirayi Mukwahzi / AP Images

MUSSTE DAS SEIN?

Nur wenige Journalisten haben vor der Finanzkrise gewarnt. Viele wussten vieles, aber es fehlte der Blick aufs Ganze. Eine Blattkritik

S.10

Von Heike Faller

Illustrationen Thomas Traum

Ein Wirtschaftsressortleiter: »Jemand wie ich hätte sich mehr darum kümmern müssen«

Es gibt Themen, die mögen Leser nicht. Und Journalisten mögen sie auch nicht. So kommt es, dass jahrelang lustlose Pflichtgeschichten darüber geschrieben werden. Ein solches Thema, das keinen so recht interessierte, waren Asset Backed Securities – drei Worte wie Chloroform: Wer kein Experte war, verlor sofort das Bewusstsein.

Um etwa zehn Jahre später wieder zu erwachen, in der schlimmsten Finanzkrise des Jahrhunderts. Genauer: im Jahr 2007, als Asset Backed Securities, ABS abgekürzt, den Zenit ihrer infernalischen Wirkung erreichten. Natürlich sind ABS an sich nicht böse. Sie sind nur eine mathematisch-juristische Konstruktion, die es den Banken ermöglicht, Kredite zu vergeben, ohne dafür zu haften. Sie trennen den Schuldner vom Gläubiger, das Risiko von der Haftung, den Kredit von der Kreditwürdigkeit. Den kalifornischen Landarbeiter, dem eine Villa finanziert wurde, von dem Sachbearbeiter, der das verantwortete. Verbriefte Kredite verhielten sich zur Finanzkrise wie die Kernspaltung zur Atombombe: Sie sind nicht die Ursache, aber ein unabdingbares Mittel.

Aber das wissen wir heute. Und die Frage ist: Hätten wir es schon damals wissen können, während der 15 Jahre, in denen ABS und andere Dreibuchstabenpapiere, mit denen auf ABS gewettet wurde, zum größten Renner der Finanzwelt wurden? Warum haben die Zeitungen, die Medien, haben wir Journalisten, die es jetzt ganz genau beschreiben können, nicht eher gewarnt? Wir hätten die Welt retten können und taten es nicht – aus Ahnungslosigkeit, Ignoranz oder was sonst?

Ihren ersten Auftritt in der deutschen Publikumspresse haben Asset Backed Securities 1997 im *Spiegel*. Dort ist zu lesen, wie David Bowie das neue Finanzinstrument nutzt, um Kapital zu besorgen. Von einer Zauberformel ist die Rede, die Mathematik bleibt naturgemäß im Dunkeln. Was hängen bleibt: Asset Backed Securities sind irgendwie modern. Kurz darauf folgt ein Artikel in der *FAZ*. Erster Satz: »Die deutschen Banken ringen derzeit mit dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen um die Rahmenbedingungen, mit denen in Deutschland ein Markt für neue Finanzprodukte entstehen soll.«

Die *ZEIT* beginnt ihre Berichterstattung über das neue Thema in den neunziger Jahren klischeegerecht: mit Friedrich dem Großen, dem Erfinder des Pfandbriefs. Vom Jahr 2000 an explodiert der Markt. Die *FAZ* beschreibt strohtrocken, wie spätere Pleitebanken Asset Backed Securities nutzen, um Risiken auszulagern: »Dadurch würden Banken wie die IKB von diesen Risiken entlastet, (...) erläuterte KfW-Vorstandssprecher Hans W. Reich die Grundidee.« Eine zutiefst problematische Grundidee, ersonnen von gierigen Provinzbankern, die auch mal im großen Casino mitspielen wollten. So würde man später darüber urteilen. Damals kein Grund zur Aufregung. Auch die *ZEIT* schrieb ganz gelassen über die neuen Zweckgesellschaften (»Bei der WestLB heißt sie Compass«).

Überhaupt musste, wer in jenen Jahren den Wirtschaftsteil der Zeitung nicht ungelesen beiseite legte, den Eindruck gewinnen, dass es sich bei den ABS um eine feine Sache handelte. Immer wieder wird von ihrer überdurchschnittlichen Rendite berichtet, ihrem segensreichen Einfluss auf Mittelstand und Bankbilanzen. Von Risiken und Nebenwirkungen ist manchmal im vorletzten Absatz die Rede, also da, wohin keiner je vordringt, der nicht Teil dieser Welt ist und ihre Sprache beherrscht.

Dabei sind verbriefte Wertpapiere – ABS und CDOs, zu denen ABS zusammengefasst wurden – längst eine große Sache. Bereits 2003 werden verbriefte Kredite im Wert von etwa 3000 Milliarden Dollar emittiert, 2006 sind es knapp 5000 Milliarden. Selten hat die Menschheit in so kurzer Zeit so viel Geld in ein neues Finanzprodukt investiert. Aber eine Geschichte ist das nicht. Jedenfalls keine große Geschichte, die Lesern ohne Vorbildung verdeutlicht hätte, was die riesigen, unkartierten *pools of money* mit ihnen zu tun hatten. Wer hätte gedacht, dass kurz darauf genau diese uninformierte Allgemeinheit für die Rettung des Systems bezahlen sollte?

Dabei war es nicht unmöglich, das zu erkennen. In Deutschland wird man aufmerksam, als Warren Buffett 2003 Derivate als »Massenvernichtungswaffen« bezeichnet. Ein bisschen jedenfalls. Zwischen 2000 und Ende 2006 findet man in einer Pressedatenbank in großen deutschen Zeitungen unter den Stichwörtern »Asset Backed Securities«, »Derivate/IWF«, »Derivate/Massenvernichtungswaffen«, »Buffett/Derivate« insgesamt ein paar Dutzend Artikel von zwei bis drei Spalten Länge, die das Risiko zum Aufhänger machen – in der *FAZ,* der *Financial Times Deutschland,* dem *Handelsblatt,* der *Süddeutschen Zeitung*, der *ZEIT.*

Das ist wenig. Und es wird der Wucht der nahen Krise nicht gerecht. Zumal eine Einordnung selbst für den interessierten Bürger schwierig gewesen wäre: Schließlich erscheinen im selben Zeitraum in denselben Zeitungen deutlich mehr Texte, die die Finanzinnovationen loben. Inzwischen werden sie auch vonseiten der Politik gefördert.

Und dann verhallt Buffetts Warnschuss wieder: Der *Handelsblatt*-Korrespondent Tobias Moerschen, der 2004 in mehreren Artikeln vor den Gefahren warnt, hört auf, darüber zu schreiben.

Auch auf der Geldseite der *ZEIT* schreibt damals ein Kollege namens Thomas Hammer in klaren deutschen Worten über die Probleme mit Kreditderivaten. An derselben Stelle warnt Heike Buchter, damals freie Mitarbeiterin in New York. Anfang 2005 bringt das *manager magazin* eine lange, kritische Geschichte, die detailgenau ist, ohne das große Ganze aus den Augen zu verlieren. Doch ein Pflichtthema, auf das in Redaktionskonferenzen gedrungen wird (»Was schreiben *wir* dazu?«), wird nicht daraus.

Größere Stücke, die die einzelnen Punkte zu einem Bild verbinden, erscheinen erst vom Spätsommer 2006 an – etwa in der *ZEIT,* im *Spiegel,* in der *Wirtschaftswoche*. In der *Le Monde Diplomatique,* die der *taz* beiliegt, schlägt der damals 74-jähriger Historiker Gabriel Kolko den großen Bogen, der mit einer großen Wirtschaftstheorie beginnt und mit Finanzderivaten endet.

Ein paar Monate später war es auch schon so weit: Die Immobilienpreise sanken, die Märkte für ABS und CDOs froren ein. Die Finanzkrise hatte begonnen, der Tsunami, wie sie genannt wurde, weil sie die Welt überraschte wie eine Naturkatastrophe. Aber das war sie nicht: Banken, Politiker, Rating-Agenturen, Theoretiker hatten über Jahre zusammengewirkt am größten Korruptionsskandal des Jahrhunderts. Und die Zeitungen? Hatten es nicht geschafft, die Öffentlichkeit zu alarmieren.

Journalisten suchen übrigens nicht nach der Wahrheit, sondern nach Geschichten. Eine Geschichte ist eine Geschichte, wenn sie der Wahrheit von gestern widerspricht oder sie zumindest auf eine interessante Weise fortspinnt. Egal, ob es um Klimaerwärmung, Kindererziehung oder den FC Bayern geht. Der Wirtschaftsredakteur, der sich in den neunziger Jahren für freie und weltweite Finanzmärkte begeisterte, erzählte auch eine neue Geschichte. Sie handelte davon, wie sich die Nachkriegsweltordnung auflöste, die noch vom Schock der Weltwirtschaftskrise und des Weltkriegs geprägt war. Ihre Botschaft: Die Zeit der Vorsicht ist vorbei. Das ist sogar eine große Neuigkeit, und viele Geschichten, die

Ein Chefredakteur: »Wenn ein Meinungsstrom in eine Richtung geht – dem können Sie sich nicht verschließen«

Ein Finanzmarkt-Experte: »Ich habe auf Hedgefonds geguckt. Ich dachte: Irgendwo da bricht es«

seit dem Ende des Kommunismus geschrieben wurden, speisten sich aus dieser Quelle.

Wer einmal so gesinnt war, stand Finanzinnovationen aufgeschlossen gegenüber. Weil: Es gibt in dieser Welt keinen Staat, das Geschäft fand oft außerhalb der Bilanz statt, frei von Eigenkapitalvorschriften, die das Risiko im gesellschaftlich akzeptierten Rahmen gehalten hätten. Der Markt regelt das, sagten die Neoliberalen, im Preis steckt zu jedem Zeitpunkt die Schwarmintelligenz aller Marktteilnehmer, die größer ist als die von ein paar Regulierern.

Von einigen einflussreichen Wirtschaftsredakteuren hieß es nach der Krise, sie seien eben marktgläubig gewesen. Oder einfach: große Deuter des Weltgeschehens, die das große Ganze beschrieben und dabei die Details übersahen. (Zum Beispiel die Beipackzettel einer Asset Backed Security, die mehrere hundert Seiten umfassen.) Rainer Hank, Ressortleiter Wirtschaft der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung,* einer der intellektuellen Köpfe des deutschen Liberalismus, will zu dem Thema kein Interview geben. Er teile, schreibt er, nicht die Prämisse der Geschichte, dass »böse ABS« die Finanzkrise verursacht hätten. Gabor Steingart, der beim *Spiegel* immer wieder prominent gegen zu viel Staat schrieb, äußert sich nicht zu unserer Anfrage.

»In vielen Punkten bin ich für Deregulierung«, sagt Nikolaus Piper, New-York-Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung,* damals Ressortleiter Wirtschaft. »Aber die war, was die Finanzmärkte betrifft, einfach fehlgesteuert. In der Redaktion gab's die Finanzmarktspezialisten und die Makro-Leute. Wir haben das einfach nicht zusammengebracht. Jemand wie ich hätte sich mehr drum kümmern müssen, was da passiert.« Außerdem sei er abgelenkt gewesen, die Gefahr habe er eher im US-Handelsdefizit vermutet.

Und das überraschend gute Risiko-Rendite-Verhältnis der ABS, das immer wieder gelobt wurde? Hätte man darüber nicht stolpern müssen, verbirgt sich hinter solchen Behauptungen nicht der faule Zauber, der jeder Finanzkrise zugrunde liegt? »Man liest das zehnmal am Tag, und irgendwann überliest man es«, sagt Piper.

Und ältere Kollegen? Wechselten irgendwann die Seiten: »Wir haben das anfangs eher mit Skepsis betrachtet«, sagt Wolfgang Kaden, 1940 geboren, Volkswirt, früher *Spiegel*-Chefredakteur und von 1994 bis 2003 Chefredakteur des *manager magazin.* »Aber als man sah, was da freigelegt wurde – da wurden ja gewaltige Wachstumsimpulse freigelegt –, haben wir das unterstützt. Sie sind ja als Journalist hoffentlich ein offenes System. Sie gehen raus, reden mit Leuten, und wenn da so ein Meinungsstrom in diese Richtung geht: Dem können Sie sich nicht verschließen.«

Robert von Heusinger, damals Finanzmarkt-Korrespondent der *ZEIT,* glaubt, dass seine Redaktion nicht an der Ideologie gescheitert sei. »Ich habe immer für mehr Regulierung plädiert«, sagt der 43-Jährige, heute stellvertretender Chefredakteur der DuMont-Redaktionsgemeinschaft. »Ich habe auf die irren Renditeerwartungen von 25 Prozent bei den Banken geguckt, auf Währungswetten und Hedgefonds. Ich dachte: Da irgendwo bricht es. Asset Backed Securities galten nicht groß als gefährlich. Dass die Banken da am Ende überhaupt nicht mehr in der Haftung waren, das wusste ich nicht. So hatte ich das nicht gelernt.«

Es gab Störfälle, die Anlass für einen *reality check* hätten sein können. 2002 geht in Amerika der erste ABS-Emittent pleite, eine Allianz-Tochter ist in Mitleidenschaft gezogen. Wenig später warnt ein Mitglied der US-Notenbank vor den späteren Katastrophenbanken Fannie und Freddie. 2003 sprach dann Warren Buffett deutliche Worte.

Tobias Moerschen, damals 30, war gerade Korrespondent des *Handelsblatts* in New York geworden. Er konnte Buffetts Warnung nicht einschätzen, aber die Story lag auf der Hand: Börsenguru warnt vor Megamarkt. Moerschen setzte drei Geschichten ab, im Ressort »Finanzzeitung«. Pro und Contra, vor allem Contra, gut lesbar, aber natürlich unmöglich einzuschätzen für Leser, die keine Experten sind. Eine eigene Einordnung, eine tiefe Recherche war es nicht. Tobias Moerschen sagt, ohne Ironie, dass ihn keiner daran gehindert hätte, das zu tun – nachts. Vormittags habe er in jenen Tagen etwa zwei Artikel geschrieben. Nachmittags habe er dann Zeit für »Freischwimmer-Geschichten« gehabt, für die er ein paar Tage, manchmal auch mehr, recherchieren konnte.

»Das habe ich eine Handvoll Male gemacht, für große Themen mit großen Namen. Aber für eine abstrakte Geschichte nach dem Motto: ›Das könnte böse enden, aber vielleicht auch nicht‹? Das vorherzusehen, das hat die Kapazitäten der besten Professoren und Praktiker überschritten. Ich würde das nicht von einem kleinen Journalisten erwarten.« Später machte er dann ein Interview mit dem amerikanischen Wirtschaftsprofessor Robert Shiller, der vor einer neuen »Blase« warnte. Interviews kosten wenig Zeit, und amerikanische Akademiker sind gut darin, abstrakte Themen für die Allgemeinheit zu übersetzen. »Den können Sie einfach reden lassen«, sagt Moerschen.

New York, ein Großraumbüro am Central Park, mit diesen grauen Arbeitswaben, wie man sie aus dem Film *Watergate* kennt, der die wahre Heldengeschichte zweier Journalisten erzählt, die einen Präsidenten stürzen. Der Gründungsmythos vom Journalismus als vierte Gewalt. Hier sitzt Dean Starkman und fragt sich, was anders geworden ist. Der 52-Jährige ist Wirtschaftsredakteur bei der *Columbia Journalism Review,* die von der Columbia School of Journalism herausgegeben wird. Hier wird der Pulitzer-Preis gehütet, der Gral des Journalismus.

Starkmans Interesse gilt nicht der Exzellenz einiger weniger, sondern dem Versagen fast aller. Er hat ein paar Tausend Wirtschaftsberichte in neun amerikanischen Zeitungen gesichtet, Fazit: »Sie haben die systemische und systematische Korruption der Hypothekengeber und ihrer Finanziers an der Wall Street nicht begriffen. Stattdessen haben sie sich auf die üblichen Porträts der Finanzindustrie konzentriert.«

Das schreibt er unter anderem der Tatsache zu, dass die amerikanischen Zeitungen, bedrängt durchs Internet, selbst in der Krise gewesen seien und deshalb zu verunsichert, um dem militant-bankenfreundlichen Klima der Bush-Jahre zu widerstehen. »Es gibt großartige Geschichten über die Wall Street, *Den of Thieves* oder *Predators' Ball*. Aber das sind Bücher, nichts, was man als investigativen Journalismus bezeichnen könnte. Ich frage mich, ob die Wall Street jemals die Behandlung bekommen hat, die andere Branchen zuteil wurde, der Tabakindustrie zum Beispiel. Und die Frage, an der ich arbeite, heißt: Was hindert den Wirtschaftsjournalismus?«

Starkman schreibt an einem Buch über das Thema, das nicht groß werden wollte. Seine wichtigste These hat nichts mit Ideologie zu tun oder mit Recherchezeit: »Mein Ansatz ist, dass die Perspektive zu eng ist, dass die meisten Berichte die Fragestellungen der Wall Street übernehmen, wie ihre Strategien aufgehen und solche Dinge. So entsteht ein Konsens darüber, was smart ist. Und smart ist, was deine Kollegen für smart halten. Aber es ist eine Definition von smart, die sich an dem Interesse von Insidern orientiert.«

Was das bedeutet, kann man täglich in jedem Wirtschaftsteil besichtigen: Mini-Scoops

Ein Korrespondent: »Das vorherzusehen hat die Kapazitäten der besten Professoren überschritten«

Eine Finanzmarkt-Korrespondentin: »Derivate? Schlagen Sie das mal einem Chefredakteur vor«

die nur die Branche versteht, Handlungsstränge, die sich erst erschließen, wenn man über Monate mitliest und keine einzige Folge verpasst. Dean Starkman schreibt dies der Tatsache zu, dass Wirtschaftsjournalisten eine ziemlich geschlossene Gesellschaft bilden: »Es gibt die, die drin sind und deren Tendenz es ist, andere Leute fernzuhalten. Zum Teil, weil sie nicht wollen, dass jemand fragt, wie sie ihren Job machen. Und wenn es jemand tut, wird er der Ignoranz, Vereinfachung, Dummheit beschuldigt. Das ist eine harte Waffe. Und es braucht eine ungewöhnliche Person, um das auszuhalten.«

Er fand solche Ausnahmetalente: Mike Hudson, ein Mitarbeiter der *Los Angeles Times,* der über Jahre die Halbwelt im Hinterland seiner Zeitung beschrieb, in der Dealer Überdosen an Kredit an Arme verteilten. Oder Gillian Tett, Finanzmarktredakteurin der britischen *Financial Times,* die früh vor Derivaten warnte. Tett hatte Ethnologie studiert und betrachtet die Finanzcommunity wie einen fremden Stamm, den es in seiner Gesamtheit zu erforschen gilt.

2004 tat sie etwas sehr Mutiges: Sie stellte sich dumm. Sie bat einen Kollegen, ihr aufzumalen, wie die einzelnen Teile der Londoner Bankenwelt eigentlich zusammenhingen. »Ich habe als Ethnologin gelernt, dass man, um eine Gesellschaft zu verstehen, nicht nur die Teile betrachten muss, über die alle reden, in diesem Fall die Aktienmärkte oder die großen Fusionen, sondern auch die sozialen Schweigezonen.« Sie fand: Derivate. ABS und CDOs und CDS, Themen, bei denen ihre Kollegen regelmäßig glasige Augen bekommen hätten. »Viel Platz bekam sie nicht«, sagt Starkman. Klar: Das Thema war Kassengift in hoher Konzentration. Abstrakt, gesichtslos und pessimistisch. Schwer zu erklären.

Mit diesen Schwierigkeiten kämpfte auch Heike Buchter, die Prophetin in der eigenen Zeitung, die 2004 ihre erste Geschichte über das Thema schrieb. Darin stand, unglaublicherweise, alles, was man wissen muss: zwei amerikanische Hypothekenbanken, Fannie und Freddie genannt, die in großem Stil ABS über die Welt verteilen, was, bei einem Sinken der amerikanischen Immobilienpreise, zu einem »weltweiten Beben an den Finanzmärkten« führen würde. Im Nachhinein ist die Geschichte ein Knüller. Damals lief sie auf der »Geld-Seite« der *ZEIT*.

Immerhin. Andererseits, wäre es nicht eigentlich ein Riesenthema gewesen? Einer der größten Märkte der Welt – eine Art Zeitbombe? Vielleicht sogar eine Titelgeschichte, zehn, zwanzig Recherchetage? Sie habe damals mindestens einen Monat Recherche in das Thema versenkt, sagt die Kollegin. Aber von einem großen Auftritt hat sie nicht zu träumen gewagt. »Mit Derivaten? Schlagen Sie das mal dem Chefredakteur vor. Offen gestanden hatte ich das Gefühl, dass wir Finanzjournalisten unter Ausschluss der Öffentlichkeit arbeiten: von Experten für Experten.«

Auch offen gestanden: Man versteht diese Berichte oft nicht. Selbst wenn sie »flott geschrieben«, metaphernreich und so weiter sind: Die größeren Zusammenhänge erschließen sich, auf den 200 Zeilen, die Finanzgeschichten im Allgemeinen eingeräumt werden, nicht. Selbst wenn sie im Nachhinein als Highlight der Finanzberichterstattung gelten. Heike Buchter sagt, dass sie oft Monate damit verbringe, sich in ein Thema einzuarbeiten – wenn man wieder auftauche, sei es schwer, drei Schritte zurückzutreten. Dass ihre Stücke oft von Anwälten gegengelesen werden müssen, führe nicht unbedingt zu verständlicheren Texten.

Und die, die selbst aus dem Detailgewirr der Derivate eine große Erzählung machen könnten? Reporter mit unerschöpflichen Spesenaccounts und erzählerischen Fähigkeiten, die Zahlen zum Leben erwecken können? Wussten nichts davon und wollten es auch nicht wissen. Wirtschaftsthemen galten vor der Finanzkrise in Deutschland als unsexy; eine große Reportage zu schreiben bedeutete bis vor wenigen Jahren, die Welt aus der Perspektive von Machtlosen und Unterprivilegierten zu betrachten, nach unten zu blicken statt nach oben. Auch ist die Dramatik dort meist schneller zu begreifen.

Dass eine Gruppe von Reportern auf ein komplexes Thema angesetzt wird, kommt seit dem 11. September häufiger vor – aber nur, wenn die Katastrophe passiert ist. Ein einzelner, der sich, sagen wir 2005, wochenlang hätte freinehmen wollen, um sich in die Welt der Derivate zu begeben, hätte sich seiner Sache schon sehr sicher sein müssen. Denn wäre er mit leeren Händen wiedergekommen oder hätte um fünf weitere Wochen Recherchezeit gebeten (weil das alles so kompliziert ist), dann hätte er ein Problem gehabt.

Mit dem Journalismus ist es wie mit dem Investieren. Es ist schwer, gegen den Mainstream zu arbeiten. Das hat nichts mit Ideologie zu tun. Es hat nicht einmal etwas mit Wirtschaftsjournalismus zu tun. Es hat damit zu tun, dass wir alle, auch unsere Leser, Nachrichtenzyklen unterliegen, die dafür sorgen, dass bestimmte Ideen jahrelang fast unpublizierbar sind – zu merkwürdig, zu schwer verdaulich, irgendwie aus der Zeit gefallen.

Man kann das am Yoga erklären: Zwischen 1980 und 2000 galt Yoga als Hippie-Sache. Egal, wie toll seine Wirkung: Eine Geschichte war es nicht. Erst als zwei Dinge zusammenkamen – ein wachsendes Interesse an Spirituellem und eine Verwestlichung des Yoga –, konnte man in einer Mainstream-Zeitung darüber schreiben. Und plötzlich (denn auch die Wissenschaft unterliegt solchen Zyklen) gab es Untersuchungen, die die positiven Effekte des Yoga nachwiesen. Was wiederum den Journalisten hilft, ihre Geschichten zu verkaufen und das Interesse an Yoga weiter verstärkt. Diese Welle wird noch ein paar Jahre anhalten – bis sie bricht.

Dann werden die einzigen Geschichten, die man noch über Yoga hören will, von bösartigen Yogalehrern handeln, von Yogaverletzungen oder besser noch: Yogatoten. Das ist (öffentliche Personen wissen es) eine starke Dramaturgie, viel stärker, als Medien sie je schaffen könnten. Oder andersherum: Eine Redaktion, die keinen Respekt vor der Welle hat, die zu weit vorn oder zu weit hinten ist, wird nicht erfolgreich sein. Gegen die Welle anzuschreiben ist nicht unmöglich. Aber Spaß macht es nicht. Es gibt keine »amerikanischen Wissenschaftler«, die Beweise liefern, keine Leser, keinen Platz, und es erscheint auf Seite 28 unten.

Heike Buchter sagt, intern seien ihre Geschichten damals gut angekommen. Die Redaktion machte sie zur Wirtschaftskorrespondentin, eine Möglichkeit, sich wochenlang in Akten einzuwühlen, Geschichten hinter den Zahlen zu finden, statt nur hinter den großen Namen der Wall Street.

Sie vertiefte sich in Hedgefonds, Private Equity, Computerhandel. Das Thema ABS verlor auch sie aus den Augen. Schließlich sei ja auch nichts passiert. Erst Ende 2006 recherchierte sie wieder dazu – und schrieb eine Geschichte über Kreditverbriefung, die mit einem New Yorker Hausbesitzer begann und bei Banken in Deutschland endete. Das sei eine schöne Zeit gewesen, die Blütezeit des investigativen Finanzjournalismus, auch wenn heute das Interesse an ihrem Thema bei den Lesern schon wieder am Abflauen sei. Zumindest wenn nicht das Wort »Derivate« in dem Text auftauchte. Dabei lägen die Probleme inzwischen ganz woanders. Und wo?

Das sei eine lange Geschichte, sagt Heike Buchter. Sie ist abstrakt, kompliziert, und keiner will sie hören.

ZEITMAGAZIN
NR. 16

Ein Journalismusforscher: »Wenn jemand dumme Fragen stellt, wird er der Ignoranz beschuldigt«

IN EIGENER SACHE

Journalisten haben einen Ruf zu verteidigen: Der Wahrheit verpflichtet, auf der Seite der Schwachen, und das alles auch noch gut geschrieben. Vier Berichte aus unserer Praxis

S.17

Der Reporter, ein undankbarer Gast

Es ist sechs Jahre her, dass ich die Familie T. zuletzt gesehen habe, aber ich erinnere mich gut an sie. »Der Jörg von der *ZEIT* ist da!«, rief Herr T., als ich wieder einmal zu Besuch in die kleine Erdgeschosswohnung am Rand Berlins kam, ich war zum Mittagessen eingeladen. Herr T. hatte gekocht, er war als Handwerker gerade arbeitslos. Es gab Kassler und Kartoffelpüree. Dann saß ich mit den T.s und ihrem jüngsten Sohn im Wohnzimmer, stellte Fragen und machte Notizen. Sie ahnten nicht, dass Journalisten sich für solche Freundlichkeiten nicht unbedingt erkenntlich zeigen.

Ich fand die T.s sympathisch: normale Leute, ohne die Glätte der Mächtigen und Funktionsträger, auf die man als Reporter häufig trifft. Sie lachten gern über sich selbst – Vater, Mutter, Sohn witzelten über ihre größte gemeinsame Schwäche: Sie waren zu dick. Viel zu dick sogar. Und weil man das immer vor Augen hatte, nahmen ihre Witze einem etwas von der eigenen Befangenheit. So ließen die T.s auch den Druck aus dem mit Schuld und Scham besetzten Thema.

Herr T. grinste und lud sich den Teller voll. »Ich war als Kind schon pralle.«

»Biste heute noch!«, rief der Sohn, er klatschte sich auf den Bauch.

Ich hatte die T.s über eine Ärztin kennengelernt, die dicken Kindern beim Abnehmen hilft. Ihr Sohn P. war elf Jahre alt und wog 80 Kilo. Er war jenes deutsche Kind, dessen Anblick Politiker im Jahr 2005 in Aufregung versetzte: Jedes fünfte Kind sei zu dick, hatten Statistiker herausgefunden, und es sah so aus, als würde das ganze Land über kurz oder lang fett und schlaff werden. In der Küche der T.s schien es um unser aller Zukunft zu gehen. Deshalb besuchte ich die T.s ein Jahr lang immer wieder, dann schrieb ich meine Eindrücke auf.

In der Redaktion wurde der Text gelobt. Die Familie T. habe ich nicht gefragt, wie sie ihn fand. Ich hatte sie öffentlich ausgestellt, zwar mit verändertem Namen und einem Foto, auf dem selbst Nachbarn den Sohn nicht erkennen konnten, aber doch auf der Basis freundlicher Begegnungen – ein leises Unbehagen hielt mich von einem Anruf ab. Könnten sie die Reportage als Beleidigung empfunden haben, diesen kalten Blick auf sich selbst? Weitere Fragen bohrten, auch beim Schreiben anderer Texte: Was macht man als Journalist mit den Menschen, über die man schreibt? Was bildet man da mit welchem Recht und welchen Folgen ab?

Journalisten sprechen oft von der nötigen »Zuspitzung«. Sie meinen Dramatisierung. Jede Beschreibung ist nur ein Splitter der Realität, vielleicht sähe ein Zweiter im selben Moment etwas ganz anderes. Der Reporter ist immer im Zwiespalt: Er sucht das Farbige, Aussagekräftige, und zugleich müssen seine Sätze der Wirklichkeit gerecht werden. Was ist noch vertretbar, was schon zu viel? Und wieweit verpflichten Höflichkeit und Fairness gegenüber Menschen, die sich einem geöffnet haben? Das richtige Maß muss man finden. Bei Mächtigen können ganz andere Maßstäbe gelten als bei Leuten von nebenan. Ältere Kollegen geben gern den Rat, in jedem Fall so zu schreiben, dass man den Porträtierten ohne schlechtes Gewissen unter die Augen treten kann. Da muss was dran sein.

Die Reportage *Schweres Los*, in großem Abstand wieder gelesen: Das Drama eines dicken Jungen, der eigentlich keine Chance hat, auch weil seine Eltern ihm das Dicksein als ausweglos vorleben. Eine Geschichte, die beim Leser kalkuliert Wirkung erzielt, weil dieser Junge wohl in jedem von uns ist: da, wo wir scheitern, ohne recht zu wissen, warum.

Die Familie ist nicht unsympathisch dargestellt, aber die Autorenkamera zeigt ausgiebig das Desolate. Wie die T.s über ihr Leid hinwegreden, es gar nicht als solches sehen. Trotzdem ist der Eindruck jetzt: Da ist etwas zu schwarz-weiß gezeichnet. Die kleinbürgerliche Familie auf dem Sofa wird ausgestellt »in riesigen Sweatshirts, die sie trotzdem ganz ausfüllen«. Wo ist all das, was den Autor einmal für sie eingenommen hat? Es fehlt eine Schattierung. Haben die T.s sich in dieser Beschreibung am Ende halbwegs wiedergefunden oder den Autor verflucht?

Nun also doch: ein Anruf bei der Familie, sechs Jahre später. Es meldet sich P., der Sohn, seine Stimme ist viel tiefer als damals. Er muss heute 17 Jahre alt sein. Er erinnert sich sofort. Wie er den Artikel fand?

»Gut«, brummt er. Mehr sagt er nicht, aber er wird ja auch überrumpelt. Er holt seine Mutter ans Telefon. »Der Artikel war nicht ganz so, wie ich ihn mir erhofft hatte«, sagt sie freundlich. Aber sie erinnere sich nicht genau. Ob man ihn noch mal schicken könne?

Ein zweiter Anruf, ein paar Tage später. Frau T. hat der Familie laut vorgelesen.

»Wir haben uns köstlich amüsiert«, sagt sie und lacht. Im Ernst? »Na ja, manche Sachen waren schon komisch geschrieben, und manche passten nicht zu uns. Da war so ein vorwurfsvoller Ton. Und gar nichts über unseren Zusammenhalt. Es ist uns doch nicht egal, dass wir dick sind, so haben Sie uns aber dargestellt. Manchmal haben wir uns gedacht: Das sind nicht wir.«

Jörg Burger ist Redakteur beim ZEITmagazin

Die Fehler des Porträtisten

Mein letztes Porträt, es erschien vor einem Monat im Feuilleton, hatte Gaston Salvatore zum Gegenstand. Er ist ein mittlerweile wenig bekannter, aber in jeder Hinsicht großartiger Schriftsteller, er gehörte zur Speerspitze der Studentenrevolte und war Rudi Dutschkes bester Freund. Salvatore stammt aus Chile, lebte aber, bevor er nach Venedig zog, lange in Deutschland, zu dem er ein etwas gespanntes Verhältnis hat. Ein Mann großbürgerlicher Herkunft, mit raumgreifenden und zugleich eleganten Gesten, der von der deutschen Kritik stets angegangen wurde als Blender und Verführer. Seine deutschsprachigen Werke wurden häufig bestenfalls ignoriert, man hatte ihn aus dem Kulturleben, wie mir schien, auf unfaire Weise verbannt.

Das Porträt handelte also vom schwierigen Umgang der Deutschen mit einem Chilenen. Salvatore erzählte bei unserem Interview in Venedig, dass er bald einen Roman schreiben werde mit dem Titel »Der Lügner«. Er beabsichtige, den Roman auf Spanisch abzufassen, obgleich er lange Zeit beinahe ausschließlich auf Deutsch geschrieben hat. Mein Artikel *Der Verdammte* schloss also folgendermaßen: Salvatore habe jedenfalls die Absicht, bald einen Roman zu schreiben. Diesmal nicht auf Deutsch. Sondern auf Spanisch. Der Arbeitstitel laute: »Der Lügner«.

Das war keine Lüge. Und doch plagt mich eine leise innere Anklage. Am Ende des Artikels zu sagen, Salvatore schreibe nicht mehr auf Deutsch, legt nahe, dass er derart von den Deutschen enttäuscht sei, dass er darum auf Deutsch nicht mehr schreiben möchte. Das weiß ich, offen gesagt, gar nicht so genau. Ich weiß, dass es stimmt, dass er den Roman auf Spanisch und nicht auf Deutsch schreiben möchte. Aber vielleicht möchte er nur sozusagen zur Abwechslung mal auf Spanisch schreiben. Ich hatte das nicht erfragt. Ich gestehe. Es passte eben so hervorragend, am Ende des Artikels die Enttäuschung über sein Wahlland mit der Abweisung der deutschen Sprache überhaupt noch zu steigern. Als Gipfel der Ablehnung alles Deutschen sozusagen. Nicht dass dies von mir behauptet worden wäre, aber es wurde nahegelegt. Diese Art von Nahelegen bestimmter Zusammenhänge (jeder Porträtist kennt diese Strategie) ist unvermeidlich und gemein zugleich.

Porträts sind womöglich die tückischste, da anmaßendste Gattung. Die Verantwortung ist groß: Man interpretiert ein ganzes Leben, und der Artikel ist für immer in der Welt. Und da er auch noch gut sein soll (vor allem soll er »rund« sein), wird das Leben auf eine These hin zugespitzt. Porträts sind häufig eine Gattung, in der gelogen wird, ohne dass man lügt: Man verschweigt Gesagtes, ordnet Szenen geschickt an, tilgt Widersprüche. Es gilt bei Porträts die traurige Regel: Je ausgewogener das Porträt, desto unspektakulärer ist es. Allergrößte, himmlische, unerreichte Porträtistenkunst wäre es, mit dieser Regel zu brechen.

Adam Soboczynski ist Redakteur im ZEIT-Feuilleton

Schönschreiben wird überschätzt

Manchmal am Laptop steigt ein schales Gefühl auf, das den eigenen Text plötzlich fremd macht und, wenn es gut geht, zu der Frage leitet: Was tust du da? Wohin versteigst du dich gerade? Schreibst du etwas, das jemanden da draußen interessieren könnte (ein guter Text ist immer ein Brief an jemand Bestimmten), oder schraubst du dich in Textgewinde hinein, in denen nur mehr deine inneren Stimmen widerhallen?

Zu den Tugenden, die wir Journalisten uns zugutehalten und die in den Preisbegründungen unserer Jurys regelmäßig auftauchen, gehört die Genauigkeit der Beobachtung und der Sprache. Zu den Untugenden, deren wir uns ab und zu befleißigen, gehört eine Pseudogenauigkeit, die ermüdet. Man kann einen Menschen so übergenau beschreiben, dass die Wahrheit über ihn verdampft. Man kann so schalldicht schön schreiben, dass die Verliebtheit in den eigenen Text dessen zentraler Gegenstand wird.

Welche Themen suchen wir eigentlich, welchen Ton schlagen wir an – was ist das journalistische Ideal unserer Zeit? All die jungen Kollegen, die es in diesen Beruf zieht, in wem erblicken sie ihre Helden, wie und was wollen sie werden?

Die Antwort lautet: Sie wollen Reporter werden. Sie erblicken ihre Helden in Reportern, in solchen zumal, die gemeinhin als literarische Reporter gelten. Das schöne Schreiben möglichst langer Texte ist ihr Ideal, sie streben zum Schönschreiben hin. Ich finde das bedenklich, zumindest aber des Nachdenkens wert. Denn das Phänomen ist keine flüchtige Modeerscheinung, es beherrscht das Milieu seit Langem. Was das über uns aussagt? Dass uns oftmals die Form wichtiger ist als der Inhalt.

Die hundertdreiundzwanzigste Nahaufnahme eines Hartz-IV-Empfängers, hypersensibel, gesichtsfaltengenau. Das hundertvierundzwanzigste Porträt eines jungen Straftäters, ganz nah dran, bis hinein in den Jargon, der übergreift auf den Autor, ihn beglaubigend in seiner Straßen-Authentizität. Man mag einwenden: Geschenkt, längst erkannt, so was drucken wir nicht mehr.

Aber erstens stimmt das nicht. Nur die wenigsten drucken es nicht mehr. Und zweitens lässt sich das Muster ohne Weiteres von der guten alten Sozialreportage auf andere Felder übertragen, etwa auf das Prominentenporträt. Wenn aber das Schönschreiben, also die literarische Form, ein solches Gewicht erlangt, dann sind wir auf dem Felde der Kunst. Denn dorther stammt das Prinzip, von dort aus hat es die Beletage des Journalismus erobert, die Jurys und Preisverleihungen.

Was ist so schlecht daran, mag man einwenden, wenn ein genuin literarischer Impuls in die Zeitung fährt, was spricht gegen schön geschriebene Texte? Gar nichts. Es ist eine Frage der Dosis.

Wenn ein literarisches Ideal eine solche Macht in den Köpfen von Journalisten gewinnt, dann hat das Folgen. Dann wird Generation um Generation fehlgesteuert – weg vom Aufdecken, Informieren und, ja, durchaus auch Analysieren. Weg nicht nur von den altbekannten harten, sondern auch von den irritierenden, alle hübschen Theorien und moralischen Gewissheiten herausfordernden Tatsachen des Lebens. Dem aber nachzugehen, dazu sind Journalisten da.

Ein gut geschriebener Text ist eine helle Freude und soll es bitte bleiben. Aber mitunter versteckt sich hinter dem schönschreiberischen Genauigkeitskult eine Haltung, die es gar nicht so genau wissen will – um das eigene Schreibsystem nicht zu erschüttern oder das moralische Wohlgefühl dabei oder was auch immer. Und mein Verdacht ist: Nicht nur beim Schreiber ist das so – auch bei seinem Komplizen, dem Leser. Gut tut es beiden nicht.

Wolfgang Büscher ist Redakteur beim ZEITmagazin

Meine fragwürdige Solidarität

Ich weiß: Manchmal schmarotzen wir Journalisten in fremden Leben. Erschleichen uns anderer Leute Vertrauen, bedienen uns in ihren Schicksalen, greifen mit Vorliebe ihre Niederlagen und Fehler heraus, um sie dann vor aller Augen auszubreiten. Wenn die Arbeit getan ist, liegen wir mit unserer zwischenmenschlichen Bilanz oft im Minus.

Seit der Sache mit L. frage ich mich allerdings, ob es im Journalismus hin und wieder auch zu viel des Guten gibt.

L. war ein Mann am Rande der Gesellschaft. Ein sogenannter Verlierer, um den die Menschen einen Bogen machten, sofern sie ihn überhaupt wahrnahmen. Ich schrieb eine lange Reportage über ihn, denn ich finde, Journalisten müssen auch an die Vergessenen erinnern, die Stärken der Schwachen beschreiben, den Entmündigten eine Stimme geben – ob Arbeitslosen oder Obdachlosen oder verloren gegebenen Migrantenkindern. Also ließ ich L. in meinem Artikel viel reden, ihn sich selbst erklären.

Er erzählte von seinen Fehlern ebenso wie von der Kälte seiner Mitmenschen. Dazu schrieb ich Sätze, die L. zwar nicht freisprachen von Schuld an seinem Schicksal, aber auch der Gesellschaft Verantwortung zurechneten. Schon um die Leser bei der Ehre zu packen. Bis heute bin ich der Meinung, dass das richtig war. Und doch habe ich L. damit keinen Gefallen getan.

Es klingt schrecklich arrogant: Aber für einen Menschen, für den sich jahrelang niemand interessiert hat, dessen bisheriges Leben geradezu aus Nichtbeachtung bestand, kann ein einziger Zeitungsartikel zu groß sein, zu gewaltig. Der Journalist, der ihn schreibt, kommt manchmal sogar wie ein Schicksal spielender Gott daher: In Afrika habe ich einem jungen Mann einmal ein Vorstellungsgespräch verschafft, in der Niederlassung einer deutschen Firma. Und Herrn L. sah ich Monate nach Erscheinen meines Artikels auf einem Plakat wieder. Als Coverboy einer Wohlfahrtsorganisation.

Was, wenn ein Armer plötzlich reich wird – an Beachtung, an Verständnis, an all dem, was man ihm gewünscht hat?

Ich traf mich immer wieder mit L. und merkte: Aus allen solidarischen Sätzen meines Artikels hatte er sich eine Hängematte geknüpft, in die er sich fallen ließ. Keine Arbeit? Keine Wohnung? Kein Kontakt zu den Eltern? Nie war er verantwortlich, immer waren es die anderen. So hatte er meinen Artikel verstanden. (So verstand ich jetzt jedenfalls ihn.)

Das ist die zweite, abstraktere Ebene, auf der wir Journalisten Schicksal spielen: Man kann die Welt tatsächlich nicht beschreiben, ohne sie zu verändern. Eigentlich ist genau das der Sinn unserer Arbeit. Doch wie genau sich die Welt – oder ein Mensch – durch unser Tun wandelt, ist kaum absehbar.

Der Reporter liefert dem Porträtierten ein Bild seiner selbst. Eines, das der Beschriebene womöglich hasst. Oder eines, hinter dem er sich verstecken kann. So wie L.

Traurig war: Selbst als L. vom Staat eine neue Wohnung zugewiesen bekam, sah er darin nicht mehr den Anfang eines Aufstiegs, sondern nur die Mängel. Er befand sich im Krieg mit Beamten und Behörden. Jedes Fördern, das mit Fordern verbunden war, schien seine (durch meinen Artikel neu erlangte?) Selbstachtung zu verletzen. Er sprach jetzt von »Schuldverschiebung auf die Opfer«. Er schimpfte, Hartz IV »euthanasiere« ihn. Er wirkte immer irrationaler auf mich. Er war isoliert. Er dachte darüber nach, künftig auf der Straße zu leben. Sich endgültig aus der Gesellschaft zu verabschieden.

Hatte ich L. in meinem Artikel romantisiert? Ihn instrumentalisiert? Oder hatte er seinen wahren Charakter vor mir verborgen? Ich glaube nicht. Aber ich hatte seinem Leben mit meinem Artikel einen Impuls gegeben – in die falsche Richtung, wie ich fand. Irgendwann habe ich verzweifelt Streit mit ihm gesucht. Ich wollte ihm keine Ausreden mehr liefern. Ich habe ihm gesagt, er sei selbst für sich verantwortlich. L. hat das als Verrat empfunden. Ich sei also auch »zu tief im System verwurzelt«, sagte er.

Da war er wieder, der Vorwurf: Erst heuchelt der Journalist Verständnis, und dann zeigt er sein wahres, zynisches Wesen. In diesem Fall stimmte das nicht. Genau das macht die Sache so tragisch.

ZEITMAGAZIN
NR. 16

Henning Sußebach ist stellvertr. Ressortleiter im Dossier der ZEIT

EINE KLASSE FÜR SICH?

Leser kritisieren uns in Briefen und E-Mails: Journalisten seien elitär, abgehoben, weltfremd. Haben sie recht? Drei ZEIT-Redakteure antworten

S. 20

Neu ist die Heftigkeit der Vorwürfe

»Es ist nicht begreiflich, dass Journalisten die Meinung der Mehrheit ignorieren«, schrieb uns Frau C., und diese Meinung war ihrer Ansicht nach völlig eindeutig: nämlich dass Karl-Theodor zu Guttenberg, das politische Großtalent, Minister bleiben sollte. Was aber taten die Journalisten? »Es wird immer weiter auf Guttenberg draufgedroschen, obwohl das Volk sich eine andere Meinung gebildet hat als die von Opposition und Massenmedien gewünschte. Hauptsache, nachquasseln, beleidigen und diffamieren.«

Eine von insgesamt 567 *ZEIT*-Leserinnen und -Lesern, die ihrem Herzen Luft machten, als landauf, landab über die Affäre Guttenberg gestritten wurde. Bei Weitem nicht alle waren der Meinung von Frau C., die streng mit unserer Berichterstattung ins Gericht ging. In vielen dieser Briefe ging es nicht um Plagiate, Wertmaßstäbe und politisches Kalkül, sondern um die Rolle der Journalisten, in dieser Angelegenheit speziell, aber auch grundsätzlich. Richtig zufrieden ist man mit unserer Arbeit offenbar nicht.

Dass Journalisten kritisiert werden, ist nicht neu. Neu ist die Heftigkeit der Vorwürfe. Früher schrieben Leser Postkarten und Briefe, wenn ihnen etwas nicht passte. Einige handschriftlich, andere mit der Schreibmaschine verfasst, Fehler sorgsam mit Tipp-Ex verbessert. Heute wird gemailt. Zurückgeschlagen. Parallel zur Beschleunigung der Medien hat sich die Leserschaft, früher als »schweigende Mehrheit« verachtet, munitioniert. Die Posse um Guttenbergs Rücktritt hat den Graben zwischen Journalisten und Publikum vertieft. Leitartikler, Redakteure, Moderatoren sind zu Hassobjekten geworden, eitel, selbstverliebt und abgehoben. Was draußen im Lande eigentlich los ist, davon haben »die« sowieso keine Ahnung.

Als vor knapp einem Jahr Hauptstadt-Kommentatoren dem zurückgetretenen Bundespräsidenten Fahnenflucht vorwarfen, war die Reaktion beim Wähler eine komplett entgegengesetzte: Dass Horst Köhler »denen da in Berlin« die Brocken hingeschmissen hatte, fanden sie richtig gut. Ein Akt der Aufrichtigkeit, der zu dem Mann passte, den sie nie als Berufspolitiker wahrgenommen hatten. Dann passierte Guttenberg.

Die einen schäumen über »die unerträgliche Hetze«. »In welcher Zeit leben Sie eigentlich?«, fragt Herr M. und erinnert mal kurz an die eigentliche Aufgabe der Medien: »Hunderttausende von Bürgern vor den Kopf zu stoßen ist wohl nicht Ihr Auftrag.« Herr K. erkennt ein »Trommelfeuer der Meinungsmache«, und Dr. L. hat es einfach nur satt: »Ich habe es nicht nötig, mich von Ihren Redakteuren beschimpfen zu lassen, nur weil ich eine andere Meinung vertrete.« Auch Frau S.-S. ist empört über die Verkommenheit der Branche: »Politische Bildung, guter Journalismus sind Ihnen fremd. Stattdessen Selbstgerechtigkeit und Moralpauke.« Was Guttenberg angetan worden sei, bezeichnet sie als »eine Treibjagd in Wildwest-Manier«, um hinzuzufügen: »Und Sie schämen sich nicht!«

Andere wie beispielsweise Herr A. ironisieren. Seinen Ärger über die Berichterstattung der *ZEIT* verpackt er sorgfältig: »Das war ja wohl ein gefundenes Fressen für die journalistische Klasse … Alles unter dem Motto: ›Es muss uns doch gelingen, den zu Guttenberg aus dem Amt zu quatschen und zu schreiben‹.« Einige zornige Absätze später zieht er Resümee: »Je aufmerksamer ich in letzter Zeit Äußerungen und Kommentare von Journalisten höre und lese, komme ich zu dem Schluss, allein diese Experten-Gruppe gehört eigentlich an die Regierung! Denn nur sie wissen genau, was auf allen relevanten Feldern von Wirtschaft bis Kultur das Richtige ist. Armes deutsches Volk, das diese Kompetenz entbehren muss.«

Herr L. schlägt vor, das ursprüngliche ungarische Mediengesetz für deutsche Printmedien einzuführen, damit in Zukunft »solche unausgewogenen Zeitungsartikel, die gegen journalistische Ethik verstoßen, mit Strafe belegt werden«.

Anna von Münchhausen ist ZEIT-Textchefin und betreut die Leserbriefseite

Kleine Rede an die Verächter des Feuilletons

Es gibt Menschen, deren Stimme einen sonderbaren Klang annimmt, wenn sie von Feuilletonisten sprechen. Es schwingt etwas mit, man weiß nicht genau, was – nichts Nettes. Die Journalisten, die im Feuilleton, also über Literatur, Theater und Kunst, manchmal auch über Gott und die Welt schreiben, fühlen deutlich, dass man ihnen nicht wohlwill, wenn man sie Feuilletonisten nennt. Das Wort ist offenbar belastet, aber womit?

Noch vor hundert Jahren hätte man es sofort gewusst: Als Feuilleton galt das Leichte, Seichte, das Unverstandene, aber in billige Poesie Übersetzte. Der Feuilletonist hatte von nichts eine Ahnung, versuchte es aber schön auszudrücken. Und in der Tat war das Feuilleton, wörtlich »Blättchen«, ursprünglich eine beigelegte Zeitungsseite mit heiteren Texten zur Unterhaltung. Obwohl es große Schriftsteller gab, die fürs Feuilleton schrieben, Ludwig Börne, Heinrich Heine, Theodor Fontane, gelang es ihnen nicht, den Ruf des Genres nachhaltig zu verbessern; im Gegenteil bestritt man ihnen den Rang als Schriftsteller gerne, indem man sie Feuilletonisten schimpfte.

Und selbst in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als sich die Feuilletons schon zu den stattlichen Zeitungsteilen von heute ausgewachsen hatten und Joseph Roth, einer ihrer prominentesten Autoren, der höchstbezahlte Journalist der Weimarer Republik war, neigte der Sprachgebrauch dazu, unter Feuilletonisten eine Art parfümiertes Lumpengesindel zu verstehen.

Etwas Antisemitisches war auch dabei; denn leider traf es sich, dass die neben Roth berühmtesten Feuilletonisten der Zeit, Alfred Polgar und Alfred Kerr, ebenfalls Juden waren. Von diesem Ressentiment ist heute, ich hoffe es, wenig geblieben; auch mangels Juden (Ausnahme: Marcel Reich-Ranicki). Zu den Quellen der Abneigung scheint mir auch nicht mehr das Seichte, Billige, Kenntnislose zu gehören.

In der Rede vom Feuilletonisten schwingt eher etwas Furchtsames und Beleidigtes mit: etwas, das sich vor intellektuellem Hochmut fürchtet und von ihm beleidigt fühlt. Es ist das, was man lange vor allem in der Person des Kritikers verkörpert sah: ein Dünkel, der alles durch seine Besserwisserei verdirbt und namentlich die schöne Kunst mit dem Dreck seiner Einwände bewirft.

Freilich ist der Kritiker nur eine Erscheinungsform des Feuilletonisten, und die Herabsetzung der Kunst ist nicht länger der Kern des Vorwurfs. Eher im Gegenteil: Das Publikum findet die Kunst nicht mehr schön und würde sie gerne mit Dreck beworfen sehen, muss aber erleben, wie der Feuilletonist sie in den Himmel hebt und namentlich der anstrengenden Hochkultur eine unverständliche Treue hält, anstatt sich auf die Seite der Massenkultur zu werfen. Der Feuilletonist hat etwas Volksfremdes, das ist vielleicht der Kern (und darin hätte dann ein Element des alten antisemitischen Ressentiments überlebt). Der Feuilletonist findet das Falsche schön; sein Geschmack ist elitär.

Indes kann er gar nicht anders. Die Kultur ist sein Gegenstand; und mit der Dauer der Beschäftigung wachsen die Ansprüche. Auch wer mit Edgar-Wallace-Krimis im deutschen Fernsehen begann, findet irgendwann Hitchcock besser.

Dieses Schicksal einer unwillkürlichen Erziehung des Geschmacks teilt der Feuilletonist aber mit seinem Publikum. Niemand, dessen Leidenschaft sich an der Literatur entzündet, bleibt bei *Harry Potter* stehen. Vielleicht muss man das den Verächtern des Feuilletons erklären: dass die Neigung zum Raffinierteren, höher Entwickelten nichts Böses oder Hochmütiges ist und im Übrigen von allen Freunden der Kultur geteilt wird. Für diese schreibt der Feuilletonist; man kann von ihm nicht verlangen, dass er für die Verächter der Kultur schreibt.

Wer selten liest, ungern Musik hört und vom Kino nur den *Schuh des Manitu*

erwartet, darf gerne umblättern. Er muss sich dafür auch nicht verachtet fühlen; denn was Verachtung ist, hat der Feuilletonist seit zweihundert Jahren erfahren.

Jens Jessen leitet das ZEIT-Feuilleton

Journalismus in Zeiten rasender Beschleunigung

Mal angenommen, wir hätten vor sechs Wochen innegehalten. Mal angenommen, wir hätten am Tag von Guttenbergs Rücktritt weniger über ihn und mehr über uns nachgedacht: über unsere Arbeit, unseren Blickwinkel, die Routinen. Warum konnten zahlreiche Journalisten der Hauptstadt weder Guttenbergs rasanten Aufstieg erklären noch seinen Sturz? Tatsächlich aber gab es kein Innehalten.

Denn dann kamen: die ägyptische Revolution, die libysche Revolution, das Erdbeben und der Tsunami in Japan, die atomare Katastrophe, das Aus für sieben deutsche Atommeiler, das Aus für die CDU als natürliche Regierungspartei von Baden-Württemberg und für Guido Westerwelle als natürlichen Vorsitzenden der FDP. Dazwischen fand noch der Benzingipfel statt, ein Tiefpunkt der politischen Inszenierung.

Der Rücktritt Guttenbergs ist sechs Wochen her, aber gefühlt sind es sechs Monate. Die politische Welt ist im permanenten Ausnahmezustand, die Ereignisse überlagern sich, das Internationale drückt aufs Nationale, und nationale Entscheidungen haben internationale Folgen. Alles verlangt nach Erklärung, nach Einordnung. Nichts spricht dafür, dass die Extreme weniger werden. Dass uns Journalisten mehr Zeit zum Nachdenken bleibt. Auch wenn es notwendig wäre.

Die rasende Beschleunigung führt dazu, dass vieles von dem, was lange als richtig galt, plötzlich falsch sein kann. Dann ist der ägyptische Präsident auf einmal ein Diktator. Dann sind Deutschlands bislang sichere Atommeiler plötzlich unsicher. Dann ist der talentierteste deutsche Politiker ein Abschreiber. Das alles verwirrt die Leser und verstärkt ihren Eindruck, die Journalisten der Hauptstadt seien auf einem fernen Planeten unterwegs, weit weg von der Wirklichkeit. Die Medien werfen Politikern ja gern Weltfremdheit vor, aber offenbar sind wir selbst dieser Welt nicht mehr gewachsen.

Reden wir über Nähe: Als die *FAZ* nach den ersten Plagiatsvorwürfen gegen Guttenberg begann, den Minister hart anzugehen, wunderten sich viele Hauptstadtjournalisten. Nicht wegen der Kritik – sondern wegen des Autors. Der Kollege war wenige Tage zuvor noch mit Guttenberg in Afghanistan gewesen. Er war ihm sehr nahe gewesen, und nun ging er so sehr auf Distanz. Wie das? Offensichtlich hatte er sich frei gemacht von zu viel Nähe, die manchmal auch zu Sprachlosigkeit führen kann. Er war unabhängig. Und es sagt viel über uns Hauptstadtjournalisten aus, dass uns diese Unabhängigkeit so sehr überraschte.

Es stimmt nämlich: Journalistische Nähe und professionelle Distanz schließen sich manchmal aus. Das ist ein Problem für den Journalismus. Aber es ist vor allem menschlich. Man kennt sich, man trifft sich, man tauscht Informationen aus, und irgendwann beginnt man abzuwägen: Wie gehe ich mit einer Quelle um, damit sie nicht versiegt? Und wie wird mein Gegenüber reagieren, wenn er oder sie meinen Artikel liest? Das ist anders als in den fernen Redaktionszentralen, wo Journalisten über Menschen schreiben, die sie vielleicht nie gesehen haben oder womöglich lange nicht mehr sehen werden. Man sieht sich immer zweimal im Leben, heißt es, aber in Berlin sehen sich Journalisten und Politiker oft zweimal am Tag.

Reden wir über die Ferne: Wenn wir mit Politikern reisen, dann fliegen wir in einer deutschen Blase um die Welt. In der Regierungsmaschine hören wir die deutsche Sicht auf die Dinge, beim Gipfeltreffen gehen wir zu den deutschen Briefings, wir reden mit deutschen Politikern, deutschen Regierungsbeamten und deutschen Journalistenkollegen. Das führt dazu, dass Angela Merkel nach Gipfeltreffen meist als Gewinnerin beschrieben wird. In Frankreichs Medien ist es dann Nicolas Sarkozy, in den amerikanischen Barack Obama. Die Welt ist so verflochten wie nie, aber wir betrachten sie durch die nationale Brille. Die Realität bilden wir damit nicht ab. Die Leser erfahren sie nicht.

Reden wir über Irrtümer: Fast jede Zeitung hat eine Korrekturspalte, in der falsch geschriebene Namen richtiggestellt werden. Aber wie gehen wir damit um, wenn unsere Haltung falsch war? Wenn wir Menschen hochjubelten, die dann stürzen? Die Leser sollten wissen, ob sich unser Blickwinkel ändert und warum. Und sie sollten erkennen, wann wir zweifeln und unsicher sind. Wie wäre es zum Beispiel, wenn am Ende eines Artikels stehen würde, welche Fragen der Autor nicht beantworten konnte? In seinen *New rules of news* fordert der amerikanische Medienexperte Dan Gillmor genau das. Klingt erst einmal seltsam, könnte aber helfen.

Innehalten geht in diesen Zeiten rasender Beschleunigung kaum, Umdenken schon. Für Journalisten gebe es zwei Gefahren, hat der große Journalist Herbert Riehl-Heyse gesagt: Selbstüberschätzung und Selbstunterschätzung. Unsere Arbeit mag schwieriger geworden sein. Aber mehr daraus machen könnten wir schon.

ZEITMAGAZIN NR. 16

Marc Brost leitet das ZEIT-Hauptstadtbüro

PAOLO PELLEGRINS EXPEDITIONEN

Zu New York habe ich eine enge Beziehung, ich bin oft da, habe immer wieder dort gelebt und gearbeitet. Einerseits ist diese Stadt, kulturell betrachtet, die wohl europäischste in Amerika, andererseits ist sie durch ihre extreme, vertikale Architektur die amerikanische Stadt schlechthin. Für dieses Bild bin ich 2009 mit dem Hubschrauber über New York geflogen, um dessen andere Seite zu zeigen. Natürlich ist es eine Hafenstadt, aber interessanterweise nimmt man das heute gar nicht mehr so wahr. In Manhattan muss man den Zugang zum

Die Hafenstadt New York

Wasser richtig suchen, architektonisch hat sich die Stadt vom Wasser abgewandt. Und doch prägt der Hafen den Charakter von New York bis heute: Menschen kommen an, bleiben, ziehen wieder weiter. Alle sind ständig in Bewegung.

ZEITMAGAZIN
NR. 16

Paolo Pellegrin, 47, in Rom geboren, ist ein vielfach ausgezeichneter Magnum-Fotograf. Er erzählt jede Woche von dem Bild, das er sich von Mensch und Natur macht. Die Fotos sind in Deutschland zum ersten Mal zu sehen

WER STICHT WEN

Sind Prominente dem Boulevard noch auf Gedeih und Verderb ausgeliefert – oder ist es heute eher umgekehrt?

Von Matthias Kalle und Tanja Stelzer

S. 26

Skandal
Regierung
BERLIN-BRANDENBURG
ÜBERPARTEILICH
UNABHÄNGIG
0,60 €

Charlotte Roche ist eine glückliche Frau, trotz allem. Sie ist 33 Jahre alt und hat zwei Millionen Exemplare ihres Debütromans *Feuchtgebiete* verkauft, der 2008 erschien. Sie ist verheiratet mit einem Mann, der viel Geld mit Fernsehen verdient hat. Zusammen mit ihm und ihrer neunjährigen Tochter lebt sie in Köln, in einem jener Viertel, die sich junge Familien in Großstädten suchen, um sich wohl zu fühlen. Roche kennt hier die Menschen auf der Straße, den Italiener, bei dem sie mittags isst. Es ist ihr Reich, aber eines, in das immer wieder Boulevardreporter einfallen, seit zehn Jahren. Bald könnte es wieder zu einem Angriffsversuch kommen.

Gerade arbeitet sie an ihrem zweiten Roman, er ist fast fertig, er erscheint im August, er wird *Schoßgebete* heißen. Es wird um eine junge Frau gehen, die versucht glücklich zu sein, trotz allem. Das Buch beginnt mit einer Katastrophe.

Charlotte Roches Katastrophe passierte im Sommer 2001. Sie wollte heiraten, ihren damaligen Freund, den Vater ihrer Tochter. Die Hochzeit sollte in England stattfinden, Roche war bereits da, ihre Mutter war mit den drei Brüdern unterwegs, aber in Belgien hatten sie einen Autounfall, die Mutter wurde schwer verletzt, die Brüder starben.

Viva-Moderatorin war Charlotte Roche damals, und sie war besser als die meisten anderen, eine große TV-Karriere schien vor ihr zu liegen. Sie war bereits eine gute Geschichte, auch für Boulevardmedien, und die Hochzeit und der Tod waren eine noch bessere Geschichte. »Einen Tag nach dem Unfall rief mich jemand auf dem Handy an und sagte, er habe eine schreckliche Nachricht für mich, es habe einen schlimmen Unfall gegeben. Als ob ich das nicht schon gewusst hätte. Ich legte sofort auf, aber das Handy klingelte und klingelte.« *Bild* druckte dann am 2. Juli 2001 ein großes Foto des Unfallwagens, dazu die Zeilen: »Viva-Star Charlotte Roche. Die Familie war auf dem Weg zu ihrer Hochzeit. Alle 3 Brüder tot in diesem Wrack.«

Damit beginnt die Geschichte von *Bild* und Charlotte Roche, und vier Wochen nach dem Unfall geht sie weiter. Charlotte Roche will zum ersten Mal wieder arbeiten gehen, sie steht mit ihrem Lebensgefährten vor ihrer Wohnung, sie warten auf ein Taxi. Ihr Freund macht einen Witz, Roche lacht für einen Moment, der lange genug ist, um fotografiert zu werden. Sie bemerkt eine Lichtreflexion und entdeckt dann ein Teleobjektiv, das aus einem Wagen gehalten wird, sie stürmt auf den Wagen zu, schlägt auf das Dach und schreit: »Mach die Tür auf!« Als Roche bei Viva eintrifft, erfährt sie, dass jemand dort angerufen hat, der gerne ein Interview mit ihr führen würde – wenn sie nicht wolle, könne man am nächsten Tag ein Foto in der Zeitung sehen, auf dem sie lache. Eine mögliche Überschrift könne sein: »So trauert sie um ihre toten Brüder.« In der Folge kam es zu einem Prozess zwischen *Bild* und Roche.

Wenn sie diese Geschichte heute erzählt, dann lächelt Charlotte Roche. Spricht man sie darauf an, sagt sie, es sei ein Schutzreflex, sie wolle nicht, dass die Geschichte ihr nahe gehe, »ich habe all das nicht ansatzweise verarbeitet«. Das Foto, auf dem sie lächelt, ist übrigens nie erschienen. Sie ist nie mit denen Fahrstuhl gefahren.

»Für die *Bild*-Zeitung gilt das Prinzip: Wer mit ihr im Aufzug nach oben fährt, der fährt auch mit ihr im Aufzug nach unten.« Das ist der immer wieder zitierte Satz, der alles erklären soll, der alles rechtfertigen soll, was *Bild* über Prominente druckt. Mathias Döpfner, der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, hat diesen Satz gesagt, im Juni 2006 in einem Gespräch mit Günter Grass, das im *Spiegel* erschien. Er ergänzte diesen Satz noch so: »Diese Entscheidung muss jeder für sich selbst treffen.«

Der Satz beschreibt im Grundsatz tatsächlich die deutsche Rechtsprechung. Wer sich selbst zur Person der Zeitgeschichte macht, der bietet Anlass, über sich zu berichten – in dem Bereich, in dem er sich geöffnet hat. Wo aber genau die Grenze gezogen werden muss, wie groß der Bereich ist, über den berichtet werden darf, das ist Auslegungssache – und wird keineswegs von allen Richtern in Deutschland gleich definiert.

Springer-Chef Döpfner: »Wer mit >Bild< im Fahrstuhl nach oben fährt, fährt auch mit >Bild< im Fahrstuhl nach unten«

Der Aufzug-Satz gilt, aber ist er auch gerecht? Muss jemand, der am Anfang seiner Karriere unverblümt Privates erzählt hat, auf ewig die Ehe mit dem Boulevard schließen? Muss jemand, der eine belanglose Personality-Geschichte mit einer Illustrierten gemacht hat, es ertragen, wenn er in seiner Trauer über den Tod des geliebten Kindes gezeigt wird? Muss er Auskunft geben über den Krach mit dem Vermieter, den Familienzwist, seinen Gesundheitszustand? Muss er nicht, aber oft bleibt ihm nichts anderes übrig.

Charlotte Roche ist ein klassisches Boulevardopfer. Wir werden allerdings noch feststellen, dass es heute auch ganz andere Opfer der Boulevardmedien gibt.

Termin bei dem Medienanwalt Christian Schertz. »Taliban des Rechts« nennen sie ihn in manchen Redaktionen, vom »Terrorregime des Christian Schertz« soll ein Boulevardchefredakteur einmal geredet haben. Für die Höhle eines Taliban sieht es in der Kanzlei am Berliner Ku'damm ziemlich gediegen aus. Knarzendes Parkett, imposant hohe Decken, Designerlampen, an den Wänden Porträts der Klienten: Herbert Grönemeyer, Cosma Shiva Hagen, beide fotografiert von Jim Rakete, Martina Gedeck, aufgenommen von André Rival, ein Plakat von Heike Makatsch. Auch Charlotte Roche ist Schertz' Mandantin. Lässig sitzt der Anwalt an seinem Besprechungstisch, in Jeans und schwarzem Sakko, darunter ein weißes Hemd, die zwei obersten Knöpfe hat er geöffnet, die schwarzen Haare trägt er nach hinten gestrichen, er witzelt selbst über die Ähnlichkeit, die man zwischen ihm und dem *Bild*-Chefredakteur Kai Diekmann sehen kann, seinem großen Gegenspieler, dem Mann, gegen den er regelmäßig prozessiert.

Kai Diekmann, die *Bild* – wenn man jetzt eine Tirade gegen die bösen Buben vom Boulevard erwartet, wird man überrascht: Als Erstes erklärt Schertz, er habe ja mit *Bild* gar nicht mehr so viel zu tun wie früher, eher mit der Yellow Press. Das *Neue Blatt, Freizeit Revue, Die Aktuelle, Echo der Frau, Woche der Frau* – »manchmal habe ich bei einer Ausgabe fünf Fälle«. *Bild* aber, der wichtigste Repräsentant des Boulevards, habe abgerüstet. »Die verletzen nicht mehr jeden Tag die Persönlichkeitsrechte, nicht mehr so oft und nicht mehr so intensiv.« Der Aufzug-Satz, der uns interessiert – Christian Schertz glaubt, er gelte nur noch begrenzt. Denn es führen gar nicht mehr so viele mit im Aufzug, viele Prominente bräuchten den Boulevard nicht mehr für ihre Karriere, im Gegenteil, es könne sogar schädigend sein, mit *Bunte* und *Bild* zusammenzuarbeiten, »deshalb hat *Bild* die Politik geändert«. Die aktuelle Werbekampagne, in der Prominente wie Philipp Lahm, Richard von Weizsäcker und Til Schweiger – auch kritisch – »ihre Meinung zu *Bild*« äußern, sei eine Charmeoffensive gegenüber den Prominenten. *Bild* will weg vom Schmuddelimage, der Boulevard strebt in die Mitte der Gesellschaft. Schertz sagt: »Heute respektiert *Bild* im Wesentlichen, wenn ich sie anschreibe, dass mein Mandant keine Berichterstattung wünscht.«

Natürlich steckt in diesem Lob, das gleichzeitig eine kleine Gemeinheit gegenüber der immer als so mächtig beschriebenen größten Boulevardzeitung Europas ist, auch eine Menge Selbstlob. Wenn er sagt: »Gerade wächst eine Generation von Prominenten heran, die weiß, dass sie *Bunte* und *Bild* nicht braucht«, dann ist ja klar, dass das auch an seiner Arbeit liegt. Nora Tschirner, Heike Makatsch, Christian Ulmen – zum Boulevard haben diese Klienten der Kanzlei ein distanziert-desinteressiertes Verhältnis, wie es ihnen die Großen – Stefan Raab oder auch die Schertz-Mandanten Herbert Grönemeyer und Günther Jauch – vorgemacht haben.

Und dass in der *Bild*-Redaktion regelmäßig ein Jurist am »Balken« steht, also dort, wo die Schlagzeilen gemacht werden, hat damit zu tun, dass Schertz und seine Kollegen Matthias Prinz und Michael Nesselhauf, die ähnliche Fälle übernehmen, oft schon vorsorglich die Redaktionen anschreiben, um bekanntzugeben: Wir haben ein Mandat, und wenn ihr etwas schreibt, das uns nicht passt, kann das teuer werden. Der juristische Kampf um die Berichterstattung wird immer öfter schon geführt, bevor ein Wort gedruckt ist. Schertz klagt, wann immer er kann. Das macht ihn nicht beliebt, weder bei Journalisten, die ihn »Zensor« nennen, noch bei Anwaltskollegen. »In den letzten fünf Jahren haben sich beide Seiten professionalisiert«, sagt Schertz, »die Boulevardmedien wie auch die Prominenten.«

Gerne hätten wir mit Kai Diekmann ein Gespräch darüber geführt, wie er all das sieht. Leider war der *Bild*-Chefredakteur nur bereit, schriftlich auf unsere Fragen zu antworten. Also: Brauchen viele Prominente den Boulevard nicht mehr für ihre Karriere? Diekmann antwortet betont cool: »Mag sein, dass einige Prominente heute manchmal lieber das Treppenhaus nutzen, aber auch dabei wollen sie unbedingt von der Presse begleitet werden. Das liegt ganz einfach in der Natur der Sache: Ohne Presse keine Präsenz, ohne Präsenz kein Prominentenstatus.« Sein Verhältnis zu Schertz bezeichnet Diekmann übrigens als »professionell sportlich«.

Wenn *Bild*, wie Schertz glaubt, wirklich braver geworden ist, bedeutet das aber noch lange nicht, dass dies für alle gilt, über die berichtet wird – und dass alle Boulevardmedien sich geändert hätten. Denn wer sich nicht zu wehren weiß, wer prominent ist nicht durch eigene Leistung, sondern durch die Vermarktung seines Privatlebens, der kann keinen Schutz seiner Intimsphäre reklamieren. Wer als Nichtprominenter in die Zeitung kommt, weil er Opfer eines Unglücks wurde, eines Schicksalsschlags, der hat kaum eine Chance. Ihn trifft die volle Wucht des Boulevardapparats: Nach dem Amoklauf von Winnenden wurden Facebook- und StudiVZ-Fotos von erschossenen Kindern veröffentlicht; gerade erst wurden nach dem Mord von Krailling Grundschüler von Reportern behelligt. Wer weiß schon, wie er sich da wehren kann, und wer hat die Kraft, es in so einer emotionalen Ausnahmesituation zu tun?

Prominente aber wissen sich zu wehren, und das hat auch den seriösen Journalismus verändert. Der Deutsche Journalistenverband beklagt Interviewverträge, in denen – nicht nur für die Boulevardzeitungen – festgeschrieben ist, dass alles autorisiert werden muss, inklusive Bildauswahl, Überschrift und Bildunterschrift. Es sind Verträge, die zum Teil aus der Kanzlei am Ku'damm stammen, und es sind Verträge, angesichts derer sich seriös arbeitende Journalisten fragen, wie unabhängig sie eigentlich noch berichten können.

Unabhängigkeit, das ist allerdings ohnehin ein altmodisches Wort. »Die eine Seite des Boulevards ist die Persönlichkeitsrechtsverletzung, die andere ist die Hofberichterstattung, das Labelling«, sagt Schertz. Bestimmte Prominente tauchen in der *Bild* mit den immerselben Beinamen auf: Der »Poptitan« Dieter Bohlen, der »Kaiser« Franz Beckenbauer, die »Top-Schauspielerin« Veronica Ferres. Immer nur positiv. »Hat das noch irgendetwas mit Journalismus zu tun?«

Auf unsere schriftliche Frage an Kai Diekmann, wie sich in seinen Augen das Verhältnis des Boulevards zu den Prominenten verändert habe und ob es heute eine größere Bereitschaft von *Bild* gebe, mit den Prominenten statt gegen sie zu arbeiten, antwortet er: »Das Klischee, *Bild* arbeite ›gegen‹ die Prominenten, hat einen sooo langen Bart. Es gab schon immer gute und nicht so gute Geschichten, Erfolge und Misserfolge. Über alles müssen wir berichten.« Dass wir uns vor allem nach dem Miteinander erkundigt haben, hat der *Bild*-Chef offensichtlich überlesen.

Wie es zu den stets wiederholten Beinamen kommt und ob es da irgendwelche Absprachen mit den Prominenten gebe, kann er uns nur so erklären: »Ach wissen Sie, *Bild* hat einfach die kreativste Redaktion, da brauchen wir keine Unterstützung von den Prominenten – wir überraschen sie lieber.«

Dass eine bestimmte Riege von Schauspielern hofiert wird, hängt auch damit zusammen, dass andere der Boulevardpresse nicht mehr unbegrenzt zur Verfügung stehen. Aufstrebenden Jungstars werden heute von den Plattenfirmen und der Medienindustrie, die sie hervorbringt, Berater zur Seite gestellt. Bei der RTL-Castingshow *Deutschland sucht den Superstar,* kurz *DSDS*, geht es nicht mehr um die Lieder, sondern um die Krebserkrankung der Mutter, den frühen Tod des Vaters, die Inhaftierung des Kandidaten Menowin. »RTL vermarktet seine Kandidaten selbst schon mit Privatgeschichten«, sagt Schertz. Das heißt: »Die eine Medienindustrie bedient die andere nicht mehr so sehr – und liefert sie auch nicht mehr so sehr aus.« RTL habe seine eigene Wertschöpfungskette: Es gibt ja nicht nur die Fernsehsendung *DSDS*. Es gibt auch die RTL-Boulevardsendungen, die Beiträge über die *DSDS*-Kandidaten bringen, und es gibt ein eigenes Printmagazin, das exklusive und selbst inszenierte Geschichten rund um die Sendung druckt. Da muss man die eigenen Stars vor der Ausschlachtung durch andere Medien schützen. *The Girl is mine*, ist die Maxime.

Sind die Prominenten vom Boulevard abhängig oder ist es eher umgekehrt? Ist aus dem Schlachthof ein Marktplatz geworden, eine Art Börse, in der mit Aufmerksamkeit, Berichterstattung und Zuneigung gehandelt wird? Oder gibt es etwa beides nebeneinander, Schlachthof und Marktplatz?

Heike-Melba Fendel, Geschäftsführerin der Künstleragentur Barbarella Entertainment, ist eine leidenschaftliche Kritikerin der Boulevardmedien. Zu den Künstlern, die sie vertritt, gehören Matthias Brandt, Muriel Baumeister, Joachim Król, Anna Thalbach und Hanns Zischler, die eher anspruchsvolle Filme machen. Jahrelang hat Fendel ihren Künstlern geraten: »Scheißt auf *Bild*«. Inzwischen ist sie von der ganz harten Linie abgekommen und akzeptiert projektgebundene Interviews, denn offensichtlich ist es so einfach dann doch wieder nicht, auf *Bild* zu verzichten, jedenfalls nicht für alle. Das Problem: »In den Fernsehsendern sitzen Leute, die sich denken, von den 12,5 Millionen *Bild*-Lesern sind ein Großteil potenzielle Zuschauer.« Sagt man ein Interview ab, »hat man ganz schnell den Produzenten am Hörer, der sagt: Bitte macht das.« Der Druck kommt also nicht mehr vom Boulevard direkt, sondern von den Sendern, in denen Redakteure sitzen, die diese Art der Presse als Werbeinstrument benutzen wollen.

»Bild«-Chef Diekmann: »Mag sein, dass einige Prominente heute lieber das Treppenhaus benutzen«

Was sich verändert hat am Verhältnis zwischen *Bild*-Zeitung und Prominenten? Die *Bild* habe ihren Buh-Status verloren, sagt Fendel. Gleichzeitig huldigen heute alle, nicht mehr nur die *Bild*-Zeitung stärker dem Fetisch Prominenz. Alle sind ein bisschen Boulevard geworden – nicht unbedingt in ihren Recherchemethoden, aber in der Art, wie man sich bestimmten Themen nähert, in der Entscheidung, was überhaupt ein Thema ist. Banales füllt die vermischten Seiten, da entsteht schnell das Gefühl, man könne doch alles ausplaudern (das ewige Gequatsche über alles und jeden gipfelt in der Erfindung des Leserreporters: Bei *Bild* kann jeder, der irgendwo irgendwas beobachtet hat, ein Foto einschicken). Oft genug plappern die Stars ja auch unbekümmert selbst und plaudern auf Facebook aus, mit wem sie jetzt liiert sind. Wer war zuerst da, wer hat den Aufzug geholt, wer hat den Knopf gedrückt?

»Immer mehr Prominente leben dem Boulevard entgegen«, sagt Fendel und meint damit keineswegs nur Schauspieler. Im Februar saß sie im Astor-Kino am Ku'damm in einer vierstündigen Vorab-Vorführung des Fernseh-Zweiteilers *Schicksalsjahre*. In der Rei-

he vor ihr: Christian Wulff, der amtierende Bundespräsident. In Ägypten war gerade die arabische Revolution im Gange, es war der Tag des »Marschs der Millionen«, in Kairo protestierten zwei Millionen Menschen gegen Hosni Mubarak, doch Fendel hat nicht bemerkt, dass Wulff in diesen Stunden ein einziges Mal auf sein Handy geschaut hätte. Nico Hofmann, der Produzent des Films, duzte Wulff in seiner Ansprache, anderthalb Wochen später erschien in *Bild* eine Filmkritik, geschrieben von Christian Wulff. Überschrift: »Warum ich diesen Film uns Deutschen ans Herz lege.« Ein Bundespräsident, der eine Filmkritik schreibt – irgendwas scheint durcheinandergeraten zu sein im Verhältnis von Medien und Prominenten, von Medien und Politik.

Kann man es sich tatsächlich leisten, in einem solchen System einfach zu sagen: Ich spiele nicht mit? »Die Frage ist, ob Sie Ihre Arbeit in einem Segment ansiedeln, wo die *Bild*-Leser absatzrelevant sind«, sagt Fendel. Maria Furtwängler redet mit *Bild*, Nina Hoss, die nicht *Tatort*-Kommissarin ist, sondern bevorzugt mit Regisseuren wie Christian Petzold Kinofilme dreht und am Deutschen Theater spielt, muss das nicht tun. Ihr Publikum sind nicht die *Bild*-Leser. »In dem Moment aber, wo Sie Eventfilme machen, braucht der Sender *Bild*. Achten Sie mal drauf: Schauspieler, die regelmäßig Primetime-Hauptrollen übernehmen – da gibt es niemanden, der nicht mit allen Medien redet.«

Dieter Wedel, der Filmregisseur, gibt unumwunden zu: »Wir schreiben unseren Schauspielern in die Verträge, dass sie für Interviews zur Verfügung stehen müssen, natürlich.« Die Besetzung einer Rolle werde ja auch davon bestimmt, ob jemand boulevardfähig sei – »bei den Sendern heißt es: Die war sechs Mal in der *Bunten* oder der *Gala,* die sollten wir besetzen. Häufig wenn Redaktionen entscheiden und nicht der Regisseur, läuft das so.« Man könne doch nicht in diesen Beruf gehen und sagen: Ich will mit Medien nix zu tun haben, sagt Wedel. »›Mit *Bild* rede ich nicht‹, das ist ja Quatsch. Man teilt aus, man steckt ein, und dann redet man wieder miteinander.«

Wedel hat sich dafür entschieden, das Spiel mit dem Boulevard mitzumachen, in selbst definierten Grenzen. Davon hat ihn auch eine Erfahrung, die er schon vor Jahren gemacht hat, nicht abgehalten. Er war morgens um sechs zur Darmspiegelung im Krankenhaus, nur eine harmlose Vorsorgeuntersuchung. Auf dem Gang, während er wartete, Schwestern, Pfleger und Ärzte, die ihn erkannten. »Hätte ich es verschweigen können, wenn ich etwas gehabt hätte?«, fragte er später einen leitenden Redakteur einer Boulevardzeitung. Die Antwort lautete: »Wir hätten es vor Ihnen gewusst, wir hatten eine Direktleitung ins Krankenhaus.«

Wedel hat auch Sibel Kekilli geraten, sie sollte wieder mit der *Bild*-Zeitung zusammenarbeiten. Das war 2009, während der Drehabeiten zu *Gier*. Kekilli war 2004 als Schauspielerin aus *Gegen die Wand* bekannt geworden, und *Bild* hatte alte Pornofotos von ihr gedruckt, weshalb ihre konservative türkische Familie mit ihr gebrochen hatte – und sie mit *Bild*. In Wedels Augen ist das Austeilen übrigens kein Boulevardphänomen, jedenfalls nicht ausschließlich. Er habe beobachtet, dass Häme, Bösartigkeit und Wadenbeißertum auch in der seriösen Presse zugenommen hätten. »Ich habe immer stärker den Eindruck, dass Journalisten im Rudel jagen, beißen und auch jubeln.«

Wenn man aber, wie man aus den Gesprächen mit dem Regisseur und der PR-Frau folgern kann, gar nicht frei ist in seiner Entscheidung, ob man in den Boulevardfahrstuhl einsteigen will: Ist der Aufzug-Satz gerechtfertigt? »Der Satz ist eine Drohung«, sagt Fendel, »das ist ja, wie wenn ein Mann zu einer Frau sagt: Wenn du mich verlässt, verhau ich dich.«

Das sind definitiv die schrecklichsten Tage in ihrem Job: Wenn einen ihrer Künstler eine persönliche Katastrophe ereilt, eine Trennung, eine Krankheit, der Tod eines Verwandten. »Wann immer ein Prominenter einen Schicksalsschlag hat, müssen Sie sofort eine Medienstrategie haben«, sagt Fendel. Die Strategie beginnt bei der Besetzung des Telefons, denn die Reporter fragen nicht, ob es stimmt, dass die Mutter einer Schauspielerin gestorben ist, sondern richten herzliches Beileid aus – das betretene »Dankeschön« der Assistentin, die das Gespräch entgegengenommen hat, ist schon die Bestätigung des Gerüchts.

Die Methoden des Boulevards. Man ruft grundsätzlich ohne Nummernkennung an. Man überrumpelt Verwandte von Prominenten, man schickt junge Reporter zu Partys, die am Buffet die Prominenten in ein Gespräch verwickeln. »Die Springer-Leute sind netter als früher, sie vernetzen sich mehr, bewegen sich scheinbar auf Augenhöhe mit den Personalities«, sagt Fendel. Mit dieser Methode kommen die Boulevardjournalisten oft schon sehr weit, und wenn es nicht klappt, bleibt ja noch die harte Tour. Der unter Prominenten weit verbreitete Glaube »Ich mache lieber mit, dann kann ich steuern, was über mich geschrieben wird«, er ist ein Irrtum. Ein trügerisches Gefühl, man habe irgendetwas unter Kontrolle.

Auch Barbara Rudnik, die Schauspielerin, die vor zwei Jahren starb, irrte, als sie dachte, sie könne die Berichterstattung über ihre Krankheit steuern. Christian Schertz, der sie vertrat, sagt: »Sie hatte sich entschlossen, ihre Krebserkrankung offenzulegen, das Ganze aber selbstbestimmt in der *Bunten* mit einer eigenen Fotostrecke, die sie autorisieren konnte.« Rudnik kannte die Chefredakteurin der *Bunten* schon lange und glaubte, bei ihr sei die Geschichte in guten Händen. Dann trat *Bild* auf den Plan mit Fotos, die Rudnik ohne Haare vor der Klinik zeigten. Die Schauspielerin wollte keine Zusammenarbeit mit *Bild;* nach einem Wettrennen der beiden Blätter erschienen beide Geschichten fast zeitgleich. Auch nach Rudniks Tod, sagt Schertz, habe *Bild* verbotenerweise Privatfotos aus der Krankenzeit gedruckt. Als Rudnik noch lebte, soll übrigens auch eine Journalistin einer anderen Boulevardzeitung bei Rudniks Mutter angerufen haben, sie sei eine Freundin von Barbara, sie mache sich solche Sorgen – wie es Barbara denn gehe?

Wer wissen will, wie der Boulevard funktioniert, der kann das in Matthias Frings' Roman *Ein makelloser Abstieg* nachlesen. Es geht um einen Fernsehmoderator, der beschließt, aus der Öffentlichkeit auszusteigen, und kläglich scheitert. Es gibt eine Szene in dem Buch, die in einer noblen Verlags-Lounge in Berlin

Filmregisseur Wedel: »Man teilt aus, man steckt ein, und dann redet man wieder miteinander«

spielt – die Vorlage lieferte erkennbar der Journalisten-Club in der 19. Etage des Springer-Hauses. Es ist die große Niederlage des Buch-Helden: Die zunächst sehr freundliche Einladung der Zeitung verwandelt sich in eine waschechte Erpressung. Man hat Fotos seiner alkoholkranken Freundin, die man drucken will, wenn er sich einem Interview verweigert. (Übrigens gibt es in dem Roman noch eine Hauptfigur, einen Journalisten, der mal bei einer großen Zeitung war und sich, seitdem er aus wirtschaftlichen Gründen rausgeworfen wurde, mit kleinen Jobs über Wasser hält – als er den Moderator kennenlernt, wittert er einen Boulevardauftrag. Für die seriöse Zeitung, bei der er mal gearbeitet hatte, ist die *ZEIT* das Vorbild.)

»Ich musste nix groß recherchieren«, sagt Matthias Frings. Er habe die Methoden der Boulevardpresse selbst erlitten und bei vielen Freunden aus der Nähe miterlebt. Frings war früher Fernsehproduzent und -moderator; er hat in den neunziger Jahren die Sendung *Liebe Sünde* moderiert. Das ist fast zwanzig Jahre her, heute ist er Schriftsteller; mit seinem letzten Buch war er für den Preis der Leipziger Buchmesse nominiert.

Die Methoden des Boulevards, sagt Frings, hätten sich grundsätzlich nicht verändert, aber sie seien teurer geworden. Die

Summen, die für Interviews geboten würden, seien heute fünfstellig – von einer von Jörg Kachelmanns Exgeliebten weiß man seit dem Vergewaltigungsprozess, dass sie für ein *Bunte*-Interview 50 000 Euro kassierte. Hätten früher noch Fotografen vor der Tür gestanden oder in Bäumen gesessen, sagt Frings, würden jetzt die Hubschrauber eingesetzt. »Ich kenne Leute, die vollkommen entnervt ihr Ferienhaus verkauft haben.« Sie waren es leid, dass man im Helikopter über den Pool fliegt, um ein Oben-ohne-Foto zu ergattern.

Fotos, die harte Währung des Boulevards. Seit *Bild* die Aufnahme vom Unfall ihrer Familie druckte, kämpft Charlotte Roche gegen das Blatt. Als sie einmal im gleichen Flugzeug wie Mathias Döpfner saß, ging sie zu ihm und sagte ihm, dass sie ihn für einen schlechten Menschen halte. Sie trug im Fernsehen T-Shirts mit dem Schriftzug von bildblog.de, jenem Onlineformat, das es sich seit Jahren erfolgreich zur Aufgabe macht, *Bild* Fehler nachzuweisen. Auf eBay versteigerte Roche ein gelbes Kleid, auf dem »Kill Bild« stand. Und irgendwann erschien dann doch noch ein Foto von ihr in der *Bild*-Zeitung. Vor drei Jahren war das, ihr Buch begann gerade sehr erfolgreich zu werden, da sah man sie neben einem Mann und dazu die Zeile: »Das ist ihr Feuchtgebieter«. Roche ging dagegen vor, schließlich habe sie sich nie öffentlich mit ihrem Mann gezeigt, sie sind nie gemeinsam über einen roten Teppich gegangen, es gibt keine Homestorys, keine gemeinsamen Interviews. Die Zeitung verpflichtete sich freiwillig, das Foto nicht mehr zu drucken. Wegen des Texts kam es zum Gerichtstermin, *Bild* wollte beweisen, dass sie und ihr Mann in dem Roman vorkommen, also beide Personen des öffentlichen Lebens sind. Ihr Mann musste vor Gericht bestätigen, dass sich seine Frau, im Gegensatz zu Helen, der Heldin des Romans, regelmäßig wäscht. *Bild* darf nun Roches Mann nicht mehr als ihren »Feuchtgebieter« bezeichnen und auch keine weiteren Details über ihn berichten.

Vor ein paar Wochen, als ihr neuer Roman angekündigt wurde, läutete *Bild* auf seiner Onlineseite die nächste Runde *»Bild* gegen Charlotte Roche« ein: »Wird Roches neuer Roman so schmutzig wie der erste?« Wenn die Mitarbeiter der Axel Springer AG das herausfinden wollen, müssen sie sich ein Exemplar kaufen – Roche hat ihren Verlag angewiesen, keinem von ihnen ein Buch zu schicken.

Charlotte Roche hat die Methode Kämpfen gewählt. Andere entscheiden sich für Ignorieren, einige für Kollaboration. Eine vergleichsweise neue, zynische Form der Kollaboration ist der abgesprochene Abschuss durch Paparazzi, eine weitere Perversion des Boulevardjournalismus, die Weiterdrehe der alten, inzwischen fast schon langweilig gewordenen Geschichte »Boulevard gegen Prominente«.

Wie das funktioniert, lernt man vielleicht am besten von einem echten Weltstar, von Angelina Jolie. Die *New York Times* hat 2008 enthüllt, wie die Schauspielerin ihr Image kontrolliert, das vor ein paar Jahren noch ein anderes war als heute. Während ihrer Ehe mit Billy Bob Thornton hatten die beiden öffentlich über seltsame Liebesrituale gesprochen – Angelina Jolie galt als wild und ein bisschen irre. 2001 adoptierte sie ein kambodschanisches Waisenkind, und als sie sich 2003 scheiden ließ, soll sie selbst das Magazin *Us* informiert haben, wann und wo sie mit ihrem Kind spielen werde, damit man Paparazzi-Fotos machen könne. Die Geburtsstunde der neuen Angelina Jolie, der Übermutter.

Ein Geschäft – und ähnliche Geschäfte sollen auch schon zwischen deutschen Prominenten und dem Boulevard stattgefunden haben. Schertz sagt, dass es solche Deals gibt – und weist von sich, selbst daran beteiligt zu sein. Mit Sich-Wehren hat die neue Entwicklung nicht mehr viel zu tun, eher ist es so: Manche Prominente, die zuvor von der Presse instrumentalisiert wurden, haben den Spieß jetzt einfach umgedreht. Die Medien sind ihr Werkzeug geworden. Der Boulevard und die Prominenten, Arm in Arm, in der Lüge vereint. Das neue Opfer des Boulevards, es ist der Leser.

KAMPF UM DIE PROVINZ

Eine Stadt – ein Lokalblatt, so ist es in vielen kleineren Orten. Doch jetzt bekommen die Meinungs-Monopolisten Konkurrenz vom eigenen Publikum. Wie in Bruchsal

S.32

Von Philipp Wurm

Bruchsal ist eine Kleinstadt, wie es sie überall in Deutschland gibt: 43 000 Einwohner, ein Barockschloss, eine Fußgängerzone, eine Lokalzeitung. Die Oberbürgermeister kamen jahrzehntelang aus derselben Partei, der CDU. Wenn nicht eines Tages einige unzufriedene Bürger mit dem Bloggen angefangen hätten, wäre das vielleicht auch so geblieben. Es war im Sommer 2009, als diese Leute etwas Unerhörtes taten: Sie kritisierten im Internet während des Wahlkampfs um das Amt des Oberbürgermeisters jenen CDU-Kandidaten, der unter mehreren Anwärtern der Union die größten Aussichten hatte. Er verlor schließlich, erstmals seit 1946 war das Amt nicht mehr christdemokratisch besetzt, eine Parteilose wurde Oberbürgermeisterin.

Nach den Wahlen haben sich die verschiedenen Blogger zu der Plattform *bruchsal.org* zusammengeschlossen. Sie schreiben über Affären im Gemeinderat, über den Kostenstreit beim Bau der Stadtbahn, über die jüdische Vergangenheit der Stadt. Dabei zeigen sie eine Bissigkeit, die sich die einzige Lokalzeitung, die *Bruchsaler Rundschau*, ein Ableger der *Badischen Neuesten Nachrichten (BNN)* in Karlsruhe, nicht immer erlaubt. Übernimmt der Blog Aufgaben der Lokalpresse, die diese nicht mehr zu leisten scheint, wo-

»Wir kanalisieren den Volkszorn«, erklärt einer der Lokalblogger ihren Erfolg

möglich weil sie den Mächtigen zu nahe ist? Und können Blogger Journalisten ersetzen?

Das Lokalblog hat zuletzt immerhin 120 000 Seitenaufrufe im Monat verzeichnet. Christian Kretz, 49, sagt: »Wir kanalisieren den Volkszorn.« Kretz sitzt spätabends an seinem Schreibtisch und produziert Lesestoff für den Wutbürger. Tagsüber betreibt er eine PR-Agentur, die mittelständische Industrieunternehmen berät, und arbeitet als Englischlehrer in Teilzeit.

Während des Wahlkampfs sei er so erbost gewesen über die »Politphrasen« des CDU-Kandidaten Florian Hartmann, dass er gedacht habe, dieser Mann müsse unbedingt verhindert werden. Er traf auf einen Gleichgesinnten, den Juristen Jochen Wolf, 45, Angestellter bei SAP, früher Mitglied der Jungen Union. Zusammen starteten sie ein Blog. Zufällig waren sie nicht die Einzigen: Der Betriebswirt Rolf Schmitt, 59, tat das Gleiche. Was sie einte, war die Befürchtung, die *Bruchsaler Rundschau* werde Hartmanns Schwächen nicht thematisieren. Kretz sagt unumwunden, es sei ihnen nicht um Journalismus gegangen, sie hätten eine Kampagne gefahren.

Auf beiden Blogs prangerten sie den ihrer Meinung nach verlogenen Wahlkampf Hartmanns an, eines 33-jährigen Juristen aus Düsseldorf. Der Vorwurf, sein Lebenslauf enthalte Lücken, stellte sich als unbegründet heraus. Die Blogger entdeckten aber, dass eine Passage aus einer Rede identisch war mit Sätzen, die ein anderer Bürgermeisterkandidat der Union mehr als zwei Jahre früher in einer Ansprache verwendet hatte.

Die Spur führte zum Wahlkampfmanager Ulrich Heckmann, der in der baden-württembergischen Provinz schon reihenweise Bürgermeisterkandidaten beraten hat. Er war auch in Bruchsal im Einsatz – was zu diesem Zeitpunkt kaum jemand wusste. Für Hartmanns Rede hatte er auf ein altes Manuskript zurückgegriffen.

Die Blogger warfen ihm vor, Hartmann wie »Handelsware« zu inszenieren. Bis zu dieser Wahl hatten die Bruchsaler immer gesagt: »Selbst wenn ein schwarzer Besen aufgestellt würde, würde der gewählt.« Das galt jetzt nicht mehr. Die Kampagne der Blogger sei wahlentscheidend gewesen, glauben einige. »Die Blogger waren die Bürgermeistermacher«, sagt zum Beispiel der Fernsehjournalist Rainer Kaufmann, der in Bruchsal lebt und auch als Kabarettist auftritt. Dann wären die Blogs für Bruchsal, was WikiLeaks für die Welt und GuttenPlag für Deutschland war: eine Internetplattform, die politische Verhältnisse verändert.

Die übermächtige *Bruchsaler Rundschau* hatte deren Einfluss unterschätzt. Über die Arbeitsweise des Wahlkampfmanagers Heckmann berichtete die Zeitung nicht - jedenfalls nicht vor der Wahl. Obwohl erst kurz vorher der Lokalchef Daniel Streib, 37, seinen Dienst angetreten hatte. Streib hatte zuvor schon in Berlin für *Bild* gearbeitet, aber auch in Leutkirch für die *Schwäbische Zeitung*. Er will »relevanten Journalismus« machen und beweisen, dass die *Bruchsaler Rundschau* nicht das konservative Rathausorgan ist, als das sie früher einmal gegolten hat.

1993 machte das Mutterblatt *BNN* wegen seiner Obrigkeitshörigkeit weit übers Badische hinaus Schlagzeilen: Ein Musikkritiker hatte es gewagt, ein von der Stadt Bruchsal organisiertes Konzert des Dirigenten Justus Frantz zu verreißen – worüber sich der damalige CDU-Oberbürgermeister Bernd Doll beim Verleger beschwerte. Die Zusammenarbeit mit dem Musikkritiker wurde beendet. Das gute Verhältnis zwischen dem Lokalchef und dem Rathausfürsten zog in den neunziger Jahren einigen Spott auf sich: »Wir zwei regieren diese Stadt und redigieren das Zeitungsblatt«, kalauerte der Journalist Kaufmann damals in seinem Kabarett.

Dass erfolgreiche Lokalblogs dort ansässig sind, wo Lokalzeitungen ein Monopol haben, ist ein typisches Phänomen. »Wenn es kaum Konkurrenz gibt, ist das Bedürfnis nach einer kritischen Gegenstimme groß«, sagt Peter Schumacher, Medienwissenschaftler an der Hochschule Darmstadt und Vorsitzender eines Vereins, der das Trierer Lokalblog *16 vor* fördert. Blogs wie dieses werden von Journalisten aufbereitet, die den Lokalzeitungen vorwerfen, sie gäben sich mit »Bratwurstjournalismus« zufrieden – zu viele Berichte über Sparkassenbilanzen oder Schützenfeste, zu wenige über lokalpolitische Verstrickungen.

Auf *bruchsal.org* schreiben allerdings fast nur Laien, vom Studenten bis zum Rentner. Sie finden, dass ihre Meinung über Jahrzehnte hinweg unterdrückt worden sei. »Wenn man nicht der CDU angehörte, musste man früher doch dauernd gegen die Presse arbeiten«, schimpft etwa Jürgen Schmitt, 65, einer der Blogger. Er ist seit 1984 SPD-Gemeinderat. Vielleicht sind die Blogger deshalb so aufrührerisch, weil sie als Außenseiter auf niemanden Rücksicht nehmen müssen.

Die *Bruchsaler Rundschau* dagegen ist »das große Mainstream-Medium der Stadt«, wie Streib sagt. Täglich werden etwa 24 000 Exemplare gedruckt. Der Lokalchef bestreitet, dass seine Zeitung die CDU bevorzugt, ein Mythos aus der Vergangenheit sei das. Die Umstände der Kandidatur von Hartmann, die den Bloggern so skandalös erschienen, habe er als »Randaspekt« betrachtet. Die Lokalblogger nennt er einen »kleinen Angreifer«, der eine »positive Stimulanz« sei. Streib räumt ein, dass seine Redaktion, seit es das Lokalblog gebe, früher und aggressiver recherchiere. Manches sieht er aber kritisch. Das Lokalblog prüfe Informationen oft nicht nach, es sei subjektiv. Dann blättert er alte Lokalseiten der *Bruchsaler Rundschau* durch. Streib will zeigen, dass er einen guten Lokalteil macht, engagiert, auch kritisch. Er deutet auf Artikel über einen CDU-Gemeinderat, der in einen Wahlbetrug verwickelt war. »Nachrichtenführer« sei man da gewesen.

Vielleicht liegt ein Vorteil des Blogs ja auch darin, dass die *Bruchsaler Rundschau* im Internet kaum präsent ist. Das Mutterblatt *BNN* und damit auch die *Bruchsaler Rundschau* betreiben zwar eine Website, dort finden sich aber nur Kurzmeldungen, verknüpft mit einem Verweis auf die kostenpflichtige E-Paper-Ausgabe. Der *BNN*-Verleger Hans Wilhelm Baur sagt: »Umsonstleistungen sind für uns nicht interessant.« Baur ist 84 Jahre alt, 1973 hat er seinen Onkel Wilhelm als Verleger beerbt, einen Onkel, der nicht nur Unternehmer war, sondern auch CDU-Politiker – 25 Jahre lang war er Fraktionsmitglied im Karlsruher Stadtrat.

Lokalchef Streib hat vor Kurzem selbst ein Blog gestartet, *streibschreibt* heißt er. Dort will er Gegenbeweise liefern, wenn *bruchsal.org* der *Bruchsaler Rundschau* vorwirft, nicht korrekt zu berichten.

Ich habe einen Traum

Zaz
»Auf der Straße habe ich gelernt, wie man ein Publikum unterhält«

Ich habe immer von Ordnung in meinem Leben geträumt. Schon als Kind war es schwierig für mich, meinen Platz in der Welt zu finden. Das ging in der Schule los, wo ich für viel Unruhe sorgte. In mir wirbelte alles durcheinander, ich war ein hyperaktives Kind, konnte im Unterricht einfach nicht still sitzen und zuhören. Im Gegenteil, ich wollte immer, dass man mir Gehör schenkt. Meine Eltern waren damit überfordert, aber wahrscheinlich hat mein auffälliges Verhalten nur einige ihrer eigenen Probleme widergespiegelt.

Ich habe nichts gegen Lehrer, die sollten nur besser geschult werden, auf Kinder einzugehen, die, so wie ich damals, nicht ins System passen. Falsche Schulen machen viele Kinder kaputt. Ich funktionierte nicht und musste oft die Schule wechseln. Wenn nur mein Geist stimuliert werden soll, langweile ich mich schnell. Es sollte im Unterricht nicht nur darum gehen, den Intellekt zu entwickeln, sondern auch das Verständnis für die körperlichen Aspekte des Lebens und für unsere Umwelt. Die Katastrophe von Japan beweist doch, dass die Menschheit auf dem falschen Weg ist. Der Pazifische Ozean heißt auf Französisch *Pacifique,* und das bedeutet »friedlich«. Nun hat ausgerechnet der Pazifik die Atomanlagen von Fukushima zerstört. Es ist, als habe sich das Meer gegen den Größenwahn der Menschen erhoben.

Von klein auf konnte ich mich am besten durch Musik ausdrücken. Ich habe gesungen, seit ich vier war, und das half immer. Auch meine Schulzeit überstand ich so ohne größere Schäden. Nachdem ich da raus war, war klar, dass ich nur mit Musik meinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Oft werden wilde Märchen über mich geschrieben, dass ich so bettelarm gewesen sei, dass ich obdachlos gewesen sei und mich als Straßenmusikerin durchgeschlagen hätte. Das klingt natürlich spannend, ist aber überwiegend Quatsch. Wahr ist, dass ich eine Weile Musik mit zwei Freunden auf der Straße spielte. Nicht aus Not, sondern weil ich es für eine spannende Erfahrung hielt. Vorher hatte ich ganz ordentlich ein Musikstudium absolviert. Aber auf der Straße habe ich gelernt, wie man ein Publikum unterhält. Und abends unter dem Sternenhimmel aufzutreten ist ein einzigartiges Gefühl.

Berühmt zu werden war nie mein Traum. Ich wollte nur von der Musik leben können. Dass ich dann mit nur einer Platte so unglaublich erfolgreich wurde, fühlt sich immer noch etwas merkwürdig an. Es fällt mir schwer, mich daran zu gewöhnen.

In Frankreich werde ich überall erkannt, und zwar nicht nur an meinem Äußeren, sondern vor allem an meiner rauen Stimme. Das Beste am Ruhm ist, dass man so ein großes Publikum hat. Dass einem auf einmal viele Menschen zuhören, die einen sonst ignorieren würden.

Ich glaube zwar nicht, dass man mit Musik die Meinungen der Menschen ändert, aber ich bin mir ganz sicher, dass alle Kunst einen Prozess in uns anstoßen kann. Ohne meine Musik hätte mich das innere Chaos jedenfalls schon längst verschlungen.

Zaz,

30, bürgerlich Isabelle Geoffroy, bewegt sich als Sängerin zwischen Swing und Chanson und erobert damit die europäischen Popcharts. In ihrem Heimatland Frankreich landete ihr im Oktober letzten Jahres erschienenes Debütalbum sofort auf Platz 1. Im April und Mai kommt sie für vier Konzerte nach Deutschland

Aufgezeichnet von Christoph Dallach Foto Stanley Pätzold Zu hören unter www.zeit.de / audio

Nicht erschrecken, es ist nur ein Top, entworfen von einem Kind für Kinder – von Cecilia Cassini, etwa 85 Euro

Foto Peter Langer

Wunderkinder oder Kinder?

Tillmann Prüfer über Nachwuchsdesigner

Vor einigen Jahren wurde die damals zwölfjährige Amerikanerin Tavi Gevinson mit ihrem Blog *Style Rookie* so berühmt, dass sie schon bald in den ersten Reihen der New York Fashion Week saß. Ein Teenager, der Mode kommentiert – das war eine Ausnahmeerscheinung. Aber warum soll das, was am Rande des Laufsteges klappt, nicht auch *auf* dem Laufsteg funktionieren? Es war nur eine Frage der Zeit, bis auch die ersten kindlichen Modedesigner auftauchen würden. Nun sind sie da. Etwa Cecilia Cassini, die sich mit elf Jahren auf ihrer Website als die jüngste Modedesignerin der Welt feiert. Oder die 13-jährige Madison Waldrop aus Tennessee, über die neulich die *New York Times* schrieb. Und auch Madonnas Tochter Lourdes arbeitet an einer Modekollektion mit. Ob die Resultate dem Standard der internationalen Laufstege entsprechen, darüber kann man wohl streiten.

Cecilia – das »Wunderkind«, wie sie sich selbst nennt – entwirft Mode ganz genau so, wie man es von einer Elfjährigen erwarten würde. Pinkfarbene Kleider mit Schleifchen und aufgenähten Rosen, viel Glitzer und Teddy. Sie ist eben kein Wunderkind, sondern ein Kind. Um ein Modedesigner zu sein, muss man sich mit seiner Umwelt auseinandersetzen, muss man die Stimmung einer Zeit in Stoffe und Schnitte umsetzen können, dazu braucht es Intuition, Handwerk und Erfahrung. Lebenserfahrung ist aber gerade das, was man noch nicht aufweisen kann, wenn man elf ist. Das ist so – aber wen kümmert es? Mode funktioniert über Sensationen, und sensationell sind die Teenage-Designer allemal. Das Interesse an ihnen ist unbändig.

Man muss sich nur auf Cecilia Cassinis Website umschauen, um einen Eindruck davon zu bekommen. Cecilia mit Miley Cyrus. Cecilia mit Heidi Klum. Artikel über Cecilia in *People, Vogue* und *Grazia.* Das beweist, was für ein schönes Medium das Internet ist. Es gibt Elfjährigen die Möglichkeit, ihre Vorstellungen von der Welt und ihre Bedürfnisse darzustellen – und Kleider zu zeigen, wie sie sie sich wünschen. Rosa, glitzernd, mit Blümchen. Warum auch nicht? Bislang waren Kinder davon abhängig, zu tragen, was sich Erwachsene für sie vorstellen, und das sah kaum besser aus. Das Internet zeigt uns keine Wunder, es zeigt uns Kinder. Was gibt es denn Schöneres?

La Golf française

Uwe Jean Heuser fährt den Renault Mégane Grandtour dCi 130 FAP

Die Frage ist doch, warum? Warum einen Renault, wenn man für kaum mehr Geld einen VW made in Germany haben kann? Genauer: Warum einen französischen Mittelklasse-Kombi mit dem zugegebenermaßen schönen Namen Grandtour, wenn man auch Golf Variant fahren könnte? Die Kollegen vom *stern* brachten die deutsche Autoliebe einmal so auf den Punkt: »Wenn die Dinge so sind, wie sie sein sollen – dann hat man eine gute Chance, in einem Golf unterwegs zu sein.« Warum also etwas anderes?

Fangen wir damit an, dass Renault erhebliche technische Fortschritte macht. Der Dieselmotor, eigentlich eine deutsche Domäne, arbeitet im Testwagen erstaunlich leise und sparsam. Auch der Name Grandtour ist nicht unverdient. Eine Fahrt quer durchs Land ist selbst für eine Familie mit zwei Kindern ein angenehmes Unterfangen. Und soll es auf der linken Spur einmal sein, kann der Motor kräftig beschleunigen – auch wenn man das Sechsganggetriebe dann in so mancher Situation erst herunterschalten muss.

Der Rücken ist entspannt, vorne wie hinten gibt es viel Platz für die Beine. Überhaupt erzeugt der Franzose das Gefühl, in einem großen Auto zu sitzen – allerdings auch den Eindruck, es gehe nicht ganz so hochwertig zu wie bei der deutschen Konkurrenz: das Plastik fürs Interieur etwas zu grob, die Zierleisten etwas zu aufdringlich, die Schalter liegen nicht ganz richtig, und der Bordcomputer für Navigation und Unterhaltung ist alles andere als selbsterklärend. Das Äußere setzt sich zwar sichtbar vom Einheitslook anderer Marken ab, ist aber auch hoffnungslos überdesigned.

Es ist eben nicht alles so, wie es sein soll. Nicht ganz so, wie es die deutsche Autoseele wünscht. Doch dafür gibt es von manchem bei gleichem Preis mehr als bei der hiesigen Konkurrenz: Raumgefühl, Sitzkomfort, Motorkraft. Gleicher Preis heißt aber nicht gleicher Wiederverkaufswert, auch das gehört zur manchmal etwas unfairen Autowahrheit. Da haben deutsche Autos in Deutschland in der Regel einen erheblichen Vorteil.

Man hat es oft gelesen, wenn die Franzosen wieder ein neues Mittelklasseauto vorstellten: Der ist ja erstaunlich nah dran. Immer ist das Lob ein wenig gönnerhaft. Das sollte es nicht sein. Wenn jemand die deutschen Autobauer zu Höchstleistungen in der Mittelklasse treibt, dazu, sparsame, praktische, gut aussehende Autos zu bauen, dann sind es die innovativen und angriffslustigen Nachbarn.

Uwe Jean Heuser ist
Ressortleiter Wirtschaft bei der ZEIT

Technische Daten
Motorbauart: 4-Zylinder-Dieselmotor
Leistung: 96 kW (130 PS)
Beschleunigung (0–100 km/h): 9,5 s
Höchstgeschwindigkeit: 205 km/h
CO_2-Emission: 135 g/km
Durchschnittsverbrauch: 5,1 Liter
Basispreis: 22 450 Euro

Foto Renault Deutschland AG / Gestaltung Thorsten Klapsch

Wolfram Siebeck
über den Stolz der Deutschen auf ihr Brot

OFENWARME TRÄUME

Dieses Sauerteigbrot wurde nicht in Deutschland, sondern in der Pariser Bäckerei Poilâne gebacken

Endlich ist es so weit! Deutschland soll zum kulturellen Welterbe beitragen. Es geht nicht um hübsche Landschaften, welche vor Betonierung geschützt werden sollen. Dafür haben Kommunen sowieso kein Verständnis, wie wir in Dresden gesehen haben. Nein, unser Futter ist dran oder, um es etwas hochtrabend zu sagen: unser täglich Brot. Unserem deutschen Brot, das weltweit nicht seinesgleichen hat, wie seine Väter behaupten, soll die Ehre widerfahren, in die Unesco-Liste der »Meisterwerke des mündlichen und immateriellen Erbes der Menschheit« aufgenommen zu werden, neben dem georgischen Polyphongesang und der costa-ricanischen Tradition des Ochsenkarrenanmalens.

So weit, so gut, denkt der deutsche Patriot. Und überlegt sofort, welches deutsche Produkt denn wohl noch in diese Ruhmeshalle gehört. Die Strickjacke des dicken Pfälzers ist schon auf halbem Weg. Siegfrieds Hemd, in das die dumme Kriemhild die Zielscheibe für Hagens Speer eingestickt hat. Die Doktorarbeit eines gewissen Ministers. Die Spätzle. Die Schwarzwälder Kirschtorte.

Was aber ist eigentlich unser Brot? Als Kind lernte ich das Kommissbrot kennen, ursprünglich zur Versorgung von Soldaten gedacht. Damit identifizierte sich meine Umwelt bedingungslos. Das Brot war dunkel, weich und glitschig und als Nahrungsmittel nur deshalb erträglich, weil es nichts anderes gab. Später stürzten sich die Volksgenossen gierig auf das schwammige Maisbrot, das die amerikanischen Besatzer brachten. Was deutsche Bäcker damals in ihren Öfen buken, waren Verwandte des Kommissbrotes, immer noch weich und glitschig, nur nicht mehr so dunkel. Damals kam die Vorliebe der Verbraucher auf, frisch gebackenes Brot zu essen, ofenwarm und feucht.

Damit haben sich die Deutschen auf eine Brotart festgelegt, die das Gegenteil eines gesunden, natürlichen Brotes ist. Wie das beschaffen ist und schmeckt, erfährt man nur in den Alpenländern. (Weil im Flachland die Luftfeuchtigkeit zu hoch ist?) In 1000 Meter Höhe werden sie noch gebacken, die großen Brote, die mehrere Tage alt sein müssen, um ihren Geschmack zu entwickeln, und Wochen lagern können. Vor 200 Jahren wurden auf den Tiroler und anderen Almen Brote nur im Sommer gebacken. Sie blieben den ganzen Winter essbar, mochten auch ihre Krusten steinhart geworden sein.

Es ist lobenswert, dass einige Bäcker in Deutschland versuchen, diesem Brotstil näher zu kommen. Als Vorbild dient ihnen auch der Franzose Poilâne mit seinen berühmten Sauerteigbroten. Aber die meisten Brote werden aus Backmischungen hergestellt, die es den Bäckern ermöglichen, ohne viel Arbeit einen Einheitsgeschmack herzustellen. Dazu gehört auch das Vollkornbrot, das für gesund gehalten wird wie grüner Salat. Charakteristisch sind jedoch nur die Körner, welche die Zähne mit zusätzlicher Arbeit belasten. Dagegen wären wegen ihrer Originalität der Pumpernickel und das mit ihm verwandte Schwarzbrot ein Anwärter auf den Welterbe-Status.

Foto Silvio Knezevic

Die großen Fragen der Liebe
Nr.
137
Warum wird sie immer belogen?

Nelly ist um die dreißig, und in jeder Beziehung, die sie bisher geführt hat, hat ihr Partner sie belogen. Dabei sagt sie jedem Mann, den sie kennenlernt, sie habe als Kind derart unter dem ständigen Fremdgehen ihres Vaters gelitten, dass sie keine Lüge in der Liebe vertrage. Jetzt ist sie mit Markus zusammengezogen, der Nellys Wunsch nach der reinen Wahrheit beherzigt – er wisse aus eigener Erfahrung, wie arg es sei, betrogen zu werden, sagt er. Dann lädt Markus eine Exfreundin zum Kochen ein, ausgerechnet an einem Abend, an dem Nelly beruflich unterwegs ist. Er hat es Nelly nicht erzählt, aber die bekommt es heraus. Markus betont, es sei nichts zwischen den beiden. »Es muss dir wichtig sein, wenn du es mir verheimlichst«, sagt Nelly. »Geht es denn schon wieder los?«

Wolfgang Schmidbauer antwortet: Nelly bestätigt die Weisheit des Sprichworts von der Leidenschaft Eifersucht, die eifrig sucht, was Leiden schafft. Wer seine Partner in ihren Freiräumen beschneidet, um ganz sicherzugehen, dass er nie hintergangen wird, erntet von der nicht ganz charakterfesten Durchschnittsseele Heimlichkeiten. Eifersüchtige tun gut daran, sich nicht als Wahrheitsapostel aufzuspielen, sondern darum zu werben, dass ihre Partner schonend mit ihren Ängsten umgehen, verlassen zu werden. Wenn Markus zugeben soll, dass er ein Lügner ist, weil er seine Verabredung nicht angemeldet hat, wird er sich wehren. Sobald ihn aber Nelly bittet, auf ihre Unsicherheit Rücksicht zu nehmen, haben beide bessere Chancen, die Fundamente ihrer Beziehung zu festigen.

Wolfgang Schmidbauer
ist einer der bekanntesten deutschen Paartherapeuten. Sein neues Buch »Das kalte Herz. Von der Macht des Geldes und dem Verlust der Gefühle« ist im Murmann Verlag erschienen

Spiele

Logelei

Es ist Donnerstagmorgen. Herr Anton hat gerade ein Heyawake gelöst, als ihm einfällt, dass er ja beschlossen hatte, bei den »Brain Watchers« teilzunehmen, um seine Denkleistung wieder auf den alten Stand zu bringen. Dazu muss er jeden Tag mindestens 21 Punkte zusammenbekommen. Er hat noch 1 Sudoku (die bringen je 3 Punkte), 1 Heyawake (5 Punkte), 3 Rundwegrätsel (je 7 Punkte), 2 Japanische Summen (je 13 Punkte) und 2 Tapa (je 19 Punkte). Diese Rätsel müssen bis zum Sonntag (einschließlich) reichen, denn am Montag erhält Herr Anton das neue Rätselheft. Nun hat er allerdings ein Problem: Für jede Stunde Fernsehen muss er 8 Punkte abziehen. Er möchte am Samstag die zweistündige Fußballübertragung anschauen, am Sonntag sieht er traditionell mit seiner Tochter zusammen die einstündige Zoosendung, und für den Freitag hatte er seiner Frau bereits einen dreistündigen Fernsehabend versprochen. Nun stellt er verzweifelt fest, dass er wohl auf das Fernsehen verzichten muss. Als er gerade überlegt, wie er das seiner Frau beibringen kann, plumpst das *ZEITmagazin* aus dem Briefkasten. Wie kann Herr Anton mit der Logelei (31 Punkte) und dem Sudoku aus dem *ZEITmagazin* seine Fernsehabende retten?

Lösung aus Nr. 15

Mark Buzkashi begann seine Rundreise in Tel, besuchte dann Sol, Aah, Eeg, Coq, Jog, Foo, Kif, Che, Tur, Aix, Kif, Che, Tel, Ziz, Aah, Tel, Tur, Bal, Lur, Onx, Sol, Onx, Lur, Pin und endete wieder in Tel

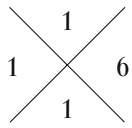
Sudoku

		4	5		2	1		
	2	3	6		1	7	9	
				9				
	4	7				8	2	
1								5
	5	2				3	7	
				6				
	6	1	8		3	9	4	
		5	9		4	6		

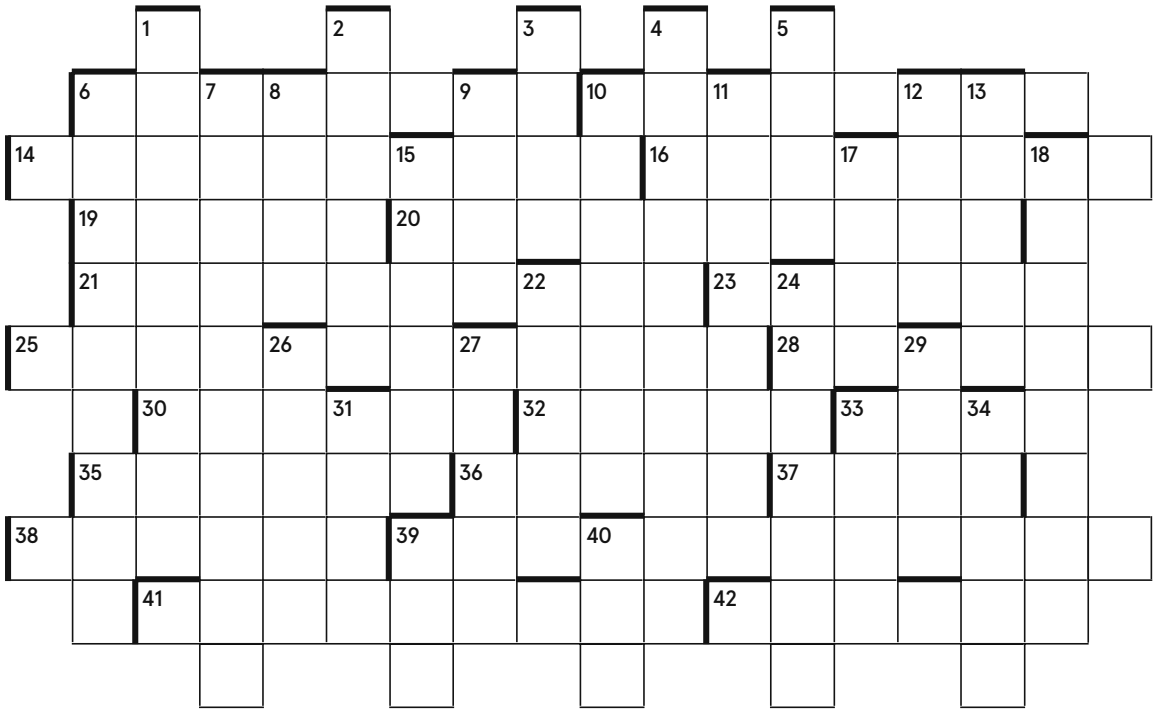
Lösung aus Nr. 15

2	3	5	9	7	8	4	6	1
9	7	6	3	1	4	2	8	5
8	1	4	2	5	6	3	7	9
4	6	9	8	2	1	7	5	3
7	5	2	6	9	3	8	1	4
1	8	3	7	4	5	6	9	2
5	2	1	4	8	7	9	3	6
6	4	7	5	3	9	1	2	8
3	9	8	1	6	2	5	4	7

Füllen Sie die leeren Felder des Quadrates so aus, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem mit stärkeren Linien gekennzeichneten 3 x 3-Kasten alle Zahlen von 1 bis 9 stehen.



Um die Ecke gedacht Nr. 2063



WAAGERECHT: 6 Wappentier trickreicher Spieler? Vorbild wärmeorientierter Wohnsitzwechsler **10** Wie manche, die Zeit überlistend, Züge planen oder Wörter transformieren **14** Wer immer nur nach dem Zweck der Dinge fragt, wird ihre … nie entdecken (H. Laxness) **16** Wörter-Tallandschaften? Sabotageakt an Aussicht oder Chance! **19** Größeres auf Bochums Breitengrad – Breiteres von Wohnblocks Höhe **20** Portal in weiteste 8 senkrecht? Wird man einem Abstimmungsmuffel schon mal vorzuwerfen haben **21** Der Reim auf verlorenen Grips, ersehnt auf dem Handtuch bei Wannseewellenklang **23** Wenn's mit dem … immer … wird, mag Kragenplatzangst aufkommen **25** Merkdatenspeicher aus der vordigitalen Ära **28** Am Rand vom Trojafahrer-Seeweg: Athos-Finger weist hin **30** Es gibt Wahrheiten, die nicht für alle Menschen und nicht für alle … gelten (Voltaire) **32** Unterwegs im großen Ganzen – präsent im Besonderen **33** Wer seinen … bezwingt, hat einen großen Feind besiegt (Sprichwort) **35** Mutterkunst, Garrettvergnügen **36** Webadresse heimischer Kneipe? Quelle mittelalterlicher Klänge **37** Sann in Paris über die Verliese des Vatikan **38** Her wie hin: schnell mal was laufend Gefragtes **39** Wie oft halten wir für Unversöhnlichkeit der Ansichten, was nichts anderes ist als Verschiedenheit der … (A. Schnitzler) **41** Volksmunds Rat: Anderen soll man viel, sich selber nichts … **42** Lange Zeit, vor längerer Zeit

SENKRECHT: 1 In etwa: sich anerkenntlich zeigen **2** Damit wollen wir dies und das schön bewänden lassen **3** Getrieben, wo man Intrigantes treibt **4** Wer wertreich zurechtgedrehte 42 waagerecht hat, dem werden sie gegeben **5** Uraltbau: hinterm Laden am Neckar, am Wasser am Inn **6** Volksmündliche Warnung: Wer nicht … kann, wird wenig Ruhe haben **7** Den Cox als solchen finden auch Süddeutsche an ihrem Obststand **8** Der Narr ist zufrieden mit sich, der Weise ist zufrieden mit der … (Sprichwort) **9** Erfinderisch im gleichen Metier tätig, zur Reiszeit **10** Bekannt vor Skamanderhausen für seiner Stimme Brausen **11** War Molière-Vorbild, als Plautus' Kollege in Aristophanes' Land **12** Gedeiht nur auf der Seekuhweide **13** Alltäglich, allabendlich von Zufallserscheinungen betroffen **15** Aus dem Schuppen geholt, sobald das – im Aussaatvorfeld – wieder akut wird **17** In etwa auf Napolilinie, aber an der anderen Küste **18** Je größer, desto moderner das Brückenabbild darauf **22** Von oben: ein Nachbar von Manipur – von unten: ein Kollege von Alonso **24** Vor allem wenn sie dieser dient, wird man gern in 29 senkrecht investieren **26** Von oben: panoramastarker Ort – von unten: weisungsbefugte Institution **27** Ein Schreiben, bei dem man viel … gefunden, beschäftigt Leser noch nach Stunden **29** Ihr Wandel bringt Schwung in den Handel **31** Groß zwischen C und E, klein zwischen A und C **33** Im Milchreisrezept buchstäblich eingestreut: seine Verfeinerung **34** In Wasserkreaturenkennerkreisen keine große Unbekannte **39** Extrastark begossen, schon vor der Ernte: der von 22 senkrecht **40** Längenmessungen zu Römerzeiten fußten vorzugsweise auf ihm

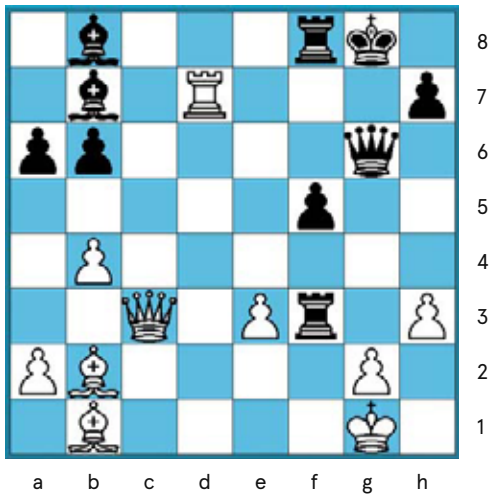
Lösung von Nr. 2062

WAAGERECHT: 6 GONDOLIERE **10** »(Ich) MELDE…« **15** BERAPPEN mit Rappen **17** ILLUSIONEN **19** RAGE **20** PIONIERE **21** EDER und Rede **22** Belle ILE, Atlantik **23** LECK in K-leck-erei **24** »Tafel-Berg« und südafrik. TAFELBERG **25** WEILER und weil er **26** HARMONIE **27** KLEE **29** SPRIT **30** SEHNEN **33** LAIB **34** METRIK **36** Fluss ESTE **37** AHNUNGEN in M-ahnungen **39** LEONORE (»Fidelio«) **40** ERTRAGEN **41** UNBEKANNT **42** GENESIS = 1. Mose

SENKRECHT: 1 MORALISTEN **2** POPPER **3** KINOKASSEN **4** TELEFONAT **5** JENER **6** Bach-GERIESEL (»Das ästhetische Wiesel«) **7** NAGELPROBE **8** leichter und LEICHTER im Schubverband **9** EINTRETEN **10** MUREN **11** ESELIN (Bad in Eselsmilch) **12** LIEBE **13** DODEKANES mit Rhodos, Kos **14** VERGEBENS und vergebens **16** PELERINE **18** LIAM Gallagher, Phil Collins **28** LIGNIN **31** Heinrich HERTZ **32** EHRE **33** »LUG und Trug« **35** KOKS **38** NANA Mouskouri

Spiele

Schach



Als der 74-jährige Goethe im Sommer 1823 das böhmische Marienbad in der Kutsche verließ, war er am Boden zerstört – die 19-jährige Ulrike von Levetzow hatte seinen Heiratsantrag abschlägig beschieden. Doch noch in der Kutsche erwuchs aus seinem Liebesleid die wunderbare *Marienbader Elegie,* ein letztes Lebewohl an die Liebe.
Als die ehemaligen Weltklassespieler Uhlmann, Portisch, Hort und Velimirovic im Winter Marienbad verließen, vermutlich nicht in der Kutsche, mögen ihnen auch wehmütige Gedanken durch den Kopf gegangen sein. Gegen vier junge Frauen, die ebenfalls alle ihre Enkelinnen hätten sein können, hatten sie den Wettkampf »Snowdrops gegen Oldhands« verloren: »Schneeglöckchen gegen Verdiente Meister«. Oder vielleicht doch »Alte Säcke«, deren geistige Glanztaten viele Jahre zurückliegen?! Für Goethe war Schach ein »Probierstein des Gehirns«; aber mag im Alter der Geist auch noch willig sein, seine (biologische) Spannkraft lässt unerbittlich nach.
Das musste auch der Ungar Lajos Portisch (in seiner besten Zeit die Nr. 3 der Welt) gegen die Tschechin Tereza Olsarová erfahren.
Eigentlich trennen die beiden nach der Elo-Zahl (Bewertungszahl beim Schach) immer noch Welten, doch ihr jugendliches Angriffsungestüm setzte ihn im wahrsten Sinne des Wortes matt.
Portisch als Weißer drohte furchtbar 1.Tg7+ sowie 1.Dh8 matt, aber Tereza als Schwarze kam ihm durch eine Opferkombination mit dem Mattsetzen zuvor. Wie kam's?

Lösung aus Nr. 15

Mit welcher Opferkombination gewann Schwarz entscheidend Material? Nach dem Damenopfer **1...Dxd2!** war Weiß verloren. Es folgte **2.Txd2 Se2++** (Doppelschach) **3.Kh2 Lg1+! 4.Kh1 Sxg3+ 5.Kxg1 Txd2,** und Schwarz hatte einen Turm mehr

Lebensgeschichte

Wer plötzlich aus dem Nichts nach oben kommt, lockt auch viele Unkenrufer herbei, die den unvermeidlich rasanten Absturz prophezeien: Ein, zwei Jahre, dann wird sie wieder vergessen sein, mutmaßten damals nicht wenige. Sie sei eine »Zeitgeist-Erscheinung« – eine Formel, die sie verwunderte. »Was bedeutet dieses Wort, ich höre es immer wieder?«, fragte sie die Journalisten, denen sie x-fach Interviews gab. Denn eigentlich hatte sie mit Zeitgeist nicht viel am Hut, hatte einzig ihr Ding gemacht, nur nicht mehr wie früher in der Provinz. Nein, unbekümmert war sie in die Welt gezogen und war nun überall präsent, Everybody's Darling mit Minirock und Wuschelkopf. Und zum Erstaunen aller toppte sie den ersten Erfolg mit einem noch größeren zweiten. Die Unkenrufer hatten, scheint's, nicht richtig hingehört, sonst hätten sie das wissen können – eine solche Stimme gab's kein zweites Mal, eine mädchenhaft-sexy Stimme, die klingt, »als singe sie jedem direkt ins Ohr«, wie einer treffend schrieb.
Und dann ebbte der Trubel doch allmählich ab, weil sie selber konsequent ans Privatleben dachte. Auch wenn das bedeutete, sich damit quasi gegen den Zeitgeist zu stellen, aber mit dem hatte sie ja ... siehe oben. Vor allem das gängige Frauenbild ärgerte sie: »Wenn ich manchmal Mütter mit Kinderwagen sehe, denke ich: Warum findet ihr euch mit allem ab? ... Wir lassen uns zu sehr sagen, was man darf und was nicht.« Fast ein Paradox: Sie ignorierte den Mainstream und bediente ihn zugleich, irgendwie. Aber bei allem blieb sie sie selbst, unabhängig von den wenigen weiblichen Vorbildern, die es bis dato gab. »Ich bin lieber ich, als dass ich etwas darstelle«, sagte sie. Und: »Man kann alte Muster auch brechen und Neues ausprobieren« – und solche Sätze wirkten dann ein wenig wie Kommentare zur eigenen Biografie.
Als sie mit 42 Jahren einen Preis für ihr Lebenswerk erhielt, reagierte sie verwundert und erfreut zugleich. So habe sie länger etwas davon, als wenn sie ihn erst mit 70 bekäme, meinte sie ironisch. Zu dieser Zeit war sie ohnehin wieder ganz oben, und wenn man Radio hörte, glaubte man, sie sei überhaupt nie weg gewesen. Und eigentlich hatte sie tatsächlich nur für eine gewisse Zeit ein anderes Publikum bespielt; eines, das ihr schon immer am Herzen liegt, wie ihr jüngstes Projekt beweist, mit dem sie sich auf gänzlich fremdes Terrain begeben hat: »Das Ungewohnte ist eine tolle Schubkraft.«
Vor einiger Zeit tauchte übrigens eine Art Nachfolgerin auf, die in mehrfacher Hinsicht an sie erinnert. Doch auch ihr Lebenswerk geht immer noch in die nächste Runde. Basis bleibt die Musik, »dieser spannende Kosmos der Töne«, der so viel größer sei als jeder Sprachschatz. »Auf der Straße werde ich nur noch manchmal erkannt«, erzählte sie unlängst, »meine Stimme aber scheint für viele Menschen wie ein Handy-Klingelton zu sein, der ihnen ganz vertraut ist.« Wer ist's?

Lösung aus Nr. 15

Der Meister des Wiener Volkstheaters und seiner Sprachkunst ist der Juristensohn Johann Nestroy (1801 bis 1862). Seine Opernkarriere gab er schon 1826 auf, ein Jahr später debütierte er als Dichter einer Lokalposse in Wien. Ab 1831 wurde das Theater an der Wien der Ort seiner Publikumserfolge als Schauspieler und rastloser Stückeschreiber. Mit doppelbödigen Sprachspielen und schlenkernder Körpersprache verdeckte er die Schwächen seiner Zauberstücke, Possen, Parodien und satirischen Volksstücke. Besonders gerne reiste er an die Nordsee und auf die damals noch britische Insel Helgoland. 1860 siedelte er nach Graz über und gab nur noch wenige Gastspiele

Scrabble-Schule (31)

Nicht selten wird eine Partie Scrabble erst am Ende entschieden. Wie schon einmal erwähnt, ist es für Turnierspieler Pflicht, die bereits auf dem Spielfeld platzierten Buchstaben abzustreichen. Ist der Beutel leer, weiß man dadurch, was der Gegner noch auf dem Bänkchen hat. Eine gravierende Rolle fällt in der Schlussphase jedoch auch den sogenannten Hochkarätern zu. Dabei sind etwa Ö, X oder Ä mal ein Segen, mal ein Fluch. Versierte Scrabbler behalten die Optionen für diese Buchstaben im Auge. Sie schaffen sich nach Möglichkeit attraktive Anlegestellen – oder verbauen. Ganz fatal ist es, wertvolle Buchstaben übrig zu behalten. Schließlich werden die Punkte dem Spieler abgezogen und seinem Gegenüber addiert. Und nichts ist ärgerlicher als eine »Abrechnungsniederlage«, wenn nämlich die verbliebenen Buchstaben die Partie entscheiden.

Welche beiden Zügen bringen in dieser Situation Werte in den 20ern?

Dreifacher Wortwert

Doppelter Wortwert

Dreifacher Buchstabenwert

Doppelter Buchstabenwert

Lösung aus Nr. 15

Mit MECH (vom Verb MECHEN) oder MICH auf 1L-1O waren 56 Punkte möglich

Es gelten nur Wörter, die im Duden, »Die deutsche Rechtschreibung«, 25. Auflage, verzeichnet sind, sowie deren Beugungsformen. Die Scrabble-Regeln finden Sie im Internet unter www.scrabble.de

Impressum

Chefredakteur Christoph Amend
Stellvertr. Redaktionsleiterin Tanja Stelzer
Art Director Katja Kollmann
Creative Director Mirko Borsche
Berater Matthias Kalle, Andreas Wellnitz (Bild)
Textchefin Christine Meffert
Redaktion Jörg Burger, Wolfgang Büscher, Daniel Erk (Online), Heike Faller, Ilka Piepgras, Tillmann Prüfer (Style Director), Jürgen von Rutenberg, Matthias Stolz
Fotoredaktion Michael Biedowicz (verantwortlich)
Gestaltung Nina Bengtson, Jasmin Müller-Stoy
Mitarbeit Anna Berge (Gestaltung), Markus Ebner (Paris), Elisabeth Raether, Annabel Wahba
Autoren Marian Blasberg, Carolin Emcke, Herlinde Koelbl, Louis Lewitan, Harald Martenstein, Paolo Pellegrin, Wolfram Siebeck, Jana Simon, Juergen Teller, Moritz von Uslar, Günter Wallraff, Roger Willemsen
Produktionsassistenz Margit Stoffels
Korrektorat Mechthild Warmbier (verantwortlich)
Dokumentation Mirjam Zimmer (verantwortlich)
Herstellung Wolfgang Wagener (verantwortlich), Oliver Nagel, Frank Siemienski
Druck Prinovis Ahrensburg GmbH
Repro Twentyfour Seven Creative Media Services GmbH
Anzeigen DIE ZEIT, Matthias Weidling (Gesamtanzeigenleitung), Nathalie Senden
Empfehlungsanzeigen iq media marketing, Axel Kuhlmann, Michael Zehentmeier
Anzeigenpreise ZEITmagazin, Preisliste Nr. 5 vom 1. 1. 2011
Anschrift Verlag Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg; Tel.: 040/32 80-0, Fax: 040/32 71 11; E-Mail: DieZeit@zeit.de
Anschrift Redaktion ZEITmagazin, Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin; Tel.: 030/59 00 48-7, Fax: 030/59 00 00 39; www.zeitmagazin.de, www.facebook.com/ZEITmagazin, E-Mail: zeitmagazin@zeit.de

Berichtigungen

Im ZEITmagazin Nr. 15 haben wir auf Seite 46 eine Pfanne abgebildet, die fälschlicherweise als »Maxeo Comfort« von Fissler beschrieben wird. Es ist aber eine Bratpfanne mit Holzgriff von Le Creuset.

Im Gespräch mit Gabriel Bach, Seite 62, wird fälschlicherweise Rudolf Hess erwähnt – es handelt sich um Rudolf Höß. Wir bitten um Entschuldigung

Im nächsten Heft

Eltern, entspannt euch! Warum es Unsinn ist, Kinder zu gesunder Ernährung zu erziehen – und wie Essen mit Kindern Spaß macht. Ein Spezial

Auf www.zeitmagazin.de
Zaz unplugged – die Französin singt ihren Hit »Je veux« im Video:
www.zeit.de/kultur/musik/2010-09/rekorder-zaz

Das war meine Rettung

»Kollegen sagten: Uns ist das Gleiche passiert«

Der ehemalige Diplomat Wolfgang Ischinger über den Tod seines Sohnes Florian

Wolfgang Ischinger,

64, geboren in Nürtingen, war deutscher Botschafter in den USA und Großbritannien. Seit 2008 leitet er die Münchner Sicherheitskonferenz, außerdem ist er für den Versicherer Allianz tätig. Sein Sohn Florian nahm sich im Alter von 19 Jahren das Leben. Wolfgang Ischinger war damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt

Herlinde Koelbl

gehört neben dem Coach und Buchautor Louis Lewitan und dem ZEIT-Redakteur Ijoma Mangold zu den Interviewern unserer Gesprächsreihe »Das war meine Rettung«. Die renommierte Fotografin wurde in Deutschland auch durch ihre Interviews bekannt

Herr Ischinger, als Diplomat wirkten Sie immer so ausgeglichen und freundlich. Man kann sich kaum vorstellen, dass Sie jemals etwas erschüttert hat.

Oh doch, absolut. Der Krieg in Bosnien ebenso wie die Katastrophe im Kosovo. Und auch von persönlichen Erschütterungen bin ich leider nicht verschont geblieben. Wissen Sie, ich habe jahrzehntelang in dem Bewusstsein gelebt, dass ich vom Glück verfolgt werde. Ich hatte eine junge Frau, wir bekamen drei gesunde Kinder, ich machte Karriere im Auswärtigen Amt. Auf eine Tragödie war ich überhaupt nicht vorbereitet.

Welche persönliche Tragödie war das?

Das ist jetzt elf Jahre her. Florian, unser Ältester, war damals bei der Bundeswehr. Ich habe ihn enorm bewundert, weil er ein ganz außerordentlich begabter Junge war. In Mathematik, in Sprachen und besonders in Musik. Er spielte Posaune, er hatte Preise gewonnen. Wir hatten ein gutes und enges Verhältnis und diskutierten viel. Er interessierte sich auch für meine beruflichen Aufgaben, auf eigene Initiative schrieb er eine große Hausarbeit über die ethnischen Konflikte auf dem Balkan. Eines Morgens ereilte mich die Nachricht, dass er sich das Leben genommen hatte. Wie mir seine Bundeswehrkameraden später erzählten, hatte er sich davor immer öfter abgesondert und eingeschlossen. Typische Anzeichen einer Depressionserkrankung, die man sicher hätte behandeln können. Aber wir wussten davon nichts. Wenn er uns besuchte, schien alles in Ordnung zu sein.

Wie sind Sie damals mit diesem Verlust umgegangen?

Ich habe mich gezwungen, ins Amt zu gehen. Ein paar Stunden nachdem die Nachricht von seinem Tod gekommen war, habe ich Besprechungen geleitet. Diese Routine hat mir sehr geholfen weiterzuleben. Aber es waren sehr schwere Tage.

Hat Ihr Sohn einen Abschiedsbrief geschrieben?

Ja, ich lese diese Notiz in Abständen immer wieder durch. Und ich trage sie immer bei mir. Das ist sozusagen mein Link, meine Verbindung zu meinem Sohn. Ich wünsche mir sehr, dass die vielen heutigen Hilfsangebote durch eine offene Diskussion in unserer Gesellschaft von jungen Menschen in einer solchen Lage erkannt und genutzt werden.

Und trotzdem hatten Sie Schuldgefühle?

Immer wieder fragt man sich: Hätte ich nicht etwas bemerken können? Habe ich etwas übersehen? Hätte ich ihn abhalten können? Das ist ein entsetzliches Gefühl. Davon werde ich nie ganz loskommen. Ich fragte mich auch, warum Gott ausrechnet mich so bestrafen musste. Ich fühlte mich ganz allein. Bis mich dann Kollegen und andere Menschen ansprachen: »Uns ist das Gleiche passiert, auch wir erlebten diese Hölle des Verlusts eines Kindes. Sie sind nicht allein.« Das hat geholfen.

Was hat Ihnen noch geholfen?

Florian hatte von seiner Großmutter ein bisschen Geld geerbt. Wir spendeten es der Hilfsorganisation Cap Anamur. Mit dem Geld wurde eine im Kosovokrieg zerstörte kleine Schule in einem Bergdorf wieder aufgebaut. Sie ist nach ihm benannt, sie heißt jetzt »Florian Ischinger Schola«. Ich wallfahre jedes Jahr dorthin, wenn irgend möglich. Und letztes Jahr konnten wir zehn Kinder aus dieser Schule nach Berlin einladen. Wir hatten trotz Sprachschwierigkeiten eine wunderbare Zeit. Gutes zu tun hat eine große therapeutische Wirkung.

Wie hat sich das Verhältnis zu Ihren anderen Kindern verändert?

Ich möchte immer wissen, wo sie sind, ob alles in Ordnung ist. Man wirft mir vor, ich würde ständig Kontrollanrufe tätigen. Es ist ein entsetzlicher Gedanke, dass einem meiner Kinder etwas passiert sein könnte. Letztes Jahr war meine Tochter während eines Erdbebens in Chile. Die zwei Tage, bis ich erfuhr, dass alles okay ist, habe ich kaum überlebt.

Nun sind Sie ein zweites Mal verheiratet und haben noch ein Kind bekommen. Hat Sie auch das aus dem tiefen Tal gerettet?

Natürlich! Dass ich jetzt noch einmal stolzer Vater einer Erstklässlerin bin, hilft mir mehr als alles andere. Ich habe mir geschworen, diesmal ein besserer Vater zu sein und mehr Zeit mit der kleinen Josie zu verbringen. Manchmal überkommt mich noch immer Selbstmitleid wegen des Verlustes. Nichts hilft dann mehr als das Bewusstsein, Verantwortung für einen neuen Menschen zu haben. Und wenn ich mir vor Augen halte, dass ich eine wunderbare Frau habe, ein wunderbares kleines Kind und zwei wunderbare große Kinder, zu denen ich engen Kontakt habe, dann bin ich mit den Dingen im Reinen und glaube nicht mehr, dass ich zu klagen habe.

Interview und Foto von
Herlinde Koelbl